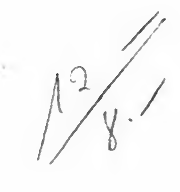
Geschichte des Rheinbundes

Theodor Bitterauf






Dei
Sub Numine
Viget



Geschichte des Rheinbundes

Von

Dr. Theodor Bitterauf
Privatdozent an der Universität München

Erster Band



München 1905
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck

Die Gründung des Rheinbundes

und der Untergang des alten Reiches

Von

Dr. Theodor Bitterauf
Privatdozent an der Universität München



München 1905
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Herrn Kommerzienrat Ernst Faber

in dankbarer Verehrung und herzlicher Freundschaft (1894—1904)

zugeeignet.

Vorwort.

Eine unbefangene Würdigung des Rheinbundes war weder in den Zeiten der Reaktion, wo die Vormächte des Deutschen Bundes sich in einem feindlichen Gegensatz befanden zu den durch konstitutionelle Wahlverwandtschaft nach Frankreich hingezogenen Südstaaten, noch in dem Ringen um die nationale Einheit möglich, wo man in den napoleonischen Staatenbildungen vorwiegend nur Hemmungen der nationalen Entwicklung erblickte. Auch heute scheint mir das Interesse der sogenannten Gebildeten weit mehr dem Zeitalter Bismarcks des Großen als der Betrachtung Deutschlands in seiner tiefsten Erniedrigung sich zuzuwenden, obwohl man seither eingesehen hat, daß die Bausteine des neuen Deutschen Reiches in jener Periode unserer Geschichte zusammengefügt wurden. Eine objektive Betrachtung der deutschen Fürstenrevolution vor hundert Jahren, die es verschmäht, die Handlungen der rheinbündlerischen Staatsmänner auf dem Prokrustesbett unserer modernen nationalen Ideen zu strecken, muß auch anerkennen, daß an den Tatsünden der Kleinen die Unterlassungssünden der Großen einen Hauptanteil haben. Nach dem ganzen Plan des vorliegenden Werkes, das keine vollständige Geschichte der Jahre 1806—13, sondern nur einen Beitrag dazu in Form eines Ausschnittes liefern will, war daher von einer umfassenden Behandlung der österreichischen und preußischen Staatskunst abzusehen und nur eine Schilderung der zersetzenden Einflüsse

am Platze, welche Preußen und Österreich auf die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse geübt haben. Der vorliegende Band gibt die Vorgeschichte und Gründung des Rheinbundes und die Auflösung des alten Deutschen Reiches; der zweite wird die weitere Entwickelung der rheinischen Konföderation bis zu ihrer Auflösung behandeln und der dritte Band der inneren Geschichte gewidmet sein. Erst die Fortführung des Werkes wird zeigen, welche Fülle von gesunden Kräften und entwicklungsfähigen Trieben zu dem Leben unserer Nation vor und während des preußischen Revirements auch die deutschen Mittelstaaten beigesteuert haben. „Deutschland ist nichts, aber jeder einzelne Deutsche ist viel, und doch bilden sich letztere gerade das Umgekehrte ein," sagte Goethe 1808. Wenn er aber hinzufügte: „Verpflanzt und zerstreut wie die Juden in alle Welt müssen die Deutschen werden, um die Masse des Guten ganz und zum Heil aller Nationen zu entwickeln, die in ihnen liegt," so haben die folgenden Entwicklungsreihen bewiesen, daß eine solche Radikalkur unserem Volke nicht nötig war, daß schon der Druck der Fremdherrschaft genügte, neue Formen, positive Werte für die künftige Einigung zu schaffen. Kein Geringerer als Bismarck hat es ausgesprochen, „daß der Deutsche sich nur in einem kleinen Gebiete behaglich fühlt und daß man nicht wohl tut, ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist. Dieser Partikularismus ist die Basis der Schwäche, aber auch nach einer Seite hin die Basis der Blüte Deutschlands." Soll ich nun noch, unbegabten Rezensenten zu gefallen, das Bekenntnis ablegen, daß ich nicht die Absicht habe, eine „Rettung" zu schreiben, noch in offiziösem Auftrag die Feder führe, sondern daß meine Anschauungen mir aus der ruhigen Betrachtung des mir zugänglichen Materials aufgequollen sind?

Trotz der wertvollen Vorarbeiten hochverdienter Forscher wie Bailleu, Du Moulin Eckart, Erdmannsdörffer, Obser,

v. Schloßberger, Sorel u. a., ohne die, wie ich offen bekenne, das vorliegende Werk gar nicht möglich gewesen wäre, beruht dasselbe doch vorwiegend auf archivalischen Studien. Eine reiche Ernte hätten mir die in verschiedenen Privatarchiven aufgespeicherten Schätze geboten, und ich darf behaupten, daß ich im Interesse der Wahrheit keinen Gang gescheut habe, den ich um persönlichen Gewinnes willen nie unternommen hätte. Leider scheint aber in diesen Kreisen — wie übrigens auch an einigen amtlichen Stellen — nach Goethes malitiösem Wort das „Sekretieren" noch immer an der Tagesordnung zu sein. Dagegen hat mir das k. b. Ministerium des Äußeren und des k. Hauses die bayerischen Staatspapiere aus dieser Zeit rückhaltlos freigegeben. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich für diese weitgehende Liberalität dem Vorstand des k. geheimen Staatsarchivs, Herrn Ministerialrat und Reichsherold Ritter v. Böhm, meinen tiefgefühltesten Dank ausspreche; auch Herr Archivrat Dr. Werner hat mich durch stete Berücksichtigung meiner Wünsche besonders verpflichtet. Hervorragend wertvolle Aufschlüsse boten mir die Archives du ministère des affaires étrangères in Paris. Man hat mir dort die wohlgeordneten Schätze mit einer nie erlahmenden Bereitwilligkeit zugänglich gemacht; mögen die Herren an der Seine sich versichert halten, daß ich die Tage, wo ich unter ihrer liebenswürdigen Assistenz in dem stolzen Gebäude am Quai d'Orsay arbeiten durfte, allezeit zu den schönsten meines Lebens rechnen werde. Endlich möchte ich noch für manche feinsinnige Bemerkung und geistvolle Anregung Herrn Professor R. Fester in Erlangen herzlichen Dank sagen, dem die ersten acht Kapitel dieses Bandes zur Begutachtung als Habilitationsschrift in Erlangen vorgelegen haben.

München, zu Pfingsten 1904.

T. B.

Inhalt.

Einleitung.

Fiat iustitia, pereat Germania.
Hegel.

Ein doppelter Gegensatz beherrscht die Geschichte des alten Deutschen Reichs: das selbständige Neben- und Ineinanderbestehen des Ganzen und seiner Teile, ein nationales und ein Sonderleben, sowie das Mißverhältnis zwischen der Überfülle an innerer Kraft und dem Vermögen, dieselbe nach außen hin zu betätigen. Daher kam der dauernde Gegensatz zwischen dem Kaiser und den Reichsfürsten, das Schwanken zwischen Bundesstaat und Staatenbund, der stete Wechsel zwischen Einheit und Vielheit, das fortwährende Ringen von zentripetalen und zentrifugalen Kräften; vermöge seiner Wechselbeziehungen zum übrigen Europa, zur ganzen Christenheit wurden die Deutschen „das Schicksalsvolk Europas", die Epochen der deutschen Geschichte fallen mit den Epochen der allgemeinen Geschichte zusammen. Von ähnlicher Durchschlagskraft wie in Deutschland war das Prinzip der Auflösung nur in Italien, wo aber durch die Gunst der Umstände und die Abgeschlossenheit ihrer Lage die kleineren Staaten noch lange im stande waren, sich gegen größere Mächte zu behaupten. Nur in England kam es durch die glorious revolution zu einem gesunden Ausgleich zwischen der Krone und ihren Vasallen. In Frankreich vollendete Richelieu den Sieg der Zentralgewalt über die zentripetalen Tendenzen, derselbe Richelieu, der ihnen in Deutschland alle Gewalt einräumte und dadurch Deutschlands Bestand als Staat aufhob. Karl der Spanier hatte 1546 als Deutscher Kaiser die Begründung der habsburgisch-

spanischen Weltmonarchie vollendet; jetzt konnte er mit spanischen Truppen an die innere Ordnung seiner deutschen Provinzen denken. Die protestantische Reaktion unter Moritz von Sachsen rief dagegen Frankreich zu Hilfe. Seitdem spielte das Reich keine Rolle mehr in der europäischen Politik, der westfälische Friede sprach ihm als Staat das Todesurteil; nur in den Territorien pulsierte noch frisches Leben.

Schon Hippolytus a Lapide sah im Reich nur eine souveräne Fürstenaristokratie; der wahre Inhaber der Staatsgewalt ist ihm nicht der Kaiser, sondern die Gesamtheit der im Reichstag versammelten Reichsstände; ein eigentliches monarchisches Element ist nicht vorhanden. Nur der Eigennutz des habsburgischen Hausinteresses versuche es, diese freie Fürstenrepublik unter das Joch der Monarchie zu beugen; darum ist die Vernichtung dieser familia Germaniae nostrae fatalis des Hippolytus letzte Forderung. Solche „Scharfrichterarbeit" verachtete Pufendorf; er wollte den bisherigen Zustand erhalten wissen; aber auch er konnte in seinem Vaterlande nur einen ans Monströse grenzenden Staatskörper sehen. Schon 1766 sagte eine Flugschrift mit Bezug auf das Reich: Wenn etwas nicht mehr stehen kann, so ist es nicht schade, wenn es in die Grube fällt. Wie unsere Klassiker in Deutschland nur einen geographischen Begriff fanden, definierte der Philosoph Hegel dasselbe als die Summe der Rechte, welche die einzelnen Teile dem Ganzen entzogen hätten. Das letzte Glied der langen Kette ist Gaspari, der 1806 die Worte niederschrieb: Nur durch den Kaiser sind wir frei, ohne ihn sind wir gar keine Deutschen mehr.

Aber wie stand es nun mit diesem Kaisertum des Reiches, von dem Voltaire einmal spottet, daß es weder heilig noch römisch war? Staatsrechtlich lagen die Dinge so, daß Österreich mit den übrigen Territorien durch eine Allianz verbunden war, deren peremptorische Voraussetzung österreichischerseits der ungestörte Besitz der Kaiserkrone war. Vom deutschen Reichsverband waren die österreichischen Länder durch Privilegien so gut wie losgelöst, durch die Provinzen verschiedener Nationalität von jeder organischen Ver-

bindung mit ihm ferne, und durch die Erstarrung des Geisteslebens auch psychisch völlig getrennt. Politisch richtete sich das Interesse Deutschlands auf Frankreich und Polen, die Aufmerksamkeit Österreichs war davon durch Italien und die Türkei abgelenkt. Alle Institutionen, wo der Wiener Hof seine Hand im Spiele hatte, waren durch seine Beteiligung korrupt oder unwirksam. Aus den Tagen eines Berthold von Mainz hatten sich föderalistische Tendenzen herübergerettet; aber gerade die Kreisordnung und das Kammergericht wurde vom Kaiser beständig geschwächt. Und doch lehrt die Geschichte der Hansa oder der schweizerischen Eidgenossenschaft, die sich zu europäischer Bedeutung erhoben, daß Assoziationsbestrebungen dieser Art keine politische Utopie sind. Der Partikularismus hatte das Reich zerrissen, nur die Fortentwickelung der partikularen Gewalten selbst konnte die Heilung herbeiführen.

Man hat sich gewöhnt, unter dem Namen „deutsche Einheitsbestrebungen“ eine Reihe von Versuchen zusammenzufassen, welche in der Kaiserproklamation von Versailles am 18. Januar 1871 ihren Abschluß gefunden haben. Der Berechtigung dieser teleologischen Geschichtsauffassung soll hier in keiner Beziehung entgegengetreten werden, aber man muß sich darüber klar sein, daß hiebei eine Sonderung vorgenommen wird, die in Wirklichkeit vor dem Frieden von Basel nie so scharf hervorgetreten ist. Nach den Kreisgesetzen konnten sich mehrere Stände zu gemeinsamer Sicherheit und Verteidigung verbinden, und nach dem westfälischen Frieden waren den deutschen Fürsten Allianzen mit dem Auslande gestattet. So bildete sich 1651 ein rheinisches Fürstenbündnis, 1652 die Hildesheimer Allianz. Der Minister des großen Kurfürsten, Friedrich Georg von Waldeck, dachte zuerst daran, die Ideen des Hippolytus in die Tat umzusetzen. Überzeugt, daß Brandenburg ohne Bündnis nicht bestehen könne, wollte er einen protestantischen Fürstenbund gründen, der bis zum äußersten gegen den Feind ankämpfen sollte, der in der Wiener Hofburg saß. Eine Grundidee seines Systems war die Übertragung der Kaiserwürde an das wittelsbachische Haus, aber dazu schien ihm auswärtige Hilfe unerläßlich;

so richtete er sein Auge auf Frankreich. Nach der Kaiserwahl Leopolds I. sollte die kaiserliche Politik gezwungen werden, die Zusagen zu halten, die sie in der Wahlkapitulation gegeben hatte. Johann Philipp von Mainz hatte zuerst eine Föderation mit dem Kaiser als Haupt gründen wollen, dann aber wandte er sich dem katholischen Defensivbündnis zu, das zwischen Köln, Trier, dem Bischof von Münster und Pfalzgrafen Philipp von Neuburg bestand; auch die Hildesheimer Allianz suchte er zu gewinnen. Wer damals Frankreich in den Rheinbund hereingezogen hat, ist nicht erwiesen. Jedenfalls ist der entscheidende Anstoß durchaus nicht von dem französischen Kabinett ausgegangen. 1658 war noch die Täuschung möglich, daß eine politische Verbindung mit Frankreich ohne französische Vasallenherrschaft riskiert werden könne; Johann Philipp von Mainz war keineswegs der Meinung, sich und den rheinischen Bund unter das Joch Ludwigs XIV. zu beugen. Der Erfolg entschied freilich ähnlich wie 1806 beim zweiten Rheinbund gegen ihn; das ersehnte Gleichgewicht und der erhoffte Friede wurde nicht geschaffen, nur die französische Vorherrschaft bestärkt. Aber es wäre ungerecht, den Teilnehmern an dieser ersten fédération du Rhin Mangel an Patriotismus vorwerfen zu wollen; auch ohne den Rheinbund hätte der Einfluß Frankreichs auf das Reich steigen müssen. Karl Friedrich Moser empfiehlt einmal Schriftstellern, die nicht wissen, was sie schreiben sollen, „von der französischen Influenza" zu handeln, in einer pragmatischen Darlegung aller Folgen, die durch französische Grundsätze, Lektüre, Sitte und Lebensart in den Köpfen deutscher Fürsten, Fürstinnen und Minister, in Erziehung und Bildung der Jugend und in Regierung von Land und Leuten bewirkt worden sind. Dieses Übergewicht Frankreichs erklärt sich aus seiner politischen Stellung. Durch den dreißigjährigen Krieg waren Gustav Adolf und Ludwig XIII. emporgekommen; beider Staaten wurden die Garanten des westfälischen Friedens. Aber während Schweden bald wieder zu der Bedeutungslosigkeit herabsank, aus der es nur die persönlichen Vorzüge genialer Könige und Staatsmänner gerissen hatten, bildete

Frankreich fortgesetzt gegen England und Österreich, seit dem 18. Jahrhundert auch gegen Rußland die Balance. Dadurch wurde es von selbst der Freund der Staaten zweiten und dritten Ranges: gegen England spielte es Spanien und Holland, gegen Österreich die kleinen deutschen Staaten, gegen Rußland Polen, Schweden und die Türkei aus. „Nehmen wir diesen mächtigen und notwendigen Alliierten weg, der die Staaten mittlerer Größe gegen die großen Despoten schützt, schrieb Rebmann 1797, so wird ganz Europa unterjocht."

Ludwig XIV. hat wohl kaum ernstlich daran gedacht, Deutscher Kaiser zu werden. Ein alter politischer Traktat zieht das Fazit, alle deutschen Fürsten wollen keinen Habsburger, kein einziger deutscher Fürst will einen französischen Kaiser. So verfiel man auf die Kandidatur des bayerischen Kurfürsten Ferdinand Maria. Aber während dieser in kluger Selbstbeschränkung lieber ein reicher Kurfürst als ein armer Kaiser sein wollte, legte er 1670 den Grund zu dem Bündnis mit Frankreich, das seinen Nachfolgern so verhängnisvoll geworden ist. Früher hatte das kirchliche Bekenntnis und eheliche Verbindungen die Wittelsbacher zu den treuesten Bundesgenossen des Hauses Habsburg gemacht. Im dreißigjährigen Krieg standen sich zwei Glieder dieses Hauses in dem welthistorischen Kampf zwischen Union und Liga gegenüber; seit 1648 war Bayern mehr nach dem Westen gewiesen. Im Ausgang des siebzehnten Jahrhunderts taucht zuerst in der Geschichte der deutschen Unionsbestrebungen das Projekt einer wittelsbachischen Hausunion unter schwedischem Protektorat auf. Dann wagten Max Emanuel und Joseph Klemens im Bunde mit Versailles den Kampf gegen den kaiserlichen Nachbar, den ihr Vater verschmäht hatte. Das letzte Ziel der Hausunion von 1724, die unter französischem Einfluß zu stande kam, war die Kaiserwahl Karls VII. Aber größere Gefahr als der wittelsbachische Kaiser bereitete der schönen Erbin Karls VI. der jugendliche Preußenkönig.

Das protestantische Brandenburg, das einen guten Teil seiner Macht säkularisiertem Besitz verdankte, war durch die Tüchtigkeit

seiner Herrscher beinahe im Verborgenen groß geworden. Der große Kurfürst hatte aus den verschiedenen Teilen seines Landes einen straff zentralisierten Staat geschaffen, dem Friedrich I. auch den äußeren Glanz verlieh. Friedrich Wilhelm schuf seinem Nachfolger die Grundlagen zu seinen Erfolgen: einen gefüllten Schatz, die erste Armee von Europa, ein tüchtiges Beamtentum. Aber als ihm der König von Polen Ende 1730 eine association générale gegen den Kaiser vorschlug, der nur an die habsburgischen Interessen denke und das Reich für dieselben gewinnen wolle, lehnte er den Plan ab; es sei falsch, daß der Kaiser nur an sich selbst denke; eine dritte Partei widerspreche der Pflicht der Fürsten, für Kaiser und Reich müsse jeder Stand so wie so eintreten. Solche Skrupel waren freilich seinem Sohne fern, der mit Frankreich im Bunde Maria Theresia Schlesien abnahm, eine Art Gegenkaiser erhob und in der Frankfurter Union auch die föderalistischen Tendenzen zur Geltung zu bringen wußte. Bezeichnend ist, daß gleich hier das Mißtrauen der kleinen Stände gegen die Übermacht Preußens hervortrat, als es zum erstenmal mit Frankreich rivalisierte in der Beschützung des rechtmäßigen Kaisers und im Protektorat über die kleinen Reichsstände. Die eigene Lieblingsschwester verdächtigte den König, als trage er sich mit Attentaten gegen die Reichsstädte; sie glaubte das Reich und seine Stände so lange beklagen zu müssen, bis das Kaisertum wieder an das Haus Österreich käme. Wie Kaiser Leopold die Lehren des Rheinbundes von 1658 sich in der Laxenburger (1682) und Augsburger Allianz (1684) zu nutze machte, so suchte Maria Theresia nach dem Füssener Frieden durch eine Kreisassoziation in Verbindung mit der wittelsbachischen Hausunion neue Kräfte zum Kampfe gegen Preußen zu sammeln; als die letztere nach dem Frieden von Dresden in anderem Sinn unter französischem Einfluß und unter idealer Mitwirkung König Friedrichs zu stande kam, wünschte Kurpfalz dieselbe zu einem großen Neutralitätssystem auszugestalten. Aber die Vorschläge, die der pfälzische Minister Wachtendonck am 13. Dezember 1748 dem bayerischen Kanzler Praidlohn übermittelte, wurden in München,

nachdem der allgemeine Friede geschlossen war, verworfen; der König von Preußen habe ja früher selbst darauf hingewiesen, daß es besser sei, wenn man in der Tat selbst auf gute Prinzipien einverstanden sei und in wahrer Freundschaft lebe, als wenn man weitläufige Bündnisse und Traktaten schließe. Auch Preußen verhielt sich diesem Projekt gegenüber kühl.

Der Aachener Friede bedeutete eine gewaltige Umwälzung im europäischen Staatensystem, die auch auf die deutschen Assoziationsbestrebungen ihre Rückwirkung üben mußte. Österreich, Frankreich und Rußland waren einander nahe gebracht. Die Krönung des politischen Gebäudes, das Kaunitz aufzuführen sich vorgenommen hatte, waren die Versailler Verträge von 1756 und 1757, welche die französischen Revolutionsmänner für eine rapide politische Degradation Frankreichs erklärten. Bis 1792 war dem Kabinett von Versailles durch sein Bündnis mit Österreich jede wirksame Unterstützung der deutschen Mittelstaaten unmöglich gemacht, wenn die Bourbonen auch bis zuletzt an ihrer Rolle als Garanten des westfälischen Friedens festgehalten haben. In die so entstandene Lücke trat Preußen ein. Es gelang Friedrich zwar nicht, im siebenjährigen Kriege das Reich von seinem Oberhaupte abzuziehen, das Projekt eines protestantischen Fürstenbundes, wie es damals an dem durch solche Pläne auch späterhin ausgezeichneten Hofe von Hessen-Kassel in Erwägung gezogen wurde, kam ebensowenig zur Ausführung, wie die hochfliegenden Gedanken Georgs II. und seines Ministers Pitt Gestaltung gewannen, durch einen kühnen Feldzug gegen Wien Maria Theresia an die ungarische Grenze zurückzudrängen und ein neues wittelsbachisches Kaisertum erstehen zu lassen; auch war Friedrichs Verhalten gewiß nicht im Rahmen der Reichsgesetze begründet. Und doch bedeutet der siebenjährige Krieg eine Verjüngung und Wiedergeburt der gesamten deutschen Sitte und Denkart. „Zum erstenmal nach langen Jahrhunderten völligster Schwäche und Untätigkeit durchdrang die Deutschen wieder das spornende Glück erprobter Kraft und Tüchtigkeit, das stolze Bewußtsein politischer Machtstellung.“ Während Österreich und Preußen sich

herumstritten, ließ man im Reich die Persönlichkeit des großen Königs auf sich wirken; es bildete sich die dritte Partei der „Fritzisch Gesinnten“ im Sinne Goethes; was ging sie Preußen an? Am 10. Januar 1763 erlebte die Welt das seltsame Schauspiel, daß das Reich sich gegen sein Oberhaupt neutral erklärte, und Kaiser Franz mußte am 19. Januar diese Neutralität mit sauersüßer Miene anerkennen! Die Neutralität des Reiches wird für die Zukunft eine Epoche bilden, schrieb damals der bayerische Vertreter in London. Bis dahin hatte das Haus Habsburg-Lothringen sich darauf beschränkt, einen rechtmäßig gewählten Kaiser mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekriegen und die böhmische Wahlstimme, deren Ausübung nach der Reichsverfassung an Männer geknüpft war, zweimal für eine Frau in Anspruch zu nehmen. Als aber Joseph II. nach dem Aussterben der wilhelminischen Linie in München Miene machte, Bayern einzustecken, da erschien aufs neue Friedrich II., „der gewaltige Athlet, der schon lange vom Kampf sich zurückgezogen hatte, in der Arena und entriß Österreich allein die Beute, welche Frankreich es ohne Hindernis hätte verschlingen lassen.“ Im Frieden von Teschen kam ein neuer Garant der Reichsverfassung, Rußland, hinzu. Josephs II. unruhiger Geist kam bald auf die alten Pläne zurück. Diese Tatsache, die Inaktivität des Reichstags, die kaiserlichen Debitkommissionen, die Unsicherheit der geistlichen Höfe wurden der Anlaß zum Fürstenbund. Seine vornehmste Bedeutung scheint uns heute oft darin zu liegen, daß der preußische Staat als führende Macht an die Spitze eines großen Teils der deutschen Reichsstände trat zum Schutz der bestehenden Verfassung gegen die Übergriffe des österreichischen Kaiserhauses. Aber damit ist sein Wesen nicht genügend gekennzeichnet. Indem Joseph II. sich anschickte, die österreichische Stellung im Reich auf den Standpunkt vor 1648 zurückzuführen, rüstete die Politik des westfälischen Friedens sich selbst zum Widerstand. Noch ehe der große König seine warnende Stimme erhoben hatte, waren die kleineren Staaten in eine fieberhafte Tätigkeit geraten. Der Kurfürst von Mainz zog unter seinen Papieren den

Vertrag von 1658 hervor, an mehreren anderen Fürstenhöfen griff man auf die Traditionen des siebzehnten Jahrhunderts zurück, um sich an Frankreich einen Rückhalt zu sichern. Als der preußische Gesandte in Paris, als Finckenstein und Hertzberg im März 1785 den König darauf aufmerksam machten, daß das Kabinett von Versailles keinen Gefallen an dieser Assoziation finden werde, antwortete zwar Friedrich am 18. März 1785: „Ob Frankreich einen Bund der deutschen Fürsten billigt oder nicht, muß uns im Grunde gleichgültig sein. Die Sache ist eine gute, und das vor allem ist ins Auge zu fassen. Ich meine, man darf weder Sklave der Franzosen sein noch der Österreicher noch der Russen." Aber Hessen-Darmstadt z. B. verweigerte seinen Beitritt zur Union gerade aus Rücksicht auf Frankreich, und der preußische Beamte Dohm verkündete in seiner Schrift über den deutschen Fürstenbund: „Daß Frankreichs Macht gegen Österreich nicht zu sehr geschwächt werde, ist für das Gleichgewicht Europas von äußerster Wichtigkeit. Allen Mächten desselben muß daher daran gelegen sein, daß Österreich seine schwache Seite durch den Besitz der Niederlande nicht verliere, und durch den Erwerb von Bayern nicht Frankreich auf immer außer stand setze, im Deutschen Reiche Alliierte zu haben, und wenn unter diesen, wie natürlich, der Regent von Bayern sich befindet, durch den Besitz der Donau bis ins Herz der österreichischen Staaten einzudringen." So hat Häusser ganz recht, daß diese Entwürfe eine gewisse Ähnlichkeit mit dem späteren Rheinbunde an sich trugen: „von der Grundlage des westfälischen Friedens ausgehend, mußte man, wie die Dinge sich gestaltet hatten, früher oder später beim Rheinbund anlangen." Unter der konservativen Maske des Fürstenbunds barg sich ein entschieden revolutionärer Charakter; sein Ziel war Ersatz des Reichs durch den Bund. Wenn in einem Separatartikel hinsichtlich der Wahl eines römischen Königs oder Kaisers die Frage an und quomodo gestellt wurde, ist damit die Möglichkeit zugegeben, das Kaisertum gelegentlich ganz zu sistieren. Die Kontinuität zwischen Fürstenbund und Rheinbund wird nicht nur zum Teil durch dieselben Staaten, sondern auch durch dieselben

Personen vermittelt. Jener war so wenig auf Norddeutschland beschränkt, wie dieser lediglich als süddeutsche Gründung gelten darf. Schon 1763 war von Hessen-Kassel der Versuch gemacht worden zu einer Verständigung mit dem Kurfürsten von Pfalz und dem Herzog von Zweibrücken. Der hessische Staatsminister und General Martin Ernst von Schlieffen wollte eine Union mit grundsätzlichem Ausschluß von Preußen und Österreich. Landgraf Friedrich II. hatte darüber mit Karl Theodor, seiner Gemahlin und dem pfälzischen Minister Fürstenberg in Mannheim wiederholte mündliche Verhandlungen, an denen auch der Herzog von Zweibrücken teilnahm. Bei allen fanden sich gleichstimmige Gesinnungen, und schon fing man an zu hoffen, daß die Sache gelingen werde; allein bald entstand aus anderen Ursachen Kälte zwischen den beiden Fürsten, und der Verein kam nicht zu stande. Nach dem bayerischen Erbfolgekrieg sollte zwischen Hannover, Hessen und Braunschweig eine Tripelallianz gebildet werden. Es waren überall dieselben Wege, die später unter veränderten Umständen zu ungeahnten Zielen führten.

Erstes Kapitel.

Das Deutsche Reich und der Revolutionskrieg.

> Teutsch ist ein Staat, der sich zu nichts weniger als zum Kriegführen schickt.
> Moser.

Ranke bezeichnet es als eine der großartigsten historiographischen Aufgaben, die es geben kann, den inneren Gang der französischen Bewegung unter den nicht mehr zu bezwingenden, gleichsam autonomen revolutionären Impulsen und den Widerstand darzustellen, den die alten Staaten dieser Bewegung in jeder ihrer Phasen entgegensetzten, die Konflikte zu verfolgen, in welche die beiden Elemente untereinander gerieten, die Ausdehnung von Aktion und Reaktion zu betrachten, das Übergewicht der einen oder anderen Seite, die auch innerlich in unaufhörlicher Wechselwirkung standen, bis die Resultate zu tage kamen, die man als definitiv betrachten kann. Ursprünglich hatte die Bewegung der Revolution eine Richtung genommen, die mit den öffentlichen Zuständen des alten Europa noch zu vereinigen gewesen wäre. Sie in derselben festzuhalten war der eigentliche Zweck des Kriegszuges von 1792 gewesen. Aber schon 1793 verglich Kant die Balance der Mächte mit Swifts Haus, das vom Baumeister nach den Gesetzen des Gleichgewichts gebaut war, so daß es sofort einfiel, als sich ein Sperling darauf setzte. Es würde die Ökonomie der vorliegenden Arbeit zersprengen, den Rankeschen Ideen weiter nachzugehen oder auch nur die Koalition in ihrem Werden und Vergehen zu betrachten. Uns interessiert nur die Stellung des Reiches im Revolutionskrieg, das Vordringen der französischen Propaganda auf

dem rechten Rheinufer und die offizielle Einwirkung der französischen Regierungen auf die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse.

Zwei Dinge boten dem Reich als solchen Anlaß, mit den Gärungen im französischen Volke sich auseinanderzusetzen, die Emigranten und die Entschädigungsfrage der im Elsaß begüterten Reichsstände. Aber während die Zurückhaltung des Kaisers und der meisten deutschen Fürsten gegen die französischen Flüchtlinge jeden ernsteren Konflikt ausschloß, hatten die Beschlüsse des 4. August 1789, welche die Aufhebung der feudalen Rechte, Abschaffung der geistlichen Zehnten, Einziehung der Kirchengüter, die Zivilverfassung des Klerus und Ausschließung fremder geistlicher Gerichtsbarkeit proklamierten und eine neue Departementaleinteilung schufen, Beschwerden und Proteste sowie gemeinsame Schritte der beteiligten Reichsstände zur Folge. Der Herzog von Zweibrücken und sein Bruder, der Herzog von Würtemberg, der Fürst von Leiningen und der Bischof von Basel waren bereit, mit der französischen Regierung, die die Berechtigung ihrer Forderungen nicht in Abrede stellte, sich in Verhandlungen einzulassen; auch in Baden wünschte man einen Vergleich mit Frankreich auf dem Wege eines Separatabkommens ohne Vermittelung des Reiches. Dagegen erklärte der Bischof von Speyer das Entschädigungssystem für mangelhaft im Prinzip, mißlich und undurchführbar in der Ausführung und wollte ebenso wie der Kurfürst von Köln das ganze Reich zum Kriege zwingen, um seine Elsässer Besitzungen wieder zu gewinnen; die weltlichen Stände, vor allem Preußen, zeigten indessen zu so gewaltsamem Vorgehen wenig Neigung. Von allgemeinerem Interesse als die Beratungen des Reichtags und die Intervention des Kaisers bei Ludwig XVI. ist die Stellung der französischen Volksvertretung zu dieser Frage. In seinem Bericht über die Herrschaftsrechte der deutschen Fürsten im Elsaß wirft Merlin de Douay die Frage auf, ob das Deutsche Reich überhaupt wie England eine Nation bilde, und verneint dieselbe. Es sei nur eine Zusammensetzung von unabhängigen Staaten, eine Konföderation mit dem Kaiser als Oberhaupt und dem Regensburger Reichstag

als Zentrum. Dieses Bundesverhältnis hindere nicht, daß jedes Glied Herr seiner Allianzen sei, seine Mitstände bekriegen könne, daß jeder mit einem Worte eine getrennte Nation bilde und aus dem allgemeinen Verband ausscheiden könne. Darum sei für die verschiedenen Staaten, deren Vereinigung das Elsaß bilde, um französisch zu werden, die Zustimmung des Reiches unnötig, für Frankreich selbst ein überflüssiger Titel. Die Reserven dieses Vertrags seien nichtig, die deutschen Fürsten hätten keinen Anspruch mehr auf das Elsaß. Während nun nach dem Antrag von Merlin und Mirabeau entschieden wurde, daß kraft der Souveränität des französischen Volkes den fremden Fürsten eben das recht sein müsse, was dieses souveräne Volk über sich selbst zu beschließen geruhe, erlaubte man dem König gleichwohl aus besonderer Gefälligkeit, mit den Fürsten in Verhandlung zu treten. Auch der keineswegs republikanisch gesinnte frühere Generalkonsul in Smyrna, M. de Peyssonnel hat in seiner für die äußere Politik der ersten Zeit der Revolution grundlegenden Schrift: Situation politique de la France et ses rapports actuels avec toutes les puissances de l'Europe den Grundsatz aufgestellt, ein Bündnisvertrag zwischen zwei Mächten sei nur eine für so lange verbindliche Gesellschaftsaktion, als er wechselseitig und die Klausel do, ut des darunter mitverstanden sei. Sobald sich aber ein einziger Staat zu einer einseitigen Auslegung der Verträge befugt und die Widersprüche der anderen vor seinem einseitigen Richterstuhl abfertigen zu dürfen glaubte, wie hier, hatte das Völkerrecht ein Ende. Des Prinzips der Separatverhandlungen, das hier ebenfalls in bemerkenswerter Weise hervortritt, hatte sich zwar auch früher schon die Staatskunst bedient, aber nie als einer obersten unverbrüchlich geheiligten Fundamentalmaxime. Den revolutionären Regenten war es vorbehalten, dasselbe zum förmlichen Grundstein eines neuen diplomatischen Gebäudes zu weihen.

Zum Kriege mit Frankreich ist es übrigens wegen der Entschädigungsfrage nicht gekommen. Österreich und Preußen bebeschlossen davon unabhängig, auf dem Wege der Offensive vor-

zugehen. Für Leopold II. handelte es sich dabei um einen Verteidigungs- und Eroberungskrieg, für Friedrich Wilhelm II. um einen Eroberungskrieg, zunächst auf Kosten der französischen Grenzgebiete und der deutschen Stände, später auch auf Kosten Polens. Die Kriegserklärung der Gironde am 20. April 1792 ist beiden zuvorgekommen.

Sie erfolgte gerade in dem Augenblicke, als die revolutionären Ideen im Zenith der Popularität standen. Vielen bis in die höchsten Kreise hinauf erschien das Ergreifen der Waffen als ein Attentat gegen die heiligsten Güter der Menschheit. Und auch als durch die Greuel im Innern Frankreichs, durch die Leiden der verführten Nation, die Mißhandlung der eroberten Lande und übermütige Vernichtung aller völkerrechtlichen Bande eine Reaktion eingetreten war, blieben noch die unheilbaren Fanatiker übrig, die den Triumph der Revolution durch keine Opfer zu teuer bezahlt wähnten. Durch die Auflösung der bisherigen Gesellschaftsordnung, durch neue Regierungsformen und interimistische Verfassungen bot sich zahllosen Individuen Aussicht auf ehrenvolle und einträgliche Stellen, während andere hinwiederum bei dem Sieg der Ordnungsparteien das Erworbene verloren hätten. Montesquieu sagt einmal von den Römern: Da sie gewohnt waren, ihren Feinden die unaussprechlichsten Übel zuzufügen, so wagte es niemand, ihnen planmäßig zu widerstehen; denn der, welcher von der Gefahr entfernt war, zitterte sich ihr zu nähern. Diese Worte enthalten nach Gentz die Geschichte des Revolutionskrieges. Selbst die leidenschaftlichsten Gegner des Umsturzes verstummten beim Herannahen der Gefahr; zu den zahlreichen Theoretikern, die einen bewaffneten Angriff für aussichtslos hielten, kamen die aus Furcht zur Untätigkeit verdammten Praktiker. Nicht minder gefährlich als aufregende Schriften, die von Anfang an auch rechts des Rheins verbreitet wurden, wirkten die regierungsfreundlichsten Tagesblätter durch die Mitteilung der Vorgänge, die die Welt bewegten. Gefangene französische Soldaten rissen die Knöpfe mit den Insignien der Freiheit von den Uniformen und warfen sie unter die gaffende

Menge. Publicola Chaussard erhob in einer Flugschrift den Ruf: Los von Österreich, und der Moniteur veröffentlichte am 18. November 1792 als „authentisches Denkmal der Frechheit der Könige und der Langmut der Völker", in Wahrheit eine der plumpsten Geschichtsfälschungen aller Zeiten, den sogenannten Traktat von Pavia, den der Kaiser im Juli 1791 im Namen von zehn Souveräns mit drei Ministern kontrahiert haben sollte, von denen zwei zur fraglichen Zeit von dem angeblichen Schauplatz der Verhandlungen um den halben Durchmesser von Europa entfernt waren; das abenteuerliche Teilungsprojekt sollte unter anderem Elsaß-Lothringen und Bayern an Österreich bringen. Gegen die geistlichen Fürsten, „die keine Nachkommen haben, denen die Zukunft gleichgültig ist, die nur für den Augenblick genießen, immer bereit, sich dem Handeln zu entziehen," richtete Maisonneuve in einem Schreiben an den badischen Minister Edelsheim (vom 22. Mai 1792) seine ganze Erbitterung: Erfüllt von barbarischem Egoismus, hätten sie die furchtbarsten Mächte von Deutschland vielmehr gegen die germanischen Freiheiten als gegen die französische Freiheit gewaffnet; dagegen hätten sich die anderen Mächte zu einem Damm vereinigen müssen, um einer Koalition zuvorzukommen, deren Folgen unvermeidlich sind. Während das Kabinett von Versailles im siebenjährigen Krieg keine Neutralität der Reichsstände geduldet hatte, ging es jetzt dieselben darum an und stellte ihnen das Schicksal Polens vor Augen. Die Instruktion für den Gesandten in Zweibrücken, Naillac, (vom 1. April 1792) bezeichnet das Konzert der Mächte als eine politische Monstruosität, die nur zur Auflösung des Reiches führen könne. Preußen habe mit dem Eintritt in die Koalition aufgehört, Protektor der Kleinstaaten zu sein: „Man wird einwenden, daß das pfalzbayerische Haus schon mehrfach das Opfer seines Vertrauens in die Politik und den Schutz des französischen Hofes geworden ist, und daß die Klugheit zu fordern scheint, solchen Eröffnungen auszuweichen. Die Antwort auf solche Einwände ist sehr einfach und durch die Natur unserer Konstitution gegeben. Das Frankreich bis zum Losbruch unserer

Revolution war durch einen Menschen oder durch seine Umgebung regiert. Das persönliche und momentane Interesse war das einzige, das in der Politik wie im Kriege Geltung hatte. Das ist nun anders geworden... Solange das System Friedrichs des Großen dem methodischen Ehrgeiz des Hauses Österreich einen Damm entgegensetzte, war Deutschland in Sicherheit. Aber seit sich diese Mächte verbündeten, erfordert das Interesse der übrigen Reichsstände die Erhebung einer dritten Macht im Reich, die man gegen jene ausspielen kann, und diese ist das Haus Zweibrücken. Das wahre Interesse Frankreichs ist das Gleichgewicht Deutschlands, so daß kein Souverän sich in ein Bündnis mit den Großmächten einlassen darf. Denn dieses müßte sich notwendig gegen Frankreich richten."

Ähnliche Eröffnungen wurden Karl Theodor in München gemacht. Wie wohl dieser daran getan hatte, als Reichsvikar auf ein „freundnachbarliches" Einvernehmen mit Frankreich zu sehen, beweist ein Schreiben des kaiserlichen Staatsreferendars Spielmann an den Gesandten Reuß in Berlin, das die alten österreichischen Tauschpläne wieder aufrührte. Zu seiner Beruhigung überschickte ihm zwar das Wiener Kabinett alsbald den Allianzvertrag mit Preußen, nebst den Separatartikeln, und ließ ihn versichern, daß er sein Bayern sieden und braten könne; die Kriegskosten müßten die Franzosen bezahlen. Aber mehr als diese Erklärungen bewirkte wohl das anmaßende Gebaren des französischen Gesandten M. d'Assigny, so daß der pfalzbayerische Minister Vieregg sich dessen stolze Sprache unumwunden verbat, und das Eingreifen des preußischen Komitialgesandten Görtz, der eine Rundreise an die süddeutschen Höfe unternahm. Der Herzog von Würtemberg, dessen Reichstagsgesandter Graf Seckendorff den demokratischen Ideen offen huldigte, hatte sich mit Frankreich soweit eingelassen, daß er nachher selbst Karl Theodor bat, ihn beim Wiener Hof aus der Verlegenheit zu ziehen. Dort erklärte man in hochfahrendem Tone, der Herzog könne tun, was er wolle; man werde sich derjenigen Reichsfürsten annehmen, die es mit Österreich hielten, die übrigen ihrem

Schicksal überlassen. Am 8. Mai 1792 überschickte der Direktor der Militärschule in Kolmar, Pfeffel, dem Ministerium des Auswärtigen in Paris den Auszug eines Briefes, man wünsche Neutralität in Schwaben. Die Erklärung Österreichs gegen Franken sei von der Natur, daß sie das Reich nicht binden könne. Die Pfalz, Würtemberg, Hannover und ihre Anhänger, wahrscheinlich alle kleineren Fürsten und Stände des Corpus Germanicum würden sich gegen den Reichskrieg erklären und auf eine Konferenz für die friedliche Regelung der Streitpunkte beschränken. Erst allmählich erkannte man in Paris, daß man die deutschen Fürsten falsch behandelt habe. Am 24. Juli gestand Maisonneuve, dieselben erwarteten jetzt von Frankreich nichts, alle ihre Hoffnungen und Absichten seien auf Preußen gerichtet.

Für den Entgang der kleineren deutschen Fürsten, die es sonst an seine Fahnen gekettet hatte, fand Frankreich einen mehr als gleichwertigen Ersatz in seinem „revolutionären Enthusiasmus, in der revolutionären Verstärkung der Armeen, der revolutionären Entwickelung der militärischen Talente, in revolutionären Geldquellen, revolutionärer Immoralität, im revolutionären Propagandismus und endlich in dem revolutionären Kriegssystem," das es rasch dem Gipfel des Glückes entgegenführte. Eine so ungeheure Macht mit gewöhnlichen Mitteln bekämpfen zu wollen, das war der Grundfehler der Koalition. In seinen Betrachtungen: „Über den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Französische Revoluzion" hat Friedrich Gentz später den Gedanken ausgesprochen, man hätte den Kaiser für die südliche, Preußen für die nördliche Hälfte des Reichs mit einer förmlichen interimistischen Diktatur bekleiden müssen. Auch der Kurfürst von Köln gab in einem Briefe an Colloredo die Unzulänglichkeit und Weitwendigkeit der Exekutivgewalt zu und bekannte sich zu dem Wunsche, daß dem Reichsoberhaupt für den gegenwärtigen höchst bedenklichen Fall eine mehrere, bündigere ausübende Gewalt übertragen würde. Ein anderer Zeitgenosse stellte den Antrag, der Kaiser möge nach Nürnberg kommen und den König im Reiche darstellen, so daß alles einen

ganz anderen Betrieb erlange. Dazu bemerkte Hardenberg vertraulich: Das möchte auf einen Monarchen wirken, der so wäre, wie er sein sollte; auf einen leidigen Angeln-Fischer aber werde die Erwägung der Wohlfahrt des Teutschen Reichs keinen sehr lebhaften Eindruck machen. Und wie hätte der Kaiser beim besten Willen etwas ausrichten können in den Reichsländern, die das Haus Österreich als eine fremde Macht betrachteten, die allein zu Opfern verpflichtet sei? Wieland erzählt einmal, es sei ihm in seiner Jugend viel gesagt worden von Pflichten gegen Gott, den Nächsten, auch wohl beiläufig ein Wort von Pflichten gegen die Obrigkeit, gegen Ihre Römische Kaiserliche Majestät, den Bürgermeister und Rat der löblichen Reichsstadt, aber von der Pflicht, ein deutscher Patriot zu sein, nichts; deutsch in politischem Sinn sei damals ein unbekanntes Wort gewesen. So kam Baron Hügel im dritten Jahre des Kriegs zu der für alle Gutgesinnten betrübenden Wahrnehmung, Gemeingeist und Vaterlandsliebe seien in Deutschland so fremd geworden, daß nicht einmal jene Kriegsrüstung zu stande gebracht werden konnte, die vor mehr als hundert Jahren in früheren Reichskriegen keine Anfechtung erlitten hatte. Daran war aber nicht nur der Mangel an politischen Tugenden, sondern in mindestens demselben Grade die Unzulänglichkeit der politischen Formen schuld.

Noch immer bildete der Landfriede und die Exekutionsordnung von 1555 und 1673 die Grundlage für die Rechte der Reichsstände gegen einander und gegen das Oberhaupt. Zu der noch immer bestehenden in diesen Gesetzen begründeten Assoziation der vorderen Reichskreise den Antrag zu machen, hatte der Präsident der vorderösterreichischen Regierung von Summerau schon am 8. September 1791 dem Kardinal Rohan vorgeschlagen, und am 11. April 1792 kam Kaunitz auf diese Idee zurück. Allein seit Österreich an diesem System sich beteiligte, waren die Assoziationskongresse vielen Ständen verdächtig geworden, als ob sie nur von den Hauptmächten zu ihrem Vorteil ausgebeutet würden. Vom oberrheinischen und kurrheinischen Kreis war damals keine Hilfe

zu erwarten, da sie unmittelbar bedroht waren; der Herzog von Würtemberg schien dem Plane abgeneigt aus Furcht vor Frankreich; ähnlich verhielt sich Bayern. Vom fränkischen Kreis allein konnte man sich Vorteil versprechen, doch stand derselbe von jeher mit dem schwäbischen in Verbindung. Österreich leistete ohnehin schon so viel, als es kraft einer Assoziation zu leisten gehabt hätte. Der Kurfürst von Mainz, der die Deputierten bei einem Assoziationskongreß in Frankfurt zu versammeln pflegte, fand daher: wirklich helfen könne nur eines, wenn Österreich und Preußen sich entschlössen, vorerst die vorderen Reichskreise zu decken; dann würden diese von selbst ihre Kräfte aufbieten und die Assoziation möglich werden. Am 23. November 1792 wurde auf dem Reichstag die armatura ad triplum nach dem Kriegsfuß von 1681 verfügt. Aber ein Jahr nach der Errichtung der Reichsarmee war der größte Teil der Kontingente noch gar nicht versammelt, geschweige denn vollzählig. Hier bat ein Reichsstand den Kaiser flehentlich, für die Reichsverteidigung nichts beitragen zu dürfen, da erklärte ein anderer, den reichstäglichen Beschlüssen keine Folge geben zu können noch zu wollen; ein dritter berief sich auf ein Gutachten von Göttinger oder Heidelberger Universitätsprofessoren, welches er vorerst über die entscheidende Frage, „ob der gegenwärtige Krieg ein Reichskrieg oder ob er kein Reichskrieg sei," einholen würde und das nach einem Zeitraum von sechs bis acht Monaten gegen die kaiserlichen Wünsche entschied. Der Landgraf von Hessen-Kassel zog sein Kreiskontingent von der Armee ab, die pfälzischen Truppen rückten kaum zur Hälfte aus, von vielen Ständen war kein Kontingent vorhanden, die Sachsen gesellten sich gegen den ausdrücklichen Befehl des Reichsfeldmarschalls zur preußischen Armee. Hessen und Baden stellten nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. im Feldzug 1793 durch besondere Subsidienverträge einen Teil ihrer Haustruppen England zur Verfügung. Nicht minder lässig als bei Stellung der Kontingente ging es bei den Zahlungen an die Reichsoperationskriegskasse her. Man scheute sich, durch Geldopfer den Schutz einer Armee zu erkaufen, in die man kein Vertrauen mehr

setzte. Die kurpfälzische Regierung in Düsseldorf verbot ihren Untertanen geradezu, „für die österreichische Armee gar nichts zu liefern,“ und der Kurfürst von Köln folgte diesem Beispiel, während Kurtrier für den im Kriege erlittenen Schaden unverschämte Entschädigungen vom Reich beanspruchte. Ende Oktober 1794 waren Kurhannover, Holstein, Salm-Salm, die Reichsabteien Zwiefalten, Hegbach, Wetterhausen, die Reichsgrafen von Kirchberg, Zeil-Trauchberg, Neu-Leiningen-Westerburg und die Reichsherrschaft Wasserburg die einzigen, welche die volle Quote von fünfzig Römermonaten, ohne den Termin dieser Zahlung abzuwarten, auf einmal erlegten.

So lag die Verteidigung des Reiches tatsächlich fast nur in den Händen von Österreich und Preußen. Da die Armee des Kaisers anderweitig verwendet worden war, der am besten bewaffnete Reichsstand sich zur allgemeinen Verteidigung erbot und diesem Anerbieten durch die Drohung Nachdruck verschaffte, seine Truppen zurückzuziehen, wenn nicht das Reich die Verpflegung derselben auf sich nehme, wurde auf den Antrag von Kurmainz dem preußischen Ansinnen prinzipiell zugestimmt und weitere Verhandlung zugesagt. Diese Frage einer Reichssubsidienforderung hat zwar keine praktische Bedeutung erlangt, da Friedrich Wilhelm seinen Antrag nach dem Subsidienvertrag mit den Seemächten vom 19. April 1794 selbst zurückzog, aber er ist von Interesse, weil dadurch ein Novum geschaffen worden wäre. Ein anderes Mittel zu wirksamer Verteidigung der Rheingrenze wäre die Schaffung einer bäuerlichen und bürgerlichen Miliz gewesen. Im Januar 1794 legte sogar der Kaiser den Plan einer allgemeinen Volksbewaffnung dem Reichstage vor und Freiherr von Gagern empfahl in seiner Schrift: „Ein deutscher Edelmann an seine Landsleute“ Landsturm und Landwehr ganz im Sinne Steins. Aber der Plan des Kaisers wurde von Preußen als bedenklich verworfen, und Gagern zog sich nur den Vorwurf zu, daß er Leute vom zweiten und dritten Rang zu sehr mit den Großen al pari gesetzt habe. Der Wunsch des Kaisers nach einer Erweiterung der Exekutivgewalt gegen säumige Reichs-

stände blieb ebenso unerfüllt wie seine wiederholten Mahnrufe: das Vaterland ist in Gefahr und seine Drohungen, die österreichischen Truppen zurückzuziehen, wenn sich das Reich nicht lebhafter am Kriege beteilige, wirkungslos verhallten. Nur einzelne geistliche Fürsten wie der Abt von Ebrach, der Probst von Ottobeuren, der Bischof von Chur, das Domkapitel von Konstanz, der Prior der Kartause Buxheim bei Günzburg, von den weltlichen der Fürst von Thurn und Taxis, von den größeren Gebieten teilweise Baden, zeichneten sich durch Opferwilligkeit aus. Noch einmal wurde von Friedrich Ludwig von Botzheim, einem pfälzischen Edelmann, der sich nach vortrefflicher Verwaltung von Nassau-Weilburg ins Privatleben zurückgezogen hatte, der Versuch gemacht, durch Belebung der alten Unionsideen fertig zu bringen, was dem Reich als solchem nicht gelang. Er gewann Karl Friedrich von Baden und seinen Minister Edelsheim für seine Pläne, die auch in Kassel Zustimmung fanden. Nach persönlichen Konferenzen zwischen Karl Friedrich von Baden und Landgraf Wilhelm von Hessen in Wilhelmsbad im September 1794 wurde von beiden an die Seemächte und Rußland, an den Kaiser und die Reichsstände Mitteilung gemacht. Ein Heer von 40000 Mann sollte aufgebracht werden, doch vergaßen beide Fürsten auch nicht, gegenseitige Unterstützung ihrer Entschädigungsansprüche zu stipulieren. In Wien wie in Berlin erkannte man sofort die nicht zu überwindenden Schwierigkeiten; Hardenberg meinte, man werde nicht fünf Fürsten zusammenbringen, die etwas zu wirken vermöchten; er habe schon denselben Gedanken gehabt vor geraumer Zeit, glaube aber, seitdem sich überzeugt zu haben, daß auf deutschen Gemeingeist nicht mehr zu rechnen sei. Nur wenige Reichsstände antworteten zustimmend; die meisten, darunter auch der Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, verhielten sich ablehnend. So kläglich verlief der letzte Versuch einer deutschen Union, als das alternde Reich noch im wesentlichen unversehrt war. Auch unter den reichspatriotischen Phrasen und demütigen Treueversicherungen barg sich Unentschlossenheit und Kleinmut.

Wie mit dem Gedanken der politischen Union des Fürstenbundes ausdrücklich Herders Idee über das erste patriotische Institut für den Allgemeingeist Deutschlands in Verbindung gebracht wurde und Karl Friedrich von Baden damals sich vorgesetzt hatte, einen Allgemeingeist herzustellen, der ein neues Mittel zur Erhaltung und Befestigung der Throne und des von Friedrich dem Großen ins Leben gerufenen Staatenverbands wäre, so wurden auch 1794 im Zusammenhang mit dem Wilhelmsbader Fürstenverein ähnliche Strömungen offenbar. Schon seit dem Beginn der Revolution waren zu den kosmopolitischen Anhängern derselben einige Schriftsteller in schroffen Gegensatz getreten, die in dem Worte Vaterland neue Reize entdeckten. Warum sollten wir nicht deutschvaterländisch und deutschpatriotisch handeln? fragte 1792 der Gothaer Heinrich Reichard? Der badische Hofrat Schlosser hielt zwar in seinem Vaterland Verfügungen gegen die Irrlehren für überflüssig, da sie der gegenwärtigen Generation wenig Schaden brächten. „Wenn aber diese einmal absterben und die Jünglingsgeneration, die die jetzige Epoche mit ansieht, jene ersetzt und nicht manches besser wird, als es hier und da ist,“ so fürchtete er, „daß es mit den Revolutionen in Deutschland gehen wird, wie es uns mit der französischen Literatur ... Lebensart, Finanzeinrichtung und dergleichen gegangen ist, deren üble Folgen wir immer in eben dem Verhältnis später empfunden haben, als wir diese Dinge alle später von dieser Nation lernten.“ Der Landgraf von Hessen-Kassel entgegnete dem Kurfürsten von Mainz auf seinen Vorschlag, ein warnendes Manifest gegen diese einheimischen Jakobiner bekannt zu machen, eigenhändig: Meine Untertanen haben sich von jeher durch Anhänglichkeit an den Landesherrn ausgezeichnet, es würde ihnen bei mangelnder Veranlassung eine solche Warnung nur zur Kränkung gereichen können. Ebenso verwahrte er sich gegen den Erlaß eines Reichsgesetzes gegen revolutionäre Bewegungen, da die Landespolizei den Landesherrn überlassen bleiben müsse. Der Herzog von Zweibrücken duldete in seinem Lande sogar die Errichtung von Freiheitsbäumen. Weit engherziger

wandte sich eine Denkschrift von 1793 gegen die um sich greifende Freigeisterei; offene Religionsspötter müßten von den Fürstenthronen entfernt, gegen die Freiheits- und Gleichheitsprediger lieber zu strenge als zu milde verfahren werden; diejenigen Biedermänner, welche in guten Schriften die Regierungen zu verteidigen bemüht wären, hätten auf Belohnungen und Auszeichnungen ein Anrecht. Infolge von Unruhen an der Universität Jena wurde auf dem Reichstag im Juli 1794 ein preußischer Antrag angenommen, durch Reichsschluß alle Teilnehmer an studentischen Ordensverbindungen ohne Nachsicht zu relegieren; vergebens hatte Baden gewünscht, daß nicht ein junger Mensch deshalb auf Lebenszeit dienstunfähig werde, zumal dieses alles doch nur jugendlicher Leichtsinn sei. Auf die Kunde von den Wilhelmsbader Konferenzen bat ein Pfarrer in Stralsund um Aufnahme in den Gelehrtenbund, den Baden und Hessen Zeitungsnotizen zufolge geschlossen hätten. Der preußische Kämmerer und bayrische Geheimrat Graf Salis-Soglio schrieb in ähnlichem Sinn, er habe über die Notwendigkeit, wider die Jakobiner zu schreiben und zu drucken, mehrmals Vorstellungen gemacht und veröffentlichte eine Schrift: Eine Betrachtung über den Adel aus dem eigentlichen Gesichtspunkt. Der Nassau-Usingische Legationsrat Johann Karl Philipp Riesé in Frankfurt überreichte im Oktober 1794 einen förmlichen Feldzugsplan gegen die Jakobinerideen, die öffentliche Meinung", welche die Illuminaten, Philosophen und Buchhändler-Bande durch alle möglichen Mittel für die Revolution, Sanskulotterie und Anarchie bestimmt haben," für die gesetzliche Ordnung wiederzugewinnen und am 10. Dezember desselben Jahres legte der Marburger Professor Hofrat Jung-Stilling den Plan zu einem Gelehrtenbund vor, über den er schon vor der Revolution nachgedacht hatte.

Zu der Fruchtbarkeit an solchen papiernen Kriegszügen steht die Langsamkeit und Unfähigkeit der militärischen Operationen auf deutscher Seite in erschütterndem Gegensatz. Der Reichsfeldmarschall Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen klagt einmal,

man werde mit jedem Schritt irregeführt, aus einer Falle in die andere gelockt, das Wort täglich gegeben und gebrochen, und man verschwende seine Zeit mit beständigem, ohnmächtigem Geschwätze und Geschreibe, mit ewigen unzweckmäßigen Negoziationen und mit unendlichen Aufopferungen, die am Ende zu nichts führten. Die ewigen Niederlagen, die schwächliche Verteidigung der Rheingrenze, die Schwierigkeiten, Preußen bei der Koalition zu erhalten und die Gerüchte von österreichischen Friedensabsichten machten endlich das Bedürfnis nach Frieden allgemein. So kam der kurmainzische Koadjutor Karl Theodor von Dalberg, nachdem er sich in Bern mit einigen Friedensbeförderern besprochen hatte, auf die Idee, einen förmlichen Friedensantrag beim Reichstag einzubringen. Am 24. Oktober wurde derselbe in Regensburg vorgelegt, so sehr auch der kaiserliche Konkomissarius Freiherr von Hügel von der offiziellen Bekanntgabe eines solchen nach seiner Meinung verfassungswidrigen Schrittes den Mainzischen Gesandten Strauß abzuhalten suchte. Als Vermittler wurden wegen ihrer deutschen Besitzungen und zugleich als neutrale Mächte Schweden und Dänemark in Vorschlag gebracht. Graf Bernstorff erklärte sich sofort im Namen der beiden Staaten dazu bereit. Er hatte mit dieser Idee schon gespielt, ehe Kurmainz die Initiative ergriff, und war von der Notwendigkeit überzeugt, daß Frankreich die Verfassung des Reiches garantieren müsse, da sonst die kleinen Staaten alle von Österreich und Preußen verzehrt würden. Der französische Gesandte Grouvelle bemerkte dazu, wenn dies für das Reich vorteilhaft sei, müsse es das auch für Frankreich sein. Auch der Citoyen Bacher in Regensburg empfahl seiner Regierung, die kleineren Fürsten zu schonen wegen der großen Lasten, die ihnen von Preußen und noch mehr von Österreich auferlegt würden. Hatte doch Hessen-Kassel französische Gefangene, die es zu bewachen hatte, ausgezeichnet behandelt und wieder in die Heimat entlassen. Ähnliches hatte sich in Gotha ereignet. Karl Theodor ließ durch seinen Vertreter in Basel seine Bereitwilligkeit zur Neutralität und zu einem Friedensschluß mit Frankreich bekannt geben, er wollte

die österreichischen Truppen zwingen, Mannheim zu räumen und sogar den Brückenkopf an Frankreich geben. Landgraf Wilhelm von Hessen unterhielt durch einen Frankfurter Bankier, der mit einer Französin verheiratet war, Beziehungen zu den Friedensunterhändlern in Basel. Karl August von Weimar sah von der Fortdauer des Krieges nur die schlimmsten Folgen voraus und wünschte darum baldigst Frieden, obwohl derselbe traurig ausfallen mußte. In Baden hielt man die beiden vorgeschlagenen Mächte zur Mediation wohl geeignet, da es sich ja nur um billige Entschädigungen, nicht um Eroberungen handelte. Dagegen war der Herzog von Würtemberg gegen dieselben mißtrauisch und hielt es für bedenklich, Rußland ins Spiel zu ziehen; auch in Berlin nahm man die Intervention zweier so ohnmächtiger Staaten ungünstig auf. In Wien war man vor allem darüber ungehalten, daß ein so wichtiger Schritt ohne vorheriges Einverständnis mit dem Kaiser geschehen war. Nicht weniger auffällig sei der Zeitpunkt für diese Anträge gerade jetzt gewählt worden, wo das Reich durch Beschluß der Ausrüstung der Kontingente in fünffacher Stärke sich zu den größten Anstrengungen aufgerafft habe. Die Intervention zweier Mächte, die Frankreich von jeher begünstigt hätten, müsse man ablehnen. So war der Wunsch nach Frieden zwar ziemlich allgemein laut, aber die verschiedenen Bedenken gegen seinen Antrag ließen Dalberg bald selbst an dessen Erfolg verzweifeln. Noch ehe hierüber ein Konklusum zustande gekommen war, hatte Preußen sich durch die Eroberung Flanderns von Seite der Franzosen, durch die Zerwürfnisse mit Österreich und Rußland über das Schicksal Polens und durch den Bruch mit den Seemächten so isoliert gesehen, daß es mit Frankreich sich in Separatverhandlungen einließ, die am 5. April 1795 zu dem Frieden von Basel führten. Für den Fall einer Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich im allgemeinen Friedensschluß wurde darin Preußen eine ebenbürtige Entschädigung zugesagt, die nur in Säkularisationen bestehen konnte. Zur Schonung Norddeutschlands sollte eine Demarkationslinie gezogen werden, welche die republikanischen

Heere nicht überschreiten durften. Alle Stände des Reichs — mit Ausschluß Österreichs jedoch —, welche binnen drei Monaten die preußische Vermittlung in Anspruch nehmen würden, sollten von Frankreich nicht als Feinde behandelt werden.

Dieses Abkommen ist vor allem aus dem Verhalten Österreichs zu erklären. In der geheimen Erklärung mit Rußland vom 3. Januar 1795 hatte dasselbe die Absichten Joseph II. und den Raub Venedigs wieder aufgenommen. Preußen, des Erfolges im Westen ungewiß, mußte seine ganze Kraft nach Osten ziehen, um nicht auch hier leer auszugehen. Im Jahre 1794 klagte Thugut über die preußische Begehrlichkeit; Österreich werde dadurch gezwungen, dagegen einzuschreiten und fühle sich so außerstande, seinen Krieg mit Frankreich fortzusetzen; Niederlagen oder ein erniedrigendes Abkommen würde den Triumph der Demokratie bedeuten. Damit ist von einem Rat des Kaisers selbst ein einseitiger Separatfriede hypothetisch zugegeben; Preußen kam nur in der Praxis zuvor. „Wie zwei Räuber, die lange über die Beute eines Ermordeten stritten, sich zusammentun, um einem neuen Ankömmling entgegenzutreten," so hatte Friedrich Wilhelm II. mit Österreich sich in einen Eroberungskrieg gegen Frankreich eingelassen, der ihn nichts anging. Jetzt lebte kein König mehr in Frankreich, die Wiederherstellung der Bourbonen war ebenso unmöglich wie die Eroberungspläne unausführbar geworden. Es soll daher Preußen aus seinem Rückzug von einem Kriege, dem es besser von Anfang an fern geblieben wäre, hier nicht der leiseste Vorwurf gemacht werden. Der Hauptfehler lag vielmehr in dem System. In seinem Buche: „Von dem römischen Kaiser" wirft Friedrich Karl Moser die Frage auf: „Wem hat Deutschland das Elend, diese Schande zu danken? Die Separatverträge, denen der Kaiser die Schuld gibt, sind jedenfalls der stärkste Beweis, daß das Reich das Ende eines Krieges wünsche. Was der Kaiser nicht mit dem guten Willen des Reichstages durchsetzen kann, lasse er lieber fahren; je mehr er es forciert, je weniger geht es und je mehr schadet er sich und seinem Haus." Ein unhaltbarer Zu=

stand, der notwendig zu Konflikten führen mußte, war ferner die doppelte Eigenschaft einiger und gerade der mächtigsten Reichsstände, welche souveräne Fürsten und doch zugleich Reichsfürsten waren. Heinrich von Treitschke hat den Baseler Frieden bekanntlich als den größten politischen Fehler Preußens bezeichnet, als eine Untreue des Staates gegen sich selbst, die durch zwei Jahrzehnte der Entehrung und der Not, durch beispiellose Opfer und Kämpfe gebüßt ward. Dagegen hätte sich nach Ranke der König als Arminius in der Rolle des Vermittlers gefallen und Bailleu spricht geradezu von Preußens deutscher Politik. Wir vermögen uns diesem günstigen Urteil ebensowenig anzuschließen wie dem unbedingten Verdikt eines Strengschwerdt, der den Frieden als ein wahres nationales Verbrechen betrachten will, beizustimmen, weil nach unserer Auffassung von nationalen Erwägungen damals nirgends die Rede war. Ein preußischer Historiker rechtfertigt die Politik der Rheinbundsfürsten damit, es wäre unverzeihlich gewesen, wenn sie sich von den zur Lüge gewordenen Folgen und Forderungen des alten Reichs nicht losgesagt, wenn sie sich zu den Don Quixots des heiligen römischen Reichs deutscher Nation hätten machen wollen. Wir sind gemeint, daß Hardenberg 1795 die allgemein deutschen Interessen von den partikular-preußischen nicht so deutlich zu trennen wußte, wie später die Rheinbündler diese Scheidung mit Bezug auf ihren Vorteil vorgenommen haben. Aber wir wiederholen es nochmals, es sei gegen die Leiter der damaligen preußischen Politik von unserer Seite nicht der leiseste Vorwurf erhoben. Eine Geschichte der Auflösung des alten Reichs kann freilich nicht umhin, gerade die zersetzenden Elemente an dem Separatabkommen von 1795 hervorzuheben, und wenn dabei Preußen schlecht wegkommt, so wird das in noch viel höherem Maße mit der deutschen Verfassung der Fall sein.

Die Reichsschlüsse von 1704, 1709, 1713, 1734 hatten anerkannt, daß ein Reichskontingent zurückgerufen werden könne, wenn ein Reichsstand wegen fremder und feindlicher Überfälle seine Truppen selbst benötige. So hatte der große Kurfürst 1675 ge-

handelt, so hatte es Bayern 1757 versucht, so hatte auch Preußen im Fürstenrat die magdeburgische Stimme noch 1793 gegen die Neutralität abgegeben, jedoch mit dem Zusatz: es sei denn, daß die Not gebiete. Nun folgerten die preußischen Publizisten weiter, wenn ein Reichsstand sein Kontingent abberufen kann, warum soll er dann nicht auch einen Neutralitätsvertrag abschließen können? Die deutschen Fürsten hatten ja im westfälischen Frieden Gesandtschafts-, Bündnis- und Kriegsrecht erlangt; warum sollten sie nicht auch einseitig Frieden schließen können? Indem so die einen das Reich als einen Bund unabhängiger Staaten auffaßten, definierten andere dasselbe als ein Staatensystem, dessen einzelne Glieder nicht unabhängig seien; die Stände seien dem Kaiser Treue und Gehorsam schuldig. Wenn unser Kaiser keine Autorität mehr hat, deklamierte Strengschwerdt in seinem rüden Ton, sind wir Deutsche eine Nation von Maulaffen und Hundsföttern. Nun war freilich Preußen 1795 in Brandenburg nicht direkt bedroht, als es seine Truppen abberief, aber es kam ihm zweifellos zu statten, daß es ebenso wie Hessen-Kassel schon vor beschlossenem Reichskrieg an dem Kampfe teilgenommen hatte. Wenn Preußen weiterhin in die Abtretung des linken Rheinufers willigte, so war es dazu an sich ganz gewiß nicht berechtigt; aber es konnte ihm — in diesem Sinn drückte sich der badische Geheimrat Schlosser schon 1790 aus — nicht verwehrt werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichs zu verhandeln. In der Praxis freilich gestaltete sich die These von den natürlichen Grenzen Frankreichs, die damals zuerst von einem Reichsstand offiziell anerkannt wurde, zu einer Kette unsäglichen Elends auch für die rechtsrheinischen Lande. „Die Friedensschlüsse von Basel und Campo Formio," sagt Lefèbvre, „verwickelten den Gegensatz der Prinzipien mit dem Gegensatz der territorialen Interessen und organisierten einen unendlichen Krieg zwischen Frankreich einerseits und Österreich-England andrerseits. Sie bildeten den Ausgangspunkt für jenes ungeheure Eroberungssystem, den mächtigen Ausdruck der Leidenschaften und Wünsche des französischen Volkes, ein System, das Napoleon nicht geschaffen,

aber für dessen Triumph er sein großes Genie eingesetzt hat." In seinen „heteroclitischen Ideen" vertritt der pfalzbayerische Hofbibliothekar Traiteur schon 1796 die Anschauung, ein Fluß sei dasjenige, was den Mittelpunkt eines Landes ausmacht, im Vergleich mit dem tierischen Körper die Hauptpulsader. „Wer den Rheinstrom besitzen will, muß auch das jenseitige Land besitzen, er muß Herr von beiden Ufern sein. Frankreich würde sicher, wenn es auch nur das linke Rheinufer besäße, seine schwächeren Nachbarn . . früher oder später zu verschlingen trachten. Es würde das Bedürfnis, beide Ufer zu besitzen, fühlen." Der Besitz des Elsasses sei ungerecht und unnatürlich; es greife damit in das Herz von Deutschland ein, reiße einen Körper aus seinen natürlichen Verbindungen und zwinge sich selbst, auch die übrigen Teile an sich zu reißen.

Dieselbe Kluft, die die Abtretung des linken Rheinufers zwischen West und Ost herbeiführte, zog die preußische Demarkationslinie zwischen dem Norden und dem Süden. Gewiß beruhte der Fortgang der sich selbst überlassenen Kultur auf der Fortdauer des inneren Friedens und den unerschütterten sozialen Zuständen; unleugbar ist auch, daß die Unruhen und Gefahren des Krieges alles wieder zerstört hätten und vielleicht allem eine andere Richtung gegeben haben würden, und Ranke tut gut, in Erinnerung zu bringen, daß die Jahre der Neutralität in Norddeutschland fast die fruchtbarsten in der deutschen Literatur gewesen sind. Die französischen Publizisten sehen mit Neid in der preußischen Neutralitätspolitik seit 1795 eine Wiederaufnahme des Fürstenbunds und das preußische Protektorat über Norddeutschland wurde erst dadurch begründet. 1797 tauchte in den Kreisen Massenbachs die Idee einer engen deutschen Föderation auf und 1800 sah die Denkschrift: „Wie können Deutschland und Preußen gerettet werden" nur ein Mittel, Deutschland diejenige Gewißheit seiner politischen Existenz zu verschaffen, die ihm selbst notwendig war. Dieses Mittel bestehe darin, die jetzt durch Auflösung der altgermanischen Verfassung isolierten Staaten durch einen neuen Bund, dessen Haupt

Preußen ist, zu vereinigen. Die Vereinigung des ganzen Deutschland unter einem Oberhaupt sei nicht ausführbar, man müsse sich daher auf das nördliche beschränken. Und doch haben die Tage von Jena und Auerstädt gezeigt, daß jene Selbstbeschränkung und Neutralität die schwersten Gefahren mit sich brachten; es war nur ein fauler Friede, dessen sich der Norden erfreute. Wenn man einen Körper in zwei Teile schneidet, entstehen eben nicht zwei neue lebensfähige Organismen, sondern beide müssen hoffnungslos verbluten.

Nachdem Friedrich Wilhelm durch eine Erklärung vom 1. Mai seinen „hohen und höchsten Mitständen" von dem Frieden offiziell Kenntnis gegeben hatte, beantragte Kurmainz die Eröffnung der Friedensverhandlungen durch den Kaiser und den König von Preußen. Trotz der Hinneigung vieler Stände zu Preußen, einer „Neigung und Blindheit", die Thugut unbegreiflich dünkte, kam es nach bewegten Verhandlungen am 3. Juli zu einem Reichsgutachten, das, durch die schroffe kaiserliche Ratifikation noch verschärft, im wesentlichen eine Niederlage Preußens bedeutete. „In ungetilgter unwandelbarer Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte" verlangte das Reich die Einleitung eines allgemeinen Friedens durch den Kaiser nur unter der Mitwirkung Preußens. Zum letzten Mal warf sich das alte Reich Österreich offen in die Arme; allein trotz der Einsetzung einer Reichsfriedensdeputation im August 1795 war damit die Fortsetzung des Krieges entschieden, da der Kaiser nicht ernstlich auf eine Pazifikation eingehen wollte. Aber die vorübergehenden Waffenerfolge bis zum Ende des Krieges, die hie und da aufflackernde patriotische Gesinnung, wie sie besonders durch die Siege des Erzherzogs Karl entfacht wurde, vermochten dem unabwendbaren Gang der Ereignisse ebensowenig Einhalt zu tun wie die fürderhin noch bewilligten Römermonate und Kreistruppen oder die an einigen Orten wirklich ins Leben getretene allgemeine Volksbewaffnung. Seitdem Preußen das böse Beispiel gegeben und der Kaiser den Friedenswünschen seiner Mitstände nicht entsprochen hatte, war das: „Rette sich, wer kann"

die Parole auch der Ehrlich-Gesinnten, die, schwankend zwischen der Erfüllung reichsständischer Pflichten und der Sorge für die Wohlfahrt ihrer Untertanen, nur dem Augenblicke folgten, indem sie sich bald Frankreich näherten, bald dem Kaiser gehorsam erwiesen. Am 28. August 1795 gelang es dem Landgrafen von Hessen-Kassel, seinen Frieden mit der Republik zu machen. Nach dem Einfall Moreaus ging Würtemberg am 17. Juli, Baden am 20. (25.) Juli 1796 einen Waffenstillstand ein, dem der Friede in Paris am 7. bezw. 22. August nachfolgte. Ein ähnliches Schauspiel gewährt der fränkische Kreis: Am 7. August wurde ein Waffenstillstand in Würzburg unterzeichnet, am 16. September eine neue Konvention in Paris. Sachsen schloß am 13. August einen Neutralitätstraktat mit Moreau in Erlangen ab, mit den bayerischen Ständen kam zu Pfaffenhofen am 7. September eine Waffenruhe zu stande. Es kommt hiebei wenig darauf an, daß die Kontrahenten später das Gehässige, das in den Unterhandlungen mit Frankreich lag, von sich abzuwälzen suchten. So hatte der Bischof von Konstanz bei dem Einfall der Franzosen mit unter den ersten die Absendung einer Kreisgesandtschaft beantragt, aber als die Österreicher in Schwaben einrückten, tat er, als hätte er seine Verhandlungen mit Frankreich schon vorher abgebrochen, und rief seine Gesandten einseitig von Paris wieder ab. Friedrich Eugen gab seiner Unzufriedenheit mit den in seiner Abwesenheit von den Ständen abgeschlossenen Verträgen durch die Entlassung des Ministers Wöllwarth Ausdruck, der sie unterzeichnet hatte, und der Erbprinz von Würtemberg reiste ostentativ nach Wien. Ähnlich verweigerte Karl Theodor nach seiner Rückkehr dem Vertrag von Pfaffenhofen seine Genehmigung und der Markgraf von Baden verstand sich zum Austausch der Friedensratifikation mit der Republik erst am 15. Dezember 1797, als die Eröffnung des Rastatter Kongresses unmittelbar bevorstand. Das Wesentliche an allen diesen Verträgen ist, daß in ihnen die beteiligten Fürsten, soweit sie auf dem linken Rheinufer Besitzungen hatten, auf dieselben verzichteten und gegen weitere Vorteile für Frankreich sich Entschädigungen auf dem rechten Ufer zusagen ließen. Indem sie

so auch ihrerseits zur Auflösung der Reichsverfassung beitrugen, erlangten sie andrerseits Anwartschaft auf beträchtliche Vergrößerung und Abrundung ihres Gebietes, und von manchen wurden schon damals Forderungen aufgestellt, die erst mit dem Abschluß des Rheinbundes ihre Erfüllung fanden.

Wenn der Kaiser in den Präliminarien von Leoben und im Frieden von Campo Formio schließlich sich ebenfalls beugen mußte, so wäre diese Nachgiebigkeit an sich noch begreiflich. Aber die unerhörte politische Heuchelei, mit der der Verzicht auf einen fast doppelt so großen Landstrich, als ihn Frankreich 1871 an Deutschland überlassen mußte, ausgesprochen war, erhebt diesen Frieden in Vergleich mit allen früheren zu dem unrühmlichsten: Während der Kaiser insgeheim in die Abtretung der Rheingrenze einwilligte, wurde in den öffentlichen Artikeln immer noch mit der „Integrität" des Reiches Komödie gespielt. Indem Österreich sich selbst das Erzbistum Salzburg ausbedungen hatte und in eine Säkularisation — freilich mit Umgehung des ominösen Wortes — willigte, war tatsächlich die bisherige Reichsverfassung vernichtet; die oberherrlichen Rechte des Reichs in Italien waren verloren, ein Teil Bayerns gegen alles Herkommen in die Entschädigungsmasse geworfen. Nicht nur die Einmischung der Franzosen in die inneren Angelegenheiten des Reichs war formell zugestanden, sondern auch jede Vergrößerung der Republik auf deutsche Kosten, falls nur Österreich ein Äquivalent erhielt. Während man auf der einen Seite den hierarchisch-politischen Charakter des Reiches festhielt, wandte man zu gunsten der Republik, die auf Vernichtung der hierarchischen Elemente beruhte, ein System an, das vom alten Régime gegen dieselbe erfunden war; wie früher die Mächte die Teilung Polens verfügt hatten, so einigte sich jetzt der Kaiser über die Zerstückelung Deutschlands mit dessen grimmigstem Feind. Mit kecker Stirn versprach Frankreich dafür, keine Vergrößerung Preußens zuzugeben, obwohl es dem Berliner Hof in dem Vertrag vom 5. August 1796 das Gegenteil zugesagt hatte. Mit Recht urteilt daher Häusser: „Alle Momente, welche die Auflösung des Reichs und die tiefste Er-

niedrigung unserer Nation herbeigeführt haben, sind in diesem Vertrag schon enthalten: Der Grundsatz, das Reich als europäische Entschädigungsmasse zu betrachten, die Vertauschung und Verteilung von Ländern und Völkern nach diplomatischem und dynastischem Belieben, die feindselige Rivalität der Reichsstände untereinander." Neben der im allgemeinen optimistischen Auffassung seiner Zeitgenossen über die schlimme Lage, in der sie sich befanden, hat schon damals mit verblüffender Satire die richtige Erkenntnis gerade der Mann ausgesprochen, dessen Anhänger heute des alten Reiches Herrlichkeit mit Bewunderung zu erfüllen pflegt: Joseph Görres. „Am 30. Dezember 1797 — so teilte der Einundzwanzigjährige am Neujahrstage 1798 dem republikanischen Klub in Koblenz mit — am Tage des Übergangs von Mainz, nachmittags um 3 Uhr, starb zu Regensburg in dem blühenden Alter von 955 Jahren 5 Monaten 28 Tagen sanft und selig, an einer gänzlichen Entkräftung und hinzugekommenem Schlagflusse, bei völligem Bewußtsein und mit allen heiligen Sakramenten versehen, das heilige römische Reich schwerfälligen Angedenkens." Nachdem er dem Verstorbenen eine Leichenrede mit beißendem Spott gehalten, öffnet er sein Testament: „Der Verstorbene setzt die fränkische Republik als einzige rechtmäßige Erbin des linken Rheinufers ein, und bittet sie, das kleine aber gutwillig gegebene Geschenk als ein Zeichen seiner Hochachtung und Liebe anzunehmen. Seine päpstliche Heiligkeit soll nicht nur zur Wiederherstellung seiner zertrümmerten Finanzen die Reichsoperationskasse, sondern auch, um seine eigenen Bullen vergolden und denselben durch solchen äußeren Schimmer den in unserer verderbten Zeit verlorenen Kredit wieder verschaffen zu können, die goldene Bulle erhalten. Die kaiserlichen Einkünfte fallen an das Armenhaus in Regensburg, die Prälaten- und andere Bänke an die Universität Heidelberg, die Reichsarmee an den Landgrafen von Hessen-Kassel, um sie nach England, Amerika oder Ostindien zu verhandeln. Testamentsexekutor wird seine Exzellenz der General Bonaparte." Auch um eine Grabschrift ist Görres nicht verlegen:

„Von der Sense des Todes gemäht, atemlos und bleich
Liegt hier das heilige römische Reich.
Wandrer, schleich dich leise vorbei, du möchtest es wecken,
Und der Erstandne uns dann von neuem mit Konklusen bedecken.
Ach, wären die Franzosen nicht gewesen,
Es wäre nicht unter diesem Stein zu lesen:

Requiescat in pace."

Etwas später entstand eine Flugschrift „die Passion", deren Verfasser eine ähnliche Gesinnung an den Tag legt wie Görres. „Und es geschah, heißt es darin, da Bonaparte dies vollendet hatte, da versammelten sich die Hohenpriester, Schriftgelehrten und Pharisäer in einer Stadt, die da genannt wird Rastatt, und hielten Rat, wie sie das römische Reich mit List fangen und töten wollten.... Und das Reich sah, daß seine Stunde gekommen war, und sprach also: Meine Seele ist traurig bis in den Tod.... Und der geistliche Fürstenrat war sehr bekümmert und sprach im Kongreß: Wahrlich, wahrlich sage ich Euch, einer aus Euch wird mich verraten. Und siehe! Der preußische Hof flüsterte Frankreich ins Ohr: Was wollt Ihr mir geben, so will ich ihn Euch verraten.... Bonaparte spricht dem Reich das Urteil: Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz soll es sterben. Pfalzbayern mit Hessen-Darmstadt erwidert: Was hat es denn getan? ich finde keine Schuld an ihm. Der Kaiser aber spricht: es ist besser, daß einer stirbt, als daß das ganze Volk zu Grunde gehe, und läßt es geißeln und übergibt es, daß es gekreuzigt würde."

Wollte man etwa einwenden, die Lust zum Spott habe in diesen beiden Fällen die Farbe zu stark aufgetragen, so sei hier nur noch an die nüchterne Statistik erinnert, die in einer „Skizze zum Überblick des jetzigen Zustandes der öffentlichen Angelegenheiten" im Anfang Februar 1798 aufgestellt wurde. Sie enthält folgenden „Blick auf Deutschland:

A. als eigener selbständiger Staatskörper betrachtet:
tot, aufgelöst und meistens schon in andere selbständige Staatskörper übergegangen;

B. Zusammenhang im Innern:

zeigt sich bloß in der wechselseitigen Friktion der noch übrigen durchaus heterogenen nach Isolierung und Pseudosouverainität strebenden Bestandteile, wovon jeder nur sich selbst in den Schwerpunkt versetzen und die anderen mit sich zusammenballen oder doch nur als Trabanten um sich herumlaufen lassen will . . .;

C. gesetzliche Verfassung:

bald vollends nur zum historischen Gebrauch — doch aber jetzt noch zum Farbenmischen für die Deduktionsmacher;

D. einziges noch fortdauerndes Prinzip, woraus Tendenz zu einem staatlich-gesellschaftlichen Zusammenhalt hergeleitet werden kann:

Schwäche;

E. aktives Verhältnis zum Ausland überhaupt:

Null,

weshalb auch Teutschland hier erst hinter allen den Mächten, von denen eine besondere Gegenwirkung zu erwarten ist, bloß als passives Supplement erscheinen kann."

Nachdem der Verfasser das passive Verhältnis zum Ausland überhaupt und zu Frankreich insbesondere untersucht hat, kommt er zu der Überzeugung, daß letzteres wegen der in Deutschland auszumittelnden Entschädigungen eine Art Assignatensystem einführen werde, „das einstweilen in Hoffnungen, Idealen und Spekulationen herumläuft und durch die reellen Zueignungen, die sich Frankreich mittels der Rheingrenze macht, bis zum Unerreichbaren, und also bis zum Banquerout vergrößert wird." Es wird mit den Entschädigungen gehen, wie mit den Assignaten, „daß sie einmal allen unmittelbaren Wert verlieren, mittelbarerweise hingegen hier wie dort die Revolution begründen."

Zweites Kapitel.

Die revolutionäre Propaganda auf dem rechten Rheinufer.

> Es gibt keine größere Begeisterung als die, welche die Idee der Freiheit in den menschlichen Gemütern hervorbringt.
> Gentz.

In sechsjährigem Krieg war die französische Republik in 581 Schlachten und Treffen gegen mehr als das halbe Europa siegreich geblieben. Ein Feind mehr, ein Triumph mehr! „Der jetzige Krieg, schreibt ein Zeitgenosse, so wichtig in seinem Ursprung, so einzig in seinem Gang, so entscheidend in seinen Resultaten, liegt im ganzen Umfang der Weltgeschichte, von Adams Jahrhundert bis auf unsere Zeit.“ Mit der Eröffnung der Feindseligkeiten hörten in Frankreich alle diplomatischen Verhältnisse auf. Es war die Zeit, wo Burke sagte: die Karte des Weltteils liegt vor mir, aber in ihrer Mitte sehe ich eine ungeheuere Leere; da war einst Frankreich. Aber in dem Ringen des Bajonetts gegen den Syllogismus wurde Frankreich selbst zur Republik und zum Zentralpunkt eines großen neuen republikanischen Allianzsystems, wurden zwei alte Freistaaten, der batavische und ligurische, umgeschaffen und ein ganz neuer, der zisalpinische, errichtet. Vor dem Krieg waren 2600 Quadratmeilen und nicht ganz 8 Millionen Menschen republikanisch, jetzt 13—14000 Quadratmeilen und 40 Millionen. Während bei einer Bevölkerung von 146 Millionen in Europa früher die republikanische Bevölkerung sich zur monarchischen wie 3:52 verhielt, war das Verhältnis jetzt 3:8; das heißt früher waren 3 Republikaner unter 52 Europäern, jetzt schon unter 8.

Diesen Weltkrieg, der den Thron Ludwigs XVI. stürzte, die französische Gesellschaft von Grund aus veränderte und ganz Europa verwandeln sollte, hat Brissot und seine Partei, wenn nicht hervorgerufen, doch zum Ausbruch gebracht, ein Mann, der voll unruhigen Ehrgeizes für die Republik schwärmte und mehr aus persönlicher Rastlosigkeit wie aus idealer Begeisterung nach allen Seiten hin Umtriebe erregte. Über die Art der Kriegführung sprach sich Condorcet in einem Manifest nach Brissots Rede vor der Kriegserklärung aus: die französische Nation verzichte auf jede Eroberung und wolle ihre Kräfte nie gegen die Freiheit der Völker verwenden; die Bevölkerung werde immer als Freund betrachtet werden. Am 9. Januar 1792 machte Louvet den Vorschlag, daß jeder Soldat einen Sack voll Kugeln für die Herren und einen Sack voll kleiner Freiheitsschriften für ihre Untertanen mit sich führen möge. „Das Fehlschlagen der Völkerfreundschaft hatte nur die Folge, daß das girondistische Freiheitslächeln durch Dantons Raubsystem verdrängt wurde." Als Zweck des Krieges bezeichnete zwar Cambon noch am 15. Dezember 1792 im Konvent: Sturz der Paläste, Friede den Hütten; aber, fügte er hinzu, will ein Volk die Freiheit und unsre Freundschaft verdienen, so muß es tun, was wir getan: es muß die Privilegien stürzen und den Sanskulotten Teil an der Herrschaft geben. Was das bedeutete, erfuhr das linke Rheinufer nach der vorübergehenden Besetzung von Mainz (21. Oktober 1792 bis 22. Juli 1793) unter der französischen Militärgewalt (Herbst 1794 bis 11. Dezember 1797): Die Unterwerfung des besetzten Landes unter die Herrschaft von Paris, den Umsturz der inneren Verhältnisse, Konfiskation für die reicheren Klassen, Plünderung auch der Besitzlosen durch den immer wachsenden Verlust der Assignaten.

Eine Lehre, die den Bauern von den Lasten des Herren befreite und alle Menschen für gleich erklärte, konnte zu jeder Zeit und überall auf Anhänger zählen. Von Anfang an wurden auch die rechtsrheinischen Gebiete vom Elsaß her von der revolutionären Propaganda bedroht. Neben Baden war Schwaben durch seine

Lage den französischen Emissären und Schriften besonders zugänglich. Die Erhaltung der ständischen Rechte in Württemberg und die vielen kleinen freien Reichsstädte, die „wie Spinnengewebe“ an der deutschen Monarchie hingen, hatten dort das Interesse an politischen Vorgängen lebendiger erhalten als anderswo. Es herrschte hier eine Mischung von Lokalpatriotismus und Kosmopolitismus und als die Revolution ausbrach, bildeten sich Klubs, in denen die Marseillaise gesungen wurde. Schelling übersetzte die Freiheitshymne von Rouget ins Deutsche und Hegel galt als Republikaner. Aber kleineren aufrührerischen Bewegungen wurde von den Regierungen sofort wirksam entgegengetreten; es genügte ein militärischer Kordon und polizeiliche Maßregeln. Die girondistische und kosmopolitische Revolution wurde in Deutschland bewundert, der nivellierende Terrorismus mit Abscheu betrachtet. Alle diese Henkersknechte ekeln mich an, sagte Schiller. Am 24. September 1793 schrieb General Wurmser an den Kongreß der badischen Landstände: „Bei den schrecklichen Ereignissen, welche die Volkswut in Frankreich hervorgebracht hat, ist es allerdings ein rühmlicher Zug im Charakter der benachbarten Deutschen, daß kein einziges Land von dem unsinnigen Freiheitstaumel angesteckt wurde.“ In Paris selbst war man sich damals noch nicht klar über die Ziele, die man in Deutschland verfolgen sollte. Carnot behauptete in den „vues sur les résultats que l'on doit tirer aux frontières du nord des résultats de la campagne actuelle“, die er am 16. Juli 1794 dem Wohlfahrtsausschusse überreichte: Wir könnten im Laufe dieses Feldzugs Freiheitsbäume am Rhein aufpflanzen und Frankreich mit dem alten Gebiete von ganz Gallien vereinigen; aber so verführerisch das wäre, es ist vielleicht weise, darauf zu verzichten. Frankreich könnte sich schwächen und einen unendlichen Krieg vorbereiten durch eine Vergrößerung dieser Art; man brauchte viel Truppen und Wachsamkeit. Der Gehalt von den 21 Geheimagenten, die Frankreich 1794 im Ausland unterhielt, war auf 123000 Livres veranschlagt: aber sie erhielten ihre Besoldung nur auf viele Klagen. Vier von ihnen, Rivals in Basel, Probst in

Nürnberg, Schweizer in Graubünden, Venet in Lausanne korrespondierten direkt mit Barthélemy. Ihre Berichte wurden sofort zusammengefaßt und für die militärischen Operationen verwertet; in der Politik konnten sie aus Mangel an Instruktion nichts tun. „Mein glühender Eifer, meinem Vaterlande zu dienen, schrieb Rivals am 9. Juni 1794, scheint mir in diesem Augenblick beinahe wirkungslos.“ Die Agenten blieben sich selbst überlassen. Fünf schrieben überhaupt nicht, von dreien kannte man die Bestimmung nicht, einen berief man ab, zwei beschäftigten sich mit Naturwissenschaften, zwei blieben in Frankreich. Alle diese Männer waren ohne Instruktion abgegangen, das Komitee beantwortete ihre Briefe nie. In einem Bericht von Anfang 1795 heißt es: „Unsere Tyrannen waren mehr beschäftigt mit den Mitteln, uns ihr eisernes Joch aufzulegen als im Norden und Süden eine Diversion zu bewerkstelligen, die uns hätte vorteilhaft werden können.“ Das wurde anders nach dem Sturze Robespierres, der nur Italien hatte erobern wollen. Die Thermidorianer hatten nur ein Mittel, sich geltend zu machen, den Krieg. Es war nicht der Kosmopolitismus von Cloots, die Propaganda der Gironde, die Proselytenmacherei der Jakobiner, die sie beseelte, aber auch noch nicht der Geist der reinen Eroberung und Weltherrschaft, die Wiederbelebung des römischen Cäsarismus, die das historische Modell von Frankreich zerbrechen sollte, indem sie dasselbe zwang, die Welt zu umspannen. Es war ein Mittelding zwischen beiden, ein Streben nach Ausbreitung durch Erziehung und Beglückung der Nachbarvölker, die für die Freiheit erobert und mit der Republik verbündet werden sollten.

An dieser Richtung wurde auch durch die Verkündigung der Direktorialverfassung, wie noch gezeigt werden wird, nichts geändert. Der Minister des Äußeren, Delacroix, war ein unfähiger Mensch, der alle Geschäfte im Sinn der Klubisten betrieb, wie einst Lebrun und Brissot, der sich im amtlichen Verkehr überall durch Renommisterei und Unwissenheit lächerlich machte und für die Republikanisierung Europas schwärmte. Das auswärtige Ministerium

beaufsichtigte neben dem der Justiz und der Finanzen von den Direktoren der arrogante und brutale Rewbell, ein überspannter Republikaner, der sich während der Schreckenszeit vorsichtig zurückgehalten hatte, dann in den Wohlfahrtsausschuß gekommen war, und dessen Selbstgefühl mit seinen Erfolgen wuchs. Früher hatte er, als Advokat wegen seiner Ausdauer und Arbeitslust vielgesucht, die Sache einiger im Elsaß begüterter deutscher Fürsten geführt und sich gründliche Kenntnis der deutschen Verhältnisse angeeignet. In ihm verband sich die Antipathie des gereizten revolutionären Legisten mit den Empfindungen eines Elsässer Bürgers. Er wollte Frankreich durch Europa leiten und Europa durch französische Kanonen. Als nach der Einnahme von Luxemburg im Frühjahr 1796 der Rheinübergang beschlossen wurde, sollte eine allgemeine Erhebung in Schwaben den französischen Heeren die Arbeit erleichtern. Zum Organisator des ersten nachweisbaren praktischen Versuchs, das System der revolutionären Propaganda auf die alten Stammlande des Reichs zu übertragen, war der Marquis von Poterat ausersehen, der Typus eines politischen Abenteurers, der eben noch in geheimer Sendung nach Wien die Aussöhnung mit Österreich betrieben hatte. Er war von hagerer Gestalt, mit einem kleinen Zopf, braunen lebhaften Augen, vorstehendem Kinn und trug gewöhnlich einen braunen oder blauen Rock, grüne ungarische Hosen und ungarische Stiefel. Neben anderen nicht minder zweideutigen Aufträgen erhielt er am 23. April 1796 vom Direktorium die Weisung, den Bewohnern der Markgrafschaft Baden, des Breisgaus und jeder anderen Gegend Deutschlands, welche ihre Unabhängigkeit sich zu verschaffen wünsche, den mächtigen Beistand der französischen Republik zu versprechen und im Falle des Mißlingens dieses glorreichen Beginnens den Hauptunternehmern dieser Bewegung Schadloshaltung und das französische Bürgerrecht anzubieten. Durch Rücksprache mit den Generälen Moreau und Laborde sollte er sich und den deutschen Volksfreunden die Unterstützung der französischen Armee verschaffen. „Edle, großmütige, deutsche Männer, heißt es in einer seiner Prokla-

mationen, ihr seid nicht geschaffen, in dem entehrenden Zustand der Sklaverei euer Leben zu darben. Zerbrecht eure Fesseln, zernichtet durch Standhaftigkeit, Entschlossenheit und Mut eure elenden Unterdrücker; ihre Macht ist Blendwerk — gebietet, und sie wird verschwinden wie der giftige Nachtnebel vor der aufgehenden Sonne — der Geist eurer Voreltern beseele euch — genug, seid Männer!" In Basel knüpfte Poterat mit dem Durlacher Georg List Beziehungen an, der die Rolle eines pfälzischen Hofkammerrats mit der eines Handlungskommis und Kassiers in Basel vertauscht hatte und später in Straßburg Inhaber einer Offizin und Kommissär der Regierung war; derselbe gehörte zu jener Klasse von Menschen, die, gutmeinend, oft uneigennützig, sich zu der Völker Nachteil und ihrem eigenen Verderben eines frevelnden Wirkens erkühnten. Durch ihn wurde wiederum in Baden selbst ein Markgräfler eingeweiht, der Faktor Ernst Jägerschmitt, der unruhige und selbstsüchtige, aber durch genaue Kenntnis von Land und Leuten für die Zwecke der Demagogie wertvolle Sohn eines Bezirksarztes. Noch manche andere wurden ins Vertrauen gezogen, Gemeindevorsteher, Beamte, Ärzte, Geistliche, lauter Männer, die mehr den wohlhabenden Kreisen als den unteren Schichten der Bevölkerung entstammten. Aber bald wurde die Regierung in Karlsruhe, verhältnismäßig spät erst die österreichische Gesandtschaft in Basel von den Umtrieben unterrichtet. Schlimmer war, daß die Verschworenen unter sich selbst bald in Uneinigkeit gerieten. Poterat hatte sich auch mit Condé in Verhandlungen eingelassen, der mit einem Heerhaufen in der Nähe von Basel stand; nach der einen Version hätte dieser Prinz Protektor der französischen Republik, nach der andern erblicher König von Schwaben werden wollen. Deshalb erstatteten List und Jägerschnitt, die dadurch ihre republikanischen Bestrebungen gefährdet sahen, in Paris Anzeige gegen Poterat, der zu Anfang Juli verhaftet wurde. Nachdem Moreau den Rhein überschritten hatte, mußte sich List bei dessen Generalstabschef Reynier mit dem Bescheid zufrieden geben, man habe auf die Erleichterung des Rheinübergangs gerechnet, als man den demokratischen Par-

teien Gehör schenkte; jetzt, wo dieser davon unabhängig stattgefunden habe, dulde man im Rücken der Armee keine Revolution. Der gemäßigte französische Gesandte in Basel, Barthélemy, wirkte selbst an der Unterdrückung der Umtriebe mit und im Waffenstillstand vom 25. Juli wurde von Moreau dem Markgrafen die Erhaltung seiner Zivil- und Militärgewalt gewährleistet. Aber damit sollte das Land noch nicht zur Ruhe kommen. Im August 1796 bemerkte der Geheimrat Meier in sein Tagebuch, der Geist der Zeit werde im Innern des Landes immer reger. Die Städte Ettlingen, Rastatt, Baden brachten in einer Zusammenkunft, wozu sie auch die Dorfvorsteher einluden, Verminderung des Militärs, Beseitigung der fremden Offiziere, Verringerung des Hofaufwandes, Abschaffung der Marschallstafel und der Hofchargen, des Rindenhauses und der Fasanerie, Verkauf der vielen Kammergüter, Entfernung des Adels von den wichtigsten Ämtern in Anregung, Forderungen, die von den Eingeweihten als unbegründet oder töricht bezeichnet werden.

Ist zwischen dieser Opposition gegen das landesherrliche Regiment und der heimlichen Minierarbeit Lists kein Zusammenhang nachweisbar, so war der Kontakt zwischen Poterat und den württembergischen Freiheitsfreunden wahrscheinlich durch den Buchhändler Cotta, den Freund Schillers, vermittelt. In Schwaben zeigten bei dem Herannahen der Franzosen die angesehensten Stände am meisten Nachgiebigkeit. Andrerseits lenkte Barthélemy in einem Schreiben vom 17. August die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf den schwäbischen Kreis, aus dem ein Vorposten zur Deckung der Grenzen geschaffen werden müsse, ein natürlicher Verbündeter, der auch dem französischen Handel Vorteile bieten könne. An Stelle der Revolutionierung müsse hier eine Modifikation der bisherigen Föderativverfassung treten durch Vereinigung der fünf Kantone des unmittelbaren Adels mit dem Kreis, durch Einverleibung der österreichischen Besitzungen und geistlichen Gebiete. Unleugbare Verwandtschaft mit diesen gemäßigten Vorschlägen zeigt ein Artikel im Moniteur vom 25. August 1796; eine Erörterung der Frage: Ist es im

Interesse der französischen Republik, daß das rechtsrheinische Deutschland in umgekehrtem Sinne revolutioniert und die Unabhängigkeit der Mächte zweiten Rangs vernichtet wird, damit auf den Trümmern des Reichs sich ein ungeheurer Militärstaat erhebe? In dem Abschnitt über die offizielle Politik der französischen Regierung wird der Nachweis erbracht werden, daß die hier ausgesprochenen Ideen nicht zum erstenmal auftreten; aber sie werden hier zum erstenmal dem Forum der Öffentlichkeit in diesem Umfange unterbreitet, wobei sehr geschickt die französische Propaganda als eine Art Gegenrevolution gegen die Umsturzgelüste der Größeren verwertet wird. „Das Deutsche Reich, dessen Kern ehedem Österreich bildete, heißt es darin, besteht nicht mehr. . . Frankreich vollendet durch eine Folge von Separatverträgen seine Auflösung." Nach Abtrennung von Österreich, Preußen und dem linken Rheinufer bleibt eine Bevölkerung von zwölf Millionen übrig. Diese Zahl, schätzbar durch ihre Masse, ihre Aufklärung, Ausdauer, durch die Festigkeit ihres moralischen Charakters, hat sich während des Krieges so gut wie neutral verhalten, da ihre miserablen Kontingente nicht in Ansatz kommen dürfen; nur die drei rheinischen Kurfürsten und Hessen-Kassel haben sich eifrig am Krieg beteiligt. Die kleinen Staaten des Zentrums sehen ihren Protektor nicht mehr in Deutschland, aber sie haben Vertrauen zu Frankreich. Nach Abschluß der natürlichen Grenzen kann das übrige Deutschland uns nur als Barrière interessieren. Einem geeinigten mächtigen Deutschland könnte man in Paris nicht trauen. Bei den Deutschen, die in kleine Völkerhaufen (peuplades) aufgelöst, mit ziemlicher Gleichgültigkeit einen großen Teil von ihrem Reich losgerissen sehen, würde die Erinnerung an früheren Besitz den Ehrgeiz wachrufen, denselben wieder zu gewinnen, sobald sie eine geeinte Nation bilden; der Nationalstolz würde die früheren Demütigungen rächen. Einer solchen Entwickelung zuvorzukommen, muß man das in Frankreich abgetane Föderativsystem wieder zu Ehren bringen, das, zur Entfaltung aller sozialen Kräfte unbrauchbar, als Barrièresystem die größten Vorteile bietet. Ein ähnliches Bollwerk, wie es der

Jura dank der Schweizer Verfassung bietet, kann am Rhein geschaffen werden durch Erhaltung der isolierten deutschen Staaten und Zusammenfassung derselben unter französischem Protektorat. Neun, zehn oder zwölf Kreise unter Großherzogen würden diesem Zwecke dienen. Daß dieser neue Staatenverein nicht zu mächtig werde, muß man an dem Prinzip der Vermeinigung festhalten und die freien Städte in ihrem Bestand um so mehr beschützen, als die weltlichen Fürsten durch Beseitigung der geistlichen Territorien an Macht gewinnen. Eine Skizze der vorzunehmenden Gebietsveränderungen macht den Beschluß dieser Erörterungen, die weniger republikanische Begeisterung als politisches Verständnis diktiert hat.

Was hier für ganz Deutschland ausgesponnen ist, findet sich auch in einem „Memoire über die Politik der französischen Regierung speziell hinsichtlich der Anwendung des Säkularisationssystems in Deutschland" zunächst für Schwaben ausgesprochen. Auch der — zweifellos französische — Verfasser dieser Denkschrift vom 9. Oktober 1796 empfiehlt die Beibehaltung der freiheitlichen württembergischen Verfassung. Diese Ausführungen, welche uns in die Denkweise der französischen Regierung einweihen, mußten hier deshalb erwähnt werden, weil sie auch den Gesandten des schwäbischen Kreises in Paris, Philipp Christian von Normann und Jakob Friedrich von Bühler, nicht fremd geblieben sind. Dieselben rühmten sich sogar öffentlich, den Markgrafen von Baden auf Kosten Württembergs seiner Souveränität zu entkleiden und erlangten eine beträchtliche Ermäßigung der dem Kreise auferlegten Lasten nur deshalb, weil man nach den Äußerungen von Delacroix die pekuniären Interessen der Republik mit den politischen versöhnen wollte. Die plötzliche Abreise der Gesandten verhinderte die Vollendung ihres Werkes und der Minister von Wöllwarth mußte, wie erwähnt, nach der Rückkehr des Herzogs seinen Dienst aufgeben.

Wie im schwäbischen Kreise der Gegensatz der Stände zu dem Herzog das treibende Element war, tauchte in Franken der Ge-

danke einer förmlichen unter französischem Schutz stehenden Republik im Widerspruch zu der preußischen Vormacht auf. Der Plan wurde mit einem französischen Agenten Reybeld, der sich unter dem Titel eines geflüchteten deutschen Edelmannes längere Zeit in Nürnberg aufhielt, entworfen und fand bei mehreren reichsritterschaftlichen Gliedern Zustimmung. Der fortwährende Kreiskonvent sollte die Souveränität erhalten und sich in eine konstituierende Versammlung verwandeln. Es ist zweifelhaft, ob Zwanziger, einer der nach Paris gereisten Räte des fränkischen Kreises, nur deshalb die Miene des Demokraten annahm, um die in Frankreich am Ruder stehende Partei für sich zu gewinnen. Die Erwartungen der deutschen Republikaner wurden aber, wenn dies nicht schon durch die allmählich hervortretende Abneigung der leitenden Kreise in Paris geschah, Verfassungsänderungen in Deutschland vorzunehmen, durch den Rückzug Jourdans gründlich getäuscht.

In Bayern klang im Volk noch immer das alte Tauschprojekt nach. Im Frühjahr 1796 hatte der Herzog von Zweibrücken auf dem Regensburger Reichstag Mitteilung gemacht, daß ein österreichischer General ihm neue Tauschpläne unterbreitet habe. Dieser Umstand, der Groll Karl Theodors gegen den allgemein beliebten Thronfolger, seine Heirat mit der jugendlichen Erzherzogin Maria Leopoldine, die Unpopularität des Krieges hatte eine bedenkliche Hinneigung des Volkes zu Frankreich hervorgerufen. „Nichts ist gewisser, berichtet der preußische Geschäftsträger Harnier am 26. April 1796 aus München, als daß der innere Zustand Bayerns in hohem Grade beunruhigend ist. Aber das ist nicht der Geist der Revolution, das sind nicht die französischen Agenten, die hiefür arbeiten. Man hat keineswegs Anhaltspunkte für ein derartiges Einverständnis. Die Ursache liegt in einer fremden, verabscheuten Soldateska, welche das Land bedrückt. Das ist der Kurfürst und eine Regierung, welche den jovialen und friedfertigen Charakter, die Treue durch zwanzig Jahre hindurch auf die Probe gestellt und Unzufriedenheit und Mißtrauen geweckt und groß gezogen, der alle Mißbräuche und alle Laster sozusagen zu einem vollkommenen

System zu vereinigen gewußt hat. Das aufgeklärte Bayern tröstet sich noch mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft unter einem geliebten Fürsten. Aber heute, wo die Trübsale den Bewohner vollkommen ruinieren und gegen die Regierung zur Empörung treiben, hat die Landschaft selbst dem Hofe wiederholt die drohende Gefahr vor Augen gelegt, daß nicht das Volk zur Verzweiflung getrieben werde." Der Bürger Reybeld, wahrscheinlich derselbe, dem wir in Nürnberg begegnet sind, hatte einem gewissen Frey den Vorschlag gemacht, der Sache der Menschheit zu dienen. Außer seinen Berichten enthält das Pariser Archiv aus Bayern solche von Frank und zwei Gebrüdern Gaume. Freys Republikanismus wurzelt in dem Haß gegen Österreich und läßt ihm Maria Antoinette nur als die rühmlichst guillotinierte Königin erscheinen, weil sie das Tauschprojekt unterstützt hatte. Er glaubte nur durch eine Radikalkur den bayerischen Staatskörper retten zu können und befürwortete als approbierten Balsam gegen die Geschwüre desselben die Aufhebung der Klöster. Dabei fehlt seinen Herzensergüssen nicht ein gewisser nationaler Zug: „Das scheint mir aber gewiß, schreibt er einmal, daß Deutschland unter hundert Despoten zerstückt, nie einen Gemeinsinn erlangen werde, folglich nie so viel Tätigkeit erlangen könne, als nur zur Selbsterhaltung nötig ist. Es bleibt ewig eine passive Macht, die der Stärkere nach Belieben zu seinem Vorteil benützt, um seinen Nachbarn zu schaden.... Wird Deutschland hingegen eine von Frankreich abhängige Republik, so wird selbe um so weniger jemals auf Eroberung denken, als es keinen Handel treibt, der den Geist nach fremden Besitzungen lüstern macht." Moreaus Erscheinen in Bayern erfüllte die Erwartungen der Revolutionäre nicht. Sein Rückzug nach den Schlachten bei Amberg machte die Revolution vollends unmöglich und im Waffenstillstand von Pfaffenhofen am 7. September trug die Regierung selbst den Wünschen des Landes Rechnung.

Bei Thomas Erskine findet sich einmal der Gedanke, um die Menge mit Groll gegen einen fremden Feind zu erfüllen, müsse man erst bewirken, daß sie praktisch die Freiheiten fühlt, die sein

Einfall ihr rauben, das gesellschaftliche Glück, das er zerstören kann. In diesem Sinn hat auch Stein und Hardenberg die französische Invasion nicht als nationales Unglück aufgefaßt. Wir haben gesehen, wie sich gerade der vornehmere Teil der Bevölkerung in die Arme der Republik geworfen hatte, und so hielten die Armeen derselben es mehr mit den Reichen als mit den Armen. „Hätten sie wirklich statt der Hütten nur die Paläste, statt der Dörfer nur die Häuser begüterter Städter geplündert, ihr kühner Entwurf wäre bereits durchgesetzt," lesen wir in einer gleichzeitigen Flugschrift. Aber die schamlose Aufführung der Offiziere wie der Gemeinen, ihre Raubgier und bestialische Sinnlichkeit wiegelte gerade die Klassen von Einwohnern gegen sie auf, die ihre Fortschritte am meisten hätten befördern können. So erschien ihre Tapferkeit einem Tübinger Bürger nur auf einem „viehisch-neronischen Zustand ihrer Seele" zu beruhen; denn weiter nichts sei der bei Weichlingen auf solche Art erzwungene Patriotismus. „Was können sie vor uns Deutschen (voraus) haben, bemerkt derselbe; stehen wir nicht moralisch, physisch und intellektuell weit über jener verdorbenen Menschenart? Wann, deutsches Volk, wirst denn auch du wieder nur Ahndungen vom Geiste deines Hermanns fühlen, wann wirst du in Masse aufstehen und mit der ganzen Macht deines sonst so gefürchteten Arms an deinem Erbfeind Rache nehmen?" Man erinnerte sich, was Logau im dreißigjährigen Krieg gesungen, sei wieder modern geworden:

> Geht hin in alle Welt, und lehret alle Völker!
> Geht hin in alle Welt, und leeret alle Völker!
> Der Teufel heischte dies, und jenes Christus; doch
> Nichts mehr gilt Christi Spruch; des Teufels übt man noch.

Gegen den abziehenden Feind erhob sich überall das Volk mit Sensen und Heugabeln, in Franken schon vor den Schlachten um Amberg, und viele, denen die dreizackigen Mistgabeln der Bauern auf den Leib rückten, sagten: Bauer viel schlimm, gibt er drei Stich, hab ich neun Loch.

Trotzdem wäre es verkehrt anzunehmen, daß der Keim von 1796 nicht weiter gesproßt hätte. Die „Grundlinien zu einer

allgemeinen deutschen Republik, gezeichnet von einem Märtyrer der Wahrheit, Altona und Wien 1797" hielten kein Opfer zu hoch, die Republik zu erringen. Danican suchte im Jahre 1798 in einem Libell „Cassandra" glauben zu machen, daß ein deutsches Jakobinerkorps zum Umsturz der Throne bestehe, und im Oktober desselben Jahres trat der über das südliche wie nördliche Deutschland anscheinend gleich gut unterrichtete Verfasser der Schrift: „Über das südliche Deutschland", die auch ins Französische übersetzt und noch 1800 neu aufgelegt wurde, für die Republikanisierung des südlichen Deutschland ein, das er dazu durch sein Klima und den Charakter seiner Bewohner für geeigneter hielt als den Norden, wo die Verfassung den Menschenrechten näher komme und nur die Militärlasten drückend seien. Als ein französischer Emissär auf dem rechten Rheinufer dem Direktorium eine Denkschrift unterbreitete mit 1500 Unterschriften, dasselbe möge trotz der bestehenden Verträge mit Württemberg und Baden die Erhebung der Völker unterstützen, wurde ihm die Antwort zu teil, die Republik würde ihren Verträgen treu bleiben und niemals Vorschlägen Gehör schenken, die denselben zuwider wären. Im Innern Frankreichs bereitete sich bereits ein Umschwung zu Gunsten der Monarchie vor; von den zwei sich bekämpfenden Parteien waren gerade Bonaparte, Talleyrand und Sieyès von der Unmöglichkeit einer Weltrepublik überzeugt. Ihre Hauptstütze fand die Propaganda in den Emissären im Auslande, die mit ihrer ostensiblen Sendung eine geheime verbunden wähnten, welche ihnen den Umsturz des Landes vorschrieb, in dem sie residierten, und in der republikanischen Armee mit ihren jakobinischen Generalen.

Die Besetzung Roms durch die Franzosen und die Errichtung einer römischen Republik, ähnliche Unruhen in der Schweiz, die im April 1798 zur Gründung des helvetischen Freistaates führten, und die republikanische Organisation auf dem linken Rheinufer warfen ihre Reflexe auch auf das eigentliche Deutschland zurück. Die Gerüchte von Säkularisationen, die auf dem Rastatter Kongreß legalisiert werden sollten, raubten den kleinen Herren die Kraft zu befehlen,

den Untertanen den Willen zu gehorchen. Andere Reichsstände, die sich am Ende ihrer Existenz glaubten, verkauften alles, was zu verkaufen war, unter dem Preis und zogen mit schonungsloser Härte alle ausständigen Forderungen ein, was überall böses Blut machte. In Württemberg wollte man lieber französisch als badisch werden wegen der gewaltsamen Eintreibung von Kontributionen in der Markgrafschaft, die Breisgauer fürchteten badisch, die Badenser modenesisch zu werden. „Das Volk würde lieber darauf eingehen, eine einzige unteilbare Republik zu proklamieren oder sich mit der großen Nation zu vereinigen, schrieb damals Hügel an Colloredo, als sich wie Tiere verkaufen und vertauschen zu lassen.“ Die natürliche Unruhe und Unzufriedenheit wurde noch durch heimliche Emissäre von Straßburg und Basel aus geschürt. In dem Klub der citoyens actifs zu Straßburg wurde die Aussendung von zwölf Emissären auf das rechte Rheinufer mit einem daselbst gedruckten Aufruf zum allgemeinen Aufstand der deutschen Untertanen und mit einer Menge weißer, roter und grüner Kokarden beschlossen. Darunter befand sich der Dr. med. Schwan, der als Geschworener bei dem Kriminalhof in Straßburg angestellt war. Derselbe gab dem später als Spion Napoleons zu trauriger Berühmtheit gelangten Karl Ludwig Schuhmacher zu Altenheim bei Lahr seine am 10. Nivose 1797 im Straßburger Münster gehaltenen Jakobinerfreiheitspredigten zur Verteilung und unterhielt mit demselben unter dem Vorwand eines Güterverkaufs im Elsaß einen auf Empörung der Massen zielenden Briefwechsel. Er scheute sich nicht, dort persönlich als Freiheitsprediger aufzutreten, und unter Anpreisung der französischen Verfassung zur Errichtung eines Freiheitsbaumes einzuladen. Dann stieß er bei Ichenheim gegen die Verhandlung der Länder und Menschen in Rastatt Schmähreden aus, und als ihm auch hier der Boden zu heiß wurde, flüchtete er nach Emmendingen. Einer seiner Helfershelfer, der Obsthändler Stampf, legte nachher, mit anderen gefänglich eingezogen, ein teilweises Geständnis ab. In ähnlichem Sinn wirkte der Professor Hirt und ein ehemaliger Vertrauter Custines, Stamm; auch Jägerschmitt und List tauchten wieder auf.

Im badischen Oberamt Lörrach verlangte man Erleichterung der Abgaben und kam auf die Forderungen vom August 1796 zurück. Ein Emigrant wurde in Lausanne von einem badischen Untertanen gefragt, ob er in der neuen (schwäbischen) Republik eine Stelle wünsche. Auf nichts Geringeres war es abgesehen als auf Gefangennahme der Beamten von Stockach bis Karlsruhe, auf Plünderung der Kassen, Errichtung von Nationalgarden und Sprengung des Rastatter Kongresses. Nur an wenigen Orten regte sich der Widerstand gegen die Neuerer; in Mahlberg erklärten die Bauern, jeden Emissär umzubringen, der dorthin komme, und in Hessen-Darmstadt fand man die Revolution unausführbar, weil dort die Untertanen mit ihrem Landesherrn wohl zufrieden waren. Am bedenklichsten war, daß die Leute sich offen auf die Unterstützung des Generals Augereau, des Kommandanten der Rhein- und Sambrearmee beriefen. Sein Generaladjutant erhob zwar den Einwand, daß die Verschworenen sich die Sache zu leicht vorstellten, sagte ihnen aber doch allen Beistand zu. Der französische Höchstkommandierende wollte anscheinend die Armee zum Abfall gewinnen und die Revolutionierung des Reichs in den Dienst seiner gegen Bonaparte gerichteten Pläne stellen, bis seine Abberufung nach Perpignan seine Absichten vereitelte. In Wien hielt Colloredo die Erhebung für bedeutend genug, darüber dem Kaiser Bericht zu erstatten; aber sein Antrag, bei wachsender Gefahr durch das Reichsinterimskommando den zumeist bedrohten Ständen Baden, Hohenzollern, Württemberg militärische Hilfe zu leisten, wurde verworfen, da von ihnen nicht einmal die Unterstützung des Kreises erbeten worden war; nur die allenfallsige Herstellung der militärischen Verfassung im Kreise wurde verfügt. Der kaiserliche Gesandte in Rastatt, Graf Metternich, nahm mit sämtlichen Reichsdeputationssubdelegierten Rücksprache über Abhilfe gegen die Bewegung. Auf seine wiederholte Vorstellung bei den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik begnügte man sich zunächst mit der Versicherung, solche Leute nicht zu kennen und sich in ihre Sache nicht mischen zu wollen, sondern sie als Landstreicher anzusehen. Der Gesandtschaftssekretär Rosenstiel leug-

nete den Anteil seiner Regierung und schob die Schuld auf die Emigranten. Erst in einer zweiten Note wurde Bestrafung der Schuldigen zugesagt und vom Direktorium den Gesandten in Rastatt, den kommandierenden Generalen der Rheinarmee und zu Mainz, den Kommissären bei der Zentralverwaltung und den Gerichtshöfen Weisung gegeben, etwaige Franzosen, die sich unter den Aufständischen befänden, festzunehmen und ihre Auslieferung zu veranlassen.

Die schon einmal berührten Streitigkeiten zwischen dem Herzog und der Landschaft bieten in Württemberg um diese Zeit das merkwürdige, aber für die letzten Zeiten des alternden Reichs höchst bezeichnende Schauspiel, daß die inneren Zwistigkeiten auch auf die äußere Politik übertragen wurden. Nach dem Frieden von Campo Formio beschlossen die Stände, neben dem herzoglichen Gesandten Abel einen neuen Vertreter in der Person des Landassessors Baz nach Paris zu schicken und eine eigene geheime Deputation für jene Verhandlungen niederzusetzen, die nach ihrer Natur die Publizität der ganzen Versammlung nicht vertrügen. Vergebens warnte Abel, es werde nur einen ungünstigen Eindruck machen, wenn man dort von dem Zwist der Landschaft mit dem Fürsten höre. Ohne Beglaubigungsschreiben, aber mit einem Paß von dem Vertreter der batavischen Republik in Stuttgart, Strick von Lintschotten, reiste Baz an seinen Bestimmungsort, wo er freilich zu einer kläglichen Rolle verdammt war. Der neue Herzog Friedrich, der wegen seiner Hinneigung zu Österreich schon als Erbprinz für die Stände ein Gegenstand des Mißtrauens war, erhob zwar, im Anfang seiner Regierung von versöhnlicher Stimmung gegen seine Untertanen beseelt, keine Einwendung gegen diese Sendung und gewährte auch einem ständischen Vertreter auf dem Kongreß in Rastatt Zutritt. Aber bald entbrannten die alten Streitigkeiten, als bei Ausgleichsverhandlungen der Mandatar der Stände den Regierungsrat Reuß der pessima fides bezichtigte, und dem Herzog die Beziehungen seiner Untergebenen zu Frankreich lästig wurden. Im August 1798 klagt er bereits in einem Brief an den Prälaten Cleß über die

schändlichen geheimen Machinationen einer verworfenen Menschenzahl: „Unter so manchen Beschwerlichkeiten meiner Lage ist es eine der größten, die verderblichen Fortschritte einer den Umsturz der Konstitution und des Glücks meines Vaterlandes suchenden Kabale zu wissen, ohne sie strafen zu können." Am 12. Dezember meldete ihm Abel, man rechne in Paris darauf, durch eine Revolution in Deutschland die sich bildende Koalition gegen Frankreich zu schwächen; es seien zu diesem Zwecke bereits geheime Agenten nach Schwaben gesandt und andere würden folgen. Besondere Unruhe bereitete Friedrich die Ankunft des französischen Agenten Trouvé in Stuttgart, eines jungen ganz direktorial und dabei doch republikanisch gesinnten Literaten, der, von der Würde eines freien Mannes durchdrungen, im Vorjahr in Mailand mit weniger Geschick als Eifer die zisalpinische Verfassung im Sinn der römischen umzugestalten versucht hatte. Seit Januar 1799 verkehrte er in der schwäbischen Residenz mit den Ausschußmitgliedern, ließ sich durch den batavischen Gesandten bei dem Grafen Zeppelin einführen und behauptete, er sei zum französischen Gesandten bestimmt, wenn er auch zunächst kein Beglaubigungsschreiben überreichte. Im Februar desselben Jahres fand in Rheinhausen gegenüber von Speyer ein Kongreß von Revolutionären aus Baden, Württemberg und der Schweiz statt, auf dem Schmähschriften gegen das Direktorium verteilt wurden. Der „Entwurf einer republikanischen Verfassungsurkunde, wie sie in Deutschland taugen möchte, im siebenten Jahre der Mutterrepublik" bei Flick in Basel gedruckt, angeblich ein Werk von Jägerschmitt, fand reißenden Absatz. Von ebenda wanderten in Güterwagen ganze Ballen der „deutschen Konstitution" nach Württemberg, wo ihr Verfasser zu suchen sein soll. Auch sogenannte deutsche Nationalkokarden wurden verteilt; der Mainzer Klubist Meyer holte in Basel das Siegel der neuen souveränen Republik, eine Säule mit der Freiheitskappe. In Hüningen gaben die Unzufriedenen als Motiv ihrer Neuerungssucht die Last der Abgaben an, die sie bedrückten, und auf den Vorhalt, daß die Revolution in Frankreich und in der Schweiz die Leute nicht glücklicher gemacht habe, er-

widerten sie, dem Bauernstand in dieser Gegend könne es auf keinen Fall schlimmer gehen. Unter den Toren von Basel wurden mehr als 500 Markgräflern zum Teil unter dem Vorhalten von Flintenkolben republikanische Kokarden aufgedrungen. Mit der Ausführung der Revolution sollte nur so lange gewartet werden, bis die Franzosen günstige Waffenerfolge erzielt hätten. Der General des rechten Flügels der Donauarmee, Ferino, erklärte, er habe keinen Befehl, aber wenn das Volk eine andere Verfassung annehme, werde er es dabei beschützen.

Wie der Herzog von Württemberg erfuhr, hatte eine von dreißig angesehenen Untertanen unterzeichnete Petition die französische Regierung aufgefordert, eine Erhebung in seinem Lande auf gleiche Weise wie in der Schweiz militärisch zu unterstützen; man wollte vier Millionen Gulden zahlen und ein Truppenkorps stellen, unter das auch Franzosen gemischt werden könnten, wenn nur die Offiziersstellen den Einheimischen vorbehalten blieben. Unterhändler aus der Schweiz, wo man zur leichteren Aufbringung der Kosten für die neue Verwaltung einige Distrikte von Deutschschwaben bis zur Donau oder Kinzig zu annektieren wünschte, machten das Verlangen einiger Mißvergnügter als nationalen Wunsch geltend. In Basel unterzeichneten auch zweihundert Markgräfler die Revolutionierungsurkunde. Als der Herzog im Februar 1799 Miene machte, seine Residenz zu verlassen, forderten ihn die Stände auf, in jedem Fall zu bleiben und es „mit seinen getreuen Ständen zu halten“. So reifte in ihm, da er auch durch auswärtige Höfe und Gesandte zur Vorsicht gemahnt wurde, der Gedanke von einer in seinem Lande bestehenden Verschwörung und trieb ihn nach dem Ausbruch des Krieges allmählich, aber sicher in die Arme der Koalition.

Auch unter den Diplomaten in Rastatt war der Glaube an eine allgemeine Revolution so verbreitet, daß jeder, der sich den geringsten Zweifel an ihrer Existenz erlaubt hätte, Verdacht erregen mußte. Sprach einer vollends offen von einer Verbesserung der bestehenden Zustände, so wurde er schon als Verschworener in diesen aristokratischen Kreisen betrachtet. Der Repräsentant des

alten Schwabentums, Eberhard Freiherr von Georgii, der nach einigen als das Haupt der künftigen Republik in Aussicht genommen war, zeigt sich in seinen Briefen an Abel als entschiedenen Feind einer Revision der alten Verfassung mit fremder Hilfe. „Ich habe die Sache nie anders angesehen, schreibt er einmal, als daß das Macherlohn einer neuen Konstitution uns viel teurer zu stehen kommen könnte, als die ganze Verfassung wert wäre.“ Der gleichfalls verdächtigte Pahl bekennt sich selbst als einen ebenso entschiedenen Gegner der Revolution; freilich verabscheute er auch die Reaktion, die nach der Eröffnung des Feldzugs 1799 immer kühner das Haupt erhob. Als literarische Verfechter dieser Richtung, die auf dem Wege der Obskuration durch Unterdrückung der Fortschritte des menschlichen Geistes die Finsternis wieder zu beleben versuchte, der das Jahrhundert sich entwunden hatte, werden besonders Hofstätter und Hofmann in Wien, von Schirach in Altona und Tonder in Neuwied genannt. Wie lächerlich die Angst dieser Kreise übertrieb, beweisen die späteren Prozesse, die in Württemberg gegen die angeblichen Verschworenen auf falsche Denunziationen hin eingeleitet wurden. Damit soll jedoch die Gefahr keineswegs abgeleugnet werden. „Will Frankreich Schwaben revolutionieren, so können wir es keineswegs hindern,“ schreibt auch der badische Amtmann Roth am 9. März 1799. In zwei Sitzungen des geheimen Rats wurde daher in Karlsruhe eine Aufforderung an die Oberämter beschlossen zu scharfer Überwachung der Verdächtigen und zur Einleitung einer Assoziation der Gutgesinnten. Den Beschwerden bei dem helvetischen Direktorium wurde nicht stattgegeben, weil man nach dessen Ansicht Leuten mit so lächerlichen und seltsamen Ideen, wie sie in dem Entwurf einer neuen germanischen Konstitution enthalten waren, mit der geringsten Nachforschung zu viel Ehre erweise. Von den Vertretern der Republik auf dem Kongreß äußerte Barras trotz der gegenteiligen Versicherungen seiner Regierung im Vorjahre gelegentlich ganz öffentlich, die Revolution würde ihre Runde in Europa machen, und Treilhard, wenn er von Wein und Ärger erhitzt war, scheute sich nicht, den Gesandten zu sagen, in

Deutschland sei alles reif für eine Umwälzung, in wenigen Jahren würde es keine Könige mehr geben. Als aber die badische Regierung die Erlasse von 1798 in Erinnerung brachte, leugneten die drei Minister; von den revolutionären Absichten des Direktoriums sei ihnen nichts bekannt; vollends unmöglich sei, daß man sich dem Schimpf aussetze, gegen einen Fürsten Nachteiliges zu tun oder zu begünstigen, der ihre ganze Verehrung verdiene, in dessen Land sie so viele Wohltaten genossen hätten und dem die heiligsten Verträge zur Seite ständen. Bonnier fügte pathetisch hinzu, er würde sich eher selbst persönlich vor den Fürsten stellen, um zu verhindern, daß ihm ein Leid geschehe. Auch Barras in Paris fand es vorteilhafter, Fürsten des Reichs zu Nachbarn zu haben; eine Republik sei notwendig unruhig, aufrührerisch und immer bewegt, und Talleyrand versicherte Abel, die Propaganda in Schwaben sei von den Feinden Frankreichs ersonnen. Am 16. März 1799 erging an den General Jourdan ein Erlaß, der auch in den Zeitungen veröffentlicht wurde, des Inhalts, in friedlichen oder befreundeten Gebieten die Neuerungssüchtigen mit allen Mitteln zu bekämpfen, und dieselben auch in Feindesland keinesfalls zu unterstützen, weil sonst die Bewegung sich leicht auf die mit der Republik verbündeten Länder fortpflanzen könne. Ausschlaggebend für diese Mäßigung war wohl das Verhalten des Königs von Preußen, der der Koalition nicht beitrat in der Erwartung, daß man auch von Seite Frankreichs im äußersten Fall das südliche Deutschland nicht revolutionieren werde.

Diese Zurückhaltung war aber dem Direktorium keineswegs von vorneherein eigen. Es ist eine schon längst gewürdigte Tatsache, daß Bonaparte selbst nicht umhin konnte, die Umformung der aristokratischen Verfassungen in Italien und in der Schweiz zu begünstigen, so wenig er auch mit der Politik des Direktoriums einverstanden war, welches das eigene Ansehen verminderte und seinen Bestand erschütterte, indem es zur Unzeit Europa in Unruhe versetzte. Die Stürme im Innern Frankreichs, der Gegensatz zwischen den Radikalen und den Gemäßigten übten wie jedesmal ihre Rück-

wirkung auf die äußere Politik. In diesem Widerstreit der Meinungen hat auch ein deutscher Prinz, Karl Konstantin von Hessen-Rheinfels-Rotenburg, für eine gewaltsame Umwälzung in Schwaben das Wort ergriffen und seine Teilnahme an der kommunistischen Verschwörung Babeufs mit mehrjährigem Zwangsaufenthalt auf der Insel Rhé büßen müssen. Daß auch Talleyrand trotz seiner beruhigenden Versicherungen an Abel der freiheitlichen Propaganda in Deutschland keineswegs abgeneigt war, zeigt sein Verhalten gegenüber dem ehemaligen preußischen Diplomaten Théremin, den seine demokratischen Ideen nach dem Ausbruch der Revolution nach Paris gelockt hatten, wo er sich der Regierung durch mehrere Schriften, unter anderem eine solche über die natürlichen Grenzen, empfohlen hatte und mehrfach zu politischen Missionen verwendet worden war.

Nach dem Verlust der französischen Flotte durch die Seeschlacht bei Abukir legte er dem Minister Talleyrand in einer Reihe von Denkschriften seine Ansichten über die französische Politik im allgemeinen und über die revolutionäre Propaganda im besonderen vor. Indem er die Lehren der Freiheit auch auf der Balkanhalbinsel verkündet, die Bewohner der Tartarei und der Krim gegen den Zaren aufgewiegelt wissen will, wird der letzte Vertreter der Revolutionierung der Massen auch der konsequenteste und universalste. Als guter Kenner der deutschen Verhältnisse richtet er seine Hoffnungen auf die spekulativen Philosophen in Tübingen, die als Schüler Kants die Theorien der Freiheit am weitesten ausgebildet hatten und dadurch der Republik nützlich werden konnten. Als gelehrter Literat erinnert er an den alten Rheinbund, der zur Garantie des künftigen Friedens wieder ins Leben gerufen werden sollte. Wie weit er dabei Entgegenkommen bei dem Minister fand, beweist seine Erzählung, Talleyrand könne mit mehr Recht von sich sagen: Es darf keine Revolution in Europa geben, die Frankreich nicht dirigiert, als jener englische Minister sich rühmen durfte, es gebe keinen Kanonenschuß ohne den Willen von England in Europa. Er reiste selbst nach Karlsruhe, Stuttgart, Bruchsal, Heilbronn, wo

er überall die Führer der Insurrektion besuchte, nur im Breisgau und in den schwäbischen Grenzgebieten gegen die Rheinpfalz hin konnte er keine eigenen Beobachtungen über die Stimmung des Volkes machen, da die Österreicher hier jeden auswiesen, der einen französischen Paß hatte. Nach Ausschluß Österreichs und Preußens fand Théremin den schwäbischen Kreis, die Grafschaft Tirol, die Bistümer Brixen, Trient, Salzburg, Augsburg, Eichstätt und die Markgrafschaft Ansbach, also das Stromgebiet des Rheins, der Donau, des Neckar, Inn und Lech mit einer Bevölkerung von fünf Millionen zur Bildung einer germanischen oder helvetischen Republik geeignet. Knüpft er hier in pedantischer Weise an Cäsar an, so greift er an anderer Stelle auf die von Kaiser Maximilian beabsichtigte Vereinigung eines Teils von Schwaben mit der Schweiz zurück. Immer wieder weist er mit Modifikationen, die durch die Ereignisse bedingt waren, auf die Notwendigkeit einer dritten Macht in Deutschland hin; versäume das Direktorium diese Gelegenheit, so könne sich Deutschland bei dem Wunsch aller Gebildeten nach Schaffung eines gemeinsamen Vaterlands aus sich selbst heraus eine Verfassung geben. Seine Äußerungen unterscheiden sich von den früheren oft in der Luft hängenden Projekten ähnlicher Art durch die Fülle von praktischen Winken und nützlichen Handgriffen, die nur eine mit den Verhältnissen durch Autopsie vertraut gewordene Persönlichkeit bereit halten konnte. Noch als Alquier aus München und Bacher aus Regensburg ausgewiesen war, trat er für die Absendung geheimer Agenten nach Schwaben ein; die Einheimischen sollten durch geschicktes Agieren hinter den Koulissen soweit gebracht werden, die Loslösung vom Reich und die Vereinigung mit der helvetischen Republik zu verlangen; Preußen und Bayern will er durch eine Teilung Böhmens diesem Plan geneigt machen. Obwohl Priester und Emigranten das Volk gegen die Franzosen aufhetzten, fühlte Théremin sich im Namen der Patrioten zur Erklärung ermächtigt, die Schwaben seien nicht so töricht, gegen die Republik zu schreien. Vermöge der unter den Freunden der Freiheit bestehenden Geheimkorrespondenz schien ihm eine billigere und aus-

giebigere Verköstigung der französischen Heere erreichbar. Hatte Jourdan schon bei seinem Einmarsch in Deutschland die Versicherung abgeben müssen, das Land des Herzogs von Württemberg als ein im Frieden mit der Republik befindliches anzusehen, so mußte man wegen der Fortschritte des Erzherzogs Karl in Süddeutschland auf eine Republikanisierung dieser Gegenden bald ernstlich verzichten. Aber die Voraussetzung, „daß das Direktorium eine dritte Großmacht bilden will in Deutschland," veranlaßte das Departement der auswärtigen Angelegenheiten noch im Sommer 1799 zu einer Reihe von Anfragen an Théremin, und in dieser Richtung bewegte sich auch später das monarchische Frankreich mit besserem Gelingen.

Werfen wir der Vollständigkeit halber noch einen Blick auf Franken und Bayern. In Nürnberg bestanden Klubs und Gesellschaften, deren Absicht die Gründung einer fränkischen Republik mit der Stadt als Mittelpunkt war. Während die Radikalen rückhaltlos zu Frankreich hinneigten, suchten die gemäßigten Gegner der preußischen Vorherrschaft in Franken in sonderbarem innerm Zwiespalt den Schutz des Kaisers. Im November 1797 berichtete Hardenberg, daß man eine Republik unter dem Schutz von Geistlichkeit und Adel und unter kaiserlichem Protektorat herstellen wollte. Der Kreisgesandte Zwanziger vertrat in Rastatt wiederholt die Anschauung, in kurzer Zeit sei Nürnberg eine preußische Stadt, oder die preußischen Provinzen seien ein Teil der nürnbergisch-fränkischen Republik, weshalb Friedrich Wilhelm im Frühjahr 1798 in Paris darüber Vorstellungen erheben ließ. Als im März 1799 ein preußischer Beamter aus eigener Machtvollkommenheit den Zolltarif vor einem Nürnberger Tor erhöhte, kam es zu offenen Mißhelligkeiten zwischen dem preußischen Militär und der Bevölkerung der Stadt. Die Nachgiebigkeit der ansbachischen Regierung in diesem Punkt, die Mäßigung des preußischen Militärs und das Wiederaufleben der Feindseligkeiten mit Frankreich ließ die revolutionären Hoffnungen noch einmal mächtig ins Kraut schießen; aber nicht lange. Zwar schwand die Opposition gegen das preußische System

nicht eher, als bis Ansbach und Bayreuth an Bayern kamen und die Hinneigung zu Frankreich hielt auch weiterhin an, aber durch die Ereignisse in Paris wurde das herausfordernde Gebaren der fränkischen Salonjakobiner, die nur die Faust in der Tasche ballten, nicht allein bedeutungslos, sondern auch lächerlich und unzeitgemäß.

In Bayern war Max Joseph, obwohl als Bringer einer neuen Zeit anfangs stürmisch begrüßt, bald zu seinem Volk in bedauerlichen Gegensatz geraten. Der Anmarsch der Russen, der Aufwand des Hofes, der Anschluß Bayerns an die Koalition, die durch die französische Invasion geschaffenen Lasten riefen eine Mißstimmung hervor, die sich in zahllosen Pamphleten gegen den Herrscher Luft machte, mit dem verglichen Ludwig XVI. noch ein Engel sei; auch seine Ratgeber wurden nicht verschont. Man wünschte ein Wiederaufleben der Landstände, die seit 1669 nicht mehr berufen worden waren, und beschuldigte nun die Regierung revolutionärer Gesinnung. Auch Utzschneider wollte eine Verfassung, aber ohne Mitwirkung der Stände und verwarf die Idee einer Nationalversammlung, von der die Radikalen alles erwarteten. Dem General Decaen wurde während des ersten Waffenstillstandes Mitteilung gemacht, daß man zu einer Erhebung gegen den Fürsten bereit sei. Wenn er die Erhebung unterstützen wolle, werde man alles unternehmen. Die Fahne der Freiheit sei in München und überall, wo Franzosen sind, aufgepflanzt. Allein der General hielt es für bedenklich, einem solchen Unternehmen offen Schutz zu gewähren, da die französische Regierung möglichst zum allgemeinen Frieden beitragen wollte. Nach seiner Meinung hätte sie sich von diesem Ziel entfernt durch Unterstützung des Aufstandes in Bayern, wo die österreichische Armee noch standhielt. Er mahnte daher zur Nachdenklichkeit und wies auf die Folgen der französischen Revolution hin. Wenn die Abstellung der Mißbräuche, Abschaffung der Privilegien und Feudalität, die Freiheit des Kultus und der Wunsch nach einer besseren Regierung auch sehr mächtige Motive seien, müsse man doch dagegen halten, was eine Revolution für Folgen haben könne, die man nicht nach Wunsch zu leiten im stande wäre.

Man solle lieber die beklagenswerten Zustände abstellen durch geeignete Maßregeln; ohne den Schutz der Republik sei Bayern zu schwach, und Preußen und Österreich würden jede Bewegung sofort niederschlagen. Auf erneute Vorstellungen wies er die Deputation an den Obergeneral Moreau nach Augsburg, der in Bayern von 1796 her bekannt war und als Vertreter des republikanischen Systems galt.

„Und konnte Mailand Buonaparte
Republikanisieren, kann Moreau ja auf gleiche Art
Den Wunsch realisieren,"

so heißt es in einem damals in München verbreiteten Lied. Allein auch Moreau beobachtete dieselbe Haltung wie Decaen, als man nach seinem Einzug in der Residenz sich an ihn wandte. Decaen schildert in seinen Memoiren die Verlegenheit der Republikaner über diese abschlägige Antwort; es seien aber lauter durch Verdienst, Bildung und Besitz und durch ihre gesellschaftliche Stellung ausgezeichnete Persönlichkeiten gewesen. Weniger schmeichelhaft sprach der Stadtkommandant von München, Ritay, von den „großen Schuften", die ihren Fürsten und ihr Vaterland gleichmäßig haßten, jenen verderben und dieses in namenloses Unglück stürzen wollten. Wäre das herrschende System in Paris noch immer die Propaganda der Tat gewesen, hätte man dort nicht bei weiterem Demokratisieren den Anschluß Preußens an die Koalition, den äußersten Widerstand Österreichs bis zur Verzweiflung und den Verlust der jungen Freundschaft mit dem Kaiser von Rußland gefürchtet, dann hätte Bayern damals eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse erlebt. Erst nach dem Waffenstillstand von Hohenlinden vom 20. September 1800 trug Montgelas der allgemeinen Stimmung des Landes Rechnung und unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschloß sich Max Joseph, der Republik die Hand zur Versöhnung zu bieten. Am 6. Dezember 1800 erklärte der Staatsrat Boulay de la Meurthe anläßlich des Separatfriedens mit Bayern im gesetzgebenden Körper zu Paris: „Die siegenden Franzosen haben ungeachtet der offen und

laut verkündeten Wünsche so vieler Einwohner im Kurfürstentum die bestehende Regierungsform nicht umgestoßen. Unsern Leuten verdankt es der Kurfürst, daß er ungehindert nach seinem Lande zurückkehren konnte." Dieses Bekenntnis bedeutete die offene Verzichtleistung auf jedes Revolutionierungssystem; ein Volksaufstand im Rentamt Landshut zwecks Begründung eines allgemeinen Landtags im Jahre 1801 war daher von vornherein ein totgebornes Kind und wurde, wie nicht anders zu erwarten stand, mit leichter Mühe niedergeworfen.

Fragen wir rückschauend noch einmal, ob Deutschland nur durch die Großmut der Franzosen von den Greueln einer Revolution verschont blieb, wie die erwähnten Äußerungen des Staatsrats Boulay glauben machen könnten, so antworten darauf eine Reihe von Zeitgenossen verneinend. „Wir haben ebensoviele Nationen, ein ebenso vielfaches und verschiedenes Nationalinteresse, ebenso verschiedene Beschwerden, als wir Fürsten haben," lesen wir in dem Kreuzzug gegen die Franken 1791: „Der deutsche Bürger und Landmann hat kein Paris, keinen gemeinschaftlichen Mittelpunkt seiner Macht, seiner Beschwerden und seiner Wünsche, kein gemeinschaftliches Band noch Ziel; der Schwabe und Sachse kennen sich nicht, sie haben nichts als die Sprache miteinander gemein. Bewegt sich der Mainzer, so setzt sich der Hesse gegen ihn in Marsch und will dieser nicht gehorchen, so kommen Ober- und Niedersachsen, um ihn zu beugen. Deutsche werden immer ausziehen, um Deutsche zu unterjochen." Keine Versammlung würde wie in Frankreich die Nationalversammlung Ansehen genug behaupten, meint Brandes (1793), um ein wenn auch noch so übel zusammenhängendes Ganzes zu errichten, die Operationen des Volkes zu dirigieren, an Erbauung eines Staatssystems zu denken, und alle Bewegungen dahin zu leiten. So schien auch Wieland (1794) ein allgemeiner Aufstand im Deutschen Reich fast undenkbar; komme es aber je dazu, so werde er hier wahrscheinlich noch ungleich übeltätiger, zweckloser und verderblicher ausfallen als in Frankreich; „Frankreich wird in allen Erschütterungen und Verwirrungen, zusammengehalten durch

den festen Willen der großen Mehrheit, eine Nation bleiben. Deutschland würde unter ähnlichen Umständen zersplittern und die Beute des Auslandes werden." In Deutschland fehle, was in Frankreich der Revolution in allen ihren Greueln ihren auszeichnenden Charakter gab, schreibt Georg Forster 1794: eine als Agens dienende öffentliche Meinung. Eine solche könne es nicht geben, wenn nicht das Volk zugleich losgelassen werde; daß aber dies in Deutschland geschehe, könne jetzt nur der Feind des Menschengeschlechtes wünschen. Wie Deutschland die Kosten der lutherischen Reformation trug, habe nachher auch Holland und England ein jedes den Schritt, den es durch seine Revolution auf dem Wege zur Sittlichkeit und bürgerlichen Freiheit nach vorwärts getan, mit einem blutigen Jahrhundert bezahlen müssen. Jetzt gelte es Frankreich; für Deutschland aber sei gegenwärtig zu wünschen, daß es sich an dem französischen Feuer erwärme, aber nicht verbrenne. Théremin schildert die Deutschen als ein von Natur zur Spekulation hinneigendes Volk, das die Theorie der Freiheit sehr weit getrieben habe, aber nicht aus eigener Initiative zu handeln verstand und weder im Fassen noch im Ausführen von Gedanken die Kühnheit besaß, die in so hervorragendem Grade die französische Republik charakterisierte, und Bacher berichtete seiner Regierung am 10. Januar 1799, wenn das Corpus Germanicum in dem Zustande absoluter Nichtigkeit, in dem es sich befinde, wagte, eine eigene Meinung zu haben, könnte es nur die sein, daß die Republik nach der Abtretung des linken Rheinufers keine Reklamationen mehr zu machen habe.... Die in der norddeutschen Neutralität begriffenen Staaten seien in der größten Gleichgültigkeit und in Sicherheit gewiegt, weil sie sich hinter der Demarkationslinie ferne von jeder Beeinträchtigung glaubten. Nach dem Abschluß der revolutionären Propaganda in Süddeutschland leugnete Johannes Müller die Möglichkeit, daß in Deutschland eine gewisse Revindikation der vergessenen Menschenrechte mit solcher Barbarei vor sich gehen könne wie in Frankreich: „Unser Volk ist phlegmatischer, unsere Heere sind disziplinierter und dann vermag auch die Menge nicht so viel und leider sind die

Provinzen einander zu fremd, um in irgend etwas gemeinsame Sache zu machen. Ich wünschte aber sehr, daß die Fürsten recht gewarnt würden. Vielleicht wäre dann zu machen, daß sie zusammenträten und eins würden, diesen echten gravaminibus nationis Germanicae durch einen vernünftigen mode de vivre abzuhelfen, bei diesem aber einander alsdann zu schützen.“ Die Frage der nächsten Zukunft war die, ob die Fürsten die Aufgaben zu vollführen im stande wären, denen das Volk „unserer ehrlichen und sans les flatter noch etwas stupiden Germanen“ nicht gewachsen war.

Drittes Kapitel.

Die deutsche Politik der offiziellen französischen Regierungen.

La théologie de l'Empire est comme toutes les autres théologies; on y trouve tout ce que l'on veut. Il y a donc sûrement quelque chose dans votre constitution qui se prête à mon projet.
Talleyrand.

Seit dem Herbst 1794 beschäftigte sich der Wohlfahrtsausschuß mit äußerer Politik; ein Bericht desselben enthält die bezeichnenden Worte: „Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten war unter der Monarchie das einzige, das gut verwaltet wurde. Seit Heinrich IV. bis 1756 haben die Bourbonen nicht einen einzigen größeren Fehler begangen." Durch Bacher in Regensburg wurde ein ausführlicher Nachrichtendienst organisiert. Als Unterbeamter war im Ministerium des Äußern seit November 1793 der Württemberger Reinhard verwendet, neben dem ein Jurist, Perreau, wirkte. Von den 48 Mitgliedern, welche dem Komitee während seines dreizehnmonatlichen Bestehens angehörten, traten monatlich vier aus, die einen Monat nicht wählbar waren, aber jedes Mitglied blieb vier Monate im Amt. Da fast alle Ausscheidenden wieder gewählt wurden, bildete sich bei allem Wechsel eine gewisse Tradition. Allen diesen Männern sind hervorragende Beamteneigenschaften nicht abzusprechen, aber es fehlte ihnen das organisatorische Genie. Als der Friedensgedanke immer festere Wurzel schlug, betonte Dubois-Crané in einer dem Wohlfahrtsausschuß überreichten Abhandlung die Notwendigkeit von Bundes-

genossen. Dazu fand er Spanien, Preußen und Sardinien besonders geeignet; Rußland könne durch Schweden, Dänemark und die Türkei bezwungen werden, Preußen als natürlichem Verbündeten bietet er Braunschweig und allenfalls Österreichisch-Schlesien an, den Herzog von Braunschweig will er durch die Kurwürde von Hannover entschädigt, den Landgrafen von Hessen-Kassel gleichfalls durch die Kurwürde ausgezeichnet haben. Für den Seekrieg mit England taucht in seinem Kopfe zum erstenmal der Gedanke an das Lager von Boulogne und an ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten auf. Die Bedeutung dieser Vorschläge liegt in der Abkehr von den republikanischen Maximen und in dem Wiedererwachen monarchischen Ehrgeizes. Unter den übrigen Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses tritt in der äußeren Politik am entschiedensten der Mann hervor, der die Revolution so glänzend inauguriert hatte: Sieyès. Ausgezeichnet durch die Tiefe seiner Ideen, durch dialektische Gewandtheit und große staatsmännische Gedanken, die freilich oft in einem dunklen Orakelton zum Ausdruck kommen, ließ er doch den Sinn für die Wirklichkeit, den Instinkt für das Leben, das Gefühl für die Menschen vermissen. Ihm ist die Staatswissenschaft nicht die Lehre von dem, was ist, sondern von dem, was sein soll. Absolutistisch in seinen Grundsätzen, unbeugsam in seinen Folgerungen, aber scharfsinnig in der Anwendung seiner Ideen, urteilt Sorel, hielt er sich für einen Machiavellisten, während er doch im Grunde nur ein Kasuist der Staatsraison war, und sein Kollege Talleyrand sagte ihm nach, er hatte nicht den Wunsch zu überzeugen, er wollte nur unterjochen.

In der äußeren Politik gehört Sieyès neben Cambacérès, Rewbell, Treilhard, Debry, Tallien, Gillet, Carnot, Chénier zu der Partei der natürlichen Grenzen, welche die Ausdehnung Frankreichs bis zum Rhein und zu den Alpen, die Annexion von Belgien, Savoyen und Nizza sowie der deutschen Staaten auf dem linken Rheinufer in ihr Programm aufnahm. In einem Friedensprojekt, das Sieyès nach seinem Eintritt in das Komitee, also

nach dem 5. März 1795, demselben unterbreitete, trat er energisch für dauernden Frieden auf dem Festlande ein. Voraussetzung dafür ist ihm die Abtretung des linken Rheinufers, die Entfernung der großen Staaten Preußen und Österreich vom Rhein. Ein Entschädigungsmittel für die deutschen Fürsten auf dem linken Rheinufer bietet sich ihm in der Vernichtung der geistlichen Herrschaften (bouleversement d'un tas de sable). Das pfälzische Haus, Zweibrücken, die beiden Herzoge von Mecklenburg werden gegen den Rhein hin verschoben, Sachsen vergrößert, die beiden Hessen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin zu Kurfürsten erhoben. Preußen wird Hildesheim, Paderborn, das Herzogtum Westfalen, Essen, Verden und beide Mecklenburg zugesprochen; Österreich erhält Bayern bis zur Isar (mit Ausnahme der Umgebung von München), Salzburg, Passau, Regensburg, Teile von Freysing, Berchtesgaden. Dieser Plan, der ganze Dynastien ihrer angestammten Heimat entfremdete, Territorien nach den Gesetzen der Willkür zerschnitt und Land und Leute nach Belieben vertauschte, hat 1803 seine Verwirklichung gefunden. Als Schöpfer so gewaltiger Ideen ist indes weniger Sieyès anzuführen (schon am 8. Februar präsentierte Dentzel einen ähnlichen Plan); sie lagen vielmehr im Geiste der Zeit begründet. Praktisch verwertet sind sie zuerst in einer Depesche an Barthélemy vom 26. Juni 1795: Man will Bayern an Österreich geben, wenn dieses Belgien hergibt, auf Schwaben verzichtet und für Piemont Mailand abtritt. Durch Bildung einer Zwischenmacht zwischen Frankreich und Österreich muß die französische Grenze von Holland bis Hüningen gesichert werden. Dann wird sich die Politik des Wiener Hofes ändern, mag er nun nach Erreichung seiner Wünsche auf seine bisherige Emsigkeit verzichten, oder sich gegen den Orient wenden, wo ihm in Rußland ein natürlicher Gegner erwächst. Noch hält man die Versöhnung des preußischen Interesses mit der Abtretung Bayerns an Österreich für möglich, indem es durch Einverleibung von Bistümern und von Hannover zum Haupt eines norddeutschen Bundes, durch Verbindungskanäle zwischen Nord- und Ostsee zu

einer Seemacht erhoben wird. Der Rest von Deutschland sollte eine neue Föderation bilden, mit einer gesünderen und kräftigeren Verfassung als jene, welche in gotischen Jahrhunderten der Zufall errichtet hat. Dieser Bund, von der Republik garantiert, wird das Gleichgewicht zwischen Österreich und Preußen vermitteln, Polen kann unter einem preußischen Prinzen wieder hergestellt werden. Rußland und England werden freilich für eine Umgestaltung nicht zu haben sein, welche zum Zweck hat, jenes aufzuhalten und dieses zu erniedrigen; mögen beide sich vereinigen; als Feinde des Völkerrechts signalisiert, werden sie dem gemeinsamen Widerstande Europas erliegen. Diese außerordentlich kühnen Gedanken werden von dem Verfasser der Depesche selbst zunächst noch als „Spekulation" bezeichnet, aber sie müssen verwirklicht werden!

Damit war der Knoten geschürzt, an dessen Lösung Frankreich siebzig Jahre gearbeitet hat. England war nur durch Isolierung zu bezwingen, der Friede konnte nur durch Eroberung des Festlandes oder durch eine Allianz mit diesem erkauft werden. Daher kam im Jahre 1829 unter Karl X. das Anerbieten Polignacs, Sachsen und Holland an Preußen, Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien und Kroatien an Österreich zu geben für die Vereinigung von Belgien und Luxemburg mit Frankreich; daher wollte man nach 1866 für dieselben Staaten oder für das Land zwischen Mosel und Rhein dem preußischen Staat Hannover, die beiden Hessen und Frankfurt preisgeben. Der großartigen Konzeption entsprach aber weder die reelle Macht Frankreichs noch die tatsächliche Politik der Mächte. In dem Ringen um diese Prinzipien wurde das Kabinett von Versailles zurückgedrängt, die Mächte hielten zusammen. Wer den Rhein behaupten wollte, mußte ihn überschreiten, wer England vom Mittelmeer auszuschließen unternahm, mußte Italien erobern; so war statt des europäischen Friedens und der Sicherheit Frankreichs ein zwanzigjähriger Weltkrieg und die Erschöpfung der französischen Macht das Resultat dieser Bemühungen.

Sieyès' Programm wurde freilich nicht immer festgehalten.

Zwar Grégoire beschwor nur das Gespenst einer entschwundenen Zeit, wenn er dem Konvent vorschlug, ein republikanisches Völkerrecht zu gründen: „Die alte Diplomatie und das Völkerrecht war nur ein lächerliches, oft ungeheuerliches Gerüste, welches das Brausen der Vernunft gestürzt hat. Wir haben zerstört; aber was haben wir an die Stelle gesetzt?“ Barthélemy selbst, an den jene Depesche gerichtet war, bekämpfte in seiner Antwort vom 6. Juli das neue System; ein Anhänger der klassischen Tradition, sprach er ganz im Geiste der Denkschriften, die sein Lehrer Vergennes an Ludwig XVI. gerichtet hatte, als Joseph II. ihn für die Wegnahme Bayerns zu gewinnen suchte: „Ein Schrei des Schreckens würde sich gegen uns erheben, wenn wir es bei dieser Vereinigung bewenden ließen.“ Österreich wird sich nicht gegen die Türkei wenden, es wird immer nach dem Rhein und nach Italien sehen, denen es der Erwerb Bayerns nur näher rückt. Das wirksamste Gegengewicht gegen Österreich bildet Preußen. In dem Moment, wo in Potsdam ein gewaltiges schöpferisches Genie wie Friedrich II. gewesen, erstehen würde, würde es uns rasch und kräftig zur Neuorganisation des politischen Gebäudes in Deutschland helfen. Aber der jetzige Berliner Hof wird zum Umsturz nichts beitragen. Wir Franzosen haben an den Konvulsionen kein Interesse, die aus dem Umsturz entstehen könnten. Wenn Preußen sich erhebt, werden alle deutschen Staaten Österreich zufallen. Frankreich wird seine Klienten verlieren, das System, das Europa am meisten bedroht, wird sich schnell verwirklichen: die Vernichtung der Kleinstaaten. England ist unser grimmigster Feind, die Festlandsmächte sind es nur durch ihre Beziehungen zu England; ein einziges Linienschiff ist darum ein größerer Gewinn für uns als alle Réunionen. Wie Barthélemy vom politischen Standpunkt, stellte Aubry, das Haupt der Partei der alten Grenzen, die zu Österreich hinneigte, die Gefahren der neuen Politik militärisch und praktisch dar. Merlin de Thionville warf die Frage auf: „Was geht uns Bayern, was gehen uns die Kurfürsten an? In der Politik muß man die Schwächsten sich selbst überlassen und sich mit den Mächtigsten

verbünden. Was haben wir davon, wenn wir uns zum Protektor der Kleinstaaten aufwerfen?" Nach dem Tode Ludwigs XVII. sammelte sich in dem Salon der Frau von Staël eine neue Partei, die Frankreich nach dem Muster der Vereinigten Staaten umzubilden sich bemühte. Die glänzendste Erscheinung in diesem Kreis, der toskanische Gesandte Carletti, predigte aus Mißtrauen gegen Preußen die Versöhnung mit Österreich. Auch Poterat neigte diesem Ziele zu; zwischen beiden Parteien schwankend, ließ er die Grenze Frankreichs mit der Mosel zusammenfallen, ein unzulängliches Auskunftsmittel. Infolge eines Preisausschreibens von dem Mainzer Hofmann: Ist es im Interesse der französischen Republik, die Grenzen bis an den Rhein hin auszudehnen, griff der Moniteur vom 13. August die Partei der alten Grenzen heftig an und rühmte den Reichtum der deutschen Länder, deren Restitution diese Partei forderte. Wie könne man überhaupt über die Grenzen der Republik streiten, fragt er am 15. August; die Natur habe sie festgelegt und der Konvent selbst bestimmt, ehe noch von Frieden die Rede war. Man war damals überzeugt, daß die Wasser des Rheins allein eine sichere Grenze für das französische Volk geben können.

Die Einnahme von Luxemburg gab der Partei von Sieyès den Sieg; der Rheinübergang wurde beschlossen. Die Fortsetzung des Krieges bezweckte die Behauptung der Grenzen, die 1795 erobert waren. Freilich, den kriegerischen Neigungen des Direktoriums stand die gemäßigte Gesinnung des gesetzgebenden Körpers und des Rats der 500 gegenüber. Der Druck, den der letztere durch Verweigerung der Geldforderungen auf die Regierung auszuüben suchte, wurde zwar paralisiert durch die Beutezüge von Pichegru, der aus Holland 100, von Bonaparte, der aus Italien 215, von Jourdan und Moreau, die aus Deutschland 72 Millionen Livres zogen. Aber die gegenseitige Eifersucht der Direktoren veranlaßte die fremden Gesandten zu ständigen Klagen über die Systemlosigkeit und Wandelbarkeit der französischen Politik; die einzelnen Köpfe waren sich über ihre Ziele selbst noch nicht klar. So wollte der Minister

Delacroix bald eine große Zahl deutscher Fürstentümer in unabhängige Republiken verwandeln als Barrière zwischen Österreich und Frankreich, bald wieder demselben Zweck durch Vergrößerung der Fürsten von Baden und Württemberg dienen. Die Angriffe gegen das Direktorium, die Agitation der Parteien, die bevorstehenden Wahlen, die Rückkehr der deportierten Priester, die Erschlaffung des Volkes, der Abbruch der Friedensverhandlungen mit England, das Scheitern einer Expedition nach Irland, die Siege des Erzherzogs Karl, die Jourdan und Moreau zum Rückzug über den Rhein nötigten, weckten gegen Ende des Jahres den Wunsch, nach einer Versöhnung mit Österreich gegen England kämpfen zu können. Dem General Clarke, der im November 1796 zu Bonaparte nach Italien gesandt wurde, empfahl Delacroix sein Vergütungssystem wegen der Vielgestaltigkeit der Kombinationen, die es zuließ; eine davon skizziert er selbst, für seine italienischen Besitzungen Bayern, die Oberpfalz, Salzburg und Passau an Österreich abzutreten. Die Regenten von Modena und Toskana sollten nach Deutschland verpflanzt, die Wittelsbacher umgekehrt durch einen Teil des Kirchenstaates entschädigt und aus dem Rest kleine Freistaaten gegründet werden, die durch Vereinigung oder Allianzen der lombardischen Republik angegliedert worden wären. Als Hauptsache erscheint ihm, Österreich zu überzeugen, daß es durch Separatverhandlungen mit der Republik einen rascheren und vorteilhafteren Frieden erlangen könne. Bonaparte dagegen war der Ansicht, man müsse nur die italienischen Provinzen erobern, um den Kaiser zu befriedigen; für ihn ist die Vernichtung Österreichs auch keine Vorbedingung für den Frieden; er wollte Italien befreien, indem er es unter französischen Schutz stellte. Im Januar 1797 war das Direktorium sogar zur Restitution des linken Rheinufers und der Lombardei, zur Räumung Italiens und zur Duldung einer Vergrößerung des Kaisers in Deutschland bereit, was die vollständige Abkehr von der bisherigen Politik bedeutet hätte; da schuf der Sieg Bonapartes bei Rivoli am 14. Januar eine neue Situation. Das weitere Vordringen der französischen Waffen nötigte

Österreich am 18. April 1797 zu den Präliminarien von Leoben; durch das Angebot von Venedig war es Bonaparte gelungen, den Kaiser von seinen Forderungen in Deutschland abzubringen. Dem jugendlichen General wäre der Umsturz des Corpus Germanikum gleichbedeutend gewesen mit der Aufgabe Belgiens, der Rheingrenze, mit der Preisgabe von zehn bis zwölf Millionen Menschen an zwei Mächte, denen Frankreich gleich mißtrauen müsse. „Wenn das Corpus Germanikum nicht existierte," schreibt er am 27. Mai 1797, „müßte man es ausdrücklich für unsere convenance schaffen." Indem er so Frankreich zum Schiedsrichter Deutschlands erheben wollte, trat er in direkten Gegensatz zu jener Anschauung, die durch Vergrößerung Preußens und Österreichs den Gegensatz zwischen beiden verschärfen wollte. Im Frühjahr und Sommer 1797 kam Napoleons politische Bildung zum Abschluß. Seit dieser Zeit hat er es auf die Vernichtung Englands durch die Besitzergreifung von Ägypten, Wiederherstellung des Suezkanals und Boykottierung des Seeweges um das Kap der guten Hoffnung abgesehen.

Schon 1790 prophezeite Rivarol, entweder wird der König eine Armee, oder die Armee einen König haben; die Revolutionen endigen immer durch den Säbel. Katharina II. von Rußland verlieh 1794 einem schon früher von ihr ausgesprochenen Gedanken dahin Ausdruck, wenn Frankreich aus der Revolution hervorgehe, werde es mächtiger sein als jetzt: „Es wird gehorsam sein wie ein Lamm, aber es braucht einen überlegenen geschickten mutigen Mann, höher stehend als seine Zeitgenossen und vielleicht selbst als das Jahrhundert. Ist er geboren? Davon hängt alles ab." Der Herzog von Richelieu war bereits im August 1795 überzeugt, die Franzosen werden einen König haben, aber dieser König wird nicht aus dem Hause Bourbon sein, und im Januar 1797 berichtete der preußische Gesandte in Paris, Sandoz-Rollin, nach Hause, wenn ein Genie auftrete, werde ihm alles zufallen. Dieses Genie, schon damals in Frankreich als Heros begrüßt, der Testamentsvollstrecker des alten Deutschen Reichs, der Erzschatzmeister der Republik, war jetzt gefunden. „Mein Entschluß ist gefaßt," bemerkte

Napoleon selbst zu Miot in Turin; „wenn ich nicht der Herr sein kann, werde ich Frankreich verlassen."

So freudig die Präliminarien von Leoben beim Volke aufgenommen wurden, so geteilt war die Stimmung im Direktorium. Letourneur und Carnot teilten die Meinung des Volkes; „aber die Triumvirn," schreibt letzterer, „erröteten; Larevellère ist ein Tiger, Rewbell stößt schwere Seufzer aus, Barras mißbilligt den Vertrag, sagt aber, man werde ihn mit der Qualifikation: infam annehmen müssen." Der Eintritt Barthélemys ins Direktorium an Stelle Letourneurs schien wohl den Frieden zu bedeuten und die Rückkehr zur Partei der alten Grenzen; aber seine Ängstlichkeit, hervorzutreten machte ihn für Carnots Bestrebungen wenig nützlich. Als Talleyrand, der Nachfolger von Delacroix im Ministerium des Äußeren, zur Beschleunigung des Friedens Annahme der Präliminarien und Verzicht auf die militärischen Grenzen vorschlug, beteuerte Rewbell, niemals den Frieden unterzeichnen zu wollen, solange Österreich nicht von beiden Rheinufern entfernt sei. Es war umsonst, daß Talleyrand darauf hinwies, durch Ausdehnung der Grenzen vermehre man nur die Ansprüche des Kaisers im Reich, daß Carnot die Sicherung des Friedens, nicht die Erweiterung der Grenzen als den Wunsch der Nation hinstellte, — Barthélemy schwieg — Talleyrand mußte gegen seinen Willen Bonaparte dahin instruieren, er müsse Österreich ganz aus Italien hinausdrängen und dürfe es nicht im Besitz von Venedig lassen; von einem Verzicht auf das linke Rheinufer könne keine Rede mehr sein. Durch den Staatsstreich vom 18. fructidor wurden zwei Mitglieder des Direktoriums, Carnot und Barthélemy, abgesetzt. Das Emporkommen der revolutionären Gewalten war in der äußeren Politik wie immer von dem Gedanken der Eroberung begleitet. Der Friede von Campo Formio wurde von Bonaparte dem Direktorium nicht weniger als dem Kaiser aufgezwungen. In den geheimen Artikeln war Bayern angetastet; nicht einmal die Abtretung des linken Rheinufers in seiner ganzen Ausdehnung war zugegeben. Österreich war nicht aus Italien verdrängt und ein-

zelne Bestimmungen waren geeignet, ihm ein gewaltiges Übergewicht im Reich zu verschaffen. Deshalb leisteten Rewbell und Merlin Widerstand bis zuletzt; nur durch Barras, Lareveillère und François wurde die Majorität gewonnen.

Die Unzweckmäßigkeit des Friedens, der auch in Wien von Thugut als dem Haupt der Kriegspartei kaum anders als ein Waffenstillstand angesehen wurde, ließ es von Anfang an zweifelhaft erscheinen, ob er auch wirklich zur Ausführung gelangen werde. Auf dem Rastatter Kongreß sollte die Annahme desselben durch das Reich erfolgen; da aber auch viele außerdeutsche Souveräne ihre Gesandten dort hatten, traten sich hier zum ersten Mal die Diplomatie des alten Europa und die neue republikanische Staatskunst geschlossen gegenüber, ein Gegensatz, der sich schon in dem äußeren Auftreten der französischen Bevollmächtigten, in ihrer Nichtachtung des fremden Herkommens und in dem peinlichen Festhalten an der neuen republikanischen Sitte dokumentierte. Die Instruktion für die Gesandten Frankreichs, die in fünf Denkschriften niedergelegt ist, fordert, von den Umständen zu profitieren, die sich nie wieder so bieten würden, um das heilsame Werk zu vollenden, das im westfälischen Frieden begonnen wurde, aber noch nach eineinhalb Jahrhunderten erst ein halbes und unvollendetes sei. Geschrieben wurde die Instruktion im Bureau des Direktoriums selbst, weder im Stil noch von der Hand Talleyrands, der davon nichts wissen wollte und darauf ohne durchgreifenden Einfluß war. Trotzdem decken sich die von ihm eigenhändig aufgezeichneten Betrachtungen über den Frieden, die er am 2. November 1797 dem Direktorium unterbreitete, zum Teil wörtlich mit den Denkschriften. Man zog ihn wohl für das Detail heran, spann jedoch einzelne seiner Ideen weiter aus, andere fügte man neu hinzu. Der Grundgedanke Talleyrands ist der Nachweis, daß der Friede zu Campo Formio nur ein vorläufiges Abkommen bedeute, über das man nach Belieben hinausgehen könne. Indem er es unternahm, das Werk des allmächtigen Generals zu verteidigen, suchte er zugleich dem Direktorium zu gefallen und dessen republikanische Forderungen damit

in Einklang zu bringen. Auch der Verfasser des ersten Memoires meint, wenn man Deutschland aus sich selbst heraus sich neu gestalten ließe, werde sich bald ein Plan verwirklichen, der bestanden habe und noch bestehe, die Aufteilung des Reiches an die zwei Großmächte Brandenburg und Österreich. Man müßte ein Buch schreiben, die Gefahren dieser Teilung zu verstehen, ein anderes, darauf zu antworten. Bonaparte, der die Wichtigkeit des Corpus Germanikum klar erkannte, hat dieselbe leider beim Abschluß des Friedens vergessen. Die Reorganisation Deutschlands muß nun von Frankreich ausgehen, das als Schiedsrichter über den Parteien weder Österreich noch Preußen durch eine Allianz näher treten darf. Das Berliner Kabinett hatte wohl in den Verträgen von 1796 seine Demarkationslinie weiter ausgebaut, aber immer wieder den Versuchungen stand geboten, ein förmliches Bündnis mit Frankreich zu schließen. Darum verdient es nach der Meinung des Verfassers keine Vergrößerung, nur das eigene Interesse hindert die Politiker in Paris, Preußen wegen seiner Ausflüchte gänzlich zu opfern. Von einem Bündnis mit Österreich war nichts mehr zu erwarten, da es keine Berührungspunkte mit Frankreich hatte. Für die Reorganisation des Reiches genügte es, das Wiener Kabinett in dem Glauben zu lassen, die erste Folge des Friedens sei eine Vereinigung unserer Interessen. „Preußen und die Fürsten des Reiches, die uns kalt gegenüberstehen, müssen in ängstlicher Ungewißheit über unsere Absichten bleiben, daß sie uns später selbst zur Vollendung unserer Aufgaben mithelfen, wenn ihnen die Erkenntnis gekommen ist, daß wir sie nicht preisgeben.“ So scheint ein späteres Allianzsystem nicht ausgeschlossen; vorerst freilich kann Frankreich als Mittler zwischen Nord und Süd, Preußen und dem Kaiser, Protestanten und Katholiken seine Ziele durch eine allgemeine Säkularisation erreichen. So wurde die Forderung der natürlichen Grenzen, die von praktischen Erwägungen diktiert war, durch eine rein theoretische Idee verdrängt, das Säkularisationsprinzip, an dessen Durchführung weniger historische Erinnerungen an den westfälischen Frieden als die revolutionären Leiden-

schaften des Direktoriums beteiligt waren. Die drei geistlichen Kurfürsten wurden durch drei weltliche, Hessen-Kassel, Württemberg, Oranien ersetzt. Vielleicht würde es sich im Interesse der religiösen Parität wie auch sonst empfehlen, heißt es im dritten Memoire, die Kurfürsten durch Großherzoge zu ersetzen und die höchste Würde im Reich zwischen Preußen und Österreich wechseln zu lassen, ein Vorschlag, der an die Bestrebungen deutscher Patrioten in späterer Zeit erinnert. Als Kaiser der Deutschen und König der Deutschen — diese „nationaleren und wahrheitsgemäßeren" Titel sollten den römischen Kaiser verdrängen — würde Österreich den Wechsel einer Würde vorziehen, die ihm durch die Wahl einmal dauernd entgehen könnte, würde Preußen diese Erhebung mit Freuden begrüßen. Von den Laienfürsten, die keine Aussicht haben, jemals Kaiser zu werden, ist kein Widerstand zu fürchten. Natürlich kommen auch die alten Ideen von Sieyès zu ihrem Rechte: die Errichtung einer mächtigen Barrière in Schwaben, die Erhebung Bayerns zu einem nützlichen Alliierten des französischen Volkes.

Als Gesandter war zunächst der Mainzer Professor Hofmann in Aussicht genommen; dann entschied man sich für den ehemaligen Advokaten und Jakobiner Treilhard, dessen sonst angenehme Umgangsformen besonders in der Weinlaune oft Roheiten und Drohungen Platz machten, und den Adeligen Bonnier d'Arco, ein früheres Mitglied der Constituante, der, wohl infolge eines Kopfleidens, ein unfreundliches und abstoßendes Benehmen an den Tag legte. Der Generalsekretär Rosenstiel, ein geborener Elsässer, war durch seine Kenntnisse und seine Gewandtheit, zum Teil auch durch verwandtschaftliche Beziehungen ein unschätzbares Mitglied der Gesandtschaft. Von besonderer Wichtigkeit war, daß Bonaparte selbst im Anfang nach Rastatt kam, wegen des militärischen Nachdrucks, den er den Verhandlungen verleihen konnte. Die Gestalt und die Kleidung, das ernste Aussehen und die nachdenkliche Haltung des wunderbaren Mannes machte gleich bei seiner Ankunft bedeutenden Eindruck auf die Diplomaten. Leutselig gegen die Vertreter der freien

Städte, sarkastisch gegen die geistlichen Herren, wohlwollend gegen die Gesandten von Württemberg und Baden, hatte er für jeden ein denkwürdiges Wort. Dem Freiherrn von Stadion, der sich ihm im Würzburgischen Domherrnmantel präsentierte, hielt er entgegen, die deutschen Bischöfe seien geistliche Regenten und Kriegsleute; wie können sie diese Titel vereinigen? wissen sie nicht, daß das Evangelium sagt, die Reichen werden nicht in das Himmelreich eingehen? Mit dem sächsischen Gesandten Grafen Löwen unterhielt er sich über die goldene Bulle, die Reichsverfassung und Reichsdeputation. Das öffentliche Recht in Deutschland nannte er ein wenig alt, man werde es zu modernisieren wissen, und dem Göttinger Professor Martens gab er zu verstehen, die kleinen Fürsten, die bald dem Kaiser, bald Preußen anhingen, müßten fühlen, daß Frankreich ihr natürlicher Beschützer sei. In ähnlichem Sinn sprach er zu dem badischen Gesandten. Am 2. Dezember 1797 verließ er den Kongreßort wieder, nicht ohne vorher die Zweideutigkeit des Kaisers und den Inhalt der geheimen Artikel einzelnen Ständen der Deputation mitgeteilt zu haben; noch öfter wurde von seiner Rückkehr gesprochen. Die Eindrücke, die er von Rastatt mit fortnahm, bestimmten sein Urteil über Deutschland und die Deutschen für die Folgezeit. Für ihn war das Deutsche Reich in seiner politischen Schwäche ein reiches Land, aus dem man für den Krieg ein ungeheures Menschenmaterial und riesige Kontributionen gewinnen konnte, das den politischen Verhandlungen einen weiten Spielraum gewährte durch die Unerschöpflichkeit seiner Tausch- und Entschädigungsobjekte, durch Beraubung des Kirchenguts und Käuflichkeit seiner Fürsten und Vasallen. Die Gelehrten und Philosophen, Künstler, Dichter und Träumer kamen für seine Politik nicht in Betracht. Ihren Enthusiasmus konnte man ihnen lassen wie den Italienern ihre Musik.

Der Gang der Verhandlungen nach der Abreise von Bonaparte kann hier nicht weiter dargestellt werden. Am 17. Januar 1798 verlangten die Franzosen bei dem kaiserlichen Plenipotentiar Metternich und dem kurmainzischen Deputierten Albini „offiziell" den

Rhein zur Grenze. Am 2. März wurde ihnen die Linie von Campo Formio, am 9. März, nachdem Albini durch Treilhard überredet worden war, das ganze Rheinufer bewilligt. Daß eine allgemeine Säkularisation nicht gut sei, davon hatte sich Bonaparte schon während seines Aufenthalts am Kongreßorte überzeugt; seine Gründe fanden die Zustimmung des Direktoriums. Auch Treilhard meinte, bei dem ersten neuen Zerwürfnis werde sich rechts des Rheins eine Republik bilden, die viel vorteilhafter sei als die Menge der kleinen Staaten. In der Sitzung vom 2. April 1798 wurde bedingte Annahme der Säkularisationen beschlossen; dem Konklusum hierüber vom 4. April trat Metternich nicht bei, sondern übergab es ohne Bestätigung des Plenipotentiars den französischen Gesandten, wie er schon mit dem früheren Konklusum verfahren war. Mit der Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten war auch der Verzicht auf die Umwandlung des deutschen Wahlreichs in eine Erbmonarchie ausgesprochen. Die Erfolge der Republik erklären sich zum Teil aus der Schwäche und Uneinigkeit der deutschen Staaten, zum Teil aus der französischen Politik der Einschüchterung (intimidation), wie man es nannte. Talleyrand wies Treilhard an, die Eifersucht zwischen Preußen und Österreich künstlich zu erhalten; ihren Forderungen verlieh die republikanische Gesandtschaft durch die Drohung Nachdruck, man werde sonst die Feindseligkeiten wieder eröffnen oder die rechtsrheinischen Gebiete revolutionieren. Die kleineren deutschen Fürsten wußten, daß nach der Annahme des Säkularisationsprinzips die eigene Bescheidenheit nur anderen zum Vorteil gereichen werde. Der Agent des Herzogs Max Joseph von Zweibrücken, Baron Anton von Cetto, stellte den Grundsatz auf, man müsse die beträchtlichen Reichsstände noch stärker und die geringeren noch schwächer machen, weil es bloß auf das Nehmen ankomme. Auch der badische Gesandte Reitzenstein machte die Erfahrung, man müsse exorbitante Forderungen erheben, um annehmbare Bedingungen zu erhalten. Wohl schrien die geistlichen Fürsten, säkularisieren sei schlimmer als revolutionieren, und suchten alles möglichst günstig loszuschlagen, was zu verkaufen war,

so daß Treilhard scherzte, es würden nur die nackten Fürstentümer übrig bleiben, wenn es so weiter ginge; wohl erhob auch das Volk Einspruch, weil es sich nicht wie Vieh verschachern lassen wollte. Trotzdem bildete sich in Paris und Rastatt ein großer Jahrmarkt, wo man die Güter des Reichs faktisch verhandelte. Als die französischen Bevollmächtigten Materialien sammelten zum einem Entschädigungsplan, waren die Wünsche der deutschen Fürsten so weitreichend, daß Treilhard meinte, man müßte ein zweites Deutschland haben, um alle zu befriedigen. Baden und Hessen-Darmstadt, deren Minister den Franzosen in Rastatt Handlangerdienste leisteten, hatten förmliche Verträge mit der Republik geschlossen, der Herzog von Zweibrücken, Württemberg und Hessen-Kassel ihre Entschädigung vorweg verlangt; dann stellten sich die Fürsten von Leiningen und Salm, die Fürstin von Hohenzollern, eine Zunge des Maltheserordens, mit ihren Anliegen ein. Zunächst sprach man nur von Äquivalenten, bald von Arrondierungen. Schließlich wurde kein Agent mehr zugelassen in Paris, der wegen der Entschädigungen dorthin reisen wollte, da diese nur in Rastatt verhandelt werden sollten. Nach neueren französischen Forschern wären die deutschen Gelder mehr in die Taschen der Unterbeamten und Sekretäre als in die der Minister gelangt. Sicher aber bildete sich auf diesem Wege allmählich eine französische Klientel, die für die Regierung in Paris um so wertvoller wurde, je mehr die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens schwanden.

Schon im Frühjahr 1798 ließen die eifrigen Verhandlungen zwischen Österreich, England und Rußland die Bildung einer neuen Koalition erwarten, weshalb Caillard aufs neue, zum drittenmal seit den Verträgen von 1796, um ein Bündnis in Berlin zu werben beauftragt wurde; dasselbe galt nur so lange als überflüssig, als man auf dem Kongreß den Schiedsrichter spielen wollte. Die Demonstrationen der Wiener Bevölkerung gegen Bernadotte, der Abbruch der Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland, die drohende Haltung Englands, die bevorstehende Abreise Bonapartes mit den besten Truppen der Republik nach Ägypten wurden der

Anlaß, im Juni keinen Geringeren als Sieyès mit neuen Anträgen nach Berlin zu entsenden. Man sprach sogar davon, im Fall einer weiterhin ablehnenden Haltung Preußens durch ihn in Wien die bestehenden Streitpunkte direkt zum Austrag bringen zu lassen. Auch der Versuch, das Bündnis gegen Österreich hinter einem gegenseitigen Garantievertrag in Italien und Deutschland zu verbergen, scheiterte an der Zurückhaltung Friedrich Wilhelms III; dadurch gewannen die Mittelstaaten für die französische Politik ein viel größeres Interesse. In dem Briefwechsel zwischen Sieyès und Talleyrand läßt sich diese allmähliche Abkehr von Preußen deutlich verfolgen. Schon seit 1794 war es ein Dogma der republikanischen Staatskunst, daß Österreich und Preußen vom Rhein entfernt werden müßten. Jetzt wollte Sieyès letzteres hinter die Elbe zurückwerfen; der Bund der deutschen Fürsten, als dessen Oberhaupt früher der König von Preußen ausersehen war, sollte als natürlicher Verbündeter Frankreichs an dessen Fahnen gekettet werden. Talleyrand stimmte ihm bei; Preußens Zustimmung schien ihm durch polnisches Gebiet erkäuflich; nur wußte man noch nicht, ob man aus dem Rumpf von Deutschland einen einzigen Bund oder eine norddeutsche und eine süddeutsche Staatengruppe bilden sollte. Daß eine friedliche Auseinandersetzung darüber mit Preußen nicht möglich sei, hat Sieyès' weiter Blick schon damals geahnt. England wäre so vom Festland ausgeschlossen, Preußen durch den Besitz Polens zu Rußland in Gegensatz gebracht, Österreich für immer für Frankreich ungefährlich geworden.

Zur Verwirklichung dieser Ideen kamen Talleyrand die Vorschläge Théremins gerade zur rechten Zeit. Während diesem Agenten noch die Revolutionierung Deutschlands gestattet wurde, zeigt die Instruktion für den Gesandten Rivals in Kassel vom 26. September 1798, daß man aus politischen Erwägungen auch auf solche revolutionäre Auswüchse zu verzichten gelernt hatte. Der Landgraf von Hessen, heißt es in derselben, sei durch seine Stellung, durch seine Militärmacht und seinen Reichtum zu Höherem berufen. Er kenne die Neigung Frankreichs, ihn zu erheben; eine

ähnliche Gelegenheit wie jetzt werde sich für ihn schwer wieder einstellen. Er solle, wenn Preußen sich zu einem Bündnis mit der Republik herbeiließe, daran teilnehmen, oder vielleicht ohne dasselbe noch eine viel wichtigere Rolle spielen als Haupt eines deutschen Fürstenbundes, der in eine nördliche und südliche Liga geteilt und auf Frankreich gestützt, das wahre Gleichgewicht des deutschen Reichskörpers bilden könne. Der hessische Geheimrat Friedrich Sigmund von Waitz-Eschen hatte schon lange zur Durchführung des Säkularisationsgedankens ein Wiederaufleben der alten Fürstenbundspläne, zunächst mit Zuziehung Preußens, befürwortet; auch der Gesandte in Rastadt, Christoph von Steube, redete einer näheren Verbindung zwischen Baden, Pfalz, Darmstadt und Kassel das Wort. Die historische Tradition und die augenblickliche Neigung war jedenfalls dem Assoziationsgedanken in der hessischen Residenz nicht ungünstig. Allein die Verhandlungen scheiterten schließlich an der Frage, ob die Einzelbesprechungen mit den norddeutschen Staaten dem Landgrafen oder dem Direktorium zugewiesen werden sollten. Da bot der Tod des Kurfürsten Karl Theodor in München, am 16. Februar 1799, der französischen Diplomatie unerwartet ein neues, aussichtsreicheres Feld.

Im Januar 1798 hatte Karl Theodor von Pfalz-Bayern bei der Ohnmacht des Reiches nur in einer „engen Verbindung unter Deutschlands Ständen“ noch eine Rettung gesehen, da die Forderung des linken Rheinufers durch Frankreich zur Zertrümmerung der Reichsverfassung führen müsse. In dieser Not rief er die Hilfe des Kaisers sowie der Höfe von Berlin, London und Petersburg an. Karl Friedrich von Baden dagegen, dem er seine Idee eines gemeinsamen Widerstandes ebenfalls mitteilte, bedauerte, daß dieselbe bisher nicht jene Gemeingültigkeit erlangt habe, die er gewünscht hätte, und sah nicht, wie bei der Verschiedenheit der geographischen und politischen Lage der Reichsstände in der kurzen Dauer, die dem Friedensgeschäft gesteckt war, eine Union zu stande kommen könne. Obwohl so die Zurückhaltung des Mannes, der noch vor wenigen Jahren selbst lebhaft für Assoziationsbestrebungen

agitiert hatte, den bayerischen Anträgen sofort die Spitze abbrach, erregten dieselben doch den Verdacht Talleyrands, als handle es sich um eine geheime Machination, zumal da Karl Theodor auch den der Kaltsinnigkeit beschuldigten Grafen Preysing in Rastatt durch Morawitzky ersetzt hatte, und dem Herzog von Zweibrücken kostete es Mühe, seinen Verwandten zu entschuldigen. Jetzt war mit einem Male das Haus Zweibrücken in Bayern zur Regierung berufen, auf das man in Paris schon 1792 seine Hoffnungen gesetzt hatte, und mit ihm Max Joseph, der freilich schwacher Talente und eines schwachen Charakters bezichtigt wurde. Allein der französische Geschäftsträger in München, Alquier, warnte seine Regierung sofort vor der schmachvollen Unentschiedenheit, mit der Vergennes 1778 die bayerische Frage behandelt hatte, und durch den Empfang, den ihm der neue Herrscher bereitete, wurden seine kühnsten Erwartungen übertroffen. „Ich bin in Frankreich geboren, ich bitte Sie, mich für einen Franzosen zu halten." „Ich bitte Sie, dem Direktorium mitzuteilen, daß es keinen treueren Freund besitzt als mich. Bei jedem Erfolg der französischen Waffen habe ich es gefühlt, daß ich Franzose bin." Mit solchen Worten gab Max Joseph, der ehemalige französische Offizier, dem Gefühl alter Anhänglichkeit lebhaften Ausdruck. So schien endlich der Fürst gefunden, der das alte Reich zersprengen und den neuen Rheinbund gründen werde. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Direktoriums richtete daher Talleyrand an Alquier am 17. März eine Note folgenden Inhalts: Der zunehmenden Schwäche des Deutschen Reichs, den ehrgeizigen Bestrebungen Österreichs und Preußens könne nur durch einen Bund deutscher Fürsten entgegengearbeitet werden, der unter dem direkten Schutz der französischen Republik den habsüchtigen Plänen der beiden Mächte wirksam zu widerstehen vermöchte. Als Mittelpunkt und Haupt dieses Bundes war zunächst der Landgraf von Hessen-Kassel ausersehen, der, kleinmütig und sparsam, dieser Rolle sich nicht gewachsen zeigte. Dem Herzog von Württemberg und dem Markgrafen von Baden fehlte es an der nötigen Macht. Auf den bayerischen Kurfürsten hatte man sein Augen-

merk gerichtet, als er noch Herzog von Zweibrücken war; nur die Schwierigkeiten seiner Lage hinderten bisher eine vertrauliche Eröffnung. Aber heute muß dieser Bund unter seiner Mitwirkung feste Gestalt gewinnen, zu dessen natürlichem Oberhaupt ihn seine Interessen und Eigenschaften erheben. Ein glücklicher Krieg gegen Österreich konnte ihm alles ersetzen, was er durch frühere Verträge verlor, Preußen dagegen bot ihm nur eine zweifelhafte Sicherheit.

So hatte die Rheinbundsidee, verglichen mit der späteren Ausgestaltung Deutschlands, schon damals eine geradezu verblüffende Deutlichkeit gewonnen. Freilich nur die Idee; eine Woche vor Absendung dieses Erlasses — am 11. März — hatte Alquier vor den heranziehenden Österreichern nach Straßburg flüchten müssen; ganz Süddeutschland war in kurzer Zeit in der Gewalt des Erzherzogs Karl, und wider Erwarten hielt Montgelas zunächst noch treu zum Kaiser.

Nach dem Bruch des Friedens von Campo Formio und dem Schluß der Konferenzen in Rastatt befand sich das Reich tatsächlich wieder im Krieg gegen die Republik; allein noch im Juni 1799 fand es Talleyrand vorteilhaft, es als neutrales Land zu betrachten, solange es sich nicht förmlich den Unternehmungen seines Oberhauptes angeschlossen habe; Preußen, Hessen-Kassel und Baden seien durch Verträge an Frankreich gebunden, mehrere andere Reichsstände hätten so unzweideutig den Wunsch nach einer Vereinigung mit der Republik geäußert, daß man das Verdienstliche ihrer Neigung anerkennen sollte. Die Erwartung, daß auch der Süden in die preußische Neutralität inbegriffen sein werde, schlug freilich fehl. Verhältnisse, die zum Teil außer seinem Wirkungskreis lagen, schrieb Friedrich Wilhelm an den Markgrafen von Baden, erlaubten nicht, die Wohltat des allgemeinen Friedens, den er dem nördlichen Deutschland gewonnen hatte, auf das südliche sich erstrecken zu lassen. Dem Münchener Hof wurde von Berlin aus bedeutet, man wisse zur Zeit keinen besseren Rat, als „das alte System zu befolgen“; ähnlich wurde Mainz geantwortet. Nur dem badischen Hofe gelang es, sich tatsächlich neutral zu verhalten,

während München und Stuttgart dem Rufe des Kaisers Folge leisteten. Obwohl so der Einfluß Frankreichs auf das Reich im Schwinden begriffen war, und die Koalition bis zum Juni 1799 Erfolg an Erfolg reihte, hatte man in Paris doch den billigen Entschädigungsplan Roberjots, den dieser zu Anfang des Jahres überschickt hatte, ignoriert und verworfen. Derselbe erhielt die drei geistlichen Kurfürsten, fand Bayern und Zweibrücken mäßig ab und vermied innerhalb der preußischen Demarkationslinie Säkularisationen soviel wie möglich. Bonnier bekämpfte ihn deshalb, weil er den neugeschaffenen Fürsten und den Reichsgrafen zu viel, den Fürsten der alten Häuser zu wenig versprach, und weil er ihm überhaupt nur die Frucht der Suggestion von Personen aus der Umgebung des armen Roberjot zu sein schien. Die Fortdauer revolutionärer Gesinnung in Paris war um so gefährlicher, als die Koalition in der Folge nicht im stande war, auch nur in einem einzigen Punkte an ihren legitimistischen Prinzipien festzuhalten; da die Türkei ihren Besitzstand behaupten wollte, England Ägypten und Malta für sich beanspruchte, Rußland diese Insel und Korfu für die Orthodoxie zu gewinnen suchte, trug sie von Anfang an den Keim des Zerfalles in sich; der Rücktritt des Zaren, der am 1. Oktober 1799 durch das Bündnis von Gatschina auch Bayern an sich kettete, war um so empfindlicher, als am 9. Oktober Bonaparte in Frejus gelandet war; er bereitete dem Übergewichte der Verbündeten und den Gefahren der inneren Entzweiungen zugleich ein Ende; durch den Staatsstreich vom 9. November 1799, die Einführung der Konsularverfassung, gewann er tatsächlich die Regierung und die Entscheidung in der äußeren Politik hing bald von ihm allein ab. „Alle Autorität ist in Wahrheit in den Händen Bonapartes. . . . Wie Sieyès sich auch dazu verhalten mag, er wird mit seiner Meinung und seinem Einfluß immer an zweiter Stelle stehen, Roger Ducos wird das Echo des einen oder anderen sein," schrieb Sandoz bereits am 11. November 1799. Indem der erste Konsul sofort den König von England und Kaiser Franz zum Frieden einlud, erwarb er sich die Sympathien der Völker, die den

Wunsch nach einer Beendigung des Krieges teilten; aber indem er dem preußischen Gesandten erklärte, niemals einen Frieden zu unterzeichnen ohne Abtretung von Belgien und der Rheinlinie, erwies er sich als den Erben der Revolution, der den preußisch-russischen Versuchen, das linke Rheinufer zu behaupten, Trotz bot.

Die Behandlung der einzelnen Reichsstände wurde, wie die Instruktionen für den General Moreau zeigen, zunächst von dem bisherigen Verhalten derselben gegen die Republik abhängig gemacht. Der Württemberger Reinhard, der kurze Zeit Talleyrands Stellung einnahm, teilte unter dem Beirat der württembergischen Stände die verschiedenen deutschen Territorien in vier Klassen. Als befreundet oder im Frieden mit der Republik stehend waren Baden, Hessen-Kassel und Preußen anzusehen; auch Württemberg verdiente Schonung, da die Stände viermal feierlich gegen den Friedensbruch ihres Herrschers protestiert hatten, der allein der Strafe würdig war. In die zweite Klasse gehörte Sachsen, Frankfurt am Main und alle Staaten, die in der Demarkationslinie einbegriffen waren mit Ausnahme derjenigen, die zu der Reichskasse Beiträge geleistet hatten. In der dritten Gruppe, Gebieten, die, soviel an ihnen lag, das gute Einvernehmen mit der Republik zu wahren trachteten, wie Darmstadt, Nassau, Solms, waren dem General Kontributionen gestattet, jedoch mit tunlichster Mäßigung. Die vierte Abteilung umfaßte die absolut feindlichen.

Besonderes Zutrauen hegte Bonaparte zu Baden. Schon bei seinem Regierungsantritt faßte er die Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu dem Markgrafen ins Auge; am 30. Juli 1800 schrieb er, freilich in einer „etwas auffallenden", allem Herkommen Hohn sprechenden Anmaßung, dem Monsieur Charles Frédéric: „Sie können auf den Schutz der Republik und auf den Wunsch ihrer Regierung, Ihnen nützlich zu sein, rechnen." Talleyrand stellte zu Anfang Juli in einem Bericht an den ersten Konsul den Satz auf: „Alle kleinen deutschen Staaten treten erst dann wieder auf den Schauplatz, wenn es sich um die Regelung der Interessen des Reiches handelt, und gewinnen erst Bedeutung, wenn

es gelingt, sie zu vereinigen"; eine solche Assoziation wünsche der Landgraf von Hessen-Kassel, der dabei eine Rolle zu spielen hoffe, und der Markgraf von Baden, der das Interesse Frankreichs verdiene. Im Gegensatz zu diesen Fürsten hatte Bayern, Württemberg und Kurmainz durch Subsidienverträge mit England den Groll des ersten Konsuls hervorgerufen. „Was soll aus Bayern werden," sagte Napoleon zu Sandoz, „wenn wir die Österreicher nötigen, sich in die Erblande zurückzuziehen, und wenn wir das Kurfürstentum besetzen? Der König von Preußen wird dann wohl nicht von uns verlangen wollen, daß wir diesem Land keine Kontribution auferlegen und es nicht für die Untreue des Kurfürsten büßen lassen." Nach dem Sieg von Marengo nannte er das Bündnis Max Josephs mit einer Macht, die sich seit vierzig Jahren seinen Staat aneignen wollte, unerhört. Dem badischen Gesandten erklärte er: „Frankreich ist der einzige Staat, der die Fürsten des Reiches und NB.! Bayern gegen Österreich schützen kann." Baden und Preußen sollten daher Bayerns Aussöhnung mit Frankreich betreiben. Es ist bis jetzt nicht bekannt gewesen, daß Montgelas noch vor der Schlacht bei Hohenlinden, die über das Schicksal Bayerns wie über das Ende des Krieges entschied, auf eigenartige Weise eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen versuchte.

Im Auftrag des französischen Ministeriums des Innern unternahm der Lehrer an der polytechnischen Schule in Paris Charles Neveu eine Reise nach Deutschland, auf der er auch die Bibliothek in Mannheim besuchte und München berührte. Von hier aus schrieb er am 8. brumaire 9 (30. Oktober 1800) an Joseph Bonaparte: „Das Bedürfnis nach Hilfe, die Voraussetzung, daß ich Sie zu einigem Wohlwollen bewegen kann und da ich außerdem bei der Rheinarmee der einzige in direkter Korrespondenz mit Ihnen stehende Agent bin, haben einen Freund von Montgelas ... zu der Bitte bestimmt, in seinem Namen Ihre guten Dienste bei dem ersten Konsul, Ihrem Bruder, in der gegenwärtigen Lage Bayerns in Anspruch zu nehmen. Die Motive einer schlecht-

verstandenen Politik, welche die Ereignisse als irrig und gefährlich erwiesen haben, haben Bayern momentan von seiner alten Allianz mit uns entfernt. Montgelas, der zu diesem falschen Schritt beigetragen hat, will ihn wieder gut machen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Aber wenn die Lage der Dinge vielleicht in diesem Augenblick nicht erlaubt, daß der Kurfürst zu den süßesten Wünschen seines Herzens nach einer aufrichtigen und dauerhaften Allianz mit der französischen Republik zurückkommt, könnte er nicht wenigstens zu den Prinzipien einer Neutralität zurückkehren, von denen er sich nie hätte entfernen sollen, und mit Unterstützung des ersten Konsuls es erreichen, daß Frankreich ihm diese Neutralität garantiert? Wollen Sie nicht in dieser Hinsicht dem Wunsch von ganz Bayern, dem Kurfürsten und seinem Ministerium sich dienstbar erweisen?" Es sei Gelegenheit, einen neuen Bundesgenossen zurückzugewinnen und einen Teil von Deutschland dem Kriege zu entziehen, der zum größten Teil Frankreich aufrichtig zugetan sei.

Von der größten Bedeutung für Bayern und Württemberg wurde in der Folge die Anbahnung einer Verständigung über die großen Fragen der allgemeinen Politik zwischen Rußland und Frankreich, welche Bonaparte, anfangs unter preußischer Vermittelung, anstrebte. Der Preis dieser Aussöhnung war unter anderem in Bezug auf Deutschland die Integrität von Bayern und Wörttemberg. So konnte bei den Friedensunterhandlungen mit Österreich, welche am 9. Februar 1801 zum Frieden von Luneville führten, nicht mehr von einer Entschädigung der Erzstaaten durch bayerisches Gebiet die Rede sein. Auch die Preußen nachteilige Klausel von Campo Formio war hier ausgelassen. Österreich war in Italien nicht nur hinter die Etsch zurückgeworfen, sondern durch die Depossedierung der ihm verwandten Fürsten von Modena und Toskana auch seiner letzten Stützen in Mittelitalien beraubt. Das schon in Rastatt vom Reich anerkannte Entschädigungsprinzip durch Säkularisationen wurde festgehalten, aber nur zu gunsten der weltlichen Fürsten, und der Verzicht auf das linke Rheinufer jetzt offen ausgesprochen. Der Fortbestand der Reichsverfassung, aber nicht

ihres hierarchischen Charakters, war gewährleistet. Durch die in Aussicht genommene Indemnisation der Häuser Modena und Toskana auf deutschem Boden kam in die wichtigste deutsche Frage, deren endgültige Lösung künftigen Abmachungen vorbehalten blieb, ein fremdes Element; unter doppeltem fremdem Einfluß, von Rußland und Frankreich, wurden auch die säkularisierten Besitzungen in Deutschland verteilt. „In weniger als zweieinhalb Jahren, vom 18. Brumaire bis 25. März 1802, war Frankreich von der Erniedrigung, in welche das Direktorium es gestoßen hatte, zum ersten Rang in Europa emporgehoben worden." „Man kann ohne Übertreibung sagen," urteilt Talleyrand in seinen Memoiren, „in der Zeit des Friedens von Amiens genoß Frankreich nach außen hin eine Macht, einen Ruhm, einen Einfluß, wie der ehrgeizigste Geist nicht mehr für sein Vaterland fordern konnte." Dies wurde auch auf deutscher Seite schon damals erkannt. Der Mainzer Friedrich Lehne verherrlichte Napoleon als den „Beruhiger der Welt":

„Kein Sternenglanz, kein Sonnenlicht ist reiner,
Als dieser Ruhm, der unverlöschbar glüht,
Und unter allen Lorbeerkränzen keiner,
Auf den mein Aug' mit froherm Danke sieht,"

und der alte preußische Grenadier Vater Gleim, der „die neuesten Friedensschlüsse" keineswegs milde beurteilt hatte, richtete im Oktober 1802 „an Napoleon, den Erhabenen zu St. Cloud", die Aufforderung:

„Kröne Dein Werk mit dem ewigen Frieden, erhabener Krieger!
Sieh, den ewigen Krieg schreibt die Geschichte mit Blut!
Laß sie den ewigen Frieden mit lauterem Golde nun schreiben:
Setze die Krone nicht Dir, setze dem Werke sie auf."

Selbst nüchterne Diplomaten teilten den Gedanken, den der Dichter hier ausspricht, und das ist um so begreiflicher, da sie von französischen Agenten darin bestärkt wurden. So erzählte Laborie, der Geheimsekretär Talleyrands, dem Baron Cetto, der erste Konsul sei mächtig genug, auszuführen, was er versprach; aber er vermeide

alles, was in Europa einen Krieg veranlassen könne, und habe nur den Ehrgeiz, friedliche Eroberungen zu machen. Für die Stellung Frankreichs Deutschland gegenüber ist eine Äußerung Talleyrands vor Cetto besonders bezeichnend: „Die Theologie des Reiches ist wie alle Theologien; man findet darin, was man will; es gibt also sicherlich etwas in Ihrer Verfassung, was meinem Plan entspricht.“ In seiner ersten Freude über den Empfang eines Schreibens von Paul I. und die Wiederanbahnung direkter Beziehungen zu Rußland zur Beendigung der Übel, denen Europa seit elf Jahren ausgesetzt war, rief Bonaparte vor mehreren Zeugen aus: „Nous allons être les maîtres de l'Europe avec la Russie.“ Die Annahme, daß die französische Regierung die Leitung bei den deutschen Entschädigungen übernehme und die anderen großen europäischen Mächte sich das ohne Opposition gefallen ließen, ist auch die Voraussetzung für den Plan, der im Departement der auswärtigen Angelegenheiten unmittelbar nach dem Frieden ausgearbeitet und am 9. März dem ersten Konsul vorgelegt wurde. Er enthielt wieder wie seinerzeit die Instruktionen für den Rastatter Kongreß die vollständige Säkularisation aller deutschen Erz- und Hochstifte und mit Ausdehnung auf Italien sogar die Umwandlung des Kirchenstaates in eine weltliche Herrschaft. Die deutschen Reichsstände sollten dem Einfluß von Österreich und Preußen möglichst entzogen und ihnen auch Frankreich gegenüber eine größere Unabhängigkeit verschafft werden, so daß sie gleichsam als Barrière zwischen diesen drei Staaten fortbestanden. Zu diesem Behuf und um die Verfassung mehr der Form eines Föderativsystems anzunähern, wurde für nötig erachtet, den deutschen Territorien durch Austausch und andere Mittel mehr Abrundung und Konsistenz zu verschaffen und mit wenigen Ausnahmen die Zahl der regierenden Häuser einzuschränken. Der Fürst von Hohenlohe, die Grafen und Dynasten im Reich sollten nur ihre Domänen und Ehrenrechte behalten, aber der Landeshoheit der großen Staaten untergeordnet werden, wie die Reichsstädte und die Reichsritterschaft. Als Entschädigung für den Großherzog von Toskana war ganz Bayern,

das Herzogtum Neuburg und die Oberpfalz, Salzburg, soweit es auf dem linken Ufer der Salzach lag, die Probstei Berchtesgaden und Nordtirol auf dem linken Ufer des Inn bis zur Quelle des Lech bestimmt. Österreich hätte für das Erzbistum Salzburg auf dem rechten Salzachufer und das Bistum Passau die Befriedigung des Herzogs von Modena und der schwäbischen Vasallen übernehmen müssen. Das Land zwischen Donau, Lech und Bodensee, von Kehlheim und den Höhen zur Linken der Altmühl bis an die Quellen der Pegnitz und des Mains (die alten Grenzen der Bistümer Bamberg und Würzburg), von Mainz und der Kinzig bis zur Lahn und dem Rhein bei Mannheim, zu beiden Seiten des Neckar bis zur Donau mit Ausschluß von Stadt und Gebiet von Frankfurt war als Los für Bayern ausgeworfen, das außer den Abtretungen an das Haus Toskana auch das Herzogtum Berg verlor; an Baden wäre der Breisgau, an Württemberg alles, was nicht Bayern zufiel, an Darmstadt kurhessisches Gebiet gekommen. Von diesem Plan, der den Ereignissen von 1805/6 vorzugreifen scheint, erfuhr Reitzenstein durch Matthieu, und Cetto sah eine Karte, in die er eingezeichnet war. Eine Kopie davon wurde nach Morfontaine gesandt, wo Cobenzl und Joseph Bonaparte verhandelten. Der erste Konsul schien diesen Ideen nicht abgeneigt, aber Talleyrand eiferte heftig dagegen und sah mit Vergnügen die Schwierigkeiten, die sich einer Entschädigung des Erzherzogs in Deutschland entgegenstellten, weil er hoffte, Bonaparte werde dieselben dann von selbst nach Italien verlegen. Zweifelhaft war jedenfalls, ob Österreich freiwillig auf seine Besitzungen in Schwaben verzichten würde. Eine neue Situation schuf der Tod Pauls I. in der Nacht vom 23./24. März; in seinem Auftrag teilte Krüdener eben in Berlin noch einen neuen Entschädigungsplan mit. Die Annäherung seines Nachfolgers Alexander I. an England, die Versöhnungsversuche zwischen Österreich und Preußen durch Stadion, zwischen Österreich und Rußland durch Schwarzenberg nötigten Frankreich zu ernsten Friedensverhandlungen mit England. Indem man Bayern seine Besitznngen garantierte, wenn der Kurfürst

nicht zu gunsten anderer Vereinbarungen in Abtretungen willige, ließ man sogar Österreichs weitreichenden Absichten — es wünschte Bayern bis zur Isar — Raum; erst als Bonaparte erfuhr, daß Kaiser Franz sich nach Rußland gewandt hatte, um eine Entschädigung des Großherzogs in Italien und möglichste Beschränkung der Säkularisationen zu erlangen, kam er von dieser Ansicht zurück. In einem Separatartikel des Vertrags mit Rußland vom 10. Oktober 1801 wurde gemeinsame Festsetzung der Indemnisationen, billige Abfindung von Bayern, Württemberg und in einem Zusatzartikel auch Baden vereinbart. Trotzdem kam der definitive Traktat zwischen Frankreich und Rußland erst am 3. Juni 1802 zu stande. Graf Arkady Iwanowitsch Morkow, der russische Gesandte in Paris, von Katharina II. einst der Schlußnagel der ersten Koalition genannt, benahm sich bis zuletzt stolz und hartnäckig gegen Bonaparte, durch dessen militärisches unzeremonielles Wesen der alte Diplomat sich beleidigt fühlte, und in dem er den ganzen Jakobinismus in einer Person vereinigt und mit allen Mitteln der Revolution gewaffnet sah. Da Preußen und Österreich sich nicht einigen konnten über das Geschick des in seiner Existenz mehr als je bedrohten Reichskörpers, eilten die kleinen Fürsten und Stände nach Paris, um von der Gunstdame Talleyrands und dem Unterstaatssekretär Jakob Matthieu, in dessen Dachstube die deutschen Provinzen zerschnitten wurden, um schweres Geld kleine Gefälligkeiten zu erhaschen. Die Talleyrand und Durant meinten, in vierzehn Tagen die deutsche Frage zu erledigen, wenn sie nur wollten; aber ihre Meinung war auch, nicht zu eilen, solange man von allen gesucht war, und die Situation gründlich auszunützen. Schon im August 1801 hatte man Bayern an Frankreich gefesselt, mit Württemberg wurde ein Abkommen über die Entschädigungen am 20. Mai, mit Preußen am 23. Mai, mit Bayern nochmals am 24. Mai getroffen. Völlig isoliert, konnte das Erzhaus wohl einen Augenblick noch Widerstand versuchen; allein nach der dritten französischen Konvention mit Preußen und Bayern mußte es froh sein, in den Dezemberverträgen schließlich die Bistümer Brixen und

Trient als Entschädigung für den dem Herzog von Modena zugewiesenen Breisgau und die Ortenau und für den Erzherzog von Toskana nebst Salzburg und Berchtesgaden aus dem für Bayern bereits festgesetzten Los einen Teil von Eichstätt zu erlangen. Nach der letzten Redaktion des Reichsdeputationshauptrezesses vom 25. Februar 1803 hatte Frankreich zwar nicht alle seine Ziele in Deutschland erreicht, aber der hierarchische Charakter des Reiches war trotz des Fortbestehens eines geistlichen Fürsten so gut wie vernichtet, das feudale Band zwischen dem Oberhaupt und den Gliedern gelöst. Frankreich hatte dem Prinzip des Protestantismus zum Siege verholfen und der Landessouveränität, welcher die noch übrig gebliebenen Institutionen der Kreisordnung u. s. w. nicht mehr zu widerstehen vermochten. Österreich war tatsächlich in den Osten gewiesen und die Verbindung der mitteldeutschen Staaten mit Frankreich nur mehr eine Frage der Zeit. Schon im September 1802 war in Paris viel von einem Neutralitätsbund von Baden, Bayern, den hessischen Häusern und Preußen die Rede, und ein Jahr später hatte man diese Pläne noch nicht vergessen. Mochte auch Cobenzl die Sache gering ansehen, Lucchesini ihr feindlich gegenüberstehen und der russische Gesandte seine Meinung darüber nicht äußern, so waren doch Bayern und Hessen jedenfalls dafür zu haben; der württembergische Hof freilich war in Paris damals selbst noch nicht gut angeschrieben, und das Sträuben in Karlsruhe, wo man sich für einen solchen Bund nur vor der Besetzung Hannovers interessiert hatte, bedeutete wenig. „Unter den Staaten, welche durch die völlige Revolution des ehemaligen Frankreichs teils zerstört, teils verödet, teils in ihrem Innern erschüttert worden sind," schrieb K. E. von Hoff 1801, „steht Teutschland, dieser große, ehemals so mächtige Staatenbund obenan. . . . Das schöne Gebäude im Grundriß auf dem Papier ist in Wirklichkeit eine Ruine." Der Bedeutsamkeit der gewaltigen Ereignisse nach dem Luneviller Frieden wird von den Schriftstellern öfter gedacht. „Es ist wohl selten eine reichstägliche Beratung angestellt worden, bei welcher so viele verschiedene Ansichten und

Meinungen aufgestellt worden wären wie bei dieser," bemerkt Reuß, der Herausgeber der Staatskanzlei, und in Häberlins Staatsarchiv werden die politischen Verhältnisse Frankreichs zum Reich 1552 und 1802 miteinander verglichen: „So tief auch die Gruft ist, welche der Luneviller Friede der deutschen Reichsverfassung gegraben hat, so war es doch nicht der durchgängigen Erwartung gemäß, daß Frankreich auf eine so gebieterische Weise den Leichenkondukt anordnen werde, wie dies gegenwärtig geschieht." 1552 wurde Frankreichs Einmischung in die Religionsfriedensverhandlungen noch abgewiesen; selbst 1648 setzte der kaiserliche Gesandte noch manches durch. „Was ist Deutschland nach dem Vollzug des Friedens von Luneville und was wird innerhalb einiger Dezennien aus ihm werden?"

Viertes Kapitel.

Der deutsche Volksgeist und die deutschen Regierungen zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses.

Und das römische Reich — daß Gott erbarm'!
Sollte jetzt heißen römisch Arm.

Schiller.

In drei Schwaben verkörpern sich in klassischer Deutlichkeit die mannigfaltigen Stimmungen, die vor und nach dem Deputationsrezeß weite Kreise des deutschen Volkes bewegten: Schiller, Hegel und Pahl. In dem Entwurf zu einem Gedicht: „Deutschlands Größe" wirft Friedrich Schiller nach dem Luneviller Frieden die Frage auf: „Darf der Deutsche in disem Augenblick, wo er ruhmlos aus seinem thränenvollen Kriege geht, wo zwey übermütige Völker ihren Fuß auf seinen Nacken setzen und der Sieger sein Geschick bestimmt — darf er sich fühlen? Darf er sich seines Nahmens rühmen und freuen? Darf er sein Haupt erheben und mit Selbstgefühl auftreten in der Völker Reihe?" Die Antwort lautet: „Ja, er darf's! Er geht unglücklich aus dem Kampf, aber das, was seinen Werth ausmacht, hat er nicht verloren. Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesondert von dem Politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Werth gegründet, und wenn auch das Imperium untergegangen, so blieb die deutsche Würde unangefochten." „Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, die von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist. . . . Der Deutsche wohnt in einem alten sturzdrohenden Hauß, aber [er]

selbst ist ein edler Bewohner, und indem das politische Reich wankt, hat sich das Geistige immer fester und vollkommener gebildet."

Finster zwar und grau an Jahren
Aus den Zeiten der Barbaren
Stammt der Deutschen altes Reich.
Doch lebend'ge Blumen grünen
Über gothischen Ruinen.

Wenn die Welt einen Plan hat, „wenn des Menschen Leben irgend nur Bedeutung hat, muß die Sitte und die Vernunft siegen, die rohe Gewalt der Form erliegen — und das langsamste Volk wird alle die schnellen und flüchtigen einholen."

Jedem Volk der Erde glänzt
Einst sein Tag in der Geschichte,
Wo es strahlt im höchsten Lichte,
Und mit hohem Ruhm sich kränzt.
Doch des Deutschen Tag wird scheinen,
Wenn der Zeiten Kreis sich füllt.

Dem Deutschen „ist das höchste bestimmt, die Menschheit, und so wie er in der Mitte von Europens Völker[n] sich befindet, so ist er der Kern der Menschheit." „Das köstlichste Gut, die deutsche Sprache, die alles ausdrückt, das tiefste und das flüchtigste, den Geist, die Seele, die voll Sinn ist," wird die Welt beherrschen. Er leitet den künftigen Beruf Deutschlands aus der Vergangenheit ab:

Schwere Ketten drückten alle
Völker auf dem Erdenballe,
Als der Deutsche sie zerbrach,
Fehde bot dem Vatikane,
Krieg ankündigte dem Wahne,
Der die ganze Welt bestach.
Höhern Sieg hat der errungen,
Der der Wahrheit Blitz geschwungen,
Der die Geister selbst befreit,
Freiheit der Vernunft erfechten,
Heisst für alle Völker rechten,
Gilt für alle ew'ge Zeit.

Indem so der Dichter „nicht auf dem Schoß der Verderbnis, nicht am feilen Hof der Könige," „nicht da, wo die Meinung Tugend präget, wo der Witz die Wahrheit wäget" „eine trostlose Philosophie des Eigennutzes, einen traurigen Materialism" schöpfte, sondern in transszendentalem Idealismus die geistige Herrschaft Deutschlands über Europa als unbestreitbare Tatsache hinnahm, war sein politischer Patriotismus keine nationale Herzenssache für ihn, sondern nur ein starker Affekt, welcher poetischer Ausbeutung sehr wohl fähig war. In der Jungfrau von Orleans nahm er keinen Anstoß, begeisterte Verse der unvertilgbaren Herrlichkeit Frankreichs zu widmen. Ihm war — wenigstens im Jahre 1800 noch — die Wahrheit unbekannt, die Johannes Müller in seiner Darstellung des Fürstenbundes ausgesprochen hatte: Nationen, welchen man die auswärtigen Sachen gleichgültig machen will, sollten sich gesagt sein lassen, was dem Volk des großen Hermanns geschah: „Lange hielten die Cherusken unangefochten tiefen und einschläfernden Frieden. Bequem war ihr Stillsitzen, aber unsicher. Es ist eine trügerische Ruhe zwischen leidenschaftlichen und gewaltigen Nachbarn; wenn es auf die Waffen ankömmt, heißt gut und gerecht, wer den Sieg erhält. Aus diesem Grunde wurden eben dieselben, ehemals die guten redlichen Cherusken, endlich aber die trägen, die törichten genannt."

Auf ganz anderen Wegen kommt Georg Wilhelm Friedrich Hegel als nationaler Philosoph in seiner „Kritik der Verfassung Deutschlands", welche ich als eine der besten staatsphilosophischen Schriften unseres Volkes bezeichnen möchte, zum Teil zu Resultaten, die Schillers Haltung rechtfertigen. Ihm ist das deutsche Staatsrecht, das in dem Triebe der Germanen zur Freiheit wurzelt, „nicht eine Wissenschaft nach Grundsätzen, sondern ein Urbarium von den verschiedensten der nach Art des Privatrechts erworbenen Staatsrechte", das Deutsche Reich „nicht mehr ein vereinigtes Staatsganzes, sondern eine Menge unabhängiger und dem Wesen nach souveräner Staaten", „ein Staat in Gedanken und kein Staat in Wirklichkeit", „ein Gedankending", ein barbarischer Zustand.

„Der Zustand der Barbarei besteht nämlich darin, daß eine Menge ein Volk ist, ohne zugleich ein Staat zu sein, daß der Staat und die einzelnen im Gegensatze und in einer Trennung existieren." Möge das Reichsoberhaupt und die zunächst bedrängten patriotischen Stände die übrigen vergebens zu gemeinschaftlicher Mitwirkung aufrufen, mag Deutschland ausgeplündert und beschimpft werden, der Staatsrechtsgelehrte werde zu zeigen wissen, daß dies alles den Rechten und der Praxis ganz gemäß und alle Unglücksfälle Kleinigkeiten gegen die Handhabung dieser Gerechtigkeit sind. Hegel erkennt es — wohl nicht ohne Ironie — an, wenn die in die unendlichen Details der Rechte Eingeweihten mit Bewunderung und Staunen vor der Ehrwürdigkeit des deutschen Staatskörpers und des „Systems der durchgeführtesten Gerechtigkeit" erfüllt sind; er findet es einen „wenn nicht vernünftigen, doch gewissermaßen edlen Zug" im deutschen Charakter, daß das Reich ihm etwas Heiliges ist; für seine Person aber ist kein Zweifel mehr darüber, unter welchen Begriff die deutsche Verfassung falle: „Was nicht mehr begriffen werden kann, ist nicht mehr." Er begnügt sich indessen, und das bedeutet gegen Schiller einen entschiedenen Fortschritt, nicht mit diesem Resultat, das er in einem besonderen Teil mit heiligem Ernst in auch heute noch sehr lesenswerten Erörterungen über die Reichsarmee, die Reichsfinanzen, das Reichsgebiet, die religiösen und kirchlichen Zustände im Reich, das Lehenssystem und die Repräsentativverfassung, die Reichsstände und die Landeshoheit, das Reich und die Politik Frankreichs und Italiens, die Verhältnisse Österreichs zu Deutschland vielfältig erhärtet, sondern er macht auch positive Vorschläge zur Reform der Verfassung Deutschlands. Die negative Kritik ließe den Philosophen trotz der verblüffenden Offenheit, mit der er jede Erscheinung im politischen Leben seiner Zeit treffend charakterisiert, doch nur als einen Nachfolger Pufendorfs erscheinen; der positive Teil seiner Ausführungen aber zeigt ihn an Reife des staatsmännischen Urteils den meisten Zeitgenossen überlegen und erhebt ihn zum bewunderungswürdigen Propheten der nächsten Zukunft.

Wenn Deutschland nicht nach einigen Kriegen das Schicksal Italiens haben sollte, einem großen Teil nach in die Gewalt eines fremden Eroberers zu kommen, so fand Hegel als unumgänglich notwendig, daß eine Staatsmacht organisiert würde und das deutsche Volk wieder in Beziehung mit Kaiser und Reich käme. Wenn alle Teile dadurch gewännen, so ist aber eine solche Begebenheit nie die Frucht der Überlegung gewesen, sondern der Gewalt, der Gewalt eines Eroberers. „Dieser Theseus müßte große Macht haben, dem Volke, das er aus zerstreuten Völkern geschaffen hätte, einen Anteil an dem, was alle betrifft, einzuräumen, Charakter genug, um ... den Haß tragen zu wollen, den Richelieu und andere große Menschen auf sich luden, welche die Besonderheiten und Eigentümlichkeiten zertrümmerten." „Wenn auch die deutsche Nation nicht fähig ist, ihre Hartnäckigkeit in dem Besonderen bis zum Wahnsinn der jüdischen Nation zu steigern, dieser mit anderen zu Geselligkeit und Gemeinschaftlichkeit unvereinbaren Nation — Wahnsinn ist dem Philosophen nichts anderes als die vollendete Absonderung des einzelnen von seinem Geschlechte — wenn sie auch nicht zu dieser Verruchtheit der Absonderung, zu morden und sich morden zu lassen, bis der Staat zertrümmert ist, kommen kann, so ist doch das Besondere, Vorrecht und Vorzug, etwas so innig Persönliches, daß der Begriff und die Einsicht der Notwendigkeit viel zu schwach sind, um auf das Handeln zu wirken. Begriff und Einsicht führen etwas so Mißtrauisches gegen sich mit, daß sie durch die Gewalt gerechtfertigt werden müssen." Was der geniale Denker von seinen Vorschlägen erwartet, darüber spricht er sich selbst in einem Anhange zu der damals ungedruckt gebliebenen Abhandlung aus: „Die Gedanken, welche diese Schrift enthält, können keinen anderen Zweck oder andere Wirkung haben, als das Verstehen dessen, was ist, und damit die ruhige Ansicht sowie in der wirklichen Berührung und in Worten gemäßigtes Ertragen derselben zu befördern. Denn nicht das, was ist, macht uns ungestüm und leidend, sondern daß es nicht ist, wie es sein soll."

Der Dritte, Johann Gottfried Pahl, reicht an seine beiden Landsleute weder an Genialität noch in dem klassischen Ausdruck der Gedanken heran; aber er übertrifft beide als Praktiker durch die konkrete Gestaltung seiner Vorschläge. Auch er war wie die beiden anderen von seiner Schwärmerei für die französische Freiheitspropaganda durch die Schreckensperiode und die verderblichen Folgen der Koalitionskriege gründlich geheilt worden, und suchte nun seine Sehnsucht nach nutzbringender politischer Tätigkeit, die ihn vor jenen Idealisten auszeichnet, durch Mitteilung von Ratschlägen zur Umgestaltung der württembergischen Verfassung in Schriften zu befriedigen, die großes Aufsehen erregten, aber im wesentlichen ohne Wirkung blieben. Dann dem Geschicke des Gesamtvaterlandes sich zuwendend, gab er die „Nationalchronik der Teutschen" heraus, richtete er 1801 einen „patriotischen Apell" „an den Friedenskongreß in Luneville und die Reichsversammlung in Regensburg, eine höchst wichtige und höchst dringende Veränderung der teutschen Staatsconstitution betreffend." Nach einer kurzen Darstellung der trostlosen Lage Deutschlands, die wenig neue Farben in das bekannte Bild zu bringen vermag, schlägt er vor, die Anzahl der Reichsstände zu vermindern, und diejenigen, welche aufhören unter die Kategorie derselben zu gehören, den bleibenden ebenso zu unterwerfen, wie sie bisher dem Kaiser unterworfen waren, da alles auf die Vereinigung und Konzentrierung des Nationalwillens und der Nationalkräfte ankomme. Nur Bayern, Mecklenburg, Nassau-Oranien, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Hannover, Braunschweig, Holstein, Kursachsen, Anhalt sollen erhalten bleiben, alles übrige verteilt werden, jedoch mit dem Vorbehalte, daß Österreich und Preußen keinen weiteren Zuwachs erhielten als beide, streng genommen, zur Entschädigung zu fordern hätten. Die Furcht vor der Vergrößerungssucht Österreichs und Preußens läßt ihm noch außer dem allgemeinen Reichsverbande die Gründung eines engeren Bundes der Reichsfürsten geraten erscheinen, an welchem Österreich und Preußen nur ausnahmsweise sich anschließen sollten. Die Fürsten von zweitem

Rang, dies ist sein Wunsch, möchten für die Verfassung die Garantie einer auswärtigen Macht (Rußlands) erwirken, die, „um uns künftig zu beschützen, nicht nur geachtet und stark genug, sondern auch durch ihren eigenen Vorteil dringend aufgefordert wäre, es zu verhindern, daß die schwächeren Stände Deutschlands unterdrückt werden."

Die Flucht aus der Wirklichkeit in das Reich der Gedanken und den kosmopolitischen Grundton vieler seiner Äußerungen hat Schiller mit einer Reihe seiner Zeitgenossen gemein. In seinen „Blicken in die Zukunft oder Prognosticon des neunzehnten Jahrhunderts . . . Leipzig 1799" erwartet Hofrat von Eckartshausen von dem Morgen des sechsten Tagwerks, das er mit dem Jahre 1800 beginnen läßt, die Vollendung des moralischen Menschen, die auf dieselbe Art vor sich gehen werde, wie die Schöpfung des ersten Menschen. Überzeugt, daß nur die Andeutung „eines reinen Cosmopolitism,. eines geläuterten und veredelten Interesses für das Wohl der Menschheit und der Staaten den Standpunkt seiner Ausführungen richtig bestimme," schwingt sich Wilhelm Heinsius unter dem Pseudonym Hippolytus a Lapide der Jüngere in seinem „Gemälde von Europa" zu dem Ausruf empor: „Sollte ich nicht mehr das aufkeimende Glück der Menschheit sehen, so mag ich gar nichts mehr sehen als meinen Garten, meine Flur und — die Stätte, wo man mir unter Akazien und Rosensträuchern mein Grab bereiten soll." Und Friedrich Perthes schrieb noch 1807 an Johannes von Müller: „Wir Deutsche sind ein auserwähltes Volk, welches die Menschheit repräsentierte und alles zur allgemeinen Angelegenheit machte. Wir waren nie bloß national." Er hatte freilich gesunden Patriotismus genug, schon vor der Krise 1805 „die Endschaft der papiernen Zeit" herbeizuwünschen. „Noch zwanzig Jahre solcher Buhlerei mit der Literatur, solcher Verhätschelung geistiger Bildung, solcher Krämerei mit belletristischem Luxus, und wir hätten ein siècle littéraire erlebt, abgeschmackter als das unserer Nachbarn." Und da der Idealismus der Gebildeten für das öffentliche Leben ebenso unfruchtbar bleiben mußte

wie der kleinliche spießbürgerliche Sinn der Massen, fanden auch weniger kritisch veranlagte Köpfe als Hegel in Deutschland schließlich überall „mehr eine dumpfe Observanz als alle möglichen vernünftigen Gründe". „Man fahre nur fort," lesen wir in der Schrift: Über den Einfluß des gegenwärtigen Seekrieges zwischen Frankreich und England auf die politischen Verhältnisse von Europa, Köln XII (1804), „das ohnehin schon halb erstorbene heilige Reich der Empfindung bei dem Volk vollends zu zerstören, man gebe ihm metaphysische Formeln statt Gefühl, man künstle an seinem Kopf, und lasse das Herz leer, der große Gewinn davon wird sich am Ende schon zeigen. Fürwahr, ich glaube kaum, daß man in allem diesem überzeugende Merkmale eines besonders erleuchteten Zeitalters wird finden können; denke ich nur nun noch hinzu das Inconsistente, das Hin- und Herschwankende in der öffentlichen Meinung, sodann allen den Unfug, den in jeder Ecke Deutschlands noch vor einigen Jahren die Kraft-, Genie- und Freiheitsmänner getrieben haben und der doch nichts als ein Auswuchs der niedrigsten Selbstsucht war, ferner die Weichlichkeit unserer Sitten, das Affektierte unserer Sprache, das ewig Tändelnde unserer Manieren, den bis zum Ekel getriebenen Egoismus in allen Ständen, die ganz überhand nehmende Geist und Zeit verderbende Romanenlektüre, geistliche, Ritter- und abenteuerliche Rinaldinis Geschichten, gewiß ein solches Gemählde wird schwerlich in dem Tempel der Vernunft und der Aufklärung seinen rechten Schutz finden."

Von jenem Widerwillen gegen das Verschachertwerden, wie er noch während des Rastatter Kongresses wiederholt hervorgetreten war, zeigte sich in den zur Entschädigung bestimmten Ländern kaum eine Spur. Häberlin erzählt, außer einigen Klagen über die hie und da einer Eroberung ähnlich sehende militärische Okkupation sei man im ganzen sehr zufrieden gewesen, voll Hoffnung wegen besserer Handhabung der Justiz und Einführung besserer Polizei- und Schulanstalten; später allerdings riefen die lange militärische Besetzung und manche Verfügungen Erbitterung hervor. Ein anderer Gewährsmann fand bei dieser Gelegenheit aufs neue An-

laß, einige wenige leidenschaftliche und übelgesinnte Menschen ausgenommen, das biedere und gutmütige deutsche Volk wieder zu lieben, schätzen und zu bewundern. Nirgends traf er ungestümen Widerwillen, Schadenfreude und voreiligen Tadel; man wollte nicht gegen den Strom schwimmen, der die geistlichen Reichsländer verschlang, obgleich man den völligen Untergang des alten und wenigstens hie und da noch wahren Sprichworts: „Unter dem Krummstab ist gut wohnen und den Verlust so vieler Freistätten für Gewerbe, Kunstfleiß, Handlung, Genie und Verfolgte beweinte. Auch legte man sich die Frage vor, warum nicht auch mit den kleinen reichsritterschaftlichen Besitzungen eine wohltätige Veränderung vorgenommen werde, damit dem grenzenlosen Unfug, der dort mit der obrigkeitlichen Gewalt getrieben wurde, für immer Einhalt geschehe, nachdem auch die geistlichen Fürstentümer und viele wohlregierte Reichsstädte der Botmäßigkeit weltlicher Fürsten untergeordnet worden waren. Reichsritter und Geistlichkeit waren nun freilich die lebendigsten Träger des Reichsgedankens. Neunundneunzig Prozent derselben waren sich klar darüber, daß mit dem Dasein des Reiches auch ihr eigenes Dasein verschwinden würde. Ein so vortrefflicher Herr wie Landgraf Friedrich V. von Hessen-Homburg, einer Nebenlinie von Hessen-Darmstadt, der auf dem Reichsdeputationskongreß vergeblich Sitz und Stimme im Fürstenkolleg zu erlangen sich bemühte, war von dem Glauben durchdrungen, daß Deutschland nicht untergehen könne:

„Tobet nur, ihr wilden Stürme!
Untergang wollt ihr uns drohn?
Unsres Vaterlandes Türme
Trotzten so viel Wettern schon.
Nie wird es dem Feind zum Raube,
Wie die Zeder aufwärts steigt,
Sproßt aus altem Heldenstaube
Noch ein Retter, der ihr gleicht."

Die Hauptwaffe der geistlichen Stände war die Warnung, der Kaiser werde zu ohnmächtig, wenn Deutschland in große Fürsten-

tümer verwandelt werde, die Prophezeiung von dem Untergang der Verfassung, die mit der Erhaltung der geistlichen Staaten unlösbar verbunden sei. Es ist bezeichnend, daß ein Mann wie Häberlin, dem die „teutsche Constitution“ noch 1796 ein ehrwürdiges Gebilde war, „das um des Himmels willen nicht eingerissen werden muß“, jetzt 1802 der Vorstellung entgegentrat, als ob die Vernichtung der politischen Existenz Deutschlands der Nationalehre empfindlich fiele, wenn Deutschland nur noch einen Platz in der alten Geographie erhalten sollte: er findet diese Einbuße nicht reell, da der Name der Deutschen durch die Namen Österreicher, Preußen, Sachsen, Hannoveraner, Pfälzer, Bayern, Württemberger und Hessen schon lange verdrängt sei. Wie Schiller und Hegel spricht Heinsius nur von einem gotischen Denkmal der Barbarei des Mittelalters und andere erinnerten an die althergebrachte Definition von dem Chaos quod deus mirabiliter conservavit. Die Negation der Reichsverfassung bedeutete nicht nur ein Wiedererwachen der alten deutschen Kritik, wie sie Pufendorf in ähnlicher Situation geübt hatte; sie stellt diese Männer in eine Linie mit den revolutionären Publizisten Frankreichs; revolutionär war denn auch ihr Drang nach radikaler Durchführung der Reformen. Gaspari trat in einer Schrift: „Was wird aus Deutschland werden?“ gerade deshalb für allgemeine Säkularisation ein, daß man nicht die Fortsetzung derselben durch einen zweiten blutigen Krieg erkaufen müsse. Kommt es nicht zum allgemeinen Frieden, lesen wir an anderer Stelle, so wäre besser, die Hauptmächte vereinigten sich, daß jeder Größere die in seiner Aktionssphäre liegenden kleineren verschlinge. So werde ein ewiger Friede sicherer zu stande gebracht als durch die Weisen St. Pierre oder Kant. Daß durch Konsolidierung der Staaten ein Angriff Frankreichs die Furchtbarkeit verlieren werde, die er unter gegenwärtigen Verhältnissen habe, war schon früher ins Feld geführt worden; jetzt grub ein Gelehrter den Reichsabschied von 1548 aus, der es lit. 52 ausdrücklich den Reichsständen überließ, sich der Reichsunmittelbarkeit zu begeben und sich anderen Reichsständen zu unterwerfen. Längst ausgetretene Pfade

wandelte K. Freiherr von Soden, wenn er zur Handhabung des Landfriedens die Kreisverfassung in Franken, Schwaben und am Rhein reorganisieren wollte; nach dem Bekanntwerden des „rhapsodischen Friedensinstruments“ von Luneville wärmte er dieses Projekt wieder auf, da die Veränderung der deutschen Zustände ihm nun „Schlag auf Schlag“ vor sich zu gehen schien. Eine andere Modifikation des ganzen Reiches wäre die Umwandlung des Kaisertums in eine erbliche Monarchie gewesen. Wieder andere wünschten mit Beseitigung des Reichsoberhauptes, des Reichstags, der Reichsgerichte und der Reichspost eine totale Teilung des zerstückelten westlichen Deutschlands unter die großen Mächte, die viele ebensosehr fürchteten. Diese Besorgnis und die Furcht vor einer Republikanisierung Schwabens hat Pahl zu seinen Vorschlägen gebracht. „Soll je Deutschland eine gute und glückliche Verfassung erhalten, so pflichtet Häberlin der von ihm vertretenen Triasidee bei, so müssen vor allen Dingen die großen Mächte Österreich und Preußen aufhören, Stände des Deutschen Reichs zu sein, und ihre Besitzungen müssen nicht mehr die der deutschen Reichsstände durchkreuzen.“ Der Triasgedanke war keineswegs neu; Gagern verfocht ihn schon vor dem Wiener Hof in einer Denkschrift nach dem Frieden von Campo Formio als ein Mittel, die innerlichen Kriege zu verhindern. Der kaiserliche Hof befeindete und hinderte bisher solche Bünde, weil er sie der Verfassung zuwider und seinem Ansehen nachteilig ansah. Gagern berief sich dagegen auf das Gewohnheitsrecht und versprach sich von einer solchen Union im Momente der Gefahr eher eine Festigung der kaiserlichen Macht. Die letztere Idee zeigt, wie nahe diese Bestrebungen den bundesstaatlichen Tendenzen kamen. In der Tat wurde auch 1803 bereits eine Reform Deutschlands als Staatenbund nach dem Muster der helvetischen Eidgenossenschaft, der vereinigten Niederlande oder der vereinigten nordamerikanischen Staaten verlangt. Nikolaus Vogt erinnerte in demselben Jahr an den rheinischen Städtebund, den Kurverein zu Rense, die wittelsbachische Hausunion von 1724. „Der Vertrag von 1724 schien unter allen neueren Verträgen und

Bündnissen am ersten die Mittel zu geben, wodurch ein festerer Zusammenhang wenigstens unter den mittleren und vorderen Kreisen gegründet werden konnte", ist seine These, die er ausführlich historisch begründet. Ein anderer mutet dem Kurfürsten von Baden zu, alle übrigen um sich zu sammeln und einen energischen Zeitgeist zu wecken. So mannigfaltig die innere Organisation des neuen Fürstenbundes gedacht werden konnte, so wenig Auswahl hatte man in den garantierenden Staaten. Die zuletzt genannte Schrift tritt im Gegensatz zu Pahl nicht für Rußland, sondern für Frankreich ein, dessen Bedeutung für Bayern sie darlegt; in diesem Sinn wurde die öffentliche Meinung auch durch französische Schriftsteller beeinflußt.

Eines der bedeutendsten Werke dieser Richtung waren die Memoiren Soulavies über die Regierung Ludwigs XVI., welche mit einem reichen historischen Material ausgestattet, die schärfste Verurteilung des Allianzsystems von 1756 enthielten. Hauterive erklärte in seinem Essay: „De l'état de la France à la fin de l'an VIII" das System des Gleichgewichts für tot und setzte die Hegemonie Frankreichs an die Stelle. Auch Blanc de Wolx, der eine Überschreitung der Rheingrenze für einen politischen Fehler hält, begründet seine Zurückhaltung (on sait que je ne peux tout dire) damit, wenn das Reich nur einen Protektor in der Republik sehe, werde es selbst Interesse haben, dieselbe mit der Garantie seiner Rechte zu bekleiden, und Echasseriaux der Ältere preist als die glücklichste Zeit der Unabhängigkeit für die Schweiz und für Deutschland diejenige, in der sie mit Frankreich verbündet oder befreundet waren. Es wäre einer Untersuchung wert, wie weit die öffentliche Meinung in Deutschland von französischen Federn systematisch vergiftet wurde. So erschien z. B. während des Jahres 5 im Londoner Kourier ein Friedensprojekt mit dem Deutschen Reich, das von deutschen und französischen Journalisten als Elaborat eines Hamburger Professors weiter verbreitet wurde. Der Verfasser war aber ein französischer Justizbeamter in Straßburg, der einige Jahre später denselben Plan mit einigen Ände-

rungen in die Deutsche Zeitung in Straßburg lancierte, als das Werk eines hannoverschen Hofrats, das dann zunächst von einer Aachener Zeitung übernommen wurde, um bald weiter kolportiert zu werden. Der Verfasser beschäftigte sich 1799 wieder mit der Verfassung des Deutschen Reichs, tritt für die Einteilung desselben in neun Kreise und Kurfürstentümer, Einführung einer einzigen Kammer statt der drei Kollegien auf dem Reichstag, Verteilung der Stimmenzahl an die Stände nach dem Einkommen u. s. w. ein, so daß es zweifelhaft ist, wie weit er selbst auf früheren deutschen Vorschlägen beruht oder für spätere deutsche Projektenmacher Vorbild geworden ist, wenn auch die Leidenschaft des Revolutionärs hie und da in seinen Ausführungen zum Durchbruch kommt.

Der von Frankreich drohenden Gefahren war man sich an vielen Stellen mehr oder minder deutlich bewußt. Zunächst war der erste Konsul nur der Regent der Republiken in Europa; Generäle und Gesandte waren nur seine Gehilfen, das Schattenspiel an der Wand und die Marionetten, genannt Direktoren, gesetzgebender Körper, Vollziehungsausschüsse, nach seinem Willen zu dirigieren. Es hatte viel Verlockendes, ihn als den Bringer des Weltfriedens zu begrüßen; nach der Niederwerfung Österreichs hatte er seine Nüchternheit bewahrt; würde er in Zukunft Charakter genug besitzen, den Versuchungen zu widerstehen, wie er bisher nur die Fähigkeit gezeigt hatte, zu siegen und zu herrschen? Sieyès' Verfassung war jedenfalls dahin gekommen, sagt der neue Hippolytus a Lapide, daß alle Autoritäten den ersten Konsul nicht zu hindern vermochten, sobald es ihm beliebte, ein despotischer Alleinherrscher zu sein. Es würde zu weit führen, die deutschen Projekte näher zu beleuchten, welche meist in der Teilung der Türkei einen Blitzableiter für die von Frankreich drohenden Gewitterstürme in Europa erblickten; sie waren „mehr glänzende Charlatanerien von Gelehrten als Werke tiefer Weisheit.“ Auch daß der preußische Unionsgedanke seinen literarischen Ausdruck bei Männern wie Heinsius gefunden hat, der immer mehr deutsche Staaten vom

Erzhaus sich losbröckeln läßt, um sich Preußen in die Arme zu werfen, mag nur beiläufig erwähnt werden.

Wie wenig Aussicht auf Erfolg der zuletzt erwähnten Idee damals zu teil wurde, sehen wir sofort, wenn wir uns von dem deutschen Volksgeist abwenden zu den deutschen Regierungen. Es war von verhängnisvoller Wirkung, daß die beiden präponderierenden Mächte über die Frage der Säkularisation sich nicht einigen konnten. Mit Geschick und Beredsamkeit behandelte Friedrich Gentz im Jahre 1801 die Frage, ob ein vollkommenes Einverständnis der beiden Antipoden denkbar sei. Von der Entscheidung dieser Frage hänge allem Anschein nach das künftige Schicksal von Deutschland, und weil Europa der Übermacht Frankreichs nicht anders als mit Deutschland und durch Deutschland Widerstand leisten kann, auch das künftige Schicksal von Europa ab. Es sei seit der Revolution nicht mehr erlaubt, das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen aus ihrer ehemaligen Bestimmung zu betrachten, einander das Gleichgewicht zu halten. — Die hierarchische Verfassung des Reiches bildete die Grundlage von Österreichs Geltung in demselben und diese Grundlage hatte der Kaiser selbst durch die für den Großherzog von Toskana insgeheim verabredete Entschädigung erschüttert. Außerstande, in dem Gleichgewicht von Europa den ihm gebührenden Platz einzunehmen, konnte er mit seiner an Geld und Leuten erschöpften Monarchie nach dem Verlust aller politischen Beziehungen in dem Zustand der Entkräftung auf keinen einzigen wahrhaften Alliierten rechnen. Dagegen durfte Preußen nicht nur von Frankreich und Rußland gleichzeitig eine Vergrößerung seines Gebietes erhoffen, sondern es bot sich ihm auch Gelegenheit, unter dem Schutz und als Mitglied einer neuen Tripelallianz seine tatsächlich bestehende Hegemonie in Norddeutschland völkerrechtlich zur Anerkennung zu bringen. Nach seinem protestantischen antihierarchischen Charakter schien es geradezu prädestiniert, an dem Reich und seinem Oberhaupte das Todesurteil zu vollstrecken, sobald es ihm gelang, Bonaparte zu seiner Auffassung zu bekehren. In wenigen Perioden der deutschen Geschichte

ist die Rivalität zwischen den fortschrittlichen Grundlagen der preußischen Monarchie und den feudalen erstarrten Prinzipien des Erzhauses so deutlich hervorgetreten wie in den Verhandlungen, welche zum Reichsdeputationshauptschluß geführt haben. Die Stellung Habsburgs zu der Entschädigung des ihm verwandten Großherzogs von Toskana, in ihrer Art ein Nachklang spanisch-jesuitischer Tücke, vermochte diesen Widerstreit nicht zu lösen, sondern nur komplizierter zu gestalten, und die Unwahrheit des alten Systems recht deutlich vor Augen zu stellen, indem der Hüter der Reichsverfassung zum letzten Male im Kampf gegen alles Recht einen Anlauf nahm, einen Kurstaat zum großen Teil an sein Haus zu bringen. Außer den geistlichen Fürsten und der sonstigen kaiserlichen Klientel waren von den größeren Territorien damals nur zwei im österreichischen Lager zu finden: Hannover, das als Annex von England jedem revolutionären Fortschritt unversöhnlich gegenüberstand, und Kursachsen, das auf dem linken Rheinufer nichts verloren hatte und darum an dem Entschädigungsgeschäft in keiner Weise wirklich interessiert war, in keiner Weise greifbaren Vorteil davon gewinnen konnte.

Die preußische Politik während dieser Verhandlungen ist nicht arm an Momenten, die bei entsprechenden Mitteln einer gewissen Größe nicht entbehrt hätten. Allein die Scheu vor einer Aussprache und die Stagnation der Geschäfte hat gleich zu Beginn der großen Reformen vielen Schaden angerichtet, und die Entscheidung fiel nicht an der Spree, sondern an der Seine und an der Newa. Es ist natürlich, daß die Regeneration der Reichsverfassung bei so vielen ausgezeichneten Köpfen, wie sie damals im preußischen Staatsdienst standen, in mannigfaltigem Sinn erörtert wurde; während dem Freiherrn von Stein immer noch die Fortbildung und Anwendung der Kreisverfassung vor Augen stand, schlug der Oberst Massenbach bereits ein hohenzollernsches Erbkaisertum vor und der Herzog von Braunschweig schrieb in Bezug auf das nördliche Deutschland, Preußen müsse in die Rechte des Kaisers treten. Nach dem Waffenstillstand von Parsdorf, als

Österreich einem günstigen Frieden entgegenzublicken, in Frankreich bereits der Bestand des inneren Friedens an äußere Kriege geknüpft schien, sprach Dohm in einem interessanten Memoire offenherzig das Geständnis aus, nur durch die Trennung von Deutschland habe der Norden in diesen Zeitläufen Frieden halten können, und erinnerte an den Beruf Preußens, um seiner eigenen Sicherheit willen nicht Deutschland seinem Schicksale zu überlassen; die isolierten Mittelstaaten würden sich ihm gerne anschließen; Sachsen, Hannover und Hessen sollten mit Preußen die vier Sektionen des verbündeten Deutschland ausmachen. Mit weitschauendem Blick skizziert er für dies neue Gebilde seiner Phantasie eine Bundesverfassung mit gemeinsamer Heeresorganisation und doppeltem Festungsgürtel, mit gemeinsamen Bundesgerichten. Die Säkularisationen sind ihm eine große politische Reform, zur Sicherheit unbedingt notwendig. Man könnte in seinen Ideen, welche die Aufteilung des Südens an das Haus Österreich zur Voraussetzung hatten, eine Vorahnung des norddeutschen Bundes sehen; in ähnlicher Richtung bewegten sich in militärischer Beziehung die Anträge Preußens auf dem Bundestag 1860 auf Reform der Bundeskriegsverfassung, und was damals für das Heer mißlang, wurde 1866 politisch durchgeführt. Dagegen huldigte Hardenberg einem weiteren, das *ganze* heutige Reich umspannenden Standpunkt, wenn er die preußischen Entschädigungen nach Schwaben und Franken verlegen wollte, damit der Einfluß des Berliner Hofes auch über den Süden ausgedehnt werde. Dies war nicht möglich, da Rußland und Frankreich das Los Bayerns in Franken bestimmten. Auch Haugwitz spricht gelegentlich als leitender Minister mit Schärfe über die Umtriebe untergeordneter Persönlichkeiten, die nicht das Ganze überschauen könnten wie der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten und die guten Beziehungen zum Münchener Hofe störten. Wenn Massenbach weder von dem Generaladjutanten Friedrich Wilhelms, Köckritz, noch vom König selbst einer Antwort gewürdigt wurde, aus Verlegenheit, sich über so delikate Materien auszusprechen, so war Haugwitz von ähnlicher Befangenheit frei.

Als Graf Görtz in Regensburg für gewisses Entgegenkommen gegen Österreich eintrat, erzählte Haugwitz dem bayerischen Gesandten in Berlin, von Posch, der Kaiser möge nur auf unanständige Art nach der Verfassung schreien, während er selbst Vorschläge mache, die über die bisherigen Grundlagen hinausgingen; was die Verfassung anlange, so habe man sich während der letzten sechs Jahre ausgezeichnet befunden in Norddeutschland, wo man nicht an dieselbe dachte; man möge sich über ein neues Band unter den deutschen Staaten einigen, nachdem über das Los eines jeden einzelnen entschieden sei. Noch im Juni 1801 schien er die systematische Scheidung des Nordens vom Süden schärfer als je zu betonen. Im August ließ er einmal die Bemerkung fallen, man hätte Hand anlegen sollen zu liberaleren Prinzipien; nun hätte die Liberalität dieser Prinzipien selbst die Kabinette erschreckt und man müsse auf Umwegen dieselben Ziele zu erreichen suchen. In direkter Korrespondenz mit Montgelas scheute der preußische Minister, der von der schmachvollen Unterwürfigkeit eines Lucchesini gegen Bonaparte damals noch trotz aller Hinneigung zu Frankreich sich fern hielt und seinen fortschrittlichen Standpunkt nicht übertrieb wie Lombard, nicht vor der wiederholten Erklärung zurück, der König lege keinen Wert auf die deutsche Verfassung und sei nicht nur nicht geneigt, sondern auch bereit, sich von derselben zu trennen. Haugwitzens Bemühungen ist es vor allem zu danken, wenn Preußen mit allen Mitteln gegen eine Zerstückelung Bayerns kämpfte. Seit dem Frieden von Teschen habe dasselbe sich nicht so fest und Bayern günstig gezeigt, schreibt Graf Bray am 7. September 1802 und wenige Wochen später fügte er hinzu: „Nie war Preußen mehr von dem Geist der Festigkeit durchdrungen als in dem gegenwärtigen Augenblick, und von entschiedenerem Willen beseelt, Bayern aufrecht zu erhalten.“

Auch darin hielt Haugwitz Wort, daß er nach dem Abschluß der Entschädigungen auf die Unionsgedanken zurückkam. Aus innerster Überzeugung legte er am 3. Juni 1803 angesichts der Übergriffe Frankreichs gegen die Hansestädte und die Bedrohung

Preußens durch französische Truppen in einer Denkschrift an den König gegen den Vorwurf der Schwarzseherei Verwahrung ein; aber nur in einem Bündnis mit Rußland, Sachsen, Hessen, Dänemark sah er eine Garantie für die Unabhängigkeit Norddeutschlands. Nach der Besetzung Hannovers durch die Franzosen sondierte Prinz Wilhelm von Braunschweig zu Anfang 1804 bei Herzog Karl August in Weimar wegen eines neuen Fürstenbundes. Dieser konnte zwar keine genaueren Mitteilungen erhalten, aber er gab sich dazu her, Ende April in Dresden dafür zu agitieren. Kühl, ausweichend und wortkarg leugnete der Kurfürst von Sachsen die feindseligen Absichten des ersten Konsuls gegen Deutschland. Er tröstete sich damit, die Franzosen würden im Falle einer Invasion mit Sachsen nicht den Anfang machen und erwartete von den Voranstalten zu einer Verteidigung nur große Schwierigkeiten und Gefahren. Wir werden auf den Versuch zurückkommen, auch die Höfe von Kassel und Karlsruhe damals ins Vertrauen zu ziehen.

„Preußens neuere Geschichte sowie die Zukunft, auf welche sie influiert, rouliert auf folgende Punkte, schrieb General Rüchel einmal an Massenbach (am 22. September 1801): Benervung des römischen Reichs, welches wenig stark sein kann, so lange diesem zerstückelbaren Chaos bei seiner nun völlig unpassend gewordenen Konstitution die Seele fehlt. Gleiches Interesse durch gleiche Mittel; Einheit und folglich Kraft. Jedem Erbstaat von Deutschland das Seinige lassen, und eine völlig neue Militärorganisation von Deutschland unter Preußens Schutz und Leitung gegen jedermänniglich erschaffen.“ Es mag absurd klingen, und dennoch ist es wörtlich wahr, für diesen Beruf Preußens war damals kaum an einem anderen Hofe so viel Verständnis vorhanden wie in München. Bayern genoß in jenen Tagen, mit Johannes Müller zu reden, „das seltene Glück, ohne Blut noch Arglist durch die geographische Lage rechtmäßig erbender Herrschaften eine der wichtigsten Mächte, in der Wage des Gleichgewichts das Zünglein zu werden, für welches alle interessiert sind“. Je mehr Österreich es zum „Piemont von Deutschland“ herabdrücken wollte, desto mehr wuchs die Teil-

nahme der anderen Mächte an der Erhaltung des Kurstaates. Mit Recht rühmt daher Bray, es habe in keiner Periode nach außen hin mehr Ansehen und Interesse eingeflößt, und Haugwitz ermunterte die Münchener Politik selbst, mit Österreich auf gleichem Fuße von Macht zu Macht zu verhandeln; was ihr an Nachdruck fehle, werde Preußen ersetzen. Es wäre zu viel verlangt, wollte man in dem Abkömmling eines savoyischen Adelsgeschlechts, der seine altfranzösische Bildung schon äußerlich durch den stark gepuderten Kopf, die kurzen Beinkleider und die seidenen Strümpfe verriet, dieselbe Kraft des politischen Gefühls wie bei einem Gentz, dieselbe Großartigkeit des sittlichen Sinns wie bei Stein finden; aber wenn Montgelas mit seinen hellen, von Verstand sprechenden Augen, seiner mächtig hervortretenden gebogenen Nase und dem großen, oft spöttisch verzogenen Mund zeitlebens eine mephistophelische Erscheinung blieb, so ist doch das Urteil von Gagern zu hart, daß er von deutschem und föderalistischem Sinn, von Haltung des Worts, von unserem wahren Staatsrecht keine oder sehr mangelhafte Begriffe hatte. Er war es, der dem Memoire, das Dohm während des Rastatter Kongresses ausgearbeitet hatte, das Prädikat ausgezeichnet erteilte, der in diesem Privatrat den einzigen Staatsmann der preußischen Monarchie erblickte, der für die großen Entschädigungsprobleme befähigt gewesen wäre. Durchblättert man die Papiere der bayerischen Gesandtschaft am preußischen Hof aus dieser Zeit, so erfüllt es einen beinahe mit Wehmut, daß nicht der bayerische Ministerpräsident damals in Berlin das entscheidende Wort zu sprechen hatte; so eindringlich wußte er schon vor dem Frieden von Luneville von dem Beruf Preußens zu sprechen, den es bei dem künftigen Kongreß auszuüben habe. Für den „großen Revolutionär", wie ihn Stein später genannt hat, fragte es sich von vornherein, ob man mit der Unterdrückung der geistlichen Herrschaften sich begnügen werde oder ob auch eine Anzahl der kleinen Grafen und Herren, die freien Städte und reichsständischen Adeligen in ihrer Gesamtheit oder zum Teil in die Entschädigungsmasse geworfen würden; ob man „das deutsche Band" fortbestehen

lassen werde, und mit welchen Modifikationen man es konsolidieren wolle. „Das klügste und einfachste wäre, schreibt er, in diesem Punkte nichts zu neuern und kurzer Hand die aktiven und passiven Rechte samt den verfassungsmäßigen Vorrechten der unterdrückten kleineren Stände auf jene zu übertragen, auf welche ihr Eigentum übergeht.“ Das Bedürfnis des Staates schien ihm die Unterdrückung der Kapitel zu erheischen; zugleich trug er sich schon mit dem Entwurf eines Landeskonkordats. Nur ein Mann mit eminenten staatsmännischen Fähigkeiten, dem es aber im richtigen Augenblick auch nicht an Mäßigung gebrach, konnte es fertig bringen, aus den verwickelten Verhandlungen die Integrität Bayerns, die mehrmals ernstlich bedroht schien, zu retten, und ausgedehnte Besitzungen zu erwerben. Und wenn auch eine volle Abrundung noch nicht erreichbar war, so wurden die bayerischen Lande doch um einen festen Kern krystallisiert und die bayerische Politik dadurch wesentlich vereinfacht. Dank einer ausgezeichneten Verwaltung gelang es, ungeachtet mancher infolge von allzugroßer Hast mit unterlaufender Mißgriffe aus den verschiedenen Bestandteilen im Laufe der Zeit eine wohlgefügte Einheit zu schaffen; und mit der Vergrößerung des Staates nach außen, mit seiner Konsolidierung nach innen war Montgelas' vielgestaltige Tätigkeit noch nicht erschöpft. Nur in einem einzigen Mittelstaat hatte der föderalistische Gedanke damals gleich feste Wurzel gefaßt wie in München: in Hessen-Kassel. Wie Max Joseph im Beginn des Entschädigungsgeschäftes sein Augenmerk auf Preußen richtete und schon damals in gemeinsamem Interesse gemeinsame Entschließungen mit den anderen Reichsständen empfahl, daß „das zu ihrem Vorteil bedungene Entschädigungsprinzip eine ihren gerechten Erwartungen entsprechende Anwendung erhalte“, so hielt er auch nachher zur Ausführung des Reichsdeputationsrezesses und einem einmütigen Verhalten gegen die nicht unmittelbaren Adeligen ein enges Bündnis zwischen den Höfen von Stuttgart, Hessen-Kassel, Darmstadt, Karlsruhe für wünschenswert. Gestützt auf eine den Verhältnissen der Einzelstaaten entsprechende Militärmacht, schwebte ihm als Ziel die gegenseitige Verteidigung

dieser Länder gegen jeden direkten oder indirekten Angriff vor Augen. „Wenn je eine Union dieser Art unschuldig oder selbst notwendig gewesen ist, heißt es in der Instruktion für den Gesandten am badischen Hofe vom 5. Oktober 1803, ist es in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die großen Mächte sich über alle Gesetze hinwegsetzen, keine Regel anerkennen als ihre Konvenienz.... Frankreich könnte einem Plan nicht ernstlich entgegen sein, der die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts anstrebt nach den Grundlagen, die es selbst festgesetzt hat.“ Freilich wurde dem Gesandten gleichzeitig die größte Vorsicht ans Herz gelegt; die Schüchternheit des badischen Hofes und die Abgeschlossenheit der schwäbischen Residenz machte den bayerischen Vertretern an beiden Orten ein Vorwärtsschreiten in diesem Sinn unmöglich.

So kam es, daß die Mittelstaaten zunächst noch nicht erringen konnten, was von den Allerkleinsten in der Frankfurter Union mit besserem Gelingen in die Wege geleitet wurde. Der Graf Solms in der Wetterau erkannte frühzeitig die Notwendigkeit, für die mindermächtigen Reichsstände künftig gemeinsam einen Agenten in Paris zu bestellen. Nach Vorbesprechungen zwischen einem Beamten des Fürsten Löwenstein-Wertheim und dem Isenburgischen Geheimrat von Goldner und Beratungen mit weiteren wetterauischen Ständen wurde am 29. August 1803 zum Zweck der verfassungsmäßigen Selbsterhaltung von reichsständischen Häusern in Frankfurt eine Einigungsakte entworfen, die im Oktober von allen Häusern mit Ausnahme des Fürsten von Wied unterzeichnet wurde. Nach außen hin bildete das Haupt Fürst Karl von Isenburg, die treibende Kraft scheint aber der Graf Solms-Laubach gewesen zu sein. Ende 1803 vereinigten sich die Häuser Fürstenberg, Hohenzollern und Öttingen zu einem ähnlichen Verein, dem nach der Anerkennung von Frankreich noch andere schwäbische Fürsten und Stände beizutreten versprachen. So geheimnisvoll auch diese Maßregeln getroffen wurden, so kam die Gründung einer Union „unter der Garantie einer fremden Macht“ durch das Frankfurter Journal doch zur Kenntnis der Öffentlichkeit, wo man

solchen Machenschaften nicht freundlich gegenüberstand. Nicht mit Unrecht befürchtete man von einer Einigung minder mächtiger Stände eine Einmischung fremder Mächte. „Der Kern, daß Frankreich als Schutzgott dasteht, ist wahr und gefällt mir doch, schrieb am 23. Oktober 1803 Graf Solms; man sieht daraus, daß, was geschehen ist, Aufsehen macht. So viel Energie hat man uns nicht zugetraut."

Herzog Friedrich von Württemberg entbehrte nicht einer Reihe von Eigenschaften, die ihn zu seinem Herrscherberuf hervorragend befähigten; am allerwenigsten gebrach es ihm an Energie. Im Gegensatz zu dem Kurfürsten von Bayern, der sich auf die Arbeit seiner Minister verließ, zeigte er, in Wahrheit der erste Diener seines Staates, eine erstaunliche Arbeitskraft und überließ den Räten nur den Vollzug seiner Befehle. Seine Politik ist aus seinen eigenhändigen Briefen vollständig ersichtlich; auch Instruktionen schrieb er stets selbst nieder. Aber indem er, den bestehenden Verhältnissen trotzend, alles auszuführen strebte, was er einmal für zweckmäßig erkannt hatte, und keinen Einspruch gelten ließ, war seine Regierung, die für das kleine Württemberger Land auf einmal alles das leistete, was für die Geschichte Preußens die Herrschaft vieler Monarchen vom großen Kurfürsten bis auf Friedrich den Großen bedeutet, für die Zeitgenossen nicht frei von unerbittlich drückender Härte. So konnte Eichhorn 1813 schreiben, noch nie habe man den finstern Despotismus in dieser Gestalt auf deutscher Erde gesehen. Mit anschaulicher Klarheit legte er schon im Beginn seiner Regierung in einer Instruktion für seinen Minister in Paris (1798) die Ziele seiner landesherrlichen Tätigkeit fest. Um sein Gebiet zu arrondieren und zur Verteidigung des unteren an den Rhein grenzenden Teils von Schwaben geschickt zu machen, begehrte er die im Lande liegenden reichsritterschaftlichen Orte und Reichsstädte, Reform des Kreismilitärwesens und der Reichsposten, ein Wunsch, der 1806 in allen wesentlichen Teilen erfüllt war. Auch trug er schon damals auf ein komplettes Neutralitätssystem in Schwaben an und ließ sich davon auch nach den Er-

fahrungen der zweiten Koalition nicht abbringen. Föderalistischen Tendenzen war er jedoch durchaus abhold. Als Baron Posch sich dem württembergischen Herrn von Nicolai in Berlin zu nähern versuchte, erwiderte dieser sein Vertrauen mit keinem Schritt; „alles, was die an der Reorganisation des Reichs interessierten Stände, jeder getrennt, erlangen können, seufzte aus diesem Grunde der bayerische Diplomat, können nur schlecht miteinander verbundene Stücke zu eingelegter Arbeit sein und ein ebenso schlecht gegründetes Fundament bilden wie das alte Gebäude unserer deutschen Konstitution, noch prekärer als ehedem." Mit Österreich hatte Friedrich zwar einen Vertrag, indem dasselbe sich für die württembergischen Entschädigungen zu interessieren versprach; aber Cobenzl, daran erinnert, tat, als wüßte er von nichts. Die Wiener Hofburg hätte jedenfalls gerne darein gewilligt, daß Bayern durch Württemberg entschädigt werde, in der Voraussetzung, daß die wittelsbachischen Stammlande an das Erzhaus fielen. Der Entschädigungsplan Kaiser Pauls, der diesen Fall vorsah, wurde die Ursache von flammenden Protesten der württembergischen Stände. In Paris fand man die übertriebenen Forderungen des Württembergers lächerlich, der die freien Reichsstädte nicht eigentlich als Entschädigung gelten ließ, da er in denselben schon die größten Rechte genoß. Nach diesem Prinzip wäre stillschweigend Brixen und Trient an Österreich, Nürnberg an Preußen gefallen und ein Staat wie Bayern, der seinen Nachbarn gegenüber nie Gewalt gebraucht hatte, mußte bei dieser Proklamierung des uti possidetis in großen Nachteil geraten. Freiherr von Normann kehrte von seiner ersten Reise nach Paris erfolglos nach Stuttgart zurück, ohne auch nur eine Audienz bei Bonaparte erreicht zu haben; erst als er — durchaus nicht im Sinne seines Gebieters — die Börse öffnete, nach dem Beispiel des darmstädtischen Vertreters, wurde man gefügiger. Die Verfolgungen gegen die Mitglieder des ständischen Rats nahmen in Stuttgart erst ein Ende, als der französische Gesandte Massias darüber Beschwerde führte; nur der Verwandtschaft mit dem russischen Hofe verdankte Friedrich schließlich

bei der Spannung mit den übrigen maßgebenden Kabinetten den Kurhut und die Entschädigung durch 29½ Quadratmeilen.

Die gleiche Standeserhebung und den reichsten Gewinn von allen Staaten erlangte durch den Reichsdeputationshauptschluß der Markgraf, seit 1803 Kurfürst Karl Friedrich von Baden, dessen patriotische Gesinnung außer Zweifel steht, dessen kleinliche Bedenken aber nie zu einem solchen Ziele geführt hätten ohne die Verwandtschaft mit der russischen Kaiserin — sie war seine Enkelin — und ohne die unermüdliche Tätigkeit seines Ministers in Paris, des Herrn von Reitzenstein. Mit klarem Verstand die Situation beherrschend, stritt dieser seinen Kollegen weit überlegene Staatsmann mit Hintansetzung seiner Gesundheit für das Wohl des ihm anvertrauten Landes unter den heftigsten Konflikten mit den anderen Ministern. Insbesondere der Vertreter in Regensburg, Freiherr von Gemmingen, sah in der Politik seiner Zeit nur das Walten eines bösen Dämons. Mit Entsetzen wurde er gewahr, wie für die Erhaltung der Reichsverfassung nur der Wiener Hof tätig war, Sachsen geschehen ließ, was es nicht billigte, der Herzog von Württemberg nur durch die Händel mit den Ständen von fortschrittlichen Tendenzen abgehalten wurde und Pfalz-Bayern und Hessen-Kassel offen auf die Seite des Berliner Kabinettes übertraten. Die geheimnisvolle Korrespondenz des Münchener Hofes mit Berlin, der die nach Preußen durchgehenden Depeschen dem Regensburger Gesandten nicht mehr mit offenem Siegel zuschickte, ließ ihm bald keinen Zweifel mehr, daß die Tendenz zur Auflösung des Reichssystems in ein völliges Föderativsystem immer stärker wurde. Da auch Edelsheim die Erhaltung der Reichsverfassung besonders um deswillen anstrebte, daß nicht die Abänderungen derselben den minder mächtigen Erbfürsten in der Folge unbehaglicher würden als die bisherige Geistlichkeit, fanden die Assoziationsgedanken nur in dem jugendlichen Freiherrn Joseph Emmerich von Dalberg am Karlsruher Hofe einen Vertreter. Noch im Juli 1803 bekannte er sich zu dem Reitzensteinschen Grundsatz, die badische Politik werde von den Kanonen von Straßburg bestimmt. Im August dieses Jahres

aber begutachtete er in einem Memoire als leidenschaftlicher Gegner Bonapartes die Bildung einer großen europäischen Koalition zur Wiederherstellung des bourbonischen Königtums, Beschränkung Frankreichs auf seine alten Grenzen von 1789 und Reorganisation der gesamten europäischen politischen und territorialen Verhältnisse. Die Höfe von Berlin, Petersburg und Stockholm sollten dafür durch die Erbprinzessin gewonnen werden. Diese Vorstellungen machten in Karlsruhe einen tiefen Eindruck und wurden sogar dem König von Schweden anläßlich seines dortigen Aufenthalts mitgeteilt; aber als Dalberg im Oktober seine Gedanken weiter ausführte, wurde ihm bedeutet, der Kurfürst müsse die Ereignisse abwarten, nie aber dürfe er wagen, sie herbeizuführen oder die Initiative ergreifen. Bei dieser Stimmung fand auch Prinz Wilhelm von Braunschweig keinen günstigen Boden für die preußischen Unionsgedanken. Ein Fürstenbund ohne Teilnahme der deutschen Großmächte schien Dalberg von Anfang an aussichtslos und nach der Besetzung Hannovers durch die Franzosen ohne Bedeutung. So waren seine Ausführungen von den sonst im Reiche verlautenden Reformbestrebungen wesentlich verschieden; sie waren eigentlich reaktionär. Dabei war er freilich um eine wesentliche Verbesserung bei der Zurückführung des alten Zustandes nicht verlegen. Nicht nur das linke Rheinufer sollte wieder an Deutschland kommen; die kurfürstlichen Gebiete wollte er konsolidiert wissen, die Reichsgerichte sollten zu höherem Ansehen gebracht, das Kurfürstenkolleg zu einer Art Schiedsgericht über europäische Fragen umgeformt, der unmittelbare Adel und die beiden geistlichen Ritterorden zu einem Forum des Ruhms, der Ehre, Tugend u. s. w. umgestaltet werden.

Mehr Festigung als Neuerung des Bestehenden unter Wahrung der Kreis- und Justizverfassung, des Landfriedens, der allgemeinen Reichsgesetze, der Religionsfreiheit, der landständischen und Munizipalitätsrechte, der persönlichen deutschen hergebrachten Freiheit und des Eigentumsrechtes, das hat auch in seinen „Bemerkungen über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse über-

haupt und von der ersten Kur insbesondere" vom August 1802 Karl Theodor von Dalberg für das Wohl des Reiches als nötig erachtet, der einzige geistliche Kurfürst, der nach dem Reichsdeputationshauptschluß erhalten blieb, „um die Erzherzoge zu taufen", wie man in Paris gehässig sich ausdrückte.

Anregend im persönlichen Verkehr, geistreichelnd und salbungsvoll in seinen Schriften, warmfühlend in seinem Herzen, aber so recht ein typischer Vertreter der „papiernen Zeit" im schlimmen Sinn und als Schöngeist ohne Sicherheit des Willens, ohne Stärke des Charakters und ohne Fähigkeit zu politischem Handeln, hatte der Freund Goethes und Schillers seine Existenz von den „personnes essentielles" um eine Million Gulden erkauft. Am Fürstenbund hatte er tätigen Anteil genommen, 1797 begeisterte er sich für eine Diktatur des Erzherzogs Karl. Daß er der hohen Bedeutung seiner neuen Stellung sich bewußt war, beweist eine im politischen Journal damals veröffentlichte Äußerung, der er zweifellos nahe stand: „Aus dem vernichteten kurmainzischen Staate ist ein neuer Kurstaat wie ein Phönix geboren worden, der für das Deutsche Reich von der höchsten Wichtigkeit werden kann; der Kurerzkanzler kann auf der einen Seite der Papst oder vielmehr dessen Repräsentant und Stellvertreter im Deutschen Reiche, auf der andern der leitende Direktor der Verhandlungen der Reichsversammlung und in dieser Qualität einer der wirksamsten Fürsten sein." Als Stellvertreter des Papstes kam der Verfechter eines Reichskonkordats zu seinen Mitkurfürsten, die für ein Landeskonkordat waren, bald in feindlichen Gegensatz; auf der Reichsversammlung wurde er wohl später einer der „wirksamsten" Fürsten, aber in ganz anderem Sinne, als er damals ahnen mochte, nämlich als willenloses Werkzeug Napoleons; wir werden noch öfter von der unwürdigen Rolle des schwächlichen Mannes zu erzählen haben.

In diesem Zusammenhang ist noch eines Staates zu gedenken, der durch die Vorsehung zu einem Glied des norddeutschen Bundes bestimmt schien, in Wirklichkeit aber durch eine merkwürdige Verkettung von Umständen ein lebhafter Vorkämpfer für den

späteren Rheinbund geworden ist: Hessen-Kassels. Wenn hier über das Entschädigungsgeschäft, das neben der Kurwürde nur vier Mainzische Ämter, eine Reichsstadt und ein Reichsdorf eintrug, eine Verstimmung übrig geblieben war, so richtete sich dieselbe mehr gegen Preußen als gegen Frankreich, weil ersteres die Stücke für sich behielt, die es zuerst versprochen hatte. Trotzdem hielt Kurfürst Wilhelm nach wie vor zum Berliner Hofe, weil er bei seiner Neigung zum Soldatenstand die Würde eines preußischen Feldmarschalls, die er bekleidete, nicht aufgeben wollte. An Hannover wiesen ihn bei seinem Geiz, der ihn täglich Schritte begehen ließ, die einem Molière für seine Komödien hätten reichen Stoff liefern können, die von Frankreich geforderten Kontributionen und exorbitanten Zwangsanlehen. Seine vierundzwanzig bis dreißig unehelichen Söhne, von denen jeder einen Fond von 40000 Talern erhielt, standen als Offiziere im eigenen Land, in Österreich, Preußen, Bayern und Baden im Dienst. Die schlechte Bezahlung und Verkürzung ihres Einkommens trieb viele Offiziere, Richter, Finanzbeamte ins Ausland. Die langweilige Tafelrunde des Fürsten mit seiner Geliebten Gräfin Schlotheim war so wenig begehrt, daß wohl fünfzehn bis sechzehn Einladungen ergehen mußten, bis sich zwei Damen fanden, die derselben Folge leisteten. Kleinlich und engherzig im Innern, ist Kurfürst Wilhelm dennoch eine erfreuliche Erscheinung durch seine deutsche Gesinnung. Er sah voraus, daß Preußen von Bonaparte getäuscht werde. „Dem regierenden Herzog von Braunschweig und mir, schrieb er am 13. November 1803 an seinen Bruder, ist das Heil von Deutschland anvertraut. . . . Bonaparte, der vielleicht schon die Unmöglichkeit und nur zu wohl die Gefahr des kolossalen Unternehmens, England zu überfallen, erkennt, wird seine Pläne nach dem Kontinent zurückwenden, um seine Armee zu beschäftigen, und welche günstigere Gelegenheit könnte sich ihm darbieten als die dermalige, wo die Großmächte in der völligsten Untätigkeit ruhen, anstatt ihre Armeen in der Marschbereitschaft zu erhalten und wachsam zu bleiben?“ Das System bewaffneter Neutralität hatte also bei ihm einen

Bonaparte feindlichen Charakter; in seiner antifranzösischen Gesinnung wurde er durch kaiserliche Räte bestärkt, die in ihren subalternen Stellungen mit den Ministern rivalisierten. Von diesen neigte Baron Waitz, der allein mit Festigkeit zu seinem Herrn zu sprechen wagte, entschieden zu Frankreich hin. Auch Starkloff trat in Paris für die Bundesidee ein. Aber im September 1803 erregte ein allzu freimütiges Memoire über die Sendung des Herrn von Malsburg nach Paris durch den Nachweis, das hessische Interesse fordere eher den Anschluß an Frankreich als an Preußen, das schärfste Mißfallen des Kurfürsten. „In diesem Herrscher ist nichts Französisches und nichts, was ihn zu uns führen kann, als Bedürfnis und Notwendigkeit," schrieb der französische Gesandte Bignon im November 1803. Die Berufung gerade dieses Mannes nach Kassel wurde von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung der Rheinbundsidee. Laforest nannte ihn schon 1804 den Vater dieser Gedanken und er selbst hat in späteren Schriften sich zu seinem Geisteskind bekannt. Er kam an die kleine Residenz, die er mit der Höhle des Ovid vergleicht, in welcher dieser die Langeweile schildert, von Berlin, wo er sich die höchste Zufriedenheit des ersten Konsuls erworben hatte. Da er an seinem neuen Aufenthaltsort für seine Tätigkeit nicht genügend Nahrung fand, suchte er nach Materialien und fand in den französischen Archiven zunächst Mitteilungen über den Fürstenbund, den er alsbald zu erneuern strebte. In seinen antipreußischen Tendenzen fand der ehemalige Freund des Berliner Hofes einen Gesinnungsgenossen in Waitz, der zwar die Verhandlungen zwischen den Tuilerien und Potsdam über eine Neutralitätsakte mit Wärme begrüßte, aber für das Corpus Germanicum besondere Vorteile wünschte. Als das Resultat der monatelangen Unterredungen zwischen beiden ist die Denkschrift anzusehen, die Bignon am 26. Januar 1804 seiner Regierung übersandte, und bei der es schwer sein dürfte, zwischen dem geistigen Eigentum des deutschen und des französischen Ministers zu scheiden. Sie trägt den Titel: Coup d'oeil sur la necessité de séparer en Allemagne les intérêts d'Empire de

tout intérêt de Puissance et de donner au corps Germanique une existence simple, une et indépendante, und zerfällt in drei Teile.

Der erste Abschnitt der umfänglichen Arbeit untersucht mit einem großen Aufwand von Gelehrsamkeit die Folgen, welche für den deutschen Reichskörper Bündnisse und Assoziationen mit einem Staate erster Ordnung hatten, der andere Interessen verfolgte als die Reichsstände; der schmalkaldische Bund, die Unionen vom Beginne des dreißigjährigen Krieges und von 1631, der Rheinbund und die Politik Mazarins, die Augsburger Allianz, das Verhalten Friedrichs des Großen 1777 und der Fürstenbund von 1785 marschieren an dem geistigen Auge des Lesers vorüber. Scharfsinnig wird der Todeskeim aufgedeckt, den alle diese Bestrebungen für die Existenz des Reichs in sich trugen, dessen Fortbestand sie sichern wollten. Preußen setzte seine Fürstenbundspolitik auch nach dem Frieden von Basel erfolgreich fort. Aber war es für die kleinen Staaten aussichtsvoller, Vasallen des Berliner Hofes statt der kaiserlichen Hofburg zu werden? Der zweite Teil, der sich offenbar auf den Äußerungen von Waitz und den Wünschen vieler Patrioten aufbaut, entwickelt die Forderungen, die man an einen wahrhaft konservativen Bund der Reichsstände zu stellen habe. Im Augenblick bedeutete Deutschland nur „un squelette disloqué dont les lambeaux forment des aggrégations séparées autour de corps amphibies et mixtes qui ne lui appartiennent que pour le détruire“, einen Staatenverein, der eines gemeinsamen Mittelpunktes entratend, sich tötlicher Divergenz ausgeliefert sah. Zwei Staaten teilten sich in das Ganze; ihnen mußte eine dritte Macht an die Seite treten durch eine Fusion der rein deutschen Staaten, „un vrai corps Germanique sans alliage et sans mélange“. Statt die preußischen Vasallen österreichisch, die österreichischen preußisch werden zu lassen, galt es für die kleineren deutschen Territorien aufzuhören, Österreicher und Preußen zu sein, um Deutsche zu werden, durch Ablösung der Kurfürsten-Könige (Hannover, Österreich, Preußen). Die Garantie des neuen Ge-

bildes konnte zwischen Frankreich und Rußland geteilt sein. An diese rein deutschen Ideen, die mit den Wünschen Pahls eine merkwürdige Verwandtschaft zeigen, knüpft nun der Franzose seinerseits das Postulat, Frankreich müsse den Einfluß, den es seit dem Luneviller Frieden auf die deutschen Verhältnisse ausgeübt, auch in Zukunft zu wahren trachten. Wie der Rheinbund von 1658 den westfälischen Frieden befestigte, müsse die neue Union das wichtige Werk krönen, das soeben vollendet worden war. Ohne fremde Einmischung mußte trotz der entschiedenen Hinneigung vieler kleiner deutscher Fürsten zu Frankreich schließlich alles in die beiden großen Behälter Preußen und Österreich ausmünden; ein ähnliches Schauspiel wie die Teilung Polens war in diesem Falle zu erwarten. Die preußischen Minister machten kein Hehl daraus, nicht sie seien es, die man an der Seine liebte, sondern die Feinde von Frankreichs Feinden; darum schuldeten sie den Tuilerien keine Dankbarkeit für die Dienste, welche dieselben ihnen geleistet hatten. Das Berliner Kabinett hatte bis jetzt geerntet, was Paris gesät hatte. In seine Undankbarkeit mußte man sich an der Seine ebenso schicken wie in die Feindschaft des Wiener Hofes, von der allerdings vorerst kein neuer Ausbruch zu befürchten war. Es mochte eine weise Politik sein, eine Zeitlang das Erzhaus zu schonen, aber es hieß doch bloß das Reich töten, um es zu erhalten. Rußland war an den deutschen Verhältnissen nicht so interessiert, daß es sich nicht im Falle einer Aufteilung von den beiden Vormächten durch polnisches Gebiet hätte abfinden lassen. Den französischen Plänen konnte es nur dankbar zustimmen, die ihm für die Zukunft ein ähnliches Gewicht vorbehielten, wie es jüngst in Regensburg hatte entfalten können. Frankreich würde vielleicht besser an der deutschen Föderation, die durch die goldene Bulle und den westfälischen Frieden auch reichsrechtlich unanfechtbar war, sich nicht als aktives Glied beteiligen, wie es 1658 geschah, sondern sich mit der Rolle des Beschützers begnügen.

Das Ergebnis seiner Betrachtungen faßt Bignon zum Schluß noch einmal wirksam in drei Thesen zusammen: 1. Alle deutschen

Assoziationen schlugen nur zum Vorteil der Macht aus, die sich an ihre Spitze stellte; 2. das Interesse der deutschen Fürsten fordere einen rein deutschen Bund mit Ausschluß von Preußen, Österreich und Hannover, und 3. ein solcher Bund sei als Gegengewicht gegen die deutschen Großmächte auch für Frankreich vorteilhaft. Bescheiden nennt der gelehrte Verfasser seine Aufzeichnungen nur Rohmaterialien, die er als untergeordneter Faktor gesammelt habe, glücklich, wenn der große Baumeister des europäischen Staatenbundes davon einen einzelnen Stein brauchbar finden könne, und doch sind sie für uns vom allergrößten Interesse, weil sie die innigste Verbindung zwischen den deutschen Unionsgedanken und den Bestrebungen der französischen Vorherrschaft in Deutschland darstellen. Wie Bignon als Franzose Hannover mit Österreich und Preußen auf eine Linie stellt, um den englischen Einfluß auf dem Kontinent zu bekämpfen, erstrebten deutsche Publizisten wie Pahl aus nationalen Erwägungen das gleiche Ziel. So erscheint die Denkschrift wie eine Linse, in deren Brennpunkt die verschiedenen Bilder zusammentreffen; der wesentlichste Unterschied, der sie von der späteren Ausführung trennt, ist die Annahme eines gemeinsamen Protektorats mit Rußland. Wir wissen bereits, daß Napoleon und Talleyrand, an die sich Bignon wandte, im Herbste 1802 und 1803 sich mit ähnlichen Plänen getragen hatten. So antwortete ihm Talleyrand am 27. Februar 1804, er habe seine Ausführungen über einen Gegenstand mit Interesse gelesen, der die Regierung schon wiederholt beschäftigt habe und eines Tages seine Verwirklichung finden könne; die geringe Aktivität zwischen Hessen und Frankreich in der Gegenwart mache es aber unmöglich, besondere Instruktionen zu geben. Bald sollte ein Ereignis eintreten, das die Beziehungen zwischen den beiden Staaten lebhafter gestaltete und zur Wiederaufnahme der angesponnenen Fäden führte.

Fünftes Kapitel.

Zwei Kaiser und ein Fürstentag.

> Assoziationen gleichen einem Haufen runder Steine, die sich zu einer Pyramide zusammentun; aber weil sie schlechthin rund, und ohne sich zu fügen, bleiben sollen, so rollt die Pyramide, sobald sie sich zu dem Zwecke, zu dem sie sich gebildet hat, zu bewegen anfängt, auseinander, oder kann wenigstens keinen Widerstand leisten.
>
> Hegel.

Als Napoleon Bonaparte sich im Jahre 1802 mit dem lebenslänglichen Konsulate bekleidete, schrieb Zar Alexander I. an seinen Erzieher Laharpe, er habe sich des schönsten Ruhmes beraubt, der einem Sterblichen beschert sei, des Ruhmes, daß er ohne jede persönliche Absicht einzig und allein für das Glück seines Vaterlandes gearbeitet habe; jetzt sei er einer der berüchtigsten Tyrannen, die die Weltgeschichte kenne. In Deutschland sah man in diesem Schritte weit überwiegend die Gewähr für die Fortdauer friedlicher Zustände im Innern Frankreichs und für die Ruhe Europas. Auch die Annahme des Kaisertitels wurde vornehmlich, wenn man von einigen Stimmen wie der des Grafen Schlabrendorf absieht, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet. Nicht bloß Metternich war über die endgültige Vernichtung der Revolution glücklich, auch in Berliner Diplomatenkreisen spottete man:

> Ci gît pourque l'on s'en souvienne
> L'indivisible citoyenne
> Qui ne devait jamais mourir;
> L'opération Césarienne
> Hélas pourtant l' a fait périr.

Les parents de la république
Grands raisonneurs en politique
Dont je partage la douleur
Viennent assister en famille
Aux funérailles de leur fille
Morte en couche d'un empereur.

Die Mainzer Zeitung verkündete am 27. Mai mit lapidarer Kürze: „Heute zum erstenmal wurde nach dem Gottesdienst statt des Domine, salvum fac consulem und Domine, salvam fac rempublicam das Domine, salvum fac imperatorem Napoleon zweimal wiederholt — und so wäre die Revolution geschlossen und das große beispiellose Schauspiel geendigt in der ganzen Bedeutung des Worts." Natürlich fehlte auch nicht die Reihe der überschweng-lichen Poeten in französischer und deutscher Zunge. Ein Deutscher, Heinrich Wagner, verstieg sich zu der Sapphischen Strophe:

Ostende Clio tot meritis gravem
Heroa — Nunquam vertice Musa ait
Augustiori laeta iuro
Caesarum Diadema fulsit!

In Regensburg gab alsbald der Gesandte des Erzkanzlers, Freiherr von Albini, dem Geschäftsträger Bacher die Ungeduld seines Herrn zu erkennen, mit der er die öffentliche Proklamation Napoleons zum Kaiser als das einzige Mittel, den Frieden und die Ruhe in Deutschland zu sichern, erwarte, und schlug dem Reichstag vor, außer der Dankesleistung für die Mitteilung der Kaiserkrönung Bacher im voraus die aufrichtigsten Glückwünsche der Komitialgesandten übermitteln zu dürfen, überzeugt, daß die Höfe diesen Schritt mit der größten Freude aufnehmen würden. Bald vermutete man, daß der Plan tiefer uud weit umfassender ausgedacht sei, als er gegenwärtig schien, und glaubte im Hinter-grunde die Monarchie Karls des Großen zu erblicken, nach welcher das Oberhaupt des französischen Reiches streben dürfte. An dem Tag, als die Gesandten ihre neuen Beglaubigungsschreiben in Paris überreichten, stand im Moniteur ein Artikel, der sich wie eine

Prophezeiung aller folgenden Ereignisse liest. Da war von der Vereinigung Italiens und der anderen Republiken mit Frankreich die Rede; dagegen wird der Einverleibung Hannovers widersprochen, die schon der Titel: Kaiser der Franzosen unmöglich mache. Mit der nationalen Eitelkeit Frankreichs sei es unverträglich, in das Corpus Germanicum einzutreten; wer hätte es hindern können, wenn man dies gewünscht hätte, daß Frankreich seine Rechte in Burgund oder in der Pfalz beibehielt, oder selbst einen Teil von Baden und Schwaben hinwegnahm? „Nein, Frankreich wird nie den Rhein überschreiten, und seine Armee wird nie über den Rhein gehen, es sei denn, das Deutsche Reich und seine Fürsten zu schützen, die ihm so vieles Interesse einflößen durch ihre Hinneigung zu ihm und durch ihren Nutzen für das europäische Gleichgewicht.“ An welche Adresse dieser Artikel gerichtet war, sagt auch dem Unverständigsten die Einleitung nur allzu deutlich: die Franzosen wüßten, was von den Gerüchten zu halten sei, die in der Hauptstadt verbreitet sind; aber die Fremden, die Attachés bei den diplomatischen Missionen hätten nicht die Kenntnisse des Landes noch die Mittel, sich Gewißheit zu verschaffen.

Größere Beunruhigung als die Krönung Napoleons rief bei den Reichsständen die Annahme des österreichischen Kaisertitels durch Franz II. hervor, welcher dem Titel: Erwählter römischer Kaiser zwar nach, aber dem eines Königs von Germanien vorgesetzt werden sollte. Die nächste Folge, die man erwartete, war, daß auch Großbritannien und Preußen sich ähnliche Titel beilegen würden, wodurch dann auch die übrigen Staaten genötigt worden wären, sich durch Annahme höherer Würden in ihrem bisherigen Range zu behaupten.

In Berlin nahm man keinen Anstand, Napoleon zu seiner Standeserhöhung aufs wärmste zu beglückwünschen. Aber als er im September den Stabsauditeur d'Arberg mit einem vertraulichen Schreiben dahin sandte, und dem Könige die Kaiserwürde antrug, erwiderte dieser, die Unabhängigkeit Preußens sei nicht davon abhängig und er sei nicht gewohnt, mit Titeln zu spielen. Diese

übergroße Bescheidenheit Friedrich Wilhelms, der warten wollte, bis England vorangegangen sei, bereitete nur seinen Ministern, vor allem Hardenberg, Verlegenheit. Weniger einfach lagen die Dinge in Wien; hier handelte es sich darum, den Vorrang des deutschen Kaisers vor dem französischen und die Gleichheit des österreichischen mit diesem zu erlangen, wenn die deutsche Krone einmal nicht mehr mit der österreichischen auf einem Haupte vereinigt sein sollte. Diese Bedingungen waren, nicht ohne langwierige Verhandlungen, der Preis für die Anerkennung Bonapartes. Das Unkorrekte an solchem Verfahren hat im Widerspruch mit dem kaiserlichen Ministerium Gentz am 8. Juni in einem ausführlichen Memorandum, das auch insgeheim in Berlin verbreitet wurde, scharf und deutlich dargetan. Noch rücksichtsloser sprach er sich darüber in einem vertraulichen Briefe an Metternich aus: „Was haben Sie zu der namenlosen Erbärmlichkeit mit dem österreichischen Erbkaisertum gesagt? was zu der barbarischen Deklaration, welche diese verwünschte Maßregel der Welt verkündet hat? Ein „Kaiser von Österreich“ ist an und für sich ein wahrer politischer Solöcismus, denn Österreich ist eine dem Reiche durch Lehensnexus untergebene Provinz, und man könnte ebensogut ein Kaiser von Salzburg, von Frankfurt oder von Passau, als ein Kaiser von Österreich sein. Bleibt die deutsche Kaiserwürde im österreichischen Hause — und welche Unmasse von Unpolitik, schon jetzt, wo noch keine dringende Gefahr vorhanden ist, öffentlich zu erkennen zu geben, daß man das Gegenteil fürchtet! — so ist jene neue Kaiserwürde ganz unnütz; verlieren wir die wahre, so wird durch diese falsche die Gleichheit des Ranges gar nicht aufrecht erhalten; denn ein Kaiser von Österreich ist und bleibt ewiglich ein dem Deutschen Kaiser untergeordneter Kaiser, mithin weder diesem noch einem — si diis placet — französischen Kaiser im Range gleich. Und nun diesen Unsinn auf die verhaßteste aller Usurpationen gepfropft! Das Gegenstück zu Bonapartes Kaisertum! Durch dieses mörderischen Theaterkönigs frechste Unternehmung gerechtfertigt mit dieser, die jedes edle Gemüt, wenn es nicht in Verzweiflung untergehen soll,

sich wenigstens als vorübergehend denken muß, zu gleicher Ewigkeit hinübergeschrieben — welche Verwicklung von Abgeschmacktheit, Armseligkeit und Niedrigkeit! Und auf solch ein Meisterstück sind Cobenzl und Collenbach (der letztere hat es erfunden!!) stolz!" Das Berliner Kabinett hatte an der Sache selbst nichts auszusetzen, aber sehr viel an der Form. Blieb der angenommene Titel den Verbindlichkeiten eines Hauptes des Deutschen Reiches unbeschadet, war er mit der Verfassung desselben wohl verträglich, so konnte man sich denselben nach preußischer Anschauung ohne Zustimmung irgend einer benachbarten Macht beilegen; keine einzige konnte es hindern, am allerwenigsten der gallische Usurpator. Man hielt es unter der Würde des Deutschen Kaisers, diesen Schritt getan und Napoleon in seiner Macht bestärkt zu haben, daß er über alles gebieten und entscheiden könne, daß jeder europäische Souverän vor seiner Gewalt sich beugen müsse, unwürdig, daß die neue Würde zur Bedingung für die Anerkennung des Eroberers gemacht wurde. Aber auch die preußische Auffassung erregte bei den Staaten zweiten und dritten Rangs Widerspruch. Die Annahme neuer Titel und Würden äußerte ihre Rückwirkung doch auch auf die äußeren Verhältnisse zu den andern Staaten und mußte insoferne von der Anerkennung anderer abhängig sein. Es war nur ein neuer Beweis für die gewohnte Distinktion, „nach welcher die Besitzer auswärtiger unabhängiger Staaten ihre Reichslande nach Gefallen aus ihrem bisherigen Rang zu erheben befugt seien, während die Besitzer noch so wichtiger Reichslande sich die in der Rangskala entstandene Lücke zu ihrem Nachteil gefallen lassen sollten". Solche Befürchtungen erheben sich vielleicht nicht allzusehr über das Niveau jener alten Etikettestreitigkeiten, da man noch ernsthaft wie über Staatsaktionen über die Frage verhandelte, ob ein Komitialgesandter seinen Stuhl auf einen Teppich oder nur auf die Franzen desselben zu stellen befugt sei. Schwerer wog sicherlich die Besorgnis, was geschehen würde, wenn in der Folge einmal ein Prinz aus einem anderen als dem Erzhause zum Deutschen Kaiser gewählt werden sollte. Böhmen und Ungarn blieben König-

reiche, die österreichische Kaiserwürde haftete also auf den übrigen habsburgischen Besitzungen, die größtenteils, mit Ausnahme der italienischen Länder, im Reichsverbande waren. Und dieser Kaiser von Österreich hätte nach den Gesetzen für seine kaiserlichen Staaten nicht einmal Sitz und Stimme im Kurfürstenkolleg gehabt, sondern bloß unter den Fürsten rangieren dürfen. Solche und ähnliche verfassungsmäßige Bedenken sind damals auch an anderen Orten aufgetaucht, am meisten aber fanden sie Widerhall in Hessen-Kassel.

Kurfürst Wilhelm hatte seine Frankreich feindliche Haltung bis zur Thronbesteigung Napoleons beibehalten. Während der siebzigjährige General Schlieffen, ehedem ein rühriger Agent für Fürstenbundspläne, bereits im März prophezeite, Napoleon müsse Karl den Großen erneuern, Frankreich alles geben, was dem Reich der Gallier gehört habe, und nicht lange den Rhein als Grenze beachten, ließ sein Herr die unvorsichtige Äußerung fallen, seine Soldaten müßten sich gewöhnen, die Offiziere beim Feuern hinter der Front stehen zu sehen, damit sie nicht überrascht würden, wenn das Spiel ernsthaft werde. Waitz konnte vor seinem Freunde Bignon nur laut wehklagen über diese Unbedachtsamkeit. „Was bedeuten solche Reden in einem solchen Augenblick in dem Munde eines solchen Fürsten," schrieb der letztere darüber; „an der Spitze eines Bataillons dünkt er sich als der größte Feldherr unter den alten und modernen, er verachtet Alexander, Cäsar und Bonaparte, er ist Don Quixote in Person." Da geschah das Unerwartete. Als der französische Gesandte ihm die Standeserhöhung Napoleons mitteilte, antwortete der Kurfürst, er nehme an dem für Frankreich und die Menschheit so glücklichen Ereignis lebhaften Anteil und sei heute eifersüchtiger als je, sich Frankreich zu nähern; Bignon möge sich zum Organ seiner Dankbarkeit, Bewunderung und Ergebenheit bei dem Kaiser machen. Er freue sich dessen aus vielen Gründen, sagte er ein andermal: als Souverän für die Erhaltung des Regierungsprinzips, von dem seine Existenz abhänge; weil Napoleon ein großer Mensch sei, und weil er ein Soldat sei. „Ich gestehe

freimütig, fügte er hinzu, ich wäre nicht so froh gewesen, wenn er ein Politiker oder ein Gelehrter gewesen wäre." Die Gelehrten konnte er nämlich nicht ausstehen. Den Schlüssel zu dieser plötzlichen Gesinnungsänderung fand Waitz in dem Namen, der für Wilhelm alles bedeutete. „Er ist zufrieden, erläuterte er Bignon, weil ihr keinen ersten Konsul mehr habt, sondern einen Kaiser. Was ein Kaiser ist, weiß er; das ist ihm klar, ein Fürst." In Form einer fixen Idee zunächst äußerte sich bei ihm der Wunsch nach einer Reise an den französischen Hof, und die Bedenken über das österreichische Erbkaisertum machten ihn auch den alten Plänen von Waitz zugänglich.

In den ersten Septembertagen unternahm er plötzlich eine Reise nach Hanau; in Wirklichkeit war es nur ein Vorwand, mit dem Kurerzkanzler über die Zukunft Deutschlands in Aschaffenburg Rat zu pflegen. Er sah sich schon im Geiste an der Spitze eines Fürstenbundes, zu dem er mit seiner gewöhnlichen Übertreibung ein Kontingent von 30 000 Mann stellen wollte, und beauftragte seinen Komitialgesandten Baron Günterode, der eigens nach Kassel berufen wurde, mit der Abfassung eines Gutachtens; derselbe war bereits zu einer Reise an die Höfe von Stuttgart, Karlsruhe und Dresden ausersehen. Da Günterode seine Arbeit mit der Bemerkung schloß, die Union müßte mindestens durch eine geheime Billigung von Seite Frankreichs sichergestellt werden, erhob der Kurfürst den lächerlichen Einwand, der Imperator könne auf Kosten des Deutschen Reichs dem Wiener Hofe sich gefällig erweisen; dieses Bedenken war durch die letzten Nachrichten aus Berlin hervorgerufen, wonach Laforest für die Harmlosigkeit des österreichischen Erbkaisertums eine Lanze brach. Ein zweites Memoire, von Baron Waitz verfaßt, brachte seinen Gebieter zwar von seiner Voreingenommenheit gegen Frankreich zurück; er sah allmählich ein, daß die Idee einer Assoziation Preußen unangenehm sein müsse und rechnete es sich zum Verdienste an, eine von Preußen unabhängige Meinung zu hegen. Es kitzelte ihn der Ruhm, „le premier moteur" dieses verdienstlichen Werkes zu sein. Er setzte

bereits die Höhe des von Bayern zu stellenden Kontingents auf 50000 Mann, des sächsischen auf 30000, des badischen und württembergischen auf 20—30000 fest. Der Kurprinz von Baden sollte die Garantie des Zaren erwirken. Seine Minister dagegen wiesen auf die Unmöglichkeit hin, vorerst mit Rußland zusammenzugehen, das nach der Katastrophe von Ettenheim seine Beziehungen zu den Tuilerien so gut wie abgebrochen hatte. War es bei dem launenhaften Fürsten auch wohl möglich, daß er wieder einen Schritt nach rückwärts tat, so fand Bignon doch die Gelegenheit so günstig wie noch nie, die Fürstenbundspläne zur Tat werden zu lassen. Mochte ihn Wilhelm immerhin über seine Unterredungen mit dem Erzkanzler täuschen, dieselben hätten nur Kreisangelegenheiten zum Gegenstand gehabt, Waitz hatte ihm alles verraten und stellte selbst die Mitwirkung Württembergs als zweifellos hin. Während der Abwesenheit des Kurfürsten war auch der bayerische Gesandte von Berlin, Graf Bray, nach Kassel gekommen, nicht im offiziellen Auftrag seiner Regierung, sondern nur um auf einer Urlaubsreise zu sondieren. Durch Günterode sah er, wie weit die Frucht schon gediehen war; Bignon redete ihm bald seine Idee aus, Preußen an die Spitze der neuen Allianz zu stellen; er wisse nicht, ob der Moment geeignet sei, aber wenn die kleineren Staaten sich den Usurpationen Österreichs entziehen wollten, hätten sie keinen Grund, sich in preußische Ketten zu werfen; es wäre vielmehr der rechte Zeitpunkt, ihre Unabhängigkeit zu sichern. Diese Vorschläge fanden bei dem Grafen um so eher Eingang, als nach dem Ausscheiden Preußens nur Bayern berufen schien, die erste Rolle zu spielen, und er gab sich selbst zum Werkzeug her, Frankreich als natürlichen und berufenen Schutzherrn der neuen Liga dem Kurfürsten von Hessen zu empfehlen.

Diese Vorgänge fielen in die Zeit, als Napoleon bereits seine Reise in die östlichen Provinzen angetreten hatte. Es handelte sich für ihn zunächst darum, an die Neuorganisation der vier rheinischen Departements den Schlußstein zu legen und sich bei den

Bewohnern dieser Gegenden populär zu machen; aber daneben verfolgte er auch andere Zwecke. Offenbar mit Absicht empfing Bonaparte den österreichischen Gesandten mit seinem neuen Beglaubigungsschreiben in Aachen, der alten Krönungsstadt der deutschen Kaiser. Ein Verständnis für die historischen Traditionen, die diese Gegend jedem Deutschen teuer machen, war bei dem Korsen nicht zu erwarten; aber man war in Paris unverfroren genug gewesen, von Franz II. die Überlassung des Schwertes und Evangelienbuches Karls des Großen zu verlangen, die bei den Krönungen der römischen Kaiser deutscher Nation bisher in Gebrauch gewesen waren; ein Begehren, das rundweg abgewiesen wurde. Mit byzantinischer Steifheit stellten nachher die offiziellen Zeitungen die Anwesenheit des Theatermonarchen in Mainz der berühmten Zusammenkunft Franz' II., Friedrich Wilhelms II. und vieler Reichsfürsten im Jahre 1792 entgegen. Schon im Frühjahr war das Gerücht aufgetaucht, Napoleon wolle sich in Aachen als Kaiser von Gallien und in Pavia als König von Etrurien krönen lassen, später erzählte man sich, er wünsche nach dem Ableben von Kaiser Franz zum deutschen Kaiser gewählt zu werden.

Um seinem Triumphzug den rechten Glanz zu verleihen, versäumte Napoleon es nicht, die deutschen Fürsten nach Mainz eigens einzuladen; aber es muß gesagt werden, noch war Fürstenstolz und Manneswürde genug unter ihnen zu finden, daß nicht alle wenigstens diesem Rufe Folge leisteten. Im großen und ganzen ist daher unter diesem Gesichtspunkt der Mainzer Fürstentag als mißlungen zu betrachten. Am 28. August benützte Talleyrand den vorher geäußerten Wunsch des Kurfürsten von Hessen nach einer Reise an den französischen Hof in einem Briefe an Bignon zur Anbringung einer Einladung nach Mainz. Aber eben war der Erzkanzler von Aschaffenburg nach Philippsruhe herübergekommen, als diese Aufforderung eintraf, und widerriet dem Kurfürsten, derselben Folge zu leisten; ihm selbst sei es unmöglich, in eine Stadt zu gehen, die für ihn mit den traurigsten Erinnerungen

verknüpft sei. Als Dalberg nachher seinen Entschluß änderte, wurde auch Wilhelm wieder wankend. Noch von Mainz aus empfahl Bignon und von Kassel aus die Kurfürstin die Reise ebenso eindringlich, als sich ein englisch gesinnter Flügeladjutant, der englische Gesandte Taylor und der preußische, Fürst Wittgenstein, dagegen aussprachen. Auch sein Bruder suchte ihn zu täuschen, er werde nicht gut vom Kaiser aufgenommen, und machte unwahre Angaben über den Empfang des Kurfürsten von Baden und des Kurerzkanzlers. Geplagt von dem Erbübel so vieler Fürsten, die in ihrem Thronfolger den schlimmsten Feind erblicken, mißgönnte Wilhelm dem Erbprinzen die Reise nach Mainz, die seine Gemahlin, eine preußische Prinzessin gern gesehen hätte. Ihn selbst hielt schließlich nur ein Gichtanfall davon ab, seinen Entschluß auszuführen und so ließ er sich durch den Freiherrn Gayling von Altheim vertreten. Kurfürst Friedrich von Württemberg fragte zunächst am Münchener Hofe an, wie man sich bei der bevorstehenden Reise des Kaisers zu verhalten gedenke; darauf antwortete Montgelas, man halte die Absendung einer Person zur Begrüßung des Kaisers umsomehr für überflüssig, da dieser Monarch seine Thronbesteigung nicht durch außerordentliche Gesandte mitteilen ließ. Man fühlte sich in Stuttgart zurückgesetzt, daß der Kurfürst von Baden und der Fürstprimas direkt zu einer Entrevue aufgefordert wurden. Wintzingerode erklärte dem Geschäftsträger Damace Reymond, sein Herr habe sich deshalb nicht erlaubt, nach Mainz zu reisen, was er gewünscht und im Falle einer Einladung sicher getan hätte; so ließ Friedrich sich durch den Freiherrn von Bühler vertreten, dessen Empfang man nicht ohne Bangen entgegensah.

In Berlin hätte Hardenberg gerne gesehen, daß Graf Bray von den Umständen profitiert und in Mainz sich richtige Informationen verschafft hätte; hieß es doch selbst, der König von Preußen wäre mit seiner Gemahlin Napoleon entgegengefahren, wenn ihn nicht die eben erschienene schwedische Note über die „insolence ridicule“ des „Mr. Bonaparte“ einen unangenehmen Empfang

hätte befürchten lassen und die Königin nicht ihrer Niederkunft entgegengesehen hätte. Wie dem auch sei, am bayerischen Hofe war das Verlangen nach einer Unterredung mit dem Korsen nicht so lebhaft. Als der französische Gesandte in München Otto durch Talleyrand am 18. Fruktidor von Aachen aus nach Mainz entboten wurde, sollte er vor seiner Abreise Max Joseph einen freundlichen Empfang versprechen, wenn der Kurfürst bei dieser Gelegenheit dem Kaiser seine Aufwartung zu machen wünsche; doch war dem Gesandten aufgetragen, sich dies keine besondere Anregung kosten zu lassen. Der Kurfürst hatte früher öfter eine Begegnung mit dem Kaiser als wünschenswert bezeichnet; aber augenblicklich machte ein seit dem Frühjahr angesagtes Feldlager für den 30. September seine Entfernung unmöglich; die Zusammenziehung von 15000 Mann in München auf zwölf Tage hätte bei den ohnehin nicht glänzenden Finanzen große Ausgaben verursacht. Mit dieser Motivierung war auch Otto zufrieden, als ihm der Kurfürst in Gegenwart des österreichischen Gesandten, so laut, daß dieser es hören konnte, beim Abschied zurief: „Legen Sie S. M. meine Huldigung zu Füßen. Versichern Sie ihn, nur die gegenwärtige Konjunktur hat mich gehindert, mich nach Mainz zu begeben. S. M. wird vielleicht mehr Nachsicht mit mir haben, wenn sie sich zu überzeugen geruht, daß ich mich nur deshalb angelegentlich mit der Organisation meiner Truppen beschäftige, um sie ihm zur Verfügung zu stellen, wenn er sie verwenden will, und sie dem Dienst unter seinem Befehl würdig zu machen“. Schon aus diesen Äußerungen geht hervor, daß Max Joseph aus eigener Entschließung keine Neigung zeigte, sich vor einem Manne persönlich zu demütigen, der durch die Beanspruchung fürstlicher Ehren für seine Verwandtschaft schon damals in vielen Kreisen sich mit dem Fluch der Lächerlichkeit beladen hatte; aber das Staatsinteresse schien ihm zu gebieten, Montgelas in eigener Person nach Mainz zu senden. Dazu hatte indessen dieser nicht die geringste Lust; er erhob den Einwand, er könne erst in zwei Tagen die Vorbereitungen zu einer so weiten Reise treffen, und werde wahrscheinlich dann zu spät nach Mainz

kommen. Außerdem werde er aus den Geschäften herausgerissen und das einfache Kompliment ließe sich viel billiger durch den Gesandten in Karlsruhe, Freiherrn von Reibeld, anbringen. Eine kurze Bemerkung gewährt einen tiefen Einblick in die Zukunftsträume, in denen sich der Minister schon damals bewegte. Wenn der Plan der Königswürde gereift sei, wenn man über die Territorialentschädigung für Eichstätt noch mehr nachgedacht habe und über das Los des reichsunmittelbaren Adels, wenn der Kurfürst sich vollständig und endgültig dahin entschieden haben werde, auf die Allianz mit Frankreich sein politisches System zu gründen, und die Anwesenheit des Papstes in Paris und andere Umstände ihm erlaubten, das bayrische Konkordat abzuschließen, dann halte er die Epoche für geeignet, wo seine Anwesenheit in Paris nützlich sein werde. Auch dagegen erhob er Einspruch, sich wegen einer Sache zu entschuldigen, zu der man weder durch Anstand noch Höflichkeit verpflichtet sei; die allzugroße Bereitwilligkeit anderer Fürsten möge immerhin auf Bayern ein übles Licht werfen; eine spätere Reise nach Paris werde alles wieder gut machen; nur dürfe man sich nicht durch bestimmte Angaben hierüber verpflichten; denn kein Gebot der Höflichkeit, des Anstandes, keine Rücksicht auf das gegenseitige Staatsinteresse lege die Notwendigkeit auf, eine Reise von 90 Meilen an den französischen Hof zu unternehmen. Im Sinne dieses Gutachtens erhielt Reibeld als Vertreter Bayerns nur ein Handschreiben, des Inhalts, der glückliche Augenblick, wo die Umstände dem Kaiser erlaubten, sich den deutschen Grenzen zu nähern, wäre auch derjenige gewesen, wo der Kurfürst persönlich ihm seine Huldigung darbringen wollte und für die Unterstützung bei der Regelung der deutschen Angelegenheiten danken; aber unaufschiebbare Geschäfte, die gebieterisch seine Anwesenheit in München verlangten, machten dies unmöglich; er hoffe indessen, in einem günstigeren Augenblick sich in der Hauptstadt vorzustellen.

Während man in München klare Erkenntnis der Staatsinteressen mit würdevoller Zurückhaltung zu verbinden wußte, fühlte man sich in Karlsruhe von der Einladung sehr geschmeichelt

und versprach sich nicht wenig von einer Entrevue. Als Reitzensteins Nachfolger Herr von Dalberg in Paris im Sommer 1803 durch Matthieu den Plan einer Aufteilung Hannovers an Preußen, Oldenburg und Hessen-Darmstadt erfuhr, und Bonaparte eine Reise nach Mainz plante, auf der er dem Kurfürsten mit dem Prinzen Ludwig zu begegnen hoffte, hatte Dalberg eifrig eine solche Zusammenkunft befürwortet, die der Eitelkeit des ersten Konsuls schmeicheln werde, dem Kurfürsten aber erwünschten Anlaß biete, seine Interessen bei der Entscheidung über Hannover und über den Maltheserorden zur Sprache zu bringen, und Edelsheim gab in einer beinahe unwürdigen Form die Bereitwilligkeit seines Gebieters zu erkennen, darauf einzugehen. Damals wurde aber der Triumphzug Napoleons noch verschoben. Jetzt hatte sich in den Anschauungen Dalbergs eine solche Wandlung vollzogen, daß er eine Vertretung durch den Kurprinzen für ausreichend hielt; die Markgräfin Amalie teilte diese Ansicht und der Kurfürst von Hessen-Kassel bestärkte Karl Friedrich darin; allein das Zureden Edelsheims und die Einflüsterungen des Markgrafen Ludwig, jedenfalls auch die Hoffnung auf politische Vorteile verleiteten den greisen Fürsten zu einem Schritt, dessen Unterlassung ihm schon wegen der Erinnerung an die freche Verletzung seines Gebietes durch die Ettenheimer Gewalttat niemand hätte verdenken können. Am 22. September traf der Kurfürst in Begleitung seiner Gemahlin, des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig in Mainz ein, wo bereits — entgegen seiner früheren Entschließung — der Kurerzkanzler sich eingefunden hatte, um dem Kurfürsten von Hessen-Kassel den Rang abzulaufen. Außer diesen beiden Herrschern mit ihrem Gefolge und den bayrischen, württembergischen und hessischen Gesandten waren vertreten: Darmstadt durch den Erbprinzen und Herrn von Barkhaus; Nassau durch Gagern; die Stadt Frankfurt durch die Herren von Humbrecht und Metzler; der zweiundsiebzigjährige schwache Fürst von Thurn und Taxis, dessen Sohn in Regensburg krank darniederlag, schickte den Geheimrat von Vrintz; persönlich waren zugegen der Landgraf von Hessen-Homburg, die

Fürsten von Nassau-Usingen und -Weilburg, von Schwarzburg-Rudolstadt und Salm-Krautheim, die Fürsten und Grafen von Isenburg, Leiningen, Löwenstein-Wertheim (dieser mit seinem Geheimrat Feder) und Solms, die Grafen von der Leyen, von Bassenheim, Reuß-Ebersdorf, Stollberg, Ingelheim und Schönborn. Auch viele vornehme Damen hatten die Festlichkeiten angelockt; im Theater, zu der die kaiserliche Komödie von Paris gekommen war, bemerkte man die Witwe des Kurfürsten Karl Theodor. Außer Laforest und Matthieu, Talleyrand und Durand fanden sich die französischen Gesandten an den wichtigeren deutschen Höfen, von München, Karlsruhe, Darmstadt, Kassel, Frankfurt u. s. w. ein, die alle — außer Massias — mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet wurden. Auch die meisten deutschen Gesandten in Paris waren zugegen. In der von Fremden aller Nationen und Stände überfüllten Stadt stiegen die Preise der Lebensmittel und Wohnungen ins Ungeheure; aber eine Feststimmung wollte nicht recht aufkommen; oft hörte, man, man illuminiere nur, weil man müsse. Viele Transparente bei der Beleuchtung klagten über den traurigen Zustand der Stadt wie: „Hilf dieser armen Stadt, die kein Commerz und viele abgebrannte Häuser hat“ oder: Domine salva nos, perimus. Unter den auf Napoleon bezüglichen Emblemen sei nur der Wage an der öffentlichen Bibliothek gedacht, die in der einen Schale den Kaiser, in der andern Europa im Gleichgewicht darstellte mit der Umschrift: Unus sufficit. Ueber den Einzug des Imperators und seiner Gemahlin am 20. September gegen vier Uhr nachmittags berichtete die Mainzer Zeitung: „Da war kein Auge, das den Mann nicht suchte, in dem die Welt den größten Helden, den größten Staatsmann und den größten Beherrscher unserer Zeit bewundert.“ Der Cäsar trug die einfache Uniform eines Offiziers der Grenadiere zu Pferde mit doppelten Epauletten; sein Gefolge war weder zahlreich noch glänzend; überhaupt reichte der in Mainz entfaltete Prunk nicht an die Pracht der späteren Kaiserzeit heran; und doch hat der Mann mit dem schwarzen ungepuderten Haar, mit dem bräunlichen und feisten

Antlitz, das keineswegs den überall verbreiteten Kupferstichen und Büsten entsprach, mit dem nachdenklichen ernsten und manchmal strengen Gesichtsausdruck, dem nur zu Zeiten ein flüchtiges Lächeln ein freundliches Ansehen verlieh, auf alle Beobachter einem unauslöschlichen Eindruck gemacht.

Zunächst wurden vom Kaiser nur die beiden Kurfürsten und die zwei badischen Prinzen in Audienz empfangen. Sie blieben zum Essen und begleiteten den Kaiser in die Komödie. Die Kurfürsten waren im Wagen des Kaisers, die Prinzen in denen der Großwürdenträger zum Theater gefahren; der Fürstprimas bot der Kaiserin den Arm. Am 23. September überreichten die Gesandten von Bayern, Württemberg, Hessen-Kassel und Darmstadt, Weilburg, Taxis und Frankfurt ihre Glückwunschschreiben. Zu Reibeld sagte der Kaiser, er sehe immer diejenigen gern, die vom Kurfürsten von Bayern kämen; er erkundigte sich nach der Gesundheit Max Josephs und seiner Gemahlin, nach dem Lager, seiner Dauer, der Zahl der Truppen und ihrer Besoldung. Dem Baron Bühler äußerte er die Hoffnung, mit allen seinen Nachbarn in Frieden zu leben; er erwarte auch, daß der Kurfürst von Württemberg wirksam an der Ruhe nnd dem inneren Gedeihen seines Landes arbeite. Diese Bemerkung bezog sich nur auf den Zwist zwischen Vater und Sohn, nicht auf die Streitigkeiten mit den Ständen; damals hielt es — wenigstens nach Talleyrand — Napoleon noch unvereinbar mit seinen Prinzipien, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. Bei den Deputierten von Frankfurt angekommen, erhob er mit lauter ernster Stimme schwere Vorwürfe über die unpolitische Haltung der Stadt, ihre Schonung der englischen Spione, ihre Neigung, die Kontrebande zu begünstigen und mahnte zur Annahme eines ihren wirklichen Interessen mehr entsprechenden Systems; wenn man ihn zwinge, einen Kontinentalkrieg zu führen, werde er Hamburg dem König von Preußen und Frankfurt — hier hielt er plötzlich inne — einem benachbarten Fürsten geben, der danach schon lange lüstern sei. Daran schloß sich ein Empfang bei der Kaiserin und

eine Einladung zur Tafel bei dem Marschall Duroc. Am folgenden Tage wurden die anwesenden Fürsten dem Kaiser vorgestellt, nicht ohne daß es zu den üblichen Zeremoniellstreitigkeiten zwischen ihnen gekommen wäre. Sie wurden, je nachdem die Physiognomien gefallen mochten, nach ein oder zwei Minuten wieder entlassen, über zwei Minuten soll es keiner gebracht haben. Nach diesen feierlichen Empfängen war der Kaiser niemand mehr zugänglich. Auch auf der Straße erschien er nur selten. Man hielt streng an der neuen Etikette fest, welche niemand mehr bei dem Imperator zur Tafel zuließ. Auch die badischen Fürstlichkeiten und der Kurerzkanzler speisten nur bei der Kaiserin und waren ohne jede Begleitung nur zum Cerkle zugelassen. Der letzteren Auszeichnung wurden wohl auch ein oder das andere mal der Erbprinz von Darmstadt, der Fürst von Usingen und der Landgraf von Hessen-Homburg gewürdigt. Trotz aller Auszeichnungen fühlte sich niemand recht glücklich. Karl Friedrich war verletzt, weil sein Besuch vom Kaiser nicht erwidert wurde, und Dalberg zeigte sich besonders darüber empfindlich, daß ihn Talleyrand einmal lange auf sich warten ließ; derselbe äußerte sich auch, als der Fürstprimas ohne vorherigen Abschied bei ihm verschwand, dahin: celui-là m'est échappé. Natürlich wurde auch eine Unsumme von Klatsch und Anekdoten verbreitet. Als der Kaiser einmal auf die rechte Seite des Rheins ritt, soll er seine Garde auf dem linken Ufer zurückgelassen haben mit dem Ausruf, er wolle keine Gebietsverletzung begehen. Dem Erbprinzen von Baden machte er auf seine Erzählung, er sei in den Straßen der Stadt spazieren gegangen, den Vorhalt, er hätte lieber die Befestigungen prüfen sollen: „Was denken Sie? vielleicht müssen Sie eines schönen Tags Mainz belagern. Als ich einfacher Artillerieoffizier war, ging ich in Toulon spazieren; wer hätte mir damals gesagt, daß mich das Schicksal einst zur Einnahme dieser Stadt berufen würde?" Hie und da kam die Verstimmung über das Fernbleiben so vieler Fürstlichkeiten zum Ausdruck, die man bestimmt erwartet hatte. Otto sprach Reibeld gleich nach seiner Ankunft seine Erwartung

aus, den Kurfürsten im November in Paris zu sehen. Dieser berief sich dagegen auf die angegriffene Gesundheit Max Josephs, die unter der Kälte leiden werde, und den Zustand Karolinens. Unter dem Eindruck dieser Äußerungen von Otto hielt Talleyrand zunächst mit der Einladung zur Krönung zurück; er sprach aber mit Vergnügen von der Zeit, wo er Gelegenheit hatte, den Kurfürsten in Frankreich zu sehen, von dem Wunsche, sich demselben nützlich zu erweisen. Die Überhäufung mit Geschäften verhinderte den Kaiser, den bayerischen Gesandten nochmals in Audienz zu empfangen. Statt dessen ließ er durch Talleyrand ihm einen wertvollen Ring mit vier Steinen überreichen — Bühler erhielt einen minder kostbaren — und alle erdenklichen Artigkeiten sagen. In seiner Antwort an Max Joseph vom 1. Oktober erkannte er unter lebhaftem Bedauern die von diesem angeführten Abhaltungsgründe an und knüpfte daran die sichere Erwartung, ihn bald in Paris begrüßen zu können. Vor den beiden anderen Kurfürsten sprach er von dem Besuch des bayerischen Herrschers anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten wie von einem sicheren Ereignis. Reibeld überzeugte sich, daß man das größte Gewicht darauf legte. Der Kurfürst von Baden entschuldigte sein Ausbleiben im voraus mit seinem hohen Alter und versprach bloß, den Markgrafen Ludwig zu senden. Auch die Vertreter der anderen Fürstlichkeiten erhielten Einladungen an ihre Gebieter nach Paris; aber nur Dalberg sagte zu. Am 3. Oktober verließen die Majestäten die Stadt wieder, nachdem einzelne Fürstlichkeiten und Diplomaten schon vorher abgereist waren.

Die abenteuerlichsten Gerüchte knüpften sich alsbald an diesen vierzehntägigen Aufenthalt Napoleons in Mainz und bis in die neueste Zeit haben Historiker hier die Fäden gesucht, welche später zum Rheinbund zusammengeschlagen wurden. Man behauptete mit Bestimmtheit, daß außer dem Rheinschiffahrtsoktroi und dem Konkordat noch Gegenstände ganz anderer Art in Wünschen und Anträgen von der französischen Regierung angezogen worden seien. Die mannigfaltigsten Pläne von neuen Länderteilungen, die wegen

des Mangels an Authentizität der Quellen keine deutlichen Angaben erlaubten, waren im Umlauf. Sie gründeten sich hauptsächlich auf zwei Voraussetzungen: auf Abtretung des Inns oder der Isarlinie an Österreich und den Entschluß Frankreichs, die kurhannoverschen Lande nicht wieder an Großbritannien zurückzugeben. Bald wurden als Ersatz für Bayern die fränkischen Lande bis an den Rhein bezeichnet, bald die schwäbischen Besitzungen in Württemberg, dessen Fürstenhaus in die deutsche Schweiz — nach anderen nach Hannover — verpflanzt werden sollte. Zum Ersatz für diese Änderungen waren die hannoverschen Gebiete ausersehen, wobei jedoch die Vorsicht ausgesprochen wurde, für Frankreich ein beständiges Faustpfand für künftige Irrungen mit Großbritannien in Reserve zu behalten; ein englischer Agent in Regensburg stellte diese Dislokationen seiner Regierung nicht als Ausgeburten der Phantasie, sondern als entdeckte Geheimnisse hin. In fränkischen Blättern war davon die Rede, der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Anton solle bei den Neuaufteilungen besonders begünstigt werden, mehrere freie Städte in Süddeutschland ihre Reichsunmittelbarkeit verlieren. Eine ganz besondere Legende knüpfte sich an die Anwesenheit Matthieus in Mainz. Derselbe sollte Anregung gegeben haben, für Frankreich ein elftes Kurfürstentum in Deutschland zu errichten, zu welchem man die auf dem linken Rheinufer liegenden Teile der Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln nehmen könne. Man versicherte, Napoleon sei diesem Plane beigetreten, und mit dessen Ausführung beschäftigt. Eine letzte Gruppe endlich — und davon wußte auch Lucchesini seinem Hofe aus Paris zu berichten — beschäftigte sich mit den Fürstenbundsplänen, die in Mainz zur Reife gediehen sein sollten. Natürlich mußten solche Gerüchte, auch wenn sie vielfach der Begründung entbehrten, die Gemüter verwirren und beunruhigen, weshalb sie auch von den französischen Ministern selbst wiederum als übertrieben und ungerechtfertigt bezeichnet und abgeschwächt wurden. Gewiß ist, die emsigste und unrühmlichste Tätigkeit in Mainz wurde von den kleinen Agenten

und kleinen Fürsten ausgeübt. Viele benützten die Gelegenheit, begründete oder unbegründete Klagen über die Nichtausführung der ihnen im Reichsdeputationsrezeß zugesagten Vorteile anzubringen; der Kurfürst von Baden sprach in Mainz seinen lange gehegten Wunsch aus, den Söhnen aus zweiter Ehe das Recht der Erbfolge zu sichern und Napoleon sagte ihm auf das bestimmteste seine Unterstützung desselben in Wien zu. Der Kaiser bezeichnete es ferner als einen Fehler, daß man den Breisgau und die Ortenau in Österreichs Händen gelassen habe, und meinte, man müsse ihn bei der ersten schicklichen Gelegenheit wieder gut machen, indem man diese Landesteile Baden überlasse. Neben Baden erhoben vor allem Darmstadt und Leiningen über die ihnen zugefallenen pfälzischen Schulden Vorstellungen; sie nannten sich ruiniert, wenn man nicht auf die neuen pfalzbayerischen Besitzungen einen Teil von der Schuldenlast der alten abwälze. Der Fürst von Löwenstein begehrte nichts geringeres als einen ähnlichen Erbvergleich mit Bayern, wie er mit Herzog Wilhelm zu stande gekommen war. Sein Agent Feder verfolgte die ausgesprochene Absicht, den Intriganten zu spielen und suchte, indem er bei der Table d'hôte Orden und kostbare goldene Dosen auskramte, Liebhaber von dergleichen an sich zu ziehen. Matthieus Aufenthalt wurde zwar wiederholt, auch von Laforest, dahin ausgelegt, er wollte sich um die Stelle eines Direktors des Octroi der Rheinschiffahrt bewerben; er habe sich darum auch bei dem Erzkanzler bemüht und dem Kaiser sich zu nähern versucht. Aber er wurde von diesem ferne gehalten und mußte abreisen, ohne sein Ziel erreicht zu haben. Dagegen ist nun freilich einzuwenden, daß die Stelle schon vor der Abreise von Matthieu aus Paris vergeben war und dieser darum wissen mußte; er scheint also Laforest, dessen Beziehungen zu Talleyrand er fürchtete und den er auch sonst nicht leiden konnte, getäuscht zu haben. Er trug in seinem Portefeuille ausgearbeitete Pläne, die er Talleyrand vorlegte, wonach der gewalttätige Münchener Hof, der begehrliche Kurfürst von Kassel und der verfassungstreue Fürstprimas ihre Schützlinge durch buchstäbliche und erzwungene Auslegung der letzten Reichsgrundgesetze

schädigten. Talleyrand war zweimal beim Erzkanzler, um über diese Dinge sich mit ihm zu beraten, und es gelang dem letzteren erst nach der zweiten Unterredung, ihn zu einer ablehnenden Haltung zu bestimmen. Auch an den Fürsten selbst trat Matthieu heran, mit Papieren in der Hand, welche die Ungerechtigkeiten des letzten Rezesses und die Notwendigkeit dartun sollten, mit Außerkraftsetzung desselben neue Eventualprojekte auszuarbeiten, welche auf der Teilung von Hannover fußten. Allein Dalberg hatte es noch nicht verschmerzt, daß sein schönes Kurfürstentum nur Pygmäen als Beute zugefallen war; er hätte sich darüber getröstet, wenn sein Land dem Kurfürsten von Hessen oder einem anderen größeren Fürsten von Deutschland zugefallen wäre, und Deutschland dadurch an innerer Kraft gewonnen hätte. Indem er also Matthieu abwies, hat er sich ein entschiedenes Verdienst um die deutsche Sache erworben. Angesichts so trüber Aussichten für die Zukunft und in dem Schmerz um das Auseinandergehen des Reiches mochte es wohl sein, daß er einmal unter Tränen nach dem Zusammensein mit Napoleon dem greisen Karl Friedrich in die Arme fiel. Und doch war die Gefahr nicht so unmittelbar nahe. Wenn der Kaiser auch noch so siegesbewußt auftrat, und nach seinen Drohungen an die Gesandten von Frankfurt den Plänen Matthieus vielleicht nahe zu stehen schien, so beweisen doch wieder andere Äußerungen von ihm, daß er eine Änderung des letzten Abkommens mit dem Reich, das nur unter Zustimmung von Rußland, Österreich und Preußen möglich gewesen war und eine wenigstens leidliche Ordnung der Dinge geschaffen hatte, für den Augenblick nicht herbeiwünschte. „Die Engländer wollen den Kontinentalkrieg, aber sie sollen ihn nicht haben,“ soll er einmal gesagt haben. Wem dieser oder jener Wald, diese oder jene Propstei gehörte, war ihm am Ende doch gleichgültig; um so pueriler Interessen willen wäre ihm ein Krieg mit Deutschland zu teuer gewesen. Eine ganz andere Frage war die einer Verbindung deutscher Fürsten, und dafür hatte Bignon zwischen dem 18. und 22. September in Mainz noch vor der Ankunft des Kaisers in neuen „observations“ das Leitmotiv angegeben. Zwar

erzählte auch hierüber Laforest, Durand habe von dem Minister in Hessen ein Memoire von 48 Seiten erhalten, so langweilig, daß er bei der 36. Seite eingeschlafen sei; Talleyrand sei dasselbe niemals vorgelegt worden. Damit können aber die kurzen Bemerkungen, die ihrem Zweck durchaus gerecht wurden, nicht gemeint sein. Laforest befand sich eben unter dem Einflusse des Berliner Hofes, wo man allen Fürstenbundsplänen unter nichtpreußischem Protektorat abgeneigt war; er legte den Berichten der kleinen Agenten keine Bedeutung bei und hatte in Mainz in Talleyrand gedrungen, gegen subalterne Intrigen das französische Kabinett zu schützen, daß es den fremden Nationen nicht mehr zum Gespötte diene.

Ausgehend von der günstigen Stimmung verschiedener Höfe, hielt es Bignon nach seiner Denkschrift für äußerst nützlich, wenn vom Kaiser in Mainz eine direkte Ermunterung zu dem Fürstenverein ausgegangen wäre. Hätten sich erst einmal zwei oder drei vereinigt, dann würden die anderen bald nachfolgen. Sonst aber werde es bei der kleinlichen Gesinnung und der Schwerfälligkeit der deutschen Regierungen noch lange dauern, bis man dahin komme. Die Vorlage eines ausgearbeiteten Plans würde dem Mißtrauen Vorschub leisten; jeder Artikel würde neues Nachdenken verursachen, dem man vorbeugen könne durch eine Präliminarakte, die sich aus allgemein anerkannten Grundsätzen zusammensetzen würde. Man könne zu diesem Zweck einen der kurfürstlichen Minister vorschieben; die einzelnen Artikel ließen weitere Spezialverhandlungen zu. Es werde zwar nicht ausbleiben, daß aus diesem Anlaß aufs neue gegen den erdrückenden Einfluß der Tuilerien geschrieen werde. Das dürfe aber Frankreich nicht abhalten; wenn die Tätigkeit des Kaisers überall sichtbar sei, warum sollte man sie auf diesem Gebiete in Schleier hüllen, die doch immer durchsichtig und verräterisch wären? Offenes Handeln sei in diesem Falle einer falschen Delikatesse vorzuziehen; es wäre lächerlich, Napoleon ein Verbrechen daraus zu machen, daß er den Wünschen der deutschen Fürsten entgegenkäme. Alles in allem sei der Kurfürst von Hessen vom lebhaftesten Verlangen nach dieser Assoziation erfüllt; Baden und der Erzkanzler

würden Frankreichs Willen sich beugen. Lasse man diesen Zeitpunkt verstreichen, so würden fremde Intrigen die Ausführung hinausschieben oder für immer unmöglich machen. Auf Österreich und Preußen habe man gar keine Rücksicht zu nehmen, Rußland aber, so gerne es sonst alles schlecht mache, was Frankreichs Einwilligung finde, werde sich gerne mit uns in die Rolle eines Beschützers von Deutschland teilen. Aus den zerstreuten Gliedern des germanischen Skeletts einen gesunden Körper zu schaffen mit allen damit verbundenen oft berührten Vorteilen für Frankreich, das sei ein Werk, des Kaisers wohl wert, und würde überall als eine Wohltat empfunden.

Aus den Mitteilungen Dalbergs geht hervor, daß dieser Appell bei Napoleon und Talleyrand, die sich ja schon früher mit ähnlichen Ideen beschäftigt hatten, Eingang fand. Der Imperator scheint anfangs an dem durch glänzende Eigenschaften als Mensch wie als Herrscher ausgezeichneten Fürstprimas, der durch seine — ob ehrliche? — Uneigennützigkeit Eindruck machte und dem er außerdem als Leiter des deutschen Reichstags einen übertriebenen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten beimaß, wirklich Gefallen gefunden zu haben. Andererseits nahmen die zahlreichen Aufmerksamkeiten, mit denen er überschüttet wurde, den eitlen Fürsten vollständig gefangen. Einige Jahre vorher hatte er die stolzen Worte geschrieben: „Der ehrliche standhafte Mann kann Schwarzbrot essen und alles dulden, aber sein Pflichtgefühl verkaufen, das kann er nie.“ Dann, als ihm aus Paris über die Geschäftsleitung Albinis eine ungnädige Bemerkung zuging, rief er aus: „Die Franzosen wollen den Herrn Minister und mich zur Komplizität der Gewalttätigkeit und Habsucht bringen; sie bedienen sich der Mittel, die nur auf schlechte Menschen wirken: Furcht und Hoffnung.“ Aber bereits in der Kaiserkrönung Napoleons sah er nur das Werk des unermeßlichen Genies, der unüberwindlichen Energie und der hohen Weisheit, mit der die Vorsehung ihn ausgerüstet hatte. „Vollenden Sie Ihr Werk“, schrieb er am 17. Mai 1804 an den Imperator, „die Fortschritte der Aufklärung zu ermuntern,

indem Sie sich dem Glück der Menschheit widmen und die Religion erhalten; das ist die Hoffnung ihrer Zeitgenossen." Über die Eindrücke, die er in Mainz erhalten, erzählte er bald darauf dem französischen Gesandten Portalis: „Alles, was Wunderbares in Ihrer Geschichte geschehen ist seit fünf Jahren, ist einfach und natürlich für mich geworden, seit ich den Helden gesehen habe." Als der Kurfürst von Kassel ihn zuerst in seine Pläne einweihte, gab er die sonderbare Antwort, er wolle dieselben den Ministern der verschiedenen Höfe in Regensburg mitteilen. In Mainz erfuhr er nun, daß Talleyrand eingeweiht sei und Napoleon dafür Interesse zeige; er mied nun auch seinerseits diesen Gegenstand in seinen Unterredungen mit dem Kurfürsten von Baden nicht und versprach dem Kaiser, von seinen weiteren Beobachtungen Rechenschaft zu geben. Ihm war freilich die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse wichtiger. Die religiöse Anarchie sei ebenso untunlich wie die politische, betonte Albini, und nach Regensburg zurückgekehrt, beschäftigte sich Dalberg eifrig mit dem Konkordat. Hier zerstreute er auch die Gerüchte über die neu bevorstehenden Teilungen in Deutschland. Seine Erzählungen über seinen günstigen Empfang in Mainz machten Sensation als neuer Beweis für das lebhafte Interesse, das der Kaiser den deutschen Angelegenheiten überhaupt zuwende. Gegen einen neuen deutschen Bund hatte der Fürstprimas vor allem das Bedenken, daß eine solche Liga nicht imstande wäre, die drohenden Übel zu zerstreuen, sondern nur ihnen ein neues hinzufüge. Der Fürstenbund von 1785 hatte nach seinen persönlichen Erfahrungen auch nur einige Tage wirkliche Existenz gehabt. Da der Kurfürst von Hessen als der einzige, der schon ein Armeekorps kommandierte, den Oberbefehl über die Bundesarmee beanspruchen zu können meinte, sah er neue Schwierigkeiten voraus; Bayern würde ihm diese Ehre streitig gemacht, Sachsen seine Truppen vermutlich nur einem eigenen General anvertraut haben. Österreich und Preußen stand der Erzkanzler unparteiisch gegenüber; nur wollte er das übrige Deutschland davon unabhängig wissen. Auch die Erhaltung der deutschen Verfassung lag

ihm am Herzen; darum sprach er lieber von einem dritten Gegengewicht als von einer dritten Macht. Er zweifelte nicht an der Aufrichtigkeit des Kurfürsten von Hessen und hätte mit Hilfe Frankreichs dessen Pläne gerne verwirklicht. Darum sprach er auch mit Rechberg und dem sächsischen Minister Globig davon und sandte Beust nach Dresden und Kassel. Sachsen schien indessen nur eintreten zu wollen, wenn die Allianz unter russischen Auspizien zuwege gebracht würde. Dalberg schrieb diesen Entschluß der weiten Entfernung des Dresdener Hofes von Frankreich zu und der Gefahr, die ihm von Preußen und Österreich drohte; Beust jedoch behauptete, der Kurfürst trage Bedenken, sich Frankreich in die Arme zu werfen. In Kassel stellte der Gesandte des Kurerzkanzlers zunächst die Beistimmung der großen Mächte als unumgänglich hin; beide Herrscher, Wilhelm und Karl Theodor, wollten in Paris ihre Minister gemeinsam vorgehen lassen. Ersterer hatte ein Wort von Talleyrand an Bignon, das dieser ihm wieder hinterbrachte, leidenschaftlich aufgegriffen, daß er nämlich zum Schildträger (homme d'armes) des neuen Bundes bestimmt sei. Der französische Gesandte nahm daraus Anlaß zu dem Hinweis, in Paris könne Wilhelm seine Pläne am besten fördern. Die französische Reise beschäftigte ihn noch immer; aber die Gräfin Schlotheim wollte ihn dabei begleiten und dieselbe auf das Ende des Winters verschieben. Den Vorschlag, den Erbprinzen an den Krönungsfeierlichkeiten teilnehmen zu lassen, tat der Kurfürst mit mit den Worten ab: „Wie? Er sollte den Kaiser gesehen haben und ich nicht?" — eine Äußerung, welche zeigt, was für eine große Ehre in seinen Augen die Bekanntschaft mit dem Kaiser war. So weit war man allmählich in Kassel in französische Fesseln gekommen, daß eine Dame bereits Bignon eine Prinzessin von Hessen-Rotenburg als Gemahlin für den Oberst Beauharnais empfahl. Der Krönungstag wurde auch hier am 2. Dezember festlich begangen, und aus diesem Anlaß dem französischen Gesandten eine Tasse aus der Berliner Porzellanfabrik überreicht mit der Aufschrift: „Vive Napoleon empereur des Français couronné le 2. Décembre 1804."

Für den Fürstprimas bedurfte es nach der bündigen Zusage, die er in Mainz gegeben hatte, keiner weiteren Überlegung, nach Paris zu reisen, wo er im Hause von Talleyrand abstieg. In München benutzte Montgelas die zufällige Anwesenheit der Gesandten von den drei wichtigsten europäischen Höfen, sich von ihnen ein Gutachten geben zu lassen, ob sie im Staatsinteresse eine Reise des Kurfürsten nach Paris für notwendig hielten? Alle drei waren einig, daß Frankreich Bayern die wichtigsten Dienste leisten werde; aber nur Cetto hielt die Reise für notwendig; er meinte, ohne dieselbe das Kabinett der Tuilerien um keinen Gefallen mehr bitten zu können. Besonders beachtenswert ist, daß von Gravenreuth und Posch die Frage berührt oder angedeutet wurde, ob es sich mit der Würde eines geborenen Herrschers vertrage, die Krönung eines Usurpators durch seine Gegenwart zu beehren. Indem schließlich die drei Gesandten und auch Montgelas die Entscheidung als eine rein dynastische Angelegenheit dem Kurfürsten zuschoben, war diesem die Sache leicht gemacht. So schrieb Max Joseph am 13. Oktober an den Kaiser, wenn er nur sein Herz zu fragen hätte, würde er an Stelle seines Gesandten seine Glückwünsche persönlich darbringen; aber er könne seine Frau, die ihn zum glücklichsten aller Sterblichen mache, die durch den Verlust eines Kindes in ihrer Gesundheit geschwächt sei und auf niemand höre als auf ihren Gemahl, in der schweren Stunde ihrer Entbindung nicht allein lassen; wenn er sie verlasse, riskiere er, sie zu verlieren und mit ihr all sein Glück. Es bleibe ihm daher nichts anderes übrig als seine Dankbarkeit ein andermal mündlich auszusprechen und er bitte schon im voraus, daß ihn seine Gemahlin hiebei begleiten dürfe. Ein Grund, der den drei Gesandten unbekannt war, aber bei dieser Entschließung gewiß auch mitgewirkt hatte, war, daß sich Napoleon schon seit Juli 1804 für seinen Stiefsohn um die Hand der Prinzessin Auguste bemühte, die man in München nicht zu geben geneigt war. Die Stellungnahme Bayerns war für den Stuttgarter Hof vorbildlich. Einen Augenblick dachte man hier daran, den Prinzen Paul an die Seine ab-

zufertigen; so aber wurde mit der Vertretung Normann betraut. Von Karlsruhe wurde, nicht einmütig und erst auf wiederholte Mahnung Talleyrands, der Kurprinz und Markgraf Ludwig nach Paris entsandt, wo sie bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet wurden. Für sie hatte Reitzenstein in nicht amtlicher Stellung eine Instruktion entworfen, welche den Wert und die Bedeutung der Erwerbung des Breisgaues und der Ortenau für Baden erörterte und zeigt, wie großen politischen Gewinn man sich von der Reise versprach. Allein es bot sich kein Anlaß, darauf einzugehen, und man mußte sich mit einer Wiederholung der Zusicherungen begnügen, die Napoleon in Mainz gegeben hatte. Auch in der Erbfolgefrage kam man nicht viel weiter, und noch weniger Glück hatte man mit anderen Anliegen. Auf einen Wink Talleyrands beschloß auch die Frankfurter Union, das Krönungsfest durch eines ihrer Mitglieder zu beschicken. Graf Solms-Laubach, nicht gesonnen, aus dem Dunkel des Privatlebens auf den politischen Schauplatz zu treten und wohl erwägend, daß es die Sicherheit eines kleinen Herrschers in diesen Zeiten erheische, bei keinem der verschiedenen Machthaber zu mißfallen, schützte Verhinderung vor; das nämliche tat der Erbprinz von Leiningen. Hiedurch hatte Fürst Karl von Isenburg keine andere Wahl, als die Mission nach Paris zu übernehmen. Damals erlangte die Frankfurter Union ihre rechtliche Anerkennung durch den Kaiser und die seit Juli 1804 betriebene Vertretung durch einen eigenen Gesandten in Paris.

Noch mehrere andere Fürsten waren persönlich erschienen oder hatten sich vertreten lassen, und die kleinen bestechlichen Agenten wie Matthieu, der eben erst von der badischen Regierung sich 6000 Louisd'or Douceur hatte anweisen lassen, entfalteten aufs neue ihr lichtscheues Treiben, das Laforest schon in Mainz so schroff verurteilt hatte. Jetzt unternahm Hauterive das verdienstliche Werk, sich über den Liebling Talleyrads, Durand, beim Kaiser zu beschweren, indem er die groben Indiskretionen und die Unvorsichtigkeit des Löwensteinschen Geheimrats Feder geschickt zu benutzen ver-

stand. Auch war dem Kaiser zu Ohren gekommen, daß die Saarbrückenschen Prinzessinnen zur Erwirkung der Herausgabe ihrer Allodialerbschaft Talleyrand und seinem Anhang ein Präsent von 600000 Livres zugesichert hatten. Matthieu wurde nun freilich die erbetene Entlassung nicht gewährt, da man seine Beihilfe in den deutschen Angelegenheiten bei der Altersschwäche und Kränklichkeit Pfeffels nicht entbehren konnte, aber man sah den Beamten in der Folge doch etwas strenger auf die Finger. Auch die Unionsgedanken kamen in mannigfaltiger Form wieder zur Sprache; der hessische Freiherr Otto von der Malsburg konferierte unter Vorweis eines auf den Ideen von 1803 fußenden Projektes darüber mit dem badischen Freiherrn von Dalberg. Napoleon selbst empfahl dem Kurerzkanzler, nach seiner Rückkehr nach Regensburg die Sache in die Hand zu nehmen. Nach Matthieus Andeutungen hätte es sich dabei um einen förmlichen Kongreß gehandelt, der sich mit der neuen Kreisorganisation, mit dem strittigen Schuldenwesen, mit dem deutschen Konkordat und den Supplementsentschädigungen beschäftigen und alle noch rückständigen deutschen Angelegenheiten zum Austrag bringen sollte; inzwischen war aber in den beteiligten Kreisen der Eifer bedenklich erkaltet. Graf Beust traf auf der Reise von Paris nach Frankfurt mit dem russischen Gesandten Grafen Oubril zusammen und glaubte nichts besseres tun zu können, als ihm den Plan im einzelnen zu verraten. Dieser erwiderte das Vertrauen dahin, er glaube, sein Hof werde gerne darauf eingehen und sich mit Frankreich an der Annahme des Protektorats beteiligen, obgleich die guten Beziehungen zwischen beiden Mächten einstweilen abgebrochen seien; in dieser Beziehung sei das Interesse von Petersburg und Paris homogen. Der Kurerzkanzler billigte die Haltung seines Gesandten durchaus nicht, aber er sah darin einen Schritt ohne Folgen, da Rußland zweifellos davon schon unterrichtet gewesen sei. Aber in Kassel führte man alsbald darüber Klage, daß der preußische Gesandte in Regensburg Graf Görtz nach den Eröffnungen des Fürstprimas der Sache auf die Spur gekommen sei; darauf antwortete der Beschuldigte

mit dem Gegenvorwurf, auch dem Fürsten Wittgenstein sei davon Mitteilung gemacht worden. Baron Waitz stellte das zwar für seine Person in Abrede, konnte sich jedoch für den Kurfürsten nicht verbürgen. Nach diesen Zwischenträgereien fand Bignon die Verwirklichung der vielverheißenden Idee, die Preußen einen Zügel anlegen sollte, viel schwieriger, und sah in ihnen einen neuen Grund zum Mißtrauen gegen den Kasseler Hof. Abgesehen von diesen Indiskretionen war auch Lucchesini in Paris nicht lange in Unwissenheit geblieben. In einer Unterredung mit Cetto nahm er deshalb eine drohende Haltung an; der Wiener Hof habe von den Eröffnungen Ottos in München Kunde erlangt und das Berliner Kabinett eingeladen, mit Hintansetzung aller Rivalität dem neuen System zuvorzukommen. Wenn der Kurfürst gleichwohl in dieses Bündnis sich einlasse, würden sich Rußland, Österreich und Preußen zum Ruin des Reichs verbinden, selbst auf die Gefahr hin, von Frankreich vernichtet zu werden. Cetto stellte darauf in Abrede, daß von französischer Seite an Bayern irgend eine Zumutung dieser Art gemacht wurde. Bayern brauche eine starke Stütze, und werde die Dienste, die ihm Preußen geleistet habe, nie vergessen; aber in seiner prekären Lage, in der ihm selbst dieser Staat nicht immer helfen könne, sei ein Bündnis auch mit Frankreich eine Notwendigkeit. Die Assoziation stieß zunächst auf die größten Schwierigkeiten; käme sie wirklich einmal zu stande, dann werde sie zweifellos die Billigung des Berliner Hofes finden. Lucchesini bestritt die Richtigkeit dieser Beobachtungen nicht, aber er schien zu glauben, daß die französische Vorherrschaft mehr Gefahren als Nutzen in sich schließe und führte als Beispiel den Kurfürsten von Württemberg an, der nur unter dem Zwang der Umstände sich andern anschließen würde. Die Annäherungsversuche der Wiener Hofburg an das Berliner Kabinett waren geeignet, den Vorstellungen Lucchesinis Nachdruck zu verschaffen. Die Weihe Napoleons durch den Papst und die aus diesem Anlaß gehaltenen Reden erregten in Wien die Befürchtung, Bonaparte denke an die Verwirklichung der Weltherrschaft und der Vorschlag, Württemberg zwischen Baden

und Bayern zu teilen, Kurfürst Friedrich aber nach Hannover zu verpflanzen, wurde wieder aufgewärmt. Napoleon selbst richtete indessen sein Augenmerk vom Kontinent weg nach England, in München war man vorsichtiger geworden, in Hessen-Kassel ließ man die Unionspläne im Februar 1805 endgültig fallen, und Dalberg beschäftigte sich, nach Regensburg zurückgekehrt, mit anderen Plänen.

Sechstes Kapitel.

Der Anschluss Süddeutschlands an Frankreich beim Ausbruch des dritten Koalitionskrieges.

Wohl dem, welcher bei sich solche Fülle der Weisheit findet, um in gleicher Lage bessere Plane zu entdecken.
Aus einer badischen Denkschrift.

„Die politische Übermacht Frankreichs zieht selbst die Aufmerksamkeit des Weiseren von den Stürmen der Zukunft ab, um sie auf die drohenden Wetterwolken, die sich schon an unserem Horizonte lagern, zu heften“, so charakterisiert Friedrich Gentz in seiner Denkschrift an den Erzherzog Johann vom 8. September 1804 die europäische Lage. Zur Flamme seines leidenschaftlichen Hasses gegen eine „aus Willkür und Frevel erzeugte tyrannische, übermütige Macht, die, nachdem sie in Frankreich das Recht und die Tugend erschlug, rund um sich herum Elend verbreitet, Deutschland seiner Ehre beraubt und Europa in Knechtschaft gestürzt hat“, gesellt sich bei dem genialsten Vorkämpfer für die Legitimität zugleich ein edler Funke nationaler Begeisterung, die dem Erzherzog ein aus den Trümmern der jetzigen Welt auf späte Zeiten hinabragendes unvergängliches Denkmal prophezeit, wenn er mitten im Schiffbruch seinen Geist auf Rettungsentwürfe und heroische Taten richte: „Das, was Österreich — Deutschland — und Europa von schmählichen Fesseln befreien, aus bodenlosen Abgründen heben, dem Verderben und der Knechtschaft entreißen und auf Jahrhunderte sicherstellen kann, das auch nur ernstlich gewollt und mutig unter-

nommen zu haben, ist ein hohes, ein einziges Verdienst". Wenn er ferner „Deutschlands letzte und gleichsam sterbende Hoffnung", die wünschenswerteste aller Verbindungen zur Bekämpfung Napoleons in einer treuen Einigung zwischen Österreich und Preußen sieht, so gewann er zwar die fähigsten österreichischen Diplomaten für seine Anschauung, in Berlin jedoch verharrte man auf dem Standpunkt der Neutralität, deren Aufrechterhaltung gleichwohl täglich gefährlicher wurde, mit unerschütterlicher Festigkeit. „Die Ruhe im Norden zu erhalten, ist der Hauptzweck meiner Politik; meine leidenschaftlichen Nachbarn zu bewachen, ihren Uebereilungen zuvorzukommen, jetzt mein tägliches Werk, schrieb Friedrich Wilhelm III. am 20. Oktober 1804 an den Generalmajor Knobelsdorff. Noch war der Streitigkeiten über die Ausführung des Luneviller Friedens, der ungelösten Fragen, welche der Reichsdeputationshauptschluß vielmehr veranlaßt als aus der Welt geschafft hatte, kein Ende. Die Besetzung Hannovers durch französische Truppen, die harten Kontributionen in den norddeutschen Seestädten, die Verhaftung und Hinrichtung des Herzogs von Enghien bedeuteten ebensoviele Etappen der napoleonischen Gewaltpolitik in Deutschland. Von größerer Bedeutung für die Bildung einer neuen Koalition waren aber des Kaisers italienische Pläne. Da Frankreich und England sich über die Einrichtung der Apenninenhalbinsel nicht einigen konnten, kam der Friede von Amiens nicht zur Ausführung. Die Errichtung des Königreichs Italien war für Österreich eine besondere Gefahr, Rußland nahm sich der bedrohten Selbständigkeit von Neapel an. Da der überwiegende Einfluß, den Frankreich über die Nachbarstaaten ausübte, die Anzahl der von den Truppen dieser Macht besetzten Länder sie mit ernster Sorge erfüllte, wie es in der Petersburger Deklaration heißt, schlossen Alexander I. von Rußland und Franz II. am 6. November 1804 ein Schutz- und Trutzbündnis, dem Schweden im Januar 1805, England im April beitrat. War aber der Krieg zwischen Frankreich und Österreich unvermeidlich, so trat für Bayern der Fall ein, den Dohm schon 1785 vorhergesehen hatte und dessen auch Johannes Müller in

seiner „Darstellung des Fürstenbundes“ gedenkt, wenn er sagt: „Frankreich hat dringende Interessen, daß Bayern bleibt wie es ist. . . . Wenn der König als Gewährleister des westphälischen Friedens erscheinen müßte, so könnte Schwaben und Bayern ihm alles erleichtern, allenthalben auf die österreichische Linie agieren, Verproviantierung und Verstärkung erschweren, Posten aufheben, Quartiere verwirren, von der Gränze des Königreichs allen Angriff entfernen, hingegen die Waffen des Beschirmers der germanischen Freyheit in das Herz der Erblande fördern. Dies alles ohne sehr große Mühe: Das Land ist sehr durchschnitten, voll Berge; überall Pässe; das Volk zu solchem Krieg desto geschickter, da es die Eigenschaften hat, welche den Franzosen fehlen; so daß der Krieg des Königs in Aktionen aller Art, in lebhaftem Angriff und in beharrlichem Treffen, durch seine tapfere Nation und durch solche Hülfstruppen aufs herrlichste vollbracht werden könnte.“ Bereichert durch die Erfahrungen der letzten Revolutionskriege, war der Erbe des französischen Königtums nicht der Mann, solche Vorteile zu übersehen.

Schon Ende 1804 hatte Napoleon durch seinen Gesandten Otto in München dem Minister Montgelas von der geplanten Neuorganisation Italiens Mitteilung machen lassen und ihm die Vorteile derselben für das europäische Gleichgewicht wie für Bayern vor Augen gestellt. Eine Konsequenz anderer Art, welche der neue Kaiser seit seiner Krönung in sein Regierungssystem aufgenommen hatte, war die Gleichstellung seiner Familie mit den übrigen fürstlichen Häusern Europas. Am 12. Juli 1804 forderte er von Otto einen eingehenden Bericht über die Familie des bayerischen Kurfürsten, speziell über seine Tochter; er beabsichtigte schon damals die schöne und jugendliche Prinzessin Auguste mit dem Sohne der Josephine Beauharnais zu vermählen. Der Kurprinz Ludwig, der eben die Universität Göttingen verlassen hatte, sprach mit Bewunderung von dem Kaiser der Franzosen, von Mortier und Bernadotte und von der französischen Armee. Unter mächtigen Manuskripten, die Karl Theodor in Florenz erworben hatte, fand

der Thronfolger auf der Bibliothek eine Sammlung von Wappenschildern der ersten Familien Italiens, unter ihnen das der Familie Bonaparte. Ein anderes Dokument, das unter den Welfen und Ghibellinen, die unter päpstlicher Vermittlung 1287 Frieden machten, den Namen Jean Bonaparte enthielt, wurde nach Paris geschickt. Bei diesem Interesse für die französische Dynastie, und da die von der Königin Luise besonders lebhaft begrüßte Verlobung Augustens mit dem Prinzen von Mecklenburg-Strelitz wieder rückgängig gemacht worden war, konnte Talleyrand am 8. November 1804 es wagen, Otto direkte Schritte bei Montgelas zu einer Audienz wegen einer Familienverbindung aufzutragen, deren Folgen für den bayerischen Herrscher nicht zu ermessen seien; eine Weigerung würde das Unglück beschleunigen, das er seinem Hause für alle Zeit damit zuziehen werde. Nun war freilich Auguste, hauptsächlich auf Betreiben ihrer Mutter, einer Schwester des badischen Kurprinzen, im Oktober mit diesem verlobt worden. Max Joseph sollte dafür dem Prinzen Karl von Baden, so wünschte man in Paris, seine jüngere Tochter geben, die wegen des großen Altersunterschiedes in Frankreich nicht willkommen gewesen wäre. Der Gesandte sollte außerdem alles tun, den Geschmack der Wittelsbacherin für französisches Wesen zu erhöhen, die durch ihre Gouvernante, Fräulein von Wurmb, im Haß dagegen aufgezogen worden war. Der Aufenthalt des Kurprinzen und des Markgrafen Ludwig von Baden in Paris im Dezember 1804 bot Anlaß, auch den letzteren in die französischen Pläne einzuweihen, und es schlossen sich daran bald schriftliche Verhandlungen. Auch Österreich versäumte nicht, der französischen Politik in den Weg zu treten, indem man die vielbegehrte bayerische Prinzessin für den Erzherzog Palatinus von Ungarn ins Auge faßte. Erschien auch diese Allianz den bayerischen Staatsinteressen wenig angemessen und somit den französischen wenig gefahrdrohend, so arbeitete doch die Kurfürstin Karoline mit aller Macht Napoleons Plan entgegen. Max Joseph glaubte, nicht über das Herz seiner Tochter verfügen zu dürfen und fühlte sich Karl Friedrich gegenüber ebenso gebunden, wie

dieser durch seine Zusage dem Münchener Hofe sich verpflichtet fühlte.

Um aus seiner Ungewißheit herauszukommen, entschloß sich Napoleon, im Juli 1805 seinen Kämmerer Auxonne Maria Theodore de Thiard Grafen von Bissy nach Karlsruhe und München zu senden; er schärfte ihm selbst in erregtem Gespräch auf einem Spaziergang in der Kastanienallee von St. Cloud die genauesten Maßregeln ein. „Der Kaiser legte anfangs der Allianz mit Bayern einigen Wert bei, er wünscht sie noch heute, heißt es in der von Talleyrand ausgefertigten Instruktion für Thiard vom 23. Juli; aber vor allem will er, daß ihn der Kurfürst nicht länger hinzieht und daß er sich entscheidet. Der Vizekönig von Italien, Stiefsohn des Kaisers Napoleon, ist in der Lage, unter den ersten Allianzen Europas wählen zu können. Der Vorzug, den der Kaiser Bayern zu geben vorhat, muß dort als Beweis der Fortdauer seiner Zuneigung betrachtet werden; die Umstände, die in diesem Augenblick Europa in Gefahr setzen, gebieten dem Kurfürsten, das Heil seiner Familie und Staaten in der einzigen Schutzherrschaft zu suchen, die dieselben gegen die Feindschaft und Eifersucht seiner Nachbarn sichern kann.“ Die Unsicherheit des Usurpators hatte über die früheren Drohungen des Gewaltherrschers um so eher den Sieg davon getragen, als der bayerische Kurprinz kurz vorher zur Krönungsfeier in Mailand angesagt, sich gleichwohl von dieser Stadt fern gehalten hatte, bis die Majestäten wieder abgereist waren. Der Eigenliebe des Kaisers war schon der Gedanke an eine eventuelle Absage unerträglich. Als Thiard auf dem Umweg über die Schweiz als Privatreisender nach Karlsruhe gelangt, und durch Edelsheim am 11. August Karl Friedrich in dem Lustschloß Favorite endlich vorgestellt worden war, erfuhr er, daß die Angelegenheit schon weiter gediehen war als man in Paris ahnte; im Juli hatte Max Joseph den Großvater seiner Gemahlin gebeten, den Heiratskontrakt in München unterzeichnen zu lassen. In seiner Privatkorrespondenz mit dem Karlsruher Hofe bediente sich der bayerische Herrscher mancher Ausdrücke, die

nicht für französische Ohren bestimmt waren. „Der, dessen Porträt Karl erhalten“, heißt es in einem seiner Briefe, „forderte Auguste für den Sohn seiner Frau mittels großer Entschädigungen; wenn man auch andrerseits davon abstünde, würde ich niemals der Neigung meiner Tochter entgegenarbeiten.“ Thiard, der davon erfuhr, rückte nun mit den Mitteilungen Ottos heraus, der im Vertrauen auf die Gutmütigkeit Max Josephs in seinen Berichten die französische Heirat schon als abgemacht hinstellte, und säte dadurch Mißtrauen, wenn nicht bei Karl Friedrich, doch in seiner Umgebung. Die Bevölkerung besonders in den ehemals pfälzischen Landesteilen Badens hatte die Verlobung des Thronfolgers enthusiastisch begrüßt, und in Mannheim sollte bereits für das junge Paar eine Wohnung gerichtet werden. Dagegen fürchtete die Gräfin von Hochberg in der anmutigen Bayernfürstin eine gefährliche Rivalin, und Markgraf Ludwig gab sich zum Werkzeug Thiards her. Die Betrachtungen, die der letztere über die wichtigsten Interessen von Baden und Bayern anstellte, machten auf den alten Kurfürsten bald solchen Eindruck, daß er seinem Münchener Verwandten durch mündliche Erklärung sein Wort zurückgeben wollte, wenn er im Interesse seines Landes die Allianz mit Frankreich vorziehe. Auch damit gab sich der französische General nicht zufrieden; erst als er diese Zusage schriftlich mit der Unterschrift des Ministers Dalberg und des Markgrafen Ludwig in Händen hatte, reiste er nach München ab, wo er mit Max Joseph bald ins reine zu kommen hoffte. Hatte derselbe doch in dem Hause seiner Eltern verkehrt, als er noch Oberst des Regiments Alsace war. Nun waren freilich die Vorbereitungen zur Übersiedlung des Münchener Hofes nach Würzburg und die militärischen Maßnahmen vor der Eröffnung der Feindseligkeiten eine schlechte Folie für friedliche Besprechungen über eine künftige Heirat; ehe er noch einen Antrag machen konnte, wurde Thiard durch ein Schreiben Talleyrands vom 31. August nach Karlsruhe zurückberufen, und die Frage einer Familienverbindung trat zunächst vor den politischen Allianzen in den Hintergrund.

Und hier hatte die französische Diplomatie in München damals schon einen entscheidenden Sieg errungen, wenn auch nicht ohne schweren Kampf. So vorteilhaft und nützlich für eine Macht dritten Rangs auch die Verbindung mit dem mächtigsten Herrscher Europas sein mochte, ein Schritt von dieser Wichtigkeit gehörte zu denen, die nur dem Mut und persönlichen Charakter eines Fürsten entspringen. Max Joseph dagegen hielt sich mehr aus Neigung als aus Berechnung von den großen Kombinationen, die Europa bewegten, ferne und beschäftigte sich im Stillen mit der Organisation seines Landes und seiner Armee, ohne die Idee eines Offensivkrieges zu haben. Montgelas verfügte neben kühnen Konzeptionen über eindringende Kenntnisse der Dinge und Menschen; er bewertete die Lage seines Landes richtiger wie jeder andere. Unter einem Fürsten wie Friedrich II. hätte er Projekte gemacht und die weitesten Pläne ausgeführt, die Ereignisse vorweggenommen, die Bayern eines Tages in den zweiten Rang der europäischen Mächte stellen konnten. Schon im Dezember 1804 gab er Otto zu, daß Deutschland seit dem Luneviller Frieden seine politische Existenz verloren habe. An allen deutschen Fürstenhöfen arbeiteten die russischen Minister für Österreichs Prärogative, um sein Augenmerk vom Osten abzulenken. Das deutsche System Rußlands schien im Grunde dasselbe wie das englische, ein System des Kriegs auf dem Festland und der Destruktion der kleinen Staaten. Nur das „ungarische System" Österreichs konnte diese retten. Der bayerische Ministerpräsident wäre bereit gewesen, dieses selbst auf Kosten des Innlaufes zu erkaufen, vorausgesetzt, daß Österreich sich ganz aus Schwaben zurückzöge. Auch Preußen sah er als dem deutschen Interesse fremd an und unter der Protektion Frankreichs wollte er aus den Kurfürsten und Fürsten eine unabhängige und neutrale „Art Republik" bilden. Sicherlich war es in seinem Sinn, wenn Cetto im Januar der französischen Regierung versicherte, sein Hof werde die Partei Frankreichs ergreifen, wenn er überhaupt einmal wählen müsse. Auch Max Joseph erkannte bei jeder Gelegenheit dankbar die großen Verdienste Napoleons um

seine Staaten an; aber seine Schüchternheit war durch die Erinnerung an Karl VII. genährt. Er mißtraute zu sehr den eigenen Kräften, um über eine reine Defensivallianz hinauszugehen. Er schwärmte für die Neutralität des Südens und für den Anschluß an Preußen, dem er sich schon als Herzog ohne Land in die Arme geworfen hatte, und von dem er nicht glauben konnte, daß es sich um den Süden nicht kümmern werde. Keineswegs war der ehrenwerte Monarch bloß der „souverain de fortune“, der sein Land nur dem zufälligen Aussterben seiner Verwandtschaft, seine Krone später nur der Freigebigkeit eines fremden Eroberers verdankte. Die aalglatte Sprache des Wiener Kabinetts gegenüber den Tuilerien, der zerrüttete Stand der Finanzen und der gänzliche Niedergang des Kredits, der Österreich vor den Staatsbankerott stellte, die Mutlosigkeit der Armee schienen ihm vollgültige Beweise dafür, daß man in der Hofburg nicht den Fortbestand der Monarchie durch einen gewagten Krieg aufs Spiel setzen werde. Seine bedächtige Zurückhaltung bildete zu dem energischen Vorwärtsstreben seines genialen Ministers, der die Forderungen der Zukunft klar vor Augen sah, einen ähnlichen Gegensatz wie die schlichte Größe des in preußischen Anschauungen befangenen Kaisers Wilhelm I. zu der wuchtigen Persönlichkeit des eisernen Kanzlers, und wie Bismarck der englische Einfluß der Frauen am Hofe oft sauere Stunden bereitete, so sah sich Montgelas durch die Kurfürstin, die in ihrer Antipathie gegen Frankreich die Sache aller Gegner desselben zu der ihrigen machte, in seinen Plänen gehemmt. Wie Wilhelm I. hatte Max I. eine vorwiegend militärische Ausbildung genossen und war erst in reifen Jahren zur Regierung gelangt; mit ihm teilt er auch den sicheren Takt, der ihn, wenn er einmal zum Handeln gedrängt war, in den schwierigsten Situationen nicht verließ; und das scheinbar haltlose Schwanken vor folgenschweren Entschließungen war wenigstens teilweise nur eine andere Erscheinungsform für das Lauern und Schleichen, das sein Minister verstand wie wenige, das auch an anderen Höfen, selbst von Talleyrand, damals viel geübt wurde und in dem Getriebe der napoleonischen

Politik allein zum Ziele führte; in den Fragen der inneren Politik ließ Max Joseph keineswegs die nötige Energie missen.

Der prinzipielle Gegensatz zwischen der bayerischen und der französischen Auffassung einer gegenseitigen Allianz tritt deutlich in den Bundesanträgen zutage, die man nach den ersten Eröffnungen im Frühjahr 1805 austauschte. Die Instruktion Cettos vom 9. Februar, die im wesentlichen die Stellung einer Armee gegen angemessene Subsidien, die Schadloshaltung von allen Verlusten, das Versprechen, keinen einseitigen Frieden oder Waffenstillstand zu schließen, und bei günstigem Ausgang eine billige Vergrößerung stipulierte, überschreitet in keinem Punkte die Linie, in der sich die Subsidienverträge der Vorfahren Max Josephs mit Frankreich oder mit den Seemächten im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts bewegten. Dagegen versprach der am 11. März Otto übersandte französische Vertragsentwurf dem Münchener Hof die Garantie seiner Besitzungen für die Anerkennung und Gewährleistung des Königreichs Italien, allenfalls mit bewaffneter Macht. Es war der Gegensatz zwischen der traditionellen Politik seiner Vorfahren, der Max Joseph so lange als möglich treu zu bleiben bemüht war, und der neuen revolutionären Staatskunst, die mit Verachtung der reichsständischen Pflichten Bayerns dasselbe zum ebenmäßigen Bundesgenossen Frankreichs emporhob; ein Unterschied waltete nur in der Zahl der gegenseitig in Aussicht gestellten Hilfstruppen ob. Eher als Max Joseph erkannte sein Minister die Unhaltbarkeit der Neutralität. Aber wenn derselbe in dem modifizierten Projekt von Ende April die kräftige Mitarbeit seines Staates zur Hintanhaltung eines Reichskrieges und strikte Wahrung der Neutralität gelobte, so mochte er auch für dieses Verhalten in der früheren bayerischen Geschichte Beispiele finden. Otto dagegen konnte mit diesem Zugeständnis wohl zufrieden sein, da ihm bei einem künftigen Krieg gegen Frankreich eine Gebietsverletzung Bayerns von Seite des Wiener Hofes außer Zweifel stand und der Münchener Hof dadurch selbst in den Krieg gezogen werden mußte. Was auch Max Joseph schließlich zu dieser Überzeugung hindrängte, waren die Berichte seines

Ministers in Wien, Baron Gravenreuth. „Ich bin überzeugt,“ schrieb derselbe am 29. Mai, „daß man in den ersten Augenblicken ein System der Neutralität anerkennen wird; es ist ein sicheres Mittel, sich ohne Schwertstreich des ganzen Landes zu bemächtigen, es zum Unterhalte des Heeres auszusaugen und ihm die Möglichkeit eines unabhängigen Handelns zu benehmen. . . Es kann mir nicht beikommen, über die Partei zu entscheiden, welche mein Fürst unter den obwaltenden Verhältnissen zu ergreifen hätte. Aber als Mann von Ehre und Ergebenheit kann ich ihm nicht verhehlen, daß er im Prinzipe notwendig die Partei der einen oder anderen kriegführenden Macht ergreifen muß, will er nicht das Todesurteil seines Staates unterzeichnen.“ Die Frage der Zukunft mit solcher Deutlichkeit stellen, hieß sie beantworten. Alle hier in Betracht kommenden Momente faßte Montgelas noch einmal mit gewohnter Meisterschaft in dem weitläufigen Memoire zusammen, mit dem er in den ersten Junitagen vor seinen Fürsten trat, diesem, sich selbst und der Nachwelt Rechenschaft abzulegen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Reich, so führte er aus, waren durch den Reichsdeputationshauptschluß für beide Teile in befriedigender Weise gelöst. Seit dem Frieden von Luneville mochte wohl Österreich versuchen, unter verfassungsmäßigen Formen die Mittel des Reichs seinen eigenen Interessen dienstbar zu machen; jedes Glied war fernerhin auf sich allein angewiesen. Wie Preußen eine nordische Staatengruppe um sich versammelte, so suchte Österreich, nicht ohne Erfolg, seine Herrschaft über das südliche Deutschland auszudehnen. Ein Glück für diese bedrohten Staaten, daß Frankreich sich hier gegen jede Änderung der bestehenden Verhältnisse sträubte. Bayern insbesondere, zu groß, um sich mit der Stellung eines Mittelstaates zu begnügen, zu klein, um Großmachtspolitik auf eigene Faust zu treiben, muß, um aus seiner unsicheren Politik herauszukommen, Vergrößerungen anstreben, die durch die topographische Lage und die Streitigkeiten mit seinen Nachbarn besonders schwer zu erreichen sind. Da eine Intervention zu gunsten der bayerischen Neutralität weder von Preußen noch

von Rußland zu erwarten stand, ergab sich mit Notwendigkeit die Annahme einer Offensiv- und Defensivallianz mit Frankreich; es handelte sich nur, in die Tat umzusetzen, was Max Joseph selbst offen bekundet und ausgesprochen hatte.

Am 9. Juni wurden die Grundsätze vom Kurfürsten angenommen; aber noch verstrichen drei Wochen bis zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfes, zehn Wochen bis zur vorläufigen Unterzeichnung des Vertrages. Es waren Wochen der schwersten Seelenkämpfe für den bayerischen Herrscher, reich an aufregenden Erlebnissen, an Momenten ängstlicher Spannung. Aus Wien kam die Nachricht, Bürger und Soldat sprächen dort offen von der Besetzung des Kurstaates wie von einem nahen Ereignis; unter Leitung des Generals Mack nahmen die Rüstungen in den Erzstaaten einen immer bedrohlicheren Charakter an. Als Cetto in Würzburg das Geheimnis der Verhandlungen mit Frankreich sich entschlüpfen ließ, sagte der österreichische Gesandte in München Buol von Schauenstein laut, sein Hof werde in Erwartung des Ausganges derselben Bayern mit Beschlag belegen. Und noch immer schien Napoleon ganz mit dem Krieg gegen England beschäftigt, nicht in der Lage, seinem Verbündeten zu Hilfe zu kommen! Die Kurfürstin, die Schwester der Kaiserin von Rußland, deren Gemahl sich als den Retter Europas aus der drohenden Umwälzung aufspielen wollte, die Schwägerin des Königs von Schweden, der sich in der Rolle des Don Quixotte der Legitimität gefiel, ließ kein Mittel unversucht, ihren Gatten gegen Frankreich aufzuhetzen. Wie ein Alp lastete auf diesem der Gedanke, durch den Anschluß an Napoleon die Sympathien Preußens zu verlieren. Am 25. August vormittags in der Wohnung seines Ministers zu Bogenhausen brachte er vor dem französischen Gesandten alle Bedenken, die ihn seit Monaten quälten, nochmals zur Sprache; gelang es Otto auch nicht, die kurfürstliche Ratifikation des Vertrags zu erwirken, so willigte Max Joseph doch schließlich in die Unterzeichnung durch seinen Minister. Eine der folgenschwersten Entscheidungen in der neueren bayerischen Geschichte war gefallen; daß

sie gut war, hat genau einundsechzig Jahre später ein Größerer anerkannt, indem er in dem Berliner Vertrag vom 22. August 1866 dem Münchener Hof seinen Besitzstand unangetastet ließ, den dieser in den napoleonischen Kriegen erworben hatte.

Der Kaiser garantierte in dem Vertrag dem Kurfürsten die Integrität aller seiner Besitzungen, wie sie durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 24. Februar 1803 festgestellt worden waren, einschließlich aller Rechte und Vorrechte, welche dem bayerischen Gebiete zukamen, namentlich der strittigen Teile der Oberpfalz, der Ansprüche auf den Dienst der Reichsritterschaft, der Gebietsentschädigung, welche für Eichstätt versprochen worden war, der zwischen Bayern und Österreich strittigen herrenlosen Güter und Gebiete, der Stimmen, welche Bayern für den Reichstag und die Kreisversammlungen nach § 32 des Reichsdeputationshauptschlusses zukamen. Im Falle eines Angriffes auf die bayerischen Staaten zufolge der wegen sämtlicher oder einiger der aufgezählten Objekte ergriffenen Maßregeln sollte der Kaiser alle seine Mittel gegen das Vorgehen einer selbständen Macht oder der Vollstreckerin eines Reichsbeschlusses aufwenden. Dagegen ging der Kurfürst die förmliche Verpflichtung ein, die Integrität der gegenwärtigen Grenzen des Kaiserreichs und des Königreichs Italien zu gewährleisten, in allen Unternehmungen gemeinschaftlich vorzugehen und keinen einseitigen Vertrag abzuschließen. Nach Ausbruch des Krieges wollte der Kaiser eine Armee von 80000 Mann Infanterie, 14000 Reitern und 6000 Mann Artillerie mit dem nötigen bespannten Train nach Deutschland schicken, zu der der Kurfürst 20000 Mann stoßen lassen sollte. Beide Kontrahenten sollten alles verhindern, was das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich stören konnte. Zwei Artikel befassen sich mit der Frage des Oberkommandos, der Verwendung des bayerischen Auxiliarkorps, den Rangverhältnissen der Offiziere, dem Anteil an der Kriegsbeute, der Fouragierung der Truppen. Im Falle eines glücklichen Ausganges des Krieges gelobte der Kaiser kein deutsches Gebiet jenseits des Rheins seinen Staaten einzuverleiben, wohl aber das bayerische

zu vergrößern und zu arrondieren; unter allen Umständen sollten die Vertragsmächte mindestens den status quo behalten. Schließlich machte man sich gegenseitig bis auf weiteres strikte Geheimhaltung des Vertrages zur Pflicht. Ein Geheimartikel sagte dem Kurfürsten Subsidien für seinen Unterhalt und Besoldung seiner Truppen zu, falls er vorübergehend seine Staaten verlieren sollte.

Wäre die Stellungnahme Bayerns den übrigen Südstaaten bekannt gewesen, so wäre ihnen die Entscheidung jedenfalls wesentlich erleichtert worden. „Es wäre wichtig zu erfahren, welche Rolle Bayern spielen wird, schrieb der badische Gesandte in Paris, Herr von Dalberg, bereits am 12. März 1805. . . Wenn Bayern gegen Österreich Partei ergreift und eine Allianz mit Frankreich schließt, wäre ich der Meinung, wir müßten dasselbe versuchen; in diesem Falle steht nicht zu befürchten, daß die österreichischen Armeen bis an den Rhein vordringen; aber wenn Bayern sich fernhält, wenn es aktive Teilnahme meidet, wird es uns dann ziemen, sich in einen so wichtigen Streit zu mischen, der auf beiden Seiten die äußersten Mittel erfordert und mit schrecklicher Erbitterung geführt wird?" In Mailand verfiel derselbe Diplomat während der Krönungsfeier auf die Idee, das Deutsche Reich sollte sich, wenn es noch eine öffentliche Meinung haben und sich zu einem großen und unermeßlichen Entwurf erheben könnte, mit Frankreich und Italien seinen Kaiser in der Person Bonapartes suchen und das occidentalische Weltreich wiederherstellen, um dem übrigen Europa, ja der Welt Gesetze vorzuschreiben. Mochte auch diese „spekulative" Politik des „Poeten" nicht nach dem Geschmacke von jedermann sein, so fanden doch auch ernste Politiker damals in keinem andern als dem Korsen Heil.

Der Kurfürst von Württemberg war von der Vorliebe für Österreich, die ihn im Anfange seiner Regierung beseelt hatte, längst zurückgekommen. Seine Forderung, die Stimmen der säkularisierten Stifter und mediatisierten Reichsstände sollten auf die neuen Besitzer übergehen, hatte zu den heftigsten Konflikten mit dem deutschen Kaiser geführt, der seinen Einfluß im schwäbischen Kreis nicht so

leichten Kaufes aufzugeben entschlossen war. In seiner Isoliertheit suchte der despotische, aber aus der besten Diplomatenschule, aus der Friedrichs des Großen, hervorgegangene Württemberger sich mit anderen Kabinetten zu befreunden. Nun waren freilich die auswärtigen Gesandten in Stuttgart durch die Zurückhaltung des Hofes, durch das Verbot an die einheimischen Beamten, mit ihnen zu verkehren, vollständig auf den Umgang untereinander beschränkt; der Geist der Intrige und des Klatsches war von Bürgertum und Ständen auf das diplomatische Korps übergegangen. Die Landschaft, von Frankreich im Stiche gelassen, fand in ihren Konflikten mit dem Thron eine neue Stütze in dem Wiener Hofe. Ein angebliches Attentat gegen die Person des Herrschers, das durch den Frankfurter Juden Blankenstein verraten worden war, führte zu neuen Hochverratsprozessen; die Entdeckung einer Liebschaft des Prinzen Paul mit der Schauspielerin Voß hatte die Gefangennahme mehrerer Offiziere seines Regimentes, die sich zu Postillons d'amour hergegeben hatten, in einem Fall sogar die Verurteilung des Unglücklichen zu lebenslänglicher Festungshaft zur Folge. Der talentvolle und kenntnisreiche, aber infolge einer zu strengen Erziehung verschlossene und verschüchterte Kurprinz Friedrich Wilhelm hatte sich nach heftigen Szenen mit seinem Vater schon vor vier Jahren nach Wien geflüchtet; vergeblich suchten ihn die Höfe von Petersburg und Wien mit dem Kurfürsten wieder auszusöhnen. Am 7. Juni 1803 ging der Prinz den ersten Konsul um seinen Schutz an und im Herbst dieses Jahres wurde er durch Cobenzl demselben in Paris vorgestellt. Allmählich regte sich in dem Vater doch der Wunsch, den Sohn wieder zu besitzen. Sein Minister Georg Ernst Levin Graf von Wintzingerode, der früher selbst zur Entfremdung zwischen beiden beigetragen hatte, erklärte im Februar 1805 dem französischen Geschäftsträger Damace Reymond, Talleyrand sei die einzige Persönlichkeit, die durch ihre Ratschläge die Versöhnung herbeiführen könne; die Idee einer solchen scheint unmittelbar vorher Karl Theodor von Dalberg bei einem Besuche in Stuttgart an die Hand gegeben zu haben. Wenn

derselbe von seinem Aufenthalte in Paris erzählte und den Satz aufstellte, das französische Kabinett habe eine markante Überlegenheit über alle Kabinette Europas, so war diese Meinung, wie Wintzingerode Damace durchblicken ließ, dieselbe, die man in Stuttgart schon lange besaß. Als der württembergische Premierminister im Jahre 1804 einmal eine Reise machte, hatte er davon dem französischen Geschäftsträger keine Kenntnis gegeben, und dieser konnte für diese Rücksichtslosigkeit nur dadurch Rache nehmen, daß er sich weigerte, die Pässe zu visieren, die ihm in Vertretung Philipp Christian Freiherr von Normann-Ehrenfels vorlegte. Aber indem die Franzosen, Damace wie der Gesandte Didelot, bei allen Zänkereien sich nicht die geringste Kritik erlaubten, die den empfindlichen Hof hätte verletzen können, und indem der Geschäftsträger in Abwesenheit des Hauptes der Gesandtschaft nie die Schranken seiner untergeordneten Stellung überschritt, gewannen sie schrittweise an Vertrauen. Als daher Wintzingerode im Frühjahr 1805 Stuttgart wieder verließ, bei seinem alten Herrn in Hessen für seinen neuen Herrn Geld zu holen, zeigte er seine Vertretung offiziell an. Auf die Versuche, die Beglaubigung eines englischen Gesandten in Stuttgart zu hintertreiben, erhielt Damace zunächst keine direkte Antwort. Doch gestand ihm Wintzingerode bei dieser Gelegenheit: „Wir legen den freundschaftlichen Beziehungen zum Kaiser der Franzosen einen unermeßlichen Wert bei und Sie können darauf zählen, S. K. D. wird Mittel finden, ihn davon zu überzeugen."

In dieser platonischen Hinneigung zu Frankreich trat aber bald eine wesentliche Schwankung ein, ähnlich wie in München, als man von Okkupations- und Teilungsprojekten der großen Staaten Kunde erhielt, als in Schwaben österreichische Truppen zusammengezogen wurden und dem Haus Kaulla die Lieferung von Hafer und Pferden aufgetragen wurde. Eine Depesche des Gesandten am Münchener Hofe von Bothmer, daß man dort alle Munition und die Schätze der reichen Kapelle nach Würzburg in Sicherheit bringe, erregte die größte Bestürzung; es hieß, Max Joseph sei

gegen den Durchmarsch von 20000 Österreichern durch sein Land. Man ließ daher durch den Generalleutnant von Mylius am 20. August dem preußischen Hofe die im Kriegsfall dem schwäbischen Kreis drohenden Gefahren vorstellen und eröffnen, das einzige wirksame Schutzmittel dagegen bilde eine bewaffnete Neutralität sämtlicher Stände und Nachbarn dieses Kreises. Der Kurfürst wollte mit den nächstliegenden Ständen darüber vertrauliche Kommunikation pflegen und wünschte angelegentlichst, Preußen möge nicht nur den Plan billigen und bezüglich seiner Besitzungen in Schwaben und Franken tätig unterstützen, sondern auch die beiden Höfe von Wien und Paris bestimmen, die komplette Neutralität sämtlicher deutscher Vorlande anzuerkennen. Gleichzeitig erinnerte Wintzingerode den bayerischen Gesandten Freiherrn von Hertling an die Gemeinsamkeit der Interessen beider Höfe in der gegenwärtigen Krise und unter dem Vorwand von Grenzberichtigungen wurde Freiherr von Normann wegen der bewaffneten Neutralität nach München gesandt. Nach Karlsruhe ging aus gleichem Anlaß Ulrich Lebrecht Freiherr von Mandelslohe ab.

Hier bot sich ein ähnliches Schauspiel wie in Stuttgart und München. Obwohl der Gesandte in Paris schon im Januar den Ausbruch des Krieges prophezeit und im März den Kampf zwischen Frankreich und Österreich als den günstigen Zeitpunkt zur Erwerbung der Ortenau und des Breisgaus bezeichnet hatte, fühlte man sich im Juni noch so sicher, daß man Dalberg eine Reise nach Italien machen ließ. In Erwartung wichtiger politischer Eröffnungen hatte Karl Friedrich es nicht versäumt, sich in Mailand bei der Krönungsfeier vertreten zu lassen. Seine Nachgiebigkeit gegen Frankreich war erst jüngst wieder bei der Werbung um die Prinzessin Auguste für Eugène Beauharnais hervorgetreten. An anderen Höfen könne der Kaiser Verbündete haben, schreibt Didelot am 22. Juli, in Baden habe er wahre Freunde, die von Verehrung und Bewunderung für seine erhabene Person durchdrungen und für empfangene Wohltaten dankbar seien. Das Wohlwollen Karl Friedrichs sei nicht politische Berechnung, sondern Herzenssache.

Trotzdem nahm Edelsheim die württembergischen Vorschläge mit aufrichtigem Danke auf, weil dadurch allein die drohende Gefahr abgewendet werden könne. Er fürchtete zwar, Unterhandlungen dieser Art könnten bei der französischen Regierung starke Unzufriedenheit hervorrufen, und zweifelte, ob man auf den preußischen Hof selbst dann zählen könne, wenn das Arrondierungsinteresse mit diesem Plane in Kollision käme. Man fand es auffällig, daß von den Kurfürsten kein gemeinschaftlicher Schritt bis jetzt geschehen sei, während doch selbst die kleineren Stände in Assoziationen ihre Erhaltung zu fördern geglaubt hatten. Indessen, was bedeutete die prinzipielle Bereitwilligkeit zu gegenseitigem Einverständnis, wenn das Kabinett der Tuilerien einen Vorstoß unternahm?

Schon am 16. August knüpfte Talleyrand in einer Depesche an Didelot und Hédouville, den Gesandten beim Kurerzkanzler, an Mitteilungen über die Haltung Österreichs und die Bitte des letzteren um Neutralität die Anschauung, in einem Kriege zwischen Frankreich und Österreich wäre jede Neutralität eine Chimäre; durch die beiden vorhergehenden Kriege sei der Weg schon vorgezeichnet, den man einschlagen müsse. Noch ehe Didelot seines Auftrags sich entledigt hatte, stellte der österreichische Gesandte in Stuttgart, Herr von Schraut, plötzlich die kategorische Anfrage, ob von Frankreich ein Vorschlag gemacht sei, ihm im Kriegsfalle Kanonen, Munitionen und andere Kriegsgeräte zu überlassen, wie es in Darmstadt bereits geschehen, und was in diesem Falle die Antwort des Kurfürsten sei. Nach einer heftigen Szene wurde ihm die Unschicklichkeit seiner Anfrage in der Form fühlbar gemacht; der Kurfürst erfreue sich in Europa doch wohl eines solchen Grades von Achtung, daß er über ähnliche Vorschläge erhaben sei, sie mochten kommen, von welcher Seite sie wollen; in der Hauptsache wurde ihm bedeutet, daß man bisher weder einer solchen Proposition ausgesetzt gewesen, noch dergleichen erwarte. Auch in Darmstadt war, wie Mandelslohe dort in Erfahrung brachte, ein solcher Schritt von französischer Seite nicht erfolgt. Dagegen erkundigte sich am 27. August Didelot tatsächlich, wie man sich in

Stuttgart im Kriegsfall zu verhalten gedenke; die Verhältnisse stünden dem natürlichen Wunsche nach Neutralität entgegen, so daß es nur ein Für und Wider gebe. Darauf suchte man anfangs eine direkte Beantwortung hinauszuschieben mit der Begründung, daß zwei Mitglieder des geheimen Rats, Mandelslohe und Normann, zur Zeit abwesend seien. Der letztere suchte sich vor seiner Abberufung von München zu vergewissern, ob hier eine ähnliche Zumutung gestellt worden sei. Max Joseph war darüber sehr betroffen; allein Otto und Montgelas antworteten gegen besseres Wissen unbedenklich, es handle sich nur um Neutralität; man versprach sogar, in Berlin die Bemühungen Württembergs durch Bray unterstützen zu lassen. Eben von Berlin hätte man ja in Stuttgart gern Auskunft gewünscht. Inzwischen gelang es Didelots beharrlichem Drängen, schon am 29. August um zehn Uhr abends nach drei Konferenzen an demselben Tage die Zusage zu erpressen, daß man im Kriegsfalle gemeinsame Sache mit Frankreich machen werde; man hätte allerdings Neutralität vorgezogen, weil man der österreichischen Invasion ausgesetzt war, wenn es zum Kriege kam. In der dieser Entschließung vorausgegangenen Sitzung des Geheimrats war besonders hervorgehoben worden, daß man weder auf Österreich noch auf Preußen noch auf Rußland rechnen könne; so hart es auch sei, für Frankreich gegen Deutschland Partei ergreifen zu müssen, so handle es sich doch nicht um einen Krieg, den der Kaiser für Deutschlands Interessen unternahm. Die außergewöhnliche Aufregung, in welche diese Entscheidung den Kurfürsten versetzt hatte, ist nicht nur in seiner eigenhändigen Aufzeichnung der dem Gesandten gegebenen Erklärung noch heute deutlich zu erkennen; sie zittert auch in den Briefen noch nach, die er „im kritischsten Momente seines Lebens" am 29. August an seine Schwester, die Kaiserinwitwe von Rußland und ihren Sohn Alexander I. richtete. „Ich muß Partei ergreifen entweder gegen Frankreich, das heißt mich von Truppen überschwemmt, feindlich behandelt sehen drei Tage nach dieser Erklärung oder ich muß mich mit Frankreich verbünden gegen den Kaiser der Römer, das

Reichsoberhaupt, das mir keinen Anlaß zu Klagen oder Unzufriedenheit gegeben hat, mit Verachtung aller Reichsgesetze, meiner heiligsten Verpflichtungen, meines einzigen und wahrhaften Interesses, ja selbst der physischen Möglichkeit", in solchen Strichen malt er selbst ein „wahres, aber Herz zerreißendes Bild" seiner Lage, worauf man in Rußland keinen anderen Rat wußte, als den, er möge Zeit zu gewinnen suchen.

Unmittelbar nach dem Empfang der gewünschten Erklärung eilte Didelot nach Karlsruhe, wo er bis zum Wechsel der Postpferde seine Mission erfüllen zu können glaubte. Wider Erwarten bestand jedoch Edelsheim auf Neutralität und nach zweistündiger Konferenz lud er den Franzosen ein, den Kurfürsten in Baden zu besuchen. Diesem schien die Sache für den Augenblick zu wichtig, um eine übereilte Entscheidung zu treffen, wenn schon der Kaiser in seine Freundschaft keinen Zweifel setzen dürfe. Als der Gesandte diesen Bescheid für eine ausweichende Antwort nahm und an die Kostbarkeit der Zeit erinnerte, da in acht Tagen vielleicht schon eine französische Armee am Rhein stünde, zog Karl Friedrich sich eine halbe Stunde zur Ueberlegung zurück. Schließlich kam man dahin überein, der Kurfürst wollte direkt mit dem Kaiser verhandeln, von dem er spätere Mitteilungen erhalten hatte. Inzwischen war nämlich Thiard von München nach Karlsruhe zurückgekehrt mit dem weitergehenden Antrag einer Offensiv- und Defensivallianz gegen Österreich. Die Anwesenheit zweier Unterhändler mit wesentlich verschiedenen Aufträgen setzte Karl Friedrich in peinliche Verlegenheit und er beschloß, Didelot unverrichteter Dinge abziehen zu lassen. Da der Kurfürst sein Wort gewissenhaft zu halten pflege, antwortete ihm Edelsheim, er könne sich an Napoleon erst dann anschließen, wenn er seine Verpflichtungen auch getreulich erfüllen könne. Noch habe er aber nicht die nötigen Mittel an Mannschaft oder Material.

Mit besserem Erfolg stellte Thiard, durch seinen Freund, den Markgrafen Ludwig, sekundiert, in einer schriftlichen Note vom 3. September alle Verdienste Frankreichs zusammen, dem Baden

größere Vorteile verdanke, als irgend ein anderer deutscher Staat und forderte gegen die Garantie des bisherigen Besitzstandes und künftige Vergrößerung ein Truppenkorps von 3000 Mann. Gerne hätte der Kurfürst auf jeden Gebietszuwachs verzichtet, der auch nur einem einzigen seiner Untertanen das Leben kosten konnte, und den Frieden gewahrt. In seiner Bedrängnis holte er den Rat seines alten hochangesehenen Ministers, des Freiherrn von Reitzenstein ein, der sich von den Geschäften zurückgezogen hatte. Dieser sah schon die Invasion Bayerns wie in dem Jahre 1705 und 1743 im Falle einer Niederlage Frankreichs vor seinem geistigen Auge sich erneuern. Die mit den Pflichten der Neutralität vereinbarten Forderungen hätte er allenfalls noch zugestanden, aber die Stellung eines Kontingents empfahl er unbedingt abzulehnen und das Land lieber seinem Schicksale zu überlassen; der Kurfürst möge unter dem Schutze von Berlin und Wien sich nach Ansbach oder Berlin flüchten. Der Kurprinz konnte bei Napoleon persönliche Vorstellungen erheben, in Berlin und Stuttgart sollte man Verhaltungsmaßregeln einholen. In der Tat hatte Edelsheim mit Wintzingerode eine Besprechung in Durlach, aus der er den Eindruck gewann, daß man sich in Württemberg für Frankreich entschieden hatte. Weitere Überlegung schnitt die Drohung Thiards ab, in 24 Stunden abzureisen. Da man sich überzeugte, daß bei dem rachsüchtigen Charakter Napoleons eine Erneuerung der Greuel aus den Tagen Ludwigs XIV. möglich sei und die Grenzen leichter gegen Österreich wie gegen Frankreich zu verteidigen waren, entschloß man sich am 5. September zur Unterzeichnung des Vertrages. Zu spät sah man aus der Sendung des württembergischen Regierungsrats Wucherer, daß sein Landesherr mit Frankreich noch keine weiteren Abmachungen getroffen hatte; der Würfel war gefallen. Der Vertrag enthielt neben der Garantie des badischen Staates, seiner Rechte, Vorrechte und der durch den Reichdeputationshauptschluß erworbenen Vorteile sowie gegen Aussicht auf angemessenen Ländergewinn für den Kurfürsten die Verpflichtung, eine Armee von 3000 Mann zu stellen, den Verkauf von Waffen,

Lebensmitteln und dergleichen an die Gegner Frankreichs in seinem Lande zu verbieten und die Maßregeln gegen die französischen Emigranten streng durchzuführen. Durch ein dem Hauptvertrag angehängtes Memorandum, das aber von französischer Seite anfangs auf Widerstand stieß, suchte man die Selbständigkeit und das Wohl des badischen Kontingents möglichst zu wahren. Am 19. September wurden die Ratifikationen ausgetauscht. Die energischen Vorstellungen Thiards, die Furcht vor Frankreich und eine falsche Voraussetzung waren schuld, daß das Martyrium Karl Friedrichs sich wesentlich kürzer gestaltete als die Gewissensqualen des bayerischen Herrschers.

Am 6. September tauchte in München unvermutet der österreichische Generalleutnant und Vizepräsident des Hofkriegsrats Fürst von Schwarzenberg mit einem kaiserlichen Handschreiben auf und mit der mündlichen Ankündigung, noch vor Ende der nächsten Woche möge man sich auf den Durchmarsch von 50 000 Mann gefaßt machen, denen die bayerische Armee einzuverleiben sei. Die brutalen Drohungen, von denen sein Auftreten begleitet war, hätten auch auf einen willensstärkeren Herrscher als Max Joseph eine verzweifelte Wirkung üben müssen; selbst Otto fand nur einen Ausweg, eine ausweichende Antwort zu geben. Ein Handbillet des Kurfürsten an Schwarzenberg, das scheinbar auf seine Vorschläge einging: „Ich bin entschlossen, mein lieber Fürst. Reden Sie morgen früh mit meinem Minister Baron Montgelas“ schien die Situation noch mehr zu verwirren. Da gab jemand Otto den Rat, dem Kurfürsten vorzustellen, sein Sohn befinde sich in Genua, vielleicht in Montpellier und könnte als Geisel dienen. Diese Erwägung veranlaßte den Regenten alsbald den Kaiser Franz „kniefällig“ um Neutralität zu bitten. „Mein Sohn, der Kronprinz, schrieb er, befindet sich in diesem Augenblicke im südlichen Frankreich; wenn ich genötigt werde, meine Truppen gegen Frankreich marschieren zu lassen, so ist mein Kind verloren; bleibe ich hingegen ruhig in meinem Staate, so habe ich Zeit, ihn zurückkommen zu lassen. . . . Ein Vater, der schrecklichsten Verzweiflung preisgegeben,

ist es, der um Gnade zu Gunsten seines Sohnes fleht.“ Daß es sich dabei nicht um ein „diplomatisches Meisterstück“ handelte, wie man gemeint hat, beweist ein Handbillet verwandten Inhalts an den französischen Gesandten: „Ich bin der unglücklichste der Menschen. . . . Mein Wort zu brechen, zweideutig zu erscheinen in den Augen des Kaisers, meines Beschützers, das werde ich, hoffe ich, nicht erleben . . . heute ruhiger als gestern, fühle ich das ganze Schreckliche meiner Lage. Ich habe diesen Morgen an den deutschen Kaiser geschrieben, habe ihm vorgestellt, daß mein Sohn in Frankreich sei und verloren wäre, wenn er mir die Neutralität nicht bewilligte. Ich habe ihn auf den Knieen darum angefleht. O hätten Sie sehen können, was ich diese zwei Tage gelitten habe, Sie hätten Mitleid mit mir empfunden.“ Otto glaubte aus diesem Klagelied eine direkte Absage an seinen Gebieter herauslesen zu sollen und stellte schon seine Abreise in Aussicht, wenn man die Freundschaft mit Frankreich nur im geringsten in Zweifel stellen werde. Montgelas, davon in Kenntnis gesetzt, säumte keinen Augenblick, seine Entlassung zu fordern. Da besann sich Max Joseph denn doch eines Besseren. Auf Gravenreuths Vorstellung wurde die Sendung des österreichisch gesinnten Grafen Nogarola mit einer geheimen Absage nach Wien beschlossen, Schwarzenberg auf den nächsten Tag vertröstet und in der Nacht zum 9. September morgens um vier Uhr reiste der Kurfürst heimlich nach Würzburg ab, während gleichzeitig am 8. und 9. September die Österreicher über den Inn in sein Land brachen. Die Botschaft Nogarolas, die Kaiser Franz in Hetzendorf erhielt, versetzte den Monarchen in solche Wut, daß er ausrief: Je ne veux pas prendre la Bavière, je veux la manger; allein auf Zureden des Grafen Buol-Schauenstein wurde dieser mit einem letzten Versuch betraut, wenigstens die Bereithaltung der bayerischen Truppen als separiertes Korps zu erwirken. Freigebig bot dieser in Würzburg Salzburg und andere Gebiete, Geld, eine Königskrone an. „Wir sind des Kurfürsten erst sicher, wenn wir in Düsseldorf sind, schrieb Otto damals, von Mißtrauen selbst gegen Montgelas er-

füllt; nur das Erscheinen einer französischen Armee könne das Übel heilen.

In der Tat nahm Max Joseph erst wieder eine zuversichtliche Haltung an auf die Kunde von dem Herannahen Bernadottes und Marmonts, die mit dem Einmarsch der Bayern unter Wrede in Würzburg am 24. September zusammentraf. Nicht zu unterschätzen war auch, daß Land und Fürst nach der österreichischen Invasion sich völlig eins fühlten. Bis zur Katastrophe kann man den Bayern allzugroße Vorliebe für den Franzmann nicht nachsagen.

Der Verfasser der Schrift: Was sollte Bayern jetzt tun, die dem Kurfürsten gewidmet ist, stellte noch, nachdem das Land schon von den Österreichern besetzt war, die Behauptung auf: „Das innige Anschließen an Preußen allein kann Bayern retten." Zwar böten sich auch auf französischer Seite günstige Aussichten dar; aber wer bürgt für das einmal Zugesicherte, wenn nachher die veränderte Sinnesart ein verändertes Betragen anrät?" „Preußen selbst liegt daran, seine deutschen Freunde sich zu erhalten. Denn überströmte jene Flut alle Dämme, welche Überströmung den Übertritt der kleineren Mächte auf die französische Seite begünstigen würde, so wäre auch Preußens Schicksal entschieden. Aus dieser Verbindung können alsdann die edelsten Früchte hervorgehen; durch sie wird die still und doch schnell fortschreitende Kultur Bayerns gleichsam garantiert; der hoch zur Sonne auffliegende Adler wacht zur Seite. . . Dadurch könnte ein altrömischer Geist in der Nation bewirkt werden; nur das Streben macht Zwecke erreichbar, und in gemächlicher Ruhe gedeihen nie große Dinge, und durch sie wird auch das im Frieden gedeihende Gute gefährdet."

Ein Zeitungsartikel hatte noch kurz vorher als eine Hauptquelle des Verderbens der Deutschen die Austilgung der nationalen Formen durch die ausländische Erziehung der höheren Stände gebrandmarkt, die als Zwittergeschöpfe weder die Ansprüche der Menschheit noch die nationalen Pflichten kannten, durch das stete Sinnen und Drohen in ausländischen Phrasen den Geist verkrüppelten und ein Ungewitter über ihr Vaterland zogen, das

alles verheerte. Nach dem Erscheinen der Österreicher loderte die alte Stammesfeindschaft leidenschaftlich empor; nach einer Äußerung von Anselm Feuerbach waren die Österreicher den Bayern ebenso verhaßt wie den Franzosen die Briten. Auch verstand es Kaiser Franz nicht, nach seinem Einzug in München den erzürnten Volksgeist durch gewinnendes Benehmen zu versöhnen. Wie ganz anders wußten die Franzosen die Situation auszubeuten. Schon in einer Note vom 11. September stellte Bacher in Regensburg den Krieg als eine rein österreichische Angelegenheit hin. Der Kaiser werde seine Sache nie von jener der ihm verbündeten Fürsten trennen. Otto empfahl seiner Regierung, man solle in einem Manifest die Biederkeit und den Mut der Bayern in den lebendigsten Ausdrücken rühmen. Es könne nur nützlich sein, bis in die Hütten der Bauern, die gute Soldaten lieferten, sich als Beschützer derer aufzuspielen, die ohne fremde Hilfe verloren gewesen wären. Aus diesem Grunde stimmte er auch der Anregung von Montgelas zu, den Vertrag auf einen späteren Tag vorzuschrauben; der bayerische Ministerpräsident wollte damit nur das Vorgehen seines Herrn in besseres Licht stellen und das Vorgehen Österreichs um so rechtswidriger erscheinen lassen. Otto aber erkannte sofort, daß dadurch der ganze Krieg und die bayerische Allianz als eine natürliche Folge des ungerechten Einfalles erscheinen und Bayern und die kleineren Staaten für immer Frankreich zufallen würden. Da dieser Vorschlag auch Napoleon weise dünkte, wurde das Datum bei der Vornahme der Ratifikation am 28. September tatsächlich vom 24. August auf den 23. September umgeschrieben, eine Täuschung, die für die späteren Beziehungen Frankreichs zu den Südstaaten von der schwerwiegendsten Bedeutung geworden ist; nur so wurde ihm die Rolle des Protektors möglich. Hätte der Geschichtschreiber nach den Gesetzen des dramatischen Dichters zu verfahren, so müßte er in dieser an sich ungerechtfertigten Verschiebung der Tatsachen, deren Tragweite man damals noch gar nicht ermessen konnte, die tragische Schuld Bayerns bei der nun folgenden Katastrophe erblicken. Schon die Rede, die Napoleon am 23. September im Senate zu Paris hielt,

schlug aus dieser historischen Entstellung Kapital. „Ich will meine Hauptstadt verlassen, um mich an die Spitze der Armee zu stellen, meinen Alliierten schleunigst zu Hilfe zu kommen und die teuersten Interessen meiner Völker zu verteidigen," heißt es darin. „Die Wünsche der ewigen Feinde des Kontinents sind erfüllt: der Krieg hat im Herzen von Deutschland angefangen. Österreich und Rußland haben sich mit England verbunden, und unsere Generation ist aufs neue in alle Unfälle des Krieges gestürzt. Noch vor einigen Tagen hoffte ich, der Friede solle nicht gestört werden; die Drohungen und Beleidigungen fanden mich unerschütterlich; aber die österreichische Armee ist über den Inn gegangen, München ist hinweggenommen und der Kurfürst von Bayern aus seiner Hauptstadt verjagt, alle meine Hoffnungen sind verschwunden."

Die nächste Folge der Ratifikation des Vertrags in Würzburg war, daß Buol die Aussichtslosigkeit seiner Mission erkannte und am 27. September die Stadt verließ, die schon mehr dem französischen Hauptquartier als der friedlichen Residenz eines deutschen Fürsten glich. Er war so vollständig getäuscht worden, daß er sich noch am 24. September seiner Regierung verbürgen zu können glaubte, der Kurfürst werde seine Truppen nicht den Franzosen überlassen. Auch an den anderen süddeutschen Fürstenhöfen hatten die Diplomaten der Koalition um diese Zeit verspielt, und die Haltung des Berliner Kabinetts ließ keinen Zweifel mehr. Am 5. September antwortete Hardenberg dem Kurfürsten von Württemberg auf seine Vorstellungen über die bewaffnete Neutralität, der König könne sich dazu weder entschließen noch dazu raten, da voraussichtlich weder Frankreich noch Österreich dieselbe respektieren würden, Preußen aber durch seine Vorkehrungen leicht dergestalt kompromittiert werden könnte, daß ein allgemeiner Krieg für ganz Deutschland daraus entstehen dürfte. Doch werde man sich in Paris dafür verwenden, daß Württemberg bei den Truppenmärschen möglichst geschont und seine Neutralität beachtet werde. Nach dem Einmarsch der Österreicher in Bayern fand es Talleyrand für gut, das Vorgehen Didelots in Stuttgart vor dem preußischen Gesandten

Lucchesini zu desavouieren, und dieser befürwortete noch Ende September im Auftrag seines Hofes die Neutralität von Stuttgart und Hessen-Darmstadt.

Die Haltung Rußlands gegenüber den beiden ihm verwandten Kurfürsten in Stuttgart und Karlsruhe wurde durch eine Note des Barons Maltitz geklärt, in welcher der Zar im Hinblick auf ihre exponierte Stellung beiden empfahl, ihre Person und ihr Eigentum rechtzeitg in Sicherheit zu bringen, ihre Truppen womöglich zurückzuziehen, andernfalls zu beurlauben und für die Koalition zu reservieren. Einen Augenblick schien es den Uneingeweihten zweifelhaft, ob der Hof in Stuttgart nicht das Land verlassen werde. Bei dem Herannahen der Österreicher fanden zahlreiche Sitzungen des geheimen Rats statt, zwölf Offiziere wurden aufgestellt, die halbjährigen Urlauber einzuziehen und Mitteilungen von den Grenzen zu bringen. Die Landschaft wurde aufgefordert zur Ergänzung der Armee von 5000 auf 10 000 Mann 300 000 Gulden zu bewilligen; aber der Ausschuß hielt sich dazu nicht für berechtigt und verlangte eine allgemeine Versammlung der Stände. Statt dessen wurden von den kurfürstlichen Kommissären die Kassen erbrochen, um Geld zu beschaffen. Als der bayerische Generalleutnant von Wrede um den Durchmarsch durch württembergisches Gebiet bat vor den heranrückenden Österreichern, sprach Wintzingerode sich sehr scharf über das Verhalten derselben vor dem bayerischen Gesandten aus und setzte ihn davon in Kenntnis, ein beträchtliches österreichisches Korps sei in Ravensburg angekommen und habe sich gegen Ulm in Bewegung gesetzt mit dem ausdrücklichen Befehl, den Bayern den Rückzug abzuschneiden. Letzteres gelang ihnen zwar nicht; aber da sie wirklich bis Ulm vorgerückt waren, wollte ihnen Didelot die württembergischen Streitkräfte bei Heilbronn und Villingen im Schwarzwald entgegenwerfen; mit Zähigkeit hielt indessen der Kurfürst an der Neutralität fest und mit Entschiedenheit trat er dem Gerücht entgegen, daß der Hof nach Ellwangen verlegt werde. In diesem Sinne gab man auch durch den Generalmajor von Geismar der badischen Regierung Mit-

teilung, und in gleicher Weise wurde die russische Note beantwortet. Dem österreichischen Gesandten von Schraut wurde wiederholt das Befremden darüber ausgesprochen, daß der kaiserliche Hof die südlichen Reichskreise mit seinen Truppen zu bedrohen scheine und dadurch die französische Armee notwendig dahin locke; man hätte erwartet, daß sein Herr bei den zwischen beiden Ländern bestehenden mehrfachen engen Verhältnissen den Kurfürsten nicht so ununterrichtet und unvorbereitet der größten Gefahr bloßstelle. Die Antwort lautete, man überlasse es dem Kurfürsten, nach den Umständen die ihm günstigste Entschließung zu fassen, und ohne vorherige Requisition drangen am 25. September die Österreicher in Oberschwaben ein. Bis zum 14. Oktober forderten sie in sechzehn Oberämtern Schanzarbeiter und eine unerschwingliche Summe an Proviant und Fourage. Der Hofrat Steinherr vom Oberlandeskommissariat bei der Armee begleitete die Forderungen gleich mit der Drohung der Plünderung; was in den Läden geholt wurde, ward mit beinahe auf die Hälfte des Normalwerts gesunkenem Papiergeld bezahlt, die Kaufleute oft noch zur Auswechslung desselben gezwungen. Schraut konnte seinen Hof selbst nicht in Schutz nehmen. Erst in dem Augenblick, wo 80000 Franzosen in der Nähe der Residenz waren, erschien Hofrat Steinherr am kurfürstlichen Hoflager, bedauerte im Namen seines Monarchen, den Kurfürsten in diese Lage versetzt zu sehen, betonte die Unmöglichkeit denselben zu beschützen, und vertröstete auf den günstigen Ausgang des Feldzugs. In dieser Lage ist es ein rühmliches Zeugnis für die Entschlossenheit Friedrichs, daß er den Allianzanträgen Didelots noch immer auswich. Am 18. September hatte demselben Talleyrand einen Vertragsentwurf überschickt; die Feindseligkeiten gegen Napoleon seien nicht minder gegen die deutschen Staaten gerichtet, welche beständig gute Beziehungen mit Frankreich unterhielten. Wenn der Imperator sein Bündnis anbiete, habe der Kurfürst nicht länger zu schwanken. Österreich strebe darnach, die kleinen schwäbischen Besitzungen eines Tages unter seine Herrschaft zu bringen zum Nachteil Württembergs. Wenn

statt der geforderten 10 000 Mann nur 8000 zu erlangen seien, dürfe Didelot auch darauf eingehen. Allein die Verhandlungen nahmen keinen rechten Fortgang; Didelot fand das Wesentliche darin, daß man den Kurfürsten für sich gewonnen habe, und zog sich durch seine Lässigkeit die heftigsten Vorwürfe Napoleons zu. Während Talleyrand den Vertrag mit Ungeduld erwartete und Napoleon selbst in einem Briefe den Kurfürsten zu gewinnen suchte, antwortete dieser am 30. September zwar, er werde sich mit Bayern und Baden vereinigen, um gemeinsame Sache mit Frankreich zu machen, aber den Abschluß wußte er bis zum Erscheinen Napoleons in Ludwigsburg hinauszuschieben.

Er war nicht das einzige Hindernis, das der französischen Politik Schwierigkeiten bereitete. Von Preußen hatte der Kaiser nicht erwartet, daß es sogleich gemeinsame Sache mit ihm mache, aber daß es durch energische Erklärungen und zugleich durch Truppenbewegungen nach Böhmen hin Österreich beunruhige. Statt dessen erhielt der Marschall Duroc als Antwort eine Note, in welcher die Unabhängigkeit und Integrität des noch freien Italiens, der Schweiz, Hollands und des Deutschen Reichs, wie es nach dem Luneviller Frieden und dem Reichsdeputationshauptschluß geworden war, als Grundlage eines Abkommens bezeichnet war. Man dachte in Berlin nicht daran, von seinem friedfertigen System abzustehen, und indem der Kurfürst von Hessen-Kassel sich diesem System zuwandte, ging er den französischen Werbungen verloren. Am 29. August tat Napoleon den ersten Schritt, von dem Landgrafen Ludwig von Darmstadt ein Truppenkorps von 4000 Mann zu erhalten. Darauf wandte sich derselbe nach Berlin, mit der Bitte, der König möge sich in Paris dafür verwenden, daß seinem Land Neutralität bewilligt werde; diesem Ansinnen wurde, wie bei einem ähnlichen württembergischen Schritte bereits erwähnt, entsprochen, jedoch mit dem Beisatz, von einer Aufnahme in eine von Seite Preußens zu bewirkende Neutralitäts- und Demarkationslinie könne nicht die Rede sein. Bald trat der französische Geschäftsträger Helfinger in Darmstadt noch mit einem Zusatzartikel hervor, man

möge der kaiserlichen Armee für die Dauer des Feldzugs tausend Pferde überlassen. Am 2. Oktober hätte sich Napoleon vor dem Adjutanten, den Ludwig in sein Hauptquartier nach Ettlingen entsandt hatte, mit der Stellung von 3000 Mann begnügt; er meinte, der Hesse dürfe nicht eine mehr als zweihundertjährige Freundschaft plötzlich dementieren; Preußen könne die hessischen Lande so wenig garantieren, als es Bayern zu schützen vermochte. Trotzdem wurde schließlich nur der Train bewilligt. Für die nassauischen Häuser suchte Freiherr von Gagern Neutralität in Paris zu erlangen. Auf den Vorschlag eines Bündnisses mit Frankreich nach dem Muster der anderen Südstaaten und auf die Frage Talleyrands: Vous ne voulez donc rien? antwortete er verneinend. Des Reiches Verband, so locker er sei, bestehe noch. „Wir liegen nicht auf Ihrer Linie der Operationen; nicht nur ist dieses nassauische Haus dem Kaiser ergeben; der Herr von Usingen, Senior des Hauses, hat so lange österreichisches Brot und fast kein anderes gegessen von der Pike bis zum Feldmarschall“; diese Schilderhebung zieme ihm ganz und gar nicht, der alte Mann werde sich nimmermehr dazu entschließen. — Seit lange hatte man auch in Paris die Frankfurter Union besonders protegiert; nun schlug der Agent in Frankfurt, Hirsinger, vor, deutsche Regimenter in französischen Sold zu nehmen, wie dies von Frankreich zuerst im dreißigjährigen Krieg geschehen sei; in zwei Monaten könne man 10—12000 Mann auf die Beine bringen; die jüngeren Häuser Hessen-Nassau, Löwenstein, Isenburg, Salm u. s. w. würden sich eine Ehre daraus machen, solche Regimenter zu kommandieren, und viele unmittelbare Adelige wären glücklich mit nur einer Kompagnie. In diesen Kreisen hielt man die Sache des Kaisers für gleichbedeutend mit derjenigen der deutschen Fürsten; ein Exposé, das Napoleon über den Einfall in Bayern drucken ließ, tat gute Dienste. Aber noch war eine Schwierigkeit zu besiegen, welche in dem „Vorurteil der Fürsten“ „mit ihrer Schwäche verbunden“ bestand.

Wir haben bis jetzt eines Fürsten nicht gedacht, der durch materielle Vorteile und persönliche Unselbständigkeit in immer

größere Abhängigkeit von den Tuilerien geraten war, der aber vermöge seiner Stellung als erster Kurfürst des Reiches für die anderen Stände durch sein Beispiel von ausschlaggebender Bedeutung werden konnte, des Kurerzkanzlers. Noch ehe die Feindseligkeiten begannen, versprach Dalberg dem General Hédouville, alles zu tun, was von ihm abhänge, um die Absichten des Kaisers zu erfüllen, soweit es die Schwäche seiner Mittel erlaube. Seine Motive in dieser Beziehung seien die Überzeugung, daß Napoleon Europa vor der Anarchie bewahrt habe, die Anhänglichkeit, welche ihm die Bewunderung der eminenten Eigenschaften einflöße, welche den großen Menschen charakterisieren, die lebhafte Dankbarkeit für das persönliche Wohlwollen, mit dem ihn der Kaiser beehrte. Sein Eifer werde keine andere Grenze kennen als die, welche ihm seine Pflichten auferlegten, denen er alles aufopfern wolle, ohne zu schwanken, seine politische Existenz und, wenn es nötig sei, sein Leben. Mit dieser Deklamation war Hédouville jedoch nicht zufrieden, weil kurz vorher in Aschaffenburg nur von bedingungsloser Ergebenheit die Rede war. Der General schrieb diese Umwandlung einem Besuch bei dem Erzherzog Anton zu; ausschlaggebend war wohl die Meinung, Napoleon werde auf die Dauer dem gewaltigen Ansturm der Koalition nicht gewachsen sein. Auch vermutete man in Regensburg, Kaiser Franz werde einen Versuch zu einem Reichskriege machen. In dieser Voraussetzung berief der Kurfürst seinen Minister, den Freiherrn von Albini, eiligst nach Regensburg und spielte sich als den Hüter der Verfassung auf, als den Mann, den eine vollständige Verleugnung seiner selbst und seiner Interessen völlig unzugänglich machte. Drei Konferenzen änderten daran nichts; er ließ sich zwar dazu herbei, immer direkt mit den Franzosen zu verhandeln, ohne Albini, gegen den Napoleon eine gewisse Abneigung empfand. Auch wollte er immer seine Erklärungen schriftlich geben, um seine Ergebenheit ostensibel zu machen. Ein Hintertürchen für eine Gesinnungsänderung ließ sich der schlaue Mann schon damals offen, wenn er betonte, seine Pflichten fesselten ihn an die deutsche Verfassung, nicht an den

Kaiser von Österreich, gegen den er sogar allenfalls ankämpfen könne; eben diese seine Eigenschaft werde ihn Frankreich oft nützlich machen. Als der Einbruch der Russen in das Reich in Aussicht stand, gestand er bereits als seine Pflicht, Napoleon zu folgen. Hédouville war bereit, ihm die Neutralität der Stadt Regensburg zuzugestehen; auch Österreich schien sich dazu herbeizulassen, da General Mack einer Deputation der Stadt Augsburg erklärte, er habe Befehl, keine andere Stadt als Regensburg für neutral anzusehen. In einem Anflug von Energie entfernte der Kurerzkanzler die preußischen und österreichischen Werber aus der Stadt und verweigerte dem kaiserlichen Regiment Gemmingen den Durchmarsch durch dieselbe; aber schon in den ersten Oktobertagen vermochte das Wort „Deutsches Vaterland“ auf die Mitglieder des deutschen Reichstags, von denen doch so viele durch Privatinteressen mit dem Wiener Hofe verbunden waren, nur eine laue Wirkung auszuüben; die Aufgeklärten unter ihnen schienen sich nicht zu verhehlen, daß Frankreich gerechten Anlaß habe, dem Ansturm Franz II. zu begegnen.

Inzwischen hatte Napoleon mit bewunderungswürdiger Präzision und Sicherheit unter strenger Wahrung des Geheimnisses alle Vorkehrungen zum Kampfe getroffen. Während Bernadotte mit einer Armee von Hannover nach Bayern marschierte, Marmont gegen Mainz zog, Davoust, Lannes, Soult und Ney dem Rhein zueilten, hatte Mack keine Ahnung davon, daß er umgangen werden sollte, und Gentz spottete weidlich über den Theatermonarchen, dem kein Kammerherr und Zeremonienmeister aus der Verlegenheit helfen könne, und führte sein trügerisches Schweigen auf — Scham zurück. Am 25. September überschritten Lannes bei Kehl, Davoust bei Mannheim, am folgenden Tage Ney bei Au und Soult bei Speyer den Rhein. Napoleon selbst weilte seit dem 26. September in Straßburg, wo ihn Markgraf Ludwig und der Erbprinz von Baden, sowie die Vertreter mehrerer anderer Reichsstände begrüßten.

In Karlsruhe hatte man auf die russische Septembernote mit ähnlicher Zurückhaltung geantwortet wie in Stuttgart; der

russische Botschafter weilte in der schwäbischen Residenz; nur seinen Geschäftsträger Baron Aderkaß hatte er am badischen Hofe zurückgelassen. Der österreichische Gesandte von Schall begnügte sich mit der Rolle des Beobachters und wurde völlig vernachlässigt. Cobenzl wußte zu gut, daß die kaiserliche Armee nicht in der Lage sei, Baden zu schützen, als daß er bestimmte Forderungen für angebracht halten konnte, die Karl Friedrich höchstens verstimmt hätten. Am 2. Oktober mußte Edelsheim überdies infolge einer Ordre Napoleons den Gesandten der Koalition eröffnen, daß ihre weitere Anwesenheit im Rücken der französischen Armee nicht geduldet werden könnte und sie sich nach Frankfurt zu begeben hätten. In der allgemeinen Bestürzung versäumte es die badische Regierung, gegen den Einfall der Österreicher oder für den Einmarsch der Franzosen Vorbereitungen zu treffen. Mit Genugtuung verglich daher der bayerische Gesandte die Haltung dieses Kurstaates mit derjenigen seines Monarchen. Als am 15. September österreichische Husaren vom Regiment Blankenstein und Tiroler Jäger in Biberach erschienen, mußten die badischen Unterbehörden, ohne Verhaltungsmaßregeln von Seite ihrer vorgesetzten Organe gelassen, jede Verantwortung ablehnen. Während sich die kurfürstlichen Truppen bei Mannheim zusammenzogen, wichen die Österreicher bald wieder nach Stockach und Ulm zurück, aber noch am 11. Oktober schien die Gefahr einer Invasion durch dieselben nicht ausgeschlossen und der Kurfürst dachte daran, sich nach Mannheim in Sicherheit zu bringen. Die Franzosen benahmen sich in dem verbündeten Lande bald zudringlich und grob, weit unerträglicher als in früheren Feldzügen, da sie noch „citoyens" waren. Größere Willkür, meinte alsbald der Mannheimer Hofratsdirektor von Dawans, sei selbst im Unglücksjahr 1799 nicht vorgekommen und der Direktor von Marschall fand wenige Tage solcher Ausbeutung für genügend, das Land zu Grunde zu richten. Ohne jede Anzeige bei der Landesregierung gab Napoleon nach einer Rekognoszierung allen Bitten der geängstigten Einwohner zum Trotz am 28. September aus strategischen Gründen den Befehl

zur Niederreißung der Häuser vor Kehl und zur schleunigen Befestigung des Platzes. Nur für Heidelberg und Karlsruhe wurde die Befreiung von Einquartierungen und Durchmärschen zugesagt. Da Karl Friedrich aus Sorge für die oberen Lande sich noch nicht zur Abgabe seines Hilfskorps entschließen konnte, beschuldigte ihn Thiard ohne Scheu einer zweideutigen Haltung. Am Willen, diesen unerhörten Angriff auf seine Ehre mit Würde und Schärfe zurückzuweisen, fehlte es dem fürstlichen Greis nicht; aber woher hätte er die Kraft nehmen sollen, seine Lande besser zu beschützen? „Als Markgraf war ich reich und Herr, pflegte er zu sagen; jetzt bin ich Kurfürst, aber arm und ohnmächtig.“ Und zu einem Fremden, der sich freute, ihn so rüstig zu sehen, sagte er, er befinde sich allerdings noch immer wohl, aber ihn drücke eines, daß er seine Untertanen so gedrückt sehe, ja daß er sie selber drücken müsse. Als er später den österreichischen Gesandten verabschiedete, traten dem Fürsten mit dem „guten edlen Herzen“ die Tränen in die Augen. Die Markgräfin Amalie sprach ihre heißesten Wünsche für das Wohl der österreichischen Waffen unverhohlen aus; Markgraf Ludwig, dem man die Schuld an allem Unglück zuschrieb, war allgemein verhaßt, und als Karl Friedrich seine Brigade endlich auf Kriegsfuß setzte, weigerten sich viele Offiziere, gegen die Österreicher zu fechten und die Mannschaften desertierten massenhaft. Napoleon selbst betrat den badischen Boden am 1. Oktober. „Soldaten,“ rief er dem Heere zu, „der Krieg der dritten Koalition hat begonnen.... Wir werden nicht eher stille stehen, als bis wir die Unabhängigkeit des Deutschen Reichs gesichert, unserm Verbündeten geholfen, den Stolz unserer Feinde verwirrt haben.“ Unter den Mauern von Ettlingen, wo einst sein Vorfahre Markgraf Ludwig der Türkensieger gehaust hatte, der als Reichsfeldmarschall auch manchen Strauß mit dem Franzmann siegreich bestand, begrüßte Karl Friedrich den neuen Beschützer des Deutschen Reiches. Gern hätte dieser die Teilnahme eines badischen Prinzen am Feldzuge gesehen; allein die Markgräfin-Witwe bedrohte den Kurprinzen, der anscheinend gern kriegerische Lorbeeren gesammelt hätte, mit ihrem mütterlichen Fluch, wenn er diesem Rufe

ohne vorherigen Abschied aus dem russischen Dienste Folge leiste, und Markgraf Ludwig fand es für geratener, zu Hause zu bleiben, um seinen Einfluß bei Hofe nicht zu verlieren. Nachdem er in dem Schlosse übernachtet, setzte Napoleon am 2. Oktober die Reise nach Ludwigsburg fort; ein badisches Bataillon, das ihm unterwegs begegnete, ließ er einige Übungen ausführen.

Sobald Kurfürst Friedrich erfahren hatte, daß Napoleon den Rhein überschritten habe, ließ er ihn durch einen seiner Adjutanten einladen, in seiner Residenz Wohnung zu nehmen, und in Pforzheim das Anerbieten, das vom Kaiser gut aufgenommen wurde, durch seinen Oberstkämmerer und Oberststallmeister wiederholen. Prinz Paul ritt dem Allmächtigen bis zwei Meilen von Ludwigsburg entgegen, der ihn in seinen Wagen einlud. Bis neun Uhr abends wurde der Kaiser in Ludwigsburg erwartet; aber erst um elf Uhr kam er auf mit Fackeln erhellten Wegen im Schlosse an, von den württembergischen Truppen mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen unter Kanonendonner empfangen; beim Aussteigen aus dem Wagen begrüßte ihn der Kurfürst und geleitete ihn in den großen Saal, wo der ganze Hof in Gala versammelt war. Dieser freundliche Empfang steht in gewissem Kontrast zu der Haltung, die Friedrich bis dahin zur Schau trug. Zum Erstaunen aller Welt hatte er sich durch die Kriegsgefahr nicht abhalten lassen, am 28. und 29. September in Ludwigsburg und Monrepos die Vermählung seines Sohnes zu feiern. Nur die Fortsetzung in Stuttgart wurde abgesagt, als 108 Mann vom Regiment Rosenberg bis in die Nähe von Monrepos streiften. Da begehrten am Morgen des 30. September um zehn Uhr an zwei Toren von Stuttgart 4000 Franzosen Einlaß. Noch am Vorabend auf dem Ball in Monrepos veranlaßte der Kurfürst Didelot zur Absendung eines Kuriers, daß die beiden Residenzen nicht von Truppen besetzt würden. Der Kommandant, General der Infanterie Hügel, hielt demgemäß die Tore verschlossen, eine starke Garnison mit Kanonen und glimmenden Lunten stand kriegsbereit. Nach mehrstündigen Verhandlungen wich man der Gewalt, als Ney vor

dem Ludwigsburger Tor zwei Kanonen auffahren ließ; 9000 Mann hielten ihren Einzug in die Stadt, denen am Abend eine zweite Heeressäule, im ganzen 80 000 Mann, folgten. Der Marschall verlangte vom Magistrat die Lieferung von 100 000 Rationen, Husaren drangen in die kurfürstlichen Ställe und verwundeten einen Stallknecht, der sich ihnen entgegenstellte. Ein Leibkutscher, der Didelot in der kurfürstlichen Livree zur Gesandtschaft fuhr, wurde mit dem Säbel angegriffen und auf die Beschwerde des Grafen Taubenheim antwortete Dupont nur: ça m'est égal. Zum Zeichen seiner Ungnade enthob Friedrich den General Hügel seiner Stellung und als die Franzosen in Ludwigsburg ein ähnliches Manöver probierten, setzte er ihnen bewaffneten Widerstand entgegen. Didelot wurde ein entschiedener Protest gegen die Ausschreitungen der Soldaten übergeben; auch sollte er dem Kurfürsten Pässe zur Abreise besorgen; aber er wußte die Truppen so lange hinzuhalten, bis Marschall Lannes den Befehl brachte, die Residenz zu schonen. In der Nacht zum 4. Oktober wurde der österreichische Gesandte von Schraut und der russische von Maltitz mit ihren Sekretären durch französische Offiziere, die man ihnen aufs Zimmer schickte, verhaftet und von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten; doch wurde dieser Arrestbefehl unter Entschuldigungen wieder zurückgenommen, ehe das diplomatische Korps dagegen Verwahrung einlegen konnte.

Gewiß war die Widersetzlichkeit des württembergischen Herrschers gegen die Franzosen nicht von reichsständischem Patriotismus diktiert, obgleich er noch kurz vorher als unvereinbar mit seinem Gefühl für Ehre und Pflicht bezeichnet hatte, mit einer fremden Macht ein Bündnis gegen den Deutschen Kaiser abzuschließen; gewiß aber war auch seine Aussöhnung mit Napoleon nicht nur das Resultat autokratischer Eitelkeit oder der Hoffnung, den Kaufpreis seiner Freundschaft zu steigern. „Sie kennen den Eindruck, den der Kaiser auf Herz und Geist macht," schrieb Didelot über Napoleons Aufenthalt am württembergischen Hofe an Talleyrand; „Bewunderung und Respekt war ihm vorausgegangen, Dankbarkeit, Anhänglichkeit,

aufrichtiges Bedauern begleiten ihn bei seinem Abschied.“ Mit liebenswürdiger Artigkeit unterhielt sich Napoleon gleich nach seiner Ankunft mit der Kurfürstin, die als englische Prinzessin ihm besonders abhold war, über englische Literatur. Zur Prinzessin Paul sagte er: „Madame, ich schulde Ihnen das Hochzeitsangebinde; hier bin ich nur Soldat, ich kann es Ihnen nicht geben; aber die Kaiserin wird Sorge tragen, es Ihnen in meinem Namen zukommen zu lassen.“ Friedrich versäumte keine Aufmerksamkeit zu Ehren seines Gastes und dieser hinwiederum zeigte für alles Interesse. Nach mehreren Konferenzen schienen beide Männer voneinander gleich befriedigt. Am 3. Oktober hatten sie bei geschlossenen Türen eine geheime Unterredung miteinander; als Friedrich ganz erschöpft das Zimmer verließ, erzählte er seiner Umgebung, es sei ihm seit Friedrich II. niemand von solcher Beredsamkeit vorgekommen wie Napoleon; derselbe habe sonderbar genug auch ungefähr dieselbe tournure d'esprit wie der große Friedrich. Da der Kurfürst über seine Unterredung die beabsichtigten Aufzeichnungen nicht verfaßt hat, sind wir über die Einzelheiten derselben nicht unterrichtet. Napoleon hielt ihm das Wort entgegen: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich, und zerstreute seine Bedenken wegen der Stände mit dem Ausruf: chassez les bougres, jagen Sie die Kerls davon! Am 4. Oktober wurde der Inhalt des Besprochenen in einen Allianztraktat zusammengefaßt, zu dem der Kaiser selbst einige Auslassungen und Zusätze diktierte, besonders über Artikel 3, 9, 10. Mit den Ratifikationsinstrumenten fiel Didelots Bruder bei Heidenheim in die Hände der Österreicher. Er hatte die Geistesgegenwart, mit einer Schere das Dokument in lauter kleine Stücke zu zerreißen, die er in seinem Taschentuch barg. So fand der feindliche General nur den Umschlag des Vertrags, den er für ein Portefeuille hielt. Den Verdacht, den in ihm ein darauf befindliches N (Napoleon) und der kaiserliche Adler weckte, beseitigte ein anderer Offizier mit dem Hinweis, daß Didelot als Minister zur Führung eines solchen berechtigt sei. Erst am 8. November sandte Talleyrand von München eine doppelte Neuausfertigung; die Trümmer des alten Traktats

wurden zur Erinnerung an das kluge Verhalten Didelots dem Archiv überwiesen.

Der von Didelot und Wintzingerode unterzeichnete Vertrag, der das Datum des 5. Oktober trägt, enthält zunächst eine Reihe von Bestimmungen, die auch in den Abmachungen mit Bayern und Baden vorkommen: die Garantie der württembergischen Staaten, Stellung eines Korps von 8—10000 Mann, Regelung des Kommandos, Respektierung der Residenzen, Zusicherung gemeinsamen Friedensschlusses. Artikel 3 gewährte dem Kurfürsten die kaiserliche Unterstützung gegen die Landstände, wenn sie durch Verweigerung der Aushebung und der Ausgaben für die Militärkasse die Erfüllung der nur zum Schutze des Landes dienenden Maßregeln unmöglich machen sollten. In einer bewegten Ansprache an dieselben rechtfertigte auch nachher Friedrich sein Verhalten: eine Ablehnung hätte nur dazu geführt, seine Lande als eroberte Provinz behandelt zu sehen. „Mißkennen Sie mich nicht, es ist nicht meine Forderung, es ist des französischen Kaisers Forderung." So konnte der ständische Ausschuß nicht anders, als die 500000 Gulden und die Aushebung von 8—10000 Mann außer den im Garnisonsdienst verwendeten Truppenteilen zu bewilligen. Zugleich aber verwahrte er sich gegen jede Teilnahme an einer der abgeschlossenen Konvention etwa eingerückten den Grundsätzen der Reichsverfassung entgegenstehenden Bestimmung und fügte die ehrfurchtsvolle Bitte hinzu, „daß es K. D. gefällig sein möchte, das unglückliche Land durch eine trostvolle Versicherung ihrer unveränderten Aufrechterhaltung zu beruhigen." Diese Zusätze erscheinen nur verständlich im Hinblick auf Artikel 9 und 10 des Traktats. Im ersten versprach Napoleon seinem neuen Bundesgenossen die vollständige Souveränität seiner Staaten und der eingeschlossenen oder noch einzuschließenden Gebiete mit Ausnahme der den Kurfürsten von Bayern und Baden gehörigen Besitzungen. Diese Garantie sollte auch in den Friedensschluß mit Franz II. „sei es als Kaiser von Österreich oder als Haupt des Deutschen Reiches" aufgenommen werden. Nach dem andern Artikel wollte der Kaiser

im Falle eines günstigen Ausganges des Feldzuges nichts für sich behalten, sondern die eroberten Lande unter seine Bundesgenossen verteilen, und diese in einen solchen Stand setzen, daß sie fortan gegen jede direkt oder indirekt sich äußernde Empfindlichkeit des Hauses Österreich über gegenwärtigen Vertrag sich sicher fühlen könnten.

Die trotz aller scheinbaren Harmlosigkeit den tiefgreifendsten Weiterungen Raum gebende zweideutige Fassung dieser Vereinbarungen gestattet in Verbindung mit einer Reihe anderer Angaben einen bestimmten Rückschluß auf die Unterredung, die zwischen den beiden neuen Freunden in Ludwigsburg über die zukünftige Gestaltung Deutschlands geführt wurde. Am 2. Oktober spricht Napoleon in einem Briefe an Talleyrand zuerst davon, daß er den Landgrafen von Hessen-Darmstadt in seinen aus Bayern, Darmstadt, Württemberg und Baden gebildeten deutschen Bund aufnehmen wolle. Ein Schreiben an Friedrich von Württemberg vom gleichen Tag lädt diesen noch zur Erhaltung des Corpus Germanicum ein; in persönlichen Gesprächen mit diesem Fürsten, der als Anhänger des strengen alten Reichsstaatsrechtes galt, scheint aber bald das Eis gebrochen worden zu sein. Nach der Einnahme von Ulm beglückwünscht derselbe den Kaiser zu seinen Waffenerfolgen, die seinen Bundesgenossen die schönsten Perspektiven eröffneten: „Ich beschäftige mich gern mit dem schmeichelhaften Gemälde, daß Ihre M. mich betrachten ließ, als ich die Ehre hatte, Sie in Ludwigsburg zu sehen. Der Augenblick, es verwirklicht zu sehen, kann nicht ferne sein.“ Bald danach wünschte Napoleon den württembergischen Minister im Hauptquartier instruiert zu wissen über die germanischen Gebräuche, die notwendig abgeschafft werden müßten und nur dazu dienten, dem Kaiser von Deutschland eine Macht zu geben, die keine Kompensation mehr hat, da sie keine Garantie mehr zu bieten vermag. Wintzingerode spricht es im nächsten Jahre deutlich aus, daß man die Möglichkeit eines Verzichts auf die Zugehörigkeit zum Reich schon vor dem Preßburger Frieden erwogen habe. Der bayerische Gesandte Baron Hertling berichtete im November nach Hause, die

Vernichtung der Macht der für den württembergischen Souverän so lästigen Stände, das Verfügungsrecht über einen Teil der geistlichen Güter, die 19 Millionen Einkünfte hatten, und die Beseitigung der Abhängigkeit vom Deutschen Reich sei in dem Vertrag ausgemacht worden. Wenn er auch diese Angaben später dahin einschränkt, es handle sich nur um allgemeine Zugeständnisse, so ist doch so viel gewiß, daß aus dem 9. und 10. Artikel die weitestgehenden Folgen gezogen werden konnten. In Ludwigsburg sind, das bezeugt auch Montgelas, wo er keinen Grund zur Entstellung der Wahrheit hatte, die Fäden gesponnen worden, die zur Auflösung der feudalen Hierarchie, zur Umwandlung Süddeutschlands in moderne Staatskörper geführt haben. Gesunder Egoismus, nach Bismarck der Lebensnerv aller Politik, flößte dem Kurfürsten den Mut ein, der unvermeidlich gewordenen Katastrophe mit offenem Blick ins Auge zu sehen. Seit Jahrhunderten verfolgten die Mächtigen mit Deklamationen über die reichsständischen Obliegenheiten nur Sonderzwecke, seit etwa zwanzig Jahren hatte die Dreistigkeit, mit der diese konventionelle Lüge zum Deckmantel der schändlichsten Angriffe auf die Integrität des Reiches selbst von Seite seines Oberhauptes dienen mußte, alle Grenzen überstiegen. Da beschämte ein kleiner Fürst die Großen, indem er vor dem allgewaltigen Herrscher das rechte Wort aus- oder nachsprach, wie man aus dem Chaos herausfinden könne. Und wenn er seine richtige Erkenntnis auch geheim hielt, so hat er sich doch vor jener gesinnungslosen Heuchelei zu bewahren verstanden, der wir bald bei einem anderen Reichsfürsten begegnen werden.

Siebentes Kapitel.

Von Ulm bis Austerlitz.

> Es ist besser, daß aller vorhandene schlechte Stoff in einem Geschwür zu Tage trete, als daß er unter der Haut weiter fresse.
> Bismarck.

Während Napoleon mit einer bis dahin nie dagewesenen Schnelligkeit dem Feind und dem Siege entgegeneilte, so daß seine Soldaten bald scherzten, er bediene sich mehr ihrer Beine als ihrer Bajonette, waren die Friedenshoffnungen bei vielen noch immer nicht geschwunden. Der salzburgische Staatsminister Manfredini warf dem Franzosen Lezay die Bemerkung hin, alles werde sich noch arrangieren; Kaiser Franz habe eine wohlerzogene Tochter, die Eugène Beauharnais heiraten möge, wenn er König von Italien werden wolle. Und der Deutsche Kaiser richtete noch am Tage seiner Abreise von Landsberg an den General Mack die Frage: „Was denken Sie? vielleicht wird er doch unterhandeln. Er wird am Neckar Stellung nehmen, gegen Würzburg sich mit seinem linken Flügel anlehnen und dann unterhandeln." Auch Talleyrand schrieb an seinen Gebieter: „Die Erhaltung E. M. ist tausendmal kostbarer für Frankreich als die Eroberung Deutschlands und der Welt." Ein an sich unbedeutendes Ereignis scheint auf den Minister damals einen tiefen Eindruck gemacht zu haben, da er es sonst kaum in seinen Memoiren erwähnt hätte: in einem epileptischen Anfall war der Kaiser in Straßburg plötzlich zu Boden gefallen. Zu dem Gefühl der Unsicherheit, das in Talleyrands Briefen deutlich zutage tritt, bilden die zuversichtlichen Mitteilungen

seines Gebieters an ihn einen charakteristischen Gegensatz. In Straßburg zurückgeblieben, tröstete sich der vorsichtige Staatsmann mit dem Gedanken, nach einem entscheidenden Erfolg werde Napoleon zu dem Erzherzog Karl sagen: „Sie sind in den letzten Zügen; ich will meine Siege nicht mißbrauchen. Ich habe den Frieden gewünscht und das zu beweisen, wünsche ich ihn noch heute.“ In dieser Voraussetzung schildert Talleyrand dem Monarchen, der nach den denkwürdigen Feldzügen der Jahre 4 und 5, nach dem 18. Brumaire, nach dem Tag von Marengo seine Triumphe immer nur als Friedenspfand auffaßte, am 17. Oktober, wie er sich den künftigen Frieden denke. Er rechnete dabei nur mit vier europäischen Großmächten; Preußen, dessen Ruhm lediglich Friedrich II. ausmachte, sei zum ersten der Staaten zweiten Rangs herabgesunken. Von den noch übrigen Weltmächten schienen zwei, England und Österreich, im unversöhnlichen Gegensatz zu Frankreich, während die dritte, Rußland, nur indirekt, als natürlicher Verbündeter der beiden anderen, dessen Feind war. Wohl wäre auch eine Allianz mit Preußen zur Aufrechterhaltung des Kontinentalfriedens geeignet gewesen; allein da darauf nicht mehr zu zählen schien, setzt Talleyrand an seine Stelle Österreich. Zuvor mußte dasselbe allerdings ungefährlich gemacht werden, indem seine Berührungspunkte mit der französischen Interessensphäre beseitigt wurden; es hätte auf seine schwäbischen Besitzungen, auf Lindau und Mainau verzichten müssen, von denen aus es der Schweiz gefährlich werden konnte, und Venedig und Triest räumen, durch die es Mailand bedrohte. Früher lag Österreichs Bedeutung für Westeuropa darin, daß es eine Vormauer gegen die Türkei bildete; in dieser Erkenntnis unterstützte selbst Ludwig XIV. seinen Rivalen. Jetzt hatte der kranke Mann am Bosporus seine Schrecken für Europa verloren; auf seine Kosten durch Überweisung der Walachei, der Moldau, Bessarabiens und des nördlichen Bulgariens konnte den Erzstaaten eine neue Politik aufgedrungen werden, die ihre Freundschaft mit Rußland für immer vernichtete. Auch das Zarenreich wäre dadurch in den Osten gewiesen worden und über

das südliche Asien bald mit dem englischen Interesse in Konflikt geraten.

Nicht mit Unrecht erinnert Bertrand, der verdiente Herausgeber von Talleyrands Korrespondenzen aus dieser Zeit, daran, die hier ausgesprochene Idee, Österreich nach dem Osten zu werfen und Rußland entgegenzustellen — die übrigens auch eine Zeitlang im Programm Napoleons III. eine Rolle spielte —, sei später von Bismarck wieder aufgenommen worden; nur ein Faktor habe in der Rechnung gewechselt; es sei nicht mehr Frankreich gewesen, welches die Fäden leitete, sondern im Gegenteil, um es zu schwächen und die Macht seines Feindes zu stärken, habe man die große Konzeption Talleyrands in das Reich der Wirklichkeit versetzt. Auch Hertzbergs Entwürfe von 1787 ließen sich damit in gewissem Sinn vergleichen, und Montgelas verband mit dem „ungarischen System" Österreichs eine ähnliche Vorstellung. Seit einer Reihe von Jahren gehörten diese Ideenverbindungen zum Gemeingut der revolutionären Politiker. Was ihnen aber im Munde eines im Grunde wenig unterrichteten Diplomaten, der sich auf seinem Posten nur durch seine große Schlauheit und ein seltenes Glück so lange zu behaupten verstand, besondere Bedeutung verlieh, war die relative Mäßigung, die er damit verband, und die besonders ins Auge fällt, wenn man sich an Théremins Vorschläge zurückerinnert. Während der eine mit Gemütsruhe Russen und Engländer im Orient aufeinanderplatzen läßt, hatte der andere auch den Rand des Mittelmeers der französischen Vorherrschaft unterwerfen wollen. Auch hatte der ehemalige Bischof von Autun in der Person des Kaisers eine reale Macht zur Seite, die wohl im stande gewesen wäre, in die Tat umzusetzen, was früher nur als „spekulative Philosophie" erschienen war. So kleidete Talleyrand in den Anlagen zu seinem Briefe seine Vorschläge auch schon in ein förmliches Projekt ein mit einer Reihe von Artikeln; für den Verzicht auf Schwaben, Tirol, Lindau, die Insel Mainau, Venedig, Triest gewinnt Österreich das Bündnis Frankreichs, um die Donau entlang sich über die Walachei, die Moldau und Bessarabien aus-

zudehnen, versteht sich Napoleon zur Trennung der italienischen und französischen Krone. Eine „convention additionelle“ enthüllte das Schicksal der abgetretenen Länder: Tirol sollte ein eigenes Fürstentum werden, die Bistümer Passau und Eichstätt, die Markgrafschaft Burgau rechts der Donau, die Grafschaften Königseck-Rothenfels, Montfort waren Bayern, der auf dem linken Donauufer liegende Teil von Burgau mit Dependenzen, die obere und untere Grafschaft Hohenberg, die Grafschaften Isny, Weingarten und die Herrschaft Ravensburg dem Erzherzog von Württemberg zugedacht; über den Breisgau, die Ortenau, die Städte Konstanz und Lindau war zu Gunsten Badens verfügt. Die Grafschaft Nellenburg schlägt Talleyrand für den Fürsten von Salm-Kyrburg, die Präfektur Altorf für einen anderen deutschen Fürsten vor; die Insel Mainau empfiehlt er der Schweiz einzuverleiben.

In diesen Zusatzbestimmungen liegt der bleibende Wert von Talleyrands Vorstellungen; sie wurden mit einigen Modifikationen später in die Tat umgesetzt. Das Bündnis mit Österreich aber verwarf Napoleon in München, wo ihn Talleyrand vierzehn Tage nach der Absendung seines Briefes wieder traf. Und doch wäre die Voraussetzung zu einem solchen gegeben gewesen: am 17. Oktober hatte die österreichische Armee in Ulm die Waffen gestreckt. Der Kaiser zog die Vorschläge zwar in Erwägung, allein neue Erfolge seiner Avantgarde hatten in ihm den Wunsch wachgerufen, nach Wien zu marschieren. „Trotz tausend guter Gründe“ sah Talleyrand seine Idee scheitern. „Man zieht einen Vertrag mit Rußland vor, nachdem man Österreich geschwächt hat. Das ist nicht meine Ansicht,“ schrieb er resigniert an Hauterive. Zugleich aber meldet er von neuen Plänen, für welche es galt, nachdem man sich Württembergs schon versichert hatte, die Zustimmung Bayerns zu erlangen.

Die Stimmung der bayerischen Armee, die sich in der Oberpfalz um Amberg sammelte, war die denkbar beste; sie wollte sich mit der österreichischen schlagen, von Neutralität nichts wissen. Als

13*

Buol die Entwaffnung des bayerischen Heeres forderte, waren die Soldaten wütend. „Ich glaube, es findet sich niemand," schrieb Gravenreuth aus diesem Anlaß, „der so feig wäre, zu raten, man solle einen Augenblick diesen entehrenden Vorschlag hören." Dem geschickten Unterhändler gelang es, die Österreicher über die Absicht der bayerischen Truppenansammlung vollständig zu täuschen. Bei dem Baron Hügel in Regensburg ließ er anfragen, welche Strecke die kaiserlichen Truppen einschlügen und welche Stellung die einheimischen Streitkräfte einnehmen sollten, um ihnen nicht hinderlich zu sein. Da dieser ihn an das Generalkommando verwies, sandte er seinen Bruder an den General Mack. Dieser bezog sich in seiner Antwort auf die weitläufige mündliche Erzählung der bisherigen Begebenheiten vor dem Hauptmann Gravenreuth, die er bei anderen wichtigen und dringenden Geschäften nicht schriftlich von sich geben könne. Erzherzog Ferdinand schlug vor dem Oberstleutnant Pompei in München einen Ton an, der aus Höflichkeit und Falschheit gemischt war. Er leugnete, daß die Requisitionen im Willen des Kaisers lägen, er selbst habe dieselben verboten. Über die Wegnahme von Pferden und erzwungene Dienstleistungen für den Train der österreichischen Armee schien er höchst ärgerlich, das Gerücht, daß man junge Leute als Rekruten zu den Fahnen gerufen, bezeichnete er direkt als falsch. Im allgemeinen scheute sich die kaiserliche Generalität, den Kriegszustand offen auszusprechen, solange Buols Sendung nach Würzburg nicht gescheitert war. Diesen halben Maßregeln des Feindes und der vorzüglichen Haltung der Bevölkerung in der Oberpfalz, die dem bayerischen Korps alles lieferte, war es zu danken, daß Deroy sich mit seinen Truppen unbehelligt nach Würzburg zurückziehen konnte, wo die Sympathien besonders der Geistlichkeit und des Adels nicht so ganz auf Seite des Kurfürsten waren, um am 2. Oktober sich mit der Armee Bernadottes zu vereinigen. Napoleon benützte die Gelegenheit zu einer Proklamation an die Bayern: Ihr werdet dem Beispiel eurer Vorfahren folgen, die sich stets die Unabhängigkeit und die politische Existenz bewahrten, welche die ersten Güter der Nationen sind."

Wenn auch Deroy seinen Soldaten zurief, sie sollten sich nicht entehren lassen, auf Gott und die gerechte Sache vertrauen und ihr Vaterland vor dem Untergang bewahren, so verlieh er damit nur einem damals weitverbreiteten Gefühl ohne jede Phrase Ausdruck. Frohlockte doch auch Gravenreuth in einem nicht für die Veröffentlichung bestimmten Bericht an die höchste Stelle: „Ich habe nur gute Hoffnung, ich weiß, der Himmel ist uns günstig.“ Ebenso fand Max Joseph den Weg zum Herzen seines Volkes. „Der Kaiser der Franzosen, Bayerns natürlicher Bundesgenosse,“ rief er aus, „eilte mit seinen tapferen Kriegern herbei, um euch zu rächen, und schon kämpfen eure Söhne an der Seite der sieggekrönten Völker, und bald, bald naht der Tag der Rettung.“ Wenn er außerdem in einer Staatsschrift, der „geschichtlichen Darstellung“ an die Nation appellierte und darin seine früheren Verhandlungen mit Frankreich verschwieg, folgte er damit nur einer Gepflogenheit, die sich bis heute bei allen europäischen Regierungen im Gebrauch erhalten hat; die Österreicher blieben ihm freilich die Antwort nicht schuldig. Friedrich von Württemberg erinnerte in ähnlicher Weise seine Soldaten vor dem Ausmarsch an ihre militärische Ehre und rechtfertigte sein Verhalten in einer Druckschrift: „Bemerkungen über die neueste Lage Württembergs.“ Dagegen konnte man sich in Karlsruhe nicht entschließen, zur Motivierung des Bündnisses mit Frankreich ein Manifest zu publizieren; die Klugheit schien dem Mindermächtigen zu gebieten, Österreich, das trotz alles Kriegsunglücks seine Großmachtstellung behaupten werde, nicht zu reizen, und da auch Napoleon kein Verlangen dahin geäußert hatte, war man nicht der Meinung, bei ihm durch einen solchen Schritt „ein höheres Wohlgefallen“ zu erwecken.

Nach dem Rückzug der bayerischen Armee begab sich Gravenreuth in das kaiserliche Hauptquartier. Auf der Reise nach Straßburg zwischen Stollhofen und Bischofsheim begegnete er unvermutet dem Wagen des Imperators, der sich auf der großen Landstraße eine halbe Stunde mit ihm über die bayerischen Truppen und über die Haltung der Österreicher unterhielt. Einer Einladung,

Talleyrand in Straßburg zu besuchen, leistete der Gesandte sofort Folge. Da Max Joseph ihm in Würzburg nicht genügend gedeckt schien, hätte ihn der Fürst von Perigord, der sich sofort seiner alten Beziehungen zu ihm erinnerte, gerne in Straßburg gesehen, wo ihn die Kaiserin mit offenen Armen empfangen hätte. Von einer Reise des bayerischen Herrschers nach Düsseldorf wollte er nichts wissen; er hätte vielmehr gewünscht, daß er mit dem Kaiser an der Spitze seiner Truppen in seine befreite Hauptstadt heimkehre. Am 22. Oktober, nach der Kapitulation von Ulm, traf Gravenreuth mit Napoleon wieder in Augsburg zusammen. Derselbe empfing ihn mit großer Freundlichkeit; Österreich, meinte er, hätte immer Bayern gewünscht, und um diesen Preis hätte er sich leicht mit dieser Macht verständigen können. Der Kurfürst habe wohl getan, die Partei Frankreichs zu ergreifen, das allein ihn retten könne, und ihn jetzt aus Interesse und Pflicht erhalten werde. Wenn Napoleon gleichzeitig die Einladung an Max Joseph erneuerte, nach München zurückzukehren, so teilten auch die Münchener den Wunsch, ihren Landesvater wieder in ihren Mauern zu sehen. Mit dem größten Enthusiasmus hatten sie den Namenstag des Kurfürsten am 12. Oktober gefeiert. Mit unendlichem Jubel wurde die Rückkehr der bayerischen Truppen und der Einzug Bernadottes an diesem Tage begrüßt. Man bot den Soldaten freiwillig Lebensmittel in Fülle an und überall hörte man den Ruf: „Es lebe Napoleon, es lebe Maximilian, es leben die Franzosen!" Da General Mack noch am Abend vor der Übergabe von Ulm verboten hatte, von einer solchen zu sprechen, mehrere Tausend Pferde könnten für lange Zeit als Nahrung dienen und er werde als der erste zum guten Beispiel Pferdefleisch essen, so spottete man jetzt:

Ich bin, spricht Mack, ein Heldenmann,
Der eher Pferdsfleisch essen kann,
Als im Gefängniß leben;
Doch nach drey solchen Speisetagen
Verdirbt sich Herr von Mack den Magen
Und muß sich übergeben.

Bernadotte gab der Armee auf dem Max-Josephs-Platze die Erfolge der kaiserlichen Waffen persönlich bekannt und forderte sie zu einem Hoch auf den Sieger auf; in der Münchener Zeitung sprach er seine Zufriedenheit mit dem bayerischen Kontingent aus, das 1600 Gefangene gemacht hatte. Seit dem 20. Oktober waren alle Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers getroffen; am 24. Oktober abends um 7 Uhr hielt derselbe in sechsspännigem Wagen, umgeben von den Marschällen des Reiches, von seiner eigenen Garde und der berittenen Münchener Bürgerwehr geleitet, unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute aller Glocken durch das Neuhauser Tor seinen Einzug in die illuminierten Straßen der Stadt. An der Akademie prangten bei der Illumination die Worte:

Venit vidit vicit Napoleon Austriae terror.
Pius Bavariae Amicus vivat.
Fausta Monachii liberatio per Gallo-Boicos in ipso Principis
Anniversario plausa civico et voto universo celebrata.

Der Zudrang des vivatrufenden Volkes war enorm; an allen Plätzen spielten Musikkapellen, die Beleuchtung dauerte bis zum anderen Morgen. An der Treppe der Residenz wurde der siegreiche Monarch von den anwesenden Generalen der verbündeten Armeen begrüßt; doch zog er sich bald in seine Gemächer zurück; nur mit Gravenreuth sprach er noch über die Stadt, die hervorragenden Persönlichkeiten und über die Subsistenzmittel der Armee. Am folgenden Morgen um 10 Uhr wurde ihm das diplomatische Korps durch den Oberststallmeister Caulaincourt, Militär, Adel und Gerichtsbarkeit durch Gravenreuth vorgestellt; der Kaiser eroberte alle Herzen und entzündete den Patriotismus der Bayern; mit jedermann sprach er von seinem Ressort. Die Generale gewann er durch das Versprechen, er wolle den Kurfürsten in stand setzen, für gewöhnlich 50000 Mann zu unterhalten. Besonders zeichnete er den Baron Christian von Zweibrücken und seinen Bruder aus. Vor der Landesdirektion ließ er sich vernehmen: „Ich will keine Eroberung in Deutschland machen; alles, was ich erobere, gehört dem Kurfürsten von Bayern.“ Mit den Freiherrn

von Weichs und Tautphöus scherzte er: „Wir sind wie eine Überschwemmung der Donau; wir kommen plötzlich und wir verschwinden plötzlich.“ Den Ständen erzählte er von der Begehrlichkeit Österreichs und seinem Wunsch, Bayern anzutasten. Cobenzl habe den Lech zur Grenze begehrt in einer Zeit, wo die bayerischen Truppen für Österreich kämpften, und er allein habe Bayern gerettet. Die Österreicher wollten nach Frankreich marschieren. Sie kämen jetzt dahin, aber um das Land zu bebauen und die Rekruten zu ersetzen, die zur Armee abgingen. Als Graf Seefeld das Wort ergriff, der Feind habe sieben Ämter vom Innviertel weggenommen, schnitt ihm der Imperator laut die Rede ab: „Das macht nichts. Sie brauchen Tirol und Österreichisch-Schwaben, und wenn ich mit Gottes Hilfe Glück habe, sollen Sie es haben.“ Das gleiche Versprechen gab er dem Magistrat; offenbar mit Absicht wandte er sich bei seinen Auslassungen über das Erzhaus gegen den Grafen Nogarola, der mit seinen Sympathien für Österreich eben erst eine so traurige Rolle gespielt hatte. Bei dem Magistrat bedankte er sich auch für den glänzenden Empfang, den ihm die Stadt bereitet hatte. Der Landschaft gab er des weiteren zu verstehen, sie hätte nichts mehr zu bedeuten und ihr Herr habe Grund, keine Generalstände mehr zu versammeln; sie sollte in den gegenwärtigen Umständen ein Fünftel oder selbst ein Viertel ihrer Einkünfte opfern. Im allgemeinen suchte er sie zu begeistern, und das gelang ihm so vollständig, daß sie ihm goldene Berge versprach. „E. K. D. wird fühlen,“ berichtete Gravenreuth über diese Vorgänge seinem Fürsten, „welchen Eindruck solche Reden in München hervorgebracht haben, und daß alle Welt mit der Partei zufrieden ist, die Sie ergriffen haben.“ In der Tat, warum sollte die Nachwelt früheren Generationen einen Vorwurf aus ihrer Begeisterung für eine einzigartige geniale Persönlichkeit machen wollen, Generationen, denen ohnedies der Stammeshaß gegen Österreich seit den Tagen Max Emanuels und Karl Alberts in Fleisch und Blut übergegangen war, und die noch dazu in einer glücklichen Befangenheit für eine befreiende Tat hielten, was sie später als

die Anfänge entehrender Knechtschaft am eigenen Leibe verspüren mußten.

Auch Napoleon war von dem Empfang in München wohl zufrieden; er fand dort mehr als Dankbarkeit, nämlich Zuneigung, sagt Talleyrand, und konnte glauben, er sei in Frankreich. Am 23. Oktober lud er nochmals den Kurfürsten ein, in seine Hauptstadt zurückzukehren, da er von niemand etwas zu fürchten habe. Wirklich entschloß sich daraufhin Max Joseph zur Abreise und sandte Chevaulegers auf Rekognoszierung aus, da er fliegende österreichische Korps in der Nähe vermutete. Am Abend desselben Tags meinte er wieder, er könne seine Person nicht in Gefahr begeben und widerrief die Befehle zur Abreise. So blieb des Kaisers Verlangen nach einer persönlichen Bekanntschaft mit ihm ungestillt. Am 27. Oktober war in München noch Tedeum und Hochamt für die Befreiung der Stadt und die Segnung der kaiserlichen Waffen; am 28. reiste der Imperator im achtspännigen Wagen nach Haag ab; an demselben Tag war Talleyrand in dem Hause des Grafen Joseph Törring abgestiegen; erst am folgenden Morgen um 11 Uhr hielt der Kurfürst seinen Einzug. Seine Untertanen begaben sich in Masse zur Residenz, ihn beim Aussteigen aus dem Wagen zu begrüßen, was ihn bis zu Tränen rührte.

In welchem Sinn sich die Verhandlungen mit dem Kurfürsten bewegt hätten, wenn er noch rechtzeitig in München eingetroffen wäre, läßt sich aus einer hochwichtigen Unterredung des Kaisers entnehmen, die er mit Gravenreuth in Gegenwart von Talleyrand noch am Morgen vor seiner Abreise hatte. Dem Baron wurde die Originalkonvention mit Württemberg vorgelesen, wobei ihm auffiel, daß sie viel mehr ins einzelne ging als die Allianz mit Bayern. Das merkwürdigste schien ihm der Artikel, der alle Beziehungen zur deutschen Verfassung abbrach, was der Kaiser im Frieden mit Österreich zur Anerkennung zu bringen versprach. Dieser Artikel enthielt auch den Grund zu einem Bündnisvertrag mit Frankreich. Die Erzählung Gravenreuths und die Erläuterungen des Kaisers beweisen, daß man den zehnten

Artikel des Ludwigsburger Traktats mit der größten Weitherzigkeit zu interpretieren verstand. Auch auf seine fédération germanique kam der Kaiser zu sprechen; im Süden von Deutschland, meinte er, dürften nur noch die Kurfürsten von Bayern, Baden, Württemberg bestehen bleiben, die sich mit Frankreich durch eine Föderativallianz zu verbinden hätten. Der Einfluß Österreichs sollte durchaus vernichtet, Bayern durch Tirol, Salzburg, Eichstätt und alle Enklaven, vielleicht selbst, wenn die Umstände es erlaubten, durch einen Teil von Österreich vergrößert werden. So lautete auch die Instruktion für Talleyrand zu seinen Verhandlungen mit Max Joseph und Montgelas. Doch legte der Kaiser über seine Ideen und die Mitteilung des württembergischen Vertrags dem Baron absolutes Stillschweigen auf; an den Kurfürsten Friedrich richtete er am 2. November vom Lager bei Ried aus die Einladung, ihm einen Minister zu schicken, in dessen Weisungen der Teil der deutschen Gewohnheiten genau anzugeben wäre, deren Abschaffung geboten sei, und die nur dem deutschen Kaiser eine Macht ohne Entschädigung oder Garantie boten. Als solche machte der Kaiser selbst den Reichshofrat und einen guten Teil der Attribute des Regensburger Reichstags namhaft, der in Wahrheit nur ein jämmerliches Affenspiel sei.

In München trat Max Joseph dem Minister Talleyrand so gegenüber, wie er ihm immer vorgekommen war: „kein Charakter, in Manieren und Geschmack ganz Franzose." Im übrigen war er voll Hoffnung und Vertrauen auf den Schutz des Kaisers. Montgelas war dem französischen Interesse sehr ergeben und noch mehr seine Gemahlin. Hier fand der französische Minister auch Muße zu einer Arbeit über Deutschland nach den Ideen des Kaisers. Man dachte zuerst an den Entwurf einer Unabhängigkeitserklärung, wozu Napoleon selbst in München die Anregung hinterlassen hatte. Die bayerische Regierung machte keine Schwierigkeiten, mit einigen leichten Zusätzen einen Plan von Talleyrand gutzuheißen, der die Erhebung der drei süddeutschen Kurstaaten zu souveränen Königreichen, die dauernde Loslösung vom Reich und den Abschluß eines

ewigen Bündnisses mit Frankreich, zu welchem auch die Schweiz zugelassen werden könnte, sowie Unterwerfung der Reichsritterschaft in Aussicht nahm. Auch Normann, auf den in Stuttgart die Wahl wohl nur wegen seiner Kenntnisse im deutschen Staatsrecht gefallen war, wurde später in diese Kombinationen eingeweiht. Ein zweiter Plan, der den fremden Ministern geheim gehalten wurde, suchte die Verteilung der österreichischen Vorlande zu regeln, ähnlich wie diese Frage schon in der Denkschrift vom 17. Oktober behandelt worden war, und ein drittes Projekt hatte die Schaffung eines neuen französischen Erbadels unter Kreierung von Herzogen, Rittern und Ecuyers zum Gegenstande. Die Ausführung dieser Pläne hing von den Ereignissen ab. Während daher Montgelas nicht zu hoffen wagte, daß alles ohne Schwierigkeiten von seiten der anderen Mächte vor sich gehen werde, beabsichtigte Talleyrand die sofortige Veröffentlichung der Unabhängigkeitserklärung und der Deklaration über die Vereinigung von Venetien mit dem Königreich Italien. Allein die Erfolge Massenas auf dem italienischen Kriegsschauplatze waren zunächst nicht rasch und entscheidend genug, daß man dies hätte wagen können; in München selbst, wo keine Garnison, nur viele Depots vorhanden waren, fühlte man sich noch unsicher. Die Kurfürstin wurde auf ihrer Reise von Würzburg zwischen Crailsheim und Feuchtwangen von feindlichen Husaren und Dragonern, die ihr auflauerten, aufgehalten und verdankte ihre Rettung nur der Festigkeit der preußischen Zivil- und Militärbehörden. Am 12. November wurde sie nach Ansbach eskortiert, wo sie mit ihren kleinen Kindern zunächst blieb; der Rest der kurfürstlichen Familie hielt sich noch immer in Würzburg auf.

Obwohl Talleyrand ihm die Kaiserwürde wieder anzubieten entschlossen war, konnte man sich auf Preußen noch immer nicht verlassen. Von Österreich, Rußland, Frankreich gleichmäßig umworben, suchte Friedrich Wilhelm auch nach dem Ausbruch des Krieges seine Neutralität aufrecht zu erhalten und, wenn es nicht anders ging, mit bewaffneter Hand zu behaupten. Er brach die

Verhandlungen über die Abtretung Hannovers plötzlich ab und forderte mit der allergrößten Entschiedenheit die Räumung dieses Landes durch die Franzosen. Am 6. Oktober kam nach Berlin die Nachricht, die französischen Truppen hätten bei ihrem Marsch nach dem Süden das preußische Gebiet in Ansbach verletzt. Mit Mühe verhinderte Hardenberg die Ausweisung der französischen Gesandten, welche der König in seiner ersten Aufwallung gewünscht hatte; dagegen wurde auch den Russen der Durchzug durch preußisches Gebiet jetzt gestattet und die einfache militärische Besitznahme Hannovers beschlossen. Dem Kurfürsten von Hessen, der durch den Oberhauptmann Hardenberg zu Grohnde, einen Bruder des Ministers, eben noch die Räumung Hannovers von den Franzosen gutgeheißen hatte, aber mit der Mobilmachung zögerte, ließ Friedrich Wilhelm durch seinen Gesandten sagen: „Was will denn der Kurfürst? will er dem Beispiel des Kurfürsten von Bayern folgen? will er sich unglücklich machen? will er sich isolieren? Ich habe wahrlich auch lange genug alles getan, um Neutralität und Frieden zu erhalten. Der Kurfürst will durchaus Hanau decken und jetzt muß ich doch selbst meine fränkischen Besitzungen abandonnieren! Der Kurfürst ist General und kommandiert einen Teil meiner Armee mit; sollte er denn als General nicht einsehen, daß man nicht alles decken und nicht ein ganzes einzelnes Korps isolieren und avanturieren könne?“ So hatte man in Potsdam eine Richtung eingeschlagen, welche allenfalls zum Kriege mit Frankreich führen konnte. Als Napoleon in München Kunde davon erhielt, die preußischen Truppen würden Hannover besetzen und der König schmeichle sich, die Franzosen würden das Land räumen, war er über diese „lächerliche und für Frankreich entehrende“ Zumutung aufs äußerste verletzt. Vor Murat und Gravenreuth donnerte er gegen die Feigheit Preußens, das in dem Augenblick, wo es ihn in Verlegenheit glaubte, ihn noch weiter in dieselbe hineintreiben wolle; lieber werde er sich mit Österreich und mit Rußland versöhnen, als eine Beleidigung von Preußen dulden. Vor drei Monaten wünschte der König Hannover, und Marschall Duroc war

nach Berlin geschickt worden, die Konvention zu unterzeichnen; da schlug Friedrich Wilhelm, eingeschüchtert durch einen russischen Generaladjutanten, die Unterschrift aus und begehrte das Land als Depot. Kaum hatte der Kaiser auch darein gewilligt, als der König aufs neue aus Furcht vor den Russen das Depot ausschlug, das er selbst vorher angeregt hatte. Dieses Benehmen beleidigte Napoleon so sehr, daß er ausrief, er ziehe das Verhalten von Franz II. dem des Königs vor; jener habe wenigstens, verpflichtet, zwischen Rußland und Frankreich zu wählen, Partei ergriffen. Seit dem Kontinentalkriege lag ihm der Besitz Hannovers nicht mehr am Herzen; aber die französischen Adler würden sich nie vor dem preußischen zurückziehen, sagte er. Wenn die Garnison von Hameln kapitulieren müsse, werde er das Land wieder erobern und vielleicht persönlich ihm zeitig zu Hilfe eilen. Hannover hätte er ohne Schwierigkeit abgetreten durch Vertrag und hätte es auch während des Krieges Preußen in Depot gegeben. Der König brauchte nur einen Adjutanten zu schicken, und alles wäre sofort erledigt gewesen. Wenn er nur einen Geheimsekretär senden wollte, hing das von Friedrich Wilhelm ab; er, der Kaiser, verlange nie, daß man sich zu seinen Gunsten ausspreche, so lange man Ruhe halte. Nicht minder unzufrieden war Bonaparte über die preußischen Klagen gegen den Kurfürsten von Bayern wegen des Durchmarsches seiner Truppen durch Ansbachisches Gebiet. Wenn er gezwungen sei zum Kriege mit dem Berliner Hofe, so hoffte er, Bayern werde neutral bleiben; Allianz mit Frankreich, Neutralität gegen Preußen sei die Aufgabe des Münchener Hofes. Nachdem er am 27. Oktober einen sehr scharfen Brief über Hannover an Friedrich Wilhelm gerichtet hatte, wiederholte er mündlich die Versicherung, mit Gewalt werde er diese Provinz nie hergeben: „Wenn Preußen nicht Vernunft annimmt, werde ich den Brief drucken lassen, den ich heute dem König geschrieben habe. Er wird mir als Manifest dienen und 300 000 Franzosen werden aufs neue unter meine Fahnen eilen. Friedrich II. hat wohl gegen ganz Europa gekämpft; ich glaube Friedrich II. aufzuwiegen; die

französische Armee wiegt zwanzigmal die preußische Armee und die französische Nation vierzigmal die preußische Nation auf. Ich wäre ärgerlich über dieses Ereignis; aber ich weiß, das Herz der Preußen ist für mich, die Furcht läßt sie gegen mich handeln. Aber sie sollen nachdenken, daß es nicht wenig heißt, gegen mich Krieg führen." Mit dem größten Interesse folgte Gravenreuth diesen Expektorationen. Er warf den Gedanken hin, man könne Hannover in den Händen Preußens lassen und dafür Ansbach und Bayreuth besetzen. Das wäre ein Mittel, den ganzen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen. Hatte der Kaiser dafür nur ein trockenes: c'est vrai, so ging er um so lebhafter auf den Gedanken ein, der bayerische Gesandte in Berlin könnte zur Beseitigung der Verdrießlichkeiten beitragen. Er wünschte sogar, daß Max Joseph direkt an den König schreibe: der Kaiser sei ein Mann von Talent, den man nicht ohne Zweck ärgern dürfe. Er handle nicht nur aus Politik, sondern noch mehr aus Gefühl. Wenn Preußen sich durch Verletzung seiner Empfindlichkeit in Gefahr begebe, habe es alles zu befürchten und werde es Hannover nie erhalten. Auch sollte der Kurfürst nnter dem Siegel der größten Verschwiegenheit hinzufügen, der Kaiser habe Österreich durch den General Mack Vorschläge machen lassen, die wahrscheinlich angenommen würden; er hoffe, daß Preußen daraus eine Lehre ziehen und seine kriegerische Laune aufgeben werde.

Max Joseph mußte unter allen Umständen den Beitritt Preußens zur Koalition zu hintertreiben wünschen. Schienen auch die glänzenden, vom größten Erfolg gekrönten Talente des französischen Imperators, die Verfügung über die Kräfte und Mittel des schönsten Landes der Erde, die Einheit der Prinzipien und Handlungen, die aus einem Willen hervorgingen, Frankreich den Erfolg zu sichern über eine Koalition, deren Ziele und Interessen geteilt waren, so war doch jeder neue Erfolg zugleich eine Schwächung der eigenen Sache; Österreich hatte eine Armee in Italien und frische Streitkräfte in Böhmen und Ungarn, welche, mit Rußlands Aufgebot verstärkt, nichts zu wünschen übrig ließen. Wenn Montgelas als Bedingungen für

die bewaffnete Vermittlung Preußens, zu deren Sprachrohr Haugwitz ausersehen war, den Verzicht auf den Thron Italiens zu gunsten des Vizekönigs, die Abtretung von Lucca und Genua an Frankreich mittels eines Äquivalentes für Österreich, die Unabhängigkeit von Holland und der Schweiz u. s. w. in Erfahrung brachte, mußte ihn die österreichische Abfindung mit schwerer Sorge erfüllen; eine Zerstückelung Italiens hätte Frankreich nicht zugegeben; in der Türkei war der Widerstand Rußlands vorauszusehen und so blieb nur Deutschland, in Deutschland wiederum nur Bayern übrig, dessen Besitz doch Frankreich garantiert hatte. So erschien der Fortbestand des alten Kurstaates aufs neue durch jene Gefahren bedroht, die eben erst durch den Reichsdeputationshauptschluß glücklich gebannt worden waren. Wohl nahm sich der Kaiser seines Alliierten in den Wirren mit Preußen auf das delikateste an; aber obwohl die bayerischen Truppen auf ansbachischem Gebiete alles bezahlt und sich vollständig gut geführt hatten, obwohl Bray jede Satisfaktion anbot und sein Gebieter in demselben Ton an den König schrieb, bestand das Mißtrauen fort und der bayerische Gesandte konnte Hardenberg nicht sprechen. Die Gewißheit, daß man ihm kein Gehör geben werde, verhinderte den Kurfürsten, in dem von dem Kaiser angegebenen Sinn nochmals zu schreiben. Er berief sich darauf, daß Bray schon lange in ähnlicher Weise instruiert war, und wünschte sich Glück, die Absichten Napoleons erraten zu haben. Wenn Gravenreuth über das „feige und unwürdige" Benehmen Preußens mit solcher Verachtung erfüllt war, daß er kein Wort zu seiner Entschuldigung vor dem Kaiser fand, so hielt man auch in München das neue System des Berliner Hofes für schlecht; aber man sah daraus die größten Verlegenheiten entspringen und riet deshalb zur Versöhnung. Napoleon dagegen war nicht im geringsten erstaunt, als ihm Gravenreuth den Besuch des Zaren in Berlin erzählte, der zu dem Potsdamer Bündnis führte. Weit entfernt, Bayern in Händel mit seinem deutschen Freund verwickeln zu wollen und überzeugt, daß die Vorwürfe des Königs unbegründet waren, daß Max Joseph

40 000 Entschuldigungen dagegen ins Feld führen konnte, fand er es doch schmählich, daß man in Berlin gemeinsame Sache mit Österreich machen wollte, um Bayern anzugreifen, und war sicher, daß ohne seine Zustimmung das Berliner Kabinett nicht viel erreichen werde. Die beruhigenden Versicherungen Napoleons hätten auf Gravenreuth mehr Eindruck gemacht, wenn nicht Hardenberg an der Spitze der preußischen Staatsleitung gestanden wäre, der geschworene Feind Bayerns, der kein Bedenken getragen hätte, für die Vereinigung ganz Frankens unter dem preußischen Scepter Bayern Österreich aufzuopfern. Ein Glück für den Münchener Hof schien die Inkonsequenz Preußens, die den Kaiser keinen Augenblick in seinen Unternehmungen hinderte. Er wollte Haugwitz ruhig anhören, wenn er vernünftige Vorschläge bringe; aber die große Frage werde schon vor seiner Ankunft entschieden sein. Die von Preußen drohende Gefahr war auch ein Grund, warum Max Joseph seine Familie nach München berief. Ein nach Hof angesagtes Lager blieb zwar aus und die preußischen Truppen nahmen viel weiter rückwärts bei Gera in Thüringen Stellung. Talleyrand sah in allen Verhandlungen des Berliner Hofes nichts als Grimassen, um Rußland zufrieden zu stellen, und der persönliche Charakter des Königs schien den Frieden zu verbürgen. Aber auf der anderen Seite tat die Koalition alles, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, und bei der Spaltung der Geister war es unmöglich, die Pläne des Berliner Kabinettes zu erraten. Bray, dessen Berichte im ganzen weniger friedlich lauteten als die Depeschen des französischen Gesandten, bestritt es entschieden, wenn der Jude Ephraim, der keinen öffentlichen Charakter als Agent bekleidete, aber doch vom Ministerium anerkannt war, die Neutralität des Königs selbst in dem Falle verbürgte, daß seine Bemühungen um den Frieden erfolglos blieben. Der Geist der Intrigue war so weit vorgedrungen, daß man dem König keine Rechenschaft gab über die Erklärungen, die Duroc und Laforest erhielten und ihm jede Nachricht verheimlichte. Für Bayern wurde überdies der Übereifer, mit dem sein Gesandter am preußischen

Hofe die Rolle des Vermittlers spielte, der Anlaß zu einem höchst ärgerlichen Zwischenfall. Talleyrand konnte es nicht über sich gewinnen, vor Montgelas seinen Lieblingsplan einer Entschädigung Österreichs durch die Türkei zu verbergen, obwohl derselbe vom Kaiser verworfen worden war. Verwandte Saiten schlug auch Bray in einem vertraulichen Memoire an Hardenberg an, zum größten Ärger Napoleons. Da man bei dem engen Bündnis zwischen München und Paris solche Eröffnungen als direkt vom Kaiser ausgehend betrachten konnte, beschloß dieser, den Grafen förmlich zu dementieren. Er fand es in der Ordnung, wenn der bayerische Unterhändler das Innviertel und alles, was ihm beliebte, für seinen Herrn verlangte, aber er habe sich nicht in französische Angelegenheiten zu mischen.

Noch inkonsequenter als der Berliner Hof schien damals Rußland zu verfahren, dessen Freundschaft die Südstaaten durch ihren Anschluß an Frankreich verloren hatten; da legte Napoleon dem Kurfürsten von Bayern nahe, durch seine Gemahlin oder durch Bray die Gesinnung Alexanders erforschen zu lassen; er wäre zu einer Verständigung mit ihm, vielleicht sogar zu einer gemeinschaftlichen Neuordnung der deutschen Verhältnisse bereit gewesen. So erfreut man in München auch die allmähliche Loslösung des Zaren von dem Bündnis mit Österreich sah, so wenig versprach man sich von seiner Mitwirkung bei der deutschen Frage, für die er kein Verständnis besaß, die seine Agenten verächtlich behandelten und bei der immer eine besondere Begünstigung des Wiener Hofes zu befürchten war. Max Joseph fand daher die vorhandene Erbitterung zwischen beiden Staaten noch zu groß, als daß er sich direkt an den russischen Kaiser zu wenden hätte wagen können. Er besorgte, sein Brief werde uneröffnet zurückkommen, und glaubte auf gar keine oder doch eine sehr scharfe Antwort sich gefaßt machen zu müssen. Was man in München verschmähte, dazu erklärte sich Friedrich von Württemberg bereit. Noch zu Anfang November war Wintzingerode der Ansicht, man habe keine Rechtfertigung seines Verhaltens vor dem Zaren notwendig, da man die Freund-

schaft der Kaiserinwitwe im Bedürfnisfalle wieder aufleben lassen könne und der Einfluß Frankreichs alles entschied. Da wies Napoleon am 15. November von Schönbrunn aus den württembergischen Bundesgenossen auf den günstigen Moment hin, die Unzufriedenheit Rußlands mit Österreich sich zu nutze zu machen; eine Mutter, die ihren Sohn anflehe für den Glanz ihres Hauses, werde guten Erfolg darin haben. Diese Andeutungen leuchteten Friedrich so sehr ein, daß er sofort den Geheimrat Grafen Truchseß von Waldburg mit Briefen an Maria Feodorowna und Alexander I. nach Petersburg abgehen ließ. Die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Kontinentalfriedens, heißt es in der Instruktion für den Grafen, lasse nach den bekannten Absichten des französischen Kaisers große Veränderungen in Europa und im Deutschen Reiche erwarten. Der bisherige Reichsverband zur Sicherheit der deutschen Staaten sei diesen Zwecken nicht mehr dienstbar und nur durch Erweiterung der Macht, des Besitzes und des Ansehens der größeren Fürsten könne Deutschland künftig vor ähnlichen Ereignissen, wie sie die letzte Zeit mit sich brachte, bewahrt werden. Die Zustimmung des russischen Kaisers sei für das vorteilhafte Schicksal der Kurhäuser Württemberg und Baden entscheidend. Freilich werden dabei einige veraltete Formen, die reichsritterschaftliche Phalanx Österreichs in Süddeutschland, aufgeopfert werden müssen. Es möge wohl der für das Gute und Rechte offen stehenden Seele des Zaren der Gedanke geschmeichelt haben, Deutschlands alte, in ihren Mängeln auswärts nicht genugsam bekannte Verfassung wiederherzustellen, aber er sei zu einsichtsvoll, um nicht dem Drange unvorhergesehener Umstände zum besten des Ganzen nachzugeben, dem beispiellosen Bezwinger einer der größten Monarchien das „kraftvolle Ausspruchswort“ des Besiegers zu versagen, und auf eine mit seiner hohen Würde wohl vereinbarliche Weise in dessen Absichten zur Beruhigung des allgemeinen nicht einzustimmen. Die Häuser Württemberg und Baden stünden mit dem russischen Hofe in einer zu nahen Blutsverwandtschaft, als daß das Schicksal beider ihm je gleichgültig werden könnte.

Ganz anders als der Geist dieser Instruktion, die zum erstenmal eine europäische Großmacht offen und ehrlich auf die schon oft geweissagte Vollstreckung des Todesurteils am Deutschen Reich durch Frankreich vorbereitete, war in dieser Zeit das Verhalten Dalbergs. Ihm hatte Napoleon noch von München aus durch seinen Vertreter Franckenstein sein Erstaunen über das Gebaren des Reichstags ausdrücken lassen; er hätte erwartet, daß derselbe sich für ihn erklären werde in dem Augenblicke, wo er für das Corpus Germanicum die Waffen ergriff. Der Kurerzkanzler fand diesen Vorwurf begründet, da Österreich durch den Einfall in Bayern seinen Vertrag mit dem Reiche gebrochen hatte. Er gab Hédouville die Nullität des deutschen Reichskörpers zu, solange nicht ein mächtigerer Hof ihn von den Kabinetten von Wien und Berlin unabhängig mache. Das Kurfürstenkolleg könne jedoch den Kaiser nicht unterstützen, da von zehn Stimmen nur vier Frankreich ergeben seien; auch hätte Bayern zuerst in diesem Falle den Reichstag anrufen müssen. Er, Dalberg, habe für seine Person alles getan, was er tun konnte, indem er die französischen Noten in Regensburg zur Diktatur brachte. Nach der Geschäftsordnung sei ihm versagt, die Initiative zu ergreifen, außer wenn er des Erfolges gewiß sei; zudem sei bis zu einer besseren Ordnung der Dinge jede Deliberation ergebnislos. Als Fürst aber bleibe er Frankreich unverändert ergeben. Als man dann unter dem Eindruck eines von Bacher verbreiteten Bulletins an ein Appellationsprojekt des Kurfürstenkollegs an das Deutsche Reich dachte, um der deutschen Nation vorzustellen, ohne den Beistand Napoleons wäre sie verschwunden und hätte sie das Schicksal Polens erfahren, gefiel sich Dalberg wiederholt in dem stolzen Wort, nachdem er seine Pflicht getan, werde er mit dem letzten Polen sagen: c'est ainsi qu'a fini ma malheureuse patrie. Schon in den ersten Novembertagen sah er nur eine Rettung in der freiwilligen oder erzwungenen Abdankung Franz' II., der die Wahlkapitulation verletzt, die Verfassung mit Füßen getreten und dadurch die Kaiserwürde verwirkt habe; seine Krone werde das dankbare Reich dem

Kaiser der Franzosen anbieten, dem einzig Würdigen, sie wieder zu härten und aus der Erniedrigung zu erheben, in die sie geraten sei. Wären diese pathetischen Worte der Ausdruck ehrlicher Überzeugung, so würden sie so wenig Tadel verdienen wie die Schwenkung des alten Republikaners Machiavelli, der zum Führer der Streitkräfte eines italienischen Staatenbundes im Kriege einen Tyrannen für geeigneter hielt als etwa den Gonfaloniere von Florenz. In Stuttgart und in München herrschte damals eine ähnliche Erkenntnis, wenn man es auch nicht auf eine so schmachvolle Demütigung für Kaiser Franz abgesehen hatte. Daß aber der letzte geistliche Kurfürst allen Überlieferungen jesuitischer Tücke und spanischen Dünkels, die je in der Politik zum Ausdruck gekommen waren, im innersten Herzen verwandt war, das zeigt die inhaltsleere Note, die er noch nach diesen Äußerungen am 8. November zur Diktatur bringen konnte. „Die Kräfte von Süd-, Nord-, West- und Osteuropa drängten sich in Deutschland zusammen," heißt es in diesem „Wort des Friedens zu den Mächten Europas"; „ein Kampf hat sich erhoben, wie er nur selten in den Jahrbüchern der Weltgeschichte vorkommt. Was wird aus unserem Vaterlande in solcher Erschütterung werden? Sollte das seit mehr als tausend Jahren stehende Gebäude der Verfassung einstürzen? Sollten Landfrieden, Reichstagsordnungen, goldene Bulle, westfälischer Friede, Wahlkapitulationen, Reichsschlüsse vernichtet werden, der Name Deutschland und deutsche Nation erlöschen? Seine kurfürstliche Gnaden, der Kurfürst Erzkanzler wünschen und hoffen mit reiner deutscher Vaterlandsliebe, daß ein solches Unglück vermieden werde: erstens durch allgemeines Bestreben, die Einheit der deutschen Reichsverfassung zu erhalten; zweitens durch Vereinigung der Gemüter und Befolgung der Reichsgesetze und drittens durch einstimmige Verbindung aller und jeder Deutschen, um einen guten, ehrenvollen, dauerhaften Frieden zu erwirken." Dieses eitle Gerede ist Dalbergs eigenem Kopfe entsprungen; vergebens hatte Albini dagegen vorgestellt, die Note laute zu unbestimmt; es könne sie jeder nach seinem Sinne auslegen, sie eröffne dem Parteigeist ein weites Feld

und mache die Lage Deutschlands nur noch kritischer. In der Tat erregte dieser Schritt bei den Gesandten der teilnehmenden Höfe nur Kopfschütteln. War es eine indirekte Einladung, sich mit Rußland oder Preußen zu vereinigen, um Frankreich zum Frieden zu bringen, oder eine Eröffnung, sich Frankreich in die Arme zu werfen? Die österreichische Partei fand den Zeitpunkt übel gewählt, die französische das Wort des Friedens einem Aufgebote ähnlich, die preußische in ihm einen Eingriff in das Mittleramt des Berliner Kabinetts. Einmütig war man nur darin, daß die Aktion nach Ort und Zeit völlig zwecklos sei, und wenn die Zeitgenossen auch geneigt waren, die guten Absichten des in allen Künsten der Verstellung erfahrenen Mannes anzuerkennen, so sehen wir mit Napoleon darin nur eine unwürdige „Affenkomödie"; denn nur eine heuchlerische Protheusnatur konnte gleichzeitig in einem Atem für Erhaltung der Verfassung und für Absetzung des Kaisers seine Stimme erheben. Die Unruhe, in der sich Karl Theodor seit vier Wochen befand, ist menschlich wohl begreiflich; er fühlte sich seit dem Reichsdeputationshauptschluß in einer so lockeren Verbindung mit dem Reich, daß seine politische Existenz sehr prekärer Natur war; zog erst Napoleon seine Hand von ihm ab, so mußte er sich sagen, Preußen und Österreich würden ihn unbedenklich opfern. Obwohl er so erkannte, ohne Frankreich erblühe dem Reich — und das Reich war für ihn gleichbedeutend mit dem eigenen Ich — kein Heil, hatte er doch nicht den Mut, wie die anderen Fürsten, die in der eigenen Person das Interesse ihrer Dynastien und die Wohlfahrt ihrer Staaten verteidigten, offen auf Frankreichs Seite zu treten.

Daß der Stern Österreichs im Verbleichen war, konnte man leicht sehen. Als Franz II. in Wels die Nachricht von dem Rückzug seiner Truppen erhielt, rief er mit gefalteten Händen: „Ach, alles ist verloren!" Im Innviertel wünschte man laut, wieder bayerisch zu werden aus Unzufriedenheit mit der österreichischen Herrschaft, die den Krieg allzu leichtfertig begonnen habe. Der Erzherzog Palatin war von den schlimmsten Ahnungen für die

österreichische Monarchie erfüllt; während der Kaiser selbst in der Hoffnung auf Preußen und Ungarn seine Fassung wieder fand, warf ihm seine untröstliche Gemahlin vor, sie habe ihm schon immer gesagt, daß er schlecht beraten sei, aber er wollte es nicht glauben. Die durch Gyulay als österreichischen Unterhändler im französischen Hauptquartier betriebenen Versuche zu einer Verständigung wurden auch von den Verbündeten Napoleons mit dem größten Interesse verfolgt. Ein übereilter Friedensschluß hätte sie um den schönsten Teil ihrer Hoffnungen betrogen. Während Bayern und Württemberg in Gravenreuth und Normann sich rechtzeitige Vertretung ihrer Interessen bei dem Kaiser gesichert hatten, ließ man in Karlsruhe die schönste Zeit ohne einen entscheidenden Schritt zur Wahrung seiner Ansprüche verstreichen. Ein leichter Schlaganfall, der Karl Friedrich betroffen hatte, führte zu einem stets zunehmenden Schwinden der Geisteskräfte; man fragte nur nach den Forderungen des Augenblicks und handelte nach Insinuationen, die oft falsch verstanden wurden. Zum Schaden des Ganzen gewann Parteigeist und Parteihader noch mehr Boden als ehedem. In diesen Verhältnissen liegt der Grund, warum die Ratschläge der umsichtigen Elemente am badischen Hofe nicht befolgt wurden. Reitzenstein, der damals auf breitester Basis die besten Denkschriften verfaßte, die je aus seiner Feder geflossen sind, erkannte frühzeitig, Preußens Stellungnahme zu den kriegführenden Mächten sei in keiner Weise maßgebend und die einmal ergriffene Partei für den Kurfürsten ohne Schwanken festzuhalten. In einem umfänglichen Pazifikationsplan betonte er die Notwendigkeit, den Schwerpunkt der österreichischen Monarchie nach dem Osten zu verlegen durch Gebietszuwachs in den Donauländern gegen Abtretungen im Westen und Süden — ähnlich wie Talleyrand. Auch die Bildung einer deutschen Zwischenmacht zum Schutze gegen Österreich und Preußen durch Vergrößerung Bayerns, Württembergs und Badens unter Anschluß von Sachsen und Hessen, die Abänderung der Reichsverfassung und Gründung eines süd- und mitteldeutschen Staatenbundes unter Ausschluß von Wien und

Berlin faßte er ins Auge. Dalberg bezeichnete in wesentlicher Übereinstimmung mit ihm die Mediatisierung der kleinen Reichsstände, Vergrößerung und Arrondierung Badens nicht durch den Breisgau und die Ortenau, sondern durch württembergisches und hessisches Gebiet unter Verzicht auf das obere Fürstentum als wünschenswert. So wandelte man in Karlsruhe durchaus in den Bahnen des späteren Rheinbundes, wenn man auch nur den geheimen Referendär Öhl zur Vertretung der Interessen und Bedürfnisse des kurfürstlichen Hilfskorps als Kriegskommissär im französischen Hauptquartier unterhielt, und sich erst am 2. Dezember, dem Tag der Dreikaiserschlacht, dazu entschloß, den Kabinettsminister Reitzenstein nach Wien abgehen zu lassen. Die Initiative, die in Karlsruhe fehlte, war Friedrich von Württemberg im höchsten Maße eigen. In demselben Briefe vom 15. November, in dem er ihn an Rußland verwies, erinnerte ihn Napoleon daran, er sei entschlossen, alles auszuführen, was er ihm früher zu erkennen gegeben habe. „Ich glaube, daß Sie alles, was Sie tun können, auch tun müssen. Zum Beispiel was die Reichspost betrifft, so können Sie sich mit dem Kurfürsten von Baden verständigen, um Ihre Posten zu Privatanstalten zu machen. Sie können sich auch des Ritterordens bemächtigen, indem Sie erklären, was Sie damit vorhaben, nicht durch Hinterziehung des Eigentums, sondern durch Vernichtung der österreichischen Souveränität, die der kurfürstlichen im Wege steht. Wenn Sie denken, daß es nützlich ist für Sie, sich der Komthureien des Deutschen Ordens zugunsten der Ordnung zu bemächtigen, so sehe ich nicht, was Sie hindern kann." Preußen werde sich nicht beklagen dürfen, weil es ebenso gehandelt habe; beim Friedensschluß könne man einfach stipulieren: alles, was für die Kurfürsten geschah, ist anerkannt. Es läßt sich denken, daß Friedrich sich das nicht zweimal sagen ließ. Schon zu Beginn seiner Regierung hatte er die in diesem Brief ihm angetragenen Veränderungen gewünscht; nach dem Reichsdeputationshauptschluß hatte er mit Energie die in seinem Machtbereich gelegenen reichsritterschaftlichen Gebiete an sich zu bringen versucht und war nur

durch das Einschreiten des deutschen Kaisers und des von ihm bestellten Konservatoriums von der Verwirklichung seiner Absichten abgehalten worden.

Sein Verfahren war damals keineswegs vereinzelt. In älterer Zeit stand der reichsunmittelbare Adel fast durchweg im Lehensverband, in einem Verhältnis der Unterordnung zu dem Herrn, in dessen Territorien er begütert war. Im Laufe der Zeit hatte sich dieses Verhältnis aus vielen Gründen gelockert, besonders seit dem siebzehnten Jahrhundert. Durch die Konivenz der geistlichen Landesherren vor allem, die, dem gleichen Stande entsprungen, mehr Rücksicht auf ihre Verwandten als auf die Rechte des ihnen anvertrauten Landes nahmen, bildete der Adel allmählich völlig organisierte und geradezu unabhängige Korporationen, die ihre Rechte auf Kosten ihrer Landesherren zu erweitern mit gutem Erfolg bestrebt waren. Hier setzte in Franken die Hardenbergische Verwaltung in Ansbach und Bayreuth ein; bis 1796 waren die altpreußischen Revindikationen durchgeführt. Seit Ende 1802 folgte Bayern planmäßig diesem Beispiel und suchte die völlige Unterdrückung der ganzen Körperschaft zu bewirken. Im Oktober 1803 ging man in München so weit, offen zu erklären, der reichsständische Adel müsse in sein ursprüngliches landsässiges Verhältnis zurückgeführt werden, und ließ in den enklavierten oder angrenzenden ritterschaftlichen Orten Frankens und Schwabens überall Besitznahmepatente anschlagen und die Untertanen huldigen. Andere Reichsstände wie Hessen-Kassel, Darmstadt, Oranien-Fulda, Leiningen, Württemberg folgten dem Beispiel. Auch die kleineren Reichsfürsten und Grafen konnten der lockenden Versuchung nicht widerstehen, ohne zu bedenken, daß ihnen über kurz oder lang ein gleiches Schicksal drohte; ein Graf von Salm-Reifferscheidt, der vor dem Reichsrezeß kaum ein paar Dorfschaften sein eigen nannte, tat wacker mit. Die sich vielfach durchkreuzenden Ansprüche der okkupierenden Reichsstände führten wieder zu endlosen Streitigkeiten unter diesen. Dem unwürdigen Zustand, der an den Fischteich Spinozas erinnerte, in dem die großen Fische die kleinen ver-

schlangen, wurde erst durch ein kaiserliches „Konservatorium“ vom 23. Januar 1804 ein vorläufiges Ende bereitet, wonach der Besitzstand vom 1. Dezember 1802 wieder hergestellt werden sollte. Die bewaffnete Intervention Österreichs in Schwaben erfüllte hinwiederum Napoleon mit Besorgnis vor einem Kontinentalkrieg, der seine englischen Pläne durchkreuzt hätte. Auf dem Reichstag konnte der Deutsche Kaiser gegenüber der Vermittlung der verbündeten Mächte Rußland und Frankreich sein Konservatorium nicht aufrecht erhalten und durch andere Ereignisse wurde die Angelegenheit bald in den Hintergrund gedrängt. Als jedoch der Wiener Reichshofrat durch ein Excitatorium vom 26. März 1805 darauf zurückkam und in einer Sitzung des Reichstags am 1. Juni der Beschluß gefaßt wurde, an die säumigen Reichsstände „fernere Erinnerungen“ zu erlassen, schnitt Talleyrand durch eine Note weitere Verhandlungen ab, da die Reichsritterschaft in ihrem vollen status quo wieder hergestellt sei und der Kaiser wünsche, die Sache fallen zu lassen.

Das bis dahin verfrühte, bald aber erneute Vorgehen der einzelnen Regierungen gegen die enklavierten Reichsrittergüter ist zweifellos ein illegales gewesen und den von vielen Seiten unternommenen Rechtfertigungsschriften gebrach es an objektiv einwandfreier Begründung. Ich will zur Entschuldigung eines Gewaltaktes, der nicht zu den Ruhmestaten der Rheinbundstaaten gehörte, nicht an die Worte J. J. Mosers erinnern, es sei im achtzehnten Jahrhundert eine ausgemachte Tatsache gewesen, daß wenigstens die größten Reichsfürsten in ihrem Lande tun konnten, was sie wollten, oder die Schattenseiten der alten reichsritterschaftlichen Regierungen mit den Wohltaten einer neuen Verwaltung vergleichen, welche die Grundlage unserer modernen Staaten bildet; aber die Frage muß doch gestellt werden, ob ihre Maßnahmen nicht dem allgemeinen Zug der Zeit entsprachen. Da sei nur ein Wort von Friedrich Gentz angeführt. Der bedeutendste Wortführer der späteren Reaktion schrieb 1795: „Verdient die Licenz einiger Hundert tyrannischer Vasallen Freiheit zu heißen? Konnte

diese Ungebundenheit weniger Mächtiger die unendliche Verwirrung und Anarchie, welche von dem Lehenssystem unzertrennlich war, gut machen? Muß nicht vielmehr jeder, der die Geschichte mit Unbefangenheit studiert, in dem allmählichen Untergange dieses Systems die erste Annäherung zu einer die Vernunft befriedigenden Staatsverfassung gewahr werden?" Und in seinen „Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre" von 1796 knüpft Immanuel Kant, wenn er dabei auch wohl schwerlich an die süddeutschen Verhältnisse seiner Zeit gedacht hat, an den Satz, „daß der Regent", der ihm tatsächlich zugleich als Herrscher und Souverän gilt, „Oberbefehlshaber über die Untertanen nach persönlichem Rechte, nicht Eigentümer des Volkes nach dinglichem Rechte ist", die merkwürdige Folgerung, „daß es auch keine Korporation im Staate, keinen Stand oder Orden geben könne, der als Eigentümer den Boden zur alleinigen Benutzung den folgenden Generationen (ins Unendliche) nach gewissen Statuten überliefern könne. Der Staat kann sie zu aller Zeit aufheben, nur unter der Bedingung, die Überlebenden zu entschädigen. Der Ritterorden (oder Korporation), der Orden der Geistlichkeit, die Kirche genannt, können nie ein Eigentum am Boden, sondern nur die einstweilige Benutzung desselben erwerben. Die Komthureien auf der einen, die Kirchengüter auf der anderen Seite können, wenn die öffentliche Meinung mit Bezug auf Staatsverteidigung oder kirchliche Heilmittel sich geändert hat, ohne Bedenken aufgehoben werden." Als dann der große Sturm, der mit diesen Ideen Ernst machte, einsetzte und selbst Kurfürsten hinwegfegte, fand man es unbillig, daß die Reichsritterschaft nicht das Los so vieler geistlicher Fürsten teilte. Österreich und Preußen hatten die erste Losung zur Vernichtung des unmittelbaren Adels gegeben, nur wagte es damals noch niemand, ihrem Beispiel zu folgen. „Es ist in der Tat traurig," schreibt Häberlin, „daß das Haus Österreich den kaiserlichen Gerechtsamen immer den ersten Stoß versetzt; ist es alsdann ein Wunder, wenn Brandenburg dem österreichischen Beispiel folgt, und dann Bayern auf diese, Hessen-Fulda und andere, selbst

Hohenlohe, sich wieder auf die bayerischen Vorgänge berufen?" Eine „Entschuldigung der kleineren Fürsten und Herren über ihr ungerechtes Verfahren gegen die Reichsritterschaft" sprach bereits die Hoffnung aus, es möchte sobald als möglich der öffentlichen Meinung und ihren allgemeinen Wünschen durch einen Reichsschluß nachgeholfen und sämtliche Reichsstände dadurch autorisiert werden, die in ihren Territorien angesessenen adeligen Gutsbesitzer mit gerechtem Vorbehalt ihrer Privilegien und Einkünfte und unter anderen billigen Bedingungen unter ihre Landeshoheit zu ziehen. In anderem Sinne schrieb Freiherr von Stein, selbst betroffen von diesen Maßregeln, an den Herzog von Nassau: „Deutschlands Unabhängigkeit und Selbständigkeit wird durch die Konsolidation der wenigen ritterschaftlichen Besitzungen mit den sie umgebenden Territorien wenig gewinnen: sollen diese für die Nation so wohltätigen großen Zwecke erreicht werden, so müssen diese kleinen Staaten mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden, und die Vorsehung gebe, daß ich dieses glückliche Ereignis erlebe." Nun war es rechtlich doch gleichgültig, ob die kleinen Herren Österreich und Preußen, oder Bayern und Württemberg unterworfen wurden. In der Tat ist die Okkupation der reichsritterschaftlichen Gebiete in Schwaben durch die Bundesgenossen des Franzosenkaisers nur den Bestrebungen des Erzhauses zuvorgekommen; und die Stimmung in der Reichsritterschaft selbst war eine andere als ehedem. Früher hätte sie ihre Souveränitätsrechte, ihre Vertretung bei der Kreisversammlung nicht um ein Afterlehen aufgegeben. Jetzt machten die gesteigerten Kosten des Lebensunterhaltes reellere Einkünfte nötig als sie erbliche Vorrechte gewährten, und so konnte der Kaiser schwäbische Besitzungen für böhmische Lehen erkaufen; auf diesem Weg gewann das Erzhaus von dem Grafen Dietrichstein die Herrschaft Neuravensburg; der österreichische Kommissär von Steinherr erstand von dem Grafen Sternberg-Manderscheid die Grafschaft Weißenau mit allen Realitäten und leitete mit dem Grafen Quadt Verhandlungen ein; der letztere hätte gegen Er-

höhung seiner Einkünfte um zwei Fünftel seine Reichsunmittelbarkeit auch Bayern abgetreten. Die kaiserlichen Behörden machten kein Geheimnis mehr daraus, daß es ihnen um Buchhorn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg zu tun sei, und suchten die dazwischen liegenden ansehnlichen Häuser durch Dienstverhältnisse aller Art in ihr Interesse zu ziehen; der Fürst von Babenhausen wurde mit bedeutendem Gehalt zum Präsidenten der vorderösterreichischen Regierung ernannt, dem jungen Grafen Truchseß-Zeil bot man verschiedene Stellen zur Auswahl an. Die Verhandlungen über den Ankauf der deutschen Ordensballei Alschhausen, um sich dieses festen Punktes gegen die Schweiz zu bemächtigen, erregten auch die Aufmerksamkeit von Bacher. Mit solchem Eifer wurde die Bildung eines geschlossenen Territoriums zwischen dem Bodensee, Vorarlberg und Iller angestrebt, daß Österreich hier in zwei Jahren an Ansehen und Einfluß mehr gewann als ehemals in einem halben Jahrhundert. Auch stand man in Wien noch immer bei dem Grundsatz, durch zahlreiche Erhebungen in den Reichsfürstenstand die Stimmenzahl im Fürstenkolleg zu vermehren. Es bedurfte nur einer günstigen Konjunktur, und Österreich hätte durch Annexion der Ritterkantone Donau und Hegau in Schwaben eine Provinz von eineinhalb Millionen Einwohnern gewonnen, die wichtigsten militärischen Positionen an sich gebracht und seinen Einfluß hier fester als jemals gegründet. Die preußische Regierung hatte durch die Unkunde ihrer Geschäftsleute von der Süddeutschland drohenden Gefahr entweder keine Ahnung, oder sie ignorierte dieselbe absichtlich. Dagegen erkannten die französischen Diplomaten die Bedeutung dieser geheimen Agitation rechtzeitig und ihre Berichte mögen in erster Linie dazu beigetragen haben, daß Napoleon sich entschloß, in diesen Gegenden die Reichsritterschaft, die er früher selbst verteidigt hatte, zu opfern. So konnte Friedrich von Württemberg am 19. November auf seine direkte Anregung ein Patent erlassen, nach welchem er es für „höchst wichtig und notwendig erachtete, in der jetzigen Lage der Dinge angemessene Vorkehrungen zu treffen, wodurch in dem ganzen Umfang Unserer Staaten und in jeder

mit den Zeitumständen in Verbindung stehender Rücksicht eine vollkommene Gleichförmigkeit hervorgebracht werde.“ Darum habe er beschlossen, alle in und an seinen Staaten gelegenen ritterschaftlichen Besitzungen, alle Güter des Deutschen und des Johanniterordens in und an seinen Landen und alle Güter und Gefälle in und an den Grenzen seines Landes, welche noch nicht säkularisierten auswärtigen geistlichen katholischen Korporationen gehörten, mit Ausnahme der kurpfalzbayerischen und kurbadischen, in seinen Besitz zu bringen. Außer den Ordenslanden und reichsritterschaftlichen Territorien suchte er aber auch noch die österreichischen Vorlande, die wie ein Netz den ganzen schwäbischen Kreis umspannten, an sich zu bringen. Die im Kurfürstentum selbst gelegenen beiden Grafschaften Hohenberg, die fünf Donaustädte Ehingen, Munderkingen, Riedlingen, Mengen und Sulgau mit den zugehörigen Territorien, die Landgrafschaft Nellenburg, die Landvogtei in Schwaben, die eingeschlossenen und angrenzenden Teile des Breisgaues bis Villingen und Freiburg sowie andere Striche, die unter der Suzeränität des Erzhauses standen, oder wie der Fürst von Fürstenberg mehr oder weniger von Österreich abhängig waren, konnten nur durch den Übergang unter württembergische Souveränität vor dem Schicksal bewahrt werden, ganz unter österreichische Botmäßigkeit zu kommen. Und alle diese Gebietsaneignungen hätten nach der Zahl ihrer Bevölkerung und der Größe ihrer Einkünfte dem ehrgeizigen Herrscher noch nicht genügt, um eine Armee von 25—30000 Mann auf den Beinen zu halten. Ihn gelüstete, unter Vorbehalt ihres Eigentums, wenigstens nach der Suzeränität über die kleineren Fürsten, welche die Verwaltung erschwerten, die Kräfte des Kreises zersplitterten und auf dem Reichstag sich oft vom allgemeinen Interesse entfernten. Der Vertrag von Ludwigsburg, der jede Vergrößerung auf Kosten von Bayern und Baden ausdrücklich verbot, schloß doch nicht die Erwerbung bayerischen Gebietes durch Tausch und Purifikation aus. Ulm war als Festung in bayerischem Besitz wenig wert; dagegen konnte die Stadt, mit ihrer Umgebung und mit den österreichischen Besitzungen von

Burgau unter württembergische Oberherrschaft gebracht, für Frankreich eine Ausfallspforte werden; mit Günzburg und den fünf Donaustädten hätte der Kurfürst alle Übergänge über die Donau in seiner Gewalt vereinigt. Ja noch mehr, Verschiebung der Grenze bis an den Lech gegen eine im Osten gelegene Schadloshaltung Bayerns, das war das Programm, das Normann am 1. Dezember im Auftrag seines Herrn Talleyrand zur Annahme empfahl.

Da auch die bayerische Regierung eine gute militärische Grenze haben wollte, mußten bei dem allgemeinen Streben nach Ausdehnung die Interessen von München und Stuttgart in Schwaben aufeinander stoßen. Durch den Bogenhauser Vertrag hatte Bayern mit der Unterwerfung des unmittelbaren Adels eine Abrundung in Franken erlangt; die gleichfalls verabredete Entschädigung für Eichstätt sollte nach vorläufigen Andeutungen in den Städten Augsburg und Nürnberg bestehen, welche eine Verbindungsbrücke zwischen Schwaben und Bayern, Franken und der Oberpfalz gebildet hätten. Einen ähnlichen Kontakt zwischen dem Herzogtum Neuburg einerseits, der Oberpfalz andererseits mit dem Stammland herzustellen, war das Bistum Eichstätt wünschenswert. Außerdem plante Montgelas die Restitution des Innviertels unter Absteckung einer günstigeren Demarkationslinie als sie Bayern früher besaß, gänzliche oder teilweise Abtretung der Grafschaft Tirol, Vereinigung von Salzburg, Passau und Berchtesgaden. In Schwaben forderte er, nicht zufrieden mit der Unterwerfung des Adels, alle österreichischen Vorlande und die zerstreuten Grafschaften, und zwar unbedingt. Otto selbst hatte in den früheren Verhandlungen die augenblickliche Besitznahme von Österreichisch-Schwaben angeboten gegen Beschaffung von Lebensmitteln und Fourage beim Durchzug der französischen Armee, aber wegen dieser lästigen Klausel zog man in München allgemeine Zusagen vor. Die günstigen Äußerungen Napoleons bei verschiedenen Gelegenheiten berechtigten Max Joseph zu den größten Hoffnungen, aber man war sich über die Schwierigkeit nicht im Unklaren, Württem-

berg ohne Schmälerung des bayerischen Besitzstandes zufrieden zu stellen. Schon der geheime Teilungsplan Talleyrands, der in dem Streben nach natürlichen Grenzen die Donau zur Scheidewand zwischen den bayerischen und schwäbischen Landesteilen in Schwaben erhob, hatte, wie Montgelas richtig vermutete, zu Ungunsten Bayerns verfügt; die Stadt Ulm mit ihren alten Annexen und die Herrschaft Wiesensteig wären danach württembergisch geworden. Didelot, der sich geweigert hatte, einen detaillierten Wunschzettel in Stuttgart in Empfang zu nehmen, schien diese Idee gutzuheißen. Wichtig war, daß sich der Erbprinz wieder einmal mit seinem Vater versöhnt hatte; er gab eine plötzliche Leidenschaft für die bayerische Prinzessin Auguste vor und der Kurfürst sah in der Verschiedenheit der Religion kein Hindernis dieser Heirat. Der Prinz ließ durch einen Vertrauten bei dem Baron Hertling anfragen, ob die Verlobung Augustens mit dem badischen Erbprinzen schon perfekt sei, und übergab Didelot eine eigenhändig aufgezeichnete Denkschrift mit dem Schluß, Bayern, das sich gegen Österreich und in Franken ausdehnen könne, möge einen Teil seiner schwäbischen Besitzungen als Mitgift seiner Prinzessin dem Hause Württemberg überlassen. Diese Idee war ihm offenbar von Talleyrand selbst inspiriert, mit dem er durch die engste Freundschaft verbunden war. Auch Napoleon interessierte sich so sehr für ihn, daß er ihm in Paris einmal ein Geschenk von 400 000 Franken machte und ihm eine Pension von 100 000 Franken aussetzte. Das Streben des Kaisers nach einer Verbindung mit den deutschen Fürstenhäusern ließ schon damals die Vermutung aufkommen, daß er die Prinzessin Katharine von Württemberg für den Prinzen Jérome zur Gemahlin ausersehen habe; dann aber war von ihm die weitgehendste Begünstigung Württembergs zu erwarten, und darum mußte Gravenreuth jeden Schritt Normanns im Hauptquartier sorgfältig überwachen.

Nach einer Einladung Napoleons zu einer persönlichen Zusammenkunft, die er nun schon seit Jahren begehrte, begab sich endlich am 6. November Max Joseph nach Linz. Auf Montgelas'

Veranlassung begleitete ihn der Kurprinz Ludwig, der in seiner Jugend ein Bild der deutschen Verfassung in sich aufgenommen hatte, welches der Unhaltbarkeit dieses altehrwürdigen Gegenstandes nicht entsprach. Seit 1799 mit einer russischen Großfürstin verlobt, weilte er während des Umschwunges der bayerischen Politik im Auslande auf Reisen in Italien und der Schweiz. 1804 weckte die Einsamkeit von Tivoli ihm die Erinnerung an Arminius:

> „Hermann, tönet es dumpf in der Stille des einsamen Tales,
> Freude und Schmerz zugleich treibt in die Wangen mir Blut,
> Denkend an das, was Deutschland ist und was es gewesen.“

Beim Anblick der Stadt Straßburg rief er im folgenden Jahre aus: „Das sollte mir die teuerste Siegesfeier sein, wenn diese Stadt wieder eine deutsche Stadt wäre.“ So galt es, ihn mit dem herrschenden politischen System zu versöhnen, dem er bei aller persönlichen Bewunderung für den Kaiser abgeneigt war; ein Zweck, der nach den Angaben von Montgelas auch erreicht wurde. Napoleon weihte in Linz den Kurfürsten in seine Pläne über den unmittelbaren Adel, die Reichsposten und den Deutschen Orden ein; besonders am Herzen lag ihm ein Bündnis, in welchem Frankreich die vollständige Unabhängigkeit Bayerns vom Deutschen Reich garantiert hätte. Nach dem Friedensschluß kam ein solcher Schritt einem Bruch desselben gleich; ein förmlicher Vertrag vor demselben konnte ohne Schwierigkeit bei der künftigen Pazifikation zur Anerkennung gebracht werden. Als ständiger Gast an der kaiserlichen Tafel, welche man im Hauptquartiere als table de service bezeichnete und an der die Personen des Hofes, Adjutanten, Großoffiziere, Kämmerer und Ordonnanzen teilnahmen, wußte Gravenreuth aus Napoleons eigenem Munde, daß er keinen Waffenstillstand oder Präliminarien, sondern einen definitiven Frieden mit Österreich schließen wolle. Die Abtretung Venetiens war alles, was er für sich forderte. Für Bayern hatte er außer dem unmittelbaren Adel, der Abschaffung der Reichspost und Säkulariation der Deutsch-Ordens-Kommenden die Stadt Augsburg und die österreichischen, von Bayern eingeschlossenen Besitzungen in

Schwaben in Anschlag gebracht. Den Bemühungen Gravenreuths um Eichstätt und Nürnberg antwortete er damit, die Sache ließe sich arrangieren; zum Schutz gegen Österreich wollte er den Besitzstand Bayerns ausdrücklich garantieren. Immer wieder kam er auf den unmittelbaren Adel zurück, und mit Vergnügen vernahm er, daß Montgelas sich ernstlich mit einem neuen Vertrag mit Frankreich beschäftigte. Nach einem dreimonatlichen Feldzug konnte man, wenn es wirklich zum Frieden kam, nicht mehr wünschen als was der Kaiser hier freigebig verhieß; größere Erwerbungen konnten nur das Resultat eines langen, immer siegreichen Krieges sein. Der Gesandte im Hauptquartier sah ein, daß Eile not tat, daß man die Interessen von Württemberg und Baden nicht zu sehr zu respektieren habe, sondern vielmehr ihnen selbst überlassen müsse. Aber während er in den Reden, die Haugwitz auf seiner Reise in das Feldlager Napoleons in Iglau führte, nur „Altweibergewäsch" sah, geriet man in München durch den Vorschlag Möllendorfs, die große Armee durch die Lausitz und Böhmen im Rücken anzugreifen, in ängstliche Besorgnis, der Berliner Hof möchte die bayerische Neutralität nicht respektieren. Am 1. November erging an das Landeskommissariat in Franken eine Deklaration über die künftigen Verhältnisse der in den fränkischen Fürstentümern angesessenen Rittergutsbesitzer, deren Selbständigkeit der Septembervertrag bereits vernichtet hatte. „Nur der Wunsch für die Erhaltung der allgemeinen Ruhe in Deutschland", heißt es darin, „konnte uns bewegen, die fortgesetzte Verfolgung einer gerechten Sache bei den eingetretenen mächtigeren Interventionen und Hindernissen auf eine schicklichere Epoche auszusetzen. Da nun jene Beweggründe, welche uns zu einer temporären Nachgiebigkeit bestimmt hatten, nicht mehr bestehen, so haben wir nunmehr den festen Entschluß gefaßt: den ebenso staatsrechtswidrigen, als aller politischen Ordnung widerstrebenden Zustand eingeschlossener, von der landesfürstlichen Gewalt losgerissener Landesparzellen nicht länger fortdauern zu lassen, und wir erklären unsern festen Willen dahin, daß alle in unseren fränkischen Fürstentümern eingesessenen

Vasallen und Rittergutsbesitzer von nun an der pflichtwidrigen Verbindung mit einer von der landesherrlichen Gewalt unabhängigen Körperschaft gänzlich entsagen, unsere landesfürstliche Oberherrschaft schuldig und gebührend anerkennen und unseren landesfürstlichen Gesetzen und Anordnungen für ihre Person sowohl als ihre Hintersassen sich unterwerfen sollen." Nach der Zusammenkunft in Linz wurden auch die Güter des Deutschen Ordens mit Sequester belegt. Zu einem gewaltsamen Vorgehen ermutigte nicht nur die feindselige Behandlung, welche die französischen Truppen dem Deutschen Orden zu teil werden ließen, sondern auch die Heftigkeit, mit der Württemberg gegen denselben verfuhr. Man begnügte sich indessen in München mit der einstweiligen Beschlagnahme und Sequestrierung, während man sich in Stuttgart im Wege der wirklichen Okkupation die Kassen aneignete, sich huldigen ließ und Rekruten aushob. Ferner traf das bayerische Vorgehen nur die schon im Bereich der bayerischen Souveränität liegenden Lande; die an der Grenze befindlichen, diejenigen, wo das bayerische Territorium nicht geschlossen war, oder solche, welche umstritten waren, wurden davon ausgenommen. Während Montgelas voraussah, daß das Werk erst nach Beseitigung der Grenzstreitigkeiten mit Württemberg zu Ende kommen könne, machte man in Stuttgart keinen Unterschied, ob es sich um reichsritterschaftliche, Deutsch-Ordens- oder Johanniterbesitzungen handelte; selbst die dem Reichsfürsten von Zeil, Erbtruchseß von Trauchberg, gehörigen, in keinem ritterschaftlichen Verband stehenden, nur zur Ritterschaftskasse kollektablen Orte wurden nicht verschont. Vom Kraichgau schritten die württembergischen Usurpationen über die Kantone Odenwald, Kocher jenseits der Donau bis in die Nähe von Ulm, an das Fürstentum Öttingen, selbst in das Herzogtum Neuburg und zur fränkischen Grenze vor. Allen Gegenvorstellungen des Thurn und Taxisschen Geheimrats Leykam zum Hohne, der besonders die Garantie der Posten und die dem Hause zugesagte Protektion des Kaisers im Reichsdeputationsschluß implorierte, stand man in württembergischen Landen von einer An-

nexion der Reichsposten nicht ab. Nichts wäre leichter gewesen für die bayerische Politik, als diesem Beispiele zu folgen; aber wenn man sich nicht von fremden Landen isolieren wollte, mußte man erst den Dienst mit den Nachbarstaaten kombinieren und Transaktionen schließen; sonst scheiterte man an den Schwierigkeiten, welche bisher überall das Entstehen von Privatposten unmöglich gemacht hatten. Um die Gewaltanwendung zu vermeiden, welche die fanatische Anhänglichkeit der Beamten an das Haus Taxis erheischt hätte, begnügte man sich, dieselben einstweilen durch Regierungskommissäre überwachen zu lassen. Die Unmöglichkeit der militärischen Okkupation schloß ein Vorgehen gegen den Adel vorderhand aus; Kavallerie, welche die Behörden bei der Zivilbesitznahme hätte unterstützen können, besaß man nicht, und die Infanteriegarnisonen von Würzburg und Forchheim reichten nicht aus, den Verfügungen Nachdruck zu verschaffen. Alle diese Schwierigkeiten glaubte man am einfachsten durch die baldmögliche Unterzeichnung des von Talleyrand in Anregung gebrachten Vertrags umgehen zu können, welcher die Zugehörigkeit Bayerns zum Reiche aufhob; in ihn konnten auch Bestimmungen über die Territorialvergrößerungen Bayerns Aufnahme finden, die Montgelas mit aller Energie in der Depesche vom 2. Dezember Gravenreuth noch einmal ins Gedächtnis rief. Mit Festigkeit wies er jede Verletzung des bayerischen Gebietes zurück; nur das Herzogtum Berg hätte er gegen die Markgrafschaft Ansbach an Preußen abgetreten. Die Königswürde konnte nach dem Versprechen Talleyrands bereits für selbstverständlich gelten. In zwei Stunden war es möglich, ins reine zu kommen, wenn Talleyrand sich entschloß, den Vertrag nach München zu senden. Der Kurfürst war bereit, eine Kollektivakte oder einen Separatvertrag zu schließen, dem die übrigen Interessenten später beitreten mochten. Aus den glänzenden Versprechungen, die der Kaiser in München gegeben hatte, war die Begeisterung der Bevölkerung, waren die Anstrengungen entsprungen, die sie ohne Murren machte. Gab Frankreich dem Stern Österreichs zum drittenmal nach, so verlor es das Interesse seiner

Bundesgenossen und die moralische Kraft, die es auf dieselben ausübte; es entfremdete sich die Geister und legte den Keim zu einer neuen Koalition, die klüger sein würde als die früheren. Über die Teilnahme Bayerns an dem allgemeinen Friedensgeschäft sah der Minister besonderer Auskunft entgegen. Der Bedeutung des Augenblickes sich wohl bewußt, erinnerte er sich dessen, was Haugwitz früher über den Fortbestand des Reiches für Ansichten geäußert hatte. Begehrte man ernsthaft den Frieden, so setzte sich wohl Rußland mit einigen unfreundlichen Bemerkungen über die Vernichtung der deutschen Verfassung hinweg. Auf Württemberg, das die Güter der bayerischen Vasallen Graf Degenfeld und Baron Rechberg nicht verschont hatte, suchte Montgelas vergeblich durch gütliche Vorstellungen einzuwirken, es möge sich mit den Enklaven begnügen, bis ein Generalabkommen die Zweifel beseitigt habe. Man konnte das Betragen dieses Nachbarstaates nicht ruhig mitansehen, ohne sich selbst zu degradieren, und mußte bei aller Versöhnlichkeit schließlich Repressalien dagegen ergreifen. Da von dem unbequemen Bundesgenossen auch badische Lehen nicht verschont blieben, wurde endlich auch der badische Hof zu einer Entscheidung gedrängt durch ein Schreiben Friedrichs vom 26. November mit der beschwichtigenden Phrase, er sei bereit, bei konkurrierenden Interessen sich zur Ausgleichung jeder Differenz dieser Art zu verstehen. Während es Reitzenstein nun nicht mehr darauf ankam, „was man im Wege Rechtens für dem Reichshofrat oder Kammergericht behaupten könne, sondern was man provisorisch schlechterdings und augenblicklich tun müsse, um nicht Württemberg gegenüber in Nachteil zu kommen, verstand Geheimrat Brauer nicht, wie man nach dem deutschen Staatsrecht oder nach dem Völkerrecht eine solche Staatspolitik einschlagen könne. Am 3. Dezember verbat sich Karl Friedrich von dem Württemberger „jede auch nur provisorische Besitzergreifung“ angelegentlich und eröffnete den reichsritterschaftlichen Kantonen seinen Willen, die in und an den badischen Landen gelegenen oder im badischen Lehensverband stehenden Ritterorte „unter landesherrlichen Schutz, Schirm und Aufsicht“

zu ziehen, eine Maßregel, die „lediglich durch die Pflicht der Selbsterhaltung und des Gleichgewichts“ geboten sei und „bei etwa verschwindender Veranlassung von keinen Folgen sein könne“ oder solle. Obwohl man dabei mit der denkbar größten Milde zu Werke ging, fehlte es doch nicht an Stimmen des Tadels im eigenen Lande, daß ein Fürst, der sich des Titels: Erhalter der deutschen Verfassung rühmte, einer der ersten war, sich von ihr zu entfernen, daß ein Referendar, der zu anderen Zeiten die gegenteilige These vertrat, sich nun selbst widerlegte, daß ein Minister das Todesurteil einer Körperschaft unterzeichnete, deren Direktor er war.

Die von den Gewaltmaßregeln selbst betroffenen Stände hatten kein anderes Mittel zur Hand als Beschwerden an den Reichstag. Der erste war der Ritterkanton Kraichgau in Schwaben, der bereits am 27. November den „konstitutionellen Schutz“ des ganzen Reiches gegen Württemberg anrief; die Komitialgesandtschaften der beiden geistlichen Orden folgten diesem Beispiel. Der Zufall wollte es, daß die ersten Anträge an dem Tag zur Diktatur gelangten, an welchem die Waffen bei Austerlitz für die Verbündeten Frankreichs entschieden.

Achtes Kapitel.

Die Verträge von Brünn und der Pressburger Friede.

Nous vivons dans un siècle, où tout le monde est jeté hors de sa sphère et de ses intérêts et où il devient impossible de répoudre de rien.

Montgelas.

Am 30. November schrieb Napoleon an Talleyrand, er wünsche bald Frieden zu machen; er werde Venetien dem Kurfürsten von Salzburg und Salzburg dem Hause Österreich geben; Bayern erhalte die Königswürde, Augsburg, Eichstätt, die Ortenau und den Breisgau, den unmittelbaren Adel, den Rest die übrigen Fürsten. Am nächsten Tag bereits sandte ihm der Minister das modifizierte Friedensprojekt, in dem er die Erhebung auch Württembergs und Badens zu Königreichen und die Zusage unbedingter Souveränität an beide empfahl. An der Sicherheit und Ruhe, mit der der Kaiser seine Dispositionen traf, erkannte seine Umgebung deutlich, daß er dem Sieg entgegenging. Als der Fürst Dolgorucki vor der Schlacht die Möglichkeit einer Verständigung von der Befreiung Belgiens abhängig machte, drehte ihm der Kaiser mit den Worten: „Wenn Ihr Kaiser mit 100000 Mann an den Toren von Paris stünde, würde ich ihm nie diese Bitte erfüllen," den Rücken und verlangte sein Pferd. Am 2. Dezember wurde die feindliche Armee von 100000 Mann unter dem Kommando der beiden Kaiser geschlagen; Napoleon konnte die österreichische Monarchie vernichten, weshalb Talleyrand in seiner alten Vorliebe für dieselbe am 5. Dezember seinen Gebieter aufs neue

zur Milde mahnte. Maßvoll ließ sich derselbe zu einer Unterredung mit Franz II. herbei; er erzählte dem bayerischen Gesandten, er werde Tirol, das Innviertel und Salzburg für Bayern verlangen, wozu er durch einen Eventualvertrag verpflichtet sei. Hätte der Kaiser vor der Schlacht Frieden geschlossen, so wäre er ihm nicht so teuer zu stehen gekommen. Er erwarte, daß ihm der Kaiser eine jüngere Prinzessin für einen seiner Prinzen vorschlage; aber er halte die Sache mit Bayern für abgemacht. In der Hoffnung, Auguste als Schwiegertochter begrüßen zu können, zeigte der Kaiser eine ebenso entschiedene Vorliebe für Bayern, wie sie Talleyrand für Württemberg eigen war. Nach der Kapitulation von Ulm überließ er der bayerischen Armee, die keine einzige gute Flinte besaß, 200000 Gewehre, denen er in Braunau und nach der Einnahme von Wien eine weitere Anzahl hinzufügte; zum besten Max Josephs ließ er Tirol durch den Marschall Ney besetzen; nach der Schlacht bei Austerlitz, die er seinen Bundesgenossen persönlich mitteilte, restituierte er aus dem Wiener Arsenal 39 bayerische Kanonen und Fahnen und schenkte zwei österreichische Wurstbatterien. Ähnliche Gnadenbeweise in Gestalt von Trophäen und Orden gab er auch den anderen Verbündeten; aber besonders viel war ihm an einer guten Aufnahme seiner Gemahlin in München gelegen. Im November war Karl Friedrich mit seiner Familie nach Straßburg geeilt, sie zu besuchen; nur die Markgräfin lehnte es ab, ihr eine Aufwartung zu machen. Dann nahm Josephine in Karlsruhe und Stuttgart Aufenthalt, wo zu ihren Ehren nicht minder glänzende Festlichkeiten gehalten wurden wie bei der Anwesenheit ihres Gemahls. Am 5. Dezember traf sie in München ein; aber noch hielten die Kurfürstin und die Prinzessinnen sich ferne. Und doch wurde der Besuch sofort mit der bevorstehenden Heirat in Verbindung gebracht; Eugène, so hieß es, sei schon auf dem Wege nach München. Als eine fremde Dame bei Hof davon sprach, war Max Joseph sehr ungehalten: er wisse kein Wort davon, seine Tochter sei dem Prinzen von Baden verlobt und er habe noch vorgestern die zärtlichsten Nachrichten darüber aus Karls-

ruhe erhalten; er liebe seine Tochter zu sehr, um die Neigung derselben zu verachten.

Als am 6. Dezember ein französischer Generaladjutant mit der Siegesbotschaft in München eintraf, war man hier einer großen Sorge ledig. Die Nachrichten aus Berlin lauteten bis dahin ungünstig; Schritt für Schritt wurde der König in den Krieg gezogen; Hardenberg schmeichelte sich, die Mission von Haugwitz zum Scheitern zu bringen und gab wenig Hoffnung, daß die bayerische Neutralität respektiert werde. So mußte man für den Schutz der Oberpfalz und Frankens Vorkehrungen treffen. Zur Deckung der Depots in Würzburg, die bei einer Besetzung Frankfurts durch preußisches Militär bedroht gewesen wären, wurde die dortige Besatzung durch die Garnisonen von Forchheim und Rotenberg auf die Höhe von 3000 Mann gebracht. Aber sonst hatte man keine Streitkräfte zur Verfügung; nur bei Ulm stand Augereau mit 15—16000 Mann. Nach dem Waffenstillstand mit Österreich und Rußland konnte man Preußen größere Vorsicht und Rußland aufrichtige Sehnsucht nach Frieden zutrauen; Schweden wurde dadurch isoliert, und England, vom Festland abgeschnitten, hörte auf, für die Südstaaten von Interesse zu sein. Weit ungünstiger lauteten die Nachrichten von den bayerischen Verwaltungsbehörden aus Franken; danach galt es für sicher, daß Berlin keine Vergrößerung der drei Verbündeten Napoleons zugeben werde, die es als Waffenplätze von Frankreich ansah. Rußland sollte fortfahren, Schweden, Dänemark, Preußen, Sachsen, Hessen und Mecklenburg zum Krieg in Franken, am Rhein, in Holland und Italien aufzustacheln. In Regensburg unterließ man nichts, die Beschwerden gegen das Vorgehen von Württemberg zu unterstützen; auch die Idee eines Reichskrieges wegen der vorgekommenen Usurpationen tauchte nochmals auf, der die gesetzliche Handhabe geboten hätte, über die süddeutschen Höfe herzufallen; Fahnenberg verbreitete insgeheim Schmähschriften gegen Napoleon.

Dalberg hatte seiner Note vom 8. November bald ein neues Projekt folgen lassen, dessen Ausführung nach seiner Meinung

Eigentumsrechte gewahrt hätte, die viele Jahrhunderte verehrungswürdig gemacht hatten. Er wollte mit seiner Würde und mit seinem Kurstaate den Deutschen Orden, das Priorat des Maltheserordens und den unmittelbaren Adel vereinigt sehen. Auf diese Weise wäre er selbst zu der ihm im Reichsdeputationshauptschluß versprochenen Dotation gekommen; sollte dieser Vorschlag, den er der Weisheit des Kaisers empfahl, seinen Beifall nicht finden, so bat er, ihn als nicht vorhanden zu betrachten. Wie er in diesem Punkte seinen Vorteil nicht vergaß, lag es auch sonst nicht in seiner Art, sich auf die Seite drängen zu lassen. Die Anwesenheit der Majestäten in München nach dem Friedensschluß brachte er frühzeitig mit einer bevorstehenden Hochzeit in Zusammenhang, bei welcher er die Trauung vornehmen zu dürfen bat. Für die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse machte er nach der Einnahme von Wien Talleyrand auf die Wichtigkeit des Reichsarchivs und ihres Personals aufmerksam. Am 6. Dezember legte Albini der Reichsversammlung die drei Beschwerden der angegriffenen Reichsstände vom 2. und 4. Dezember vor und stellte den Gesandten anheim, ob es nicht gefällig wäre, hierüber den gewöhnlichen „Verlaß" zu nehmen. Dieselben waren damit einverstanden und so wurde die erste Beratung nach den Weihnachtsferien auf den 10. Januar 1806 festgesetzt zur Eröffnung des Protokolls. Äußerlich betrachtet war es ganz der verfassungsmäßige Weg, den man einschlug. Daher die Aufregung Friedrichs von Württemberg, der sofort auf die Kunde von einer Appellation an den Reichstag am 4. Dezember den Schutz des Kaisers erbat; hieß es doch, der Adel werde sich an das Wetzlarer Kammergericht wenden und ein Mandat gegen Württemberg erwirken, mit dessen Ausführung nach den Versicherungen des Freiherrn von Hügel der König von Preußen betraut werden sollte. Auch Montgelas sah voraus, daß bei einer Abstimmung in Regensburg die Verbündeten Napoleons in der Minderheit bleiben müßten. Die einzig richtige Interpretation seiner Schritte ermöglichen auch hier wieder nur Dalbergs Äußerungen zu dem französischen Gesandten. Er betonte,

daß er die berechtigten Klagen gegen Württemberg nicht zurückweisen konnte auf Grund der Verfassung, zu deren Wächter er berufen sei; aber er hege die Absicht, die Weihnachtsferien des Reichstags auf unbestimmte Zeit zu verlängern, bis die weiteren Ereignisse eine neue Verfassung brächten. Als am 10. Dezember der Gesandte des Hoch- und Deutschmeisters, Freiherr von Rabenau, gegen die von seiten der kaiserlichen Armee seinen Besitzungen zugefügte feindliche Behandlung und die von Bayern beabsichtigte Unterdrückung der Enklaven neue Reklamationen erhob, kam es unter dem Eindruck von Austerlitz nicht einmal mehr zu einer „Verlaßnehmung“. Albini beantragte auf den Wunsch und nach Ansicht der meisten Gesandten, die Herren sollten erst die Weisungen ihrer Kommittenten einholen, ob ein weiterer wirklicher Verlaß zu nehmen sei oder ob allenfalls die Beschwerde gegen Kurpfalz mit den Erklärungen gegen Württemberg vereinigt werden sollte; überdies betreffe die Reklamation zwei ganz verschiedene Maßnahmen und es sei abzuwarten, ob nicht Bayern inzwischen zu beruhigenden Erklärungen sich herbeilasse. Die Klagen gegen Frankreich interpretierte Rabenau selbst dahin, es handle sich nur um eine Verwendung bei dem Kaiser selbst.

So unbedeutend diese Vorgänge auch waren, so erregten sie doch den heftigsten Zorn Napoleons. Die Deklarationen und Abstimmungen des Erzkanzlers, heißt es in einem Erlaß an Hédouville vom 11. Dezember, sind seit einiger Zeit ein Gegenstand der Beunruhigung des Publikums und der Unzufriedenheit des Kaisers; er scheint eine Art Kreuzzug gegen den Kaiser ins Leben rufen zu wollen. Man fragt sich, welche Erklärung er gemacht hat, als der Chef des Reiches es mit Füßen trat. Bayern, Württemberg und Baden haben nichts getan, als was der Rat des Kaisers ihnen anheimgab. Sich gegen sie erklären, heißt sich gegen ihn selbst erklären, sich in die Reihe seiner Feinde stellen. Was die drei Fürsten taten, hat der König von Preußen, der Kaiser von Österreich schon lange getan. Es wäre zu seltsam, wenn ihre Mitstände nicht die Möglichkeit hätten, das Gleiche zu tun; der Kaiser habe

Deutschland beschützt; seiner Protektion verdanke es, wenn es nicht zerstört wurde, aber es könne vernichtet werden, wenn es fortgesetzt in den Bahnen der Feinde Frankreichs wandle. Die Absicht des Kaisers sei, daß Hédouville die drei Verbündeten möglichst unterstütze. So energischer Sprache hätte es gegen einen Schwächling wie Dalberg nicht bedurft. Am 15. Dezember gründete er bereits in einer eigenhändig niedergeschriebenen Note in seiner „schönen Seele, die sich ohne Aufhören mit dem öffentlichen Glück beschäftigte“, alle seine Hoffnungen auf den großen Helden, den er als den Restaurator der Ordnung betrachtete: „Der große Mann, der mehr und mehr der Gegenstand der Bewunderung seiner Zeitgenossen geworden ist, hat den Kontinentalfrieden erobert. Die wahren Patrioten in Deutschland hoffen, daß er gleichzeitig die Anarchie beendigen wird, welche den deutschen Reichskörper untröstlich macht. Es wäre zwecklos und vermessen, dem Genie, das nie besser sieht als wenn es aus sich selbst sieht, Ratschläge anzubieten; aber wenn es sich darum handelt, Anhaltspunkte über Tatsachen und Einzelheiten zu geben, welche den deutschen Reichskörper betreffen, schuldet sich der Kurfürst-Erzkanzler selbst das Zeugnis, daß man bei ihm beständig die Wahrheit finden kann, ohne daß sie durch persönliche Interessen getrübt wird; die genauen Kenntnisse, die er ebenso wie sein Minister Baron Albini besitzt und besitzen muß nach seinem Stand; kurz diesen Freimut finden kann, welchen der Kurerzkanzler in respektvollem Vertrauen und lebhafter Dankbarkeit dem Kaiser der Franzosen und dem Minister Talleyrand gewidmet hat.“ Als Hédouville ihm den kaiserlichen Erlaß bekannt gab, bedauerte Karl Theodor, aus Furcht, die Neutralität von Regensburg verletzt zu sehen, zu Beginn des Krieges gegen Österreich sich Zurückhaltung auferlegt zu haben. Gleichzeitig schrieb er dem Kaiser am 18. Dezember: „Ich habe unrecht getan, als Verteidiger der Gesetze nicht sogleich meine Stimme gegen die Besetzung von Bayern zu erheben. Während ich versuchte, diesen Schritt mit meinen Mitständen zu vereinbaren, hat S. M. bewiesen, daß ihre Armeen schneller sind als die Ent-

scheidungen des Reichstags, und daß es ihr leichter ist, eine Schlacht zu gewinnen, als dem Erzkanzler, ein Abmahnungsschreiben zu erlassen."

Auch die anderen Bundesgenossen beglückwünschten Napoleon zu seinem Siege, zum Teil in überschwenglichen Worten; aber sie wünschten ganz andere Wege einzuschlagen als Dalberg. Montgelas stand noch immer auf seinem Standpunkt, man müsse das Bündnis und den Garantievertrag mit Frankreich schleunigst abschließen, der die drei Staaten der Kontrolle des Regensburger Reichstags entzogen hätte; man müsse Österreich zwingen, die Bedingungen zu unterschreiben, die der Kaiser diktierte, in Regensburg sich kategorisch über alle Punkte aussprechen, welche zur Deliberation gebracht werden sollten, und Preußen durch eine kräftige Demonstration imponieren. Allein zur Überraschung Gravenreuths sprach Napoleon nicht mehr von der Vernichtung des Deutschen Reiches durch eine förmliche Erklärung; er fand für gut, daß das Schattenbild erhalten bleibe, und alle weiteren Verhandlungen wurden auf den Aufenthalt des Kaisers in München verschoben, wo man, wie der Baron meinte, die Frage jedenfalls vergessen werde. Auch wünschte Napoleon, um Preußen nicht zu reizen, daß von Nürnberg oder fränkischen Erwerbungen für Bayern nicht mehr die Rede sei. Er war über die Nichtausführung der Vereinbarungen von Linz sehr verstimmt und Talleyrand äußerte darüber seine lebhafte Unzufriedenheit.

Zu den direkten Verhandlungen mit Österreich wurde Gravenreuth nicht zugelassen, doch sollte er sobald als möglich mit Talleyrand eine Allianz schließen, „welche die deutschen Bande zersprengte, ohne das Wort auszusprechen", und Napoleon als Friedensbasis dienen sollte. Noch ehe er von Hause dazu ermächtigt war, unterzeichnete der Baron am 10. Dezember in Brünn einen Vertrag, der Bayern gegen Verzicht auf jede Vergütung für die geleisteten Kriegslieferungen zum Königreich erhob, ohne seine Zugehörigkeit zum Reiche zu beseitigen, und dem Kurfürsten in allen Gebieten die volle Souveränität, das heißt die Summe der Rechte verhieß,

welche der Kaiser von Österreich und der König von Preußen in ihren Monarchien ausübten. Frankreich, Italien und Bayern traten unter gegenseitiger Garantie ihres Besitzstandes in ein so enges Bundesverhältnis, daß jeder gegen eines dieser Länder unternommene Feldzug als Angriff auf die anderen gelten sollte. An Gebieten erwarb der König: die Markgrafschaft Burgau mit ihren Dependenzen, die Fürstentümer Eichstätt und Passau, die sieben Herrschaften in Vorarlberg mit ihren Enklaven und die Grafschaften Hohenems, Tettnang und Argen, das Fürstentum Lindau, die Grafschaften Königseck-Rothenfels und Isny, endlich die Stadt Augsburg. Über das Schicksal des reichsunmittelbaren Adels, der Ordenslande und der Reichspost enthielt der Vertrag zum Leidwesen von Montgelas keine Bestimmung, die ein selbständiges Verfahren in diesen Punkten legalisiert hätte. Und doch mußte Frankreich nach den Gewaltmaßregeln des Kurfürsten von Württemberg und den Protesten des Reichstags entweder den Schatten dieses Instituts umstürzen oder seine Schützlinge durch einen Machtspruch vor demselben sicher stellen. In der augenblicklichen Erbitterung war eine Erhebung des Nordens noch immer im Bereich der Möglichkeit. Auf den schwäbischen Adel hatte man in München kein anderes Anrecht als das der Konvenienz, das aus einem Vertrag abgeleitet werden konnte; ihn hatte man schon 1803 unberücksichtigt gelassen. Die deutschen Ordenslande waren wohl vorläufig mit Sequester belegt, aber nur, soweit sie im Bereich der bayerischen Souveränität lagen; zu ähnlichem Vorgehen auf fremdem Gebiet fehlte das Recht und die Möglichkeit. Nachdem das Reich erhalten blieb, war gewaltsames Vorgehen gegen die Reichspost ausgeschlossen; man konnte sich nur zum Herrn der Korrespondenzen aufwerfen, indem man den Beamten Regierungskommissäre an die Seite gab. Alle diese Dinge waren wohl in Linz zur Sprache gekommen, aber nur im Zusammenhang mit einer Unabhängigkeitserklärung, die dann unterblieben war. Diese Bedenken von Montgelas wurden erst durch die Eröffnungen des Kaisers an Gravenreuth in Schönbrunn beseitigt, daß von dem Reichstag nichts zu fürchten

sei und Preußen gegen Bayern nichts unternehmen werde. Am Abend des 15. Dezember hatte Haugwitz in der Hoffnung, dadurch den Bruch hinauszuschieben, den Vertrag von Schönbrunn unterzeichnet, nach welchem Preußen gegen die Abtretung von Ansbach, Kleve, Neufchatel, die Garantie des französischen Besitzstandes, Anerkennung des erweiterten Bayerns als Königreich und gewisse andere Zugeständnisse Hannover erwarb. Am folgenden Tag kam es zwischen Gravenreuth und Duroc zu einer Zusatzkonvention zu dem Brünner Vertrag, in welcher der Austausch von Berg an einen vom Kaiser noch zu bezeichnenden Reichsfürsten und Ansbach (für Bayern) vereinbart wurde.

Mit diesen Ergebnissen konnte man in München sehr wohl zufrieden sein. Montgelas selbst hat die Umsicht und Energie, mit der Gravenreuth seiner schwierigen Aufgabe nachkam, auch später noch anerkannt. Die entschiedene Parteinahme Talleyrands für Württemberg, der einige in einem Privatbriefe des Königs ausgesprochene Nachtragsforderungen offenbar in absichtlichem Irrtum als die Summe der bayerischen Ansprüche annahm, um das bayerische Los herabzudrücken, die Beharrlichkeit, mit der man in München vor gewaltsamen Maßregeln gegen die kleineren Herren sich fern hielt, und die Abneigung Max Josephs, die Vermählung seiner Tochter zu einer Staatsaktion zu machen, das waren die besonderen Hindernisse, die Gravenreuth zu überwinden hatte. Nach den Berichten eines österreichischen Spiones hätte Bayern damals mehr erlangen können durch größere Willfährigkeit, allein es ist doch auch nicht ausgeschlossen, daß Montgelas gerade durch das schrittweise und langsame Eingehen auf die französischen Zumutungen die dafür einzutauschenden Vorteile nur größer gestalten wollte. „Die Schlacht bei Austerlitz hat über die Welt entschieden," schrieb Gravenreuth am 8. Dezember; „es gibt kein Zurückweichen von der Heirat mehr; ein falscher Schritt verdirbt uns. Die Bedingungen sind groß. Fordern Sie nicht zu viel und Sie werden mehr erhalten. Vergessen Sie nicht über den gegenwärtigen Augenblick nachzudenken." Zunächst, aber erst nachdem man über den

Reichstag und über Preußen Gewißheit erlangt hatte, entschloß man sich in München vom 19.—21. Dezember Weisung zu geben zur Besitznahme der ritterschaftlichen Güter im Herzogtum Neuburg und der deutschen Ordensbesitzungen in Schwaben. Man datierte die Deklaration hierüber absichtlich zurück. „Die in unseren beiden fränkischen Fürstentümern angesessenen adeligen Gutsbesitzer, welche den ritterschaftlichen Korporationen seither widerrechtlich einverleibt worden sind," heißt es darin, „sollen nunmehr unserer Landeshoheit nach der von uns eigenhändig unterzeichneten Deklaration unterworfen werden." Auch das letzte Bedenken mußte schwinden und das Los der Ritterschaft besiegelt sein nach dem Tagesbefehl Berthiers vom 19. Dezember, nach welchem die in den okkupierten Landesteilen kommandierenden französischen Generale angewiesen wurden, die Bundesgenossen bei der Besitzergreifung der Ritterlande zu unterstützen, da diese in ihren Gebieten österreichische Rekrutenaushebungen gestattet und auf diese Weise den Feinden Frankreichs Kriegshilfe geleistet hätten. Aber auch jetzt noch sah man in München nicht, wie sich bei Ausführung dieser Bestimmungen Konflikte mit Württemberg und Baden meiden ließen, und um der Form treu zu bleiben, wollte man die Neuerwerbungen auf dem Reichstage zur Anerkennung bringen lassen. Am 21. Dezember wurde in München das kaiserliche Wappen an der Post durch das bayerische ersetzt und das Publikum erfuhr mit Freude, daß die Postillons statt der bisherigen gelben Livree in Zukunft die schmucken bayerischen Farben anlegen würden.

So blieb nur noch die Heiratsangelegenheit übrig, die Gravenreuth, von den Sarkasmen Talleyrands überschüttet, lange Zeit vergeblich in Fluß zu bringen bemüht war. Am 21. Dezember machte Napoleon dem Baron Mitteilung, daß Marschall Duroc in seinem Auftrag offiziell um die Hand der Prinzessin anhalten werde; er hätte die Sache am liebsten selbst mit Max Joseph bei seinem Aufenthalt in München abgemacht. Thugut habe ihm eine ältere Erzherzogin angeboten, er ziehe aber die bayerische Fürstin vor. Mit Erstaunen habe er von den Intrigen erfahren, die in

München zur Verhinderung der Heirat spielten; nachdem er soviel für Bayern getan, werde er eine Weigerung als direkten Affront betrachten. Der König, sein Haus, sein Staat, würde dafür büßen müssen; in diesem Falle werde ein Systemwechsel die Folge sein, der Österreich auf Kosten Bayerns erheben werde. Eugène sollte das glänzendste Los erhalten und nach dem Frieden mit England König von Italien werden. Gravenreuth fügte seinem Bericht hinzu, der Kaiser sei edelmütig, aber auch unbarmherzig, wenn er sich beleidigt fühle: „Sire, E. M. haben das Los Ihres Hauses und Ihres Königreiches in Händen. Eine Weigerung wird Sie vernichten. Die Hochzeit im Gegenteil wird Ihnen alle Vorteile verschaffen. E. M. legt soviel Wert auf Popularität, es ist das einzige Mittel, sie zu behaupten und zu vermehren. Jeder gute Bayer wird es Ihnen sagen." In seinem Unmut über die Zurückhaltung des Münchener Kabinetts ließ sich Gravenreuth auch in Gegenwart der französischen Minister an den langen Winterabenden zu abfälligen Bemerkungen hinreißen; er meinte, nur der Glanz, mit dem Napoleon in Stuttgart empfangen worden war, und die Liebenswürdigkeit der englischen Gemahlin Friedrichs habe den Kaiser Württemberg so günstig gestimmt. In dem langweiligen München habe man zur Unterhaltung der Kaiserin wenig beigetragen; alles komme darauf an, bei der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers in München etwas Besonderes zu tun. Inzwischen hatte aber die Kurfürstin ihre Antipathie gegen Josephine soweit überwunden, daß sie — zur größten Freude Napoleons — einen Spaziergang mit der Kreolin unternahm. Als Duroc in München eintraf, empfing ihn der Kurfürst liegend. Da er dem Kaiser alles verdankte, schien er bereit, zu tun, was dieser wünschte. Er fühlte den Nutzen einer Familienallianz für sein Haus und für den Staat, aber er bat noch um Aufschub von vierundzwanzig Stunden, um seine Tochter vorzubereiten, deren Neigung für den Prinzen von Baden ihn großen Jammer und viele Tränen erwarten ließ. Duroc erinnerte an das Schicksal so vieler anderer Fürstentöchter, die ihre Neigung der Politik opfern mußten. Wenn sie den Prinzen

mit seinen persönlichen Eigenschaften kenne, werde sie rasch für ihn Interesse empfinden. Darauf pries der Kurfürst seine Gemahlin und sein häusliches Glück, das nun für immer zerstört werde, und fing zu weinen an. Er spiele keine Komödie, der Kaiser kenne sein Innerstes nicht. Die Kaiserin habe weder mit ihm noch mit seiner Tochter von ihrem Sohne gesprochen und er hätte doch gehofft, daß sie Vertrauen zu ihm faßte. Josephine befand sich in der Tat in München in der peinlichsten Situation. Ihr Gemahl wünschte nicht, daß sie von einem anderen als von ihm selbst etwas erfahre von dem Glücke ihres Kindes; es sei nicht Aufgabe der Frauen, sich in Staatsgeschäfte zu mischen. Die Gegenwart der Kurfürstin war ihr unangenehm. Da Max Joseph nicht mündlich mit seiner Tochter sprechen wollte, wurde Kronprinz Ludwig dazu ausersehen, ihr ein liebenswürdiges Handschreiben von Napoleon, einen Brief von Gravenreuth und ein Billet ihres Vaters zu übergeben. In diesem Billet standen die Worte: das künftige Glück von Bayern und der königlichen Familie hänge von ihrer Einwilligung ab; ihr Vater sterbe vor Kummer, wenn sie sich weigere; jede Hoffnung auf die badische Heirat sei vernichtet. Schlug doch dort eben Thiard eine neue Familienverbindung vor. Am folgenden Morgen, dem zweiten Weihnachtsfeiertage, begann das Spiel von neuem; aber während, wie Duroc spottet, alles Komödie spielte, machte das Ministerium einen Ehekontrakt. Um zehn Uhr empfing Max Joseph den Marschall im Bett — der Kummer hatte ihn krank gemacht — und eröffnete ihm die zustimmende Antwort seiner Tochter, die auch der Kaiserin bekannt gegeben wurde. Die Mutter Karoline hatte sich am Abend vorher nach vielen Tränen umstimmen lassen und zeigte sich jetzt sehr freundlich gegen Josephine und Duroc. Auch Auguste bat im liebenswürdigsten Ton mit verweinten Augen, der Marschall möge dem Kaiser ihren Dank aussprechen für den Anteil, den er an ihrem Geschick nahm.

Aber noch galt es, schweren Ärger zu überwinden über einen Brief, zu dem sich die Braut an die Kaiserin verleiten ließ, des

Inhalts, sie könne sich nur unter der Bedingung zur Verbindung mit ihrem Sohne entschließen, daß eine Königskrone auf ihr Haupt gesetzt werde. Das Gegenteil davon wurde erreicht. Eugène wurde zwar zum französischen Prinzen erklärt und als solcher behandelt, auch mit allen den Zeremonien vermählt, welche das Gesetz für die Angehörigen des damals in Frankreich regierenden Hauses vorschrieb. Allein der Prinzessin wurde weder ein bedeutendes Wittum noch eine hohe Summe für ihren persönlichen Bedarf ausgesetzt. Napoleon legte der bayerischen Heirat kein solches Gewicht mehr bei, nachdem er auch eine österreichische Erzherzogin hätte wählen können. Da seine eigenen Schwestern nicht besser gestellt waren und dadurch nur Familienzwistigkeiten entstehen konnten, wollte er sich nicht weiter verpflichten; doch hatte er im Sinne, mehr zu tun, als versprochen war. Wir wissen heute, daß dieser Bund, den die Politik geschlossen, wirklich zu einem Herzensbund geworden ist; aber wir können auch nach späteren Bemerkungen Napoleons hinzufügen, bei einer Weigerung hätte Bayern seine Dynastie verloren, und statt eines Königs Murat von Neapel hätte die Geschichte einen König Murat von Bayern zu verzeichnen. So war die Nachgiebigkeit Augustens eine patriotische Tat ersten Ranges, von ähnlicher politischer Tragweite, wie sie später die Vermählung der ältesten Tochter des Königs Viktor Emanuel II. von Sardinien, Klotilde, mit einem anderen Napoleoniden, dem jüngsten Sohne des Königs von Westfalen, Joseph Charles Paul Bonaparte, genannt Plon-Plon, gehabt hat.

Die Ehe mit Eugène Beauharnais brachte für Bayern selbst sofort noch einen Ländergewinn, den man sonst vergeblich erstrebt hätte. Die Erwerbung von Tirol und dem Innviertel war bis dahin dem König versagt geblieben, obwohl Talleyrand in den Verhandlungen mit Österreich auch diese Länder beanspruchte und Napoleon in dem Schönbrunner Vertrag von Preußen auch Tirol Bayern hatte garantieren lassen. Gravenreuth, der auf die Gunst des Kaisers rechnete, legte sich für den Erwerb ganz Tirols so sehr an den Laden, daß Talleyrand, der Welschtirol dem Königreich

Italien einverleiben wollte, ihm ärgerlich vorwarf, er schachere wie ein kleiner badischer Minister. Durch ansbachisches Gebiet, durch die Unterwerfung der Grafen von Pappenheim und Schwarzenberg hatte Bayern in Franken eine Abrundung erlangt, die durch den Verzicht auf Würzburg wieder gestört worden wäre. Allein schließlich mußte man in München doch darein willigen, Würzburg als Entschädigung für den früheren Großherzog von Toskana, damals Kurfürsten von Salzburg, als Großherzogtum hinzugeben, und dafür (im 8. Artikel des Preßburger Friedens) den zwischen Böhmen und Österreich, Inn und Donau gelegenen, bis dahin zu Salzburg gehörigen Teil des Bistums Passau, die Grafschaft Tirol, mit den Herrschaften Brixen und Trient einzutauschen. Leichter erledigte sich eine Differenz anderer Art, wegen der gegen Montgelas bis in die neueste Zeit der Vorwurf des Raubes erhoben wurde. Die heute einen wertvollen Grundstock der alten Pinakothek bildende Düsseldorfer Galerie verdankt ihre Entstehung nicht den Landständen, sondern der Privatschatulle des Kurfürsten Johann Wilhelm und seiner kunstsinnigen Gemahlin aus dem Hause Medici. Mit Recht bestand daher Max Joseph darauf, daß sie mit dem Herzogtum Berg nicht abgetreten werde, und wäre zu förmlichen Verhandlungen hierüber bereit gewesen. Talleyrand dagegen schlug vor, man möge die Bilder hinschaffen, wo man wolle, und der Umstand, daß sie schon im Beginn der Kriegswirren nach Frankreich transportiert worden waren und damals sich in Kirchheimbolanden befanden, erleichterte die Entfernung.

In Württemberg schien die entschlossene Haltung Friedrichs, sein Widerstand gegen die Besetzung seiner Residenzen, die offene Ungnade, mit der er den General Hügel unter den Augen des Kaisers behandelt hatte, eher genützt als geschadet zu haben. Talleyrands Gunst wurde vielleicht weniger durch die Freundschaft mit dem Kurprinzen als durch ein Geldgeschenk gewonnen. Nach dem Geständnis von Normann wenigstens erhielt er die Summe von 40 000 Gulden; Labesnardière, der seit 1805 der Chef der zweiten Abteilung im Ministerium des Auswärtigen war, wurde

mit 120000 Livres, die Kanzlei mit 15—25000 bedacht. Montgelas spricht sogar von einer Million. So konnte Normann in der Tat, wie Gravenreuth spottet, in Wien „Maulaffen feil halten", während der bayerische Diplomat im Hauptquartier emsig tätig war; wußte er doch, daß das Schicksal seines Gebieters in guten Händen war, daß Talleyrand in den Präliminarien alle Schwierigkeiten beseitigen und dafür alle Vorteile einsetzen werde, welche eine Zwischenmacht für ihre Konsistenz und zum Nutzen für ihre Verbündeten nötig hatte. Noch am 9. Dezember hatte der württembergische Staatsmann die Hoffnung nicht aufgegeben, Ulm für sein Heimatland zu gewinnen. Wenn Bayern die Königswürde annahm, mußte sein schwäbischer Nachbar das gleiche tun; doch wünschte man für diese Standeserhebung auch eine reiche Ausstattung. Als König von Alemannien oder Schwaben, mit dem Beisatz Kurfürst von Württemberg, begehrte Friedrich im allgemeinen alles, was Österreich bis dahin in Schwaben besaß mit Ausnahme von Vorarlberg, der Ortenau und dem Breisgau; von letzterem legte er jedoch seine Hand auf Villingen. Die beiden Grafschaften Hohenberg, die Landgrafschaft Nellenburg, die fünf Donaustädte, die Landvogtei in Schwaben mit Tettnang, Argen, Wasserburg; Stadt und Fürstentum Lindau, die Grafschaft Königseck-Rothenfels, die Stadt Konstanz, die Suzerenitätsrechte, welche der Kaiser über einige Besitzungen der Fürsten von Sigmaringen, Taxis und anderen ausübte, hätten die Ländergier des Fürsten noch nicht befriedigt. Die Gebiete des Maltheser- und des Deutschen Ordens nebst Mergentheim sowie des Reichsadels mit Ausnahme der von Bayern enklavierten Striche, das Land Fürstenberg, Anerkennung der württembergischen Souveränität auch von seiten der Fürsten von Hohenlohe, Leiningen, Erbach u. s. w., das alles hätte das Los vervollständigen sollen.

Man sieht, daß hierbei die badische Interessensphäre nicht geschont wurde, und erinnert sich, daß ein großer Teil dieser Länder an Bayern kam. Wie es Gravenreuth gelang, diese Ansprüche zurückzudämmen, darüber berichtet eine — nicht von ihm selbst

überlieferte — Anekdote. Mit dem Ausruf, lieber wolle er sein Todesurteil unterzeichnen als einen Bayern so ungünstigen Vertrag, wandte er sich an Napoleon, der, aufs höchste gereizt, ausrief: Comment, n' est-ce pas assez? Eh bien; prenez, prenez. Dabei deutete er auf die vor ihm liegende Landkarte und ließ, nachdem Gravenreuth alles angestrichen, was Bayern nachher erhielt, Talleyrand rufen. Ceci est pour la Bavière, bemerkte der Kaiser, den Finger auf der Karte liegen lassend. Der Minister erlaubte sich den Einwand: mais le roi de Wurttemberg? worauf der Kaiser wütend auf den Boden stampfte: Je le veux; écrivez, écrivez.

So erhielt in dem Vertrag von Brünn vom 11. Dezember Württemberg nur die fünf sogenannten Donaustädte Ehingen, Munderkingen, Riedlingen, Sulgau, Mengen mit ihren Dependenzen; die obere und die untere Grafschaft Hohenberg, die Landgrafschaft Nellenburg, die Präfektur Altorf mit ihren Dependenzen (außer der Stadt Konstanz), den von württembergischem Gebiet umschlossenen Teil des Breisgaues, der östlich einer vom Schlegelberg zum Mohlbach gezogenen Linie liegt, Stadt und Gebiet von Villingen, Bräunlingen und die Grafschaft Bondorf. Auch der Preßburger Frieden änderte daran nichts. Die Artikel über Annahme des Königstitels, der vollen Souveränität, die gegenseitige Garantie, den Verzicht auf Entschädigung für die Leistungen während des Feldzugs u. s. w. sind direkt aus dem Vertrag mit Bayern herübergenommen. Dazu kamen noch die Mediatisierungen und der Erwerb der Reichsposten. Am 13. Dezember hatte Napoleon den Kurfürsten brieflich über die herausfordernde Sprache Dalbergs und die drohende Stellung der preußischen Heeresmacht beruhigt. Aber ein seit dem 15. Dezember in Ansbach angesagtes preußisches Lager hielt Friedrich aufs neue in Atem. Der König von Preußen teilte ihm nichts über seine Absichten mit, sein Minister in Berlin stand vor einem Rätsel und nur der Friede konnte ihn aus seiner Ungewißheit befreien. Der Erwerb der Königskrone rief in Stuttgart die größte Freude hervor; aber die-

selbe wurde wesentlich herabgemindert, als man die näheren Bestimmungen des Friedensvertrags erfuhr. Ein mit Bestimmtheit auftretendes Gerücht, Bayern habe den Königstitel ausgeschlagen, trug viel zur Verlegenheit bei. Die absolute Souveränität und Unabhängigkeit war schon in Ludwigsburg vereinbart worden; wie viel mehr konnte man also von einem neuen Vertrag erwarten. So äußerte man jetzt, wenn man die kärgliche Ausstattung geahnt hätte, würde man auf die Krone verzichtet haben. Doch ließ man diese Verstimmung nicht offenbar werden. Normann erbat vielmehr sogleich nach dem Abschluß des Vertrags die Unterstützung Talleyrands zugunsten seines Landes bei den in der Folge unvermeidlichen Konflikten mit Baden und Bayern und wünschte die baldige Besitznahme der neuen Erwerbungen. Auch versprach man sich im Tauschwege von dem Münchener Hofe große Vorteile und Friedrich selbst berief sich alsbald brieflich auf Napoleons Schiedsspruch, um aus dem Labyrinth herauszukommen, das durch die neuen Verträge geschaffen war.

Als der badische Minister Reitzenstein am 17. Dezember in Wien eintraf, war die Entscheidung bereits gefallen. Auf Talleyrands Drängen hatte Öhl ohne genaue Kenntnis der politischen Konstellation und ohne Instruktion Bedingungen unterschrieben, die, wie er sich vorsagen mußte, bei längerem Zögern nur noch ungünstiger ausgefallen wären. Hatte Württemberg Bayern gegenüber den kürzeren gezogen, so suchte Normann von Baden zu gewinnen, was ihm Gravenreuth abgenommen hatte. Daß der badische Erbprinz nicht zur Armee abgegangen war, hatte Napoleon noch nicht vergessen. Ein weiterer Grund der Ungnade war nach der Erzählung des Prinzen Murat die heftige Abneigung, welche die Markgräfin noch immer zur Schau trug. So ging Baden in dem Vertrag vom 20. Dezember die Königskrone verloren; in analoger Weise wie in den verwandten Traktaten wurde die gegenseitige Garantie des französischen, italienischen und badischen Besitzstandes, die Anerkennung der badischen Souveränität und die Verpflichtung zur Heeresfolge bei einem Kontinentalkriege stipuliert.

Gegen den Verzicht auf die von Frankreich besetzten Rheininseln erhielt Baden als Preis seiner Hilfeleistung die Ortenau, die Stadt Konstanz und die Deutschordenskommende Mainau; vom Breisgau war der östlich der Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach gelegene Teil und die Städte Villingen und Bräunlingen schon für Württemberg abgeschnitten worden. Vergebens bemühte sich Reitzenstein, um jeden Preis günstigere Bedingungen zu erwirken. Er mußte sich am 20. Dezember in Wien überzeugen, daß nur von weiteren Opfern die Rede sein konnte. Augenblicklich mußte er auch noch in die Abtretung von Kehl und in den Verzicht auf jede Vergütung der geleisteten Lieferungen willigen. Wohl bot sich die Aussicht, alle im Breisgau gelegenen Klöster und Ordenslande zu gewinnen, aber die endgültige Regelung dieser Ansprüche blieb vorerst noch späteren Zeiten vorbehalten. Als Labesnardière ein Geschenk von 2000 Louisdor erhalten hatte, gestand er selbst, der Vertrag sei äußerst „überschnellt“ worden, da man ihm für die Instrumente mit den drei Staaten nicht mehr als 27 Stunden Zeit gelassen habe und niemand zugegen war, die Insinuationen Normanns zu kontrollieren; aber im ganzen ließ sich nichts mehr ändern.

Nun kamen auch die Verhandlungen mit Österreich in Preßburg zu raschem Abschluß. Mehr als einmal schien es, als sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen; aber die Hilflosigkeit der österreichischen Armee und die Überzeugung, daß Napoleon bei weiterem Zögern seine Forderungen nur noch steigern werde, machten die Kapitulation zur Notwendigkeit. Im Frieden vom 26. Dezember erhielt Österreich für alle seine Verluste nur Berchtesgaden und Salzburg, während der diese Stifter abtretende Großherzog von Toskana von Bayern mit Würzburg entschädigt wurde. Im 7. Artikel erkannte der Kaiser von Deutschland und von Österreich den Königstitel an, den Bayern und Württemberg sich beigelegt hatten, „ohne aufzuhören, Mitglieder des Deutschen Bundes zu sein“, im 8. verstand er sich zu allen Abtretungen, die Napoleon ihm zugunsten seiner Verbündeten auferlegt hatte. Im 14. Artikel

wurde Franz als Kaiser und Mitstand verpflichtet, der Vollstreckung der Handlungen, welche die souveränen Herrscher von Bayern, Württemberg und Baden im Vollgenuß ihrer Souveränitätsrechte begangen hätten, oder noch begehen würden, kein Hindernis in den Weg zu legen. So war im Preßburger Frieden der Grundgedanke der Sieyèsschen Politik endgültig zum Siege geführt: Österreich war gänzlich aus Deutschland und Italien hinausgedrängt. Talleyrand hatte es wirklich fertig gebracht, wie er schon vorher Gravenreuth erzählt hatte, das „deutsche Band“ zu zerreißen, ohne daß man die Vernichtung des Deutschen Reiches förmlich aussprach, und im Artikel 14 war dem künftigen Rheinbund bereits die rechtliche Anerkennung verschafft.

Nach dem Friedensschlusse beeilten sich die deutschen Bundesgenossen Napoleons, sich in den Besitz ihrer neuen Souveränität zu setzen. In München sprengte am Morgen des 1. Januar nach 10 Uhr der Landesherold J. Stürzer, von einer Abteilung der prächtig uniformierten Bürgerkavallerie begleitet, durch die Straßen, um unter Trompeten- und Paukenschall und frohem Jauchzen des Volkes eine Proklamation auszurufen, die unmittelbar vorher dem Adel, Militär und der Beamtenschaft bei Hofe bekannt gegeben worden war: „Da durch die Vorsehung Gottes es dahin gediehen ist, daß das Ansehen und die Würde des Herrschers in Bayern seinen alten Glanz und seine vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes und zum Flor des Landes wieder erreiche, so wird der allerdurchlauchtigste und großmächtigste Fürst und Herr, Herr Maximilian Joseph als König von Bayern und allen dazu gehörigen Ländern hiermit feierlich ausgerufen und dieses seinem Volk allenthalben kund und zu Wissen gebracht.“ Joseph Spitzenberger verfaßte eine „Ode und Lied auf die hohe Krönungsfeier Max Josephs des Vierten“:

Du bist nun wieder,
Was Du zu Pipins und
Arnulfens Zeit warst, Länderbeherrscherin,
Vor der ihr Haupt die Alpen neigen,
Mutter und Königin vieler Völker.

In dem Gedicht „Die Trennung“ hieß es:

Was Pipins Sohn an mir verbrochen,
Tilgt nach Jahrhunderten schnell ein Retter,
Gesandt vom Schicksal: Gallien, Gallien,
Groß war dein Unrecht, edel vergiltst du es;

und Freiherr von Löwenthal behauptete, der bayerische Kurfürst habe am 1. Januar 1806 das alte Königtum der Bayern iure postliminii erneuert. Wenn auch die königliche Münchener Staatszeitung vom 1. Januar mit dem Ausruf begann: „Hoch lebe Napoleon, der Wiederhersteller des bayerischen Königtums!“, so liegt allen diesen Äußerungen die historische Tatsache zugrunde, daß der Liutpoldinger Arnulf, nach einer zwar nicht fest begründeten, aber auch heute noch wissenschaftlich nicht widerlegten Anschauung der Stammvater des jetzigen Königshauses, sich in Urkunden als rex bezeichnet hatte. Darum hatte schon 1763 Falkenstein sein Geschichtswerk, das kein geringerer als Ickstatt herausgab, „vollständige Geschichte der älteren, mittleren und neueren Zeiten des großen Herzogtums und ehemaligen Königreichs Bayern“ betitelt. Der Augsburger Geheimrat Zapf konnte vor diesem Buche in seiner historischen Skizze: „Bayerns wiederhergestellte Königswürde 1806“ seine Verwunderung nicht unterdrücken, daß Ickstatt so viel Legendenmäßiges habe stehen lassen. Wenn man in den Zeiten der Fremdherrschaft gerne an die Verwandtschaft der Bayern und Franzosen erinnerte, verfiel man in einen geschichtlichen Irrtum, dem schon im siebenten Jahrhundert der gelehrte Italiener Jonas von Bobbio gehuldigt hatte, und der seine weite Verbreitung Enea Sylvio Piccolomini verdankt. Die Verwechslung der keltischen Bojer mit den Bayern, die noch heute in dem Titel der Haupturkundensammlung des Landes fortlebt, hat auch, nachdem der Rheinbund schon lange vom Erdboden verschwunden war, bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in gelehrten Werken ihr Unwesen getrieben. Wenn man ferner damals gerne von der bayerischen Nation sprach, so findet das seine Rechtfertigung in dem Sprachgebrauch der Zeit; ähnlich redet Friedrich Wilhelm in

seinen Erlassen von der preußischen Nation. Die Stiftung der bayerischen Nationalkokarde am 16. Januar, „um der bayerischen Nation den eigentümlichen Charakter wieder zu geben, wodurch sie sich immer ausgezeichnet hat“, „damit sich die Bayern als Brüder wiedererkennen und im Auslande die ihnen durch ihre Anhänglichkeit an ihren König und das Vaterland gebührende Auszeichnung erhalten“, war weit mehr als eine bloße Spielerei oder Nachäffung französischen Wesens. Da der Deutsche im Auslande keine Achtung mehr genoß, konnte es für ihn nur von Vorteil sein, wenn er sich durch dieses Zeichen als Angehörigen einer dem mächtigen Frankreich verbündeten Nation ausweisen konnte, und in der Heimat bildete die Kokarde für die verschiedenen Stämme, die nun zu einem neuen Staate vereinigt wurden, einen mächtigen Kitt und ein willkommenes Schiboleth. So konnte Martin Schrettinger, indem er „das Wiederaufleben des bayerischen Nationalgeistes“ in einem der ernstesten patriotischen Gedichte, welche damals entstanden, besang, mit gutem Grunde von dem König rühmen:

Bojer! Seht, er reicht — ewig zu sichern den Bund —
Uns einen Talisman von weiß und hellblauer Farbe,
Die Kokarde genannt; ha! schon schwindet sie hin,
Die unselige Kluft zwischen Bojer, Frank und Tiroler,
Krummstabs Untertan, Reichsbürger, Pfälzer und Schwab.
Wessen Haupt nun prangt mit blau und weißer Kokarde,
Der ist nicht mehr Schwab, nicht mehr Bürger des Reichs,
Nicht mehr Pfälzer, nicht Frank, nicht Untergebner des Krummstabs,
Auch Tiroler nicht mehr; Bruder nur — Bojer ist er.

Selbst Napoleon, der in der Nacht zum 31. Dezember um 1 Uhr auf der Schwabinger Landstraße in München eingetroffen war, konnte es sich nicht versagen, in einer Botschaft an den Senat, in welcher er diesem die Vermählung seines Sohnes mit Auguste von Bayern, „diesen jungen Eheleuten, welche beide das Muster ihres Geschlechtes sind“, mitteilte, historische Erinnerungen zu wecken er sprach von dem Königshause und dem braven Volke, das ihm so viele Dienste geleistet und so viele Freundschaft bezeugt habe,

dessen Vorfahren auch beständig durch Politik und Zuneigung mit Frankreich verbunden waren.

Nach dem Zeugnis der Frau von Remusat schien es, als sollte nun in München die Liebe zu ihrem Rechte kommen in der Welt, die sie bisher vernachlässigt hatte. Napoleon suchte, nachdem er sich unaufhörlich den Pflichten eines Soldaten hingegeben, in den Obliegenheiten und kleinen Sorgen eines Hausvaters eine zärtliche Unterhaltung. Man muß sich die Aufgeräumtheit seines Wesens und die Wirkung seiner Güte und Freigebigkeit immer vor Augen halten, um den tiefen Eindruck zu begreifen, den seine Anwesenheit in München zurückließ; Otto meint, der Kaiser könne sich schmeicheln, er habe die schwerste aller Eroberungen gemacht, indem er die Neigung der Völker gewann, die Zeugen seiner Gnade waren. Nur so erscheint es verständlich, wenn Zapf ihn — übrigens in Anlehnung an eine Schrift Dalbergs — mit Karl dem Großen verglich und ihm den Beinamen der Große beilegte, oder Joseph Spitzenberger sich zu dem Verse verstieg: „Gott segne die glückliche Stunde, die Bayern mit Frankreich verband." Als am 2. Januar die 29 bayerischen Kanonen aus dem Wiener Zeughaus und 21 Fahnen, die von den Eleven des Kadettenhauses getragen wurden, unter Begleitung des bürgerlichen Militärs und der Schuljugend auf den Dultplatz gebracht waren, wurde ein Lied von Vogler gesungen, und ein Tedeum in der Frauenkirche schloß das Fest. Deroy wurde vom Kaiser der Franzosen eine Pension verliehen, Wrede erhielt den Rang eines Großoffiziers in der Ehrenlegion und vierzig Plätze in derselben wurden für bayerische Offiziere und Gemeine bestimmt. Auf einem Spaziergang erkundigte sich der Kaiser bei den Kramläden nach den Waren, die man dort feilhielt, und den Orten, wo sie fabriziert wurden, und als er bei einem Jagdausflug an dem Kloster der barmherzigen Brüder vorbeikam, das Kranke ohne Unterschied der Konfession aufnahm, ließ er halten und wies dem Prior ein ansehnliches Geschenk an. Kronprinz Ludwig erschien damals vor der Öffentlichkeit als beständiger Gesellschafter des Kaisers, der ihm den Degen schenkte, den er vor

Ulm geführt, mit den Worten: „Hier mein Prinz, mit diesem Degen habe ich Ihr Vaterland wiedererobert; brauchen Sie ihn zu dessen Verteidigung.“ Napoleon bemühte sich bei Hofe, halb politisch und halb galant zu erscheinen. Es mag ein seltsames Schauspiel gewesen sein, wenn sich der Cäsar, der im Verkehr mit Damen immer linkisch und unbeholfen blieb, mit seinem schneidenden Wesen und seinen plumpen Umgangsformen um die Gunst der Königin bemühte, die ihn jedoch durch ihre Würde in Respekt zu halten verstand, obwohl sie diese Huldigungen zu ergötzen schienen. Der Kaiserin, die den Münchener Hof aus Eifersucht bald wieder zu verlassen wünschte, wurde dadurch sogar die Freude an der Hochzeit verdorben. Die Vermählungsfeierlichkeiten ihres Sohnes und der Prinzessin Auguste — die Trauung wurde am 15. Januar durch Dalberg vollzogen — gestaltete sich zum „feurigsten Ausdruck des bayerischen Nationalgeistes, welcher dieses Fest zu verherrlichen strebte“. „Überall war die regste Teilnahme an dem großen Ereignis des Tages, der in das neue große Bündnis feierlichst einstimmende Gesamtwille der Nation und die zärtlichste Liebe gegen das königliche Regentenhaus sichtbar.“ Wie rührend dieses Bild war, heißt es in einem anderen Berichte, ist nur zu fühlen. Der König, die Königin wurde vergessen, man sah Vater und Mutter, welche die geliebte Tochter zum Traualtar führten. Die Prinzessin, die in dem vollen Glanz weiblicher Schönheit und Unschuld erblüht war, vereinigte auch nach französischen Berichten alle Reize einer angenehmen äußeren Gestalt mit den anziehendsten Charaktereigenschaften; sie hat denn auch wesentlich dazu beigetragen, Eugen in Italien populär zu machen. Als der Vizekönig am 21. Januar mit seiner jungen Gattin München verließ, schloß der König beim Abschied den Prinzen wiederholt in die Arme, die Prinzessin vergoß Tränen und die Wünsche aller guten Bayern begleiteten das Paar. Schon am 17. Januar waren der Kaiser und die Kaiserin nach Stuttgart abgereist.

Hier wurde die Erhebung zum Königreich am 1. Januar durch hundert Kanonenschüsse und das Läuten aller Glocken feier-

lich eingeleitet. Unter Begleitung eines Detachements der königlichen Garde du Corps und eines Heerwagens mit Pauken und Trompeten ward durch einen Herold auf allen ausgezeichneten Plätzen der Stadt eine Proklamation bekannt gemacht, daß Friedrich auf Grund des Staatsvertrags vom 12. Dezember 1805 und des Preßburger Friedens für sich und seine Nachkommen in der Regierung die königliche Würde angenommen habe: „Wir finden in diesem für jeden treuen Württemberger auf die denkwürdigste Art sich auszeichnenden Ereignis einen neuen Beweis der über unserem königlichen Haus wohnenden göttlichen Vorsehung und können uns versichert halten, daß auch unsere sämtlichen Diener und Untertanen bei dieser großen und unerwartet glücklichen Entwickelung des damit so innig verbundenen Wohles des Vaterlandes von eben diesen Empfindungen der Freude und des Dankes durchdrungen sein werden." So hatte man es in Stuttgart verschmäht, die Annahme der Königswürde historisch zu begründen wie in München, was allerdings bei den damit verbundenen Schritten, die aller Überlieferung Hohn sprechen, schwer gewesen wäre. Selbst gemäßigte Personen sahen bei der Einführung einer neuen Verfassung eine Auflösung des Staatskredites voraus und die Staatsobligationen sanken um zehn Prozent. Das erklärt sich aus der plötzlichen Auflösung der Landstände. Am 30. Dezember wurden die Mitglieder der Justiz und Verwaltung von dem durch die alte Verfassung vorgeschriebenen Eid gegen den Souverän, die Verfassung und die symbolischen Bücher entbunden und von jedem die Erklärung gefordert, dem König rein und einfach den Eid der Treue und des Gehorsams zu leisten. Wer den neuen Schwur nicht auf sich nehmen zu können glaubte, dem sollte eine Pension bewilligt werden. Nach anfänglichem Sträuben leisteten alle Gehorsam, bis auf ein Mitglied des Kirchenrats und Konsistoriums, das mit 1200 Gulden Jahresgehalt entlassen wurde. An demselben 30. Dezember eröffneten der Präsident von Ende und der Regierungsrat Wintzingerode den anwesenden Gliedern des Landschaftsausschusses, daß der Kurfürst nun gleich Österreich voller

Souverän seiner Staaten mit Exemption von der Jurisdiktion der höchsten Reichsgerichte sei, daß er kraft seiner Souveränität die bisherige Landesrepräsentation für aufgelöst erkläre und jede Versammlung oder kollegialische Beratschlagung als eine Empörung ansehen und betrachten werde; doch sollte den Mitgliedern bis zu anderweitiger Anstellung ihre Besoldung bleiben. Darauf wurde alles versiegelt, wie es auch in den Staatsbureaus und im Staatsarchiv geschah, und die Beamten waren bis zu einer Neuordnung der Verhältnisse von jeder Arbeit dispensiert. Bei der Anwesenheit Napoleons in Stuttgart verbreitete sich zwar das Gerücht, er habe die gänzliche Unterdrückung der Stände mißbilligt und die weite Ausdehnung der absoluten Macht des Königs sollte nicht in den Absichten des Kaisers gelegen sein. Aber als sich am 25. Januar Bürgermeister Keller als Mitglied des kleinen Komitees mit der Bitte an den Kaiser wandte, da er das Vaterland schon einmal vom Sturz wieder aufgerichtet habe, möge er auch die württembergische Verfassung, die seit 300 Jahren die Stütze des herzoglichen Hauses gewesen sei, wiederherstellen, konnte er schon nach seinen früheren Äußerungen zu Friedrich diesem Ansinnen nicht Folge leisten. Die Gerechtigkeit hätte jedenfalls gefordert, bei einem Fortleben der alten Stände den neuen Landesteilen ihre eigene Verfassung zu lassen so gut wie den alten; aber ein so vielgestaltiger Verfassungsstaat hätte im Widerspruch mit der Staatsraison gestanden. Wenn der Kurfürst von Baden die Verfassung im Breisgau aufhob und Montgelas in Würzburg später ähnlich vorging, so folgten sie nur dem Zuge der Zeit, dem sogar der erbittertste Antipode des rheinbündlerischen Liberalismus, der König von Schweden, durch die Vernichtung der alten pommerischen Verfassung Zugeständnisse machen mußte. König Friedrich hatte zunächst beabsichtigt, sich während der Anwesenheit Napoleons am bayerischen Hofe dahin zu begeben, war aber von Schloß Brenz aus plötzlich wieder umgekehrt, wegen der Unmöglichkeit, im königlichen Schloß in München Wohnung zu nehmen, das für den Vizekönig von Italien reserviert war; auch wußte er nicht, wie er

von den Majestäten empfangen würde. Am 18. Januar um 6 Uhr abends wurde Napoleon mit seiner Gemahlin unter Kanonendonner und Glockengeläute in Stuttgart feierlich eingeholt, wo er bis zum 20. Januar blieb. In der Oper sang man zu seiner Begrüßung ein französisches Lied:

Rendons, rendons hommage
À son genie, à ses vertus.
Le héros de notre âge
Éfface Alexandre et Titus.
Tout ce qu'offre l'histoire
À nos yeux éblouis
N'égale pas la gloire
Du vainqueur d'Austerlitz.

Glänzende Hoffestlichkeiten, ein Ball und ein Jagdausflug suchten den Gästen Zerstreuung zu bieten; ein gegenseitiger Ordensaustausch besiegelte das Band der Freundschaft zwischen den beiden Monarchen. Eine Heirat zwischen der württembergischen Prinzessin Katharina und Napoleons Bruder, dem Prinzen Jérome Bonaparte, scheint schon beim Abschluß des Bündnisses zwischen beiden Staaten in Aussicht genommen worden zu sein. Wann die Prinzessin über ihr Schicksal Mitteilung erhielt, ist ungewiß. Aber mit anderen Heiratsgedanken beschäftigt, verweigerte sie anfangs ihre Einwilligung, und so wurden die Ehepakten erst nach dem Abschluß des Rheinbundes am 9. September 1806 in Paris unterzeichnet.

Von Stuttgart begab sich Napoleon auf der Heimreise nach Paris noch nach Karlsruhe, wo Karl Friedrich am 10. Januar die Annahme der Kurwürde durch eine Proklamation bekannt gemacht hatte. So sehr die Regierung mit diesem Ereignis zufrieden sein konnte, so untröstlich war beinahe der ganze Hof, der fast nur aus unmittelbaren Adeligen bestand. Die Anwesenheit des Kaisers hinterließ in der badischen Residenz einen günstigeren Eindruck als in Stuttgart, wo die Untertanen in den Franzosen bald nur die verhaßten Verteidiger des Despotismus sahen und der Hof die

Erbitterung, aus anderen Gründen, teilte. Karl Friedrich hatte seine Einwilligung in eine Vermählung des badischen Kurprinzen mit der Tochter des französischen Senators Claude Vicomte de Beauharnais, Stephanie, davon abhängig gemacht, daß die Hochzeit der bayerischen Prinzessin Auguste vorher stattgefunden habe. Dagegen stellte die Markgräfin Amalie dem Kaiser als ihren einzigen Wunsch vor, daß ihr Sohn einer deutschen Prinzessin, Karoline von Bayern, die Hand reichen möge. Erst nach einer zweistündigen Unterredung, in der ihr der Imperator das Zeugnis ausstellte, sie sei eine geistreiche Frau, die ihre Töchter gut verheiratet habe, gab sie ihren Widerstand auf, nachdem sie das Versprechen erhalten hatte, daß ihre künftige Schwiegertochter französische Prinzessin werden solle. Die Werbung wurde durch Reitzenstein und den Oberstkammerherrn Freiherrn von Geusau in Paris angebracht. Dort fand auch die Vermählung des jungen Paares statt am 8. April 1806, allen badischen Vorstellungen zum Trotz gerade am Todestage der Gemahlin des Kurfürsten. Auch die politischen Vorteile, die sich Karl Friedrich von seiner Nachgiebigkeit versprach, blieben aus; eine wohlfeilere Gnadenbezeugung war die Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion an den Kurfürsten und an den Kurprinzen, wofür Napoleon den badischen Orden der Treue in Karlsruhe in Empfang nahm.

Neuntes Kapitel.

Münchener Verhandlungen.

On peut dire que jamais alliance fédérative n'a commencé sous de plus mauvais auspices. Otto.

Die Dreikaiserschlacht bei Austerlitz ist das Ereignis, das Napoleons Übergewicht über Europa befestigte, so wie er seine Herrschaft in Frankreich durch die Schlacht von Marengo dauernd begründet hatte. Am Tage nach dem Preßburger Frieden schrieb er in Schönbrunn in den Gemächern Maria Theresias über das Schicksal ihrer Tochter und der Bourbonen in Neapel zuerst das berühmte Wort nieder, eine Dynastie habe aufgehört zu regieren. Talleyrand erblickt in diesem Dekret die erste Tat, welche zu Napoleons Sturz beitrug, und Frau von Remusat erkannte fortan in dem Kriege weit mehr das Resultat seines Systems als eine leidenschaftliche Äußerung seines Geschmackes. „Wir haben durch die Revolution unser Glück gemacht," sagte der General Dupont, „aber wir waren noch nicht im stande, es zu genießen; Österreich, Rußland und England sind allein fähig, dem Ehrgeiz unseres Kaisers einen Damm entgegenzusetzen, in dem seine Willkür endlich eine Grenze findet. Geschieht dies nicht, so sehe ich für sie und uns keine Ruhe. Denn dieser Mensch muß immer einen Entwurf wie das Kind eine Puppe haben, mit dem er spielt und der ihn beschäftigt, und so führt er uns von einem Ende Europas zum anderen, ohne daß wir die Ruhe, die wir so sehr wünschen, genießen können." Napoleon selbst wünschte es dahin zu bringen, daß die Könige von Europa gezwungen würden, alle in der Nähe

von Paris einen Palast zu haben, und daß sie zur Zeit der Krönung des Kaisers der Franzosen dort wohnten, um die Feierlichkeiten durch ihre Teilnahme und Huldigung imposanter zu gestalten. Ganz Frankreich erschien ihm fortan nur wie eine große Provinz des Reiches, welches er seiner Gewalt zu unterwerfen entschlossen war.

Die große Mehrheit der französischen Nation fühlte sich damals noch eins mit ihrem Monarchen. „Alles führt auf das Bedürfnis einer überwiegenden Macht hin, welche, von minder Mächtigen umringt, ihnen Schutz und Kraft verleiht, Schiedsrichter ihrer Zwiste, Rächer ihrer Unbilden zu werden, ließ sich am 5. März 1806 ein Mitglied des gesetzgebenden Körpers vernehmen. Diese Macht, Franzosen, seid ihr geworden. Unter eurer Leitung steht Europa, euer Gesetz wird von seinen Richtstätten erschallen." „Vor der Zivilisation von Europa", bemerkt der „Argus" über den Preßburger Frieden, „gab immer die Stärke der Schwachheit Gesetze, und verordnete sie nach Gutdünken. Seitdem die Zivilisation die ersten Grundbegriffe eines politischen Gleichgewichtes an die Hand gab, wurden dessen Wohltaten unaufhörlich durch fremde Interessen, durch äußere Ursachen vereitelt. Es bedurfte eines Mannes, der mehr als bloßer Eroberer ist, um die Organisation der europäischen Familie so vorzubereiten und zu leiten, daß in Zukunft keines ihrer Glieder weder Interesse noch Willen noch Macht haben kann, ihren Frieden und ihr Glück zu stören." Ein anderes französisches Blatt rühmt gerade aus diesem Anlaß Napoleons Weisheit und Mäßigung: „Er schloß den Frieden, der Frankreich mit keiner Hufe Landes und seine Bevölkerung mit keinem neuen Untertan bereichert. Es gibt ein Maximum für das Gebiet und die Bevölkerung, das man nicht überschreiten kann, ohne die intensive Stärke eines Reiches zu vermindern und zu vernichten. Darum zerfielen die Staaten des Orients, darum sank das stolze Rom unter der unbehilflichen Last seiner eigenen Größe zusammen und die Reiche Alexanders und Karls des Großen fielen über dem Grabe ihrer Stifter in Trümmer." Alphonse Gary

zieht in einem Essay über das neue Gleichgewicht Europas zum Vergleich mit den neugebildeten deutschen Königreichen das Beispiel Preußens heran: was aber von Leopold I. Laune oder Eigensinn war, vollbrächten heute Deutschlands Bedürfnisse. Während Gary Frankreich als das hellste Gestirn am Himmel der europäischen Mächte erscheint, kommt J. E. Bonnet in einer wortreichen Schrift zu dem Resultat, die Rolle des Friedensrichters (pacificateur) und Leiters (moderateur) sei es, zu der die Vorsehung Napoleon ausersehen habe, und Serieys versah seine Geschichte des Feldzuges 1805 mit dem Motto: „Es war ein Mensch, von Gott gesandt." Der Pariser Professor Delormel übergab dem Tribunat eine „Erklärung des Propheten Daniel in Beziehung auf den jetzigen großen Zeitpunkt" und von seiner kleinen Schrift: Prophezeiung, daß Napoleon der Große schon vor zwanzig Jahrhunderten verkündet wurde, waren rasch drei Auflagen vergriffen. Ein deutsches Gegenstück dazu bildet in gewisser Beziehung Kotzebues oberflächliches Elaborat: Bonaparte, der du bist im Himmel, das großes Aufsehen erregte.

Leider ist hier auch ein deutscher Fürst zu nennen, der nicht nur publizistisch in diesen unwürdigen Hymnus mit einstimmte, sondern auch politisch in ähnlicher Weise tätig war: Karl Theodor von Dalberg. Er hatte sich mit dem Legationssekretär Fénélon und Hédouville zur Begrüßung Napoleons und zur Trauung des Vizekönigs von Italien im Januar in München eingefunden, wo er für seine Tätigkeit keinen anderen Lohn als ein Bild des Kaisers und des bayerischen Königs für sich begehrte. Dabei fand er Gelegenheit, in einstündiger Konferenz Napoleon, der sich vorher von Hédouville über die öffentliche Meinung in Deutschland und über den Charakter des Kurerzkanzlers hatte Bericht erstatten lassen, in seine Ideen einzuführen. Zwei Noten, die Dalberg am 17. Januar eigenhändig aufgezeichnet hat, und die er nicht nur Talleyrand, sondern auch dem Kaiser persönlich übergeben konnte, gewähren uns noch heute einen Einblick in seine Denkweise. Da der Kurerzkanzler die Anarchie auslöschen will, die in Süddeutschland durch

den Mangel des Schutzes verursacht ist, den ihm sein Oberhaupt schuldig wäre, und da dieses Land wirklichen Schutz nur bei dem Kaiser der Franzosen gefunden hat, so wünsche er — dies ist der Wortlaut der ersten Note —, daß alle Rechtshändel, welche in den neuen Beziehungen zwischen den Mächten dieses Teils gegenüber dem Deutschen Reich oder dem Kurfürsten-Erzkanzler sich ergeben könnten, vorläufig dem Schiedsgericht des Kaisers der Franzosen unterbreitet werden, dessen Wille es ist, die Ordnung wieder herzustellen und dessen Macht allein dazu wirksam beitragen kann. Das zweite Aktenstück ist an Hédouville gerichtet, der Dalberg so vollkommenes Vertrauen eingeflößt hatte, daß er sich der freudigen Hoffnung hingab, derselbe werde seine Ideen „in all ihrer Reinheit“ S. M. dem Kaiser der Franzosen und seinem Minister Talleyrand vortragen. Im Eingang dieses Schriftstückes wird in völlig einwandfreier Weise das Bedürfnis betont, daß die Verfassung Deutschlands erneuert werde. Der größere Teil seiner Gesetze zeige nichts als sinnlose Worte, seitdem die Gerichtshöfe, die Kreise, der Reichstag nicht mehr die erforderlichen Mittel haben, die Rechte des Eigentums und der persönlichen Sicherheit der einzelnen, aus denen die Nation besteht, zu erhalten, und seitdem diese Einrichtungen die Unterdrückten nicht mehr gegen die Anfälle wirklicher Gewalt und der Habgier schützen können. „Ein solcher Zustand ist anarchisch. Die Völker tragen die Lasten des Staates, ohne seine hauptsächlichen Vorteile zu genießen. Eine unselige Lage für eine durch ihre Loyalität, Betriebsamkeit und angestammte Tatkraft achtungswerte Nation. Die deutsche Verfassung kann nur durch ein Reichsoberhaupt von großem Charakter wiederhergestellt werden, welches den Gesetzen ihre Kraft wiedergibt, indem es die vollziehende Gewalt in seinen Händen vereinigt. Die Stände des Reiches werden einen um so größeren Genuß von ihrem Besitze haben, wenn die Wünsche der Völker auf dem Reichstage vorgetragen und erörtert werden, die Gerichte besser organisiert und die Gerechtigkeit in wirksamerer Weise geübt wird. S. M. der Kaiser von Österreich Franz II. würde durch seine persönlichen

Eigenschaften ein achtungswerter Privatmann sein. De facto ist ihm das Szepter Deutschlands entfallen, weil er jetzt die Majorität des Reichstags gegen sich hat, weil er seine Wahlkapitulation verletzt hat, indem er Bayern besetzte, indem er die Russen nach Deutschland führte und Teile vom Reich losriß, um für die Fehler zu bezahlen, die bei den besonderen Händeln seines Hauses begangen waren. Könnte er Kaiser des Ostens sein, um den Russen zu widerstehen, und möge das abendländische Kaisertum wieder aufleben, so wie es war unter Karl dem Großen, zusammengesetzt aus Italien, Frankreich und Deutschland. Es scheint nicht unmöglich, daß die Übel, die von der Anarchie unzertrennlich sind, die Majorität der Kurfürsten die Notwendigkeit einer solchen Regeneration fühlen lassen; so wählten sie Rudolf von Habsburg nach den Wirren des großen Interregnums. Die Mittel des Erzkanzlers sind sehr beschränkt, aber er zählt mit reiner Absicht auf die erleuchtete Einsicht des Kaisers Napoleon, namentlich in den Gegenständen, welche den diesem Monarchen ganz besonders ergebenen Süden Deutschlands beunruhigen können. Die Regeneration der Verfassung ist zu jeder Zeit der Gegenstand der Wünsche des Kurfürsten-Erzkanzlers gewesen. Er fordert nichts für sich selbst und würde nichts annehmen. Er glaubt, wenn S. M. der Kaiser Napoleon jedes Jahr einige Wochen in Mainz oder sonstwo mit den ihm ergebenen Fürsten persönlich zusammenkommen könnte, würden sich die Keime der deutschen Regeneration bald entwickeln."

Seit dem 2. Dezember 1805 war auf dem Reichstage zu Regensburg die Verblendung der Diplomaten verschwunden; man machte sich sogar mit dem Gedanken einer Veränderung der Verfassung, die der Friede nach sich ziehen werde, vertraut. Was Dalberg hierüber in seinen Noten zu sagen wußte, war also keineswegs originell. Aber eine verhängnisvolle Neuerung war es, daß er offiziell den Kaiser von Frankreich um die Übernahme des Protektorates über das südliche Deutschland bat, zu dessen ungebetenem Stimmführer er sich aufwarf. Hédouville erkannte die Wichtigkeit

dieses Anerbietens einer Rolle, welche man sich bisher französischerseits nur angemaßt hatte, sofort, und empfahl seiner Regierung allen späteren Vorschlägen Dalbergs gegenüber, man möge sich lieber an die Münchener Noten halten. Alle die Vorwürfe, die ein deutscher Fürst in denselben gegen seinen Kaiser schleudert, waren nur eine feige Wiederholung dessen, was ihm Napoleon früher in seiner tadelnden Zurechtweisung an die Hand gegeben hatte. Noch im April 1806 glaubte der Erzkanzler, durch die Verleihung der Kurwürde an den Herzog Murat von Berg könne eine Majorität im Kurfürstenkolleg hergestellt werden, welche die Absetzung Franzens und die Wahl Napoleons durchführen könne. Dadurch fällt auch erst das rechte Licht auf zwei Abhandlungen Dalbergs. Die eine, „von dem Einflusse der schönen Künste auf das öffentliche Glück. Regensburg 1806“ sandte er mit eigenhändiger Widmung an den Kaiser. In dem Zeitalter des Perikles, meinte er, sei die Erleuchtung nur über Griechenland verbreitet gewesen; im Zeitalter Napoleons seien alle Teile der Welt durch Handel, Politik, Literatur und den Schutz des Kaisers verbunden. Die „Betrachtungen über den Charakter Karls des Großen von Karl von Dalberg, auswärtigem Mitglied des französischen Nationalinstituts. Frankfurt 1806“, deren deutsche Bearbeitung von Nikolaus Vogt besorgt wurde, trug dem Verfasser das wohlfeile Lob der Pariser Akademie ein, seine Ausführungen seien ebenso glücklich als groß. Nur in einer einzigen deutschen Flugschrift, den „Winken an das Vaterland“ finde ich außer bei Dalberg, daß von der Wahl eines neuen Kaisers die Rede ist; aber wenn derselbe „nicht unmittelbar nacheinander aus dem nämlichen, auch nicht aus dem mächtigsten Hause“ genommen werden soll, so dachte der Verfasser doch sicherlich nicht daran, mit der höchsten Würde des deutschen Volkes einen Ausländer zu schmücken.

Napoleon selbst hat später einmal in Paris in Gegenwart Dalbergs und des Königs von Bayern die Meinung beider bekämpft, als wolle er sich zum Kaiser von Deutschland machen. „Glauben Sie nicht daran, ich möchte Ihre Krone nicht.“ Zu

allen Zeiten hätten die Deutschen ihre Kaiser schikaniert, so daß diejenigen unter ihnen, welche das Gute tun wollten, es nie hätten tun können. Es sei nicht sein Interesse, das Haupt der Deutschen zu sein, er habe die Hände freier, wenn er ihnen fremd bleibe, und er werde sie wohl lehren, seinen Willen zu tun. Allein wir kennen heute nicht nur einen Brief Napoleons an den Kardinal Fesch als seinen Vertreter bei der Kurie, der die Worte enthält: „Ich bin Karl der Große, das Schwert der Kirche, ihr Kaiser“; die Geheimkorrespondenz mit Bruder Joseph hat auch den Beweis geliefert, daß der Cäsar damals eine Romfahrt plante und sich zum Kaiser des Abendlandes krönen lassen wollte. Die Kardinäle wollten jedoch lieber sterben als unter solchen Bedingungen leben. So blieb dem Sohn der Revolution ein reaktionärer Schritt ohnegleichen erspart. Was Frankreich stark gemacht hatte, war jedenfalls, wie es in einem Journal des linken Rheinufers heißt, der Geist einer neuen Zeit, und die meisten Staaten waren mehr im Kampf mit diesem Geiste als in dem gegen Frankreich erlegen: „So viele Schritte auch Frankreich seit dem 18. Brumaire rückwärts tat und rückwärts tun mußte, zwischen dem Geist seiner Verfassung und dem der übrigen Staaten liegt mehr als ein halbes Jahrhundert.“

Trotz des übermächtigen Einflusses der napoleonischen Politik war aber dank der Kurzsichtigkeit mancher Politiker, die in dem Untergange Englands einen Gewinn für die Welt erblickten, die Stimmung in Deutschland dem Inselstaat weit ungünstiger als dem französischen Reich. Der Grund dieser auffallenden Erscheinung liegt zum Teil darin, daß von der Achtung und Bewunderung, mit der man die französische Revolution diesseits des Rheins begrüßt hatte, noch eine gewisse Vorliebe übrig geblieben war. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Gefühl der Unsicherheit vor und nach dem Frieden von Preßburg eine tiefgehende politische Erregung erzeugte, welche selbst die belletristischen Neigungen einige Zeit zurücktreten ließ. Als halb Deutschland in Belagerungszustand erklärt und Amboß oder Hammer sein selbst in den

friedlichsten Provinzen die Losung war, da hatte, wie auf der Leipziger Michaelismesse offenbar wurde, kein Mensch an Bücherkauf und ruhige Lektüre zu denken die Zeit. Wenn den Säugammen die Milch in der Brust vertrocknete, fragt die „Allgemeine Zeitung", woher sollten die armen Kindlein, die Autoren, ihre Nahrung bekommen? Eine theatralische Aufführung zugunsten der Erben Schillers hatte in Regensburg den geringen Ertrag von 542 Gulden 25 Kreuzer. Die meisten Organe waren damals noch weit entfernt, wirklich unabhängige Stimmen der öffentlichen Meinung zu sein. Von einem der ersten Buchhändler in Deutschland, dem Verleger der „Allgemeinen Zeitung", Cotta, der früher der Revolution leidenschaftlich ergeben war und noch zwei Jahre vorher ein Journal: „le miroir de la Tribune" ganz in den Prinzipien der französischen Regierung herausgab, glaubte der französische Gesandte in Stuttgart, Beweise absoluter Ergebenheit gegen Frankreich, besonders aus Anlaß des letzten Krieges, erhalten zu haben. Cotta verschloß sich dem Plane Dibelots nicht, ihn an die Spitze einer Generalkorrespondenz zu stellen und bedurfte dazu, als Kaufmann, nur Geld. Während er daher gleichzeitig Exzerpte französischer Zeitungen zum Abdruck brachte, welche Napoleon als den Wiederhersteller der deutschen Verfassung feierten, nahm der Redakteur Stegmann das Anerbieten eines österreichischen Spions, Beiträge zu liefern, mit Dank an. Auch die „Augsburger Ordinarizeitung" wünschte nichts so sehr, als gute Nachrichten aus Österreich aufnehmen zu können, und die „Bayreuther Zeitung" von Hagen, die auch im nördlichen Deutschland viel gelesen wurde, war das einzige Blatt, das sich für das Erzhaus erhob, während sonst die öffentliche Meinung mit dem Kriegsglück sich gewendet hatte. Wie durch diese drei Organe im Süden, so hoffte Österreich durch die „Minerva" von Archenholtz und Häberlins „Staatsarchiv" im Norden wieder festen Fuß zu fassen. Aber noch wichtiger als die periodischen Zeitungen waren die Flugschriften, die auch positive Vorschläge zur Reorganisation der Reichsverfassung brachten.

Mehrere Schriften machten auf die zunehmende Bedeutung Bayerns aufmerksam, so die „politischen Gedanken über den jüngst geendeten Krieg und seine Folgen in Hinsicht auf Bayern. Deutschland 1806“, oder die „unparteiische geschichtliche Darstellung und Ursachen des jetzigen verderblichen Krieges mit steter Hinsicht auf Bayern als Beitrag zum Machiavellismus oder die Treulosigkeit in der Politik, dargestellt von einem Staatsmann. Deutschland 1806“. Ein Artikel: Über das neue Königreich Bayern mit Hinsicht auf das Gleichgewicht von Europa, dessen Übersetzung aus einem deutschen Journal Otto an seinen Hof sandte, fand kein Diadem und keinen Purpurmantel groß genug, die Wüsten zu bedecken, die der Krieg in Bayern und Schwaben geschaffen hatte; der bayerische Staat empfange allein schon durch seine neuen Grenzen erhöhte Bedeutung; aber in ganz anderem Lichte erscheine er mit einer der drei Mächte, Preußen, Österreich oder Frankreich, verbündet. Eine Arbeit, die betitelt ist: Von den höchsten Interessen des Deutschen Reichs mit besonderer Rücksicht auf den Einfluß, welchen Bayern auf jene gegenwärtig behauptet, konstatiert bei den großen deutschen Reichsständen ein doppeltes Bestreben, nämlich ihre Landeshoheit zur Souveränität zu erheben und die kleineren Staaten den ihrigen einzuverleiben. Der Verfasser entwirft eine neue Konstitution, nach welcher das Deutsche Reich unter Österreich, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Brandenburg und Sachsen geteilt, die Würde eines deutschen Fürstprimas in geistlicher Hinsicht beibehalten werden (man hat deshalb — wohl mit Unrecht — auf die Urheberschaft Dalbergs geschlossen) und das Band, das die verschiedenen Glieder dieses neuen Systems aneinander knüpft, bloß föderativ sein sollte; jedoch müsse man Berlin im Norden, München im Süden als die Vereinigungspunkte dieses Körpers betrachten. Anklänge an spätere Zeit enthalten die „Beiträge zum neuen deutschen Staatsrecht“, welche bei ihren föderalistischen Grundanschauungen den Kaiser in Zukunft nur als primus inter pares gelten lassen, die Reichsversammlung nur von den souveränen Staaten beschickt und der Form eines perpetuierlichen Kongresses

genähert wissen wollen; die Reichsgerichte, die Kreisverfassung, der Lehensnexus sollte beseitigt, das Militärwesen der minder mächtigen Staaten den größeren inkorporiert werden. Von einer Amalgamierung der kleinen Stände mit den größeren wollen die „zufälligen Gedanken eines Hannoveraners“, die sich gegen die Schrift: „Von den höchsten Interessen der deutschen Nation“ wenden, nichts wissen. In der richtigen Erkenntnis, daß durch die Konsolidierung der Staaten auch der Partikularismus gefördert werde, fürchtet der Autor, es würden nur acht neue „Nationen“ entstehen. „Pfui des Deutschen,“ ruft er aus, „der immer den Apologeten der Kraftäußerungen einer fremden Macht macht, dabei das wahre Interesse seiner Nation so ganz vergißt und die beiden Fürsten und Regierungen derselben mit Kot bewirft. Hat denn der Verfasser, der doch ein Deutscher ist, es wohl mit Ruhe und Muße bedacht, ob alle diese Schritte wohl auch in der Tat so geeignet sind, um das Beste unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes zu befördern, oder ob sie vielleicht nur sehr fein in den Tuilerien kalkuliert sind, um die Suprematie Frankreichs auf den Trümmern der bisherigen Konstitution Deutschlands zu begründen? oder ob sie wohl gar endlich nur das Werk deutscher Egoisten sind, die ihre Pläne dem französischen Kabinett als heilsam und wohltätig für Frankreich und Deutschland zu schildern gewußt haben und durch alle möglichen Vorspiegelungen den Beifall und die Zustimmung dieses Kabinetts zu erschleichen suchen?“ Die Haltung Preußens 1805 hatte der mahnenden Stimme eines „letzten Zurufs an die Fürsten deutscher Abkunft“ Unrecht gegeben, die ihr Vaterland auf gen Norden blicken hieß: „Siehe wie dort die Sonne ruhig emporsteigt, wie sie die dicken Gewölke zerteilt und wie ihre erquickenden Strahlen anfangen, bis zu dir durchzudringen, um deine Hoffnungen wieder zu beleben.“ Gleichwohl wurde jetzt eine Rede Alexanders des Ersten in deutscher Übersetzung verbreitet, die darin gipfelt, Preußen werde, Sparta ähnlich, dem persisch-französischen Satrapen einst ein anderes Sparta sein. Bonapartes Tod oder einige verlorene Schlachten seien das Signal, auf welches die

großen Staaten von den kleineren Besitz nähmen. Bayern werde die wohlverdiente Strafe folgen, der lächerliche König von Schwaben werde verschwinden, und in dem Bande, welches Österreich und Preußen verknüpft, werde Sachsen der Knoten, ein anderer protestantischer Fürst die zweite Hauptmacht im Süden sein. Klagend bemerkt der Übersetzer dazu, die Vaterlandsliebe sei von unserer sklavischen Nachäffung fremder Meinungen gefesselt; „denn niemals, ein ewiges Schaukeln des entnervten Kindes, werden wir zu dem kräftigen Willen des Mannes heranreifen, kein Herz schlägt mehr für sie; ihr erstickter Einfluß kann keine große Tat mehr gebären und nur die Tränen französischer Sklaven, aus weibischen Augen gepreßt, werden das Grab der deutschen Verfassung befeuchten. . . . Wann werden deine Augen, durch die Künstelei des großen Gauklers geblendet, wohl feucht werden, Deutschland? Heil dir, Germania, wenn auch genotzüchtigt, an schalen französischen Spielereien wird es dir nicht mangeln, und stehst du an dem Pranger der Nationen, so tröste dich das Hurensprichwort: Ich nicht die erste, nicht die letzte." Das Blut Bernhards, Luthers und Friedrichs und aller jener, die für freies Denken kämpften, sei umsonst geflossen, ihre Taten umsonst geschehen. „Bald werden deutsche Bürger wie die Sachsen unter Karl mit dem Schwerte bekehrt und in eine neue politische und kirchliche Reichsverfassung geschmiedet werden, an fremden Altären werden sie knien, und das Auge, das sonst frei in dem bestirnten Himmel die Gesetze des Ewigen las, wird durch schleichende gotteslästernde Kuttenträger zur Erde gesenkt werden." Aber über die Zeiten der tiefsten Erniedrigung sieht der Verfasser hinaus auf ein neues Morgenrot: Es blitzt das Schwert der Rache, Deutschland erhebt sich und Frankreich zieht sich in seine Höhlen zurück, überwunden von des Deutschen tapferer Faust sinkt des Glückes abenteuerlicher Sohn und mit ihm sein Kaisertum in Ruinen.

In Regensburg, der alten Malstatt des Reiches, herrschte die größte Verwirrung, als der Friede durch Zeitungsnachrichten bekannt geworden war, die sich vielfach widersprachen. Der mecklen-

burgische Minister fragte, ob das Herzogtum Preußen einverleibt werde, der Minister von Braunschweig-Lüneburg wollte die Armee von Bernadotte und keine andere in Hannover sehen, der Herzog von Oldenburg erwartete von der Herrschaft der Russen und Schweden befreit zu werden, der Kurfürst und der Landgraf von Hessen vertrauten ihre Interessen Preußen an, auf das auch das Haus Nassau zu zählen schien. Nach dem Schicksale Augsburgs konnten sich die Hansestädte keine Zukunft mehr versprechen. Während ein süddeutsches Blatt die Nachricht verbreitete, der Kurfürst von Hessen habe den ihm angebotenen Königstitel bereits angenommen, wurde von Dresden aus geleugnet, daß der sächsische Herrscher sich mit ähnlichen Plänen trage, wie sie die Schrift verfocht: Ist Kursachsen nicht ebensogut als andere ähnliche und minder mächtige Stände Deutschlands berechtigt, sich die Königswürde zuzueignen? Die Komitialgesandten, die fast alle dem reichsunmittelbaren Adel angehörten, sahen ihr eigenes Interesse im Widerspruch mit dem Vorteil der Fürsten, die sie zu vertreten hatten. Der König von Schweden erklärte es in einer französischen Note, die sein Gesandter von Bildt am 13. Januar verlas, für unter seiner Würde, an den Beratungen des Reichstags weiterhin teilzunehmen; die Ungesetzlichkeiten, welche täglich von mehreren Mitgliedern des Deutschen Reichs gegen die Verfassung begangen würden, der sie Gehorsam geschworen hätten, könnten die Grundsätze der Ehre und Tugend nur empören. Der König habe seit langem die unglücklichen Folgen der Zwietracht unter den Mitgliedern des Reiches und des Mangels an Rücksichtnahme auf die deutsche Verfassung seitens einiger unter ihnen vorausgesagt. Er brauche seine Gesinnung nicht mehr zu wiederholen in einer Zeit, wo man die Sprache der Ehre nicht mehr führen und noch weniger ihren Gesetzen folgen dürfe, um sich Gehör zu verschaffen. Obwohl der vorpommersche Gesandte tags vorher den k. k. Ministern versichert haben soll, daß er mit seiner Note den Wiener Hof nicht verletzen wolle, war man über die in dem Aktenstücke liegende allgemeine Beschimpfung der Reichsversammlung doch sehr erregt.

Der Vorschlag des preußischen Gesandten Görtz, Herrn von Bildt in Zukunft nicht mehr „zu rate ansagen“ zu lassen, fand zwar keinen Beifall; aber die Diktatur und Zirkulation der Note unterblieb und einige Gesandtschaften waren der Meinung, man solle nach eingeholter Instruktion die Note dem schwedischen Vertreter zurückstellen unter dem Ausdruck der größten Empfindlichkeit, und ihn von dem Sitz der allgemeinen Reichsversammlung entfernen. Auch Talleyrand äußerte, Mitleid sei die einzige Antwort auf das Gebaren eines Reichsstandes, der schon lange zu Unzufriedenheit Anlaß gegeben habe, aber die Ausweisung desselben schien ihm zur Wahrung der Würde des Reichstags unumgänglich notwendig. Gleichwohl begaben sich an eben jenem 13. Januar mehrere Minister in das schwedische Gesandtschaftshotel zu einem Fest des Patriotismus und der „tudesken“ Ritterlichkeit. Auch Dalberg, der von dem Ereignis keine Kenntnis gehabt zu haben scheint, wurde acht Tage nach seiner Rückkehr von München bei dem schwedischen Gesandten eingeladen. Die Erbitterung gegen die von München zurückgekehrten Personen war so groß in Regensburg, daß man das Palais des Erzkanzlers mit Blutstropfen marmorierte und in das alte Gebäude sogar glimmende Lunten warf, um es in Asche zu legen.

Da Dalberg das Anerbieten des Freiherrn von Hügel, ihm den Frieden auf privatem Wege mitzuteilen, mit der Begründung ausgeschlagen hatte, er wisse davon keinen Gebrauch zu machen, teilte endlich Bacher den Gesandten den Friedenstraktat zu Ende Januar mit, aber nicht auf die gewöhnliche Weise durch das Reichsdirektorium; derselbe wurde vielmehr nur der Komitialdruckerei zum Abdruck übergeben, die ihn dann auf ihre Rechnung verkaufte; dabei waren die entscheidenden Worte des 14. Artikels ausgelassen. Erst Mitte Februar verstand man sich österreichischerseits zu einem ähnlichen Schritt, durch ein Promemoria d. d. Wien, 29. Januar, nebst einer Erklärung, der Kaiser wolle die Punkte, die das Reich beträfen, dessen Nutzen und kompetenter Teilnahme nicht entziehen. Man verteidigte das Ausbleiben eines Hofdekretes damit, daß auch

der Friede von Basel ohne ein solches bekannt gegeben worden sei. Dalberg hielt sich nicht für berufen, eine Beratung darüber zu veranlassen, und wollte warten, bis die Angelegenheit im Mediationswege an das Reich käme. Zu Anfang März hegte man in Regensburg die begründete Befürchtung, der Reichstag werde aufgelöst. Jedenfalls war die Entscheidung der wichtigen Fragen, welche nach dem Preßburger Frieden noch ihrer Lösung harrten, nicht in Regensburg zu erwarten.

Die erste Quelle der Differenzen zwischen den süddeutschen Alliierten rührte daher, daß Frankreich, ehe es den Anteil jedes einzelnen Fürsten genau umschrieben hatte, die Besetzung der ritterschaftlichen Gebiete und Ordenslande forderte, ohne daß dabei der Begehrlichkeit der neuen Souveräne irgend welche Grenzen gezogen worden wären. Dann kamen die Verträge von Brünn und von Preßburg, die dem einen zusprachen, was bereits von einem anderen Fürsten in Besitz genommen war. Man gab nun zwar die in den Traktaten namentlich aufgeführten Stücke heraus, aber die Dependenzen blieben strittig und die Okkupation wurde ganz systemlos ausgeführt, so daß oft das Los eines Staates von fremden Gebieten umschlossen war. Im Preßburger Frieden waren Baden als Dependenzen des Breisgaues auch die dortigen Stifter und Klöster zugewiesen worden, welche durch den Reichsdeputationshauptschluß unter gewissen Auflagen dem Johanniterorden anheimfallen sollten, eine Bestimmung, welche jedoch Kaiser Franz II. niemals anerkannt hatte. Jetzt trugen der Bailli von Flachslanden und der Bailli von Pfirdt in München dem zweitältesten Sohne des Königs, dem Prinzen Karl Theodor, die Koadjutorie des Großpriorats deutscher Zunge an, die dieser mit Zustimmung seines Vaters und Napoleons annahm. Dafür verpflichtete sich der König in einer Konvention vom 28. Januar, den Orden in seinen besonderen Schutz zu nehmen und all seinen Einfluß aufzubieten, um ihm zum Besitz der ihm 1803 zugesicherten Entschädigungen zu verhelfen. Weit schlimmer als der bayerisch-badische Konflikt, der durch diese Konvention heraufbeschworen wurde, waren die Streitig-

keiten des Königs von Württemberg mit seinen beiden Nachbarn um ritterschaftliche Gebiete.

Unmittelbar nachdem er von Napoleon dazu eingeladen war, hatte Friedrich eine so emsige okkupatorische Tätigkeit entfaltet, daß die württembergischen Plakate bald auch auf bayerischem Gebiet angeheftet waren. Er wollte Bayern hinter die Iller zurückdrängen, um die Handelsstraßen nach dem Bodensee zu beherrschen, und sich eine breite Abrundung auf dem linken Donauufer verschaffen. Dagegen sah sich der König von Bayern genötigt, provisorisch eine seinem Staatsinteresse angemessene Linie militärisch besetzen zu lassen, welche von den bayerischen Besitzungen am Bodensee ausging, der Ach und bei Eschenhausen der Ostrach folgte und bis zum Ausfluß derselben in die Donau lief. Durch die geographische Lage seiner Staaten und durch seine Eigenschaft als Schutzherr des Rechbergschen Fideikommisses glaubte sich Max Joseph berechtigt, das Lautertal von der Mündung in die Vils bis zum Ursprung gleichfalls zu besetzen und die deutschen Ordenslande im Ries zu okkupieren. Durch den Preßburger Frieden kamen jedoch einige dieser Gebiete, Sulgau, die Landvogtei Altorf, Munderkingen an Württemberg; andere Punkte, wie Ehingen, das fälschlich in dem Friedensinstrument als Donaustadt bezeichnet wird, gehörten von Anfang an zur Markgrafschaft Burgau. Am 5. Januar restituierte nun die bayerische Regierung die fälschlich besetzten Orte an Württemberg, das sich jedoch damit nicht zufrieden gab, sondern verschiedene Ansprüche auf Bestandteile von Burgau hervorzog. Auch die Landvogtei Leutkirch wurde vom Stuttgarter Hofe reklamiert, die durch den Reichsdeputationshauptschluß an Bayern gekommen, ihm aber bis auf die neueste Zeit von Österreich vorenthalten worden war. Endlich wollte sich der schwäbische Fürst alle Orte zueignen, welche unter dem Namen der einzelnen Landschaften, Städte und Stifter des Fürstentums Schwaben vorkamen, obwohl dieselben ihm nicht namentlich zugewiesen waren und selbständige Bestandteile dieses Fürstentums bildeten, von dem einige Partien doch auch in dem bayerischen Los aufgeführt wurden.

Von württembergischen Kommissären wurde auch ohne weiteres eine ganze Reihe von Orten, die im badischen Lehensverbande waren, mit württembergischen Patenten bedacht, welche die Badener wiederum durch die ihrigen ersetzten. Unter einem nichtigen Vorwand wurden im Januar auch zwei Drittel des Breisgaues, der doch Baden zugedacht war, von Württemberg in Besitz genommen, ohne die Ankunft und Entscheidung der französischen Bevollmächtigten abzuwarten. Als Beispiel offener Feindseligkeiten, die wiederholt aus solchen Streitigkeiten erwuchsen, möge der Zusammenstoß der bayerischen und württembergischen Truppen in Wiblingen dienen, der von württembergischer Seite über Gebühr aufgebauscht worden ist. Dort war am 25. Dezember von einem bayerischen Kommissär das badische Wappen durch das bayerische ersetzt worden, als am 31. Dezember plötzlich eine württembergische Abteilung erschien, welche nach längeren Verhandlungen neben dem bayerischen Detachement Quartiere bezog. Als die Bayern am 2. Januar die Nachricht erhielten, ihre Waffenbrüder seien in höchst beleidigender Weise aus Munderkingen verdrängt worden, glaubten sie, das württembergische Militär nicht länger am Platze dulden zu können. Beide Gegner traten sich nun in dem Klosterhofe feindlich gegenüber; als ein württembergischer Kavallerist unter die bayerische Infanterie stieß, kam es zum Handgemenge, in dem mehrere Soldaten und Pferde durch Hiebe und Stiche leicht verletzt wurden. Der bayerische Leutnant Graf Zedtwitz, der den schriftlichen Befehl erhalten hatte, die Württemberger zu „delogieren", ließ endlich zur Drohung mit „Gewehr hoch" Pelotonfeuer geben, worauf die Gegner mit einer Salve erwiderten, die einen Bayern verwundete. In dem sich daranschließenden Gefecht, das mit der Übergabe der württembergischen Besatzung endigte, wurden zwei Reiter getötet, vier andere und die meisten württembergischen Pferde verwundet. König Friedrich beschwerte sich nun bei Napoleon. Er habe Bayern und Baden von allen seinen Schritten benachrichtigt und die Erklärung beigefügt, daß man in strittigen Fragen den Rechten keines Teiles präjudizieren wolle, sondern, indem man sich gegenseitig die

seinigen vorbehalte, eine friedliche Lösung anzubahnen gesonnen sei. Der Münchener Hof habe auf dieses freimütige Vorgehen durch eine sehr lange und weitschweifige Note geantwortet, welche Grundsätze enthielt, die vielleicht seiner Konvenienz entsprachen, aber für Württemberg in keiner Weise zwingend sein konnten. Die Kommissäre und die Truppen Friedrichs hätten Befehl gehabt, keine Gewalt anzuwenden und in den Gebieten, welche im Frieden nicht ausdrücklich genannt waren, sollten sie, wenn sie dort auf fremde Detachements stießen, unter Protesten die württembergischen Plakate einfach den fremden an die Seite setzen mit der Erklärung, daß dadurch die Rechte niemandes verletzt würden und die Sache friedlich beigelegt werden solle. Der Münchener Hof dagegen behauptete, er sei bereit gewesen, auf alle Punkte, welche Freiherr von Normann vorschlug, einzugehen; man hatte den Wunsch ausgesprochen, daß der Besitzstand vom 8. Januar vorläufig beibehalten werden solle, daß man sich alle Ansprüche mitteilen und ein friedliches Abkommen treffen wolle. Normann reiste jedoch plötzlich von München ab, ohne auf die ihm übergebene Note zu antworten und seine Reise den bayerischen Behörden bekannt zu geben. Nur bei Talleyrand verabschiedete er sich, da die Reise des Kaisers nach Stuttgart seine Anwesenheit daselbst notwendig machte.

Napoleon, der in München mit großem Ärger von den blutigen Streitigkeiten seiner Alliierten erfuhr, traf nun den Ausweg, dieselben durch seine Militärkommission in ihren Besitz einweisen zu lassen. Strittige Objekte sollten so lange mit Sequester belegt werden, bis eine friedliche Lösung möglich geworden sei. Gegen diese Maßregel war allerdings einzuwenden, daß der Preßburger Friede die Abtretungen direkt an die einzelnen Fürsten gemacht hatte, nicht an Frankreich, und die Verträge ihnen das Recht gaben, sich unmittelbar nach dem Austausch der Friedensratifikation ihr Los anzueignen. Außerdem waren dabei von vorneherein von seiten des französischen Militärs lästige Kontributionen und Auflagen zu befürchten. In demselben Briefe vom 4. Januar 1806, in dem der Kaiser Max Joseph von der Ernennung von Kom-

missären zur Besitznahme der neuen Territorien benachrichtigte, enthüllte er auch seinen Plan, nach München einen kleinen Kongreß zu berufen von Vertretern der verbündeten Staaten, um sich über das Militärsystem in Bayern, Württemberg und Baden für jeden Fall zu einigen. Ferner sollten die Grenzen einheitlich geregelt werden zur Vermeidung jeden Zwistes, der nur den gemeinsamen Feinden nützen konnte. Des weiteren seien Beschlüsse zu fassen über das Rekrutierungssystem in den Staaten der enklavierten Fürsten zwischen dem Inn und dem Rhein und das Schicksal der deutschen Ordensritter und der anderen Depossedierten zu regeln. Endlich seien gemeinsame Maßregeln über die den verbündeten Ministern in Regensburg zu erteilenden Instruktionen zu fassen. Auf diese Vorschläge antwortete Max Joseph am 8. Januar, er kenne die Verpflichtungen der Höfe von Karlsruhe und Stuttgart nicht, aber ihm scheine das eigene Militärsystem durch die Verträge von Würzburg und Brünn genügend festgelegt. Bezüglich des zweiten Punktes hatte man schon früher Gravenreuth dahin angewiesen, alle Neuerwerbungen müßten durch den Regensburger Reichstag sanktioniert und der Wiener Hof dazu angehalten werden, als Mitglied und Oberhaupt des Reiches dazu mitzuwirken. Das Haus Österreich habe in Rastatt und Luneville und bei der Entschädigungsfrage Beweise genug gegeben, daß es gewohnt sei, bei solchen Gelegenheiten in einer Eigenschaft sich über das hinwegzusetzen, was es in einer anderen versprochen habe. Für die Aushebung der Rekruten sei es notwendig, jede österreichische Konskription zwischen Inn und Rhein unmöglich zu machen; das Rekrutierungsrecht sollte ausschließlich den Verbündeten der drei Höfe zustehen und man könnte sogar die Stellung des Kontingents der kleineren Herren auf sich nehmen in der Weise, wie dies bereits durch mehrfache Verträge zwischen Bayern und kleineren Fürsten geregelt war. Die Mitglieder des deutschen Ordens sollten bei ähnlicher Behandlung wie die Titulare im Reichsdeputationshauptschlusse nur ein Zehntel ihrer reinen Einkünfte verlieren, eventuell alle ihre Renten auf Lebenszeit fortgenießen. Da somit Bayern in allen

wesentlichen Punkten mit Napoleon übereinstimmte, ohne die Gebote der Mäßigung und der Billigkeit zu überschreiten, scheint man in München kein Bedenken getragen zu haben, am 16. Januar eine Konvention zu unterzeichnen, deren Entwurf Talleyrand den verbündeten Höfen vorlegte. Der Minister kam darin mehrfach auf die Vorschläge zurück, die er im Herbste 1805 von Straßburg aus dem Kaiser unterbreitet hatte. Das zur strengsten Geheimhaltung bestimmte Bündnis sollte außer Frankreich, Italien, Bayern, Württemberg und Baden auch die Schweiz umfassen. Die Aufnahme weiterer Mitglieder aus der Zahl der deutschen Reichsstände war in Aussicht genommen. Jeder der drei süddeutschen Souveräne hatte allen Ansprüchen auf die Besitzungen der beiden anderen zu entsagen; etwaige Streitigkeiten sollte eine in Paris unter französischem Vorsitz zu errichtende Mediationskommission entscheiden, deren Aufgabe und Funktionen im einzelnen näher fixiert wurden. Von einer förmlichen Lossagung vom Reiche war jetzt nicht mehr die Rede, aber der Artikel 8, durch welchen die Kontrahenten sich verpflichteten, in keinem Falle ihre Zwistigkeiten vor den Reichstag zu bringen und an einem Reichskrieg niemals teilzunehmen, bedeutete eine bedenkliche Lockerung der alten Beziehungen und einen offenen Bruch der Reichsverfassung. Man darf aber Montgelas um so weniger einen Vorwurf aus dieser Nachgiebigkeit machen, da er wahrscheinlich schon damals nach den Depeschen aus Berlin wußte, daß der preußische Hof gerne das Wiener Kabinett von jeder Teilnahme an den deutschen Angelegenheiten ausschließen und an seiner Stelle die Leitung im Süden und im Norden ausschließlich Frankreich und sich selbst vorbehalten wolle. Graf Haugwitz schien dabei keine Schwierigkeiten zu machen; ein größeres Hindernis war in der Schwachheit und Umständlichkeit des Königs vorauszusehen, wenn es galt, über das Schicksal der Türkei Klarheit zu gewinnen und Österreich in die Levante zu verweisen. Frankreich schien ähnliche Absichten zu hegen, als es in dem Vertrag mit Preußen vom 15. Dezember 1805 Bayern ausdrücklich das Innviertel und Salzburg garantieren ließ, wäh-

rend der elf Tage später geschlossene Frieden ihm diese Gebiete vorenthielt. Haugwitz sollte auch einen Ergänzungsplan zum Preßburger Frieden über das Los der noch vorhandenen Grafen und freien Reichsstädte vorschlagen, welche unter der Garantie des Reichstags der Souveränität der einschlägigen Staaten unterworfen werden sollten durch eine ähnliche Akte wie der Reichsdeputationshauptschluß. Ja, Montgelas glaubte, der Berliner Hof gehe noch weiter und willige ohne Zögern in die völlige Auflösung des Reichskörpers; der bayerische Minister erblickte in einem solchen Schritt nicht nur keinen Schaden für die Interessen seines Landes, sondern vielmehr ein neues Mittel, den Intrigen des Hauses Österreich zuvorzukommen, welches die kleinen Fürsten und Grafen gegen die Souveränität der drei verbündeten Höfe aufrief.

Der geheime Münchener Allianzvertrag setzte außerdem in Ausführung früherer Bestimmungen die Höhe der Kontingente fest, welche die verbündeten Höfe im Kriegsfalle zu stellen hatten. Auf Frankreich trafen 100 000 Mann zu Fuß und 20 000 Reiter, auf Italien 24 000 bezw. 2000, auf Bayern 22 000 bezw. 3000 Mann. Das württembergische Hilfskorps war auf 9000 Mann Infanterie und 1500 Pferde, das badische auf 4500 Mann und 600 Pferde veranschlagt. Zugleich wurde vereinbart, daß den drei süddeutschen Höfen in dem Gebiete zwischen Inn und Rhein in den Territorien der übrigen Reichsstände das Recht der Rekrutierung ausschließlich zustehen sollte. Damit war ein bedeutsamer Schritt zur Mediatisierung der kleinen reichsfürstlichen Existenzen getan.

Gleichzeitig mit dem König von Bayern waren auch Friedrich von Württemberg und Karl Friedrich von Baden am 4. Januar brieflich in Napoleons Absichten eingeweiht worden. Auf Karl Friedrich lastete es wie ein schwerer Druck, „sich und seine Staaten von dem deutschen Vaterlande fast ganz trennen und dem weitfassenden Interesse eines übermächtigen fremden Staates hingeben zu müssen.“ Nur der Gedanke an eine alles lenkende Vorsehung und das Bewußtsein des unablässigen redlichsten Strebens, das Schicksal des Regenten, seiner Familie und Untertanen möglichst

zu erleichtern und zu verbessern, schrieb er an Reitzenstein, vermöge ihm einige Beruhigung zu gewähren. Bei der einmal eingeräumten Souveränität blieb ihm immer noch eine genaue Bestimmung seines künftigen Verhältnisses zum Deutschen Reiche wünschenswert. Bestand auch über die gänzliche Exemtion des Kurfürsten, seiner Familie, Untertanen und Staaten von der Reichsgerichtsbarkeit und den Reichsvikariatsgerechtsamen kein Zweifel mehr, so erstrebte er doch noch genauere Regelung mancher anderer Punkte, vor allem gänzliche Immunität von allen Reichssteuern, Bestimmungen über das Schicksal der schwäbischen Kreisverbindung, eine Instanz bei Streitigkeiten der drei souveränen Höfe und anderes. Reitzenstein, der am 13. Januar in München eingetroffen war, erhielt von Thiard die Versicherung, der Kaiser sei geneigt, dem badischen Hause eine weitere Vergrößerung auszumitteln. Als ihm am 15. Januar der Vertragsentwurf vorgelegt wurde, fand er denselben dem badischen Interesse durchaus angemessen. Auf seine Vorstellungen hin wurde nur durch Aufnahme des 1. und 2. Artikels der Brünner und Wiener Verträge in den Entwurf eine Handhabe eingeschoben, den württembergischen Übergriffen im oberen Fürstentum zu begegnen. Am 21. Januar unterzeichnete er den Vertrag, bei dessen Ratifikation in Karlsruhe am 3. Februar noch der ausdrückliche Vorbehalt eingefügt ward, daß aus dem ersten Artikel keine Entsagung auf diejenigen Dependenzen des oberen Fürstentumes, auf welche Österreich als Besitzer der Landgrafschaft Nellenburg u. s. w. Ansprüche gemacht habe, abzuleiten sei.

So fehlte nur noch der Beitritt Württembergs zu dem Bunde. König Friedrich hatte Freiherrn von Normann in München mit ausführlichen Instruktionen für die Grenzberichtigungen und über sein Militärwesen versehen, als dessen Grundlage er die Einkünfte und die Bevölkerung seiner Staaten annahm. Solange nicht ein einziger Fürst sich ausschließlich im Besitz des ganzen Rekrutierungsrechtes zwischen Rhein und Inn befand, schien es ihm unmöglich, die fremden Mächte hier auszuschließen; daraus leitete er die weitgehende Forderung ab, das Rekrutierungsrecht in

diesen Gebieten nach den Regeln der Konskription sollte ihm allein zustehen, wodurch zugleich auf indirekte Weise die Bevölkerung seiner Staaten vermehrt und die Erwartungen Napoleons von der Stärke des württembergischen Kontingentes leichter befriedigt werden konnten. Auf den Reichstagen bot nach Friedrichs Auffassung die Fortdauer des alten Systems den Nachteil, daß Napoleon und der König von Bayern die Mittel fanden, durch Stimmenmehrheit ihre Pläne auszuführen. Das Tribunal, das für die Mitglieder des Bundes in Paris errichtet werden sollte, mußte mit den Reichsgerichten in Widerspruch geraten, die noch immer fortbestanden, solange die Verfassung des Reiches nicht aufgehoben war. Die Sentenzen eines unter französischem Einfluß stehenden Gerichtshofes waren auch nicht so leicht zu umgehen als die einer Reichsbehörde. Aus allen diesen Gründen konnte sich Friedrich trotz des bayerischen und badischen Beispiels nicht entschließen, der Münchener Konvention beizutreten. Auch der bayerische Gesandte in Berlin fühlte die Nachteile der letzten Abmachungen und meinte, man werde sich sorgfältig hüten müssen, an die Entscheidungen des Pariser Schiedsgerichtes zu appellieren; Frankreich hätte es vermeiden sollen, seine Freunde durch ähnliche Bestimmungen an sich zu fesseln. Wenn Bayern in viel ohnmächtigerer Stellung, von 80000 Österreichern bedroht, einen so nachhaltigen Entschluß fassen konnte, wie es bei der Eröffnung des letzten Krieges der Fall war, so bedurfte es offenbar keines Vertrages zu einer ähnlichen Stellungnahme, wenn die Umstände eine solche erheischten. Es sei daher zu wünschen, daß der durch den Januarvertrag fühlbar gewordene Druck soviel als möglich abgeleugnet werde. Zu solcher Selbsttäuschung war nun einmal Friedrich von Württemberg nicht der Mann; da er ohnedies eine Parteinahme des Pariser Tribunals für Baden und Bayern befürchtete, war er nicht gewillt, seine Selbständigkeit gegenüber dem französischen Kaiser freiwillig einzuschränken. Seine Vorstellungen gegen den Vertrag machten so starken Eindruck auf Napoleon, daß er bat, dieselben zu redigieren und ihm ein modifiziertes Projekt vorzulegen.

Bis dahin mußte der Cäsar zu anderen Mitteln greifen, um seine Absichten durchzuführen. Darum wies er, innerlich unwillig über die Mißstände in Schwaben, am 21. Januar seinen Minister in München an, nach eingehender Beratung mit den Ministern der drei Südstaaten und reiflicher Prüfung der verschiedenen Verträge ein Dekret zu verfassen, das von dem Prinzip ausgehen sollte, Napoleon habe alles zu okkupieren, da er alle Eroberungen gemacht habe; der zweite Teil von Ottos rasch aber sorgfältig zu bearbeitender Denkschrift sollte von den Rechten des unmittelbaren Adels handeln. Die Instruktion für Otto bezeichnete die Vereinbarung fester Grenzlinien, Schlichtung aller Territorialstreitigkeiten, die Regelung des Rekrutierungswesens zwischen Inn und Rhein, Feststellung gemeinsamer Grundsätze für die Pensionierung der depossedierten Mitglieder der geistlichen und Ritterorden sowie Ersetzung der Reichs- durch Territorialposten als Hauptpunkte des Programms. Otto war, als ihm der Vorsitz bei den Münchener Konferenzen übertragen wurde, von der Notwendigkeit strenger Maßnahmen durchaus überzeugt, da die Verhältnisse täglich verwickelter wurden. Ein großer Teil der kleinen Fürsten und Grafen, die ihre Existenz bisher durch Proteste zu schützen versucht hatten, hatte bei dem französischen Minister um die wirksame Unterstützung des Kaisers nachgesucht, besonders seit der Verzicht Franz II. auf ganz Schwaben (im 15. Artikel des Preßburger Friedens) bekannt geworden war. Die meisten dieser Herren schienen geneigt, sich mit den neuen Souveränen gegen die Garantie ihrer Domänen in eine Kapitulation einzulassen, aber die Suzeränität Frankreichs wäre ihnen lieber gewesen als jeder andere Lehensverband oder selbst ein bundesstaatlicher Verein. Besonders der Ritterstand versprach sich für seine politische Existenz viel von der Verlegung seines korporativen Schwerpunktes nach Paris an Stelle von Wien und Regensburg; manche Direktorialmitglieder, die früher zum unmittelbaren Adel im Elsaß gehörten, versicherten, sie hätten beim deutschen Kaiser nie eine so wirksame Vertretung ihrer Interessen gefunden als bei Frankreich; sie wollten sich deshalb dem großen

Mann unterwerfen, der die Geschicke Europas leitete, und ihm Truppen stellen. Otto antwortete jedoch auf diese Zumutungen mit vagen Versicherungen; der Kaiser wünsche, daß die Interessen der einzelnen soviel wie möglich geschont würden. So sehr auch der Appell vieler deutscher Fürsten und Grafen an den Schutz seines Gebieters, „der Abschluß der wunderbaren Ereignisse der letzten vier Monate“, dem Ehrgeiz des Franzosen schmeichelte, so schienen ihm doch die bereits getroffenen Verfügungen mit einem solchen Arrangement unvereinbar; er zweifelte auch, ob eine Unterwerfung des Ritterstandes unter den französischen Hof wirklich den Einfluß des Kaisers in Deutschland vermehren könne. Die Konflikte, die bei einer solchen Wendung unausbleiblich gewesen wären, hätten das Vertrauen der größeren Höfe zu Frankreich erschüttert, ihr Augenmerk auf Wien und Petersburg gelenkt; so hätte der Preßburger Friede nur Unheil erzeugt, indem er die Feinde Frankreichs dessen Grenzen näherte. Aus allen diesen Gründen beschränkte sich Otto bis zum Beginne der Verhandlungen darauf, die Geister zu beruhigen und die reichsunmittelbaren Adeligen zur Unterwerfung unter die angrenzenden Regierungen aufzufordern, wobei ihm allerdings gewisse Modifikationen durch die Gerechtigkeit und das Interesse der Höfe selbst geboten erschienen. Denn in einem Lande, wo der dritte Stand nichts zu bedeuten hatte, wäre es unpolitisch gewesen, den Adel an den Bettelstab zu bringen und das Land aller Vorteile zu berauben, welche ihm begüterte Grundeigentümer spenden konnten.

Als Otto den Brief des Kaisers erhielt, vermutete er, daß Württemberg der Konvention beigetreten sei. Der württembergische und der badische Minister kannten dieselbe jedenfalls nicht; die Zurückhaltung und Sorglosigkeit dieser Leute erpreßte Otto die Klage, nie sei ein Allianzvertrag unter schlimmeren Auspizien geschlossen worden; wenn man sie hörte, sollte man meinen, es habe keinen Krieg und keinen Friedensschluß, keine Vergrößerung ihrer Souveräne, keine französische Armee in Deutschland und keinen Napoleon gegeben. Als die Weigerung des Württembergers, den

Vertrag zu unterzeichnen, endlich zu Anfang Februar in München bekannt wurde, fand man diesen Schritt ebenso unkonsequent wie seine Motive frivol. Die Einladung von Montgelas, man möge einen bevollmächtigten Minister nach München schicken, blieb in Stuttgart unbeantwortet, ebenso wie die Schreiben Ottos an Didelot und Massias. Von Bayern wurde zu dem Kongreß außer Montgelas der Komitialgesandte Freiherr von Rechberg delegiert; die badischen Bevollmächtigten, die am 6. Februar in München eintrafen, waren die geheimen Referendäre Hofer und Maler; von Stuttgart waren schon vorher der geheime Legationsrat von Wucherer und Freiherr von Bothmer, der Gesandte am bayerischen Hofe, zur Stelle; außerdem hatten sich Deputierte von Hohenlohe, Wertheim, Thurn und Taxis und einigen anderen Fürsten eingefunden. Montgelas hatte die Zeit bis zum Eintreffen der auswärtigen Vertreter benutzt, die Materialien vorzubereiten zur Fixierung der gegenseitigen Grenzen. Otto hatte zu seiner Mäßigung so unbedingtes Vertrauen, daß er ihm die Denkschriften der schwäbischen und fränkischen Herren, die Talleyrand mit ihren Beschwerden an ihn verwiesen hatte, zur Prüfung übergab. Hervorragende Dienste leistete auch der geheime Legationsrat Ringel, der als Bureauchef im Ministerium des Äußeren beinahe alle Redaktionen zu besorgen hatte. Durch seine täglichen Berichte an den König hatte er als leidenschaftlicher Anhänger Frankreichs Gelegenheit, diesen bei seinem System zu erhalten und jeden fremden Einfluß abzuwehren. Otto dachte zuerst daran, auf Talleyrands Anregung jedem der beiden Königreiche für seinen Einfluß und die Rekrutierung einen bestimmten Rayon anzuweisen, dessen Größe nach der Quote der im Kriegsfalle zu leistenden Truppenhilfe bemessen war. Das Los der Fürsten und Grafen, die sich in diesen Bezirken befanden, sollte ein vierfaches sein.

Die unabhängigen Reichsstände sollten ihre Landeshoheit behalten, aber im Kriegsfalle zwei Prozent ihrer Untertanen marschieren lassen und für den Unterhalt ihrer Truppen selbst aufkommen. Ihre Streitigkeiten sollten vor einem Austrägalgericht,

Staates bilden sollte. Der Kaiser hatte dann, ärgerlich über diesen Irrtum, in Karlsruhe, ohne Talleyrands Einspruch gelten zu lassen, ausdrücklich erklärt, daß ohne Rücksicht auf die im Frieden gezogene Linie vom Schlegelberg bis zum Mohlbach der für Württemberg bestimmte Teil einschließlich der Städte Villingen und Bräunlingen und der Herrschaft Triberg nicht über 17000 Seelen enthalten solle. Als nun der Staatsrat und Divisionsgeneral Clarke die Demarkationslinie nach der Ordre vom 20. Januar nach diesen Gesichtspunkten feststellte, weigerte sich Friedrich, der hier einen Zuwachs von 21—22000 Seelen erwartet hatte, unter Berufung auf den Preßburger Frieden, dieselbe anzuerkennen und sandte Wintzingerode nach Paris; er wollte sich höchstens dazu herbeilassen, daß die Bevölkerung von Triberg, nicht aber die der beiden genannten Städte von den 17000 Seelen abgezogen werde. Während man in Karlsruhe, durch diese Begünstigung ermutigt, nun auch den größten Teil der Grafschaft Bondorf für sich in Anspruch nahm, fand Friedrich in Didelot einen eifrigen Fürsprecher.

Der badisch-württembergische Konflikt und die Verschiedenheit der Instruktion zwang Otto zu Sonderverhandlungen mit den Badensern, welche, den Intentionen des Kaisers folgend, die Föderationsakte vom Januar ergänzen sollten. Er hoffte bald eine Verständigung über alle Punkte mit ihnen zu erzielen und einen Vertrag zu stande zu bringen, dem der König von Württemberg nach der Genehmigung Napoleons, um sich nicht zu isolieren, schließlich gleichfalls beitreten mußte. Die erste Konferenz mit den badischen und bayrischen Vertretern fand am 12. Februar statt, auf Wunsch von Montgelas in der Wohnung Ottos, um seiner Vermittlung einen feierlicheren Charakter zu verleihen. Der kaiserliche Minister ging bei der argwöhnischen Politik Friedrichs von der Fiktion aus, als ob seine Vertreter an den Beratungen teilnähmen und behandelte die Prätensionen des Stuttgarter Hofes ebenso unparteiisch wie die der anderen Souveräne. Ein aufdringlicher Zwang hätte Wintzingerode nur zu noch größerer Zurück-

haltung veranlaßt; sein Herr konnte bei ernsteren Konflikten unmöglich zu den Waffen oder zu einer anderen Autorität als Frankreich greifen. Da die Verhandlungen zwischen Baden und Bayern so glatt verliefen, daß Otto sich rühmte, nie sei eine so schwierige Materie so ruhig und gemäßigt behandelt worden, so konnte man, wenn Württemberg bei seinem Sträuben beharrte, die Bundesakte zunächst für diese beiden Höfe verbindlich machen und weiterhin die Schweiz, die dazu geneigt schien, und die wichtigsten Fürsten in Franken und am Rhein in das Bündnis aufnehmen; dann war Württemberg überall von Föderierten umgeben, und es blieb ihm nichts andres übrig, als sich zu fügen. Diese Erwägung mochte Friedrich veranlassen, daß er seit dem 13. Februar seinen Vertretern erlaubte, an den gemeinschaftlichen Beratungen teilzunehmen. Ihre Anwesenheit verlieh den Sitzungen sofort ein stürmisches Gepräge und hätte ohne die Selbstverleugnung des Vorsitzenden wiederholt zum Abbruch derselben geführt. „Der König will nicht, der König wird niemals zugeben, der König wird nicht hören," war der beständige Refrain ihrer Reden. Während die Beratungen mit Baden und Bayern in dem von Frankreich gewünschten Sinn emsig vorwärts schritten, suchten die Stuttgarter Herren eifrig auf der Karte alle Dependenzen von Altorf und Nellenburg auf. Solange man daher kein Mittel fand, Altorf an Bayern und Nellenburg an Baden zu geben, schienen die Streitigkeiten unaufhörlich; eine Demarkationslinie zwischen Bayern und Württemberg war verhältnismäßig leicht zu ziehen, aber Baden wollte für Nellenburg keine Opfer bringen und auf eine Verbindung mit seinen Besitzungen in Konstanz und Biberach nicht verzichten. Otto zog daher schließlich das Land des Fürsten von Fürstenberg zur Abrundung heran als Bindeglied zwischen Badens alten Besitzungen und Konstanz. Dagegen behauptete König Friedrich, beim Abschluß seines Allianztraktates sei ihm das Fürstentum versprochen worden und berief sich auf ein Sonderabkommen mit dem Kaiser, von dem Otto keine Kenntnis hatte. Er wollte nur in dem Falle nachgeben, wenn Frankreich in seinen Interessenkreis die Gebiete von

Hohenlohe, Leiningen, Erbach, Löwenstein-Wertheim einbezöge, das heißt, wenn ihm daselbst das Rekrutierungsrecht, die hohe Polizei und die Appellationsgerichtsbarkeit eingeräumt würde. Im Widerspruch mit dem Tagesbefehl vom 28. frimaire hatte er auch schon nicht nur die enklavierten, sondern auch die seinen Staaten benachbarten Territorien im Bereich der Fürsten von Leiningen und Hohenlohe besetzt. Otto fand die Reklamationen dieser Stände begründet und wünschte deshalb nicht nur die strittigen Punkte, sondern auch die Usurpationen Württembergs von französischen Soldaten besetzt zu sehen. Die bedrängten Fürsten und Grafen aber suchten sich unter das bayerische Banner zu flüchten; selbst die verwitwete Herzogin von Württemberg verhandelte aus Furcht vor der Gewalttätigkeit ihres Anverwandten mit Max Joseph. Schließlich sah Otto ein, daß es unmöglich sei, in einem von so verschiedenen Rechten, Ansprüchen, Gewohnheiten und Dynastien durchschnittenen Lande wie Schwaben Ordnung zu schaffen, ohne jede Erörterung abzuschneiden. Auch Berthier riet ihm, nachdem er die sich entgegenstehenden Forderungen vernommen, möge er einen allgemeinen Plan entwerfen. Fünf Wochen hatten täglich Beratungen stattgefunden, als der Gesandte endlich, am 15. März, seinem Hofe einen sehr liberalen Entwurf: „Projet de convention entre L. L. M. M. les rois de Bavière et de Wurttemberg et S. A. S. l'électeur de Bade“ einsenden konnte.

Der erste Artikel dieses Planes handelt in zwölf Paragraphen „von dem Stande der Besitzungen der drei Bundesgenossen“. Er teilt Schwaben in drei Teile durch zwei unregelmäßige Linien, von denen die eine vom oberrheinischen und die andere vom fränkischen Kreise ausgeht. Beide münden in geringer Entfernung in den Bodensee. Jeder der so entstehenden Streifen sollte einem der drei Verbündeten unterstellt werden, der mittlere Württemberg, der östliche Bayern, der westliche Baden. Die Gebiete der beiden letzteren, die sich in dem mittleren Streifen befanden, sollten an Württemberg übergehen, das auf seine Rechte in den anliegenden Distrikten verzichtete. Der schwäbische Kreis hörte auf zu existieren;

alle seine Befugnisse und die des Kreisdirektoriums, die gesetzgebende und ausübende Gewalt der vereinigten Stände von Schwaben sollten fortan von den drei neuen Direktoren ausgeübt werden, von jedem in seinem Distrikt, außer in den alle drei gleich interessierenden Punkten. Die Prinzen und Grafen des Reichs in diesen Gebieten behielten bis zu einem gewissen Grade ihre Souveränität; Paragraph 6 des ersten Artikels garantierte ihnen die völlige Souveränität und alle daraus fließenden Rechte. Artikel II, der in § 13—25 von den in den drei Arrondissements des schwäbischen Kreises enklavierten unmittelbaren Staaten handelt, behält ihnen das Recht vor, Gesetze für ihre Untertanen zu erlassen, deren Ausführung ihnen jedoch genommen wurde. Die oberste Gerichtsbarkeit und die oberste Polizei in ihren Staaten fiel den Direktoren zu; auch die persönliche Immunität kam den kleinen Fürsten abhanden. Sie wurden in Zivil- und Kriminalfällen der Jurisdiktion des Kondirektors unterworfen, doch sollten sie nur einem aus Standesgenossen zusammengesetzten Gerichtshofe verantwortlich sein, den der Direktor berief und dem dessen Kanzler präsidierte. Sie heben Truppen aus, die sie dem Kondirektor zur Verfügung stellen, ein einfaches Kontingent im Frieden, ein doppeltes im Krieg. Von den Steuern, die sie eintreiben, fließt eine bestimmte Quote in die Kasse des Direktors. Sie behalten Stimmrecht auf dem Reichstag, aber die Grafen, die nur ein Kollektivvotum haben, können sich zu einer Meinungsäußerung nur auf dem Wege schriftlicher Übereinstimmung konzertieren, ohne sich zu versammeln. Der dritte Artikel, § 26—49 umfassend, beschäftigt sich mit den Gütern des Deutschen Ordens und der Reichsritterschaft. Die unmittelbaren Besitzungen dieser Kategorien in jedem Distrikt werden der Souveränität des Direktors unterstellt, die mittelbaren der Souveränität desjenigen Herren, der bisher ihr Suzerän war. Ihnen stehen auch ferner alle Herrenrechte zu wie die niedere Gerichtsbarkeit, die Forstrechte, das Jagdrecht, Fischereirecht, Patronatsrecht für die Ernennung zu kirchlichen Benefizien. Sie sind für sich und ihre Güter von Steuern exemt auf ewige

Zeit, und wenn sie diese Güter innerhalb zwanzig Jahren verkaufen, sollte die Übertragungsgebühr (droit de mutation) wegfallen. Bemerkungen über die Posten, die Zahlung der Schulden sowohl des schwäbischen Kreises wie der Ritterkantone, die Pensionen an die depossedierten Ritter, Prälaten und Zivilbediensteten der Ritterschaft und einige andere Verfügungen ergänzen den Plan.

Ottos nächstes Ziel bei der Abfassung seines Projektes war, dem Geiste der von Talleyrand vorgeschlagenen Bundesakte zu folgen und die drei Souveräne durch ein neues Staatsrecht zu verbinden, das ihnen die Macht nahm, sich wieder fester an den deutschen Reichskörper anzuschließen. Da er das große Ansehen kannte, dessen sich die höhere Aristokratie in Deutschland erfreute, glaubte er, den schwäbischen Adel in das französische System ziehen zu müssen, indem er seine Existenz dem unmittelbaren Einfluß der Höfe und ihrer Untergebenen gegenüber sicherte; seit der Unterdrückung der Kapitel und der Privilegien des Ritterstandes war ohnehin vorauszusehen, daß dieses Dasein nicht mehr lange dauern werde. Bis dahin sollten sich die kleinen Herren gewöhnen, in Paris die Stütze zu sehen, die sie einige Jahre vorher vergeblich bei dem Wiener Hofe gesucht hatten; dann war Napoleon durch seine Kraftäußerung in diesem Teile Deutschlands tatsächlich Kaiser. Das wichtigste Motiv für Otto war aber die Absicht, dem Räuberunwesen Einhalt zu gebieten, wie es Deutschland seit dem Bauernkrieg nicht mehr gesehen hatte. In dem Zustand der Anarchie gab es im ganzen Süden keine andere Autorität mehr als die Napoleons, und wenn einige Rechtsgelehrte sich einfallen ließen, Vorstellungen nach Regensburg zu schicken, wurden sie von ihren Auftraggebern selbst förmlich verleugnet. Die Bevollmächtigten der drei Höfe und die Stimmführer der Kleineren hatten sich selbst um die Vermittelung Ottos beworben, ohne die es zum Bürgerkrieg hätte kommen müssen; in einer besonderen Note suchte sie darum der Minister zu überzeugen, daß die Erörterung von Detailfragen kein bestimmtes Resultat erhoffen ließ. Erst nachdem die Demarkationslinien im einzelnen gezogen und der Besitzstand im

großen und ganzen geregelt war, konnte man an eine Abschätzung der verschiedenen Lose herantreten. Den Höfen, die sich übervorteilt glaubten, gab der Vermittler zu bedenken, daß sich durch die späteren Verhandlungen ein Ausgleich erzielen lasse. Drei Gebiete waren es vor allem, die auf diese Weise zerstückelt werden konnten, die Territorien von Ulm, Konstanz und Biberach. Die Ruhe des deutschen Südens schien nicht zu teuer erkauft mit der Aufopferung einiger Millionen Gulden. Im einzelnen machte sich Otto besonders auf Widerspruch gefaßt wegen seiner Bestimmungen über das droit d'épave. Nach dieser dem französischen Lehenrecht entnommenen Befugnis, wonach dem Landesherrn das fiskalische Okkupationsrecht über alles herrenlose Gut im vollen Umfang seines Gebietes zustand, hatte der Wiener Hof einen großen Teil der wohltätigen Bestimmungen des Reichsdeputationsschlusses illusorisch gemacht. Solange sie mit diesem Rechtsmittel bekämpft wurden, hatten die Verbündeten darin eine Usurpation der Wiener Hofburg erblickt; ein allgemeiner Schrei der Entrüstung hatte sich gegen eine Verletzung erhoben, die mit den Grund zum letzten Kriege bildete. Wenn nun durch den Preßburger Frieden die Rechte und Vorrechte, wie sie der Kaiser von Deutschland früher in Schwaben besaß, an die neuen Souveräne übergingen, konnte damit eine rabulistische Anmaßung nicht gemeint sein, welche die Verwunderung Europas hervorrief, die immer bestritten war und die der Wiener Hof selbst als solche anerkannt hatte, indem er trotz des Vorgehens seiner Agenten in Schwaben den schwächsten Ständen Entschädigungen einräumte. Die Erhaltung der enklavierten reichsunmittelbaren Stände, die mit Angst ihr Schicksal erwarteten, suchte Otto zu rechtfertigen, indem er an die Großmut der drei Höfe appellierte. Der Kaiser wollte diese Stände in ihrem Recht und Eigentum nicht antasten, sondern sie, in Bezug auf Aushebung und hohe Polizei, gegenüber den Souveränen in derselben Abhängigkeit erhalten, in der sie sich vor dem schwäbischen Kreise befunden hatten. Die Glieder des unmittelbaren Adels befanden sich noch in viel ungünstigerer Lage als die Fürsten und Grafen;

aber sie besaßen, wie alle Grundeigentümer, gewisse Rechte, die man ihnen billiger Weise nicht entreißen konnte. Was die aufgeklärte Politik schon immer wünschte, wurde von dem Imperator ausgeführt, indem er die Reichsritterschaft der Souveränität der Fürsten unterwarf. Solange dieselbe sich um das Wohlwollen ihrer neuen Herren bewarb, war es Pflicht der Gerechtigkeit, der schwer heimgesuchten Klasse den Rest ihrer Privilegien zu belassen; wenn sie ihre Pflichten vergaß, konnten die Souveräne noch weiter gehen.

Die Billigkeit von Ottos Darlegungen wurde von den Verbündeten insofern anerkannt, als der bayerische Hof mit einigen Modifikationen in Betreff der Demarkationslinie gegen Württemberg sich zur Annahme des Projektes bereit erklärte, und auch die badischen Bevollmächtigten unter gewissen Vorbehalten, die sie dem französischen Minister am 26. März überreichten, mit dem Plane einverstanden waren. Dagegen gab der württembergische Legationsrat von Wucherer am 14. April die Erklärung ab, sein Hof könne das Projekt durchaus nicht annehmen und halte sich durch diesen Vermittlungsvorschlag Baden gegenüber an Volkszahl und Einkünften für um über die Hälfte geschädigt. Während die weiteren Verhandlungen zwischen Baden und Württemberg in München, bei denen man den ursprünglichen Haupttausch- und Akkommodationsplan gänzlich beiseite ließ und sich nur auf die Ausgleichung einzelner Punkte beschränkte, zu keinem Ziele führten, kam zwischen den Vertretern der beiden Königreiche am 3. Juni ein Grenzvertrag zustande, in dem man zur Vereinfachung der Streitigkeiten zwei Gesichtspunkte aufstellte. Auf dem rechten Donauufer sollte der Lauf zweier kleiner Flüßchen, der Riß und der Schüssen, die beiderseitigen Ansprüche scheiden; für das linke Donauufer sollte als Grundsatz gelten, daß jeder Hof die ihm zunächstliegenden Orte mit seinem Gebiet vereinigen könne. Otto sah aus dieser Übereinkunft, daß man nunmehr in Stuttgart seinem Plane zustimmte, und daß man viel Zeit und Tinte hätte sparen können, wenn Friedrich sich gleich zur Nachgiebigkeit entschlossen hätte.

Nur der französischen Vermittlung, die doch beide Kontrahenten in schwierigen Fällen prinzipiell anerkannten, geschah in dem Vertrag keine Erwähnung, da der württembergische Herrscher an einer ähnlichen Klausel in dem Otto'schen Entwurf Anstoß genommen hatte. Als die Konvention zwischen Württemberg und Bayern unterzeichnet wurde, war der Otto'sche Plan in Paris bereits verworfen; sollte das einzige Resultat der Münchener Konferenzen, eben das Separatabkommen zwischen den beiden Monarchen, Bestand haben, so mußte es in Paris zur Anerkennung gebracht werden.

Zehntes Kapitel.

Die grossen Mächte und die kleinen Staaten.

> Vielleicht gibt es in der ganzen Weltgeschichte keine drei Momente, die so wichtig waren als es der gegenwärtige ist; doch sind die größten und gepriesensten Völker nicht immer die glücklichsten.
>
> Aus einem Journal des linken Rheinufers.

„Es ist unmöglich, zu leugnen, daß die großen Ereignisse, von denen wir soeben überrascht wurden, eine gänzliche Veränderung in dem politischen System von Europa herbeiführen müssen", schreibt der bayerische Geschäftsträger in Petersburg am 27. Dezember 1805. Preußen und Rußland schienen ihm mit dem Entwurf der Grundlinien zu einer nordischen Allianz beschäftigt, die das Gleichgewicht zwischen dem südlichen und dem nördlichen Europa herstellen sollte, da Österreich politisch als Null anzusehen war. In der Tat begannen damals die persönlichen Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm in wirklich fruchtbarer Wechselwirkung sich zu durchdringen. Der von Natur friedliebende Zar hatte auf dem Schlachtfelde die Greuel des Krieges kennen gelernt; die Armee, die er nach Korfu gesandt hatte, um in Italien zu operieren, hatte dem edelmütigen Herrscher, der nur für 100000 Soldaten Subsidien bezog, während er 300000 ins Feld stellte, mehr gekostet als alle seine anderen Streitkräfte. Sein Finanzminister und alle großen russischen Familien waren dem Kriege abgeneigt, gegen die bedeutenden Eigenschaften des französischen Kaisers war auch der Zar nicht blind. Was ihn vor allem beunruhigte, waren die

Pläne Frankreichs gegen Polen und die Türkei, die Besorgnis, durch eine Verständigung Preußens mit Frankreich völlig isoliert zu werden. Darum wurden Ukasse bereit gehalten zu neuen Aushebungen, und russische Kommissäre kauften in der Walachei und Moldau das Getreide auf; darum war man in Petersburg entschlossen, Preußen zu unterstützen, wenn es zum Kriege mit Napoleon kam. Aber das Mißtrauen Alexanders schwand erst, als der Herzog von Braunschweig, der selbst in der Annexion Hannovers einen Vorteil für sein Haus sah, der Allianz zwischen den Kabinetten von Berlin und Paris eine beruhigende Auslegung gab. Während man sich am preußischen Hofe bemühte, die Leidenschaft des Selbstherrschers aller Reußen zu zügeln und dem Einfluß seiner nächsten Umgebung einen Damm entgegenzusetzen, führte Prinz Czartoryski die Klage, man arbeite auf diese Weise der Universalmonarchie Bonapartes vor.

Niemand war den starken Affekten des russischen Kaisers, in dessen Seele die widersprechendsten Leidenschaften in buntem Wechsel auf- und niederwogten, mehr preisgegeben als die neuen Bundesgenossen Napoleons. Dem württembergischen Grafen Truchseß war nach der Schlacht von Austerlitz der Befehl nachgeschickt worden, seine Reise an den Zarenhof zu unterbrechen. Auf die Kunde von dem Abschluß des Brünner Vertrags schrieb König Friedrich der Zarin, der bald zu erwartende Friede werde sie in Stand setzen, ihm neue Beweise ihrer kostbaren Freundschaft zu geben; aber dem Baron Steube wurden auf der Durchreise nach Petersburg, wo er die Annahme der Königswürde bekannt machen sollte, in Berlin von dem russischen Botschafter Alopäus die erbetenen Reisepässe verweigert. In Königsberg erhielt er ein Schreiben Czartoryskis, der Zar bedaure, seine Mission nicht gutheißen zu können, nachdem die württembergischen Truppen gegen ihn im Felde standen. Maria Feodorowna teilte ihrem Bruder mit, er berufe sich auf die Bande des Blutes, die sie vereinten; aber nachdem seine Truppen mit den russischen gekämpft, sei es für seine Schwester, die zugleich die Mutter und die Witwe eines

russischen Kaisers sei, eine heilige Pflicht, ihre Gefühle und Handlungen nach diesen teuren und kostbaren Titeln einzurichten; sie könne also nicht um einen guten Empfang für Steube bitten. So mußte der Baron unverrichteter Dinge nach Stuttgart zurückkehren, und das Einvernehmen zwischen Friedrich und Alexander blieb bis zu dem Kongreß in Erfurt im September 1808 gestört.

Vor der Rückkehr von Czartoryski und Nowossilzow nach Petersburg hatte Alexander vor dem preußischen Gesandten Goltz im Gespräch über Bayern die Gebote der Mäßigung und Weisheit nicht außer acht gelassen. Bald aber stieg die Erbitterung gegen den Münchener Hof auf das höchste; man denunzierte Max Joseph als Vasallen Frankreichs. Und doch hatte dieser, meint Bray, bewiesen, daß er den Fesseln einer angeblichen Vasallität zu entgehen wisse, wenn man dieselben allzu drückend gestalte; „eine schwächere Macht befindet sich immer in einer Art Vasallität der vorherrschenden Macht gegenüber, mit der sie sich vereinigt; aber Bayern kann sich, zwischen Österreich und Frankreich gestellt, immer der einen oder anderen Partei anschließen, je nachdem seine Interessen es fordern.“ Es war dieselbe Politik, wie wenn Hardenberg seinem Staate zwischen den beiden Kolossen, Frankreich und Rußland, Stärke genug wünschte, um sich in ihrer Mitte mit Sicherheit zu bewegen und im Notfalle die Hilfe des einen gegen den anderen anzurufen. Die Umgebung Alexanders forderte sogar die Zurückberufung des bayerischen Geschäftsträgers, aber der Zar begnügte sich, denselben bei Hofe nicht mehr zu empfangen. So wichtig es auch war, allmählich das alte Freundschaftsverhältnis mit Rußland wiederherzustellen, so schien doch eine Übereilung dem bayerischen Interesse nur schädlich. Wenn irgendwo, mußte hier die Zeit die Wunden heilen, die sie geschlagen hatte; aber dies abzuwarten, fehlte es den fürstlichen Frauen an beiden Höfen an Geduld. Die Kaiserin fühlte sich über die französische Heirat in München und die Verlobung in Karlsruhe äußerst unglücklich; sie schrieb daher an die Königin Karoline, es könne keine Beziehungen mehr zwischen ihnen geben; dieser Brief sei der letzte, den sie an

ihre Verwandte richten könne. Max Joseph nahm diese Gereiztheit aber nicht sehr tragisch und hoffte insbesondere, die Markgräfin von Baden, welche auf ihre Töchter den größten Einfluß ausübte, ließe sich leicht gewinnen. Sein eigener Sohn war nun freilich seit 1799 der Großfürstin Katharina zur Ehe versprochen, und diese Verbindung konnte jetzt politisch die schlimmsten Folgen haben. Als der Prinz Czartoryski hierüber dem Geschäftsträger Olry eine bestimmte Erklärung gab, wurde daher Gravenreuth beauftragt, den Kronprinzen zu überzeugen, daß die zum besten seines Vaterlandes nötig gewordene enge Verbindung mit Frankreich eine ihm schmerzliche Wendung dieser Angelegenheit herbeiführen mußte. Man betrachtete die Sache in Petersburg zwar noch nicht als abgebrochen, wenn der Münchener Hof darauf von neuem zurückgekommen wäre; aber man entschloß sich in der bayerischen Residenz, über eine Verbindung, die man immer als von den Umständen und der allgemeinen Lage abhängig betrachtet hatte, eine unbestimmte Antwort zu geben. „Frankreich ist in diesem Augenblicke unser bester Bundesgenosse und unsere sicherste Stütze, schrieb damals Montgelas; alles das kann und muß sich ändern, weil nichts beständig ist in der Welt. Aber es könnte sehr große Nachteile, vielleicht eine augenscheinliche Gefahr mit sich bringen, wenn man nur durchblicken ließe, daß man schon fest auf den Augenblick wartet, wo man unbotmäßig sein kann. Unser Haus wäre dann von denen verlassen, die ihm zwar zu einigen Klagen Anlaß geben, aber gleichwohl ihm große Dienste geleistet haben, und die anderen sind noch zu nichts weniger als zu unserem Empfang bereit." Kronprinz Ludwig, der mit großem Eifer zu der russischen Heirat hinneigte, die ihm Baron Posch als Bürgschaft für das Glück seines Lebens und den Glanz seines Hauses empfahl, erzählte in Paris selbst Napoleon, seine Verlobung finde in Petersburg Schwierigkeiten, aber nach den Briefen der Prinzessin Amalie könne alles gut werden. Der Kaiser antwortete darauf, es wäre an den Russen, das Band wieder anzuknüpfen; es gebe in Europa keine bessere Partie als den Kronprinzen von Bayern

und es wäre dieses Fürsten nicht würdig, Schritte zu tun, um zu dieser Heirat zu kommen. Ludwig scheint sich, von Gravenreuth belehrt, diese Anschauung zu eigen gemacht zu haben; er billigte die Antwort seines Vaters an Rußland und beteuerte dem Baron, in der Politik werde er nie ein anderes System haben als dasjenige seines Vaters. Damit wäre die Sache erledigt gewesen, wenn nicht die Intrigen Poschs noch zu einem üblen Nachspiel geführt hätten.

Von größerem Interesse für die süddeutschen Alliierten, besonders für Bayern, war das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich. Nach dem Eintreffen des Grafen Haugwitz mit dem Schönbrunner Vertrag suchte man in Berlin diesem Abkommen eine andere Form zu geben. Man beschloß in Paris durch Haugwitz das Ansinnen zu stellen, daß Hannover erst mit dem Friedensschluß mit England nach der Einwilligung König Georgs definitiv besetzt werde und daß Bayern Ansbach gleichfalls erst zu dieser Zeit erhalten solle. Es war natürlich, daß man auf diese Verhandlungen in München sein besonderes Augenmerk richtete. Der bayerische Gesandte Graf Bray sah sich schon seit dem Ausbruch des letzten Krieges am preußischen Hofe in der unangenehmsten Stellung. Alle seine alten Beziehungen hatte er verloren, alle seine Freunde waren von ihm abgefallen. Die Animosität gegen Bayern, die besonders von den Frauen und den Parteigängern Englands eifrig gepflegt wurde, war nur durch die Erbitterung gegen den König von Württemberg noch übertroffen, der sich durch sein brüskes Auftreten überall Feinde gemacht hatte. Während Haugwitz die bayerische Königswürde sofort anerkannt hatte, fragte man sich in Berlin, ob es angehe, daß der Kurfürst von Sachsen dem König von Württemberg den Vorrang einräume. Das Verhalten des Prinzen Eugen von Württemberg schien dem französischen Gesandten am preußischen Hofe so ungeeignet, daß er ihm durch den General Mylius sagen ließ, er werde auf seine Briefe nicht mehr antworten und seine Besuche nicht mehr empfangen, um sich nicht zu kompromittieren. Dagegen suchte Bray, von der Not=

wendigkeit eines Einverständnisses zwischen Bayern und Preußen überzeugt, die Gemüter auf eine förmliche Allianz zwischen den beiden deutschen Staaten vorzubereiten. Er billigte durchaus die Reserven des preußischen Vertrags, welche Lombard ihm vertraulich mitgeteilt hatte, und meinte nur, daß Preußen für die in der Zwischenzeit entfallenden Einnahmen seinen Hof entschädigen solle. Zu Haugwitz hatte Max Joseph persönlich besonderes Vertrauen wegen mancher während der letzten Krisis empfangener Dienste; Baron Cetto hatte daher in Paris mit ihm als dem Minister einer befreundeten Macht zu verkehren. Wie erstaunt war man daher in München, als Haugwitz plötzlich erklärte, der König gedenke Ansbach wo möglich ganz zu behalten und für das Herzogtum Berg eine gleichwertige oder noch beträchtlichere Abrundung anzubieten. Lucchesini sprach von dem Projekt, Baden am Niederrhein unterzubringen, dessen Besitz an Württemberg zu geben und Bayern in Schwaben zu entschädigen. Cetto, der zu solchen Verhandlungen nicht ermächtigt war, wollte diese Frage zwischen Preußen und Frankreich ausgetragen sehen; die Aufgabe seines Gebieters schien ihm zu sein, möglichste Harmonie zwischen beiden Staaten zu stiften. Wenn der preußische König ein Opfer bringe, meinte er, so geschehe es für einen Fürsten, dessen Interessen von Haus aus von denen Friedrich Wilhelms unzertrennlich seien; die Vorteile, welche Preußen Bayern zuwende, seien gemeinsam. Da die Abneigung des Berliner Kabinettes gegen eine Vergrößerung Bayerns aus der Anschauung zu entspringen schien, daß man hier nur mehr ein Werkzeug Napoleons vor sich habe, betonte Cetto, je größer sein Vaterland gemacht werde, desto unabhängiger sei es; solange die beiden Höfe nur gesunde Politik trieben, könne der südliche nie zum Nachteil des nördlichen verwendet werden: „Man muß sich überzeugen, daß wir in Wahrheit zwar in erster Linie Bayern sind, aber daß wir auch nicht aufhören, Deutsche zu sein, daß die deutschen Interessen in uns immer ebenso eifrige Vorkämpfer finden werden, wie in den anderen Teilen des Reiches.“ Talleyrand schnitt übrigens diese Erörterungen damit ab, bei

längerem Zögern werde Frankreich die Verhältnisse vom September 1805 wiederherstellen und König Friedrich von Württemberg beteuerte, von den preußischen Umtrieben in Kenntnis gesetzt, die schönste Krone werde ihn nie veranlassen, die alten Besitzungen seiner Familie preiszugeben, von denen ihn nur der Tod trennen könne. Als Lucchesini mit einem neuen, nur noch härteren Vertrag nach Berlin zurückkehrte, hatte man durch Abrüstung hier sich die Möglichkeit genommen, Napoleon länger zu trotzen. Was nützte es, wenn Rüchel und Kalkreuth auf die preußische Armee pochten, — der letztere wurde Kommandant des Regiments Ansbach, das auf seine Veranlassung der Königin verliehen wurde — wenn Hardenberg es als eine Schande empfand, daß man für ein ruiniertes Land, auf das man zweifelhaften Anspruch hatte, sich unumstrittenen Besitztums entäußerte? Lombard verteidigte sich mit Festigkeit gegen jeden Verdacht, indem er den Krieg lieber den inneren Feinden erklärt wissen wollte, die Preußens Vergrößerung verhinderten als denen, die es stärken wollten. Lucchesini, der durch seine erfolgreiche Reise nach Berlin seinen verlorenen Kredit in Paris festigte, nannte es eine Träumerei, wenn man sich einbilde, ein Land wie Hannover zu gewinnen, ohne daß man bei irgend jemand Anstoß errege; eine Vermehrung der preußischen Macht könne Rußland zum Widerstand gegen Frankreich nur willkommen sein; eher müsse man sich wundern, daß Frankreich selbst zu einer solchen beitrage. Auch Hardenberg erkannte, daß es ein Fehler war, sich von der französischen Allianz zu entfernen; eine sofortige Ratifikation des Schönbrunner Vertrags hätte nur größere Vorteile gebracht, eine Ablehnung war jetzt unmöglich. Während vorher Hardenbergs Beziehungen zu Laforest getrübt waren, während Napoleon nach München melden ließ, er könne kein Vertrauen mehr zu ihm haben und den preußischen Staatsmann mit so grimmigem Hasse verfolgte, daß er sogar seine Unterschrift bei der Ratifikation vermieden wissen wollte, war Bray, der sich in diesen Tagen sehr vorsichtig zurückhielt, mit der Haltung des Ministers nunmehr sehr zufrieden. Aus seinem Munde erfuhr

der Gesandte, wie schwer es dem König fiel, sich von seinen treuen Untertanen zu trennen. „Ist es möglich, rief der Monarch in seinem tiefen Schmerz, daß mein Freund, der König von Bayern, den ich immer geliebt habe, und dem ich so viele Dienste erwiesen habe, mich meines Erbteils und der Wiege meines Hauses beraubt?" Bray erwiderte darauf, die Erregung des Königs sei zwar höchst ehrenwert, aber von einer Beraubung könne doch nicht die Rede sein; es sei schwer in solchen Fällen, nicht gewisse Neigungen zu verletzen; aber auch der preußische Monarch nehme dem König von England sein altes Erbteil, die Wiege seines Hauses und die Gesamtheit seines deutschen Besitzes. „Sie sprechen von der Wiege des Hauses Brandenburg, schloß er, sie gestehen, daß es heute groß genug ist, um sie entbehren zu können." Hardenberg erwiderte, es tue dem König ebenso leid, daß er einen befreundeten Fürsten seiner Staaten berauben müsse, und alle diese Veränderungen widerstrebten seiner Moralität. Bray antwortete darauf mit dem guten Rat, der König möge sich wenigstens nicht merken lassen, daß er nur gezwungen vollbringe, was geschehe. Die Moralität der Einzelwesen sei sehr verschieden von derjenigen, welche man von einer Macht erwarten könne. Die Hannoveraner könnten unter preußischem Szepter sehr glücklich werden; dabei ließen sich Ungerechtigkeiten gegen einzelne Personen vermeiden, die allein einen Freund der Humanität verletzen könnten. Der König befindet sich durch solche Einmischung der Tugenden eines Privatmannes in die großen Operationen, die nur dem Staatsmann gehören, oft im Widerspruch mit seinen eigenen Interessen, schließt der bayerische Gesandte seinen Bericht, und zwingt seine treuesten Diener, sich über seine Rechtschaffenheit zu beklagen.

Die Konvention vom 15. Dezember bezw. 15. Februar 1805, die Preußen bald zum völligen Bruch mit England trieb, während man in Paris nichts versäumte, gleichzeitig den Ausbruch des offenen Krieges mit Schweden zu beschleunigen, ist zugleich dadurch merkwürdig, daß sie der Königin Luise zum erstenmal Gelegenheit gab, sich in Geschäfte zu mischen; sie hatte dazu nicht gerade den

glücklichsten Zeitpunkt gewählt. Hardenberg erhielt nun den Auftrag, sie mit der geschehenen Wendung zu versöhnen; er stellte ihr vor, die Union mit Frankreich sei geschlossen und ihr Gemahl habe sich einem System zugewandt, welches der Monarchie die größten Vorteile verschaffe. Luise vergoß darüber viele Tränen, der Verlust von Ansbach beschäftigte sie noch lange und Bayern schien in Berlin für geraume Zeit auf kein besonderes Entgegenkommen sich gefaßt machen zu dürfen. Und doch hätte Montgelas über das Schicksal Deutschlands niemand lieber ein kräftiges Wort sprechen hören als Preußen; auch Haugwitz meinte vor Talleyrand, Cetto und Kronprinz Ludwig, um Deutschland diejenige Form zu geben, welche dem Interesse von Frankreich, Preußen und Bayern entspräche, müsse man den Augenblick benützen, wo der Wiener Hof zu schwach sei, dies zu verhindern; er befürwortete sogar eine förmliche Allianz zwischen den beiden deutschen Staaten nach dem Muster der preußisch-französischen. Leider war er nach seiner Rückkehr von Paris, auf „akademische" Erörterungen mit Laforest beschränkt, auf das Vertrauen von Lombard angewiesen und durch den kompromittierenden Verkehr mit Bayern, Württembergern und den „Häretikern" bloßgestellt, zu ohnmächtig, diese Idee zu verwirklichen. Die franzosenfeindliche Haltung eines Teils des Hofes und des Publikums ließ ihn nicht aufkommen, und als die Abtretung von Ansbach endlich in Berlin zugestanden war, bot die Realisierung dieser Zession zu neuen Mißhelligkeiten Anlaß.

Friedrich Wilhelm hätte gewünscht, daß Max Joseph sich möglichst willfährig zeige bei diesem Akt und jeden Zwist vermeide, der das Opfer noch schwerer machen könnte; insbesondere hoffte man in Berlin, sich bayerischen Kommissären gegenüberzusehen, die natürlich den stärkeren gegenüber im Nachteil geblieben wären. Da aber Hannover an Preußen auch nicht durch englische Beamte überwiesen wurde, war der Weg, den Napoleon einschlug, ganz einwandfrei. Am 23. Februar ließ er das Land durch Bernadotte besetzen, ein Schritt, der in Ansbach nicht minder Aufsehen erregte als am preußischen Hofe. Hardenberg redete

davon mit Tränen in den Augen. „Man wird das Gefühl, das mich zum Sprechen zwingt, nicht verkennen, sagte er zu Bray. Diese Provinz gehört Ihnen; es ist Ihr Eigentum, das man verzehrt; aber das Los dieser unglücklichen Untertanen, die so ungerecht leiden und wahrscheinlich um meinetwillen, zerreißt mir das Herz." Die Einwohner hatten Denkschriften an ihren bisherigen Landesherrn geschickt, um nicht mit Bayern vereinigt zu werden; der König gab ihnen darauf zwar eine ausweichende Antwort, aber der Generalinspekteur der preußischen Truppen Fürst Hohenlohe hatte nach seiner Rückkehr von Berlin erklärt, das Gebiet werde preußisch bleiben. Die Ernennung Naglers zum preußischen Kommissär, der dem bayerischen Hof zur Zeit des Durchmarsches von Bernadotte nicht eben freundlich entgegengekommen war, gab neuen Zündstoff. Nicht nur die Wiedererstattung einer Summe, die früher Bayern für gewisse Zwecke vorgeschossen worden war, fand das preußische Kabinett jetzt für billig, es verweigerte auch die Herausgabe aller Erwerbungen, welche der König in Franken gemacht und der ehemaligen Provinz Ansbach eingegliedert hatte.

Die historische Gerechtigkeit erfordert, hier wenigstens kurz der Idee einer neuen Organisation des Deutschen Reiches zu gedenken, wie sie in den Tagen des niedergehenden Ansehens des alten Hohenzollernstaates der geistvollste und kenntnisreichste preußische Staatsmann zu Papier brachte; ich meine Hardenbergs Denkschrift vom 5. Februar. Er sah richtig voraus, daß nach der bekannten Bestimmung des Preßburger Friedens auch die übrigen, dort nicht begünstigten Fürsten danach streben würden, die Souveränität zu erlangen; für diesen Fall wollte er wenigstens eine Ordnung aufgerichtet sehen, welche die völlige Auflösung Deutschlands verhinderte. Er dachte sich das Reich in sechs Kreise und drei Konföderationen geteilt; eine unter Österreich, die südwestliche unter Bayern, die nördliche unter Preußen. Die drei Häupter dieser Konföderationen, Österreich, Preußen, Bayern, würden ein Kollegium im Reiche bilden, die Kurfürsten ein zweites,

die Fürsten ein drittes. Ein gemeinsames Handeln zur Verteidigung schien ihm durch diese Gruppierung so wenig ausgeschlossen, als das Bestehen der einzelnen Landesverfassungen durch die neue Souveränität. Die Idee war vortrefflich; statt aber die im Süden gebotene Bruderhand zu ergreifen und vor allem Bayern für die Erhaltung der Überbleibsel einer deutschen Verfassung zu interessieren, richtete man im März eine Einladung zu dieser Föderation an Hessen. Kurfürst Wilhelm, dessen Beziehungen zu Frankreich damals völlig ruhten, hatte sich am 15. Dezember selbst nach Berlin begeben und eine Konvention mit Preußen gewünscht, die ihm die Güter des deutschen Ordens in seinen Landen, der Reichsritterschaft in der Wetterau, in den Kantonen Röhn und Werra und andere Vorteile gebracht hätte. Aber Hardenberg konnte keine bestimmte Zusage geben, bis die Verhältnisse im Süden sich geklärt hätten. Die Verhandlungen, auf Grund des Hardenbergischen Entwurfes, wurden dann erst wieder lebhafter, als das Geschick Deutschlands in Paris bereits entschieden war. Auch mit den kleineren Fürsten und Grafen ließ sich Wittgenstein in Unterhandlungen ein; er glaubte seine Agenten zum Verkauf der Herrschaft Wittgenstein bereden zu können; ein Fürst von Solms war bereit, dieser Entschließung beizutreten. Graf Leiningen-Westerburg hatte im Februar die Abtei Ilbenstadt an Hessen verkauft; andere gedachten sich der Suzeränität Wilhelms zu unterwerfen; aber der Kurfürst wollte hier nur mehr im Einvernehmen mit Napoleon vorgehen, während sein Minister Waitz Sachsen für seine Pläne zu interessieren hoffte. Im Sommer stellte Wittgenstein den Grafen Solms-Laubach und Rödelheim die Ungewißheit ihrer Lage vor und empfahl ihnen, dem Kurfürsten in ihren Besitzungen die Rekrutierung zu gestatten in der Höhe, in welcher sie sonst in Reichskriegen ein Kontingent zu liefern hatten; dafür mußte Wilhelm ihren Schutz und die Garantie ihrer Staaten übernehmen. Graf Solms-Laubach hielt jedoch an dem Grundsatz seines Hauses fest, ohne Zustimmung Frankreichs keine Verpflichtung einzugehen. Noch mehr ins einzelne gingen die Vorschläge, die der preußische

Gesandte, gewiß im Einverständnis mit Hardenberg, den Deputierten mehrerer norddeutscher Fürsten von Celle, Waldeck, Lippe, Wied-Runkel im Juni machte, indem er dabei die Einwilligung Napoleons, die Garantie von Preußen und Sachsen verhieß. Aber der französische Einfluß unter den kleinen Herren war so groß, daß sie sich einstimmig weigerten, ohne ausdrückliche Genehmigung des Kaisers einem Verein beizutreten. Ein weiteres Ziel der Politik Hardenbergs war, daß Preußen seine Besitzungen im Süden Deutschlands nicht verlieren, seinen Einfluß daselbst vielmehr verstärken müsse. Daher kam die Zähigkeit gegen Bayern bei der Abtretung von Ansbach; daher besetzten preußische Truppen wegen eines Deserteurs, der zu den Preußen übergegangen war, nachher aber bei den Nürnberger Behörden sich freiwillig wieder stellte, die Pflegämter Gräfenberg, Hilpoltstein und Betzenstein.

In ähnliche Differenzen, wie sie bei der Räumung von Ansbach zwischen Preußen und Bayern sich ereignet hatten, wurde der letztere Staat bei der Abtretung des Bistums Würzburg an den Erzherzog Ferdinand mit Österreich verwickelt. Die Übernahme des Ministeriums durch den fähigsten österreichischen Staatsmann, Grafen Philipp Stadion, hätte einen noch größeren Systemwechsel bedeutet, wenn die Person des habsburgischen Monarchen nicht zu stärkeren Impulsen unfähig gewesen wäre; das Volk wünschte den Krieg; das Ministerium kannte diese Stimmung, aber es suchte bis zur Reorganisation der Armee, an der man unter der Hand arbeitete, seine wahren Absichten nach außen hin zu verheimlichen. Die Übel des letzten Krieges hatten der sonst zum Wohlleben hinneigenden Nation soviel Energie eingeflößt und einen Gemeingeist geschaffen, wie er vorher nicht existierte. Der Haß, besonders gegen Bayern, hatte keine Grenzen mehr. In Ungarn, hieß es, stehe eine Verfassungsänderung bevor, um die militärischen und finanziellen Kräfte des Landes zu stärken. Österreichische Spione arbeiteten im Süden Deutschlands, die Gemüter zu beeinflussen und Erbitterung gegen die französischen Armeen zu erzeugen; ebenso suchte man das Vertrauen der kleinen

Herren zu den Höfen von München, Stuttgart und Karlsruhe zu erschüttern. Der Preßburger Friede wurde in Regensburg nicht als ein vollzogener und ratifizierter Akt vorgelegt, sondern wie ein Vorschlag oder Beratungsgegenstand behandelt. In dem zwölften Artikel dieses Friedens fanden die Legisten der Hofburg zahllose Hilfsquellen, die Ausführung des Friedens zu umgehen. Während die Absicht Napoleons war, die deutschen Ordensbesitzungen in Schwaben völlig aufzuheben und in ihrer Gesamtheit zur Zeit der Ratifikation des Friedens den Verbündeten auszuliefern, forderte der Präsident der Regierung von Mergentheim in Form einer schriftlichen Reklamation die Hälfte der Ordensgüter für Österreich. Hofrat Steinherr legitimierte sich als österreichischer Kommissär zur Übergabe der Gebiete an die neuen Herren und wünschte zunächst mit einem bayerischen Vertreter in Verhandlungen sich einzulassen. Da jedoch die abgetretenen Länder von dem Kaiser der Franzosen erobert waren, sah Montgelas in der Einmischung Österreichs, das hier kein Verfügungsrecht mehr besaß, eine Verletzung des Völkerrechts, und die bayerischen Behörden durften solche Kommissäre nicht anerkennen. Als der Wiener Hof mit erzwungener Auslegung des Friedensinstrumentes Würzburg im Namen des deutschen Kaisers in Besitz nehmen ließ und unter dem Vorwand der Abwesenheit des Kurfürsten von Salzburg Truppen dahin sandte, war Napoleon äußerst ungehalten. Er hätte gewünscht, daß Max Joseph den Österreichern den Durchmarsch verweigere; auch in der Armee des Erzherzogs sollte kein einziger österreichischer Offizier geduldet werden, und Werbungen in Franken wurden den Österreichern verboten. Wenn letztere hier einmal festen Fuß gefaßt hätten, so stand eine Wiederholung alles dessen zu befürchten, was sie in Schwaben getan hatten. Die Verpflanzung eines Erzherzogs nach Würzburg war daher, wie Napoleon jetzt selbst einsah, ein politischer Fehler, und er tadelte den bayerischen Herrscher, daß er das Land so rasch geräumt hatte. Als der Erzherzog die Abtei Ebrach für sich begehrte, welche die Landeshoheit der Würzburger Bischöfe immer bestritten hatte und durch den

letzten Reichsrezeß an Bayern gekommen war, entschied der Imperator, daß alle reichsunmittelbaren Enklaven Ferdinand abgesprochen würden. Im Jahre 1805 hatte der Münchener Hof wegen der böhmischen Lehen ein Abkommen mit Kaiser Franz getroffen, das aber wegen des Ausbruchs des Krieges nicht ratifiziert worden war. Auch diese Frage wurde nun zugunsten des Münchener Hofes entschieden, der sonst auf eine Einnahme von 420000 Gulden hätte verzichten müssen. Nach dem Beispiel aller souveränen Staaten, insbesondere Preußens, wo ausschließlich für den Landesherrn gebetet wurde, verbot Max Joseph kraft seiner Souveränität die Kollekte für den Kaiser und das Reich in allen katholischen und protestantischen Kirchen. Erst Mitte März entschloß er sich, Franz II. die Vermählung seiner Tochter bekannt zu machen; für die Nichtachtung der bayerischen Nationalkokarde durch den Kommandanten von Schärding forderte er bei Stadion Genugtuung. Sonst zog man es in München vor, auch in den Fragen, welche direkt mit Wien oder Berlin hätten verhandelt werden können, sich der Vermittlung des französischen Kabinettes zu bedienen.

Für ganz Süddeutschland war es sehr verhängnisvoll, daß der österreichische General Ghisilieri dem Befehlshaber eines russischen Geschwaders, das im adriatischen Meer kreuzte, die Stadt Cattaro übergab, die nach dem Preßburger Frieden an Frankreich abzutreten war. Napoleon erklärte daher, solange die bocca di Cattaro nicht einen Bestandteil des Königreichs Italien ausmache, werde er seine Truppen aus Böhmen und Deutschland nicht zurückziehen, ihren Rückmarsch nach Frankreich einstellen und sie sogar verstärken. So dauerte die Besetzung Süddeutschlands durch die französische Armee nach dem Frieden fort bis zum Ausbruch des Krieges mit Preußen; nach der Besitznahme von Frankfurt durch Augereau im Februar 1806 bildete diese Stadt den Mittelpunkt einer Linie, die sich von der Weser bis nach Braunau hinzog und alle Höhen und Flüsse gegen Preußen beherrschte. Das Korps Davoust lag in Mittelfranken; in dem kleinen Gebiet von Eichstätt,

das nur 40000 Seelen zählte, standen bis zum Abzug Bernadottes nach Ansbach 24000 Mann; nach Oberschwaben wurde Ney geworfen, Berthier mit dem Generalstab der Armee befand sich in München. Die Ernte des letzten Jahres war, ohne schlecht zu sein, keine von den besten gewesen; die Ungunst der Witterung hatte sie verspätet; als der Krieg mit Österreich ausbrach, war das Getreide noch nicht gedroschen. Die schlechte Nahrung infolge der Teuerung erzeugte Krankheiten, die Sterblichkeit wuchs z. B. in Bayern gegen früher um das Dreifache. Am traurigsten war das Los der Großgrundbesitzer in Schwaben, die fast alle ihre Schlösser mit Garnisonen, ihre Kassen mit Sequester belegt sahen; viele von ihnen, die sich in die Städte begaben, wurden hier von ihren Gläubigern bedrängt. Aber auch die übrigen Bewohner mußten bei den riesigen Menschenansammlungen unter dem Druck der langen Einquartierungen schwer zu Schaden kommen. Wohl verhinderte die strenge Aufsicht des Fürsten von Neuchatel, der stets auf eigene Kosten lebte und das Beispiel rücksichtsvoller Uneigennützigkeit gab, in Bayern alle Übergriffe, die Stadt Nürnberg rühmte das wohlwollende Verhalten der französischen Soldaten mit herzlichstem Danke, und an manchen anderen Orten wurde durch die Menschenfreundlichkeit der Kommandanten das Los der Zivilbevölkerung erleichtert. Oft trug indessen die anfängliche Begeisterung der Behörden und Bewohner zur Verschlimmerung des Übels bei, indem man den neuen Bundesgenossen umsonst Lebensmittel im Überfluß bot, bis dann allmählich der Eifer erkaltete und die Soldaten mit brutaler Faust als ihr Recht forderten, was ihnen als freiwillige Gabe bisher beschert worden war.

In Streitigkeiten zwischen Militär und Zivil behielt der Soldat immer die Oberhand, und die galanten Abenteuer der Franzosen trugen nicht gerade zur Hebung der Sittlichkeit bei. So erzählt der Divisionsgeneral Fezensac in seinen Erinnerungen, man lebte wie in Feindesland. In Württemberg wurden die königlichen Jagden mißbraucht; noch bedenklicher war die Nichtachtung eines württembergischen Grenzkordons durch Ney, und in

Baden kam es vor, daß die Souveränität des Landesherrn durch eine nach englischen Waren fahndende Infanterieabteilung verletzt wurde.

Die Truppen lebten auf Abrechnung von Zahlungen, die stets versprochen, aber nie geleistet wurden. Der Zuwachs an neuen Gebieten genügte nicht, den Schaden zu decken, da ihnen vor der Auslieferung zumeist unerschwingliche Kontributionen auferlegt wurden; so fiel auf den Breisgau eine monatliche Kriegssteuer von 160 000 Franken und eine Kontribution von 800 000 Franken. In Österreichisch-Schwaben forderte man außer einer einmaligen Summe von 400 000 Francs monatlich 80 000 zur Unterhaltung der Truppen, Eichstätt sollte 800 000 Franken zahlen. Eine Zeitlang trug man in München im Gefühl der Notwendigkeit, keine Anstrengung zu scheuen zum besten der gemeinsamen Sache, ohne Klagen die vorhandenen Mißstände; jeder Wunsch des Kaisers schien für Max Joseph ein Befehl; sein Ministerium gab kaum einen offiziellen Bescheid, ohne Otto zu befragen, und Berthier stellte für die Reorganisation des bayerischen Militärwesens neue Gesichtspunkte auf. Da aber die neuen Erwerbungen nicht nur keinen Gewinn brachten, sondern die Ausgaben nur erhöhten, da bei den eiligen Durchmärschen Sparsamkeit und Ordnung zu halten unmöglich war und allmählich die Mittel ausgingen, mußte man sich schließlich mit immer eindringlicheren Vorstellungen nach Paris wenden; zu Anfang April hatte man ohne die rückständigen Forderungen an die französische Armee von früher her nach ungefährer Schätzung ein Defizit von zwei Millionen Gulden. Napoleon hatte zwar großmütig auf die Kontribution in Tirol und auf die Vorräte in den dortigen Magazinen verzichtet; im Mai stellte er weitere Naturalvergütung in Aussicht; aber es war seine Gewohnheit, lieber mit Gebietserweiterungen auf Kosten seiner Feinde zu bezahlen, ehe er in die eigenen Kassen griff. So erhielt man nach mehrfachen Beschwerden in München schließlich nicht mehr als eine Million Franken vergütet; der Druck der Einquartierung aber dauerte fort. „Die Bayern erwarten den Abmarsch der französischen Truppen wie die

Juden den Messias, schreibt die geistvolle Gemahlin des Ministers Montgelas an Talleyrand am 30. Mai. Ich habe die Franzosen geliebt, die unsere Feinde verjagten und uns unseren rechtmäßigen Herrscher wiedergaben; ich habe mir Erinnerungen an diejenigen bewahrt, die uns nicht ein Königreich geben wollten statt eines Titels; ich verabscheue diejenigen, die auf Kosten meines armen Vaterlandes leben und dessen Blutegel werden.“ Die Stimme der Gemahlin des leitenden Ministers, einer geborenen Gräfin Arco, die Stadion eine Frau von Geist und Charakter nennt, blieb durchaus nicht vereinzelt. Wenn es in Bayern auch nicht zu solchen Auftritten kam wie im Schwarzwald, wo gegen die wegen der drückenden Einquartierung Mißvergnügten ein Regiment aufgeboten werden mußte, so konnte sich doch Otto, je näher die Unterzeichnung der Rheinbundsakte bevorstand, trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung nicht mehr verhehlen, daß in weiten Kreisen eine mächtige Gärung herrsche. „Ich habe Ursache zu argwöhnen, schrieb er am 20. Juli an Talleyrand, daß in diesem Lande eine zahlreiche Partei besteht, welche für den Fall, daß ein neuer Krieg oder augenblickliche Umstände einen Erfolg gewähren können, eine Erhebung plant.“

Der Hof in Karlsruhe hatte durch den Preßburger Frieden den Breisgau wieder erlangt, wo schon vor achthundert Jahren die Zähringer, die Ahnherrn des badischen Kurhauses blühten, und die alte Stammburg noch erhalten war. „Die Politik hat hier wieder vereinigt, sagte Geheimrat von Drais bei der Besitznahme des Landes, was die Natur schon immerhin zur brüderlichen Gemeinschaft bestimmt und sozusagen ineinandergeschlungen hatte.“ Aber über das Fürstentum Heitersheim und die Demarkation gegen Württemberg waren vorher noch heftige Konflikte auszufechten, die freilich beide schließlich zugunsten Badens entschieden wurden; die dem Lande auferlegte Kontribution wurde trotz der schriftlichen und mündlichen Zusicherungen Napoleons von dem Kriegsminister Berthier mit aller Strenge gefordert, indem er bis zu ihrer Erlegung den Breisgau von französischen Truppen

besetzt halten wollte. Der Versuch, einen Teil der Kriegssteuer auf Württemberg abzuwälzen, mißlang; erst im Januar 1807 wurden die Verhandlungen über die Kontribution zu Ende gebracht. Durch die Kriegsdrangsale der letzten fünfzehn Jahre, die Lasten der Einquartierung und die mit den Neuerwerbungen anfänglich verknüpften Opfer verschlimmerte sich die Lage der Finanzen so sehr, daß man bei gänzlich erschüttertem Kredit im April Mühe hatte, in Frankfurt ein Anlehen von 300 000 Gulden zu bekommen, und auf unrichtigen Voraussetzungen beruhende Berichte von Massias führten zu einer Einmischung Napoleons in die inneren Angelegenheiten des Kurstaates, wie sie bis dahin bei keinem anderen deutschen Reichsstande vorgekommen war. Der Kaiser brachte seit der Vermählung seiner Adoptivtochter, die ihn selbst darin bestärkte, ihrer neuen Heimat erhöhtes Interesse entgegen; aberböswillige Übertreibungen, welche die Gräfin Hochberg und ihren Stiefsohn, den Markgrafen Ludwig, in einem den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Grade für die traurigen Zustände verantwortlich machten, waren der Anlaß, daß der Kaiser im schärfsten Tone Reitzenstein in Gegenwart des Kurprinzen eröffnete, er wolle die Anerkennung der Erbfolge der Grafen von Hochberg von einer besseren Verwaltung des Landes und der Mitwirkung der Gräfin hiebei abhängig machen; der Kurfürst werde von allen Seiten betrogen und bestohlen und seine Diener strebten nur danach, sich zu bereichern. Das Schreiben, das Reitzenstein aus diesem Anlaß an die Gräfin richtete, kam gegen den Willen des Kaisers zur Kenntnis Karl Friedrichs, der davon auf das peinlichste berührt war. An Stelle des Markgrafen Ludwig trat nun provisorisch Freiherr von Seckendorff an die Spitze der Finanzverwaltung. Der Kurfürst war über die ihm widerfahrene Kränkung und die Mißachtung seiner Gemahlin so sehr niedergeschlagen, daß man einen neuen Schlaganfall bei ihm befürchtete; ein Artikel im „Publiciste" verzeichnete sogar das Gerücht, der Nestor der deutschen Fürsten denke daran, abzudanken und sich nach Rastatt zurückzuziehen, der Kurprinz werde die

Regierung übernehmen und Mannheim solle die Residenz und Hauptstadt des Landes werden. Auf die badischen Beschwerden ließ Talleyrand zwar im Moniteur diesen törichten Gerüchten widersprechen; aber im übrigen wagte man in Karlsruhe nicht, gegen die französischen Anmaßungen energische Verwahrung einzulegen. So ist im ganzen das Bild des badischen Hofes vor der Auflösung des Reiches kein erfreuliches zu nennen; ein Glück für das Land war es, daß die einzige treibende Kraft mit bedeutenden staatsmännischen Talenten, der Kabinettsminister Reitzenstein, selbst die Interessen seines Fürsten in Paris mit Nachdruck vertrat. Er wußte auch mit Geschick das milde Regiment des Kurfürsten, das nur zu oft nicht frei von Schwäche war, in seinen Verhandlungen mit den kleinen Fürsten und Herren zu verwerten. Schon in Wien hatte er den Fürsten Franz Georg von Metternich darauf hingewiesen, wie das badische Protektorat allein die politische Existenz dieser Kreise vor den Angriffen Württembergs sicherstellen könne. Es wurde eine Zusammenkunft der zunächst interessierten Stände vorgeschlagen, die im Februar in Ochsenhausen wirklich stattfand. Fürstenberg und Hohenzollern wünschten in der Tat das ausschließliche Rekrutierungsrecht Baden einzuräumen; im März wurden die Verhandlungen mit dem Fürstenbergischen Regierungspräsidenten Joseph von Kleiser wieder aufgenommen, und noch im Juni, als die von Fürstenberg auf Frankreich gesetzten Hoffnungen sich nicht zu erfüllen schienen, griff Reitzenstein darauf zurück; obwohl seine Vorschläge ihm sehr gemäßigt vorkamen, glaubte Kleiser doch „bei dem ständigen Wechsel der Dinge“ keine bestimmte Erklärung abgeben zu können, da Labesnardière ihm gleichzeitig die Erhaltung Fürstenbergs als möglich hingestellt hatte.

In Württemberg wurden vom März bis zum 22. Mai 1806 28210 Offiziere, 536149 Mannschaften sowie 80079 Pferde aufgenommen; in derselben Zeit wurden 694 Offiziere, 14211 Soldaten und 3238 Pferde täglich mit 16000 Mundportionen, 2500 Maß Haber, 550 Zentnern Heu und 350 Zentnern Stroh versehen,

ohne die Requisitionen auf der militärischen Route und ohne die Aufwendungen für die österreichischen Kriegsgefangenen, von denen dem König 12331 zur Last fielen. Eine Anleihe, die man bei einem Handelshause in Amsterdam aufnahm, wurde durch einen neuen Finanzplan der batavischen Republik aufgehoben, weshalb man Talleyrands Vermittlung in Anspruch nahm. Friedrich war unermüdlich in Vorstellungen bei den Tuilerien, weil die französischen Generale die bayerischen Lande auf württembergische Kosten von einem Artilleriepark befreiten, weil er von Anfang an und besonders seit seinem Grenzvertrag mit dem Münchener Hofe die Anwesenheit der französischen Truppen in Deutschland als höchst überflüssig ansah; dann schien ihm wieder ein Protest angezeigt über unschickliche Äußerungen Berthiers, wenn dieser in einem Briefe an Didelot von den Eingriffen (empiétements) des Königs sprach, oder über einen Artikel der Gazette de France, der dem Publikum eine falsche Meinung von dem Verhältnis der französischen Offiziere zu den Regierungen geben konnte. Nie wurde seine Unabhängigkeit als Fürst so erniedrigt, klagte Friedrich einmal vor Baron Hertling, als infolge eines Vertrages, der statt ihn zu stärken, ihn aller Mittel beraubte, seine Untertanen vor dem gänzlichen Untergang zu bewahren. Als Ausgangspunkt aller Verhandlungen sah er den Preßburger Frieden an; er wollte sich durch seine eigenen Kommissäre nicht die Hände binden lassen, sondern vielmehr von Macht zu Macht verhandeln. Auch in München und in Karlsruhe hatte man es als lästige Forderung empfunden, wenn alle neuen Erwerbungen nach dem Willen des Kaisers bis zur Bezahlung der ihnen auferlegten Kontributionen von den Franzosen besetzt blieben; aber man hatte sich gefügt. Friedrich dagegen, der unmittelbar nach der Ratifikation der Verträge in alle Vorteile eintreten wollte, sah in der Intervention französischer Kommissäre einen Bruch der verbrieften Abmachungen und verwarf Talleyrands Unterscheidung zwischen Besitzerwerb und Besitzergreifung. Eine Zurücknahme der Verfügungen, die der König nach dem Tagesbefehl und einem Briefe des Kaisers ge-

troffen hatte, bedeutete in seinen Augen eine schwere Demütigung. So ließ er Berthier durch Didelot mitteilen, er könne nicht verhindern, daß die französischen Truppen die seinigen verjagten, aber er werde sich nicht dazu erniedrigen, sie zurückzuziehen. Als der Kommissär Desontaine an die württembergischen Beamten die Aufforderung richtete, die Maßregeln, die ihr Gebieter als Bundesgenosse Frankreichs angeordnet habe, als ungültig zu betrachten, beschwerte sich Friedrich, daß man in dieser Zeit zwischen württembergischem und französischem Militär Differenzen schaffe.

Nun wurde zwar mit Modifikation der früheren Befehle die französische Okkupation auf die strittigen Gebiete beschränkt; aber nach württembergischer Auffassung schienen Otto und Berthier nicht den Preßburger Frieden, sondern den Reichsdeputationshauptschluß ausführen zu wollen, und das Streben Ottos, mit bewaffneter Macht so selten als möglich einzuschreiten, fand in Stuttgart keine Anerkennung. In seiner Erbitterung über die Entscheidung des Generals Clarke ließ Friedrich dem General Monard sagen, er sei nicht in der Lage, über den Breisgau in eine Erörterung einzutreten, solange die Reserven Clarkes aufrecht erhalten blieben und solange ihm die Grafschaft Bondorf nicht ohne jede Beschränkung ausgeliefert sei. Als Chevalier in Altorf über das badische droit d'épave entschied und daselbst das württembergische Wappen abnehmen ließ mit der Drohung, dasselbe Schauspiel werde sich in Nellenburg wiederholen, mußte Wintzingerode in Paris natürlich wieder protestieren. Die geringen Erfolge, die sein Minister beim Kaiser erzielte, erregten den heftigsten Unwillen Friedrichs, der wie alle stark empfindenden Naturen unter Stimmungskrankheiten zu leiden hatte. Wenn der korpulente Herrscher durch Gichtanfälle, Verdauungsbeschwerden oder wunde Füße, die Anzeichen der Wassersucht, ans Bett gefesselt war, so übten diese Krankheitserscheinungen wieder ihren Rückschlag auf seine Laune. Seine eigenen Diener waren dadurch so eingeschüchtert, daß sie ihm oft die Wahrheit nicht mitzuteilen wagten; so hatte Normann früher schon doppelte Berichte gemacht, und

ähnlich hielt es jetzt Wintzingerode. Dem Könige versprach er Berge, während er Normann die Aussichtslosigkeit seiner Vorstellungen nicht verhehlte. Wenn Friedrich solche Täuschungen entdeckte, wuchs natürlich nur sein Mißtrauen. Auch Didelot kam ihm aus Furcht nicht immer mit voller Aufrichtigkeit entgegen, und Talleyrand gefiel sich in ausweichenden Antworten. So hatte er während seines Aufenthaltes in Stuttgart Hoffnungen auf Ulm gemacht: „Sie brauchen Ulm und Sie sollen es haben"; aber später erinnerte er sich nicht mehr daran. Ebenso ist es nicht unwahrscheinlich, daß Fürstenberg, dessen Residenz Napoleon damals wegen der Anhänglichkeit dieses Hauses an Österreich unter einem nichtigen Vorwand besetzen ließ, beim Abschluß des Allianztraktates 1805 König Friedrich versprochen wurde; er wollte daher auf dieses Gebiet nur dann verzichten, wenn man ihm dafür Hohenlohe, Leiningen, Wertheim u. a. einräume. Talleyrand billigte jedoch Ottos abweichende Entscheidung, da man nur der Konvenienz folgen müsse. Weniger begründet war Friedrichs Entrüstung, daß Ansbach seinen Fürsten wechselte, ohne daß er etwas erfuhr; er wünschte bei dieser Gelegenheit den zwischen Öttingen und Hohenlohe gelegenen Teil, die Kreise Wassertrüdingen und Crailsheim, die Städte Dinkelsbühl und Rothenburg für sich. Wie skrupellos man in Stuttgart mit seinen Usurpationen war, beweist ein Vorfall in Mainau. In den fernsten Zeiten hatte ein Landgraf von Nellenburg das ius aperturae erlangt, das Recht, wenn er von seinen Feinden verfolgt wurde, das dortige Schloß zu öffnen. Als man das Pergament auffand, wurden die Bewohner der Insel mißhandelt und ihre Kassen mußten die Kosten der Besetzung tragen. Solche Vorgänge boten Anlaß zu einer Karikatur, die in München viel belacht wurde. Der König war als Harlekin dargestellt und sein Königreich als Landkarte auf seinen Hosenknopf gezeichnet, den er mit aller Anstrengung zu erblicken suchte, was ihm bei seinem ungeheuren Umfang freilich nicht gelang. Ich bin doch ein großer Mann, ruft er aus; ich kann mein Königreich nicht überblicken. In den Augen der Franzosen hatte

Friedrichs Gebaren vollends etwas Lächerliches. Wäre er nicht durch den kaiserlichen Schild gedeckt worden, so wäre sein Gebiet von allen Seiten angegriffen worden. Die fränkischen Fürsten waren entschlossen, sich mit bewaffneter Hand zu verteidigen; der Fürst von Hohenlohe erklärte in München wiederholt, nach dem Abzug der Franzosen werde er die Württemberger aus seinem Lande jagen. Mißtrauisch gegen das bayerisch-württembergische Abkommen baten die deutschen Agenten bei der Kunde von dem Abmarsch der französischen Armeen den Fürsten von Neuchatel, der Kaiser möge zu ihrem Schutze einige Truppen zurücklassen. So wenig wollte man unter das eiserne Szepter des Königs kommen, der mit völliger Verdrehung der Tatsachen behauptete, die Eigentümer der kleinen Rittergüter wollten lieber einem mächtigen Fürsten als einem kleinen Herren angehören. Friedrichs Fehler war es, wie Napoleon selbst einmal dem König schrieb, daß er trotz seiner schätzenswerten Eigenschaften in Detailfragen, die für seine Freunde wichtig waren, oft zu viel Feuer hineintrug und ihnen dadurch Grund zu Klagen gab. Friedrich hatte nur die Souveränität über den deutschen Orden und den Ritterstand, nicht aber über Fürstenberg, Hohenlohe und andere Fürsten erlangt. Die französischen Generale waren daher verpflichtet, den status ante bei seinen Übergriffen herzustellen, bis sie weitere Befehle erhielten. Durch übergroße Eile setzte man sich in Stuttgart Schwierigkeiten aus, die in München und Karlsruhe durch maßvolle Haltung vermieden wurden. Obwohl einer französischen Erklärung in diesem Sinne hinzugefügt war, die Übelstände würden keinen Einfluß auf die Gesinnung des Kaisers gegen Württemberg haben, meinte Wintzingerode, sein Hof könne diesen Bescheid nur mit Trauer vernehmen; man hätte die Streitpunkte auf diplomatischem Wege beseitigen sollen; wenn statt dessen das französische Militär, in dem der König niemals den Schiedsrichter seiner Handlungen anerkennen konnte, sondern nur befreundete Gäste und Bundesgenossen erblickte, durch Depossedierung Sr. Majestät zugunsten Dritter der Dolmetsch der Prinzipien der französischen Regierung werde,

könne der König diesen Modus nur als seiner gerechten Verwaltung und allen Regeln und Formen entgegengesetzt ansehen; nichts könne dieses Vorgehen notwendig erscheinen lassen.

Durch ein Organisationsedikt vom 18. März, in dem die Beziehungen des Königs zum Ritterstand peremtorisch geregelt waren, verloren die Reichsritter den größten Teil ihrer Rechte und wurden sie in vieler Hinsicht den übrigen Untertanen gleichgestellt. Man sah voraus, daß darum viele ihrer Güter sich entäußern und sich anderswo ankaufen würden; weshalb man sie in diesem Falle mit Vorgeld belegte. Die wenigen in dieser Verordnung gesicherten Rechte wurden illusorisch gemacht, da der Genuß derselben seit 60 Jahren nachgewiesen werden mußte, ein solcher Nachweis aber kaum zu führen war, weil alle Archive sich in den Händen des Landesherrn befanden. Selbst wenn die Verfassung Privilegien bestehen ließ, konnten die Verfolgten eine Garantie derselben doch nur aus der Hand des Kaisers in Empfang nehmen. Dem Grafen Degenfeld, der um Aufschub bat, — als Termin für die Ausführung des Ediktes war der 15. Mai angesetzt — bis die Absichten des Kaisers bekannt geworden wären, wurde eine Audienz verweigert. Als er fragte, ob man ihm nicht erlaube, gemeinsame Anliegen durch das Werkzeug einer Deputation an den Stufen des Thrones niederzulegen, wie dies jedem Dorfe gestattet sei, erhielt er den Bescheid, die Dörfer repräsentierten eine Gemeinde, aber die Glieder der ehemaligen Korporation des Adels könnten keine Körperschaft mehr vorstellen und wären unfähig, eine Deputation zu bilden. Normann fügte hinzu, der König hoffe alle diese Herren persönlich vor sich zu sehen und ihre Bekanntschaft zu machen zur Zeit der Huldigung; aber man gab auch unzweideutig zu verstehen, die Säumigen würden allenfalls durch Dragoner dazu gezwungen werden. Als dann der gefürchtete Tag herankam und die neuen Vasallen wenigstens das Recht begehrten, daß ihre Unterwerfung von dem Kaiser erläutert werde, da ihre Existenz lediglich durch einen Tagesbefehl vernichtet war, sagte Normann, der Kaiser habe keine

Autorität in dem Königreich Württemberg, dessen Souveränität auf den Preßburger Vertrag sich gründe; im übrigen zwinge man niemand zur Unterwerfung, wenn schon die Ungehorsamen sich auf unangenehme Folgen gefaßt machen müßten. Da rief der Präsident des Adels: Hier herrscht also die Gewalt, und die Anwesenden leisteten den Huldigungseid. Nur Baron Berlichingen weigerte sich, wurde aber noch an demselben Tage arretiert. Auch Otto hatte auf die Vorstellungen der bedrängten Kreise ihnen geraten, die in Württemberg ansässigen Glieder des unmittelbaren Adels könnten die Huldigung unter keinen Umständen verweigern; nur sollten sie sich die Rechte zu wahren trachten, die ihnen unter der Vermittlung des Kaisers in der Folgezeit noch gesichert werden könnten. Gleichzeitig nahmen Ottos Schutz die Fürsten in Anspruch, in deren Gebieten Rittergüter gelegen waren, die Friedrich nun ebenfalls zur Unterwerfung aufforderte.

In der ungeheuren Bestürzung, welche die neue Verfassung hervorrief, wandten sich in Stuttgart aller Augen auf Wintzingerode nach Paris als letzte Stütze des Ritterstandes. Man glaubte, er sei weniger für die völlige Unabhängigkeit des Königs, wie sein Kollege, und hoffte, er werde bei seiner Rückkehr alles umstürzen, was Normann geschaffen hatte. Allein gerade Wintzingerode wollte die Totalität von Hohenlohe, Leiningen, Wertheim u. s. w. seinem Herrn zugewiesen sehen. Die Durchführung des Organisationsediktes führte nur zu neuen Konflikten mit den Nachbarn. Als die Huldigung von den Rittern im Kraichgau gefordert wurde, bat der Kurfürst von Baden den Herzog von Neuchatel, die strittigen Gebiete zu besetzen, was man in Stuttgart als eine neue Insulte mit kräftigen Remonstrationen bekämpfte. Trotz der französischen Sauvegarden bestand Friedrich darauf, sich die Landeshoheit im Gebiet der Grafen von Hohenlohe anzumaßen, und den Eid des Adels bis zum 1. Juli zu fordern. Dieser Termin schien gewählt zu sein in der Hoffnung, daß bis dahin die französischen Sauvegarden zurückgezogen seien. Die Adeligen erklärten sich aber durch feudale Bande dem Haus Hohenlohe näher verknüpft als dem württembergischen, sie standen

dem Hofe in Stuttgart ebenso ferne wie dem in München; wenn daher Bayern oder selbst Preußen einen ähnlichen Eid forderte, so hätte man ihn nicht verweigern können.

Einer der schwersten Konflikte zwischen Paris und Stuttgart drehte sich um die hohenzollernschen Gebiete. Die Prinzessin Amalie Zephyrine von Hohenzollern-Sigmaringen war eine alte Freundin des ersten Gemahls der Kaiserin Josephine. Schon im September 1805 hatte Fürst Anton mit Murat bei dessen Durchreise durch seine Residenz den Plan einer Familienverbindung erörtert, und im Mai 1806 bat er für seinen Sohn, den Erbprinzen Karl Anton, förmlich um die Hand von Murats Nichte Antoinette, ein kleines fünfzehnjähriges Landmädchen, das seinen gesellschaftlichen Schliff der Madame Campan verdankte; sie werde an der ursprünglichen Wiege des großen Friedrich als die Tochter des berühmten Siegers von Austerlitz empfangen werden, schrieb Anton am 25. Mai. In Voraussicht dieser Verlobung ließ Talleyrand nach dem Brünner Vertrag Normann eine Erklärung unterzeichnen zugunsten Hohenzollerns, die aber König Friedrich, als ohne seine Bewilligung gegeben, nicht anerkannte. Danach sollten die Rechte, welche Österreich bisher in Hohenzollern-Sigmaringen ausgeübt hatte, nicht an Württemberg übergehen, sondern zugunsten des Fürsten Anton aufhören. Talleyrand wußte die Kaiserin besonders für das Haus zu interessieren, und der Kaiser garantierte die Deklaration; zur Rettung des Prinzips, daß ähnliche Normen nicht auf die anderen Fürsten angewandt würden, schlug Didelot dem Könige vor, er möge aus eigenem Antriebe als eine besondere Vergünstigung gegen Hohenzollern diesem seine Rechte abtreten und sich statt der Souveränität mit der Suzeränität begnügen. In Anwesenheit der Majestäten scheint sich Friedrich in der Tat willfährig gezeigt zu haben; Wintzingerode erzählte in Paris der Prinzessin, die Sache sei entschieden, sein Herr bewillige dem Fürsten mit Vergnügen, was man von ihm wünsche. Einige Tage später erfuhr jedoch Zephyrine, daß der Minister vor der französischen Regierung in entgegengesetztem

Sinne sprach. Friedrich fürchtete, andere Fürsten, deren Beziehungen zu Burgau ähnliche waren, könnten die gleiche Gnade von ihm beanspruchen, und verweigerte darum dem Gouverneur des Erbprinzen, Major Tischler, einem Freunde Labesnardières, ein förmliches Abkommen. Unbekümmert um die kaiserliche Protektion ließ er das Land von seinen Truppen besetzen und die kleine Residenz blieb nur dadurch vor dem gleichen Schicksal bewahrt, daß Berthier einen Offizier von seinem Generalstab und vierzehn Eskadronen zu ihrem Schutze aufbot. Der König rief darauf direkt Napoleons Entscheidung an; aber so peinlich dem Kaiser auch eine Meinungsverschiedenheit mit einem Fürsten war, der aus mehr als einem Grunde ihm teuer schien, so durfte er doch nicht seine Meinung fragen; darum heißt es in der Note an Didelot, er müsse die Rechte des Fürsten von Hohenzollern, wie sie in der Deklaration von Wien bestimmt worden waren, aufrecht erhalten. Als der Gesandte diesen Schiedsspruch Normann mitteilte, war dieser so überrascht, daß er ihn nicht für Ernst nehmen wollte. Gleich ungünstig für Württemberg war die kaiserliche Verfügung über Hohenzollern-Hechingen. Der dortige Fürst sollte nach Napoleons Willen die im Reichsdeputationshauptschluß erhaltenen Entschädigungen völlig und ungeschmälert besitzen. Bei diesen Entschließungen nahm der Imperator wohl auch auf Preußen Rücksicht, das in diese Fragen sich einmischte, während es bei wichtigeren Anlässen die kleinen Höfe sich selbst überlassen hatte; dagegen brachte die preußische Intervention dem Hause Nassau-Oranien und dem Fürsten Thurn und Taxis keinen Nutzen.

Gegenüber dem letzteren Hause hatte Friedrich von Württemberg mehr Glück. Napoleon hatte Karl Alexander in München die Aufhebung des Sequesters, der über seine niederländischen Besitzungen verhängt war, versprochen; durch Erlaß vom 14. Februar übertrug ihm Max Joseph die Würde eines königlich bayerischen Erblandpostmeisters als Thronlehen und beließ ihm „vor der Hand" die Regie des gesamten Postwesens unter Aufsicht und Mitwirkung königlicher Kommissäre in Form eines Pachtes von jährlich 25000

Gulden. Nach einer vorläufigen Verfügung Karl Friedrichs von Baden vom 21. März, die durch Staatsakte vom 2. Mai bestätigt ward, entschloß man sich in Karlsruhe zu einem ähnlichen Zugeständnis; zu spät erfuhr man, daß das Haus Taxis in Paris sich keiner besonderen Protektion mehr erfreute. Napoleon nannte die Münchener Entschließung eine große Dummheit; er sah nicht ein, warum man die Posten einem Fremden anvertrauen wolle, und was für ein Vergnügen es sei, das Geheimnis seiner Korrespondenz auf ewig verraten zu sehen; auch die Rente, welche aus der Postverwaltung abfiel, war jedenfalls nicht zu verachten. Wie in jeder anderen Beziehung wandelte Friedrich auch hier seine eigenen Wege; als Baron Leykam in Stuttgart einen förmlichen Vertrag vorschlug, und Didelot seine Bemühungen unterstützte, mußte der Franzose sich dahin belehren lassen, man habe sich der Posten nicht auf Grund des Preßburger Vertrags, sondern kraft älterer Rechte bemächtigt; das Haus Taxis war nur durch eine vom Wiener Hofe begünstigte Usurpation im Besitze des Postregals und die Vorgänger des Königs hatten es immer für sich reklamiert. Normann fügte hinzu, diese vertrauliche Antwort werde auch offiziell sein, wenn Didelot darüber offiziell zu sprechen hätte. Leykam verließ daher Ende Mai unverrichteter Dinge Stuttgart, ohne auch nur einen Brief seines Herrn übergeben zu haben, worin dieser um Beantwortung seiner Vorschläge bat. Der König war so erbittert über Karl Alexander, daß niemand in seiner Gegenwart davon auch nur zu sprechen wagte und nur durch die auffallende Abnahme der Briefe nach den französischen Grenzstationen, da man eine andere Route einschlug mit Umgehung seines Staates, erfuhr Friedrich, daß Taxis sich noch nicht beruhigt habe. Durch Didelots Vorstellungen wurden die Tuilerien veranlaßt, sich nicht weiter über diese heikle Frage auszulassen und dank der Verhandlungen Wintzingerodes konnten weder Taxis noch andere Personen, die in Paris eine Stütze suchten, ihre Rechte gegenüber dem mächtigen Angreifer zur Geltung bringen.

Ein eigenartiger Zwischenfall führte sogar zur plötzlichen

Abberufung Didelots; Prinz Prosper von Aremberg hatte, als sein Land von Preußen besetzt wurde, in Frankreich Schutz gesucht. Nach kurzer Überlegung sagte ihm der Kaiser, es gäbe nur ein Mittel, wie er sich retten könne; er müsse einer großen Macht dienen. Der Herzog zögerte nicht, seine Dienste sofort Napoleon anzubieten, worauf dieser antwortete, das Anerbieten komme ein wenig spät. „Wir werden sehen, was ich für Sie tun kann." Seine beabsichtigte Verbindung mit Fräulein Stephanie Tascher de la Pagerie, einer Nichte der Kaiserin, erwarb ihm die Gunst Josephinens und Talleyrands; bald hieß es, er werde das Herzogtum Berg erhalten. Aber die glückliche Versorgung der Nichte ihres ersten Gemahls, Stephanie Beauharnais, war für die Kaiserin nur ein Antrieb, ihrer eigenen Nichte ein glänzenderes Los zu verschaffen. Nach den Erzählungen von dem Kammerdiener des Kronprinzen Ludwig von Bayern wurde sie diesem angetragen; nach einer Absage von dieser Seite versuchte man sein Glück mit dem Kronprinzen von Württemberg. Daß diesem eine französische Prinzessin zugedacht sei, hatte Graf Taube schon im Februar aus Paris berichtet. Der König wollte darum seinen Sohn schleunigst anderweitig vermählen und ließ mit dessen Einwilligung in Paris bekannt machen, Friedrich Wilhelm habe sich bereits gebunden. Die für ihn in Aussicht genommene Braut, seine Cousine Luise von Württemberg, eine Tochter des Herzogs Wilhelm in Glogau, fand nun freilich den Beifall des Kronprinzen nicht; aber er erklärte, seine Ruhe und Neigung niemals einer Allianz zu opfern, die nur das Werkzeug der Politik sei. Die Kaiserin suchte nun durch Hédouville auf Didelot einzuwirken, daß Friedrich ihrem Gemahl entgegenkomme; die Zusage an den Prinzen Prosper wäre dann wohl zurückgezogen worden. Der König schrieb nun tatsächlich einen Brief, in dem er Stephanie als seine Schwiegertochter begehrte. Napoleon antwortete aber wegen der bestehenden Verpflichtungen mit einer Absage und sah in der Bitte nur ein Mittel, die durch Wintzingerode geltend gemachten Prätensionen durchzusetzen. Eine Untersuchung förderte durch das freimütige

Geständnis Hédouvilles die Schuld Didelots zutage, der nun ohne Vorwissen Talleyrands am 24. Mai durch eine Kabinettsordre von St. Cloud aus plötzlich abberufen wurde; erst im Juli ward der Geschäftsträger Siméon von Rom in gleicher Eigenschaft nach Stuttgart versetzt.

Das württembergische Organisationsedikt hatte noch einen unerwarteten Erfolg; wenn Wintzingerode die kleinen Herren in das Lager von Baden und Bayern hätte treiben wollen, so hätte er dazu kein wirksameres Mittel ausfindig machen können. Wir haben gesehen, wie einzelne Fürsten dem Kurfürsten von Baden sich näherten. In ähnlicher Weise schloß das Haus Leiningen am 22. März mit Bayern durch seinen Hofrat Schmitz einen Schutz- und Erbvertrag. Pfeffel erhielt zwar auf seine Anfrage im Bureau die Antwort, man werde keine Rücksicht auf diesen Vertrag nehmen können und nicht dulden, daß Bayern sein Gebiet Frankreichs Grenzen so weit nähere; aber Cetto bemerkte dagegen, der Augenblick werde doch kommen, wo man aus dem Vertrag Nutzen ziehen werde; jedenfalls wisse man zu verhüten, daß das Fürstentum in andere Hände übergehe. Talleyrand war der Vereinbarung nicht entgegen, und Napoleon sprach vor dem Kronprinzen seine Zustimmung aus; nur was seine Garantie betraf, so wollte er sich erst einen Bericht machen lassen. Auch Wolfegg wurde von seinen Besitzern, den Grafen von Waldburg, um zehn Millionen Bayern zum Kauf angeboten, und die Grafen Fugger unterwarfen sich nach längeren Verhandlungen freiwillig, indem sie die bayerische Souveränität über ihre Besitzungen anerkannten. Der König war über die Huldigung des Fürsten und der Grafen so entzückt, daß er die ganze Familie zur Tafel zog und sogar die Kinder holen ließ und alle mit Höflichkeiten und Geschenken überhäufte. Das Haus Löwenstein suchte in Paris um eine förmliche Akte nach, in der es als legitimer Zweig des pfalzbayerischen Hauses anerkannt und zur Eventualerbfolge berufen werden sollte. Der Titel Herzog von Bayern sollte ihm, ohne den deutschen Kaiser zu fragen, beigelegt werden; man forderte vom König von

Bayern keine Apanage, aber die Mittel zu einem standesgemäßen Leben.

Man kann nicht behaupten, daß in den Kreisen, deren Existenz bedroht war, mit der Höhe der Gefahr auch die Tatkraft eine Steigerung erfahren hätte. Trotz verwandter Absichten fehlte ein gemeinschaftliches Einverständnis, und die meisten behielten sich vor, ihre eigenen Wege zu gehen; andere schädigten sich durch übertriebene Forderungen selbst. Im Januar baten die Glieder des Generaldirektoriums der Ritterschaft und des unmittelbaren Adels des Reiches bei Talleyrand und dem Kaiser um Fortdauer ihrer Existenz; bei den Verhandlungen über die Bedingungen ihrer Mediatisierung unter dem Vorsitz des Kaisers sollte der künftige Stand dieser Korporationen und ihrer Mitglieder nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden unter Berücksichtigung der Bedingungen ihrer bisherigen politischen Existenz. Das Resultat dieser Verhandlungen sollte durch den Reichstag sanktioniert und durch die hohen Mächte garantiert werden; wenn die bisherigen Okkupationen rückgängig gemacht waren, sollten die Direktoren einstweilen die Verwaltung weiter führen. In Regensburg erweckten die Verhandlungen von Haugwitz in Paris in den Kreisen der Komitialgesandten die Illusion, als ob man sich mit dem Schicksal ihrer Standesgenossen beschäftige. Dann wieder schien ihnen ein neuer Krieg das einzige Mittel, ihre Reichsunmittelbarkeit zu retten. Dagegen verschloß sich Dalberg den Gründen nicht, die für die Auflösung des reichsunmittelbaren Adels sprachen; aber er hielt für billig, daß sie ihre Privatrechte behielten, soweit dieselben mit der Souveränität der anderen Herren vereinbar waren. Er wünschte ihnen unter der schützenden Ägide ihrer neuen Herren dieselbe Sicherheit und Gerechtigkeit, die sie unter dem Reich besaßen. Mit seiner Fürbitte glaubte der Erzkanzler „in dem großmütigen Herzen Napoleons zu lesen“.

In Regensburg urteilte Bacher, Frankreich habe im Elsaß schon lange die Ketten abgestreift, die den Adel daselbst an den deutschen Kaiser banden. Der Reichsrezeß ging noch weiter; aber

so lange der Ritterstand bestehen blieb, mußten auch die Beziehungen des Elsasses zum Reich fortbestehen, und das machte ihm Sorgen. Mit ähnlichen geteilten Gefühlen vernahm Otto in München von den Vertretern aus dem schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Kreis sowie von den westfälischen Grafen den Wunsch nach einer neuen Organisation, deren politische Vorteile ihm zweifelhaft, ja verdächtig erschienen. Die Anregung, die von einer Österreich nahestehenden Seite, dem Fürsten Metternich, ausging, ließ der Vermutung Raum, daß man damit im schwäbischen Kreis nur die französische Allianz durchbrechen wolle. Eine wirklich nützliche Einrichtung schien dagegen dem französischen Staatsmann eine Vereinigung der Fürsten am Rhein und in Franken zu sein, die etwa Kleve, Berg, Nassau, Darmstadt, Leiningen, Isenburg, Hohenlohe umfassen konnte und in dem Herzog von Kleve und Berg ihr natürliches Oberhaupt gefunden hätte. Nach reiflicher Erwägung fand Otto kein Projekt geeigneter zur Erweiterung des französischen Einflusses als dieses, dessen Verwirklichung von allen beteiligten Fürsten mit Freude begrüßt worden wäre und am Rhein eine undurchdringliche Barrière geschaffen hätte, wie Schwaben von den drei süddeutschen Souveränen gedeckt war. Der Gesandte schloß sich dabei enge an eine Denkschrift an, die ihm noch vor dem Preßburger Frieden ein deutscher Staatsmann und Publizist (Gagern?) überreicht hatte, und die ein System vorschlug, zu dem die Staaten von Nassau, Fulda, Wied, Solms, Aschaffenburg, Isenburg, Leiningen, Salm-Reifferscheidt, Löwenstein-Wertheim, Erbach und Hohenlohe sich vereinigen konnten, um ihre Organisation der Neubildung Deutschlands anzupassen, ihre politische Existenz Frankreich nützlich zu machen und von ihren alten Formen zu erhalten, was ihre Stellung zu festigen im stande war. Es fehlte nur das Haupt zu diesem Bunde; die Eifersucht zwischen den Staaten ersten, zweiten und dritten Rangs erlaubte den letzteren nicht, ihre Rechte den neuen Souveränen im Süden anzuvertrauen. Es schien von Bedeutung, daß dieses Haupt durch persönliche Tatkraft und eine glänzende Vergangenheit sich in das erforderliche

21*

Ansehen setzen konnte, so daß man in kleinen Dissidien nicht immer der Vermittlung Frankreichs bedurfte, das zu sehr mit der hohen Politik beschäftigt war. Als der Reichstag Ende März die Anzeige erhielt, Prinz Murat trete als Herzog von Kleve und Berg in den deutschen Reichsverband ein, da schien der natürliche Mittelpunkt für diese Union gefunden. Auf das erste Zeichen, meinte Otto, würde sich ein Kreis bilden, den man Rhein- und Mainkreis nennen könnte, und in welchem dem Herzog von Kleve die Würde eines Direktors und Feldmarschalls zugefallen wäre. In ähnlicher Weise waren die Herzoge von Württemberg die Feldherrn im schwäbischen Kreise, die Markgrafen von Brandenburg in Franken, die Landgrafen von Hessen am Oberrhein. Fruchtbarkeit und Anhänglichkeit der Bewohner an ihre Regierung zeichnete diese Landstriche aus; in diesen Gegenden bezogen die Höfe von Wien und Berlin ihre besten Soldaten. Frankfurt hätte als Hauptort des Kreises den Sitz der Abgeordneten und eines gemeinsamen Bundestribunals an Stelle des Wetzlarer Kammergerichtes gebildet und aufgehört, Stapelplatz der englischen Waren zu sein; im Falle einer neuen deutschen Kaiserwahl befand sich der Wahlort direkt unter französischem Einfluß. Die Aufstellung eines zweiten Direktors als Vorsitzenden der Bundesversammlungen in der Person des Erzkanzlers konnte nur zur Hebung des Ansehens beitragen. So hätte der ganze Rest von Deutschland mit Ausnahme von Würzburg eine Vormauer gegen die Angriffe Österreichs gebildet, das vielleicht einige Jahre noch in der Erinnerung an seine Opfer und an seine einstige Größe auf Böses sinnen mochte. Allmählich werde es sich schon überzeugen, daß es seine ungarische Bevölkerung, die durch Berührung mit barbarischen Nationen viel Wildheit und Ignoranz bewahrt hatte, zivilisieren müsse, um den alten Glanz wiederzugewinnen, den mehrere Fürsten seines Hauses früher in Spanien, Belgien, Italien und Deutschland erborgt hatten.

Was von diesen Vorschlägen Frankfurt betrifft, sollte im Rheinbund später theoretisch verwirklicht werden. Dagegen hatte sich die Union, die von dieser Stadt den Namen trägt, im Jahre

1805 bescheiden zurückgehalten; im März 1806 trat ihr der Graf Solms-Wildenfels, im Mai der Fürst von Wied-Runkel bei und man entschloß sich zu gemeinsamen Schritten in Paris. Am 25. April überreichte dort in ihrem Auftrag der Vorsitzende, Fürst Karl von Isenburg, die Wünsche der Mitglieder in Form einer Note. Man begehrte persönliche Unabhängigkeit im einzelnen und als Gesamtheit eine ähnliche Souveränität, wie sie den Königen von Bayern und Württemberg und dem Kurfürsten von Baden im Frieden von Preßburg gewährt wurde. Außer einem Bundesgericht sollte eine Armee von 10—12000 Mann zu gemeinsamer Verteidigung unterhalten werden, was bei einer Gesamtbevölkerung von 1932000 Einwohnern und einem Gebiete von 786½ Quadratmeilen nicht allzu schwer schien. Dieses Truppenkorps sollte wie die Heere der süddeutschen Mächte dem erhabenen Beschützer ihrer politischen Existenz zur Verfügung stehen. Während bei diesem Plan das Oberhaupt durch Stimmenmehrheit erst gewählt werden mußte, waren die Fürsten und Stände in Schwaben in ihrer Bitte an den Kaiser vom 11. Juni um einen gemeinsamen Mittelpunkt nicht mehr verlegen. Sie wünschten nicht nur Sicherheit ihrer politischen Existenz und Fortgenuß ihrer Regalien, sie lehnten auch jede Suzeränität oder Landeshoheit der drei großen Höfe über die Ritterbesitzungen ab. Die Lehen, welche sie ohne engere Beziehung zu ihren besonderen Gebieten unter österreichischer Oberhoheit besessen hatten, sollten ihnen anheimfallen und alle Ansprüche unzulässig sein, die sich auf das droit d'épave gründeten. Die Note schließt: Die Fürsten und Stände von Schwaben wünschen zu derselben Zeit die Absichten des Kaisers über die innere Organisation ihrer vereinigten Staaten kennen zu lernen; ohne indessen der Meinung Napoleons vorgreifen zu wollen, haben sie Grund, zu glauben, daß eine Assoziation unter den Auspizien des Erzkanzlers des Deutschen Reichs seine Absichten in der bürgerlichen und militärischen Verwaltung erfüllen wird. Dalberg, der von diesen Schritten natürlich vorher unterrichtet war, scheint dieses Ansinnen gar nicht unerwünscht gekommen zu sein. Er erwiderte darauf,

keine Schritte unternehmen zu wollen, die nicht vorher die Billigung des Kaisers gefunden hätten, die nicht der Verfassung des Reiches entsprächen und geeignet wären, unter den Mitständen die Eintracht zu erzielen, die zum Glücke Deutschlands so notwendig schien; er glaube aber immer alles unterstützen zu müssen, was recht und billig und mit seiner Stellung vereinbar sei. Auch der Fürst von Thurn und Taxis erbat seine Vermittlung für die Fortdauer der Reichsposten unter den Auspizien Karl Theodors: die Einheit der Posten brachte große Vorteile, den Einzelstaaten aber erwuchsen nach seiner Meinung keine nennenswerten pekuniären Opfer.

Karl Theodor äußerte selbst über solche Bitten und Wünsche ganz zutreffend, er sei früher nur ein schwankes Rohr gewesen, zu schwach, um Nutzen stiften zu können; aber seit einem Monat habe er eine Stütze. Diese Stütze war sein Koadjutor — der Kardinal Fesch. Unmittelbar nach seiner Rückkehr von München nach Regensburg legte Karl Theodor, der in Projekten eine geradezu ungeheuerliche Fruchtbarkeit entfaltete, Hédouville den Plan einer provisorischen Verfassung Deutschlands vor, das Werk seines Ministers Albini. Danach sollte Frankreich im Süden, Preußen im Norden den Frieden garantieren; in Streitigkeiten sollten die dabei interessierten Höfe selbst Schiedsrichter wählen. Ein Artikel ermächtigte den Erzkanzler, der sich schon seit einem Jahre mit der Wahl eines Nachfolgers beschäftigte, dem Papst und den garantierenden Mächten zur Auswahl den böhmischen Minister auf dem Reichstage, Grafen Stadion, den Bruder des Vizekanzlers, und den Kanonikus Grafen Sternberg als Koadjutor vorzuschlagen. Hédouville ging auf diesen Plan nicht weiter ein, der ihm keine Aussicht auf Verwirklichung zu haben schien. Aber in München, wo man der Ankunft des päpstlichen Nuntius Conte della Genga zur Regelung der Koadjutorfrage und zum Abschluß eines Konkordats mit Besorgnis entgegensah, hätte man unter allen Umständen statt der beiden ganz unter österreichischem Einfluß stehenden Kleriker lieber einmal einen bayerischen Metropoliten auf dem Regensburger Bischofsstuhle gesehen, wenn es nicht gelang, die Stadt gänzlich

an Bayern zu bringen. Als man daher in Paris für die Würde eines Koadjutors den Baron Frauenberg, Kanoniker in Regensburg, oder Baron Rechberg, Kanoniker in Passau und Regensburg, in Vorschlag brachte, legte Talleyrand zwar den bayerischen Bedenken keine Bedeutung bei, aber von den Dalbergischen Vorschlägen, meinte er, könne aus anderen Gründen keine Rede sein. Auf seine weitere Frage, warum man denn nicht den Prinzen Karl Theodor als Kandidaten bezeichne, wies Cetto auf die Unmöglichkeit für den Prinzen hin, dieses Benefizium mit dem der Ehe zu vereinigen, doch der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, man könne das in Rom schon durchsetzen. Tatsächlich hatte die Kurie keine Schwierigkeiten bereitet, ihm als Koadjutor für das Großpriorat des Maltheserordens ihre Stimme zu geben. In Württemberg schien man diesen Vorschlag gutzuheißen gegen die Zusage, die schwäbischen Kommanderien nur württembergischen Untertanen zu geben; nur mit Baden konnte man sich nicht verständigen.

Der Reichsdeputationshauptschluß hatte 1803 den Johanniterorden in Deutschland bestehen lassen und ihm sogar für einen Teil seiner Verluste Entschädigungen bewilligt. Die Kurfürsten von Baden und Württemberg hatten dann die Besitzungen dieses Ordens als gute Beute erklärt. Nach dem Kriege von 1805 belegten sie die Güter dieser Körperschaft mit Sequester; ihr Ziel schien zu sein, ihr nicht nur ihre Entschädigungen nicht zu restituieren, sondern den Orden in ihren Landen zu unterdrücken oder wenigstens zu isolieren. Diese Maßregel entsprach, wie man sich in München nicht verhehlte, den Grundsätzen einer gesunden Politik, aber sie entsprach nicht den geschriebenen Verträgen. Darum hatte Max Joseph unter Zustimmung des Kaisers für seinen zweiten Sohn das Großpriorat angenommen, weil sonst die enttäuschten Mitglieder sich in den Schoß des Wiener Hofes geworfen hätten; man dachte dabei wohl, dem wittelsbachischen Hause den Besitz des Großpriorats der Maltheser in ähnlicher Weise zu sichern, wie das Großmeistertum des Deutschen Ordens den Habsburgern anheimgefallen war. Napoleon befand sich den bayerischen Vorschlägen

zu Gunsten des Ordens gegenüber in einer eigentümlichen Lage. In Italien und überall, wohin die französischen Waffen gekommen waren, war der Maltheserorden im Auftrag des Kaisers abgeschafft und seine Güter mit Sequester belegt worden. Der Preßburger Friede ließ den drei Souveränen die Möglichkeit, in ihren Staaten alles zu tun, was sie für erlaubt hielten, und unmöglich konnte sie Napoleon zur Erhaltung einer Körperschaft zwingen, die er selbst in seinen Staaten abgeschafft hatte. Er befahl daher Talleyrand in diesem Punkte Stillschweigen, bis die Verhältnisse geklärt seien. Als aber Reitzenstein die badischen Reklamationen zum Siege geführt und Cettos Frau von Prinzessin Stephanie erfahren hatte, daß der Kaiser dem Kurprinzen von Baden beträchtliche Einkünfte aus den Gütern des Maltheserordens anwies, sprach sich Napoleon auch vor Gravenreuth und Cetto unzweideutig aus: man müsse den Maltheserorden als erloschen betrachten, als nutzlose Einrichtung; man habe ihn in Amiens noch erhalten, weil England sich zu keiner anderen Verfügung verstand; gegenwärtig seien von allen Religiosen die Malthefer die lächerlichsten; die anderen könnten im Dienste der Religion und der Krankenpflege verwendet werden, aber die Johanniter hätten keinen Zweck mehr; es sei daher das einfachste, die Kommanderien zu unterdrücken, indem man den einzelnen möglichst wenig zu leide tue. Bayern habe keine Piraten und Korsaren zu bekämpfen, sagte er zu Gravenreuth, und könne die Einkünfte des Ordens besser anwenden. So wurde durch königlichen Erlaß vom 8. September 1808 in München die Aufhebung des Ordens verfügt.

Der zwölfte Artikel des Preßburger Friedens überließ dem Hause Österreich die Rechte, Domänen und Einkünfte, die vor dem Kriege von Mergentheim, dem Hauptorte des deutschen Ordens, abhingen, und alles, was zur Zeit der Auswechslung der Bestätigungsurkunden zum Großmeistertum gehörte. Die übrigen Besitzungen verblieben den drei Höfen, obwohl der Orden den Hofrat Ulrich nach Paris schickte, alle bis zum 1. Januar sequestrierten Besitzungen zurückzuerlangen. Am 18. Februar ließ

Kaiser Franz II. das Großmeistertum durch den Freiherrn von Hügel in Besitz nehmen; am 22. März übergab er es seinem Bruder, Erzherzog Anton Viktor. Erst im Kriege 1809 erlag das Meistertum, das schon 1806 aufhörte, ein geistliches Wahlfürstentum zu sein, dem Ansturme Württembergs.

Inzwischen hatte Karl von Dalberg am 19. März neue Vorschläge zur Formation seines Domkapitels nach Paris abgehen lassen. Die Wahl eines Koadjutors wird darin sehr heilsam bezeichnet in einer Zeit, wo die deutsche Kirche beinahe gänzlich umgestürzt wurde durch die Säkularisation der kirchlichen Fürstentümer, wo mehrere Stühle vakant waren, wo die Neuordnung der Kirche durch das Konkordat vollzogen werden sollte und das neue System Zeit brauchte, sich zu entwickeln und zu stärken. Das vorgeschrittene Alter des Metropolitans, heißt es im dritten Artikel, läßt wenig Hoffnung, dieses Werk zu vollenden. Es ist zu wünschen, daß die Wahl eines Koadjutors, der die notwendigen Eigenschaften eines Metropoliten vereinigt, der durch Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und Sittlichkeit das Vertrauen des heiligen Stuhles und der deutschen Kirche verdient, in seiner Eigenschaft als künftiger Erzkanzler die Zustimmung seiner Mitstände und der Mächte erlangt, die auf das Geschick Deutschlands Einfluß haben. Wie groß auch das Verdienst der Mitglieder des Kapitels sei, es wäre schwer, eine vollständige Zustimmung zu erhalten, da sich die Mitglieder nicht genau untereinander kennen. Daher wird der Vorschlag gemacht, der Papst solle den Nachfolger bezeichnen, und wenn Seine Heiligkeit aus Mangel an Personalkenntnis diesen Ausweg abschlage, könnte sich der Metropolit nicht weigern, wenn er darum gebeten würde, weil er den Zustand Deutschlands, seiner Kirche, seines Klerus und die Personen, die ihn bilden, kennt, und nicht denselben Grund zur Ablehnung hätte. In seinem Begleitschreiben macht der Kurfürst als die ausgezeichnetsten Kleriker in Deutschland Stadion, Sternberg und seinen Freund Baron Wessenberg namhaft; die Meinung des Kaisers werde seine Entschließung bestimmen. Talleyrand war indessen der Ansicht, daß es mit der

Organisation des Kapitels und der Lösung der Koadjutorfrage noch viele Weile haben werde, bis die anderen deutschen Angelegenheiten geordnet wären, und Baron Sternberg, der sich zu Verhandlungen über diese Gegenstände nach Paris begab, mußte sich dort bescheiden zurückhalten. In Regensburg aber wartete der Kurfürst mit Bangen auf eine Entscheidung. Sein Gesandter, Baron Beust, hatte in den Tuilerien instruktionsgemäß zu versichern sein Herr beziehe nur die Hälfte der durch Reichsgesetz ihm zugesprochenen Renten; er fordere weder bestimmt Frankfurt noch Stadtamhof noch ein anderes Objekt, das einem Mitstande gehöre; das wäre seinen Pflichten als Reichskanzler zuwider. Ein Tauscherbieten von Regensburg und Aschaffenburg sei ihm unerwünscht, da er sich glücklich schätze, für beide Städte zu sorgen; er ziehe den Titel Kurfürst-Erzkanzler dem eines weltlichen Kurfürsten vor. Nachdem die Kurfürstentümer von Trier, Köln und Mainz verschwunden waren, der Fortbestand von Hannover ungewiß war und Salzburg in drei Jahren nicht mehr existierte, müsse doch sein — Dalbergs — Kurstaat bestehen bleiben, weil er an die deutsche Verfassung gebunden sei; seine Ehre und sein Charakter fordere Konsequenz in seinen Grundsätzen, wenn er auch über alle diese Gegenstände nicht seiner eigenen Überzeugung folgen könne. Diese Instruktion stimmte wörtlich zu seinen Reden, aber möglicherweise wollte er unter der Einwirkung seiner Ratgeber seine Reklamationen als indirekte Zumutungen verschleiern. Nun schien allerdings die Ausführung der früheren Bestimmungen über den Rheinschiffahrtsoktroi in Paris auf Widerstand zu stoßen; der Kurfürst von Hessen bot Dalberg an, ihm Aschaffenburg abzukaufen, worauf dieser geantwortet haben soll, wenn er etwas zu verkaufen hätte, nicht an einen Mitkurfürsten, aber an eine große Macht, könne es nur sein Suzeränitätsrecht über Hessen sein, das sich von der Mainzer Kirche herleitete. Die Aspirationen Bayerns nach Regensburg oder wenigstens nach der Koadjutorie, die auch Österreich gern besessen hätte, waren Dalberg nicht unbekannt, auf Preußen schien kein Verlaß, vielleicht ließ ihn selbst Napoleon fallen. Solche Bedenken,

die von seiner an der Erhaltung des Kurstaats interessierten Umgebung genährt wurden, trieben Karl Theodor schließlich so weit, daß er Mitte April plötzlich Hédouville erklärte, betroffen von der beständigen Schwäche des deutschen Reichskörpers und ungewiß über die Fortdauer seiner Existenz, sehe er nur ein Mittel, die religiöse und politische Verfassung Deutschlands zu erhalten, wenn Kardinal Fesch die Koadjutorstelle übernehme. Er wolle diese Idee reifen lassen, dann könnten seine Münchener Noten — also die Absetzung des Kaisers Franz nach Herstellung einer französischen Majorität im Kurkolleg — verwirklicht werden. „Napoleons Genie beschränkt sich nicht darauf, das Glück Frankreichs zu schaffen, schrieb er gleichzeitig am 19. April an den Kaiser; die Vorsehung gewährt den überlegenen Mann dem Weltall. Die schätzbare deutsche Nation seufzt in dem Elend der politischen und religiösen Anarchie; seien Sie, Sire, der Wiederhersteller seiner Verfassung. Hier sind einige Wünsche, welche die Lage der Dinge diktiert hat. Der Herzog von Kleve werde Kurfürst und erhalte den Rheinoktroi auf dem ganzen rechten Rheinufer — dieses scheinbar großmütige Opfer war in der Tat wertlos, da Joachim schon am 13. April dem Erzkanzler mitgeteilt hatte, daß er ihm denselben nicht lassen könne —; der Kardinal Fesch sei mein Koadjutor; die für zwölf Reichsstände auf den Oktroi gelegte Rente erhalte eine andere Grundlage. E. K. K. Majestät wird in Ihrer Erhabenheit beurteilen, ob es dem allgemeinen Wohl nützlich ist, diese Ideen zu verwirklichen, ob irgend ein ideologischer Irrtum in dieser Beziehung mich täuscht. Das Herz bezeugt mir zum wenigsten die Reinheit meiner Absichten."

Talleyrand zweifelte bei der Lektüre dieses Briefes, ob sein Inhalt der Ausdruck festen Willens und reiflicher Erwägung oder der Niederschlag einer nur vorübergehenden Anwandlung war. Es schien ihm daher nötig, ehe er die Aufmerksamkeit des Kaisers darauf lenkte, sich durch folgenden Vorschlag Gewißheit zu verschaffen. Hédouville hatte als seine eigene Idee dem Kurfürsten vorzuschlagen, ob es nicht für Deutschland nützlicher wäre, wenn

dieser allen Einwürfen begegne, indem er statt eines einfachen Vorschlages den Kaiser vor eine bereits abgeschlossene Verpflichtung stelle. Er, der Gesandte, sei ohne Instruktion für einen Vertrag, aber wenn Dalberg es auf sich nehme, ihn zu unterzeichnen, wolle Hédouville auf eigene Gefahr einen solchen schließen, mit zwei Artikeln, in deren einem Napoleon dem Kurfürsten den Besitz seiner Länder und die Ausführung des Reichsrezesses hinsichtlich des Oktroi gewährleiste, während im zweiten Dalberg sich zur Wahl des Kardinals Fesch verstünde. Gleichzeitig durfte der Gesandte Dalberg für seine Familie mit Hoffnungen erfüllen, wenn er aber Ausflüchte gebrauchte, sollte er einen Bericht über seine Pläne an seinen Hof verweigern. Karl Theodor bat nach diesen Eröffnungen zunächst um vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit; er meinte, mit einem förmlichen Vertrag würden die kanonischen Regeln überschritten, das sei Simonie; er riet nach langen Tiraden, Hédouville möge statt seiner mit Fesch verhandeln. Eine Akte mit solchen Phrasen nahm der Minister nicht an; er entwarf einen Vertrag, den Karl Theodor auf Zureden von Albini und dem Weihbischofe Freiherrn von Kolborn am 6. Mai unterzeichnete; auf seine Bitte wurde ihm nur statt eines Monats eine „möglichst kurze Frist" eingeräumt, die Anerkennung seiner Eminenz zu erlangen. Um das Geheimnis zu wahren, überbrachte Fénélon persönlich das Abkommen nach Paris.

Dalberg konnte es kaum erwarten, bis die Ratifikation Napoleons, der bei diesem Anlaß den Eifer und die Klugheit Hédouvilles anerkannte, eintraf; trug er doch, wie er dem Kaiser schrieb, die teure Überzeugung in seinem Herzen, daß die eminenten Verdienste des künftigen Erzkanzlers wesentlich auf das Glück Deutschlands einwirken würden. Nachdem er dem Kaiser und dem Papst seinen Schritt mitgeteilt, hatte er die bodenlose Dreistigkeit, in seiner Anzeige an den Reichstag am 27. Mai sich seinen schamlosen Entschluß zum Verdienste anzurechnen. Offenherziger schrieb sein Minister Albini nach München, die aus einer Anzahl schwacher Fürsten bestehende Reichsversammlung suchte immer einen mächtigen Fürsten

an ihre Spitze zu bringen. So wurden der Reihe nach die Häuser Sachsen, Franken, Schwaben, Luxemburg und Habsburg auf den Thron gehoben. Da das letztgenannte Haus keinen Schutz mehr biete, wende man sich an den Kaiser: „Wir haben keinen Prinzen zu etablieren, keine Prinzessin zu verheiraten; wir haben den einzig möglichen Entschluß gefaßt ...." Das Regensburger Domkapitel dankte der Vorsehung und den eminenten Eigenschaften des Kurfürsten, „daß die Kirche von Regensburg in dem Unwetter der letzten Zeiten nicht das Los so vieler anderer Kirchen gehabt hat". Kühler antwortete das Aschaffenburger Kapitel, auf das die Unzufriedenen gezählt hatten, am 4. Juni: nachdem die Umstände es nötig machten, daß sich Dalberg unmittelbar an den Papst wandte, bleibe dem Kapitel nur übrig, für die gemachte Eröffnung zu danken. Von Wien hatte Dalberg sich keiner weiteren Antwort versehen nach einer Mitteilung des Reichsvizekanzlers, er werde die Notifikation dem Kaiser unterbreiten; da äußerte Kaiser Franz II. am 18. Juni in ernstem Zorn sein Erstaunen, daß der Kurfürst Erzkanzler mit willkürlicher Voraussetzung seines reichsoberhauptlichen Beifalles auf dem Wege der Diktatur bereits dem Reich von seinem Entschluß Kenntnis gab. Der Herr Erzkanzler kenne die Verfassung zu genau, als daß es nötig wäre, ihm ins Gedächtnis zurückzurufen, „was wegen Handhabung der althergebrachten Statuten der deutschen Erz- und Hochstifter der westfälische Frieden festgesetzt," desgleichen, was der Deputationsschluß bestätigt habe und die Wahlkapitulation dem Reichsoberhaupte zur Pflicht mache. Obwohl sein Verhalten, wie man selbst in Regensburg in vertraulichen Zirkeln hören konnte, nach Kirchen- und Reichsrecht gleich verwerflich war, suchte der Verräter am Vaterlande sein Gewissen zu übertäuben durch einige spitzfindige Bemerkungen, die er über die Antwort des Kaisers zu Papier brachte. Kardinal Fesch selbst, „dieses würdige Subjekt, dessen Geschlechtsvorfahren sich schon im 15. und 16. Jahrhundert in öffentlichen Diensten deutscher Lande ausgezeichnet haben," verstand sich erst nach langen Weigerungen zu der ihm zugedachten Rolle. Er versprach seinem Chef, die

Gültigkeit der Oktroikonvention auch für Kleve und Berg zu erwirken, und suchte dort die Reichsposten und mit ihnen die Erzkanzellariarrechte über dieselben zu erhalten. Auch ließ er sich von Napoleon die Erhaltung der Reichsverfassung versprechen, soweit sie nicht durch den Preßburger Frieden geändert worden war. Gleichzeitig machte aber der Ausländer, der kein Wort Deutsch verstand, in seinen Reden kein Hehl daraus, die Fortdauer der augenblicklichen Anarchie in Deutschland und die Beschützung der Kleinen auf Kosten der Großen liege in Frankreichs Interesse. Das einzige Gute, das man in der Betrachtung der schmachvollsten Episode der deutschen Geschichte wahrnimmt, ist dies, daß sich die Erwartungen zum Glück nicht erfüllten, die man an die Person dieses ultramontanen Heißsporns knüpfte, der mit der Kirchenpolitik seines kaiserlichen Neffen nur zu oft in Fehde lag.

Über den Eindruck, den die Koadjutorwahl hervorrief, schreibt Otto: „Obgleich Europa seit einigen Jahren, besonders seit dem letzten September, an das Außergewöhnliche glaubt, gibt es keine Nachricht, die mehr Erstaunen hervorrief als die Erklärung auf dem Reichstag. Nie wurde eine Verhandlung geheimer geführt, der vertrauteste Diener des Erzkanzlers kannte sie ebensowenig wie der niedrigste Assessor in Regensburg.“ Durch die Wahl wurde ganz Deutschland in zwei Lager gespalten. Die Schwachen und die Kleinen beglückwünschten sich, die Großen verbargen ihre Erbitterung gegen Dalberg nicht und warfen ihm vor, Deutschland seinen Interessen geopfert zu haben. Der Kurfürst von Kassel stand hier vor einem Rätsel, das er lange nicht begriff, als es ihm der österreichische Minister Wessenberg mitteilte; in Baden fürchtete man, die Katholiken hätten nun eine mächtige Stütze erhalten und die Dotierung der Bischöfe müsse nun infolge des Konkordats durch die Landesherrn erfolgen. Montgelas befand sich um so mehr unter dem Eindruck einer gewaltigen Sensation, als er bestimmten Anlaß hatte, den Heimfall von Regensburg an Bayern zu erwarten, der nun ausgeschlossen schien. Das Ansehen des Erzkanzlers war in München schon vorher so gesunken, daß man ihm wegen der

Verzögerung einer Ehedispens mit Sperrung seiner Einkünfte drohte. Zwischen den Ministern der Großen und Kleinen kam es nun zu ärgerlichen Auftritten. In Regensburg herrschte unter der Bürgerschaft große Trauer, der protestantische Teil der Bevölkerung sehnte sich nach bayerischer Herrschaft, die Geistlichkeit und was mit ihr zusammenhing, bezeugte eine unbändige Freude. Auch Leute, bei denen man Unzufriedenheit und Mißbilligung hätte erwarten können, wie Sternberg, fanden den Entschluß weise; Stadion scheint schon vorher auf seine Kandidatur verzichtet zu haben. In den Kreisen der Vaterlandslosen, die dachten: patria est ubi bene est und darum auch anständigen Franzosen verächtlich vorkamen, schien das Beispiel Dalbergs sogar Nachahmung zu finden. Der Wunsch vieler Bewohner Nürnbergs war, einen französischen Prinzen als Burggrafen zu bekommen oder unmittelbar unter den Schutz des Kaisers zu treten; die Frankfurter wären mit einem ähnlichen Los sehr glücklich gewesen. Karl Theodor aber zog es vor, um Skandal zu meiden, auf den Brief von Franz II. nicht mehr zu antworten und auf der Insel Wöhrd sich scheu verborgen zu halten. Er habe sich losgemacht von allen Beziehungen seiner Familie zum Ritterstande, beschönigt Bacher seine Isolierung, und über das ungestüme Schreien seiner nächsten Anverwandten erhoben, indem er seiner Überzeugung folgte. Deutschland hat sein Aussehen verändert, schreibt Otto, aber nicht seinen Charakter. Das österreichische Haus behauptete sich nur solange auf dem deutschen Thron, weil es aus den traurigen Lehren Nutzen zog, die ihm die fränkischen und schwäbischen Kaiser hinterließen, mit Geschick die Interessen der kleinen Dynasten schonte und ihnen mit unermüdlichem Eifer die festeste Stütze gegen die Großen bot. Das sei anders geworden mit dem Tode Maria Theresias ... Zwei Monate haben zuletzt genügt, Österreich seine vornehmsten Anhänger zu entfremden; sie fordern eine neue Verfassung, das heißt die Garantie ihrer Existenz von dem mächtigsten und edelsten Fürsten Europas. Das Interesse wird auf lange hinaus das Unterpfand ihrer Treue sein, wie es unter den schwachen Kaisern oder Tyrannen das einzige Motiv ihres Abfalls war.

Elftes Kapitel.

Anbahnung der Entscheidung in Paris.

Mit dazugezählt werden, das hieß leben; dabei übergangen werden, hieß Untergang. Thiers.

Das Jahr 1806 gehört zu den arbeitsreichsten der französischen Politik. Der Krieg mit England war noch nicht beendigt, der Friede mit Rußland nicht geschlossen. In Italien waren die Bourbonen abgesetzt, dem Papste sollte eine französische Schutzherrschaft aufgenötigt werden, Holland und die Schweiz harrten gleich Deutschland auf eine neue Verfassung. Die Pforte wurde in das Bereich der französischen Interessen gezogen; ein Bündnis der Tuilerien mit dem Sultan und dem Schah von Persien zielte gegen Rußland. Das Mittelmeer französisch, die natürlichen Grenzen, die Oberhoheit über Deutschland: das waren die Lieblingspläne der alten Monarchie und die glänzenden Ziele der Konventsherrschaft, die Napoleon nun im Begriffe stand, zu verwirklichen. Ich will die Rolle spielen, die Kardinal Richelieu bei seinen Lebzeiten Frankreich vorgezeichnet hat, sagte der Imperator einmal zu Lucchesini. Das glänzendste Denkmal dieser expansiven Politik ist die Correspondance de Napoléon Ier; die eigenen Mitarbeiter bewunderten aber an dem Kaiser weniger die Universalität und die Tiefe seines Geistes, als die Schlagfertigkeit desselben und die Stärke seiner Aufmerksamkeit. „Wenn ich immer bereit erscheine, auf alles zu antworten und alles zu tun, sagt er selbst, rührt das daher, weil lange, ehe ich etwas unternehme, ich darüber nachgedacht habe und vorhergesehen, was eintreten könnte. Es ist kein Genius, der mir

plötzlich entschleiert, was ich in einem den anderen unerwarteten Augenblick zu tun und zu sagen habe, es ist meine Reflexion, meine Überlegung." „Ich arbeite immer, beim Essen, im Theater; in der Nacht erwache ich um zu arbeiten." Man hat mit Recht den persönlichen Anteil hervorgehoben, den Napoleon an der Gründung des Rheinbundes nahm. „Ich habe nicht die Gewohnheit, meine politische Meinung im Rate anderer zu suchen", schrieb er einmal an Prinz Eugen, und nach seinen Karten und statistischen Tabellen wurde von ihm selbst das Los der einzelnen Fürsten geprüft. Doch wäre nichts verkehrter als die Annahme, als ob er speziell in den deutschen Angelegenheiten alles nach eigenem Gutdünken entschieden hätte, ohne seine Minister zu hören. Die ersten Anregungen zu einem Plan gingen sehr oft vom Kaiser selbst aus; nicht selten waren sie auch die Frucht seiner Unterredungen mit Talleyrand oder der ihm vorgelegten Denkschriften. Nur in rein militärischen Fragen entschied der Monarch allein, manchmal auch, nachdem er seine Generale gehört hatte. Beruhte aber eine Entscheidung auf längeren Vorbereitungen, handelte es sich um Gegenstände, die zu längst festgelegten politischen Maximen in Beziehung standen, um Fälle, denen der Kaiser zwar eine gewisse Teilnahme, aber keine hervorragende Wichtigkeit beimaß, so wurde das letzte Wort nie gesprochen ohne vorherigen Bericht des Ministers, wenn dieser nicht ganz freie Hand behielt. Zwei Umstände festigten den Einfluß Talleyrands; seine Gewandtheit hatte wiederholt verwickelte Fragen einer glücklichen Lösung entgegengeführt, die durch die Überstürzung und Leidenschaft des Kaisers gefährdet worden war; dann aber wußte er seine Meinung meist in einer Weise zu vertreten, die ihr bei seinem Gebieter Eingang verschaffte: bald ließ er seine Ideen in dem Haupt des Cäsars gleichsam eine zweite Auferstehung feiern, bald ließ er sie eine zeitlang fallen, um bei Gelegenheit in anderer Form auf sie zurückzugreifen, oder er bediente sich dritter Personen, die seine Anschauungen für ihre eigenen ausgaben. Zur Vorbereitung der Rheinbundsakte zog der Minister als Mitarbeiter Labesnardière und Pfeffel heran. Ersterer,

der als Divisionschef nunmehr Durants Stelle inne hatte, war unter den pères de l'oratoire fast klösterlich alt geworden und lebte damals mit einer Schwester zusammen, die ihn pflegte. Dem edlen Sonderling waren die gemeinsten Dinge des Lebens fremd geblieben; nur in Wissenschaft, Weltweisheit und Arbeit war er heimisch. Ein launischer Hypochonder, verband er doch einen klugen Verstand mit einem wohlwollenden Herzen. Er empfand die Redaktionen, zu denen er die Hand bieten mußte, als eine Schmach für sein Jahrhundert und voll Verachtung gegen den förmlichen Kuhhandel, den deutsche Pygmäen um ihre Existenz trieben, wies er Geldmittel mit Entrüstung zurück. Der Elsässer Pfeffel, ein Bruder des Fabeldichters, der durch Talleyrand von der Emigrantenliste gestrichen worden war, bildete einen gewissen Ersatz für Matthieu; ohne förmliche Anstellung bezog er aus der Kasse des Departements der auswärtigen Angelegenheiten einen anständigen Sold als Lohn für seine wertvollen Dienste. Jovial und klug, mit der Redseligkeit des Alters begabt, — er stand schon in den Achtzigern — war er unerschöpflich im Erzählen von Anekdoten und Geschichten aller Zeiten. Von ihm holte sich Labesnardière in verwickelten Fragen Rat, und aus seiner engen Dachstube in der rue Grenelle gingen die schonendsten Bestimmungen der Rheinbundsakte hervor. Die Sympathien, die man diesen beiden Gehülfen, deren Einfluß jedoch nicht überschätzt werden darf, in gewissem Grade entgegenbringen darf, verdienen andere Beamte des Ministeriums, auch Talleyrand selbst, nicht. Wie sein Departement selbst in den Stürmen der Revolution am konservativsten geblieben ist, so hielt man dort auch an den „Schmiralien" und „Handsalben" des alten Régimes fest, obwohl der Kaiser selbst auf Redlichkeit und Unbestechlichkeit seiner Beamten großes Gewicht legte. Wenn aber damals Trinkgelder und diplomatische Geschenke nach dem Wort des Historikers Montgaillard wie Börsengeschäfte verhandelt wurden, so tragen auch die deutschen Fürsten ein gut Teil Schuld daran. „Ich weiß wohl, daß wir jetzt unsere Würde als Deutsche kaum geltend machen dürfen", schreibt Gentz; „dafür

haben unsere Regenten gesorgt.“ Da ließ sich ein Franzose von einem deutschen Dynasten 200000 Flaschen Champagner um enormen Preis abkaufen, ein anderer ließ sich einfach eine halbe Million und mehr zahlen. Der hessische Gesandte Malsburg bot dem französischen Beamten St. Foy für gewisse Zugeständnisse 200000 Livres an; dieser antwortete, die Sache sei nicht möglich und die für die Kurwürde versprochenen 200000 Livres seien noch nicht bezahlt. Flugs ging nun von Kassel diese Summe mit dem Bemerken ab, der Kurfürst sei zu weiteren zwei Millionen Livres bereit, wenn er neben dem Königstitel einen Teil der hannoverschen Lande und das darmstädtische Gebiet bis an den Rhein erhalte. Der preußische Gesandte Lucchesini versprach, Frankfurt an Hessen zu bringen, wenn man ihm eine Million anvertraue. Der Herzog von Mecklenburg ließ sich für 120000 Friedrichsd'or versichern, wußte es aber durch russischen Einfluß dahin zu bringen, daß ihm zwei Drittel davon später erlassen wurden; auch Hamburg zahlte einige Millionen Mark. Der Kurfürst von Baden gab unter anderem dem General Clarke eine Tabatière; der Frau Talleyrand schickte er eine Mlle. Pianta als Gesellschafterin. Für Württemberg übernahm Talleyrand auf eigene Rechnung die Vermittlung einer Anleihe, die man in Holland nicht hatte erhalten können. „Ich vermute, Wintzingerode wendet Mittel an, die ich bisher E. M. zu ersparen hoffte,“ schreibt Cetto nach München. Dort klagte man, daß man bei der in ganz Europa sprichwörtlichen Bestechlichkeit in der Umgebung des französischen Ministeriums nach dem Vorgehen der übrigen Diplomaten dem Gesandten freie Hand lassen mußte; aber man gebot ihm eine gewisse Sparsamkeit und Vorsicht, die eine Steigerung zuließ. Im April bat Talleyrand um den Hubertusorden, den er früher hatte ausschlagen müssen, da er damals für den preußischen schwarzen Adlerorden in Betracht kam und der Kaiser an seinem Hofe jeden seiner Diener nur mit einer einzigen ausländischen Auszeichnung geschmückt sehen wollte; dieselbe Verfügung verhinderte ihn damals, eine portugiesische Dekoration anzunehmen. Als aber der badische Hof verschiedene seiner

Auszeichnungen an Personen gab, die schon fremde Orden trugen, erhielt Talleyrand auf seine Bitte am 4. Mai das Band des Hubertusordens unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß das Streben, ihn bald damit geschmückt zu sehen, eine reichere Form der Verleihung ausschloß. Auch der Unterrock spielte bei den Verhandlungen mehrfach eine Rolle. Die Kaiserin ließ sich den Schutz des Hauses Hohenzollern, Nassau und der Fürsten besonders angelegen sein, welche geneigt waren, mit ihrer Familie sich zu verbinden; des Kaisers Schwester arbeitete so eifrig für die Vergrößerung des Staates ihres Gemahls Joachim, daß Napoleon ihr einmal entgegenrief: Mais vous parlez, comme s'il était question du partage de feu roi notre père. Wie zur Zeit des Rastatter Kongresses, während der Verhandlungen nach dem Luneviller Frieden und des Mainzer Fürstentags traten auch während der Vorbereitungen zur Umgestaltung Deutschlands 1806 jene für den Historiker unfruchtbaren Begleiterscheinungen zu tage, die dem Gefühl der Unsicherheit und vielleicht noch mehr dem Bedürfnis der Zeitgenossen nach Sensation entsprangen. Ich meine jene Art politischer Kannegießerei, die sich am besten mit dem „Kibitzen" beim Kartenspiel vergleichen läßt. Während selbst einem Manne wie Otto die allgemeine Politik, deren Fäden allein Talleyrand in der Hand hielt, so undurchdringlich vorkam, daß es ihm unmöglich war, auch nur Vermutungen darüber aufzustellen, waren die Agenten gerade der kleinsten deutschen Fürsten, ebenso unwissend als dreist, eifrig bedacht, die Gemüter mit abenteuerlichen Nachrichten in Atem zu halten, und während die französischen Blätter unter dem Einfluß einer strengen Zensur nur spärliche, aber fast immer authentische Mitteilungen brachten, die in den interessierten Kreisen wie Offenbarungen wirkten, öffneten die meisten deutschen Zeitungen unbedenklich den seltsamsten Einfällen ihre Spalten, da die eintönige Meldung von Besitzergreifungen und den dabei gehaltenen schönen Reden ihre Leser auf die Dauer nicht zu befriedigen vermochte. Die Mannigfaltigkeit ihrer Kombinationen brachte es freilich mit sich, daß solche Gerüchte manchmal der Wahrheit nahe kamen. Da

hieß es, das Land zwischen Bodensee, Iller und Donau solle einen eigenen Staat bilden und die drei Höfe würden ihre Entschädigung anderswo finden, andere vereinigten das Land unter einem französischen Landamann mit der Schweiz, die dann wiederum dem Fürsten Borghese zugedacht war; wieder andere redeten von einem neuen Kreis unter einem deutschen oder französischen Direktor. In Berlin waren einige einfältig genug, zu glauben, die Düsseldorfer Galerie werde Preußen restituiert und eine französische Armee dauernd nach Bayern verlegt werden; in Regensburg wartete man auf die Übergabe eines Teilungsplanes, wie es 1803 geschehen war.

Bei dieser Unsicherheit ist es erklärlich, wenn König Friedrich von Württemberg im April selbst den Wunsch hegte, sich nach Paris zu begeben; nur seine Krankheit hielt ihn davon ab. Auch fürchtete er, seine Reise könnte unter den damaligen Umständen interessiert erscheinen und ihm das Ansehen eines Bittstellers geben; ferner wirkten Bedenken der Etikette mit, wenn der König von Bayern sich zu demselben Schritt entschlossen hätte. Nicht minder gern als sein Vater hätte sich der Thronfolger Friedrich Wilhelm an den französischen Hof begeben, um den üblen Eindruck mancher Regierungshandlungen, die er mißbilligte, dort zu zerstören. Allein der König forderte ihm sein Ehrenwort ab, mit Frankreich nicht zu korrespondieren, und wie sehr Didelot im Unrecht war, bei der zunehmenden Spannung zwischen Vater und Sohn, die oft zu lächerlichen Auftritten führte, seine Hoffnung auf den künftigen Inhaber des Throns zu setzen, geht aus gewissen Äußerungen des letzteren hervor; in seiner Unzufriedenheit über das Los seiner Heimat führte er in einer Gesellschaft über Napoleon Reden, wie sie sonst öffentlich nur der englische Kriegsminister Windham im Parlament sich gestattete. Glücklicher als er war der Kurprinz Karl von Baden, der bis kurz vor dem Abschluß des Rheinbundes in Paris weilen konnte. Er nahm teil an den Sitzungen des Staatsrats, erhielt von einem Professor der polytechnischen Schule Unterricht in der Mathematik und erfreute sich der beson-

deren Teilnahme des Kaisers. Reitzenstein, der seinen Kollegen Dalberg immer mehr von den Geschäften verdrängte, was zwischen beiden zu gereizten Auseinandersetzungen führte, gab dem Erbprinzen in sachkundigen Denkschriften vortreffliche Belehrung, aber die Verschlossenheit seines Wesens verhinderte schon damals eine gedeihliche Verwendung desselben im Interesse seines Vaterlandes. Im Gegensatz zu ihm zeichnete sich der bayerische Kronprinz durch großen Freimut aus, den Napoleon mit einem gewissen Grad von Herzlichkeit erwiderte. Auch ihm wurde auf der Fürstenbank Zutritt zum Staatsrat gewährt, eine ausführliche Denkschrift orientierte ihn über die französische Verwaltung, und die reichen Kunstschätze der Hauptstadt boten ihm wertvolle Anregung. Auch hatte er — vor den eigentlichen Verhandlungen — wohl Gelegenheit, sich mit dem Kaiser über deutsche Verhältnisse zu unterhalten, wobei seine Sachkenntnis und Reife des Urteils auffiel, doch wurden die politischen Beziehungen zu Frankreich durch diesen Aufenthalt nicht fester geknüpft. Im Gegenteil! Im Verkehr mit deutschen Landsleuten faßte Ludwig eine tiefe Abneigung gegen die dortige Regierung, der Teilnahme am Krieg gegen Preußen wußte er sich durch eine Reise nach Spanien zu entziehen, und als er im Januar 1807 endlich in Berlin eintraf, war sein erster Gang zu Schadow, eine Büste des alten Fritz zu bestellen.

In dem Précis der Kriege des Marschalls Turenne sagt Napoleon in der achten Beobachtung: „Die französischen Armeen wurden von diesen kleinen Fürsten des deutschen Reichskörpers immer zum besten gehabt. Es wäre Frankreich nützlicher gewesen, wenn Deutschland mit Ausnahme von Österreich und Preußen in drei andere Monarchien geteilt worden wäre von hinlänglicher Macht, um ihr Gebiet zu verteidigen, ihre Neutralität zur Anerkennung zu bringen, und den Ehrgeiz Österreichs, Preußens, ja selbst Frankreichs in Schranken zu halten; denn diese Macht, die wir durch den Rhein und die Alpen begrenzt annehmen, kann nur in Italien ein Interesse haben, sich einzumischen. Wenn die Halbinsel monarchisch wäre, würde das Glück Europas fordern, daß sie

eine einzige Monarchie bilde, welche das Gleichgewicht zwischen Österreich und Frankreich und auf dem Meer zwischen Frankreich und England hielte". Noch während seines Aufenthaltes in Deutschland 1806 sprach er wiederholt davon, die kleinen Fürsten müßten ihre Selbständigkeit verlieren und nur ihre Güter behalten; es dürfe in Zukunft höchstens etwa ein Dutzend Souveräne in Deutschland geben. Am 24. Januar war er in Paris eingetroffen, am 23. Januar war sein großer Gegner Pitt gestorben. Nun sollte sein Bruder Joseph in Neapel als König einziehen; der alte Staat der Bourbonen, das Königreich Italien, wo sein Stiefsohn Eugène saß, die Schweiz, die gleich dem vorigen schon in der Münchener Bundesakte genannt war, und Holland, wo große Veränderungen bevorstanden, waren neben den süddeutschen Bundesgenossen zu Provinzen des französischen Reiches ausersehen. Zur Vollendung des von Sieyès und dem Wohlfahrtsausschusse begonnenen Werkes, zur Wiederaufnahme der Traditionen Mazarins diktierte der Kaiser am 30. Januar für Talleyrand eine Note, wonach in Deutschland fortan nur neun größere Staaten bestehen sollten. Er ging dabei aus von der Vergrößerung Preußens, wodurch dasselbe zwar Rußland, aber auch Frankreich gefährlicher wurde; es schien ihm darum ein großer Fehler, den Staat der Hohenzollern weiter um sich greifen zu lassen. Zwangen aber die Umstände, sein Wachstum zu dulden, so mußte ein Gegengewicht geschaffen werden in einem neuen Staat, der durch seine geographische Lage und durch Familienbeziehungen sich dem französischen System einfügte; damit war das Herzogtum Cleve und Berg gemeint, und später trat das Königreich Westfalen in den Dienst der gleichen Idee. In den Bereich des neuen Fürstentums konnte Hessen-Darmstadt und Münster einbezogen werden; auch von der Vernichtung der Hansastädte und kleinen Reichsfürsten sowie des Deutschen Reiches ist, wenigstens hypothetisch, die Rede. Ganz Schwaben sollte unter die drei süddeutschen Höfe aufgeteilt werden; was für Darmstadt und den neuen Souverän in Düsseldorf günstig lag, konnte den Einfluß Frankreichs vermehren. Preußen, Sachsen,

Hessen-Kassel, Österreich sollten allein (außerhalb des französischen Machtbereichs) noch übrig bleiben.

Verschiedene Umstände verzögerten die sofortige Ausführung dieser Ideen: die Haltung des Berliner Kabinettes, das den Schönbrunner Vertrag nur bedingt annahm, die Streitigkeiten unter den drei süddeutschen Höfen und Separatverhandlungen mit verschiedenen Fürsten. Der Widerspruch Preußens wurde durch die Konvention vom 15. Februar zum Schweigen gebracht, in der Friedrich Wilhelm für alle Opfer in territorialer, politischer und kommerzieller Beziehung kein weiteres tatsächliches Zugeständnis erlangte, als daß die Besetzung Hannovers durch französische Truppen jetzt rückgängig gemacht ward. Die nächste Etappe zur Verwirklichung der Reorganisation Deutschlands war die Ernennung von Napoleons Schwager, dem Marschall Joachim Murat, zum Herzog von Cleve und Berg, durch Dekret vom 15. März 1806. Am 17. März hielt der neue Fürst seinen feierlichen Einzug in Düsseldorf, wo er bald in Konflikte mit seinen Nachbarn geriet. Er besetzte die Abteien Essen und Werden, später auch Elten, die 1802 dem Berliner Hofe als Entschädigung zugesprochen worden waren. Man berief sich darauf, daß durch den Pariser Vertrag das Herzogtum Cleve von Preußen abgetreten sei, und daß die drei Abteien kürzlich in Rücksicht auf ihre landständische Vertretung und Steuerverfassung mit Cleve vereinigt worden seien. Das war in der Tat auf einem Landtag in Hamm am 7. Februar geschehen. In Wirklichkeit aber erfolgte die Besitznahme nur, weil die Einwohner von Berg die reichen Kohlenlager im Gebiete der drei Abteien nicht entbehren konnten. Das Zerwürfnis zwischen Frankreich und Preußen, das aus dieser von Napoleon selbst verurteilten Gewalttätigkeit seines Schwagers entsprang, wurde erst Ende April beigelegt.

Von Nassau vereinigte der auf Vergrößerung seines Staates so sehr erpichte Herzog Murat als Enklaven von Berg Deutz, Vilich und Königswinter mit seinem Staat. Mit den Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg kam am 12. März ein Vertrag

zu stande, vermöge dessen sie die der Stadt Mainz gegenüber und auf der Petersinsel liegenden Gemeinden Castel und Kostheim mit aller Oberherrlichkeit an Frankreich abtraten. Als Brückenköpfe für die Festung Mainz waren diese Punkte von äußerster Wichtigkeit, weshalb Napoleon für ihre Erwerbung einen Teil der Schulden übernahm, die auf den dem Hause Nassau durch den Reichsdeputationsschluß zugewiesenen Landen ruhten. Indem die Fürsten ohne weiteres Äquivalent nicht nur Castel und einen Strich von 500 Klafter, sondern ein sechsmal so großes Gebiet, als man gefordert hatte, und Domänen mit einer Einkunft von jährlich 30 000 Gulden abtraten, erwarben sie sich ein besonderes Anrecht auf das Wohlwollen des Kaisers und wegen ihrer Nachgiebigkeit gegen Herzog Murat warf sich auch Talleyrand zu ihrem Beschützer auf. Gagern, der auf beunruhigende Meldungen des Geschäftsträgers Fabricius im Frühjahr nach Paris geeilt war, wurde von dem Minister sehr wohlwollend aufgenommen; eingeladen, seine Wünsche geltend zu machen, forderte er am 23. April für das Gesamthaus Nassau als eines der ältesten Häuser Europas die gleiche Behandlung, die Baden widerfuhr: es sollte souveräner Staat und die Hauptmacht zwischen Main und Sieg, Hessen und Rhein werden, den Schutz Frankreichs und die Befreiung von jeder fremden Garnison genießen. Für diese Vorteile zog Nassau-Weilburg eine intime Allianz mit Frankreich und seine Protektion jeder anderen Verbindung vor, indem es der Vernunft und der historischen Tradition seiner Vorfahren folgte; es verpflichtete sich, im Kriege ein Regiment Infanterie zu stellen — Nassau-Usingen hatte nur ein paar schwache Bataillone —, die Festungen Königsstein und Marburg in stand zu halten und die Einführung englischer Waren zu verbieten.

In Kassel schwankte der Kurfürst nach wie vor zwischen Preußen und Frankreich hin und her. „Selbst Soldat — mit diesen Worten beglückwünschte Wilhelm Napoleon zu seinem Siege bei Austerlitz — kann ich vielleicht besser als ein anderer alles beurteilen, was E. M. Großes und Unerhörtes, will sagen Un-

glaubliches getan hat.“ Dankbar ist Napoleon gegen seine Bundesgenossen, pflegte er zu sagen; er springt ihnen nicht nur in Gefahren bei, sondern er lohnt auch noch großmütig die erlittene Unbill. So suchte er, ohne seine Freundschaft mit Preußen aufzugeben, sich Frankreich wiederum zu nähern, als seine in anderm Zusammenhang erwähnten Vorschläge in Berlin zurückgewiesen und seine Beziehungen zu England abgebrochen waren. Am 14. März überreichte sein Minister Malsburg in Paris Talleyrand als unbestimmte „Ideen über eine vollständige Reorganisation des deutschen Reichs“ zwei Noten, die an demütigen Phrasen kriechender Schmeichelei und an Dreistigkeit der Forderungen hinter den ärgsten Blüten nicht zurückstehen, die sich die späteren Mitglieder des Rheinbundes geleistet haben. „Schon seit langer Zeit ist die Verfassung des Deutschen Reichs in den Augen aufgeklärter und vorurteilsfreier Leute nicht mehr als haltbar erschienen, heißt es in der einen ... dem Monarchen, der Europa in Gleichgewicht hält, und die Hälfte davon reorganisiert hat, scheint es vorbehalten, Deutschland eine Verfassung zu geben, die geeignet ist, ihm eine bleibende und feste Stellung zu gewinnen. Napoleon der Große hat die Grundlagen vorgezeichnet. . .“ Baden sollte bis zum linken Mainufer und bis Würzburg vergrößert, die Staaten im obersächsischen Kreis zwischen Preußen und Sachsen aufgeteilt werden; Preußen durfte sich des Besitzes der beiden Mecklenburg, Braunschweigs, vielleicht auch Schwedisch-Pommerns und — mit zwei Ausnahmen zu gunsten Hessens — Hannovers bis zum linken Weserufer erfreuen. Hessen sollte sich gegen das Eichsfeld, Mühlhausen, die Herzogtümer Eisenach und Meiningen bis zum Main ausdehnen, auf der anderen Seite bis zur Ruhr und den Grafschaften Marck und Lippe; es hätte dadurch eine Bevölkerung von 1800000 Seelen erlangt und wäre als Königreich am Niederrhein Frankreichs Nachbar und Bundesgenosse geworden. Für die Herzoge von Mecklenburg und Braunschweig bot sich in Westfalen eine Entschädigung mit je 600000 Einwohnern. Der zweite Entwurf enthält eine Reihe von rechtlichen Voraussetzungen, die nicht

minder unmöglich sind. Da das neue Königreich Württemberg seine politische Existenz dem Landgrafen Philipp von Hessen verdankte, der durch den Frieden von Kadan 1534 Herzog Ulrich seine Lande garantiert hatte, konnte man in Kassel wohl die Königswürde beanspruchen, aber man war sich wohl bewußt, daß derselben ein geringer Wert zukam, solange man noch dem Reichsverbande angehörte. Das überaus vorsichtige Verhalten der hessischen Militär- und Zivilbeamten bewahrte die Länder des Kurfürsten vor dem militärischen Druck, dem Süddeutschland damals ausgesetzt war; offenbar wollte Napoleon auch dadurch Wilhelm für sich gewinnen. Am 18. April richtete Talleyrand an Malsburg die Anfrage, ob sein Herr sich mit Frankreich durch eine förmliche Allianz wie die Könige von Bayern und Württemberg verbinden wolle. Jetzt war es Baron Waitz, der mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse empfahl, Frankreich eine allgemeine willfährige Erklärung zu geben, gleichzeitig aber eine nähere Freundschaft mit Preußen und Sachsen zu pflegen. Dagegen hielt sein Kollege Baumbach die Allianz mit den Tuilerien für besser als das Bündnis mit Preußen. Als dann Malsburg am 24. Mai den Entwurf einer Defensivallianz in Vorschlag brachte, wofür sein Gebieter eine angemessene Gebietserweiterung, besonders durch die Hansastädte und die deutschen Ordensbesitzungen erwartete, hatte Talleyrand daran allerhand zu bemängeln; er las den Entwurf, legte ihn zu seinen Papieren und schwieg über den Inhalt. Damit waren die Verhandlungen abgebrochen; Napoleons Mißfallen hatte es erregt, daß Preußen den Engländern seine Häfen wiedergeöffnet hatte und der Kurfürst von Kassel auf seine Würde als preußischer Feldmarschall nicht verzichten wollte.

Von allen größeren norddeutschen Territorien, deren Selbständigkeit nachher erhalten blieb, war zu Anfang 1806 keines in seiner Existenz so sehr bedroht wie Hessen-Darmstadt. Die Note Napoleons vom 30. Januar hatte über dasselbe zu gunsten des neu zu errichtenden Staates verfügt. Augereau verließ zu Ende Januar und Anfang Februar die von ihm besetzten Gegenden und

Marschall Lefèbvre folgte ihm nach; Landgraf Ludwig, dem Charakterfestigkeit, persönliche Würde und Intelligenz nachgerühmt wird, hatte sich früher Österreich oder Preußen angeschlossen, aber auch er mußte sich jetzt vor Frankreich beugen. In Gießen wurden Verhandlungen angefangen, die im März durch August Wilhelm von Pappenheim in Paris wieder aufgenommen wurden; man besorgte die Stadt Darmstadt zu verlieren und bemühte sich eifrig, daß Stadt und Land dem Hause erhalten bleibe. Der Landgraf bot darum für die Stadt Frankfurt, die Kurwürde und andere Vorteile eine Defensiv- und Offensivallianz an. Man verweigerte ihm Frankfurt, begnügte sich mit einem geringeren Kontingent, als er zu stellen bereit war, und versprach seine Standeserhöhung in Erwägung zu ziehen; jedenfalls wurden alle Nachteile jenes ersten Länderplanes und andere politische Spekulationen abgelenkt und die Verhandlungen zu einem Ziele geführt, das Hessens Existenz rettete.

Weniger glücklich verliefen die Verhandlungen Frankreichs mit Württemberg, die den Beitritt Friedrichs zur Münchener Bundesakte bezweckten. Die württembergischen Randbemerkungen zu dem Vertrag, die Wintzingerode am 20. Januar Talleyrand übersandte, und die im wesentlichen gegen die geplante Mediationskommission in Paris, gegen die Kompetenz des Reichstags und der Reichsgerichte und gegen die Zulassung weiterer Fürsten zu der Akte ohne vorherige einmütige Zustimmung der Bundesmitglieder gerichtet waren, fand Napoleon insofern beachtenswert, als er die Zulassung der kleinen Reichsstände beschränken wollte. Im übrigen schien ihm ein schleuniger Abschluß mit Württemberg nach dem Vorgange der beiden anderen Südstaaten wünschenswert und die vorgeschlagene Vermittelung wenigstens für die ersten Jahre ersprießlich. Als dann in einer Konferenz am 3. März Talleyrand den Beitritt Friedrichs von neuem forderte, erklärte sich Wintzingerode zur Unterzeichnung bereit nach Einschaltung von vier Zusatzartikeln, wonach die Mediation nur für die ersten Jahre Geltung haben sollte; die Entscheidungen des Kaisers sollten ausschließlich den ver-

bündeten Ministern mitgeteilt werden; außerdem bestand man darauf, daß eine Erweiterung des Bundes nur in gemeinsamem Einverständnis erfolgen dürfe und nur Streitigkeiten unter den Alliierten vor dem Pariser Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden könnten. Am 30. März verzichtete Wintzingerode auf eigene Gefahr hin auf den ersten Artikel und willigte in die Zulassung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt als Mitglied ein. Noch zweimal brachte er diese Modifikationen dem Minister in empfehlende Erinnerung, zuletzt am 10. April mit einem neuen Projekt, dessen Hauptbestimmungen der Kaiser selbst in einem Briefe vom 2. Februar für zulässig erklärt hatte. Aber seit der Entscheidung über den Otto'schen Plan, die in diesen Tagen gefallen war, legte man in Paris diesen Verhandlungen keinen Wert mehr bei, die französische Politik geriet in ein anderes Fahrwasser, und bald erhielt Wintzingerode von den veränderten Anschauungen des Kaisers aus dessen eigenem Munde Kenntnis.

Schon als Talleyrand von den Absichten Ottos erfuhr, hatte er die Besorgnis geäußert, wenn dieser dem Rekrutierungsrecht, das die Bundesakte den neuen Souveränen zusprach, die hohe Polizei und die Gerichtsbarkeit hinzufüge, sei die Selbstherrlichkeit der kleinen Dynasten zu beschränkt, und sie hätten keine Garantie ihrer Sicherheit mehr. Am 21. März schrieb er dem Gesandten, er hatte noch keine Zeit, den Plan genauer anzusehen und die Einzelheiten zu prüfen; er habe sich nur überzeugt, daß es eine gewaltige Arbeitsleistung sei. Bei der Prüfung des Projektes, die in den ersten Apriltagen beendet sein mochte, fand er an den dort vorgeschlagenen Demarkationslinien fünferlei auszusetzen. Sie waren keine natürlichen Grenzen, wie Gebirge und Flüsse, welche alle Reibungen ein für allemal aus der Welt geschafft hätten; sie zerrissen die Besitzungen einzelner Fürsten, die sie unter verschiedenen Einfluß brachten; sie setzten Württemberg zwischen Bayern und Baden, den Verkehr zwischen beiden Ländern unterbrechend, und vervielfältigten die Berührungspunkte des Stuttgarter Hofes mit den beiden andern, wodurch auch die Streitigkeiten vermehrt wurden,

die immer aus unmittelbarem Kontakt der Besitzungen entsprangen. Auch blieb Württemberg am Bodensee begütert, was früher oder später Frankreich gefährlich werden mußte; denn es schien Talleyrand wichtig, daß man sich jederzeit ohne Hindernis durch Schwaben nach Tirol ausdehnen könne. Eine weitere Schwäche des Planes war, daß die Tauschgeschäfte künftigen Evaluationen vorbehalten blieben; damit waren die Schwierigkeiten nicht beseitigt, sondern nur hinausgeschoben.

Der Kaiser hatte gewünscht, daß die drei Verbündeten in dem deutschen Bunde blieben, daß also der schwäbische Kreis durch Reichsrecht geleitet werde. Die Neuregelung dieses Landes, wie sie Otto empfahl, war aber dem Reichsgesetz äußerst gefährlich, ja mit ihm unvereinbar. Das Reichsgesetz hatte die Kreistage geschaffen, die das Projekt beseitigte. Nicht zufrieden mit der Unterdrückung der Kreistage, wies Otto die Befugnisse dieser Körperschaft und die Rechte des Kreisdirektors einem einzelnen Fürsten zu. Talleyrand sah darin einen ungeheuerlichen Despotismus, der dadurch nicht geringer wurde, daß er gegen sogenannte souveräne Fürsten sich richtete, daß seine Träger nicht einmal gegen die eigenen Untertanen eine so bedeutende Macht entfalten konnten. Den kleinen Fürsten war das Recht genommen, die Gesetze auszuführen, die sie selbst gegeben hatten; sie waren Souveräne und doch fremder Gerichtsbarkeit unterworfen; wer sollte außerdem einen Kriminalkodex für Fürsten machen in Deutschland? In der Tat, das Leben eines Privatmannes in einer großen Monarchie war dem Schatten einer Souveränität vorzuziehen, die mehr Gefahren als Nutzen brachte. Diese Unklarheiten kamen daher, weil Otto widersprechende Eigenschaften zu vereinigen suchte, weil er nicht einsah, daß man nicht zugleich Souverän und Untertan sein kann. Wie die Verhältnisse einmal lagen, mußte man den Fürsten ihre Souveränität entweder nehmen oder lassen; ein drittes gab es nicht. Nahm man den kleinen Reichsständen ihre Souveränität und trennte man den schwäbischen Kreis von dem Deutschen Reich, so hielt es Talleyrand für weise, im Süden Württemberg das linke

Donauufer zur Grenze zu geben und im Osten das rechte Ufer der Wörnitz. Der südliche Teil sollte an Bayern und Baden verteilt werden, so daß die Riß und die Schüssen die gemeinsame Grenze bildeten. Aber der Minister hielt es nicht für die Absicht des Kaisers, den schwäbischen Kreis aus dem Reichsverband loszulösen, und die Erhaltung der kleinen Herren schien ihm für Frankreich viel vorteilhafter als ihre Vernichtung. Zwei von diesen Fürsten waren mit dem preußischen Hofe blutsverwandt, ein dritter Friedrich Wilhelm verschwägert; andere hatten Familienbeziehungen zu verschiedenen europäischen Dynastien. Außerdem bestand die Gefahr, daß das in Schwaben gegebene Beispiel in anderen Gegenden Deutschlands Nachahmung fand, und das hätte Frankreich vielleicht einmal bedauert. „In der Größe und Macht eines Staates gibt es nichts Absolutes. Was die Schwäche von Deutschland ausmacht, ist die Teilung seines Gebietes in so viele Staaten, und Frankreich hat kein Interesse, diese Teilung in den ihm zunächstliegenden Gegenden zu beseitigen". Die Aufteilung dieses Besitzes unter die drei Verbündeten verschaffte Frankreich nur indirekte und geringe Vorteile; dagegen verpflichteten sich die Fürsten im Falle ihrer Erhaltung, sich unter den Schutz des Kaisers zu stellen, ihn zum Schiedsrichter zu wählen, ihm auf eigene Kosten 2000 Fußsoldaten und 6000 Pferde zu stellen. Die Hälfte davon sollte im Frieden, die ganze Zahl im Kriege Napoleons Fahnen folgen. Auch wollten diese hochadeligen Herren einen Teil ihrer Zeit am französischen Hof verbringen, um so nicht nur den Glanz desselben durch ihren Rang und ihre Geburt zu erhöhen, sondern auch einen Teil ihrer Einkünfte in Frankreich zu verzehren. Das waren keine eitlen Kombinationen, die anwesenden Vertreter dieser Herren waren bereit, solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen. In diesem Falle hätte man nur die getrennten Besitzungen vereinigen und ihre Unterbrechung durch fremde Staaten beseitigen müssen. Darum sollte Württemberg im Osten Ansbach und das Fürstentum Öttingen, im Süden das Fürstentum Neuburg, das Gebiet von Ulm und das linke Donauufer, im Westen die von

Clarke gezogene Demarkationslinie, die Herrschaft Hausen und den badischen Kurstaat zur Grenze haben, während im Norden alles beim Alten blieb. Dadurch hätte der König 93 Quadratmeilen, 86 000 Einwohner und 405 000 Gulden Einkünfte erhalten, während er seine südlich der Donau gelegenen Besitzungen mit 84 Quadratmeilen, 75 000 Untertanen und 280 000 Gulden Einkünften verlor. Für die Abtretung von Wiesensteig, Verzicht auf seine Rechte auf die Herrschaft Rechberg und die Stadt Buchhorn hätte Bayern Altorf und die Abtei Wiblingen erhalten, Baden hätte seinen Anspruch auf Tieffenbrunn, die Herrschaft Schemerberg, Biberach, Pfullendorf und die Abtei Salmannsweiler für die Herrschaft Hausen und die Grafschaft Hohengeroldseck aufgeben müssen; der Zuwachs Bayerns auf diese Weise betrug 4—5000 Einwohner, der Badens 2800 Einwohner. Die kleinen Fürsten konnten durch die Rückerstattung ihrer von Österreich okkupierten Erbgüter dauernd dem österreichischen Einfluß entzogen werden. Alle diese Bestimmungen waren durch Vertrag zur Annahme zu bringen, oder durch ein Dekret zu befehlen. Da die Münchener Verhandlungen zu keinem Ziele führten, konnte Napoleon hier ein Machtwort sprechen kraft seiner Autorität als allgemein begehrter Schiedsrichter.

Mit seiner Kritik des Otto'schen Planes hatte Talleyrand die Ideen des Kaisers erraten. „Ich kann ihn nicht annehmen," schreibt Napoleon am 10. April, „weil er das, was mich direkt angeht, zusammenwirft mit dem, was mich nur indirekt angeht. Was mich direkt angeht, ist die Ausführung des Preßburger Vertrags und die Besitzanweisung der österreichischen Länder, die heute von meinen Truppen besetzt sind oder als besetzt angesehen werden. Es bieten sich hier zwei Schwierigkeiten, die eine zwischen Württemberg und Baden, die andere zwischen Bayern und Württemberg. Die württembergisch-badische Frage ist bekannt; ich kann sie augenblicklich entscheiden, weil das Haupthindernis durch die Arbeit des Generals Clarke behoben worden ist. Die Frage zwischen Bayern und Württemberg hätte durch M. Otto gelöst werden sollen. Aber ich sehe, daß er es nicht getan hat und sich mit Gegenständen beschäf-

tigt, die dieser Entscheidung fremd sind." Napoleon will daher durch einen über alle Bestechlichkeit erhabenen Kommissär die Grenzpfähle zwischen Bayern und Württemberg nach dem Geist des Friedensvertrages abstecken lassen, ähnlich wie es Clarke in Baden getan hatte; in einer Woche wollte er ein Dekret darüber unterzeichnen. Die Ausführungen des Kaisers über die Suzeränität über die Gebiete der kleinen Fürsten enthalten zugleich die Verwerfung der Korrekturen, die Talleyrand an den Otto'schen Plan gefügt hatte; das Urteil des Ministers und seines Herrn war hier ein entgegengesetztes. „Wenn man den kleinen Fürsten ihre Unabhängigkeit läßt, sagt der Kaiser, werden sie gegen Frankreich stimmen, weil sie Österreicher sind, oder weil sie zu viele Beziehungen zu Österreich haben, und weil man diese kleinen Fürsten mit den Souveränen von Bayern und Württemberg nicht wird versöhnen können. Das wahrhafte Interesse Frankreichs ist, daß das deutsche Reich sich nur mit Hilfe einer starken und mächtigen Leitung reorganisieren kann. Frankreich hat kein minder wahrhaftes Interesse daran, daß die drei einzigen Fürsten, welche seit der Revolution mit ihm gemeinsame Sache machen, reich belohnt werden. Ich bin nicht abgeneigt zu glauben, daß es dem System des Augenblicks gemäß sei, mit den drei Fürsten eine geheime Übereinkunft abzuschließen und ihre Staaten um 150—200000 Seelen zu vermehren, ohne auf meine Verantwortung dafür direkt zu intervenieren, kurz, sie unter sich machen zu lassen und ihnen die Nennung meines Namens zu verbieten. Durch dies Mittel würde der Fürstenrat einiger österreichischer Stimmen beraubt und somit eine neue Schwierigkeit für Herstellung von Stimmengleichheit zwischen Österreich und Preußen geschaffen. Die drei Fürsten würden während der ganzen gegenwärtigen Generation mir noch weit mehr zu Willen sein als jetzt, weil sie sich, da ich ihren Handlungen nicht öffentlich beistimme, in einer gewaltsamen Lage befinden; da ihre Usurpationen nur durch die Autorität des deutschen Kaisers sanktioniert werden könnten, so würde daraus folgen, daß sie stets genötigt wären, zu meiner Hilfe ihre Zuflucht zu nehmen,

und daß ich somit über die drei Kurstimmen verfügen würde. Dadurch wäre die deutsche Meinung geteilter, was Frankreich im ganzen günstig wäre. Es gibt jedoch Fürsten, wie den von Hohenzollern, welche nicht österreichisch sind; in meinem Interesse kann es liegen, sie zu schützen, ja auszubreiten, und durch alle geeigneten Mittel unter meinen Einfluß zu bringen. Man muß sich dabei nicht durch die Proteste der kleinen deutschen Fürsten bestimmen lassen, sie haben auch in Rastatt protestiert, und wir haben keine innerlich erbitterteren Feinde. Die Lage Europas läßt solch kleine Fragen nicht zu. Sie würden am ersten von Österreich selbst geopfert und den drei Souveränen angeboten, um den deutschen Geist jedesmal zu vereinigen, wenn es für seine Politik erforderlich erschiene. Wären meine Heere geschlagen worden, so hätte Rußland und Preußen ohne Zweifel Bayern an Österreich überlassen. Es gab Augenblicke während der Koalition, in denen Pitt sogar Hannover Preußen angeboten hat. Österreich, Rußland und vielleicht Preußen, vor allem aber England, fühlen sehr wohl, daß kein Opfer zu groß ist, um Frankreich zu erniedrigen. Überdies, sind die kleinen Fürsten nicht selbst ihrer Souveränität müde? hat man nicht den von Ansbach auf die seine um Geld verzichten sehen? In einem Jahrhundert, wo man nicht mehr auf seinen Gütern lebt, sondern im Dienste der großen Mächte steht, liebt man allein die Revenuen und bringt sie allein in Anschlag. Ziehen wir die Summe: in der Natur der gegenwärtigen Zustände ist es begründet, daß diese kleinen Fürsten sämtlich vernichtet werden. Vereint mit den drei uns verbündeten Souveräns, werden sie ihnen ein Regiment mehr stellen und im Deutschen Reich einen Geist heranziehen, verschieden von dem jetzt herrschenden. Selbst wenn sie für uns wären, würden diese Kleinen uns nicht eine schwache, ja lächerliche Hilfe bieten? Was den Norden Deutschlands angeht, so muß man einen andern Gesichtspunkt annehmen. Um übrigens meine Gedanken völlig zu fixieren, müssen Sie mir ein Détail über die kleinen Fürsten liefern, welche im Bereich der drei Souveräne sind, über ihre und ihrer Ahnen Beziehungen zu Österreich.

Es ist unmöglich, daß die Fürsten Metternich und Fürstenberg, die beide Österreicher sind, in Schwaben bleiben."

Diese Äußerungen Napoleons enthalten somit mehr als eine Verwerfung der Otto'schen Ideen, als eine Zurückweisung der Vorstellungen Talleyrands; sie bedeuten selbst eine gewisse Modifikation der Anschauungen, die der Kaiser noch am 30. Januar bekundet hatte. Die Tatsachen, auf die der verantwortliche Leiter der französischen Politik in seinem Bericht Bezug nahm, beruhen auf Unterhandlungen über einen Arrondierungsplan, in denen besonders der Vertreter des Hauses Fürstenberg, Präsident Kleiser, eine Rolle spielte. General Clarke prüfte nach der Erzählung dieses Mannes den Entwurf, den er als ausführbar und in militärischer Beziehung sogar als empfehlenswert ansah. Auf Irrtum beruht wohl die Erzählung des deutschen Unterhändlers, nur die Verhandlungen mit England und Rußland, die den Kaiser davon ablenkten, das langsame Arbeiten Pfeffels und die Uneinigkeit der schwäbischen Fürsten habe das Gelingen vereitelt. Möglich ist immerhin, daß Talleyrands Äußerungen zu solcher Annahme berechtigten; der Minister und seine politischen Freunde waren jedenfalls über das Scheitern ihrer Vorschläge sehr ärgerlich. Von der Notwendigkeit weiterer Veränderungen überzeugt, wollte er doch erst in das Geschehene mehr Bestand gebracht wissen; die Entscheidung in Berlin bedeutete für ihn einen unleugbaren Fortschritt, aber noch wollte er warten, bis die Geister sich mehr gemäßigt hätten. Es bedurfte einer längeren Vorbereitung, unter mehreren Plänen, die ausgearbeitet wurden, die richtige Wahl zu treffen; wollte man Österreich und Rußland in Deutschland nicht eine neue Kränkung bereiten, so galt es zu warten, wie sie die Ernennung Joseph Bonapartes zum König von Neapel und die weitern Äußerungen der napoleonischen Gewaltpolitik in Europa aufnahmen. So schien in den Tuilerien in den ersten Monaten 1806 als der Weisheit letzter Schluß, die Frucht langsam reifen zu lassen. Daß Napoleon vor der Souveränität der kleinen Herren keine Ehrfurcht hatte, war bei dem Sohne der Revolution nicht verwunderlich, der ohne

Scheu die großen Throne alter Dynastien umstürzte. Es sei schwierig, die kleinen Fürsten bestehen zu lassen, sagte er einmal zu Kronprinz Ludwig; vor der Räumung des Reichsgebietes durch seine Truppen müßten Demarkationslinien gezogen werden, um jede Unruhe fürderhin auszuschließen. Daß auf seine Anschauungen der bayerische Gesandte eingewirkt habe, ist schon darum unmöglich, weil der Kaiser ihn damals gar nicht sprach. In seinen Unterredungen mit Talleyrand mußte sich Cetto darauf beschränken, die Unhaltbarkeit der augenblicklichen Lage und die Widersprüche zwischen der neuen Souveränität und den alten Reichsgerichten und Reichstagen hervorzuheben; dafür erhielt er das Versprechen von dem Wohlwollen Napoleons gegen Bayern, von seiner Geneigtheit, dasselbe gegebenenfalls zu vergrößern, von der Absicht, den König in allen ihn direkt interessierenden Fragen zu verständigen. Auch Wintzingerode hatte bis Mitte April durch seine beständigen Forderungen und Beschwerden höchstens einen indirekten Einfluß auf die Willensmeinung des Kaisers geübt. Während Talleyrand wegen der Verhandlungen mit Rußland, Spanien, Neapel und England für die Gesandten der drei süddeutschen Höfe überhaupt nicht viel Zeit übrig hatte, erhielten diese über die in Arbeit befindlichen Pläne zur Regelung der deutschen Angelegenheiten durch verschiedene Beamte des Ministeriums Mitteilungen, die jedoch oft den Tatsachen nicht genau entsprachen oder Gegenstände betrafen, die längst von den maßgebenden Persönlichkeiten als abgetan angesehen wurden; außerdem waren sie zu ihrer Orientierung auf die französischen Zeitungen angewiesen. Dies wurde anders erst, als Wintzingerode in einer Audienz in St. Cloud am Sonntag den 13. April vor dem Theater um die Anerkennung des Grundsatzes einer Verteilung ganz Schwabens nachsuchte. Napoleon gestand dieselbe im Prinzip zu; er wollte keine Verfügung zum Nachteil der kleineren Reichsstände treffen, aber er hatte ihre Klagen satt und wollte nur mehr mit seinen Bundesgenossen zu tun haben. Aus diesem Grunde willigte er in eine Aufteilung des südlichen Deutschland unter die drei Höfe in für-

zester Frist, so daß diese zwischen Main, Rhein und Tirol eine unumschränkte Herrschaft ausüben könnten. Er wollte diese Teilung ratifizieren, ihre Ausführung mit seiner Armee beschützen und sie allenfalls garantieren. Da aber nach der Räumung von Cattaro seine Armeen aus Deutschland abberufen werden sollten, war möglichste Eile nötig. Dieser Aufteilung widersprachen nur Hessen-Darmstadt, dem es gelungen war, durch Verhandlungen seine Existenz zu schützen, und Würzburg, das durch den letzten Frieden dem Erzherzog Ferdinand eingeräumt war. Auch verbot der Kaiser aus dem früher dargelegten Grunde eine Schmälerung Hohenzollerns. Wintzingerode setzte auftragsgemäß von diesen Eröffnungen am nächsten Tage Cetto in Kenntnis, dem dieselben von Talleyrand bestätigt wurden. In einer zweiten Unterredung über die Prinzipien der Teilung am 15. April schlug der württembergische Gesandte seinem bayerischen Kollegen als Grundlage der Verständigung den Flächeninhalt und nicht die Bevölkerung vor. Cetto vernahm dies mit Mißtrauen, nicht minder wie daß Napoleon dem König Friedrich die in Ludwigsburg gegebenen Zusagen erfüllen wolle; im übrigen sprach Wintzingerode von der Bereitwilligkeit seines Hofes zu Tauschanerbietungen, von der Annäherung desselben an das Münchener Kabinett, die sich ohne Vorwissen Cettos eben in München vollzog. Gewiß war die Ausführung des ganzen Vorhabens leicht, solange Österreich in Ohnmacht beharrte; versäumte man den günstigen Zeitpunkt, so war alles verloren. Cetto vermutete daher, man werde in Stuttgart die Gelegenheit auf das ergiebigste ausnützen, um vielleicht doch Hohenzollern sich anzueignen. Die angegebene Frist von vierzehn Tagen schien dem Baron zu kurz für eine so schwierige Aufgabe, und Talleyrand räumte ein, man wolle nur jede Verschleppung damit ausschließen. Hinsichtlich der Form war Wintzingerode der Meinung, man müsse das Abkommen durch eine förmliche gemeinschaftliche Proklamation dem Regensburger Reichstag bekannt machen. Nach dem, was er so in Erfahrung gebracht, bat sich der bayerische Gesandte von seinem Hofe genaue Weisung aus, was sein Herr unter allen Um-

ständen begehre, und in welchen Punkten man etwa zur Nachgiebigkeit bereit sei.

Den badischen Gesandten Reitzenstein hatte Wintzingerode durch Graf Taube gleichfalls von seiner Audienz unterrichten lassen und darauf die Antwort erhalten, bis zum Eintreffen bestimmter Instruktionen möge man einen gemeinsamen Plan verabreden und sich vergewissern, wie weit man bei einem unter allen Umständen gesetzwidrigen Schritt auf die Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe. Talleyrand gab dem badischen Minister, der ohne seinen Beirat in wichtigen Angelegenheiten nichts unternahm, den guten Rat, sich nicht allzuviel von Württemberg eingreifen zu lassen, einer Konferenz mit Wintzingerode auszuweichen und mit einer guten Landkarte bewaffnet um eine Audienz zu bitten. Eilig warf daher Reitzenstein „Reflexionen" auf das Papier, in denen er die Annahme der Königswürde und beträchtliche Vergrößerungen, unter anderem durch Überweisung der Schweiz, erbat; begründet waren diese Ansprüche mit der Verwandtschaft zwischen den beiden Häusern. Indessen kam es durch die Schüchternheit des badischen Kronprinzen vorerst zu keiner Audienz. Bis zum Eintreffen ihrer Instruktionen einigten sich die drei Minister dahin, daß ihre Gebieter auf das kaiserliche Anerbieten eingehen würden; sie definierten den Begriff der Souveränität und suchten sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob sie bei Ausführung der Teilung bestimmte Unterstützung der französischen Armee erhoffen dürften, ob die kaiserlichen Minister in Wien und in Berlin ihre Ansprüche vertreten wollten und Bacher in Regensburg zu derselben Erklärung ermächtigt werde. Gleichzeitig mit einer Note, die als Resultat gemeinsamer Besprechungen diese Forderungen enthielt, überreichte Wintzingerode am 25. April ein zweites Schriftstück, indem er gestützt auf ein Versprechen des Kaisers, die württembergische Armee müsse auf 25000 Mann verstärkt werden, für seinen Gebieter einen Zuwachs von 570000 Seelen und 225½ Quadratmeilen begehrte. König Friedrich selbst hielt, als er von der Audienz seines Gesandten Kunde erhalten hatte, den Augenblick für gekommen, wo sich dem

Kaiser keine Hindernisse mehr in den Weg stellten, seine persönlichen Versprechungen wegen des Landes Fürstenberg zu erfüllen, so sehr er auch den der Erfüllung dieser Zusage ungünstigen Momenten zur Zeit des Abschlusses des Brünner Vertrags Gerechtigkeit widerfahren ließ. Talleyrand sollte darum die Minister der beiden anderen Höfe von dem kaiserlichen Versprechen benachrichtigen, durch dessen Erfüllung die Nachteile des früheren Abkommens ausgeglichen worden wären. Wenn damals ferner württembergische Enklaven wie Hohenargen, Tettnang u. a. an Bayern oder Baden kamen, so ließ sich nach der Waffenbrüderschaft der beiden Armeen und den gemeinsamen Siegen auch hier nunmehr Gerechtigkeit erwarten, in einer Frage, die für die innere Konsolidierung und die hohe Polizei des Königreichs von der größten Wichtigkeit war. Baden sollte außerdem durch Tauschverhandlungen den Breisgau an Württemberg abtreten. Als ein solches Tauschmittel machte Wintzingerode aus eigenem Antriebe Stadt und Landschaft Biberach namhaft.

In München, wo man noch immer auf eine Antwort über den Otto'schen Plan gewartet hatte, war man über die Wendung der Dinge in Paris auf das äußerste überrascht. Der gewöhnliche Weg wäre zweifellos eine Eröffnung Talleyrands an die Minister der verbündeten Höfe gewesen; so aber schien selbst eine Täuschung Wintzingerodes über den Sinn der kaiserlichen Worte nicht ausgeschlossen. Wünschte der Kaiser eine Teilung in so weitem Umfang, so hätte Talleyrand Otto davon benachrichtigen sollen. Auch der Vorschlag des Württembergers, die entstehende Akte dem Reichstag vorzulegen, der die Erhaltung aller Rechte der Reichsstände berufsgemäß zu vertreten hatte, schien im Widerspruch mit aller Konvenienz und mit dem Geiste der Bundesakte vom Januar zu stehen. Seit dem Preßburger Frieden war die Reichsversammlung in Regensburg nicht viel mehr als Luft; eine Sanktion der beabsichtigten Gewaltmaßregeln durch die Komitialgesandten ließ ein längst begrabenes Institut zu neuem Leben erstehen. Die Summe aller bayerischen Forderungen ist im Anhang zu einem Brief Max

Josephs an Napoleon niedergelegt, wobei man auf den Otto'schen Plan zurückgriff. In Franken, wo auch mit den preußischen Ansprüchen auf Nürnberg zu rechnen war, sollten außer dieser Stadt bayerisch werden: das Land Schwarzenberg, die Grafschaft Castell, die Herrschaft Wiesentheid, die Besitzungen der Häuser Hohenlohe-Schillingsfürst, Hohenlohe-Kirchberg und ein Teil von Hohenlohe-Bartenstein, mit insgesamt 84500 Seelen. 78000 Einwohner in Franken sollte das württembergische Los zählen, der badische Anteil war auf 50000 Seelen veranschlagt. Noch hielt man in München die Selbständigkeit von Leiningen, Fürstenberg und Hohenzollern-Sigmaringen nicht für bedroht. Man war nicht gesonnen, sich den Besitz von Montfort, Königsegg, Vorarlberg und Lindau antasten zu lassen, aber man hätte im äußersten Falle Wiesensteig und einen Teil von Ulm für die Präfektur Altorf und andere württembergische Güter hergegeben. Auf Bayreuth machte man sich wenig Hoffnung, da die Hansastädte, Pommern und Mecklenburg das einzige Äquivalent für Preußen gebildet hätten.

Während Cetto zur Regelung der Grenzen mit Württemberg und Baden unter den Augen des Kaisers am 29. April ermächtigt wurde, überließ man in Karlsruhe die Stellungnahme zu den neuen Eröffnungen Wintzingerodes der „weiteren erleuchteten Leitung" des Kabinettsministers Reitzenstein, der in der Tat die Seele der badischen Politik bildete. Dieser überzeugte sich in einer Audienz bei dem Kaiser am 25. April, daß eine allgemeine Mediatisierung tatsächlich die Absicht des Imperators war; es war wohl nur ein genau berechneter Schreckschuß, wenn Napoleon sich selbst bei längerem Zögern der Verbündeten als Protektor an die Spitze der kleinen Reichsfürsten zu stellen und sich die Suprematie in ganz Schwaben anzueignen vorgab. Im Auftrag Napoleons, der eine gleichheitliche Aufteilung der schwäbischen Lande unter die drei Alliierten wünschte, entwarf nun Reitzenstein zwei Teilungspläne, die er am 2. Mai Talleyrand übergab. Das erste Projekt führt in alphabetischer Reihenfolge 39 schwäbische Fürsten und Grafen auf, von denen 7 mit einer Gesamtbevölkerung von

159637 Seelen Bayern, ebensoviele mit 158769 Einwohnern Württemberg und 17 mit 159606 Einwohnern Baden zugewiesen wurden. Der zweite Entwurf dehnte im Einverständnis mit den beiden anderen deutschen Diplomaten die Besitzergreifung bis zur Mainlinie aus, so daß jeder der Souveräne einen Zuwachs von rund 212000 Einwohnern erhielt. Cetto, dem beide Pläne vorher mitgeteilt wurden, bemerkte sofort, daß sie nur den Höfen von Stuttgart und Karlsruhe günstig waren; die Vorteile für Bayern waren illusorisch, indem man ihm die schon nach dem Preßburger Frieden zugefallenen Stücke aufs neue zusprach; aus Mangel an Instruktion konnte der Baron jedoch vorerst nur allgemeine Bedenken erheben. Bis zum Eintreffen neuer Vollmachten für ihn begehrte Wintzingerode nochmals eine kaiserliche Willenserklärung darüber, ob die vereinigten Höfe zur Ausführung der Teilung französischen Beistand und französische Verteidigung im Falle eines Angriffes auf ihren neuen Besitzstand erwarten dürften. Die Antwort Talleyrands wie des Kaisers war eine ausweichende; man könne darauf erst Bescheid geben, wenn der gemeinsame Plan vorgelegt sei. Bis jetzt war immer nur von den drei Höfen die Rede, die nach dem Willen des Diktators möglichst rasch auf dem Wege vollkommener Gleichheit sich einigen sollten. Talleyrand versprach jede Bitte zurückzuweisen, die diesem Prinzip zuwiderlief, und aus seinen Äußerungen gewann Cetto die Gewißheit, daß sein schwäbischer Rivale nicht so glücklich war, als er vorgab; rühmte sich Wintzingerode doch geradezu, der Kaiser habe seinem Herrn die Hohenzollernschen Lande versprochen. Sehr heftig trat der Graf auch Reitzenstein wegen Fürstenbergs gegenüber, das nach der Darstellung des badischen Ministers von Napoleon seinem Lande ausdrücklich verheißen war. Im Gegensatz zu Wintzingerode, der seinem König um jeden Preis eine Vergrößerung verschaffen zu müssen schien, heuchelte Reitzenstein völlige Gleichgültigkeit; aber man konnte ihm doch sein Bedauern anmerken, im Fall, daß sein Hof nichts profitiere. Zwischen beiden stand Cetto, der eine Vergrößerung der anderen, die ihm an sich gleichgültig war, nur gegen

entsprechende Bereicherung seines Königreichs zugeben konnte. Er beschränkte sich daher darauf, die württembergischen Ansprüche zurückzuweisen und indem er die Initiative den verbündeten Ministern überließ, ihre Schritte zu berichtigen.

Am 13. Mai fand bei Cetto die erste förmliche Konferenz über die Teilung statt, zu der sich auch Gravenreuth eingefunden hatte. Man folgte dem Reitzenstein'schen Plan, von dem Cetto eine Reihe von Besitzungen streichen ließ, die schon kraft älterer von den Inhabern selbst anerkannter Rechtstitel unter bayerischer Souveränität standen, so die Güter der Fugger, die Grafschaften Pappenheim, Ortenburg, Sternstein, Dischingen, Neuravensburg, Edelstetten, Vaduz. Wintzingerode machte dieselbe Ausstellung für seinen Hof mit einigen anderen Objekten. Man kam überein, solche Beobachtungen sich gegenseitig mitzuteilen und durch Beweise zu stützen. Darauf beschränkte sich die erste Beratung. Da Wintzingerode darauf bestand, die Teilungsmasse müsse so vollständig und beträchtlich wie möglich sein, und da er über diesen Punkt keinen weiteren Aufschluß von Talleyrand hatte erhalten können, als daß der Kaiser Hohenzollern und Hohengeroldseck davon ausgenommen wissen wolle, warf Reitzenstein seinerseits die Frage auf, ob man unter dem südlichen Deutschland nicht auch Leiningen, Erbach, Isenburg und selbst Nassau verstehen müsse. Der Kaiser habe ihm jedoch erklärt, diese Gegenden seien augenblicklich aus den Verhandlungen auszuschalten, und in Franken nur Hohenlohe, Schwarzenberg, Castell und Krautheim in die Teilung einzubeziehen. Das Haus Nassau solle zu den Bundesstaaten hinzugefügt werden. Reitzenstein war daher geneigt, in den Ausnahmen Entschädigungen zu gunsten dieses Hauses zu erblicken; er sprach in ähnlichem Sinn von Hessen-Darmstadt. Diese Angaben, die auf enges Einvernehmen zwischen Talleyrand und dem Badenser schließen ließen, erweckten den Argwohn Cettos, als bezweckten die Beschränkungen nur eine Begünstigung Badens. Außerdem sollte Napoleon nach den Angaben des Kabinettsministers von einer zweiten Teilung gesprochen haben und im Teilungsplan war das Haus Löwenstein

und Leiningen Baden zugedacht trotz des Erbvertrags dieses Fürsten mit dem Münchener Hofe, den auch der Kaiser gut aufgenommen hatte. Cetto hoffte daher immer noch auf eine günstige Entscheidung dieser Angelegenheit und hegte ein gewisses Vertrauen zu Talleyrand; aber Wintzingerode war ordentlich bestürzt über die Verkürzung der Teilung in Franken, bei der geradezu der Stoff mangeln müsse zu einer Vergrößerung seines Landes, wie er sie verstand und König Friedrich erwartete. Im ersten Augenblick wollte er daher auf jedes Teilungsprojekt verzichten, die Beratungen hätten in diesem Stadium nichts Verlockendes mehr für ihn und er werde ihnen nicht mehr beiwohnen. Dann verfaßte er, sich eines Besseren besinnend, in der Konferenz selbst noch eine Note, des Inhalts, er könne an einer Aufteilung des südlichen Deutschland, deren Gegenstände sich nicht bis an den Main erstreckten, um so weniger teilnehmen, da auch noch Nassau davon ausgeschlossen worden sei. Deshalb müsse er als dem gemeinsamen Interesse der drei Höfe entgegengesetzt jeden Versuch betrachten, die Zahl der Gegenstände zu vermindern, über die man nach der ersten Erklärung des Kaisers frei verfügen dürfe.

Die Haltung des württembergischen Ministers und das Fehlen weiterer Instruktionen für Cetto waren nicht die einzigen Gründe, warum die Verhandlungen nun vier Wochen lang gänzlich ins Stocken gerieten. Die Veränderungen in Süddeutschland waren abhängig von dem Verhalten Österreichs und Frankreich schien noch immer eine gewisse Schonung dieses Staates für nötig zu halten; auch lenkten die Verhandlungen mit England das Augenmerk des Kaisers von den deutschen Fragen völlig ab, und seine Regierung, auf diesem Gebiete beinahe sich selbst überlassen, griff mit Vorliebe zu Plänen zurück, die der Meinung des französischen Staatsoberhauptes nicht entsprachen. So wurde Mitte Mai zum letzten Male die Errichtung eines neuen souveränen Staates in Schwaben unter einem Lieutenant de l'Empire aufs Tapet gebracht; der Gedanke wurde jetzt als eine Erfindung des Erzkanzlers Karl Theodor ausgegeben. Ein Deputierter des Hauses

Öttingen gab Cetto als den Wunsch der ansehnlichsten und meisten kleinen schwäbischen Reichsstände zu verstehen, all ihre Besitzungen der Souveränität und dem Eigentum seines Königs zu überlassen gegen ein mäßiges Äquivalent in Franken. Sollten sie in ihrem neuen Los die Landeshoheit verlieren, so konnte dieselbe nur Max Joseph zugute kommen. Allein der bayerische Gesandte war zu solchen Verhandlungen nicht ermächtigt und erbat sich darum eine förmliche Erklärung für seine Regierung. Dazu kam es jedoch nicht, weil in der Folge der Fürst am meisten Schwierigkeiten erhob, der am Anfang am meisten Neigung dazu hatte: Fürstenberg; der Geschäftsträger dieses Hauses warb im Juni wieder um badische Gunst. Auch abgesehen von den Empfehlungen und der Günstlingswirtschaft, die jeder politischen Erwägung unzugänglich war, hielt es bei der Amalgamierung so verschiedener Dynasten zu einem Bunde für die deutschen Agenten schwer, in Paris vorwärts zu kommen. „Unsere deutschen Diplomaten können sich in Paris schön abquälen und in den Bureaus die Meisterwerke ihrer Einbildungskraft verteilen, schreibt Gravenreuth; sie werden erst in dem Augenblick zum Ziele kommen, wo der Kaiser seinen Entschluß gefaßt hat über die Ereignisse, die sich vorbereiten." Reitzenstein hegte von Anfang an begründete Zweifel, ob die drei Höfe sich über eine billige Teilung verständigen würden, und sein Kollege Dalberg sah mit Entrüstung, wie der Cäsar über die Begehrlichkeit und Lüsternheit der kleinen Staaten sich freute. Der Moniteur vom 6. Juni enthielt an einem Tage die Schaffung eines neuen Königreiches, Holland, die Wahl eines kurfürstlichen Coadjutors, Fesch, und die Ernennung zweier souveräner Fürsten, Talleyrands zum Fürsten von Benevent und Bernadottes zum Fürsten von Ponte-Corvo. Wer wollte Napoleon hindern, wenn er sich noch in diesem Jahre zum Kaiser des Abendlandes ausrufen und in Rom feierlich krönen ließ?

Am 3. Juni trafen für Cetto neue Instruktionen ein; Wintzingerode hatte die seinen schon lange, aber er suchte Verzögerungen, wenn er Baden nicht von einer in gleiche Teile gehenden Kon-

kurrenz ausschließen konnte. Am 7. Juni gewährte der Kaiser dem bayerischen Gesandten eine Audienz, die zunächst die Differenzen zwischen Preußen und Bayern zum Gegenstand hatte. Dieselben Klagen, wie sie Bayern wegen Ansbachs vorzubringen habe, bestünden auch in Berg, äußerte der Imperator bitter; um jedes Dorf müsse man einen Strauß ausfechten, er sei dieser elenden Schikane müde, Talleyrand werde mit dem Baron einen Plan ausarbeiten, um alle Zwistigkeiten zu beendigen. Zum ersten Male hatte Cetto nun Gelegenheit, über die Eröffnungen an Wintzingerode sich mit dem Kaiser auszusprechen; er konnte diesem die erfreuliche Mitteilung machen, daß man sich in München mit dem Stuttgarter Hof über Schwaben geeinigt habe. König Friedrich hatte selbst bei dem Abschluß des Grenzvertrages darum gebeten, „daß der kgl. bayerische Hof im Hinblick auf sein wahres Interesse gegen die badischen Zudringlichkeiten und Anmaßungen mit uns gemeinschaftliche Sache machen und seinen Gesandten am französischen Hofe hiezu instruieren werde“. Die Wirkungen der badischen Machinationen sollten jedenfalls unter keinen Umständen dem Münchener Vertrag Abbruch tun dürfen. „Wir wünschen nichts mehr, als daß nach geschlossenem Vertrag in allen Stücken die vollkommenste Harmonie zwischen beiden Königreichen herrsche, und werden es auch unsrerseits an nichts erwinden lassen, was zu diesem Zweck führen kann.“ Napoleon sprach jedoch mit Entrüstung von den exorbitanten Forderungen Wintzingerodes, der bei einer Masse von 700000 Einwohnern 500000 für sein Land begehrte, und als Cetto einwarf: Wir finden weniger Schwierigkeiten mit Württemberg als mit Baden, und auf das Projekt Reitzensteins zu sprechen kam, brach der Kaiser kurz ab. Er hob sodann hervor, daß er eigentlich kein Interesse habe, die kleinen Reichsstände ihrer Selbständigkeit zu berauben, die großen Höfe könnten in der Folgezeit ihr System wechseln und bald den Fahnen Österreichs und Rußlands, bald denen Frankreichs folgen. Wenn er dagegen die kleinen Fürsten an sich knüpfe, geschehe dies für alle Zeit, indem er sie auffordere, nach Paris zu kommen und Frank-

reich zu dienen. Nur dem Vorteile der drei Höfe, seiner Alliierten, könne er sie opfern; aber diese müßten unter sich einig sein, ehe seine Heere den Rhein wieder überschritten hätten. Sonst müsse er die Kleinen durch eine förmliche Deklaration in Schutz nehmen, damit nicht der Wiener Hof ihm zuvorkomme. Eine Annexion von ganz Schwaben und Franken nach dem Prinzip unbedingter Gleichheit fand die kaiserliche Billigung mit der einzigen Auflage, daß ein Teil dem Landgrafen von Darmstadt erhalten blieb, den die Gesandten unter sich ausmachen konnten, ohne Pappenheim zu Rate zu ziehen. Talleyrand war mit einer Arbeit über die deutschen Verhältnisse betraut, über die der Kaiser bei der ersten Gelegenheit mit ihm sprechen wollte.

Was Cetto in seiner Audienz erfahren hatte, schien ihm wichtig genug, es sofort Wintzingerode mitzuteilen, dessen Eifer dadurch nur noch größer wurde, ein definitives Abkommen zustande zu bringen. Am 8. Juni schrieb der Graf deshalb an Reitzenstein, der die Antwort verzögerte, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen; auch war es ihm gelungen, Napoleon wiederholt zu sprechen und daran lag ihm offenbar mehr als am Einvernehmen mit seinen deutschen Kollegen. Darum schlug Wintzingerode dem Münchener Diplomaten am 10. Juni vor, beide möchten allein einen Plan fertigstellen und dem Kaiser unterbreiten. Der Baron verweigerte seine Beihilfe zwar nicht förmlich, aber nach dem, was er bei dem Kaiser erfahren hatte, glaubte er dem Ansinnen nicht entsprechen zu können. In dem Teilungsprojekt, das der Graf ihm vorschlug, war die Bevölkerung von Nürnberg auf 70000 Einwohner, also viel zu hoch eingeschätzt, damit Bayern von den Hohenloheschen Besitzungen, die ganz an Württemberg hätten fallen sollen, nichts mehr bekommen hätte. Cetto gab ihm darauf von dem Münchener Tableau Kenntnis und lud ihn in loyalster Weise zum Nachdenken ein, wie die Ansprüche der beiden Höfe ausgeglichen werden könnten; im übrigen hielt er es nach wie vor für seine Pflicht, jede Provokation und jeden Schein von Begehrlichkeit zu vermeiden; obwohl ihm die Meinungsverschiedenheiten

zwischem Talleyrand und seinem Gebieter nicht verborgen waren, wollte er doch alles meiden, was ersterem mißfallen konnte.

An den Reitzenstein'schen Vorschlägen bemerkte man auf bayerischer Seite eine Reihe von Irrtümern, indem die Resultate dem guten Glauben des badischen Hofes stracks zuwiderliefen. Man verwarf vor allem eine streng gleichwertige Teilung und hielt, bis man die Absichten des Kaisers kannte, an dem Grundsatz fest, das Los der Einzelstaaten müsse nach ihrer Größe abgestuft sein. Das Königreich Bayern bildete den Vorposten der Föderation und hatte in Friedenszeiten für zwei Festungen enorme Kosten aufzubringen. Das war in den Münchener Verhandlungen anerkannt und sollte auch in Paris zur Richtschnur dienen. Durch die Demarkationslinie der Riß und der Schüssen erhielt man ein abgerundetes Gebiet von 550000 Einwohnern, ein kleiner Gewinn bei dem Verlust von Würzburg. Kapfenberg und Lauchheim waren Württemberg geopfert worden, und auch der badische Minister hatte diesen Ausgleich als billig anerkannt. Die Reichsgüter, die nicht als Dependenzen von Burgau, als Ritterbesitzungen oder unter anderen Rechtstiteln an Bayern fielen, war man bereit, in Ansatz bringen zu lassen. Aber die Einschätzung des bayerischen Loses war von Reitzenstein übertrieben, er hatte Besitzungen aufgeführt, über die Bayern die Territorialhoheit längst zustand, und den Wert des badischen Anteils absichtlich herabgemindert. Schweigend übergangen waren die Besitzungen der Grafen von Erbach und Rieneck, des Fürsten und der Grafen Löwenstein und des Fürsten Salm in Franken, die offenbar stillschweigend als gute Beute für den badischen Hof dienen sollten. Alle diese „Finessen“ wurden in einem besonderen Schriftstück klargelegt. Der bayerische Vorschlag, der daneben gehalten wurde, sprach nicht von Nürnberg, dessen Erwerb bei einer Bevölkerung von 55—60000 Einwohnern und 22 Millionen Schulden mehr einen Kauf aus Staatsraison als eine Bereicherung bildete. Das Münchener Tableau wies Bayern 185458 Einwohner, Württemberg 165254, Baden 154282 Seelen zu, das numerische Übergewicht war also gering. War das Prinzip

der Proportionalität nicht zur Anerkennung zu bringen, so schien es besser, alles beim alten zu lassen. Dann blieb wenigstens Leiningen unter bayerischem Einfluß. Nur wenn man sich von einer gleichheitlichen Teilung ausgeschlossen sehen sollte, durfte Cetto ein drittes Projekt den Verhandlungen zugrunde legen, das unter Einhaltung des Vertrags mit Württemberg dem Münchener Hof einen Zuwachs von 90858 Seelen, dem Stuttgarter von 83754 und dem Karlsruher von 70222 Einwohnern gebracht hätte. In Gemäßheit dieser Weisungen übergab Cetto Talleyrand eine Note; auch Wintzingerode bat, nachdem er einen Kourier mit wichtigen Instruktionen erhalten hatte, um eine Besprechung mit dem Minister.

Dagegen führte eine neuerliche Konferenz zwischen den drei deutschen Staatsmännern am 13. Juni zu keinem Resultat. Reitzenstein, der von den bayerischen und württembergischen Korrekturen seines Planes Kenntnis hatte, war durch den Vorwurf, daß er die Einwohnerzahlen gefälscht habe, schwer verletzt und wollte für seine Ansätze einstehen. Er bestritt Cetto das Recht des bayerischen Hofes in betreff der Lehen außerhalb der Rheinpfalz (extra curtem), das sein Kabinett nie anerkannt habe, und sprach daher Bayern die Souveränitäts- und Rückfallsrechte über die Grafschaft Erbach ab. Nicht minder als diese Behauptung reizte den bayerischen Baron zum Widerspruch ein Aktenstück, das Wintzingerode in Vorlage brachte, wonach Max Joseph die beiden anderen Höfe für Ochsenhausen entschädigen sollte, das doch innerhalb der durch Vertrag vom 3. Juni gezogenen Grenzen lag. Der Graf behauptete ferner, seit unvordenklichen Zeiten seien die Besitzungen der Grafen Löwenstein unter württembergischer Oberhoheit gewesen, und Reitzenstein pflichtete ihm hierin bei, eine Annahme, die jedoch ganz sicher mindestens für die 1803 den Grafen eingeräumten Entschädigungen nicht zutraf. Cetto überzeugte sich allmählich, daß es unmöglich sei, alle bayerischen Forderungen durchzusetzen; zum wenigsten werde die Stadt Nürnberg und Umgebung als Rekompensation für den Erbvertrag mit Leiningen anzusehen sein. Die Begünstigung des badischen Hofes war so augenscheinlich, daß nur

die geschickte Vertretung der Interessen der übrigen Bundesgenossen durch Talleyrand die Erfüllung aller seiner Wünsche verhindern konnte. Damit die bayerischen und württembergischen Projekte nicht Irrtümer erzeugten, und Gegenstände, die unter württembergischer Oberhoheit waren, in den Plan aufgenommen würden, hob Wintzingerode in einer Note vom 15. Juni hervor, daß sein Hof über die Grafschaft Löwenstein, die Grafschaft Thengen, Friedberg-Scheer (dem Fürsten Thurn und Taxis gehörig), beträchtliche Teile von Weingarten und den größten Teil von Limburg Souveränitätsrechte besaß. Cetto berichtigte hinwiederum einige Irrtümer Württembergs. Alle diese Notizen haben dadurch eine gewisse Bedeutung, daß sie Napoleon unterbreitet wurden, von dem zu erwarten stand, daß er, nachdem er alle Ansprüche vernommen, nach Billigkeitsgründen entscheiden werde. Je mehr die Verhandlungen sich dem Abschluß näherten, desto zahlreicher wurden die Reklamationen, Anliegen und Begünstigungen, indem sich auch die anderen Stände mit ihren Bitten und Wünschen an die maßgebenden Faktoren wandten. In dieser letzten Phase des Buhlens um französische Gunst scheinen sich Wintzingerode und Reitzenstein wieder etwas genähert zu haben, indem sie, eifersüchtig auf die Erfolge Cettos, die Vorteile übertrieben, die dieser davongetragen hatte; Wintzingerode weigerte sich sogar, dem bayerischen Gesandten eine Abschrift des Junivertrags einzuhändigen, was für diesen sehr nützlich gewesen wäre. Am 20. Juni rekapitulierte Reitzenstein unter Berücksichtigung der Abweichungen, welche die anderen Höfe empfahlen, seine Prinzipien dahin, es sollten alle Territorien, die direkt zu den Lasten des Reiches beigesteuert hatten und Sitz und Stimme auf Reichs- und Kreistagen besaßen, als reichsunmittelbar angesehen werden; unter dem gleichen Gesichtspunkte seien trotz des Tagesbefehls von Berthier die Rittergüter als Neuerwerbungen aufzufassen und in die Souveränitätsrechte Österreichs dürften die verbündeten Höfe nur soweit eintreten, als diese Gerechtsame an ein oder das andere von dem Haus Habsburg abgetretene Land sich knüpften. Hätte Cetto der Durchführung dieser

Gesichtspunkte nicht vorgebaut, so hätte sie Bayern eine ähnliche Enttäuschung bereitet, wie es im Reichsdeputationshauptschlusse erfahren hatte. Ein letzter Teilungsplan Reitzensteins vom 21. Juni, der die ärgsten Ungerechtigkeiten des früheren beseitigte, veranlaßte Wintzingerode nur zu neuen Einwendungen; vor allem schien ihm bedenklich, daß darin fast ganz Fürstenberg unter die badische Oberhoheit fiel. So wäre wohl auch der letzte Versuch einer Einigung gescheitert, wenn nicht Napoleon eingegriffen hätte. „Ich glaube die Verschiedenheit der Forderungen wird die Geduld Napoleons erschöpfen und ihn zwingen, den gordischen Knoten zu zerhauen", schrieb Cetto am 15. Juni, und so geschah es.

Die Vorbereitungen zu dieser Entscheidung gehen freilich viel weiter zurück; man kann im allgemeinen sagen, das Schicksal Deutschlands wurde schon im Mai in Paris entschieden. Zu Anfang dieses Monats legte Talleyrand den ersten förmlichen Teilungsplan vor, der von der Voraussetzung ausging, daß der Kaiser seine künftigen Bundesgenossen: Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und das Haus Nassau nicht schlechter behandeln werde, als seine alten Waffengefährten im Süden. Die kleinen Fürstentümer sind in sieben Partien geteilt; vollständige Gleichheit der einzelnen Lose schien weder möglich noch wünschenswert; so nützlich es auch sein mochte, jeden der Bundesgenossen zu einer gewissen Macht zu erheben, so war es doch notwendig, die alten Besitzungen zum Maßstab der neuen zu nehmen. Die schwäbischen Territorien konnten nur unter den drei Höfen verteilt werden; doch waren Napoleon freiwillig die Hände gebunden gegenüber dem Haus Hohenzollern und der Grafschaft Geroldseck, deren Inhaber ein Schwestersohn des Kurfürsten Karl Theodor von Dalberg war. Frei zu verfügen hatte man damals noch über Franken und den rheinischen Kreis. Zu gunsten des Herzogs Ferdinand von Württemberg, der sich um Entschädigung für die im Laufe der Revolution erlittenen Verluste an den Kaiser gewandt hatte, hielt der Minister es nicht für angemessen, ein neues unabhängiges Fürstentum zu gründen in dem Augenblick, wo man den bisherigen kleinen fürst-

lichen Existenzen das Todesurteil sprach. Höchstens konnte man ihm das Amt Alschhausen unter der Souveränität des Königs von Württemberg geben. Wenn das Haus Nassau-Oranien zu regieren aufhören sollte, befürwortete Talleyrand den Übergang seiner Besitzungen an die anderen Zweige dieses Hauses, die auch mit allen enklavierten Strichen bedacht werden sollten. Nach der Erzählung Gagerns hatte der Fürst von Benevent sich alle Mühe gegeben, das Nassauische Haus zu beschirmen, da es mit allem zusammenhing, was in Europa groß war, und das neue Europa mußte man mit den Trümmern des alten aufbauen. Auf die Warnungen Gagerns sandte der Prinz von Oranien einen jungen Mann zur Wahrung seiner Interessen nach Paris; ebenso wurde Lucchesini von den gegen das Haus gerichteten Plänen in Kenntnis gesetzt; aber der Einfluß Preußens war zu gering, dem Fürsten Schutz zu bieten. Auch die Vergrößerung Hessen-Kassels, welche das militärische Übergewicht Frankreichs im Norden wesentlich verstärkt hätte, mußte notwendig dem Einfluß Preußens immer engere Schranken ziehen. Das Los dieses Fürsten, wie es Talleyrand in seinem Plan ausgemessen hatte, bestand in dem Fürstentum Waldeck und den eingeschlossenen ritterschaftlichen Besitzungen; eine Erweiterung nach dem Rhein hin, die den Kurstaat wie einen Keil zwischen Hessen-Darmstadt und Nassau eingeschoben hätte, schloß Gefahren in sich. Der neue Herzog von Cleve und Berg wollte zum wenigsten, obwohl er einen Staat mit 320000 Einwohnern und 400000 Gulden Einkünften sein eigen nannte, den Souveränen Badens und Württembergs gleichgestellt werden und verlangte deshalb, daß man für ihn ein Reich mit 1 Million Einkünften gründe. Die Befriedigung seiner Wünsche machte dem sonst so dienstfertigen Minister besondere Schwierigkeiten, da seine südlichen Nachbarn Nassau und Darmstadt waren; im Osten war allenfalls die Grafschaft Marck für ihn frei; im Norden hatte er Holland zur Grenze, so blieben nur die kleinen Fürsten im Nordosten zwischen Berg und den preußischen Staaten. Die Besitzungen des Hauses Isenburg ließ Talleyrand bei der Teilung aus, da der

Fürst in französischen Kriegsdiensten stand. Am 8. Mai begutachtete der Minister einen Vorschlag des Fürsten Karl als Vorstand der Frankfurter Union dahin, daß ein Bündnis derselben mit Frankreich nicht so große Vorteile biete, weil einige Fürsten ohnehin mit dem Kaiser verbündet waren, andere aber, deren Staaten zu ferne lagen, nur dem Namen nach in ein Bundesverhältnis treten konnten. Der Vorschlag widersprach außerdem dem gemachten Teilungsplan; wurde die Teilung vollzogen, so paßte eine solche Union nicht in den deutschen Bund. Da die 23 Millionen vom Rheinoktroi, die dem Fürsten Karl für seine Besitzungen auf dem linken Rheinufer früher zugesagt worden waren, nicht aufgebracht werden konnten, schlug Talleyrand vor, ihn durch die Souveränität der in seinen Landen eingeschlossenen Rittergüter zu entschädigen. Gleich Isenburg war im ersten Teilungsplan die Stadt Frankfurt unberücksichtigt geblieben, auf die der Landgraf von Hessen-Darmstadt das meiste Anrecht besaß, wenn man nur die geographische Lage in betracht zog. Doch war auch der Fortbestand ihrer Unabhängigkeit denkbar, oder man konnte sie für eine spätere Gelegenheit aufsparen. Im Namen der Stadtbehörde suchten der Senator Müller und der Schöffe von Günterode im März eine prekäre Verlängerung ihrer politischen Existenz in Paris gegen Opfer zu erkaufen; angesehene Einwohner hätten die berühmte Reichsstadt lieber in die Hände des Kurerzkanzlers oder Hessens fallen sehen; wieder andere richteten alle ihre Hoffnungen auf Baden. Am 23. Mai war, wie aus einer Depesche Beusts hervorgeht, gewiß, daß die Stadt dem Kurfürsten Karl Theodor zufallen solle. Ein ähnlicher Gegensatz zwischen der Bürgerschaft und dem Magistrat wie in Frankfurt bestand auch in Nürnberg. In einer Adresse, die ein französischer Offizier dem Magistrat überreichte, waren die Vorteile auseinandergesetzt, die eine Unterwerfung unter die französische Oberhoheit nach sich zog. Ein zweiter Brief regte an, dem Kaiser die Stadt als Lehen anzubieten, ein dritter Vorschlag ging dahin, sie dem künftigen Staat des Erzkanzlers zu unterwerfen und den Kaiser zu bitten, sie dem Kar-

dinal Fesch als Apanage einzuräumen. Während die Kaufleute und Fabrikanten jede Veränderung der verzweifelten augenblicklichen Lage vorgezogen hätten, verwarf der Magistrat alle Vorschläge, die der Unabhängigkeit der Stadt gefährlich waren, und suchte die Minister des Königreichs Italien für sich einzunehmen, indem er die Freiheit als sehr wichtig für den Handel dieses Landes hinstellte.

Es ist ein glänzendes Zeugnis für Napoleons umfassendes Genie, daß er sich auch über diese kleinen Fragen Bericht erstatten ließ und immer erst nach sorgfältiger Prüfung urteilte. So finden sich im Pariser Archiv Betrachtungen über die Interessen Frankreichs an der Erhaltung der freien kaiserlichen Städte, die durch den Reichsrezeß bestehen blieben; besondere Arbeiten befassen sich mit der Abschaffung der feudalen Bande, die Schwaben und Franken an Österreich ketteten, mit dem Ritterstand und dem reichsunmittelbaren Adel. Weitere Gutachten betreffen Frankfurt, Augsburg, Nürnberg und die Hansastädte. Da lesen wir, daß die süddeutschen Städte ihre Kurz- und Galanteriewaren nach Frankreich schickten, um dafür französische Stoffe und Kolonialwaren zurückzuführen, die sie in Süddeutschland weiter verbreiteten. Unter der neutralen Flagge der Hansastädte gelangten französische Weine und Gewebe nach Deutschland und Rußland, und unter derselben Flagge kamen Schiffsmaterialien und bisweilen Getreide zurück, wenn der Stand der Ernte dies nötig machte. So wurde in wenig Wochen eine erstaunliche Arbeit geleistet. Schon am 22. Mai war man sich darüber klar, welche Staaten der neue Bund umfassen sollte. An diesem Tage überreichte Talleyrand ein Projekt, das so redigiert war, als wenn es nur einen einzigen Vertrag gälte, doch konnte man ihn in 13 Sonderverträge umwandeln. Die Frage war, ob die Teilnehmer sich gegenseitig ihre Besitzungen und Rechte garantieren sollten und welche Streitkräfte sie im Kriegsfall zu stellen hätten. Der Verfasser hielt es für besser, wenn die Könige von Hessen-Kassel und Darmstadt, die Fürsten von Nassau, Hohenzollern, Isenburg, Salm und der Herzog von Aremberg ihre Truppen unmittelbar unter Frankreich stellten und nicht an die Kon-

föderierten anschlossen. Am 31. Mai sprach der Kaiser seinem ersten Berater seine Zufriedenheit aus mit seinem Plan über die deutschen Angelegenheiten. Nur die Bestimmungen über Preußen erregten den Widerspruch Napoleons, da alles darauf hinwies, daß von dem Berliner Kabinett zur Niederwerfung Englands keine energische Beihilfe zu erwarten war. Der König von Schweden hatte es erzittern machen. Die Schwäche, die seine innere Verwaltung charakterisierte, ließ die Sperrung des Sundes nicht erhoffen. Darum wäre es unklug gewesen, neue Schranken für den Krieg gegen England aufzurichten. Hessen-Kassel hatte sich durch seine Hinneigung zu Preußen den Zorn des Imperators zugezogen. Für den Fall einer Restitution Hannovers an England sollten für Preußen die Besitzungen von Nassau (-Oranien), Fulda, den Fürsten Waldeck und einigen sächsischen Herren zur Schadloshaltung aufbewahrt bleiben. Ein Arrangement war nur mit den drei süddeutschen Höfen beliebt, Hessen-Darmstadt, Hohenzollern, Cleve und dem Erzkanzler. Für Hessen-Kassel sollte nichts mehr geschehen, und alles was ihm zukam, wurde insgeheim für Preußen bestimmt. Die Haltung des Kurfürsten Wilhelm konnte man abwarten wie diejenige Sachsens. Dann war Deutschland, soweit es den Cäsar interessierte, in Ordnung gebracht: „Es wird keinen Reichstag mehr geben, weil Regensburg Bayern gehören wird, es wird kein Deutsches Reich mehr geben und wir werden uns daran halten." Jeder Minister der verschiedenen Staaten sollte einzeln auf den kaiserlichen Willen vorbereitet werden; am Ende war eine Art Ministerrat zu berufen. Nach diesen Winken blieb Talleyrand nur noch übrig, die Bestimmungen, die sich auf Preußen bezogen, fallen zu lassen. Für eine Vergrößerung dieses Staates gab es drei Wege: die Hansastädte, deren Forteristenz damals jedoch schon gesichert war, einen Teil des für Hessen-Kassel in Aussicht genommenen Loses — dadurch hätte aber der Berliner Hof in einem Kreis, in dem er bisher nichts besaß, einen erdrückenden Einfluß erlangt, besonders gegen Kurfürst Wilhelm — und die benachbarten kleinen Fürsten im Norden, und dies

schien Talleyrand der beste Ausweg. Diese Verfügungen veranlaßten keine Veränderungen in dem allgemeinen Teilungsplan, den das Bureau der auswärtigen Angelegenheiten gefertigt hatte, und so konnte Talleyrand bereits am 6. Juni den Kaiser davon benachrichtigen, wenn er es wünsche, sei in kürzester Frist der Abschluß möglich.

Der erste deutsche Diplomat, der unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit in diesen Plan eingeweiht wurde zum Zeichen ganz besonderen Vertrauens, dessen kein anderer gewürdigt ward, war Cetto. Am Abend des 11. Juni bekam er zunächst den Hauptvertrag zu lesen, der von einem Bündnis zwischen Bayern, Württemberg, Baden, dem Kurerzkanzler, Hohenzollern, Darmstadt, Isenburg, Salm, Nassau, Aremberg, Cleve und Leyen handelte. Die Genannten erklärten alle Beziehungen zum Reiche für gebrochen und ihre alten Staaten wie ihre neuen Besitzungen, in die sie kraft gegenwärtigen Vertrages traten, für völlig unabhängig und souverän. Sie verzichteten auf jeden Titel und jede Würde, welche Erinnerungen an das alte Reich wachrufen konnten. Mit Ausnahme der Bestimmungen des letzten Reichsrezesses über die Schulden der abgetretenen Gebiete verloren alle Reichsgesetze ihre Geltung im Bereich des Bundes; die Schulden des schwäbischen Kreises sollten von den Souveränen und Fürsten ebenda nach dem Verhältnis ihrer alten und neuen Staaten übernommen werden. Die Souveränität umfaßte Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, das Recht der Aushebung, Befestigung und Besteuerung. Die depossedierten Fürsten und Grafen behielten ihre Domänen, Nutzungsrechte feudaler und anderer Art, soweit sie der Souveränität ihrer neuen Herren nicht widersprachen, und vollkommene Freizügigkeit. In Kriminalfällen wurden sie vor ein Pairsgericht gestellt, das keinesfalls auf Konfiskation ihrer Güter erkennen konnte. Die Verbündeten begaben sich gegenseitig aller Rechte und Ansprüche untereinander. An einem noch zu bestimmenden Ort sollte ein ständiger Kongreß tagen. Frankreich, Italien und die „confédération de la haute Allemagne“ garantierten sich alle Rechte und Besitzungen. Die übrigen Artikel

waren beinahe wörtlich der Münchener Bundesakte entnommen. Neben diesem Hauptvertrag sah Cetto noch eine Reihe von Einzelakten über das Los jedes einzelnen Bundesmitgliedes. Ehe Talleyrand die auf Bayern bezügliche zeigte, fragte er, ob der Baron zur Unterzeichnung des Hauptvertrags bereit sei. Dieser fand die Artikel im allgemeinen den Absichten seines Königs entsprechend und da sie zum Teil schon in der früheren Bundesakte enthalten waren, hätte er sie unbedenklich annehmen können, mit Ausnahme der Bestimmung, welche die Auflösung des Deutschen Reiches aussprach. Dieser Möglichkeit war in seinen Instruktionen nicht gedacht und dazu bedurfte es um so mehr einer besonderen Ermächtigung, da die Sache an sich zu bedeutsam war und der Preßburger Friede eine gänzlich entgegengesetzte Stelle enthielt. Trotzdem war Cetto überzeugt, sein Herr werde dem Vorschlag beitreten, und diese Überzeugung konnte ihm streng genommen ein Recht geben, dem Wunsche des Kaisers sich zu fügen; aber auf der anderen Seite verboten Ehrfurcht und Pflichtgefühl, in einer so wichtigen Frage der Entscheidung Max Josephs vorzugreifen. Talleyrand eröffnete Cetto, die erste Idee dazu sei von ihm selbst ausgegangen und in München von Montgelas gebilligt worden; in Wien fand jedoch der Kaiser für gut, nichts zu überstürzen, und erst vor einigen Tagen kam er auf den alten Plan zurück. Die Stimme von Montgelas schien Talleyrand so ausschlaggebend, daß Cetto ohne Gefahr sofort unterzeichnen könne; dieser legte jedoch noch einmal Verwahrung ein und ließ sich auch dann nicht einschüchtern, als der Fürst darauf hinwies, der Befehl zum Abmarsch der französischen Truppen sei gegeben und nach ihrer Rückkehr seien die Pläne nicht mehr ausführbar; auch seien Reitzenstein und Wintzingerode ermächtigt, alles zu unterzeichnen. Cetto meinte dagegen, die Truppen könnten nicht so schnell marschieren, daß nicht in zwölf Tagen ein Kurier nach München und zurück gehen könne. Als der Fürst sich damit zufrieden gab und die bayerische Sonderakte vorlegte, beglückwünschte sich der Gesandte im stillen zu seiner Beharrlichkeit; er konnte sich gar nicht genugtun, gegen

die Ungerechtigkeit dieser Teilung zu eifern. Die Versicherung Talleyrands, das Aktenstück sei das Resultat einer langwierigen Arbeit, die der Kaiser selbst nach seinen Karten und statistischen Tabellen verfaßt habe, fertigte er damit ab, er müsse das wohl aufs Wort glauben, aber ohne diese Angabe hätte er darin nur das Werk Reitzensteins erblicken können; jetzt halte er sich zur Annahme des Vertrages erst recht nicht für ermächtigt. Nach Hause gekommen, brachte er schleunigst nach früheren Weisungen seine Anschauungen zu Papier und überreichte sie noch in tiefer Nachtstunde Talleyrand, der erst um 1 Uhr morgens heimgekehrt war und um 7 Uhr früh nach St. Cloud gehen mußte. Am Nachmittag erfuhr Cetto von ihm, der Plan sei noch nicht unwiderruflich festgelegt, und wurde aufgefordert, seine Vorstellungen fortzusetzen; doch wäre es gut, wenn er bald Vollmachten erhielte.

In München wußte man wohl, daß in dem eingetretenen Stadium der Verhandlungen eine Weigerung jede Teilnahme an der Teilung ausschloß. Die anderen beiden Höfe würden gewiß beigetreten sein und sich dadurch in besondere Gunst bei Napoleon zu setzen versucht haben; dagegen erwarb eine ablehnende Haltung keineswegs die Freundschaft des Wiener Hofes; überdies gab der Erzkanzler Frankreich den Schlüssel zu neuen Formen und das Karlsruher Kabinett war zu schwach, um den Tuilerien irgend einen Wunsch abzuschlagen; der Stuttgarter Hof hatte nur bewiesen, daß er mehr Leidenschaft als wirkliche Festigkeit besaß. Alle diese Gründe waren die Veranlassung, Cetto Vollmachten zu geben; ehe er aber davon Gebrauch machte, hatte er noch einmal darauf zu dringen, daß die Punkte seiner Instruktion alle oder wenigstens zum Teil angenommen würden, und der Sitz des Erzkanzlers nach Frankfurt verlegt werde. Die allgemeine Teilung verhinderte eine Dotation des Großpriorats der Maltheser, weshalb vielleicht eine Entschädigung für den zweiten Sohn des Königs zu erlangen war. Der Depesche war ein Privatschreiben von Montgelas beigeschlossen, daß das Bündnis von der Teilung unzertrennlich sein müsse. „Ohne diese Vorsicht wäre es möglich, daß man uns

Ketten auferlegte, ohne sie auch nur zu bezahlen, und das wäre zu stark."

Es läßt sich denken, daß Cetto als Mitwisser der Pläne des französischen Bureaus den letzten Beratungen mit Wintzingerode und Reitzenstein nur mit halbem Ohr folgte; hatten sie doch für ihn keine Bedeutung mehr. Um so wachsamer galt es gegen die Kleinen zu sein. Nürnberg focht noch immer für seine Freiheit; der Fürst von Schwarzenberg gewann durch seine Verwandtschaft mit der Herzogin von Aremberg die Unterstützung, welche die Verlobung Prospers diesem Hause verschaffte. Die Beziehungen, die Fürst Lichtenstein während der letzten Friedensverhandlungen mit Talleyrand und Napoleon angeknüpft hatte, waren wertvoll genug, daß er den Versuch wagen konnte, die Grafschaften Vaduz und Schellenberg für sich zu retten. Für den Prinzen Ferdinand von Württemberg, dessen Schritte in Paris die eigenen Brüder desavouieren ließen, war, angeblich auf Empfehlung des Deutschen Kaisers, Wiblingen bestimmt. Der Erzkanzler bemühte sich um Stadtamhof: die Erfüllung aller dieser Wünsche hätte für Bayern ebenso viele Enttäuschungen gebracht. Wirklich unterschied sich auch der neue Plan, den Talleyrand am 27. Juni Cetto vorlegte, mehrfach von dem früheren. Beide Diplomaten stritten an diesem Tage von Mittag bis um 5 Uhr; der bayerische behauptete noch immer, wegen der Erfolglosigkeit seiner Vorstellungen seine Unterschrift verweigern zu müssen: Max Joseph könne sich auf das kaiserliche Wort stützen; kein anderer Hof brachte der allgemeinen Konvenienz so beträchtliche Opfer wie München durch Aufgabe der Suzeränität über Erbach, der unbestreitbaren Forderungen des Großpriorats von Deutschland und der durch den Erbvertrag mit Leiningen erworbenen Rechte. Wenn es sich um Familienrücksichten handelte, sollten die Beziehungen des bayerischen Königshauses jedenfalls denen des Fürsten von Schwarzenberg zum Kaiserhofe vorgezogen werden. Besonderes Gewicht legte Cetto auf die Rettung der Demarkationslinie gegen Württemberg, die Wintzingerode nun preisgegeben hätte. Da man König Friedrich

alles zudachte, was sich zwischen Iller, Riß und Aitrach befand, und ihn zu Abtretungen an der oberen Donau zwang, um Baden eine Verbindung zwischen der oberen Markgrafschaft und den Besitzungen am Bodensee zu verschaffen, war die vereinbarte Grenze in der Tat für Württemberg nicht mehr günstig. Der Hof von Karlsruhe sollte dagegen auf Biberach verzichten und über verschiedene kleine Stücke, die seiner Konvenienz entsprachen, war zugunsten des Hauses Hohenzollern verfügt. Talleyrand gestand schließlich Öttingen und Schwarzenberg Bayern zu und versprach Cetto nach einem Ausweg zu suchen, die gewünschte Grenze in Schwaben zu retten; die Erhaltung des Fürsten Lichtenstein entsprach jedoch dem ausdrücklichen Wunsche des Kaisers. Das bayerische Los war gleichwohl beträchtlicher als das der beiden anderen Höfe. Da Talleyrand persönlich vom besten Willen beseelt war, bediente sich Cetto eines Strohmannes, seine weiteren Anliegen ihm vortragen zu lassen. Vielleicht führte dieses Mittel eine genaue Prüfung der Reitzenstein'schen Tabellen herbei; vielleicht trug auch die Verstimmung des Kaisers über die schlechte Behandlung der badischen Kronprinzessin durch ihren Gemahl dazu bei, Baden auf die Seite zu drängen; Napoleon bekundete seinen Unwillen offen, indem er in dem Augenblick der Abreise der Prinzessin vor dem ganzen Hofe in Gegenwart des Kurprinzen sagte: „Madame, ich bete für Sie; vergessen Sie keinen Augenblick, daß Sie meine Tochter sind".

Auch die allgemeinen Artikel enthielten gegenüber der Vorlage von Anfang Juni verschiedene Abweichungen. Der Bund, dessen Protektor der Kaiser sein sollte, erhielt nun den Namen fédération des souverains du Rhin. Nach der förmlichen Lossage vom Reich, die an den Regensburger Reichstag, den Kaiser von Österreich und den König von Preußen zu richten war, sollte sich in Frankfurt eine neue Versammlung mit zwei Kollegien bilden; das eine, das der Könige, zu dessen ständigem Vorsitzenden der Kurfürst-Erzkanzler als Primas ausersehen war, bestand aus Bayern, Württemberg, Baden, Berg und Darmstadt; das Fürstenkolleg,

dem das Oberhaupt des Hauses Nassau präsidieren sollte, bildeten die beiden Zweige des Hauses Nassau-Weilburg und -Usingen, Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen, Ysenburg, Salm-Salm und Salm-Kyrburg, Aremberg, Lichtenstein und von der Leyen. Für Berufung, Dauer, Auflösung und Geschäftsführung des Bundestags hatte der Erzkanzler ein Fundamentalstatut zu entwerfen, das dann mehreren Mitgliedern zu unterbreiten war. Die Fürsten, deren Existenz erhalten blieb, durften in keine fremden Dienste treten, konnten aber ihren Besitz einem ihrer Söhne übergeben. Neue Mitglieder konnten nur in gemeinsamem Einverständnis aufgenommen werden durch den Bundestag; Gebietsabtretungen durften nur an Föderierte erfolgen. Die Fürsten, die ihre Souveränität verloren, behielten ihre Domänen ohne Ausnahme, Herrenrechte und niedere Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Fällen; die forsteiliche Gerichtsbarkeit und Polizei, Jagd, Fischfang, Berg- und Hüttenwesen, die Zehnten und Lehngefälle. Ihre Domänen wurden denselben Abgaben unterworfen wie die am meisten privilegierte Klasse des Landes. Im Kriegsfall stellte Frankreich 200000 Mann, Italien brachte 23500, Holland 13500, Neapel 11500, Bayern 30000 auf. Die Kontingente der übrigen Staaten waren noch nicht genau festgelegt. In Bezug auf diese allgemeinen Bestimmungen beschränkte sich Cetto auf wenige Einwände. Schon in dem ersten Plan hatte er die Aufnahme einer Bestimmung gewünscht, daß die kleinen Herren nur dann die ihnen vorbehaltenen Rechte genießen sollten, wenn sie binnen zwei Monaten auf ihre Souveränität verzichteten. Die Klausel, daß nur an Mitglieder des Bundes Abtretungen gemacht werden dürften, ging auf seine Anregung zurück. Gegenüber der Bestimmung, daß alle Beschlüsse des Bundestags erst nach der Annahme durch den Kaiser ausführbar seien, erinnerte er mit Erfolg an die Artikel 3—5 des Vertrages vom 16. Januar, welche einen völligen Ausgleich zwischen der Unabhängigkeit der verschiedenen Staaten und dem Interesse einer leitenden Macht darstellten. Auch die Stellung von Truppen konnte nach der Meinung des Barons nicht immer in gleicher

Höhe erfolgen; bei einem Angriff auf Holland oder Italien konnte Bayern nicht ebensoviele Soldaten ins Feld schicken wie in einem Krieg gegen Österreich.

Im übrigen hütete sich Cetto, die Initiative zu ergreifen bei weniger wesentlichen Beobachtungen; es schien ihm klug, die Sorge hierüber den beiden anderen deutschen Vertretern zu überlassen, wenn die Reihe zu sprechen an sie kam. Wintzingerode wurde der Vertrag noch an demselben Tage mitgeteilt, aber es gelang ihm nicht, über die Verteilung der einzelnen Gebiete genaue Kenntnis zu erlangen. Nur daß Fürstenberg in mehr als zwei Hälften zerstückelt wurde, Öttingen dem bayerischen Hof, Leiningen für Baden bestimmt war und Wertheim keinem der drei Souveräne zufiel, wußte er. Auch daß ein großer Teil des württembergischen Loses jenseits der Riß und Schüssen lag, erkannte er. Auf seine Bedenken, Friedrich könne dem Vertrag vom 3. Juni nicht untreu werden, antwortete Talleyrand, der Kaiser werde an einem Plan, an dem er mit mehreren Ingenieuren 5 Wochen lang gearbeitet habe, nur gegen Gründe von größter Wichtigkeit Änderungen dulden; der Vertrag zwischen den beiden Königen könne die Verfügungen des Kaisers nicht alterieren. Wintzingerode fragte daher am 28. Juni an, ob man dem König versichern könne, daß die Gegenstände, die ihm unter französischer Garantie im Preßburger Frieden zugesprochen wurden, ihm nun auch ausgeliefert würden, wenn sein Herr auf die neuen Vorschläge eingehe, und ob man ihm hierüber ein förmliches Versprechen geben könne. Reitzenstein, der die vertraulichen Unterredungen seiner Rivalen mit Talleyrand mit Besorgnis beobachtet hatte, verlangte am 1. Juli, von den vorberatenden Konferenzen nicht ausgeschlossen zu werden, und erhielt dann am 2. Juli den Entwurf ebenfalls vorgelegt; doch wurde ihm so wenig wie jedem anderen gestattet, eine Abschrift davon zu nehmen. Obwohl er mit dem Lose, das Baden zufiel, im ganzen zufrieden war, versäumte er nicht, die Zuweisung von Nürnberg an Bayern zu weiteren Forderungen zu benutzen. Noch vor dem badischen Minister war der Gesandte des Kurerzkanzlers

von Talleyrand nach einem Diner im Auftrag des Kaisers von allem unterrichtet worden; Beust stellte dabei vor, wie er ohne Instruktion einen Vertrag nicht unterzeichnen könne, der die alte Verfassung vollständig ändere und umgestalte; bei einer späteren Unterredung am 2. oder 3. Juli erbot er sich jedoch, da der Kaiser es verlange, sub spe rati seinen Namen unter die Ausfertigung zu setzen, obwohl er noch keine Vollmacht dazu hatte. Gagern wurde am Abend des 6. Juli statt zur gewohnten Whistpartie eingeladen, dem Fürsten von Benevent in sein innerstes Gemach zu folgen; Talleyrand las ihm hier die ganze Akte vor und fragte ihn nach seiner Meinung. Der Freiherr dankte hierauf für die Begünstigung des Nassauischen Hauses, dann aber fuhr er fort: „Fragen Sie mich über die Sache selbst, so verlangen Sie fürwahr nicht, daß ich mich freue... Sie nehmen mir damit Reich und Vaterland, bis auf die Idee meines Vaterlandes, und wissen, welchen Wert ich darauf setze."

Zwölftes Kapitel.

Letzte Opposition und Katastrophe.

Um einen politischen Entschluß unbefangen zu würdigen, muß man sich vor allem in die Zeitverhältnisse, unter denen er gefaßt wurde, zurückzuversetzen wissen.
Montgelas.

Die letzte Opposition gegen den Rheinbund, auf die man in Paris nicht gefaßt war, bereitete sich in Stuttgart und München vor. Am 2. Juli richtete Montgelas an den Freiherrn von Normann ein Schreiben, das sich mit dem rechtlichen Verhältnis der beiden Königreiche zu Kaiser und Reich befaßte; es handelte sich dabei im Augenblick um die Frage, ob unter den gegenwärtigen Umständen in Regensburg eine förmliche Unterhandlung mit Vorteil umgangen werden könne. An eben jenem Tage sandte König Friedrich seinen Direktor im Bureau der auswärtigen Angelegenheiten, den Kämmerer Grafen Taube, nach München, dem am 6. Juli die Mitteilungen Wintzingerodes über die Rheinbundsakte nachgeschickt wurden, die sich ausführlicher mit der Verfassungsfrage beschäftigten als die Depeschen von Cetto. Die Anschauungen des Münchener Hofes enthält eine vertrauliche Note, die man dem Grafen auf seine Bitte übergab. Man ging dabei von der durch den Preßburger Frieden geschaffenen Lage aus, der Bayern und Württemberg zu souveränen Staaten gleich Österreich und Preußen erhob, ohne ihr früher geschlossenes Bündnis mit Frankreich zu beeinträchtigen. Die neuerdings in Paris vorgeschlagene Trennung vom Reich, so zufällig und peinlich sie im Augenblick schien, war doch durch die Umstände geboten. „Die Souveränität konnte mit

der Erhaltung dieser alten Bande nicht übereinstimmen, heißt es in der Note; die Zurückhaltung, welche der Preßburger Friede in dieser Beziehung enthält, kann als ein wirklicher Widerspruch angesehen werden... Verschiedene Schritte zeigen den beiden Höfen nur zu deutlich, was sie nach der Zurückziehung der französischen Truppen zu erwarten haben, wenn sie nicht den einzigen Entschluß fassen, der sie diesen peinlichen und unabsehbaren Streitigkeiten entzieht. Nach diesen Erwägungen hat S. M. der König von Bayern nicht gezögert, seinen Minister auf die Trennung eingehen zu lassen." Man war also in München einsichtig genug, einer verrosteten Institution keine Krokodilstränen nachzuweinen, die ihren Gliedern keinen Schutz mehr gewähren konnte. Was aber die schärfste Kritik der Pariser Vorschläge herausforderte, war der neue Bund, der den beiden souveränen Häusern keinen Vorteil brachte. „Er beeinträchtigt sie selbst in der Ausführung ihrer Rechte, indem er sie einem zweifellos den Umständen untergeordneten, aber aktiven Einfluß aussetzt," sagt Montgelas darüber. Vielleicht ließ sich dagegen etwas erreichen durch strikte und buchstäbliche Ausführung des Preßburger Friedens, durch Berufung auf die ewige Allianz mit Frankreich, durch Herstellung des gleichen Verhältnisses zu allen Staaten, die Frankreich zu demselben Zwecke vorschlug. Unter keinen Umständen aber wollte man in München ohne reifliche vorherige Prüfung des Vertrages und des Fundamentalstatuts ein neues Bundesverhältnis eingehen. Da Frankreich bislang es gemieden hatte, sich definitiv über die Unterwerfung der kleinen Grafen und Herren auszusprechen, lag die Gefahr nahe, daß es dieselbe von dem Abschluß des Bundes abhängig machen werde. Man müßte ohne Zögern lieber auf alle diese Erwerbungen verzichten als auf den leichtesten Zweig seiner Unabhängigkeit, meint daher Montgelas, wenn man nur sicher wäre, daß die gegenwärtigen Zustände erhalten bleiben; aber die Sache gewänne ein anderes Gesicht, wenn die Fürsten und Herren unter spezielle Protektion kämen, und noch mehr, wenn sie engere Beziehungen zu Frankreich anknüpften. Welche Störung wäre dadurch

täglich der Verwaltung erwachsen, welch ein Anlaß zu immer offenen Streitigkeiten hätte sich da geboten!

Diese Bedenken entsprachen durchaus den Grundsätzen, von denen König Friedrich sich leiten ließ; er widersetzte sich in Paris der Unterzeichnung des Rheinbundes aus eben den Gründen wie Montgelas. „Je größer die Überzeugung des Königs ist, daß in und neben dieser Föderation die ihm durch den Friedensschluß und besondere Traktate zugesicherte Souveränität und die unbeschränkte Ausübung der aus derselben fließenden Rechte nicht bestehen könnte, antwortete Taube auf die bayerischen Eröffnungen am 9. Juli, desto erwünschter würde es ihm sein, wenn man in München gleichförmig mit ihm handeln wollte.“ Dabei bedurfte es allerdings einer gewissen Vorsicht, um in Paris nicht das leiseste Mißtrauen aufkommen zu lassen; doch konnte man hoffen, sein Ziel zu erreichen, wenn beide Höfe mit gleicher Beharrlichkeit, gleich festem Willen und Nachdruck vorgingen. Taube gab daher die feierliche Versicherung, daß sein Herr fest gesonnen sei und bleibe, auf die angetragene Föderation nicht einzugehen, „sondern jedes deshalb an allerhöchstdieselbe gestellte noch so dringende Ansinnen mit unwandelbarstem Entschluß von der Hand zu weisen“. Sollte eine Kapitulation trotzdem notwendig werden, so war erst recht eine enge Harmonie zwischen den befreundeten Kabinetten empfehlenswert. Friedrich wollte darum dem Kaiser keine bindende Zusage geben, ohne vorher die Regierung in München davon zu benachrichtigen und erbat und erhielt von Max Joseph das gleiche Versprechen. Auch in Stuttgart hätte man sich die Erhaltung der kleinen Fürsten eher gefallen lassen, als den Verzicht auf die größten und allerwichtigsten Vorrechte; die Folgen einer Schutzherrschaft Frankreichs über die kleinen Reichsstände aber galt es durch gemeinsame Schritte möglichst unwirksam zu machen. Eine abweichende Ansicht hatte Württemberg nur über das Verhältnis zum Reich: „Der so locker gewordene Reichsverband hatte im allgemeinen schon die bindende Kraft, welche für die einzelnen Stände des Reiches oft lästig und drückend ward, verloren.“ Der nach-

teilige Einfluß desselben hatte aufgehört, während nur noch die einzelnen unverkennbar aus demselben hervorgehenden Vorteile bestanden. Durch den Preßburger Frieden und durch die neuen Vorrechte waren die drei Souveräne in Süddeutschland in ein solches Verhältnis getreten, daß sie dessen entledigt waren, was allenfalls noch beschwerlich in der Reichsverbindung war, ohne dem aus dieser Verbindung nach Verschiedenheit der Zeiten in stärkerem oder geringerem Maße fließenden Guten entsagen zu müssen. Österreichs alte Privilegien waren in Zukunft von den drei Höfen nicht mehr bestritten, sondern in gleichem Maße auf sie und von ihnen angewandt, indem sie sich zugleich der von Preußen behaupteten Immunitäten teilhaftig machten. Die äußeren Verhältnisse aber waren nicht mehr durch die Verbindlichkeit, sich zu den Schlüssen des Reichstags über Krieg und Frieden zu bequemen, beschränkt. Hierauf war die vor fünf Monaten vorgeschlagene Bundesakte berechnet. Durch eine förmliche und gänzliche Lossagung vom Reiche hörten dagegen die souveränen Höfe auf, Mitglieder und Kurfürsten des Reichs zu sein, sie verloren jeden Einfluß auf die Reichsangelegenheiten, den die Krone Preußen, ihrer vollen Souveränität ungeachtet, sorgfältig beibehalten und bei verschiedenen Gelegenheiten vorteilhaft benutzt hatte. An die Stelle des Reiches wäre dann ein Zustand von Isolierung getreten, der früher oder später nachteilige und schwer zu berechnende Folgen haben mußte. Da man in München Vertrauen mit Vertrauen erwiderte, hatte man in Stuttgart allen Grund, über die freimütige und zuvorkommende Art, mit der man dort dem Grafen jede gewünschte Aufklärung gegeben hatte, sehr zufrieden zu sein. Dagegen wußte Otto nicht, wie er sich die geheimen Unterredungen mit Taube erklären solle. Als er mit dem Grafen unvermutet im Vorzimmer des Ministers zusammentraf und sich nach Didelot erkundigte, erfuhr er, derselbe sei plötzlich von Stuttgart abgereist, und seine Gemahlin sei ihm unmittelbar gefolgt; so blieb in der schwäbischen Residenz keine Person der französischen Gesandtschaft mehr, was dort sehr unangenehm empfunden ward; man wußte

gar nicht, wie man die Pässe visieren lassen solle. Schon diese Äußerungen Taubes waren geeignet, Ottos Verdacht zu erwecken; Friedrich hatte doch damals wichtigere Beziehungen zu Frankreich als Paßangelegenheiten zu regeln. Die Verschwiegenheit von Montgelas bestärkte Otto in der Vermutung, es handle sich um geheime Artikel zu dem Grenzvertrag oder um ein gegenseitiges Einverständnis über die Konvention des Kaisers mit dem Erzkanzler. Auf die Mitteilung von der Erhebung des Kardinals Fesch hatte man in München noch immer keine Antwort gegeben; sie war also dort übel vermerkt worden. Auch sagte Max Joseph im Gespräch, es gebe nur eine Möglichkeit, ihn für das Abkommen mit Karl Theodor zu entschädigen, indem man den Sitz dieses Fürsten nach Frankfurt verlege und das Bistum Regensburg bayerisch werden lasse.

Indessen beeilte man sich in München, das Versprechen an Württemberg getreulich zu erfüllen. Am 14. Juli wurde Gravenreuth, der sich inzwischen verheiratet hatte und zum außerordentlichen Gesandten im Haag ausersehen war, an den französischen Hof gesandt und ihm größte Eile aufgetragen; er sollte Tag und Nacht reisen, und sich womöglich des Eilwagens eines Kuriers bedienen. In Paris sollte er mit Cetto gemeinsam die Unvereinbarkeit des neuen, höchst überflüssigen Bundes mit der Souveränität des Königs dartun; dadurch wäre ja nur ein neues Band an die Stelle des alten getreten und der Kaiser von Österreich hätte gewiß einen neuen Staatenverein, der den alten ersetzte, um so übler aufgenommen. Die Beziehungen Bayerns zu Frankreich waren durch den Allianztraktat vom 23. September und den Offensiv- und Defensivvertrag vom 12. Dezember 1805 völlig geordnet. Man war bereit, den casus foederis auf alle Frankreich verbündeten Königreiche auszudehnen und auf alle Reichsstände, welche der Kaiser dazu vorschlug; die Bitte um buchstäbliche Ausführung des Preßburger Vertrags vereinigte sich mit dem Wunsche, der Freund und direkte Bundesgenosse des Kaiserreichs ohne jedes Zwischenglied zu bleiben. Auch die Überzeugung, daß keine Ver-

größerung zu gewinnen besser wäre als neue Ketten auf sich zu nehmen, ist in der Instruktion für beide Gesandte wiederholt: „Wir haben nicht gesucht, unsere Staaten auf Kosten unserer Nachbarn zu vergrößern und beharren noch in denselben Gesinnungen, wenn die anderen verbündeten Höfe denken wie wir.“ Drohte die Teilung ohne den Bund zu scheitern, so sollten die Gesandten zur Hintanhaltung einer Einigung der kleineren Fürsten unter Frankreichs Leitung die Vertreter dieser Reichsstände um sich scharen und ihnen die Unterstützung des Königs zur Erhaltung ihrer politischen Existenz oder seine Bereitwilligkeit zum Abschluß von Verträgen nach dem Muster der Vereinigungen mit Fugger und Leiningen versprechen. Der ganze Unterschied zwischen dem Rheinbund und dem Allianzvertrag vom Januar ließ sich dahin zusammenfassen: dieser trug nur auf ein gesetzlich festgelegtes Bundesgericht an, jener enthielt eine vollständige Verfassung mit zwei Kollegien, wobei die Fürsten über die Könige zu Gericht sitzen konnten, und Napoleon eine ausgedehntere Macht bekam, als sie je die Deutschen Kaiser hatten entfalten können. Um jeden Preis sollten die Minister, denen das beste Einvernehmen mit Wintzingerode ans Herz gelegt war, eine vollständige Mitteilung der Bundesakte und des Fundamentalstatuts fordern und ihre Unterschrift verweigern, bis beide Pläne in München geprüft wären. In einem Handschreiben an Napoleon vom 16. Juli bedauerte Max Joseph die Schwierigkeiten, die sich einer befriedigenden Ordnung der deutschen Angelegenheiten noch immer in den Weg stellten: „Ich habe ursprünglich keine Ansprüche erhoben auf irgend einen Staat, zu dem eine Veränderung der alten Beziehungen durch den Wechsel notwendig geworden ist, der in der allgemeinen Lage der Politik eingetreten ist; ich werde mich ohne Mühe zu allem verstehen, was S. M. über die geographische Teilung des Reiches entscheiden zu müssen glaubt, und ich lege mit dem vollsten und unbegrenztesten Vertrauen meine Interessen in ihre Hände. Die Billigkeit E. K. M. ist mir zu bekannt, um zu zweifeln..., daß selbst wenn die bestehende Ordnung keine Veränderung erleidet, die zwischen meinem

Hause und verschiedenen deutschen Fürsten getroffenen Vergleiche eine Schmälerung erfahren. Ich werde auch keine Schwierigkeiten machen, die Bande zu zerreißen, welche bis jetzt mein Haus an den Deutschen Reichskörper gebunden haben... Aber E. M. wird ohne Zweifel erlauben, daß ich, indem ich mich von dieser alten Körperschaft trenne, nicht in eine andere eintrete, daß kein Mittelglied zwischen mir und ihr besteht."

Man sieht, auf dem Papier stimmte alles mit den Enthüllungen überein, die man dem Grafen Taube gegeben hatte. Allein als Gravenreuth nach Rastatt kam, begegnete er einem Kurier Cettos, der die von diesem unterschriebene Rheinbundsakte mit sich führte, und in Straßburg wurde der bayerische Diplomat an der Weiterreise nach Paris verhindert. Ein kaiserlicher Befehl vom 14. Juli schärfte dem Präses ein, keinen Ausländer passieren zu lassen, der von jenseits des Rheines kam. Auch die Kuriere waren von dieser Maßregel betroffen; ein württembergischer Eilbote, der bis Salern gekommen war, wurde nach Straßburg zurückgebracht. Ohne Genehmigung der französischen Regierung durfte Gravenreuth auch nicht umkehren, so daß er so gut wie gefangen war. Das gleiche Schicksal traf übrigens den Fürsten Metternich, der im Auftrag des Kaisers Franz nach Paris gehen sollte. Der Zweck dieser Aussperrung ist nur verständlich, wenn man die Pariser Verhältnisse in diesen Tagen kennt. Dort hatte Cetto in unleugbarem Optimismus sich darauf beschränkt, die anderen Minister zu Vorstellungen bei Talleyrand zu ermutigen. Wintzingerode war besonders über die Ernennung eines Fürstprimas sehr ungehalten, weil daraus sich ein Anspruch auf die geistliche Gerichtsbarkeit in der deutschen Kirche ableiten ließ. Auch Cetto hätte diese Ernennung lieber nicht gesehen; aber ihm schien die Würde nur ein Ehrenamt zu sein. Zur Zeit des Reichsdeputationsschlusses hatte Dalberg der Primat über Deutschland nicht genügt; er fügte damals seinem Titel bei: Metropolitanbischof der alten Kirchenprovinzen von Mainz, Köln und Trier auf dem rechten Rheinufer. Die aus diesem Titel sich ergebenden Rechtsansprüche waren aber an-

nulliert durch den Artikel der Rheinbundsakte, der im Bundesgebiete alle Reichsgesetze mit Ausnahme der Bestimmungen von 1803 über die Schuldentilgung aufhob. Eine weitere Gefahr sah Wintzingerode in der Ausarbeitung eines Fundamentalstatuts durch den Erzkanzler; nach Cettos milderer Auffassung, die später durch die Erfahrung bestätigt wurde, konnte dieses jedoch nur soweit obligatorisch sein, als es die Billigung der Mitglieder fand. Im allgemeinen erblickte der bayerische Diplomat in dem Rheinbund kein so festes Staatsgebilde, wie es das Deutsche Reich gewesen war; im Innern behielten die einzelnen Regierungen vollständige Freiheit, beschränkt waren sie nur durch das Bundesgericht und in der äußeren Politik. Der springende Punkt der ganzen Institution war der augenblickliche Machtzuwachs; im übrigen hoffte der Baron von der Zukunft, daß sich wieder eine größere Unabhängigkeit herstellen ließ. Da in der Tat von der damals geschaffenen Neubildung im wesentlichen nur die territoriale Umgestaltung, die damit verbunden war, Bestand hatte, muß man vor dem ruhigen und weiten Blick Cettos alle Achtung haben. Dagegen wurde Wintzingerodes Erregung noch durch die Weisungen gesteigert, die er von Hause erhielt. Noch ehe Friedrich sich über die Richtung der Münchener Politik Klarheit verschafft hatte, teilte er am 2. Juli seinem Gesandten am französichen Hofe mit, daß er sich unmöglich in eine Verbindung einlassen könne, ohne von dem ganzen Umfang des Planes vollständige und genaue Kenntnis zu haben. In der Zumutung Talleyrands an einen württembergischen Staatsmann, einen Bericht abzustatten, ohne daß ihm selbst darüber eine schriftliche Mitteilung gemacht wurde, sah er die äußerste Zudringlichkeit. Der ernsteste Wunsch des Königs war, daß das Projekt gänzlich fallen gelassen werde und davon keine Rede mehr sei; denn schon aus den mitgeteilten Fragmenten erhellte, wie die von Frankreich garantierte Souveränität untergraben wurde. Da zu einer Lossagung vom Reiche mitten im Frieden jede Veranlassung fehlte, sollte der Minister abreisen, wenn zu stark in ihn gedrungen werde. Noch ehe diese Weisung in den

Händen des Grafen war, legte dieser am 5. Juli an der Hand der territorialen Verhältnisse die Schwierigkeiten jeder Berechnung dar ohne vorherige Kenntnis des seinem Herrn zugefallenen Loses. Am 6. und 7. Juli hörte er aus dem Munde Talleyrands, der bayerische Gesandte und die Bevollmächtigten der übrigen Höfe seien zur Einwilligung bereit. Am 16. Juli sollten die französischen Armeen nach der Räumung Cattaros über den Rhein sich in rückläufige Bewegung setzen; der 14. Juli war ursprünglich zu einer Erklärung der Verbündeten an den Regensburger Reichstag bestimmt. Bei allem berief sich der Fürst von Benevent auf die Autorität des Kaisers und drohte, man werde nötigenfalls ohne die württembergische Zustimmung zu Werke gehen und sich bei längerem Zögern in nichts mehr für gebunden halten. Wenn die französischen Armeen vor der Ausführung des Planes Deutschland nicht räumten, so dauerte also das Aussaugungssystem noch fort, bis man schließlich doch nachgab. Auf der anderen Seite standen alle die verfassungsmäßigen Bedenken, die Wintzingerode Donnerstag den 10. Juli nochmals insgeheim mit seinen deutschen Kollegen durchsprach. Er ließ sie um 9½ Uhr abends während des Schauspiels in St. Cloud durch eine kleine Gartenpforte, die zu seinem Hotel führte, in dem auch der russische Gesandte Oubril wohnte, bei sich eintreten und ebenso wieder fortgehen. Reitzenstein und Wintzingerode eiferten vor allem gegen die Artikel, welche den ständigen Bundestag, die Erhebung Dalbergs zum Fürstprimas, die Ernennung seines Nachfolgers durch den Kaiser und die Rolle Napoleons als Protektor der Konföderation betrafen. Beide schlugen ferner vor, man solle zunächst die kleinen Fürsten ihrer Souveränität entkleiden und eine Absage der drei Höfe an das Reich möge erst dann erfolgen, wenn die Maßregelung der Kleinen auf dem Reichstag angegriffen oder von Preußen nachgeahmt werde. Man einigte sich schließlich dahin, eine Änderung der ersten Artikel zur Sicherheit für die Zukunft zu beantragen und die Bestimmung über die Anzeige an den Reichstag in dem angegebenen Sinn redigieren zu lassen. Cetto, der in dem, was

geschah, nur die Fortbildung des Januarvertrages erblickte, legte dem allem kein besonderes Gewicht bei; ihm war die Mediationskommission und der Bundestag schließlich dasselbe. Der Fürstprimas hatte nur die Stelle eines französischen Ministers zu spielen, das Protektorat konnte bloß der Eitelkeit des Cäsars schmeicheln; denn er war nicht Schutzherr über die Souveräne, sondern über die Konföderation, „jenes metaphysische Wesen", zu dem sie sich eines bestimmten Zweckes halber zusammenschlossen. Ein Recht, die Souveränität zu verletzen, ließ sich daraus nicht ableiten; an Vorwänden dazu aber fehlte es ohnedies nicht, wenn es sich einmal um den Mißbrauch der Gewalt und der Macht handelte. Im übrigen gewann Cetto aus den Reden seiner Kollegen den Eindruck, daß ihre Entrüstung nicht so groß war, als sie vorgaben; Wintzingerodes Widerstand schien nur die Erfüllung der übertriebenen Forderungen seines Hofes zu bezwecken.

Trotzdem sprach der bayerische Gesandte, wie er es auf sich genommen hatte, am nächsten Tage über alle Punkte der vorherigen Konferenz mit Talleyrand. In einer Note vom 11. Juli legte er gegen die Zulassung des Fürsten von Lichtenstein und das ihm ausgeworfene Los wie gegen das Fürstenkolleg überhaupt Verwahrung ein. Es schien ihm nicht angängig, daß Staaten mit 6000—50000 Einwohnern neben Bayern über Gegenstände zu Rate saßen, welche die Ruhe Europas betrafen. Auch wünschte sein König die Entfernung aller Punkte aus der Carta, die seiner Souveränität gefährlich werden konnten. Einschränkungen der Befugnisse des Fürstprimas als Vorsitzenden und einige Wünsche über das bayerische Los schlossen die Note. Bei ihrer Übergabe traf der Gesandte bei dem Fürsten von Benevent den General Clarke, der im Auftrag des Kaisers gekommen war. Aus einem Berichte Talleyrands vom 9. Juli hatte Napoleon ersehen, daß Wintzingerode nicht unterzeichnen könne; doch zweifelte der Graf nicht, daß die allgemeinen und besonderen Bestimmungen des Rheinbundes die Bewilligung seines Herren finden würden. Jetzt wünschte der Imperator in zwei Tagen den Abschluß des Vertrages und

die Unterzeichnung durch alle Kontrahenten. Cetto wurde deshalb die Akte zu nochmaliger Einsichtnahme vorgelegt. Über das Fundamentalstatut gab Talleyrand die beruhigende Erklärung, es hinge von den Alliierten ab, den Einfluß des Fürstenkollegs zu begrenzen; eine besondere Bestimmung schützte die vollständige Souveränität der Bundesstaaten vor den Übergriffen des Fürstprimas. Mit Genugtuung überzeugte sich der Diplomat, daß der Königstitel für Baden, Kleve, Hessen-Darmstadt durch die Würde eines Großherzogs ersetzt war. Die allgemeinen Bestimmungen ließen also wenig oder nichts mehr zu wünschen übrig. Um so größer waren die Veränderungen, die mit den territorialen Verfügungen getroffen worden waren. Krautheim war von dem württembergischen Lose getilgt, um Baden zu entschädigen, von dessen Anteil Erbach für den Landgrafen von Hessen-Darmstadt abgetrennt worden war. Mehrere kleine Parzellen fanden Verwendung zu gunsten des Hauses Hohenzollern. Zum Vorteil Württembergs war Bayern der Verzicht auf die waldburgischen Besitzungen auf dem rechten Ufer der Aitrach auferlegt. Aber nach dem von dem Kaiser proklamierten Prinzip der Gleichheit mußte man diese Einbuße sich im allgemeinen gefallen lassen. Alles, was der Freiherr noch erlangen konnte, war, daß man zu den bayerischen Besitzungen die Souveränität über die große Handelsstraße fügte, die von Lindau nach Memmingen ging. Da nirgends ein unbedingter Verzicht auf den Grenzvertrag vom 3. Juni ausgesprochen war, blieben die Teile der Präfektur Altorf, die damals dem Münchener Hofe abgetreten worden waren, bayerisch. Andere Gegenstände waren zu einem Vergleich mit Württemberg geeignet. Nach langen Erörterungen, wobei Cetto wiederholt seine Weigerung aussprach, den Vertrag zu unterzeichnen, teilte ihm Talleyrand den Befehl des Kaisers mit, er solle im Notfall zu den Bevollmächtigten der übrigen Höfe weitergehen, und dann wäre wohl möglich gewesen, daß die bayerischen Erwerbungen noch mehr Veränderungen erlitten. Der Fürst von Benevent selbst konnte nicht garantieren, daß Napoleon sich morgen an das halten werde, was er heute versprach, wenn dem nicht

durch die Unterzeichnung ein Riegel vorgeschoben wurde. Ein längerer Aufschub begünstigte nur die Anstrengungen des preußischen Kabinettes zu gunsten der kleinen Fürsten, und die kleinen Existenzen selbst konnten dann wieder Boden gewinnen. Der Fürst zu Schwarzenberg konnte neue Begünstigung finden, auch Öttingen noch gerettet und Bayerns Grenze bis zur Wörnitz zurückgeschoben werden. Aus allen diesen Erwägungen überzeugte sich Cetto schließlich, daß es unmöglich war, den Vertrag erst noch nach München zu schicken. Nochmals ging er in der Pause von der Hauptmahlzeit bis zum Abend um 9 Uhr alle seine Instruktionen durch; da fiel ihm eine Stelle auf, die Föderation bedeute einen vorübergehenden Wechsel des Einflusses, aber eine dauernde Gebietserweiterung. Nun ist aber doch die Macht eine Bürgschaft für die Unabhängigkeit, und welcher Staat in Europa war damals überhaupt unabhängig außer Frankreich und England? So setzte Cetto, wie er am 11. Juli abends noch versprach, am 12. Juli seinen Namen unter einen Vertrag, der nach seiner Auffassung nur eine Allianz zwischen Staaten verschiedener Größe schuf, in der Ansehen und Einfluß nach den Umständen von Frankreich auf Bayern übergehen konnten.

Durch den eigenmächtigen Schritt des bayerischen Gesandten wurde die Lage sofort wesentlich verschoben; aber auch ohne dieses Ereignis wäre eine Katastrophe nicht mehr zu verhüten gewesen. Der schärfste Tadler erstand diesem Vorgehen sofort in Gravenreuth. „Ich habe es tausendmal wiederholt, schrieb er in Rastatt unter den ersten Eindrücken, daß die Existenz dieses Menschen in Paris ein öffentliches Unglück ist und schließlich Bayern vernichten wird. Sein Verhalten nach seinen eigenen Berichten war im ganzen Verlauf der Verhandlung durchaus töricht und niederträchtig. Das Verhalten von Wintzingerode wäre gänzlich vornehm gewesen ohne das lächerliche heimliche Rendezvous, das er mitten auf dem Karussellplatze hätte halten können. Die Schwäche der Schlüsse Cettos springt in die Augen. Wer sagt ihm, daß der Vertrag mit Württemberg nicht durch höhere Entscheidung auf-

gelöst wird, daß nach der beschleunigten Unterzeichnung die französischen Truppen Deutschland einen Tag eher verlassen, daß der Titel Fürstprimas der völligen Souveränität keinen Abbruch tut? . . . Wie hat ein Mensch, der nicht alle Sinne verloren hat, und eine Ahnung von den Pflichten gegen seinen Herrn besitzt, den Artikel 26 unterzeichnen können? Enthält dieser Artikel nicht einen stummen, aber förmlichen Verzicht auf jedes politische Recht? Was wird mit der Befugnis Krieg und Frieden zu schließen, Verhandlungen anzuknüpfen, mit dem Gesandtschaftsrecht, die uns nach dem westfälischen Frieden zustanden? . . . Sah Cetto nicht, daß Talleyrand die Sache brusquirt hatte, um sie vor den Verhandlungen mit Rußland und England zu Ende zu bringen? Übrigens hatte man ihn nur ermächtigt, den einzigen Punkt der Unabhängigkeit vom Deutschen Reichskörper zu unterzeichnen. Dieser Mensch wagt nun zu behaupten, daß er alles getan hat für die Interessen des Königs und niemand an seinem Platze es besser hätte machen können . . . Besser wäre gewesen, gar nichts zu tun, als eine solche Reihe von Dummheiten zu begehen." Gravenreuth mußte sich jedoch selbst vorsagen, daß jetzt in Paris nicht mehr viel zu holen war. Mit dem Kaiser war nicht gut Kirschen essen: „Ich werde vielleicht gänzlich verloren sein, meinte der Baron; immerhin, ich werde meine Pflicht getan haben." Der König, Montgelas und ganz Bayern werden sehen, daß alle seine Schritte von einer unbegrenzten Anhänglichkeit an den Dienst eingegeben seien, dem er angehörte, und daß er nie ein persönliches Interesse verfolgt habe. Was der Baron noch immer zu verhindern hoffte, war der Anschluß an die Konföderation. Er hatte dabei Italien im Sinne, wo auch mehrere Staaten nebeneinander bestanden ohne ein gemeinsames Band. Cetto wünschte er von Paris entfernt und in München zur Verantwortung gezogen zu sehen. In Straßburg öffnete der ungeduldige tatendurstige Staatsmann in seiner unfreiwilligen Gefangenschaft aufs neue die Schleusen seines Zornes gegen seinen Kollegen und alle deutschen Diplomaten am französischen Hofe: „Es scheint, Talleyrand, der weiß, daß die deutschen Agenten in Paris nur

eine Vereinigung von Dummköpfen und Feiglingen sind, wollte sie jeder Nachricht von Hause berauben, um sie durch Furcht desto besser mit sich fortzuziehen." Dann hagelt es die derbsten Ausdrücke, wie Schamlosigkeit, Plattheit, Dummheit und Infamie über den Mann, der seinen Fürsten verriet u. s. w. Das einzige Mittel, die Ehre des Königs zu retten, sieht der Freiherr darin, Cetto gänzlich fallen zu lassen; nach der Verfassung habe der König nicht das Recht, die Bundesakte ohne Zustimmung der Verwandten und besonders des Kronprinzen zu ratifizieren. Diese Beobachtung eröffnete die Möglichkeit, in Paris neue Vorstellungen anzubringen. Wir wollen den Versicherungen Gravenreuths, daß er nicht nach dem Gesandtschaftsposten am französischen Hofe strebte, ohne weiteres glauben; aber auch wenn er sich von den edelsten Erwägungen leiten ließ, so sind seine Anklagen nach Form und Inhalt doch nicht zu billigen. Die Regierung hat auch zu gunsten Cettos entschieden, und Montgelas nimmt ihn in seinen Memoiren gegen den Vorwurf in Schutz, daß er bestochen oder überlistet worden sei. „Sein ganzer Lebenslauf widerlegt die erste dieser Anschuldigungen, aber auch die zweite ist leicht zu entkräften." Cetto selbst hat noch in einer späteren Depesche an den König alle seine Beweggründe geschickt zusammengefaßt. Die Gesamtbevölkerung der neuen Erwerbungen gab er dabei in ungenauer Schätzung auf 203600 Seelen an; es waren also 38442 Einwohner mehr, als in dem Plan vom 29. Mai der Münchener Hof selbst für sich gefordert hatte. Die formalen Bedenken der Höfe von Stuttgart und Karlsruhe hielt Cetto für sein Vaterland, das über größere Machtmittel verfügte als beide, nicht in gleichem Maße für begründet. Der Reichstag in Regensburg hatte es nicht verhindern können, daß Bayern seinen Umfang verdoppelte und zum Königreich erhoben ward. Wie sollte nun der Frankfurter Bundestag der glänzenden Entfaltung dieses Staates Einhalt tun können? „Frankreich selbst, schreibt der Gesandte, wird nicht immer die Ausdehnung der Kräfte haben, welche es drei Viertel von Europa umfassen läßt. Dieser Zustand geht auf die Tätigkeit seines augenblicklichen

Hauptes zurück, er ist weder in der natürlichen Ordnung begründet, noch entspricht er dem Wunsch und dem Gesichtskreis der meisten aufgeklärten Leute in diesem Lande. Wenn die Springfeder einmal abgenützt ist, wenn der Kaiser der Franzosen zu den Grenzen gewöhnlicher Begriffe zurückgekehrt ist, — und dies Ereignis muß einmal eintreten — dann wird der König von Bayern den Anschluß an einen Bund nicht zu bedauern haben, der ihn nicht entbehren konnte und, geschickt verwendet, das Werkzeug der Größe und der wahren Unabhängigkeit der bayerischen Monarchie werden wird." Einer der aufgeklärtesten Köpfe im französischen Ministerium des Äußeren sehe diesen Zeitpunkt so deutlich voraus, daß er gegen die Vernichtung der kleinen Souveränitäten Süddeutschlands heftige Einwände erhob; damit würden die politischen Maximen, welche Frankreich immer befolgte, zerstört. Die Festigkeit der übrigen Konföderierten war sehr fragwürdig; wäre Bayern erst nach längerem Zögern dem Beispiel der Mehrheit gefolgt, wie es nachher Württemberg tat, so hätte es dadurch an Ansehen gewiß nicht gewonnen.

Nachdem der Vertrag einmal Cettos Unterschrift trug, war es Talleyrand leicht, zunächst den Baron Beust für den Erzkanzler, Pappenheim für Hessen-Darmstadt und Gagern für das Haus Nassau zum Beitritt zu bewegen. Jeder wurde einzeln vorgeladen, jedem wurde wiederholt, die Absicht des Kaisers sei es, die Anarchie zu beendigen, die in Deutschland herrschte, und zu diesem Zweck müsse unter seinem Protektorat der Bund geschlossen werden, von dem einzelne schon früher dürftige Mitteilungen erhalten hatten. Nach den Genannten kam Reitzenstein an die Reihe; eine Abschrift des Ganzen konnte er so wenig wie die übrigen erlangen; aber er sah mit Genugtuung, daß das badische Los mehrfach aufgebessert worden war. Mit den Vertretern der übrigen deutschen Höfe, die bis auf zwei, Württemberg und Kleve, alle am 12. Juli noch unterzeichneten, wurde ein summarisches Verfahren beliebt. Ihnen wurde, wie das Beispiel des Grafen Philipp Franz von der Leyen zeigt, der Vertrag nicht einmal vorgelesen. Als der

Graf in das Kabinett Talleyrands eintrat, sagte dieser: „Unterzeichnen Sie die Zerreißung Deutschlands, welche der Kaiser entschieden hat.“ Nach kurzer Auseinandersetzung des wesentlichen Inhalts erhielt er die Frage vorgelegt: „Sie sehen, Sie brauchen einen anderen Chef,“ und als Leyen meinte, in Ermangelung eines Bevollmächtigten müsse er selbst unterzeichnen, rief Talleyrand Durant herbei, der seinen Namen an die Stelle des Grafen setzte; dann rief der Minister: Vous voilà un véritable coalisé.

Folgendes sind die territorialen Veränderungen, welche die Rheinbundsakte durch Tausch und Abtretung, besonders aber durch Mediatisierung, also lediglich durch revolutionäre Gewalt ohne jeden Rechtstitel in Deutschland herbeiführte: durch Artikel 17 der Rheinbundsakte kamen an das Königreich Bayern Stadt und Gebiet von Nürnberg sowie die deutschen Ordenskomtureien Rohr und Waldstetten; Artikel 24 gab ihm die Landeshoheit über das Fürstentum Schwarzenberg, die Grafschaft Castell, die Herrschaften Speckfeld und Wiesentheid, einige hohenlohesche Besitzungen wie Schillingsfürst und Kirchberg, Güter des Fürsten von Thurn und Taxis, die Grafschaft Edelstetten, die Besitzungen der Fürsten und Grafen Fugger, das Burggrafentum Winterrieden, die Herrschaft Buxheim und Thannhausen und die Heerstraße von Memmingen nach Lindau. Württemberg gab an Baden die Grafschaft Bondorf, die Städte Bräunlingen und Villingen sowie Tuttlingen mit einem Teil des Gebietes der letztgenannten Stadt auf dem rechten Donauufer und erhielt dafür Stadt und Gebiet von Biberach von dem Großherzogtum Baden; ferner wurden ihm einverleibt die Stadt Waldsee, die Grafschaft Schelklingen, die Deutschordenskommenden Kapfenburg, Alschhausen und die Abtei Wiblingen; dann durch Mediatisierung die Besitzungen des Fürsten und der Grafen von Truchseß-Waldburg, die Grafschaften Baindt, Eggloff, Guttenzell, Hegbach, Isny, Königseck-Aulendorf, Ochsenhausen, Roth, Schussenried und Weissenau, die Herrschaften Mietingen und Sullmingen, Neuravensburg, Thannheim, Warthausen und Weingarten; die Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taxis zum Teil, die Herr-

schaften Gundelfingen und Neufra; Teile der Grafschaft Limburg-Gaildorf, Besitzungen des Fürsten Hohenlohe und das Amt Krautheim, soweit es auf dem linken Ufer der Jaxt lag. Baden erwarb außer den Tauschobjekten von Württemberg das Fürstentum Heitersheim, die Deutschordenskommenden Freiburg und Beuggen, die Souveränität über den größten Teil des Fürstentums Fürstenberg, die Herrschaft Hagenau, die Grafschaft Thengen, die Landgrafschaft Klettgau, die Ämter Neudenau und Billigheim, das Fürstentum Leiningen und die Besitzungen der Grafen von Löwenstein-Wertheim auf dem linken Mainufer, dazu die Salm-Krautheimschen Ämter nördlich der Jaxt. Der Großherzog von Berg empfing Stadt und Gebiet von Deutz, die Ämter Königswinter und Vilich, die mediatisierten Herrschaften und Grafschaften Limburg-Stirum, Bruck, Hardenberg, Gimborn, Wildenberg, Homburg, Bentheim, Steinfurt, Horstmar, Looz, Siegen, Dillenburg, Hadamar, Westerburg, Schadeck, Beilstein und Runkel. Hessen-Darmstadt fielen zu das Burggrafentum Friedberg und die von seinem Gebiet umschlossenen reichsunmittelbaren Herrschaften Breuberg, Heubach, Habizheim, Erbach, Ilbenstadt, Königsstein, die Güter der Riedesel, Solms, Wittgenstein und Hessen-Homburg. Der Fürstprimas bekam Stadt und Gebiet von Frankfurt, dazu die Löwensteinschen Besitzungen auf dem rechten Mainufer und die Grafschaft Rieneck. Nassau erhielt gegen die Abtretungen an den Großherzog von Berg die Besitzungen des Fürsten von Wied-Runkel fast alle, die Grafschaften und Herrschaften Wied-Neuwied, Holzapfel, Schaumburg, Diez, das Dorf Münzfelden, die Ämter Wehrheim und Burbach, das reichsritterschaftliche Gut Kranzberg und drei Ämter des Hauses Solms. Sigmaringen waren zugesprochen die Herrschaften Achberg und Hohenfels, die Klöster Klosterwald und Habsthal und die ritterschaftlichen Gebiete zwischen seinen gegenwärtigen Besitzungen und den Gebieten auf der Nordseite der Donau; die ältere hohenzollersche Linie empfing keine Gebietserweiterung; Salm-Kyrburg war mit der Herrschaft Gehmen, der Herzog von Aremberg mit der Grafschaft Dulmen bedacht.

Dem Fürsten von Isenburg-Birstein wurden die jüngeren Linien seines Hauses unterworfen.

Als am 13. Juli Talleyrand den Vertrag dem Kaiser vorlegte, fehlten nur noch die Unterschriften von Württemberg und Großherzog Murat von Kleve; die Bestätigung des letzteren konnte indessen leicht eingeholt werden. Wintzingerode schienen nach Cettos Interpretation die Verfassungsfragen nicht mehr so wichtig; aber im vertraulichen Gespräch gestand er, er müsse auf eine günstigere Verteilung für seinen Hof dringen, als sie der Plan enthielt. So schien die ganze Opposition, die im Namen des Patriotismus und der Unabhängigkeit unternommen war, mit einem elenden Länderschacher auszugehen. In Stuttgart selbst freilich wiederholte man noch am 14. Juli alle die alten Forderungen; man bestand auf Wahrung seiner Souveränität und verlangte nochmals die Mitteilung des Ganzen, da es unerträglich sei, Verbindlichkeiten einzugehen, die man nicht kenne. Außerdem strebte Wintzingerode nach unbedingter Durchführung des Preßburger Friedens, dem der bayerische Grenzvertrag derogierte. Eine Note des Grafen vom 16. Juli ist bemerkenswert durch das Geständnis, daß Ende 1805 der württembergische Gesandte im Hauptquartier zur Auflösung des Deutschen Reiches instruiert war; nachdem die Idee damals fallen gelassen wurde, sei jedoch auch die Vollmacht erloschen und es könne nun nicht mitten im Frieden ausgesprochen werden, was man in Kriegszeiten nicht zu ordnen gewagt habe. Der Gesandte hatte keine Ahnung davon, daß eben an dem Tage, an dem er dies schrieb, zuhause seine Vollmachten ausgestellt wurden. Die Aussicht, durch gemeinschaftliche Maßregeln mit dem Münchener Hofe etwas durchzusetzen, war geschwunden; die französischen Truppen, die den Rhein bereits überschritten hatten, schickten sich an, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Alle Interessen wiesen den König auf den Rheinbund. Wenn Friedrich dieser Einsicht sich verschloß, war man in Paris bereits gewillt, den Vorstellungen des Legationssekretärs Simeon bedeutsamen Nachdruck zu verschaffen. Der Anstoß war gegeben, die Staaten, die ihm nicht

folgten, sollten zerrieben werden. Zu Ende Juli war die Notifikation des Rheinbundes in Regensburg und Wien geplant; darum wäre jede Verzögerung wie eine direkte Weigerung behandelt worden. In diesem Falle hätte Württemberg alle Vorteile verloren, die ihm der Vertrag sicherte. Man konnte sich jedoch so wenig vorstellen, daß Friedrich, der selbst früher auf das lebhafteste gewünscht hatte, was nun geschah, durch einen zwecklosen Widerstand gegen einen Bund, der auch ohne ihn bestehen konnte, seine politische Existenz gefährden werde, daß man nur im letzten Moment ihn mit diesen äußersten Schreckmitteln behandeln wollte. Die rechtzeitige Umkehr des Königs ersparte ihm in der Tat diese Drohungen. Doch ward der Vollmacht für Wintzingerode ein Projekt mit sieben Zusatzartikeln beigegeben. Danach sollte dem Stuttgarter Hofe gestattet sein, die Abtretung der alten Besitzungen seines Hauses durch Tauschangebote von gleichem Wert abzuwenden. Territorien, auf die der König schon irgend ein Anrecht besaß, dürften bei der gleichheitlichen Teilung nicht in Ansatz gebracht werden; Reklamationen auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses zum Schaden Württembergs sollten nur dann berücksichtigt werden, wenn sie schon in der Zeit der Brünner und Preßburger Verträge anerkannt worden waren. Verfügungen der Rheinbundsakte zu gunsten dritter über Gegenstände, die auf Grund der Dezemberverträge an den Stuttgarter Hof gefallen waren, sollten als null und nichtig angesehen werden und endlich wurde die Wahrung der vollständigen Souveränität nochmals betont und Anerkennung der Rechte der drei Souveräne über die geistlichen Orden und den Ritterstand sowie eine förmliche Garantie des letzten Friedens durch den Kaiser gefordert. Am 20. Juli überraschte Wintzingerode Talleyrand durch die Mitteilung, daß er nun zur Unterzeichnung ermächtigt sei. Wie er Reitzenstein nachher erzählte, entschloß er sich zu diesem Schritte, als er aus dem Abschluß der Friedenspräliminarien mit Rußland am gleichen Tage die Gewißheit geschöpft hatte, daß diese Macht sich nicht mehr um die deutschen Angelegenheiten kümmere; seine Instruktion war noch nicht in

seinen Händen. Aber es war doch in ihrem Geiste, wenn er ausführte, sein Herr könne sich nicht verhehlen, daß die Art, in der dieser Vertrag geschlossen wurde, sich weit von der bei solchen Anlässen seit Jahrhunderten geübten Sitte entferne. Die weiteren Deklamationen des Grafen über die Unabhängigkeit des Königs, die Einschränkung der Rechte des Kurfürsten-Erzkanzlers u. s. w. konnte Talleyrand ruhig mit in Kauf nehmen; war doch nun der letzte Widerstand überwunden. Diese Tatsache fand ihren sofortigen Ausdruck in der Absendung von Kurieren nach Wien, Regensburg und München am gleichen Tage; bald folgte die Krönung des Gebäudes.

Schon am 16. Juli waren die sämtlichen Minister der verbündeten Höfe in Paris versammelt worden, mit Ausschluß des württembergischen, um die sechzehn Originalien zu unterzeichnen, die ihnen dann am 17. Juli abends ausgehändigt wurden; in der Zwischenzeit hatte Napoleon sie ratifiziert. Der Austausch der Ratifikationen sollte in München am 25. Juli erfolgen, wobei der Kriegsminister Berthier den Kaiser zu vertreten hatte. Dieses Datum wurde in dem Protokoll auch festgehalten, obwohl sich die Angelegenheit noch länger verzögerte. So befand sich z. B. Fürst Karl von Isenburg damals in Montpellier; er wurde aufgefordert, an Otto Blätter mit dem sonst üblichen Ratifikationsschluß und seiner Unterschrift zu senden, die erst am 28. Juli in München eintrafen. Auch die anderen Fürsten hielten sich nicht genau an den Termin. Max Joseph zeigte bei diesem letzten Akt aufs neue seine Unschlüssigkeit. Die Verstimmung gegen Cetto war am bayerischen Hofe noch immer so mächtig, daß seine Abberufung zu befürchten stand; der Herzog von Neuchatel und Otto mußten sich alle Mühe geben, die Gemüter zu beruhigen. Besonders empfindlich war man über den Verlust schwäbischer Besitzungen, die nach dem Grenzvertrag vom 3. Juni Bayern zugesichert waren. Man behielt sich insbesondere einen förmlichen Protest wegen Wiblingens vor, den der Herzog von Neuchatel hätte annehmen müssen, wenn er in die Ratifikationsakte aufgenommen worden wäre. Aber als

Max Joseph am Vorabend mit Otto davon sprach, gelang es dem Staatsrat, ihn zum Verzicht auf einen Schritt zu bewegen, der bei den anderen Bundesgenossen den schlechtesten Eindruck hervorgerufen hätte. Der König klagte bei dieser Gelegenheit auch über König Friedrich, der ihm sein Ehrenwort gegeben hatte, er werde an der gemeinsam vereinbarten Demarkationslinie festhalten, was auch das Resultat der Pariser Verhandlungen sein möge, und nun doch Wiesensteig angenommen hatte. Das Verhalten Cettos in Paris war allerdings geeignet, auch den bayerischen Herrscher in Stuttgart in ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen, da es den Mitteilungen an den Grafen Taube durchaus widersprach. Letzterer bat deshalb am 24. Juli Montgelas um Aufklärung. Indessen war es dem Ministerpräsidenten ein leichtes, sich zu rechtfertigen. Die Instruktion für Gravenreuth entsprach, wie wir bereits wissen, genau den Grundsätzen, die man mit Württemberg vereinbart hatte; wenn Cetto ihr zuvorgekommen war, so war dafür die Regierung in München nicht verantwortlich. Die vertraulichen Äußerungen Wintzingerodes zu den bayerischen Gesandten entsprachen auch durchaus nicht den Maximen seiner Regierung, und seine inzwischen gegebene Unterschrift machte jede weitere Erörterung unfruchtbar. Die Gründe, welche schließlich den Münchener Hof zwangen, die Handlungsweise seines Gesandten zu billigen, waren folgende: Allmählich waren alle Parteien, auf deren Widerstand man hoffen konnte, abgefallen einschließlich des Stuttgarter Kabinetts. Dann aber hatte Otto durch Handbillet am 26. Juli Montgelas davon unterrichtet, daß der Zar den Frieden mit Frankreich, den Oubril in Paris geschlossen hatte, angenommen habe. Von russischer Seite war also, wenn diese Nachricht richtig war, ebensowenig zu erwarten als von der Schwäche Österreichs, das zu jedem energischen Handeln unfähig schien; endlich flößte auch die Haltung Preußens wenig Vertrauen ein; man wußte, daß es sich um das südliche Deutschland doch nicht kümmern werde. Die Festigkeit Berthiers, der nur die Wahl ließ zwischen unbedingter Annahme oder strikter Ablehnung, trug dazu bei, Max

Josephs bedächtige Haltung zu überwinden. Am 26. Juli schrieb er seinem Minister auf die — übrigens falsche — Nachricht vom Frieden Rußlands, die ihm noch vor Ottos Eröffnungen zugekommen war, er sehe kein Mittel mehr, die Ratifikation nicht zu vollziehen. Da man nicht wußte, ob Gravenreuth nicht inzwischen in Paris von seiner Instruktion Gebrauch gemacht habe, was bei den veränderten Umständen sehr gefährlich gewesen wäre, beeilte sich der König, am 26. Juli durch ein demütiges Handschreiben an Napoleon jeden üblen Eindruck bei diesem zu verwischen. Er sprach darin sein unbedingtes Vertrauen zu der kaiserlichen Politik aus, obwohl durch Nichtachtung seiner Verträge mit Württemberg und Leiningen sein Haus schwer geschädigt war. Gravenreuth, der erst am 26. Juli in Straßburg die Erlaubnis zum Weiterreisen erhielt, hatte nun selbst keine Hoffnung mehr, eine „so feierlich begangene Dummheit wieder gut zu machen". In Paris unterrichtete er zunächst den Kronprinzen von dem Gegenstand seiner Sendung und in dessen Gegenwart hatte er mit Cetto zwei bewegte Auseinandersetzungen; dieser verwahrte sich dagegen, daß man ihn nach Gravenreuths Darstellung für einen Dummkopf oder Schuft halten müsse, worauf letzterer erwiderte, von seiner Person sei dabei gar keine Rede gewesen. Glücklicherweise traf die Nachricht von der Ratifikation in München, die am 27. Juli statthatte, noch vor der Unterredung des außerordentlichen bayerischen Gesandten mit Talleyrand ein, die auf den 3. August festgesetzt war. Der Minister war dabei sehr höflich, und der Baron hatte eigentlich weiter nichts vorzubringen, als den letzten Brief des Königs zu übergeben. Am 4. August ließ sich der Kaiser in einer Audienz, die er Gravenreuth bewilligte, sehr teilnehmend über die Lasten aus, welche die französische Armee dem Lande verursachte; er sagte, er habe den Soldaten 6 Millionen für den Sold geschickt und eine Million zur Verteilung an die Bauern bestimmt. Der Imperator hätte den langen Aufenthalt seiner Truppen in Deutschland selbst für unmöglich gehalten, aber der Wiener Hof habe ihn gezwungen, denselben Monat für Monat zu verlängern. Wenn

die Hofburg bis zum 16. August nicht alles geordnet habe, drohte er, seine Streitkräfte zum Inn und zur Enns vorrücken zu lassen; im anderen Falle müßten sie bis zum 30. Juli über den Lech zurück sein. Über die Konvention mit Württemberg äußerte Napoleon sein Erstaunen; doch wollte er persönlich ihrer Ausführung nicht entgegen sein und gab dem Baron recht, der freimütig gestand, er habe nie geglaubt, das kaiserliche Interesse gehe soweit, daß diese oder jene Stadt bayerisch oder württembergisch sei. Lebhaftes Interesse bezeugte der Kaiser auch für den bayerischen Kronprinzen, über den er voll des Lobes war, und die Kaiserin, bei der Gravenreuth ebenfalls empfangen wurde, sprach ihre Teilnahme an der Krankheit der Königin aus.

Gleichzeitig mit Bayern hatten am 27. Juli die Bevollmächtigten von Württemberg, Kleve, Darmstadt, Nassau-Usingen und -Weilburg, Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen mit dem Herzog von Neuchatel die Ratifikationsurkunden ausgetauscht. Freiherr von Bothmer übergab im Namen Friedrichs gleichzeitig einen Protest gegen die Abtretung von Tuttlingen mit der Begründung, daß der König bei seiner Thronbesteigung geschworen habe, keinen seiner alten Erbstaaten herzugeben. Berthier hätte die Annahme verweigern können, aber dadurch wäre die Ratifikation verzögert worden, und man wußte in München, daß der Erzkanzler erst nach den beiden Königen sich zu demselben Schritt herbeilassen wollte. Daher nahm man den Protest an, der ohne Verlesung zu den Akten gelegt wurde. Da weder in dem Protokoll über die Auswechslung noch in der Bestätigungsurkunde selbst die Rede davon war, suchte Bothmer die Anerkennung der Note dadurch zu erreichen, daß er um eine Erweiterung seiner Vollmacht bat, worin der Protest im allgemeinen erwähnt war; aber Berthier schlug ihm dies ab. Die Sache selbst wurde später durch einen Staatsvertrag mit Baden vom 17. Oktober 1806 beigelegt, wonach Tuttlingen und die auf dem rechten Donauufer gelegenen Ämter gegen andere Abtretungen württembergisch blieben. Ein Protest anderer Art, den Friedrich an die Nachwelt richtete, ist die „Verwahrungs-

akte“ vom 26. Juli, in der er mit dem Kurprinzen Friedrich Wilhelm, seinen drei Brüdern sowie in väterlicher Macht über seinen Sohn Paul förmlich erklärte „daß die Uns abgenötigte Trennung vom Deutschen Reich und die Aufhebung der Unserm Kgl. Hause zustehenden Churfürstl. Würde nit mit Unserm freyen und guten Willen geschehen ist und niemals hat geschehen können.“

Die Gesandten des Kurerzkanzlers und von Baden beurkundeten dem Marschall am 28. Juli auf seinen Wunsch schriftlich, daß die Ratifikation von Seite ihrer Herren vollzogen sei und lediglich die Ausfertigung der Urkunden an der Verzögerung schuld habe. „Wenn die Charta magna kommt, wird sie zu prüfen sein mit dem festen Vorsatz der Pflichterfüllung und des nulla pallescere culpa, schrieb Karl Theodor am 18. Juli an Albini; können wir die deutsche alte Verfassung retten, so sind Herr Staatsminister gewiß mit mir einverstanden, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen. Stürzt aber das alte ehrwürdige Gebäude unaufhaltsam zusammen: impavidos ferient ruinae, und der Dekan des kurfürstlichen Kollegiums muß sich in solchem Augenblick in Beziehung auf seine Kollegen mit Offenheit, Würde und ruhiger Standhaftigkeit betragen.“ Schon die ersten Nachrichten Beusts betrübten den Fürsten so sehr, daß er über das Los der Stadt Regensburg, der Reichsfürsten und des Ritterstandes jammerte. Hédouville antwortete darauf bitter, er habe in allem nur eine Entwicklung seiner eigenen Ideen zur Ordnung und Regeneration zu sehen, für die er den Kaiser selbst in München gewonnen hatte. Der Deutsche Kaiser habe die Verfassung seit lange als nicht vorhanden betrachtet; in einem Zustand, wie er ihn selbst in seinen Münchener Noten geschildert habe, könne der Erzkanzler nicht mehr die Pflicht und die Möglichkeit haben, die zerrissenen Bande fester zu knüpfen; sonst wäre er schließlich allein geblieben in einer zerstückten Gemeinschaft. Eine Zeitlang schienen diese Vorstellungen das Gewissen des Erzkanzlers zu betäuben, bis ihn die Kenntnis des ganzen Vertrags in die äußerste Verzweiflung stürzte. Als Hédouville sich bemühte, ihm in allem das Werk seiner eigenen

Ideen zu zeigen, beteuerte er, er hätte die deutsche Verfassung nicht abschaffen, sondern nur konsolidieren wollen, indem er ihr den mächtigsten Beschützer erwarb, indem er auf gesetzmäßigem Wege die deutsche Krone auf die erhabene Stirne Napoleons setzte. Er zitierte verschiedene Artikel, die er ohne Verletzung seines Gewissens und seiner Eide gegen das Reich und sein Kapitel nicht unterzeichnen könne. Besonders nahe ging ihm, wie er sich ausdrückte, die Beraubung einer Witwe und eines Waisenknaben; damit meinte er die Fürstin von Fürstenberg und ihren Sohn. Die Erhaltung des Fürsten Leyen war ihm unangenehm, weil man sie seiner Verwandtschaft mit Philipp Franz zuschreiben konnte. Am 25. Juli erklärte er seinem Vertrauten, er wolle abdanken, den Kaiser bitten, sich nach Paris zurückziehen zu dürfen und den Vertrag nur im Namen des Koadjutors ratifizieren. Eine solche Handlungsweise wäre nicht nur geeignet gewesen, Karl Theodor eine gewisse Achtung bei der Nachwelt zu verschaffen, sie hätte auch mit den Grundsätzen übereingestimmt, die er selbst im Beginn seiner Laufbahn für den Staatsmann aufgestellt hatte: „Kommt er in die seltene Lage," schrieb er im Jahre 1786, „in der ihm nichts übrig ist als die Wahl: Mitschuldiger schändlicher Handlungen zu werden, oder seiner Stelle zu entsagen, da zaudere er nicht. Er wird im Privatleben, in Ausübung bürgerlicher Tugenden Trost und Glückseligkeit finden!" Am ersten Tage gelang es auch Hédouville und Albini nicht, Dalberg zu trösten; erst am 26. Juli entschloß er sich zur Ratifikation, bald dankte er brieflich Hédouville, daß er ihn von seinem Entschluß abgebracht habe, der Politik Valet zu sagen, und sein ganzes Sinnen richtete sich auf die Organisation des neuen Bundes; er wollte in Frankfurt Napoleon persönlich zum Protektor proklamieren.

In Karlsruhe war Karl Friedrich besonders deshalb enttäuscht, weil ihm wiederum, wie 1805, die Königswürde vorenthalten blieb, die ihm noch in dem ersten Juliprojekt zugedacht war. Während man zu Hause großes Gewicht auf diese Auszeichnung legte, konnte sich Reitzenstein von ihrem Werte nicht über-

zeugen; auch die Vorstellungen anderer deutscher Diplomaten scheinen an der Änderung dieser Bestimmungen noch in letzter Stunde Interesse gehabt zu haben. Bei der Auswechslung der Bestätigung in München erklärte Graf Degenfeld, solange der Kaiser nicht eine Demarkationslinie zwischen Baden und Württemberg ziehe, sei es unmöglich, Frieden zwischen beiden Ländern zu halten. Eine besondere Deklaration lehnte außerdem jede Verpflichtung zur Übernahme der Schulden der Bischöfe von Basel und Lüttich und die württembergischen Ansprüche auf Teile des oberen Fürstentums ab. Der Austausch der übrigen Ratifikationen zog sich noch bis Anfang August hin, am spätesten scheinen die beiden Salm sich dazu herbeigelassen zu haben.

Denkwürdiger als diese Vorgänge in München sind die letzten Vorgänge auf dem Regensburger Reichstag. Schon am 17. Juli waren in Paris die Vertreter der süddeutschen Höfe zu einer Beratung über eine gemeinschaftlich der Reichsversammlung vorzulegende Erklärung zusammengetreten. Reitzenstein entwarf eine solche, die jedoch Cetto einem Manifest gegen die Höfe von Wien und Berlin zu ähnlich fand. Der Fürst von Benevent billigte seine Einwendungen und in einer zweiten Konferenz wurden die von dem bayerischen Gesandten vorgeschlagenen Veränderungen, die das Schriftstück um die Hälfte verkürzten, ohne Anstand angenommen. Dann verlief alles glatt, wie es geplant war. Am 1. August übergab zuerst der französische Gesandte in Regensburg, Bacher, eine Note seines Kaisers, worin dieser zunächst von dem Entschluß einer Anzahl Reichsfürsten sprach, unter sich einen Bund zu schließen. Nach dem bekannten traurigen Zustand Deutschlands, besonders nach den Ereignissen des letzten Jahres, der Einverleibung Hannovers in Preußen und dem Frieden von Preßburg sehe er sich zu der Erklärung genötigt, „daß er das Dasein der deutschen Verfassung nicht mehr anerkennt; dagegen anerkennt er die volle und absolute Souveränität eines jeden der Fürsten, deren Staaten das heutige Deutschland bilden, und unterhält mit ihnen dieselben Verbindungen, wie mit den übrigen unabhängigen

Mächten Europas. S. M. der Kaiser und König hat die Würde eines Schutz- und Schirmherrn des Rheinbundes angenommen... Nachdem er auf diese Weise den teuersten Interessen seines Volkes und denen seiner Nachbarn Genüge geleistet, nachdem er, soweit es bei ihm gestanden, für die künftige Ruhe Europas und insonderheit für die Ruhe Deutschlands Sorge getragen hat, also eines Landes, welches unaufhörlich der Schauplatz kriegerischer Unternehmungen gewesen ist; indem er dem Widerspruch ein Ende gemacht, der Völker und Fürsten unter den scheinbaren Schutz eines Systems stellte, welches ihren politischen Vorteilen und ihren Verträgen entgegen war, hegt des Kaisers und Königs Majestät die Hoffnung, daß die Nationen Europas endlich ihr Ohr den Einflüsterungen derjenigen verschließen werden, die auf dem Festlande einen Zustand ewigen Krieges unterhalten möchten; daß die Heere Frankreichs, welche über den Rhein gekommen sind, diesen Strom zum letzten Male überschritten haben, und daß die Bewohner Deutschlands künftighin das schreckliche Gemälde von Unordnungen aller Art, von Verwüstungen und Metzeleien, die der Krieg stets in seiner Begleitung hat, nur noch in den Erzählungen von der Vergangenheit erblicken werden. S. M. hat erklärt, daß sie die Grenzen Frankreichs niemals über den Rhein hinaus vorschieben werde. Der Kaiser und König hat sein Versprechen treu erfüllt..."

Dann wurde die in Paris vereinbarte Erklärung in deutscher Sprache zur Verlesung gebracht, welche von den Komitialgesandten der nunmehrigen Rheinbundsfürsten unterzeichnet war: „Die Begebenheiten der drei letzten Kriege, welche Deutschland beinahe ohnunterbrochen beunruhigt haben, und die politischen Veränderungen, welche daraus entsprungen sind, haben die traurige Wahrheit in das hellste Licht gesetzt, daß das Land, welches bisher die verschiedenen Glieder des deutschen Staatskörpers miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche, oder daß es in der Tat schon aufgelöst sei; das Gefühl dieser Wahrheit ist schon seit langer Zeit in dem Herzen jedes Deutschen, und so drückend auch

die Erfahrung der letzten Jahre war, so hat sie doch im Grunde nur die Hinfälligkeit einer in ihrem Ursprung ehrwürdigen, aber durch den allen menschlichen Anordnungen anklebenden Unbestand fehlerhaft gewordenen Verfassung bestätigt. Nur diesem Umstande muß man ohne Zweifel die im Jahre 1794 im Reiche selbst sich hervorgetane Trennung zuschreiben, die eine Absonderung des nördlichen und südlichen Deutschlands zur Folge hatte. Von diesem Augenblicke an mußten notwendig alle Begriffe von gemeinschaftlichem Vaterlande und Interesse verschwinden; die Ausdrücke: Reichskrieg und Reichsfrieden wurden Worte ohne Schall; vergeblich suchte man Deutschland mitten im deutschen Reichskörper. Die Frankreich zunächst gelegenen, von allem Schutz entblößten und allen Drangsalen eines Krieges, dessen Beendigung in den verfassungsmäßigen Mitteln zu suchen nicht in ihrer Gewalt stand, ausgesetzten Fürsten sahen sich gezwungen, sich durch Separatfrieden von dem allgemeinen Verbande in der Tat zu trennen. Der Friede von Luneville, und mehr noch der Reichsschluß von 1803 hätten allerdings hinlänglich scheinen sollen, um der deutschen Reichsverfassung neues Leben zu geben, indem sie die schwachen Teile des Systems hinwegräumten und die Hauptgrundpfeiler desselben befestigten. Allein die in den letztverflossenen zehn Monaten unter den Augen des ganzen Reichs sich zugetragenen Ereignisse haben auch diese letzte Hoffnung vernichtet und die gänzliche Unzulänglichkeit der bisherigen Verfassung aufs neue außer allen Zweifel gesetzt. Bei dem Drange dieser wichtigen Betrachtungen haben die Souveräne der Fürsten des mittäglichen und westlichen Deutschlands sich bewogen gefunden, einen neuen und den Zeitumständen angemessenen Bund zu schließen. . . Vergeblich aber würden sie sich geschmeichelt haben, den gewünschten Endzweck zu erreichen, wenn sie sich nicht zugleich eines mächtigen Schutzes versichert hätten, wozu sich nunmehr der nämliche Monarch, dessen Absichten sich stets mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt haben, verbindet. Eine so mächtige Garantie ist in doppelter Hinsicht beruhigend. Sie gewährt die Versicherung, daß S. M.

der Kaiser von Frankreich Allerhöchstdero Ruhms halber ebenso sehr, als wegen des eigenen Interesses des französischen Kaiserstaates, die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland und die Befestigung der inneren und äußeren Ruhe sich angelegen sein lassen werden. Daß diese kostbare Ruhe der Hauptzweck des Rheinischen Bundes ist, davon finden die bisherigen Reichsmitstände der Souveräns, in deren Namen die gegenwärtige Erklärung geschieht, den deutlichen Beweis darin, daß jedem unter ihnen, dessen Lage ihm eine Teilnahme daran erwünschlich machen kann, der Beitritt zu demselben offen gelassen ist." Damit waren die Verhandlungen „dieses meist so ehrwürdigen Staatenvereins geschlossen".

Gleichzeitig, durch ein Schreiben vom 31. Juli, kündigte Dalberg dem Kaiser die Niederlegung des Erzkanzleramtes an: „Mein Gewissen sagt mir, daß ich, soviel in meinen Kräften war, alles versucht habe, um diesen Reichsverband zu erhalten. Meine Mühe war vergeblich." Franz II. antwortete auf alle diese Noten in zwei Proklamationen vom 6. August und in einem Schreiben an Dalberg vom 7. August. Das wichtigste dieser Aktenstücke, das jedoch nicht mehr der aufgelösten Reichsversammlung, sondern den Gesandten der Einzelhöfe übergeben wurde, hat folgenden Wortlaut: „Nach dem Abschlusse des Preßburger Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt dahin gerichtet, allen Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen hatten, mit gewohnter Treue und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Genüge zu leisten, und die Segnungen des Friedens unsern Völkern zu erhalten, die glücklich wiederhergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu befestigen und zu erwarten, ob die durch diesen Frieden herbeigeführten wesentlichen Veränderungen im Deutschen Reiche es Uns ferner möglich machen würden, den nach der kaiserlichen Wahlkapitulation Uns als Reichsoberhaupte obliegenden schweren Pflichten genug zu tun. Die Folgerungen, welche mehreren Artikeln des Preßburger Friedens gleich nach dessen Bekanntwerdung und bis jetzt gegeben worden und die allgemein bekannten Ereignisse, welche

darauf im Deutschen Reiche statt hatten, haben uns aber die Überzeugung gewährt, daß es unter den eingetretenen Umständen unmöglich sein werde, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen: und wenn noch der Fall übrig blieb, daß sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischer Verwickelungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Julius zu Paris unterzeichnete und seitdem von den betreffenden Teilen genehmigte Übereinkunft mehrerer vorzüglicher Stände zu ihrer gänzlichen Trennung vom Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besonderen Konföderation die gehegte Erwartung vollends vernichtet. Bei der hierdurch vollendeten Überzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unseres Kaiserlichen Amtes länger zu erfüllen, sind Wir es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Wert in unseren Augen haben konnte, als Wir dem von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des Deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten ein Genügen zu leisten im stande waren. Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, daß Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des Deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der konföderierten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das Deutsche Reich losgezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen. Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Konstitution gebunden waren. Unsere sämtlichen deutschen Provinzen und Reichsländer zählen Wir dagegen wechselseitig von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt unter was immer für einem Titel getragen haben, los, und Wir werden selbige in ihrer Ver-

einigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper als Kaiser von Österreich unter den wiederhergestellten und bestehenden friedlichen Verhältnissen mit allen Mächten und benachbarten Staaten, zu jener Stufe des Glücks und Wohlstandes zu bringen beflissen sein, welche das Ziel aller Unserer Wünsche, der Zweck unserer angelegensten Sorgfalt stets sein wird."

Der Eindruck der gewaltigen Katastrophe war zunächst nur an der Niedergeschlagenheit der Einwohner Regensburgs offenbar, denen alle Nachteile der Auflösung des Reichstags vor Augen schwebten, und die ihre Rettung von dem Verfall nur in der Vereinigung mit Bayern erblickten, wozu jedoch vorläufig wenig Aussicht bestand. Von den Reichsständen nahm nur einer zu der Niederlegung der Deutschen Kaiserkrone direkt Stellung, König Gustav von Schweden, der in einer Erklärung vom Hauptquartier in Greifswald aus am 22. August „die ihm als Reichsfürsten obliegende schmerzhafte Pflicht" erfüllte, seinen deutschen Untertanen von dem kaiserlichen Reskript Kenntnis zu geben: „Wenn die heiligsten Verbindungen, welche mehr als tausend Jahre hindurch das Deutsche Reich zusammenhielten, jetzt aufgelöst werden: so kann doch niemals die Deutsche Nation vernichtet werden, und durch die Gnade des Allerhöchsten wird Deutschland dereinst aufs neue vereinigt zu Macht und Ansehen wieder hergestellt werden." Die meisten Blätter druckten wie die allgemeine Zeitung die bedeutsamen Noten zunächst ohne Kommentar ab, und wenn man überhaupt zu dem letzten Akt des letzten Kaisers Stellung nahm, geschah es wohl meist in anerkennender Weise. So erblickte ein Schweizerblatt in der Proklamation den Ausfluß einer „Seelenhoheit welche die ungeblendete Nachwelt würdigen wird;" „nie erschien der Monarch erhabener als im Herabsteigen über die Stufen des Thrones, der nicht mehr bestehen konnte, als er aufgehört hatte, der Erste der Welt zu sein. Kalter Ernst liegt in seinen letzten Worten an die Fürsten und Stände des Reiches, und bezeichnet das Bewußtsein unverletzter Treue und welche Meisterschaft er in diesen Tagen des Umsturzes über seine Gefühle zu

behaupten vermöge." Anderer Ansicht war Landgraf Friedrich V. von Hessen-Homburg, der in einem Gedicht: „Die Hyder der Zwietracht" die Gefahren schildert, welche die Zwietracht zu allen Zeiten den Staaten gebracht habe. Auch Deutschland sei ihr zum Opfer gefallen, aber es sei nicht einmal mit Würde untergegangen:

Weiht Deutschlands Urne noch die Nachwelt Tränen?
Sieht schmähend sie auf unsre Asch herab?
Bei diesem Sturz[e] fehlt's an Aristomenen,
Kein Großmutsdenkmal schattet auf dies Grab!
Als Cäsar in des Tempels Hallen
Einst fiel vor der Verschwornen Schar,
Sorgt' er selbst noch im Fallen,
Daß Manneswürde dabei war.

Die Vorgeschichte der Abdankung von Franz II., die den Zeitgenossen unbekannt war, zeigt, daß das Urteil Friedrichs begründet ist. Eingeweihte wollten damals wissen, daß Napoleon schon bei Gelegenheit des Preßburger Friedens von Franz II. den Verzicht auf die deutsche Kaiserkrone gefordert habe. Jedenfalls schien es kaum glaublich, daß der Wiener Hof das Herannahen des Sturmes nicht hätte merken sollen. „Hat er nichts getan, um denselben zu beschwören und die Fürsten um sich zu sammeln?" schrieb Haugwitz an den Grafen Finckenstein am 25. Juli, „und nun, nachdem der Schlag erfolgt ist, wird er ihn ruhig hinnehmen, wird der Chef des Reiches mit ruhigem Auge den Sturz seiner Autorität und der Kaiserwürde ertragen?" Napoleon selbst hat wohl kaum gehofft, mit Kaiser Franz so leicht fertig zu werden. Darum überschüttete er den Gesandten Vinzent mit Drohungen, das französische Heer harre nur eines Winkes, um sich über Österreich zu ergießen, wenn Franz II. die Forderungen nicht erfülle: Niederlegung der deutschen Kaiserkrone, Anerkennung des Königs Joseph in Neapel und Anerkennung des Rheinbundes. Gravenreuth nahm an dem Imperator eine solche Erbitterung wahr gegen das Erzhaus, daß er fürchtete, die Habsburger würden im nächsten Kriege vernichtet werden. Damals war es auch, wo Napoleon das Wort in den Mund gelegt wurde: „Wenn der Kaiser von

Österreich sein gegenwärtiges Betragen fortsetzt, muß er durch mich entthront werden oder ich durch ihn." Am 20. Juli gingen an den französischen Gesandten Larochefoucauld in Wien die Mitteilungen über den Rheinbund und eine Note für den Kaiserhof ab, in welcher unter Bezugnahme auf die Erklärung Bachers vom 1. August die ergriffenen Verfügungen als natürliche Folge der Ereignisse mehrerer Jahrhunderte und das unmittelbare und notwendige Resultat der drei letzten Kriege hingestellt wurden. Das römisch-deutsche Kaiserreich habe Anfangs das ganze christliche Europa umfaßt und lange Zeit sei Frankreich die Hauptstütze der Kaiser gewesen. Aber in neuester Zeit sind Preußen, Rußland und Frankreich gleich mächtig geworden durch den Reichtum ihrer Staaten, so daß sie unmöglich einem von den drei Kaiserhöfen das Recht einräumen konnten, über andere eine Suprematie zu beanspruchen, die den Tatsachen nicht entsprach. Europa glaubte, der Wiener Hof habe das selbst gefühlt, als er sich den Erbkaisertitel beilegte; die beiden Kaiserkronen auf einem Haupte konnten doch nur den Übergang andeuten, um die Geister an eine unerwartete Änderung zu gewöhnen. Die Auflösung des deutschen Reichskörpers sei eine unausbleibliche Folge des Rheinbundes, dessen Gründung ausführlich motiviert wird, und diese Auflösung selbst sei kein unerhörtes Ereignis, sondern die handgreifliche Folge von Veränderungen in Europa seit zweihundert Jahren. Wenn jedoch Napoleon Kaiser Franz auch nicht mehr als Kaiser von Deutschland anerkennen wollte, so war es doch möglich, mit dem österreichischen Kaiser ein engeres Verhältnis anzuknüpfen; wenn er auch keine Suprematie auf dem Festlande dulden konnte, so beanspruchte er doch nicht den Vortritt vor den anderen kaiserlichen Häusern, vielmehr wollte er mit den Herrschern in Wien, Konstantinopel und Petersburg auf gleichem Fuße verhandeln. Diese Wendung ist wichtig insofern, als man daraus wohl auf einen Verzicht auf den karolingischen Plan einer Erneuerung des abendländischen Kaisertums — nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Kurie — schließen darf. Larochefoucauld durfte jedoch die in der Note ent-

haltenen Vorstellungen zunächst nur als seine eigenen Ideen ausgeben und den Vertrag noch nicht offiziell mitteilen.

So ganz unvorbereitet war man in Wien auf diese Zumutungen in der Tat nicht. Der denkende Teil der Bevölkerung, zu welchem der französische Gesandte vor allem die durchaus ehrbaren, aber wenig unterrichteten Kreise der hohen Aristokratie rechnete, beschäftigten sich wenig mit den öffentlichen Angelegenheiten, außer einigen Familien, die unter Maria Theresia hervorragende Stellen bekleideten, und einen weitern Gesichtskreis mit einem lebhaften Gefühl für nationale Ehre verbanden. Auf dieser Grundlage war es nicht möglich, den verschiedenen Strömungen den Namen einer Partei zu geben. Allgemein waren nur die Klagen über die Schwäche der Regierung, das Murren über ihre Organe, die offene Unzufriedenheit über die allzugroße Willfährigkeit des Monarchen. Die Maßregeln, die ergriffen wurden, forderten die Kritik der Einsichtigen heraus, die großes Unglück für ihr Vaterland vorhersahen; aber bei dem Durcheinander aller oppositionellen Richtungen war kein bestimmtes Resultat vorherzusehen. Der Kaiser, persönlich gutmütig, wollte das Beste seines Landes und war bereit, dafür die größten Opfer zu bringen, aber er besaß keine eigene Meinung und war immer der Anschauung des letzten, den er gehört hatte. Mit seiner ganzen Aufrichtigkeit wurde er in eine Richtung gezogen, die seiner Denkweise durchaus entgegenstand; aber seine Umgebung kannte ihn zu gut, um eine andere politische Gesinnung als das Ministerium zu hegen. Er schätzte Napoleon, wollte neutral bleiben und wünschte eine Annäherung an Frankreich; nie sei Österreich besser gefahren als während seiner Allianz mit den Tuilerien, sagte er, und doch setzte er die Agenten nicht ab, die gegen sein Maximen handelten, und befleißigte er sich einer Haltung, die er hätte tadeln müssen, wenn man sie ihm unter einem anderen Gesichtspunkt vorgestellt hätte. Stadion segelte ganz in russischem Fahrwasser, so sehr er auch durch den Hochmut des Zarenhofes gekränkt war, und seine Politik war Frankreich diametral entgegengesetzt. Er sprach sich bereits am 24. Mai in

einem Gutachten dahin aus, die deutsche Kaiserkrone habe bis zum Preßburger Frieden dem österreichischen Staate noch mancherlei Vorteile gebracht, aber jetzt könne sie zu beständigen Kollisionen mit Frankreich Anlaß bieten. Man dürfe daher nicht so lange warten, bis von Napoleon die förmliche Forderung zur Niederlegung der Kaiserkrone, die mit Sicherheit zu erwarten war, gestellt werde. Sobald aber einmal die Notwendigkeit der Abdankung erkannt war, mußte sie sofort ins Werk gesetzt werden. Diesen Standpunkt scheint Erzherzog Karl vertreten zu haben, der später (am 6. August) an Herzog Albert schrieb: „Vor zwei Monaten, wenn Sie sich noch daran erinnern, dachte ich, daß unser Hof auf die Würde eines Kaisers von Deutschland hätte entsagen sollen. So würden wir vor dieser Beschimpfung bewahrt geblieben sein.“ Auch Gentz schrieb, noch ehe ihm das Ende des Reiches bekannt war, am 4. August: „Ich werde jetzt einen Plan zur Stiftung einer neuen österreichischen Monarchie ausarbeiten. Der Kaiser muß das Reichsregiment mit Würde niederlegen, Wien muß aufhören, Residenz zu sein; die deutschen Staaten als Nebenländer, Grenzprovinzen betrachtet; der Sitz der Regierung tief in Ungarn aufgeschlagen; eine neue Konstitution für dieses Land; mit Ungarn, Böhmen, Galizien und was von Deutschland blieb, behauptet man sich noch gegen die Welt, wenn man will; Fiume und Triest müssen um jeden Preis gerettet werden oder wieder erobert, sonst hat dieser Staat keine Wasserkommunikation; alles übrige in größter Fülle und die Grenzen durch Natur und einige Kunst so zu befestigen, daß der Teufel und seine Legionen nicht eindringen können. Wenn dieses befolgt wird, so sollen Preußen und Deutschland zeitig genug bei dieser neuen Monarchie um Hilfe flehen.“ Stadion war anderer Ansicht; er hielt dafür, der hohe Wert, den die Kaiserkrone in der öffentlichen Meinung hatte, könne und müsse in Anrechnung gebracht werden, um bei einer freiwilligen Verzichtleistung andere Vorteile zu erhalten. Am 17. Juni bestimmte Franz in der Tat: „Der Zeitpunkt zur Abtretung der Kaiserwürde ist jener, wo die Vorteile, die aus selber für Meine Monarchie ent-

springen, durch die Nachteile, die durch eine fernere Beibehaltung derselben entstehen können, überwogen werden." Als dann Friedrich Stadion, der Bruder des Ministers, in einem trefflichen Berichte empfahl, den französischen Herrscher zu einer Erklärung über seine Absichten zu bewegen, wurde Metternich nach Paris gesandt, der von dem lebhaftesten Wunsch erfüllt war, dort etwas zu erreichen. Aber ihm ging es wie Gravenreuth: in Straßburg wurde er aufgehalten. Am 2. August, nachdem die Note Bachers in Regensburg schon bekannt gegeben war, rang dann Larochefoucauld in einer langen und lebhaften Konferenz Stadion das Geständnis ab, daß Franz II. auf den Titel Deutscher Kaiser verzichte und in wenigen Tagen die erforderlichen Veröffentlichungen abgefaßt würden, nicht ohne daß vorher dem französischen Gesandten ihre Durchsicht gestattet werde. Stadion versprach in einer Woche alles zu erledigen. Ebenso erkannte der Kaiser den neuen König von Neapel an; doch bat er als Verwandter der vertriebenen Dynastie mit der Erfüllung dieser Zusage so lange um Aufschub, bis ein anderer Hof auf diesem Wege vorangegangen sei. Napoleon war von dem Resultat dieser Konferenz sehr befriedigt und ließ der Festigkeit seines Gesandten alle Anerkennung widerfahren. Aber auch Franz II. war froh, weil er durch das Eingehen auf die Forderungen Napoleons eine neue französische Invasion seiner Länder vermieden zu haben glaubte. Den österreichischen Behörden wurde die Entsagung so dargestellt, als ob der Kaiser sich nur einer Krone begeben habe, die seine Erbländer bedenklichen politischen Verwickelungen aussetzte und einige derselben in einem den neuesten Verhältnissen durchaus nicht entsprechenden Verband zum Deutschen Reiche gehalten habe. Stadion glaubte, die Angelegenheit so geordnet zu haben, daß sie der Würde seines Herrn nicht schaden und „für die Monarchie keine unangenehmen Folgen haben werde."

Von den Gesandten der größeren Mächte in Paris hatte der englische, Lord Yarmouth, bereits am 2. Juli Kenntnis von der Vernichtung des Deutschen Reiches, die Napoleon plante. Wie

man sich ungefähr in England die Umgestaltung Deutschlands dachte, geht aus den Friedensvorschlägen hervor, die Yarmouth den Tuilerien übergab. Danach war König Georg bereit, die Könige von Bayern und Württemberg und die Großherzoge von Baden und Hessen-Darmstadt anzuerkennen, dagegen wollte er Hannover als Großherzogtum im Frieden gegen anderweitige Entschädigung Preußens zurückerlangen. Napoleon beantwortete diese Vorschläge nur mit Hohn, und mit Fox starb so ziemlich der einzige Mann jenseits des Kanals, der von versöhnlicher Gesinnung beseelt war. Nach dem Verzicht von Franz II. versicherte Mr. Adair den Grafen Stadion der freundschaftlichen Gefühle seines Gebieters gegen das Haus Habsburg und des lebhaften Interesses, das er als König von England und Kurfürst von Hannover auch nach dem Untergang des Reiches an dem Wohl desselben und an der vollständigen Unabhängigkeit Europas nehmen werde. Mit Genugtuung sah man auch, wie Preußen im Norden die Kleinen um sich sammelte; jedenfalls müsse Preußen Englands Unterstützung erhalten, wenn es ein vernünftiges System annehme, schrieb Adair an Lord Granville. Von Yarmouth und Vinzent hatte der russische Gesandte Oubril zuerst erfahren, welche tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland vorgenommen werden sollten. Er hoffte gleichwohl den Umsturz noch zu vermeiden, bald aber sah er ein, es seien keine besseren Resultate zu erzielen und Österreich werde die Opfer bezahlen müssen, so lange man nicht über größere Streitkräfte zu verfügen habe als die letzte Koalition. Darum unterzeichnete er auf Zureden Talleyrands am 20. Juli einen Friedensvertrag, der unter anderem die Räumung Deutschlands durch die französischen Truppen stipulierte. Diese Bestimmung war für den Zaren wie für den König von England gleich wichtig, weil damit der Ruin des Festlandes und Österreichs vermieden schien. Erst nach der Unterzeichnung des Vertrages sprach Talleyrand in allgemeinen Ausdrücken zu Oubril über das künftige Geschick Deutschlands. In Petersburg nahm man an einer Reihe von Artikeln der Präliminarien Anstoß, die außerdeutsche Fragen

betrafen; die wörtliche Ausführung der Räumung Deutschlands hätte diese Nachteile nicht aus der Welt geschafft; da sie erst in drei Monaten nach der Ratifikation des Vertrages oder später erfolgen sollte, hatte Napoleon Zeit genug, alles nach seinem Wunsche bis dahin umzugestalten. Wenn mit dem Artikel nur eine leidliche Ordnung in Deutschland nach russischem Sinn auf konservativer Grundlage erstrebt wurde, war er sinnlos, sobald die Gründung des Rheinbundes und der Verzicht auf die Deutsche Kaiserkrone in Petersburg bekannt war. So verwarf zu Anfang August der Zar auf Antrag seines Staatsrats den Vertrag und Oubril wurde zum Zeichen der Ungnade auf seine Güter geschickt. Wie er hatte auch der preußische Gesandte Lucchesini von den Pariser Verhandlungen lange Zeit nur sehr ungenaue Kenntnis, was ihn jedoch nicht hinderte, später ein dreibändiges Werk über die Ursachen und Wirkungen des Rheinbundes zu verfassen, das auf durchaus mangelhaften Informationen beruht. Erst Mitte Juli wurde er von Talleyrand über die deutschen Pläne des Kaisers unterrichtet und gleichzeitig erhielt der französische Gesandte in Berlin, Laforest, den Auftrag, mit Haugwitz darüber zu sprechen. Preußen sollte im Norden einen ähnlichen Bund gründen; als Oberhaupt dieses Nordbundes wurde ihm die Freiheit eingeräumt, sich und den Bundesgenossen die Titel beizulegen, die es für geeignet hielt. Die Auflösung des Reiches wurde als eine neue Garantie für den Besitz Hannovers hingestellt. In Berlin war man von diesen Eröffnungen befriedigt. Die Vernichtung des Reiches, die vor einem Jahre noch allgemeine Entrüstung entfacht hätte, löste nur leere Worte, Äußerungen des Bedauerns, aber keine Regungen des Widerstandes aus. Die Gefahren, die der Rheinbund bieten konnte, hoffte man auf dem Wege der Unterhandlung glücklich zu beseitigen; mit Eifer griff man den Gedanken eines Protektorats über Norddeutschland auf, aber als man erfuhr, daß Napoleon Hannover unter der Hand wieder England angeboten hatte, da kam es zum Krieg. Es war kein Kabinettskrieg mehr im Stile des achzehnten Jahrhunderts, es war auch

noch kein reiner Volkskrieg wie die Befreiungskämpfe; aber indem er die alte preußische Monarchie zertrümmerte, die Erniedrigung Deutschlands vollendete, legte er zugleich den Keim zu einer Verjüngung Preußens und zur Wiedergeburt der Deutschen Nation.

Schluss.

Ach! wir hätten nicht verloren,
Was der Väter Mut errang.
Wärst Du, Himmlische geboren,
Wo einst Hermanns Scharen siegten
Und Augustus' Adler sank.
Riemeyer.

Am 13. Juli schrieb Talleyrand an Napoleon über die Rheinbundsakte: „Dieser Vertrag ist der erstaunlichste, den die Welt seit 500 Jahren gesehen hat; er zieht die Auflösung eines alten Reiches nach sich und ergänzt ein anderes, das in dem Genie seines Gründers eine Bürgschaft für seine Dauer besitzt." Napoleon selbst hat den Rheinbund als eine Tatsache gebraucht, niemals gelobt; er hat nicht einem, viel weniger allen, die ihn unterzeichneten, die geringste Belohnung oder Auszeichnung gegeben; so richtig war sein Takt. Der Moniteur vom 13. und 14. August leitete die Mitteilung der confédération du Rhin und den Abdruck der bedeutsamen Regensburger Noten mit den Worten ein: „Alle Schwierigkeiten, die in Deutschland bestanden, sind behoben. Die Verhältnisse auf dem Kontinent befinden sich heute so geordnet, daß man auf eine dauernde Ruhe zählen darf. Vergeblich würde man Gold und Bestechung säen, man würde keinen Fürsten mehr finden, der das Blut seiner Untertanen verkaufen wollte." Im Argus wurde die Frage aufgeworfen, wie kam es, daß die deutsche Konstitution seit dem westfälischen Frieden, der für ein Meisterstück politischer Organisation galt, kein anderes Gemälde als das einer unaufhörlich sich erneuernden Zwietracht darstellte: „Dieses alte, sonst so ehrwürdige Gebäude stellte nur einen unförmlichen Körper dar, dessen unproportionierte Glieder weder mit ihrem

Haupte harmonierten, noch unter sich selbst regelmäßige Beziehungen hatten. Die Federn, welche diese große Maschine in Bewegung setzten, waren entweder gesprungen oder verrückt; nicht einer der Teile, welche in der Konföderation figurierten, hatte noch die nämliche Kraft und Macht wie zur Zeit der Bildung; die Vergrößerung verschiedener Mitstaaten und die Anmaßungen anderer hatten alles Gleichgewicht aufgehoben; und Frankreich, so oft gezwungen, in diesem beständigen Streit dazwischenzutreten, hatte für ein unheilbar gewordenes Übel nur Palliative dargeboten. Es erforderte eine große Umwälzung, um die Auflösung dieses politischen Körpers zu verhindern, dessen Anarchie bald für das übrige Europa unglücklich ausgefallen wäre." Die Verzichtleistung des Kaisers Franz sei darum nicht verwunderlich; „reife Betrachtung seiner wahrhaften Interessen diktierte sie." „Deutschland wird nicht länger ein Schlachtgefild sein, das sich auf das Zeichen des ersten in Europa abgefeuerten Kanonenschusses öffnet, heißt es an anderer Stelle; zwischen Frankreich und den Mächten, die versucht werden könnten, es einst anzugreifen, steht ein furchtbarer Schlagbaum da." Die Parallele zwischen dem Rheinbund und dem Fürstenbund bot sich von selbst: „Das von Friedrich dem Großen im Norden gebildete Bündnis gewährte weniger Sicherheit und war voll Inkonvenienzen." „Der Kaiser der Franzosen, der jenseits des Rheins keine Besitzungen hat, trägt wirklich den Charakter eines Beschützers und das Übergewicht seiner Macht verwandelt diesen Titel nicht in einen bloß eitlen Namen." Ein Journal des linken Rheinufers erklärt es als „optische Täuschung", wenn Preußen im Norden einen zweiten Bund bilden wolle, um dem im Süden das Gleichgewicht zu halten; die Idee des Gleichgewichtes stamme aus den schönen Tagen Friedrichs des Großen. „Die politischen Schriftsteller des Nordens vergessen aber zahlreich, daß diese schönen Tage lange nicht mehr sind und sobald nicht, vielleicht nie mehr wiederkehren dürften." „Der magische Nebel, welcher seit dem Tode Friedrichs die preußische Monarchie umhüllte, ist zerstreut. Journalisten und Schriftsteller aller Art bauten seit Jahren schon

Deutschlands Rettung auf sie und zeigten in ihr den Felsen, an dem der wachsende Strom von Frankreichs Übermacht sich brechen müsse. Sie setzten die Erinnerungen einer langen Vergangenheit an die Stelle der sehr veränderten Gegenwart.“ Die Verachtung, mit der hier von Preußen geredet wird, läßt die Mainzer Zeitung ganz Deutschland widerfahren: „Es ist kein Deutschland mehr. Was man für Anstrengungen einer gegen ihre Auflösung kämpfenden Nation zu halten versucht werden könnte, sind nur Klagen weniger Menschen an dem Grabe eines Volkes, das sie überlebt haben. Sie glauben an eine Nation, weil eine gemeinschaftliche Sprache und gemeinschaftliche Sitten ihnen ein Volk zusammenzuhalten schienen. Deutschland ist nicht heute erst untergegangen. Es selbst hat seine Auflösung beschleunigt und seinem Dasein durch wiederholte politische Bruder- und Selbstmorde ein Ende gemacht. Es selbst konnte sich nur retten. Aber was der Geschichte der Völker und den Völkern Inhalt und Leben gibt, ist der Geist einiger größeren, hervorragenden Menschen, die durch sie wirken. Deutschland hatte einen solchen Menschen nicht, und konnte ihn nicht wohl haben, weil der Zufall ihm denselben hätte schenken müssen.“

Wenden wir uns nun nach Deutschland zurück, so werden wir finden, daß es hier denn doch nicht so trostlos aussah, wie der Mainzer Zeitungsschreiber vorgab. Zwar werden wir laute Stimmen des Tadels in den Kreisen der Staatsmänner, die den Rheinbund geschlossen haben, nicht finden; aber an allen Höfen, auch bei den Kleinsten herrschte das Gegenteil von Freude über das Errungene. „Ich sehe mich mit Mühe und Not allein konserviert,“ schrieb Karl von Isenburg an seine Gemahlin, „und ich schwöre Dir, wenn mein Gewissen mir einen einzigen falschen Schritt gegen meine Verwandten oder Freunde vorwürfe, könnte ich nicht existieren... ich habe nicht provoziert, was geschehen ist, und ich leide für die anderen und zu meiner eigenen Qual.“ Der Fürst von Lichtenstein erklärte, er sei dem französischen Kaiser sehr dankbar für die Aufnahme in den Bund, aber er und seine Familie seien dem Hause Österreich verbunden, und er könne aus

der Gnade des Imperators persönlich keinen Nutzen ziehen, es sei denn die Möglichkeit, sein Land an einen seiner Söhne abzutreten. Gagern versichert, er hätte die Einsamkeit und Grabschippe sicher vorgezogen, wenn es nicht eben die Epoche, ja der Augenblick notorischermaßen gewesen wäre, wo das nassauische Haus seines Dienstes am wenigsten entbehren konnte. Aus den Reden Wintzingerodes erhellt, daß in Stuttgart niemand zufrieden war, und Reitzenstein gestand, nie hätten die deutschen Fürsten sich in stärkerer Abhängigkeit befunden als jetzt. Sie, die an ihrem alten Kaiser die kleinste Machtanmaßung nicht dulden konnten, werden nun lernen müssen, das Gewicht des Wortes Cäsar sich zu vergegenwärtigen, schreibt der badische Geheimrat Brauer, und sein Kollege Meier hielt nicht mit dem Vorwurf zurück, daß man, was geschehen sei, zum Teil selbst verschuldet und das Recht auf Klage darum verwirkt habe. „Aber das Deliberieren über die Nützlichkeit des Beitrittes und das Dolieren über manche Unbehaglichkeit ist sehr überflüssig, und man muß froh sein, wenn man nur noch einige vorteilhafte Modifikationen erringen kann.“ In der Tat, was nützte jeder Jammer und jede Klage? „Sie werden nur Ärger erzeugen, und den Verdacht Frankreichs erregen,“ meint Cetto. „Jetzt muß man das tiefste Stillschweigen beobachten und wenn es mir erlaubt ist, meine Meinung auszusprechen, seine Stimmung so sehr verbergen, daß man gar nicht zweifeln kann, ob die Bundesakte unangenehm war, und falls dies nicht möglich ist, wenigstens den Wunsch äußern, alle Klauseln buchstäblich auszuführen.“ Bayern besaß in Frankreich selbst erbitterte Feinde, die die Vergrößerung des Königreichs in sehr kurzer Zeit als eine Gefahr für den Kaiserstaat ansahen. Ihnen durfte man keinen Vorwand liefern, auf den Kaiser Einfluß zu gewinnen. Man hatte in München Verzicht geleistet auf eine Unabhängigkeit, die man einen Augenblick erwartet hatte. Dieses Streben galt es jetzt zu vergessen und sich dem Wohl der drei Millionen zuzuwenden, die unter dem wittelsbachischen Szepter standen. Der preußische Gesandte Schladen berichtete aus München, die öffentliche Meinung hatte kein Gewicht

im gegenwärtigen Augenblick, und der Fürst sah sich bei dieser Gelegenheit wie bei seiner ersten Allianz mit Frankreich verpflichtet, ohne zu wissen wie. Der österreichische Agent Steigenberg hält in einem Bericht, den er kurz vor dem Abschluß des Rheinbundes verfaßte, den günstigen Zeitpunkt für gekommen, Bayern dem Kaiserhause wieder zu nähern; die Unzufriedenheit sei allgemein, der König und das ganze Land bedauere die Ruhe, die sie früher genossen; der Minister, seine Gemahlin, die Leute von Stellung machten daraus kein Geheimnis. Montgelas selbst hat nach dem Frieden von Tilsit in einer Denkschrift an den König auf die zurückgelegte Entwickelung einen Rückblick geworfen mit dem Resultat, es sei die alte Idee Ludwigs XIV. und XV. gewesen, einen Teil Deutschlands in das französische System zu ziehen, welche in der Revolution wieder aufgenommen und schließlich verwirklicht wurde. Die unbegreifliche Haltung des Wiener Hofes seit dem Frieden von Luneville erleichterte die Ausführung, der grenzenlose Ehrgeiz einzelner Fürsten und die unerhörten Erfolge des Krieges von 1805 verliehen dem Plane eine Ausdehnung, von der er im Anfang seines Entstehens weit entfernt war; die Unruhe der Kleinen, ihr zähes Festhalten an einer Ordnung der Dinge, die zu erhalten unmöglich war, und die Begehrlichkeit der Großen vollendeten das Werk und führten eine vollständige Auflösung des deutschen Reichskörpers herbei; Frankreich aber wandte auf seinem Wege alle Kunst und Geschicklichkeit an, und es hing nicht von dem bayerischen König ab, die Revolution aufzuhalten und ihre einschneidenden Folgen zu verhüten.

Fürst Metternich, der selbst sein Leben lang deutschen Sinn für einen Mythus hielt, hat einmal in einem Vortrag an den Kaiser dargelegt, wie die Anbeter aller französischen revolutionären Regierungen und Freiheitsprediger sich in den Absichten des ersten Konsuls täuschten: „der Tag seiner Abtrünnigkeit von den Formen der Revolution, besonders aber jener der Einführung eines neuen Adels warf unsere demokratischen Gelehrten in den Harnisch. Nun wurde der Götze ein bloßes Schreckbild, alle bisher französisch

predigenden Schriftsteller wurden deutsche.“ Während noch 1805 in der Zentrale des deutschen Büchermarktes eine armselige Dürftigkeit an politischen Werken und Pamphleten herrschte, berichten die „Blicke auf die Leipziger Jubilate-Messe 1806“ von der „unglaublichen Begierde,“ mit der diese Erzeugnisse aufgekauft wurden. „Wie mancher hat nicht schon die authentische Darstellung und Fragmente nebst Vorrede dazu (von Gentz), wer nicht Arndts Geist der Zeit wenigstens in der letzten Hälfte des Buches gelesen und sich dabei zu vielen Betrachtungen bewogen gefunden? Wenn man auch nicht wie der ehrliche Germanus in Ifflands Schauspiel: Wohin?, welches gleichfalls in diese Rubrik gehört, zur Auswanderung nach Taurien oder Lappland Anstalt macht, oder wie Sonnenberg Deutschlands Auferstehungstag durch einen tödlichen Sprung zuvoreilt: So wird man doch auch nicht glauben, daß die zehn Kochbücher, die der diesmalige Meßkatalog der Reihe nach anführt, bloß dazu gedruckt wurden, um uns an den bekannten englischen Vers zu erinnern: „Iß deinen Pudding und halte das Maul.“ Der Krieg im Herbste 1806 hatte den Niedergang des literarischen Verkehrs in Norddeutschland zur Folge. Von mehreren Tageblättern erschien nur die Zeitung für die elegante Welt noch. Der Satiriker Falk, der in Weimar ein neues Blatt: Tartarus und Elysium herauszugeben angefangen hatte, hielt es für geraten, sein Blatt selbst in Lethe zu tauchen und einem französischen Intendanten nach Naumburg zu folgen. Die Berliner Monatsschrift von Nicolai brachte im November eine Notiz, daß „aus Mangel an Papier und wegen anderer Umstände“ für jetzt nicht einmal das Dezemberstück gedruckt werden könne. Buchhandlungen und Druckereien wurden überall zum Kauf ausgeboten. „Erhalten wir durch alles dieses nur wenige, aber gehaltvolle die Wissenschaft wahrhaft fördernde Bücher und würde die heillose Scribler- und Büchermacherzunft dadurch genötigt, zum Pflug oder zur Flinte zu greifen, so wäre dies freilich barer Gewinn“, bemerkt eine gleichzeitige Stimme dazu. „Behalten wir nur eine Literatur, die freilich nicht im ekelhaften Wust unserer Sudler und Abschreiber

bestehen kann, so bleiben wir auch eine Nation.“ So bedeutete das Jahr 1806 in der Tat die „Endschaft der papiernen Zeit“ im schlimmen Sinn. Auch der Spott des Dichters kam schon zu spät, der in einer satirischen Ode „an die Erbärmlichkeit“ diese Göttin des Tages also begrüßte:

Du siehst des Deutschen Gold nach Frankreich karren,
Das Übrige verschluckt der Briten Gier,
Uns bleiben nebst dem Ruhm der guten Narren
Kartoffeln, Juden, Demut und Papier.

Einen anderen Ton, der an den Stil von Klopstocks Oden gemahnt, schlägt die „Allgemeine Zeitung“ vom 1. September an:

Eiche! Du warst mir ein Bild! mein väterlich Land
Steht es nicht, Eiche wie du?
Eiche, dich seh ich nicht mehr.

Nicht Jehovas Keil traf sie, und jüngst noch ist die tief gewurzelte dem brüllenden Sturm widerstanden. Ihr schwindendes Mark hat sie mit entblättertem Wipfel ohne Krachen auf die kühle Erde gelegt. Auch Deutschland ist nicht mehr, seine ehrwürdige alte Verfassung erlag sich selbst, der Zeit und dem Alter, der Unbeholfenheit, der erkalteten Schätzung ihres Wertes. Es bedurfte keines Beils, nur einer gewaltigen erschütternden Hand, und ihre eigenen Kinder trugen sie zu Grabe, kaum einer besseren, doch einer kräftigeren Mutter gewärtig. Das Erbe von Teut ist geteilt. . . . Noch eines Rudolfs von Habsburg hätte Deutschland bedurft, eines so gütigen und kraftvollen Herstellers — doch nun ist es ach! unsern Blicken entrückt, aber Deutschlands Söhne werden Deutsche bleiben; freier Sinn, Kraft und Redlichkeit! an diesen Zügen wollen wir sie erkennen.

Dies war, o Deutschland! das Erb der Kinder von dir
Alter und Alter heran.
Bleib es doch immer das Erb der Kinder von dir
Alter und Alter heran.

Eine politische Flug- und Brandschrift, wie die Geschichte wenig andere aufzuweisen hat, sind die Fragmente aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichtes in Europa von Gentz,

worin mit flammenden Worten Deutschlands selbstverschuldete Wehrlosigkeit aufgedeckt wird; Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen. Nicht die gleiche Sachkenntnis, aber wenn hier eine Steigerung noch möglich wäre, eine tiefere Gefühlswärme spricht aus dem „Geist der Zeit“, dessen ersten Teil Ernst Moritz Arndt während des Jahres 1805 geschrieben hatte; als Deutschland durch seine Zwietracht nichts mehr war, da faßte sein Herz seine Einheit und Einigkeit. Ein gehaltloses Machwerk dagegen, das seine Berühmtheit bis zum heutigen Tag nur dem traurigen Schicksal seines Verlegers verdankt, ist die Schrift: „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung 1806“ aus der Feder des amovierten gräflich Rechtern'schen Konsistorialrats Yelin von Winterhausen bei Würzburg. Hätte es der Verfasser wenigstens bei der Rührseligkeit bewenden lassen, ohne die nach seiner Meinung ein Deutscher die Erniedrigung seines Vaterlandes nicht einmal ansehen, viel weniger persönlich empfinden und öffentlich davon reden durfte. So aber entwirft er ein überaus gehässiges durchaus unwahres Bild von dem Aufenthalt der französischen Armee in Deutschland, erhebt er gegen Napoleon nicht nur, sondern auch gegen den preußischen Staat so schwere Vorwürfe, daß selbst nach dem Geständnis des der Familie Palm nahestehenden Grafen Julius Soden keine geordnete Regierung in Friedenszeiten den ganzen Wiederabdruck jener Brochure hätte gestatten können; die Verbreitung ähnlicher Schriften in einem Lande, in dem eine fremde Armee kantonierte, wurde zu jeder Zeit als eine kriminelle Handlung angesehen und mit den schwersten Strafen belegt.

Schon seit einiger Zeit beobachtete Otto mit steigender Unruhe den Vertrieb von Pamphleten, die gegen die französische und die bayerische Regierung gerichtet waren; aber trotz der Wachsamkeit des Kriegsministers und der Emissäre gelang es eine Zeitlang nicht, die Schuldigen festzunehmen. Je mehr die deutsche Verfassung erschüttert war, desto begeisterter suchte man ihre Schönheit zu schildern und die Ordnung aller ihrer Teile zu be-

wundern. Man sprach mit tiefem Bedauern von dem Schutz, den das Haus Österreich allen Gliedern des deutschen Reichskörpers gewährte, von der Freiheit, deren die schwächsten neben den stärksten sich erfreuten, von der Gerechtigkeit, die in Wetzlar und in Wien bei den Gerichten zu finden war, und suchte dem deutschen Nationalgeist einen starken Antrieb gegen Frankreich zu geben. Neben den Flugschriften wurde durch mündliche Gerüchte Unruhe in das Volk getragen, indem es hieß, Österreich habe starke Armeen nach Wels und nach Salzburg gesandt, während in Wirklichkeit in letzterer Stadt keine 25 Feuerschlünde und nur zwei Rekrutenregimenter vorhanden waren. Solche Wahrnehmungen, bei denen selbst die Möglichkeit einer offenen Erhebung gegen Frankreich nicht ausgeschlossen war, lassen das Vorgehen der Franzosen in einem anderen Lichte erscheinen, als es bisher dargestellt worden ist. Der Herzog von Neuchatel gab sich redliche Mühe die Wurzel des Übels durch Aufrechterhaltung der strengsten Disziplin und Erleichterung des Loses der Einheimischen zu beseitigen; für die Entdeckung der Urheber solcher Schandschriften setzte er einen Preis von 100 Talern aus. Neben Yelins Büchlein fahndete man besonders nach den „Betrachtungen über die Anstrengungen Napoleons, um alle Staaten und Völker Europas zu unterjochen", die in Wien bei Kupfer erschienen. Der bayerischen Polizei in Schwaben gelang es festzustellen, daß das eine Werkchen von der Stein'schen Buchhandlung in Nürnberg nach Augsburg geschickt, daß Exemplare beider Schriften durch Nürnberger und Wiener Boten nach München und Salzburg gebracht wurden. Der Augsburger Buchhändler Steiger gab an, zwölf Exemplare der „Erniedrigung" auf demselben Wege erhalten zu haben, ein anderer sagte aus, die Schriften seien ihm von Eurik in Linz zugesandt worden, von denen einige in die Schweiz und über den Rhein weitergingen. Daß es sich dabei nicht um geschäftsmäßigen Vertrieb, sondern um eine bestimmte Tendenz handelte, kann man vielleicht daraus schließen, daß die Schriften gratis verschickt wurden. Montgelas, der das Resultat dieser Untersuchung dem Herzog von

Neuchatel mitteilte, hielt es für angezeigt, wenn der Inhaber der Stein'schen Buchhandlung in Nürnberg auch verhört würde. So wurde Johann Philipp Palm verhaftet und da er sich weigerte, den Verfasser zu nennen, mit mehreren anderen vor ein Kriegsgericht gestellt. In Bayern ergriff das Publikum sofort Partei für die Verhafteten, die es für unschuldig hielt, weil die Buchhändler oft den Inhalt der Schriften ihres Lagers nicht kennen. Das war aber bei dem Handelsmann Joseph Schoderer, der ein geschriebenes Libell verbreitet hatte, gewiß nicht der Fall. Sieben Obersten und ein Generaladjutant der ersten Division des 4. Armeekorps, die wegen ihrer Rechtschaffenheit und Billigkeit von den in Deutschland kommandierenden Marschällen aus den verschiedenen Korps ausgewählt wurden, traten nun zu einem Kriegsgericht in Braunau zusammen, das nach den allgemeinen Kriegsgesetzen und dem Militärkodex des französischen Reiches am 25. August wegen Hochverrats sechs Angeklagte zum Tode verurteilte. Gegen die Buchhändler Kupfer und Eurich war das Urteil nicht vollstreckbar wegen Abwesenheit; der Weinwirt Merkel von Neckarsulm, der von Davoust gefangen wurde, weil er die Genealogie Napoleons an seine Freunde verschickt hatte, wurde Mitte September auf die Proteste Wintzingerodes in Begleitung eines Gendarmen nach Stuttgart überführt und seiner Regierung zur Bestrafung überwiesen; zwei Stuttgarter, die in die Untersuchung verwickelt waren, ließ König Friedrich auf den Hohenasperg in Sicherheit bringen. Schoderer und der Kommis Jenisch der Stage'schen Buchhandlung in Augsburg wurden auf Vorstellung der bayerischen Regierung freigelassen und von dieser mit einigen Wochen Gefängnis bestraft. Palms Unglück war es, daß er Untertan der Reichsstadt Nürnberg war, die erst am 8. September bayerisch wurde. Montgelas hatte ihn bei seinem Aufenthalt gelegentlich der Münchener Dult unter der Hand warnen lassen, mehr Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten, wenn er sich nicht den größten Gefahren aussetzen wolle; aber er hatte diesen Rat gänzlich unberücksichtigt gelassen. Auch war er schon lange wegen seiner Propaganda für alle gegen

Frankreich gerichteten Schriften in Deutschland bekannt. Darum ließ Neuchatel ihn für alle anderen büßen und am 26. August wurde er erschossen; wie wohl Protestant, starb er unter dem Beistand eines katholischen Priesters, fest und standhaft; erst nach der dritten Salve endigte seine Qual. So gerne man auch die Begnadigung der übrigen vernahm, so tief war die Entrüstung im Lande über das statuierte Exempel; sofort wurde eine Sammlung zu gunsten der Witwe und des Kindes des Hingerichteten veranstaltet und schon 1807 wurde in Braunau ein Denkmal für ihn projektiert; im Volke aber lebt der Wackere für alle Zeit mit dem Nimbus des Märtyrers der deutschen Freiheit geschmückt.

Schwächere Gemüter mochten freilich bei dem Tode Palms denken wie Johannes Müller, unter dem Triumvirat müsse man die Waffen niederlegen und es sei nicht die Zeit, Philippiken zu halten; anderen, wie Hegel, imponierte die französische Macht noch immer ehrlich. Aber schon nach Austerlitz fragt Heinrich von Kleist: warum sich nicht einer findet, der diesem bösen Geist der Welt die Kugel durch den Kopf jagt. „Es ist wahr, die Zeiten sind entsetzlich und werden täglich entsetzlicher," schreibt Gentz an Müller am 4. August; aber waren wir denn auf das, was jetzt geschieht, nicht auch gefaßt? Ist es denn viel schlimmer als wir es voraussahen? Und kann es denn je so schlimm werden, daß wir von retraite und coin du monde und otium literarium und dergleichen zu sprechen das Recht erhielten?" Es wird und muß besser werden; und wir können es besser machen, wenn wir wollen, bemerkte er am 11. August. Als dann freilich Müller seine Gedanken über die rheinische Konföderation in der Literaturzeitung darlegte, hielt Gentz in seinem Absagebrief an den Historiker am 27. Februar 1807 mit seinem Urteil nicht zurück: „In diesem meuchelmörderischen Attentat, wodurch der fremde Usurpator einer fremden Regierungsgewalt alles, was noch national bei uns war, unter die Hufe seiner Pferde gestampft hat; in dieser Schimpf- und Spottkonstitution, gebildet aus drei köstlichen Bestandteilen, einem Sklavenvolke unter einem doppelten Herrn, Despoten in

erster Potenz, selbst Sklaven eines höheren Gebieters, und einem selbst geschaffenen, alles verschlingenden Oberdespoten, in diesem verworfenen Machwerk der Tyrannei konnte der lorbeerreiche Herold helvetischer und germanischer Freiheit „den Keim einer trefflichen Verfassung" und Stoffe und Anlagen finden, die es jedem Deutschen (proh pudor!) wert machen müssen, in seinen Kreisen zu leben." Gentz dachte sich eben, wie viele außerhalb des Rheinbundes, die täglichen Unbequemlichkeiten viel zu groß. Dagegen hielt Jean Paul Friedrich Richter den Rheinbund nur dann für schädlich, „wenn die Bundesstaaten Deutschlands, das sonst wie die Schildkröte zwischen zwei entgegengesetzten Schildern, dem preußischen und österreichischen, sich bewegte und dehnte, sich nicht nach innenzu einen Schwerpunkt bildeten, als sie einen außer sich haben, oder wenn sie getrennte Gesellschaftsinseln oder höchstens verknüpfte Turniergenossen würden, anstatt einer schönen Eidgenossenschaft auf der Ebene, oder eines von Napoleon und vom langen Frieden beschützten Fürstenbundes." Der Dichter der Flegeljahre erblickte in dem Unglück Preußens nur eine Sühne alter Schuld; „manche Staaten gleichen Orgelpfeifen," sagt er in den Friedenspredigten 1808, „die man bloß deshalb sehr lange macht, damit man sie richtig stimme durch Abschneiden." Gewiß war in Österreich die Schadenfreude über Preußens Niederlage und der Schmerz über Napoleons weiteres Vordringen gemischt; in Stuttgart triumphierte man über die Erniedrigung der preußischen Königsfamilie und äußerte seine Freude, so alte Häuser verkleinert zu sehen, aber man besann sich doch gleich eines Besseren und hatte Mitleid mit den erlauchten Opfern. Das diplomatische Korps in München, das fast ganz aus Ministern des Rheinbundes bestand, zeichnete sich durch die äußerste Gleichgültigkeit gegen die Erfolge der großen Armee aus. Mit dem sächsischen Minister Grafen Einsiedel vereinigt, brachten es Baron Franckenstein, der Gesandte des Fürstprimas, der württembergische Freiherr von Bothmer, der zu Hannover Beziehungen unterhielt, und der badische Graf Degenfeld, der selbst preußischer Kämmerer war, fertig, vom Beginn der Feindseligkeiten an Monate

lang das Haus Ottos zu meiden, in das sie fast täglich kamen, als es um die Teilung einiger elender Dörfer sich handelte; außer den bayerischen Agenten, von denen nur Posch seinen Haß gegen Frankreich nicht verhehlte, haben die Glieder dieses Korps nie weniger Anhänglichkeit an den Kaiser gezeigt, als seit dem Augenblick, wo der Kaiser den Rheinbund durch unerhörte Erfolge gefestigt hat, schreibt Otto am 18. November; sie scheinen Russen, Engländer oder Preußen zu sein. In der öffentlichen Meinung freilich wurde Preußen schon vor dem Kriege nicht mehr glimpflich behandelt. Eine Karikatur stellte den König dar, wie er einen von Hardenberg ihm gebotenen Degen zurückweist und sehr freundlich nach einer Schlafmütze greift, die ihm Haugwitz reicht. Das war für die damalige Zeit nicht minder verletzend als die Denkmünze auf die Königsfabrikation durch Napoleon, welche diesen als Krämer an einem mit Kronen bedeckten Tisch zeigt, von denen er einige herunterwirft, während er andere den demütigen Klienten überreicht, die gebückt zur Seite stehen. Die Passion oder große Versammlung in der kgl. Residenzstadt Berlin 1807 konstatiert: „Und siehe, der Vorhang der preußischen Monarchie zerriß mitten entzwei, nämlich von oben der Queer an bis unten an die Elbe, der geheimnisvolle preußische Friedensknote zerberstete.“ Ein Büchlein: „So endete Preußen. Germanien 1807“ hält eine Vergrößerung des Hohenzollernstaats nunmehr für ausgeschlossen, weil dazu Napoleon eine zu starke Umgürtung gemacht habe, und weiß nur den Trost Melius est imperare quam regnum ampliare. Und schrieb nicht auch Gentz nach der Schlacht bei Jena: „Es wäre mehr als lächerlich, an die Wiederherstellung Preußens auch nur zu denken?“ So trostlos war man im Norden schon seit einem Jahre in manchen Kreisen. Im Dezember 1805 ermahnte Scharnhorst seinen Sohn, er möge die Tugenden des Muts und der Vaterlandsliebe früh besiegen: „sie haben mir von jeher und vorzüglich auch in diesem Augenblicke mehr Kummer als irgend ein Laster gemacht.“ Blutige Tränen möchte man weinen, wenn man als wahrer Patriot die jetzigen Verhältnisse unseres Vaterlandes

mit den ehemaligen vergleicht, schrieb der Generalmajor Tauentzien im Frühjahr 1806, und zu Ende des Jahres tröstete sich Schleiermacher: „Die Zuchtrute muß nun schon über alles gehen, was deutsch ist; nur unter dieser Bedingung kann hernach etwas recht Tüchtiges, Schönes daraus entstehen.“ Nicht alle Schriften gingen so glimpflich über die Schuldfrage hinweg, wie die Regensburger Flugschrift: Preußens Monarchie . . ., deren Verfasser bemerkte: „Sein Fall wird übrigens, welches auch die Gründe desselben sein müssen, jeden edlen Menschen tief rühren. In einem solchen Momente des Unglücks verhehlt man sich gerne den scheinbaren Vorwurf mancher früheren Schuld, und blickt nur auf die nächsten Ursachen der schrecklichen Katastrophe.“ Besondere Beachtung verdient K. Rottmanner, der in einer 1808 gegen Jacobi gerichteten Schrift den Vorwurf erhebt: „Das nördliche Deutschland hat sich zuerst von dem übrigen abgesondert, es hat den Gegensatz in unsere alte Verfassung geworfen und sie den fremden Völkern zum Spiel gegeben; es ist undeutsch geworden, denn es hat das muntere frische Leben mit totem Mechanismus, den höheren Sinn und das tiefe Gemüt unserer Ahnen mit kalter Verständigkeit vertauscht.“ Hier darf vielleicht an das Wort einer norddeutschen Zeitschrift: „Lichtstrahlen“ zum Vergleich erinnert werden, das Jahr 1794 habe den Grund zu einer zweiten großen Völkerwanderung gelegt, „und der Sommer des Jahres 1805 würde den Umsturz verhindert haben, wenn wir den Fingerzeig des Zeitgeistes hätten verstehen und uns mit ihm verbinden wollen“. Wie Arndt bricht Rottmanner dann den Stab über Friedrich den Großen „den größten politischen Mechaniker“, aber er findet warme Anerkennung für den Geist des Protestantismus, den Geist des „ungestörten Denkens, des freien Strebens nach unbedingter Wahrheit, der alle äußere durch das Leben gegebene Bestimmung verschmähend in das Innerste des Menschen zu dringen und so die Gestalt des wirklichen Lebens nach seiner tiefsten Wesenheit zu begründen sucht“, und bekämpft die protestantischen Jesuiten, die Fichte verbannten, während das katholische Deutschland seiner Philosophie eine freundliche Stelle sicherte.

Die Generation von 1806 ist dieselbe, die nachher die Befreiungskriege geschlagen hat; sie kann also nicht so schlecht gewesen sein. Wenn ein einzelner Stab leichter zu zerbrechen ist als ein ganzes Bündel, so besagt das noch gar nichts gegen die Qualität des einzelnen Stabes. „Wer dürfte behaupten, daß in allen diesen Bruchstücken eines staatsumwälzenden Krieges seit fünfzehn Jahren das gesamte deutsche Volk gegen den fremden Nebenbuhler ins Gefecht gebracht und von diesem überwunden worden sei," sagt der Schwede Gustav Brinckmann; der Geist der Deutschheit sei von den ausgearteten Zionswächtern den fremden Kriegsknechten mutwillig überantwortet worden. „Die großherzige Treue und Ergebenheit der duldenden Menge gegen ihre angestammten Fürsten; auch wo sie sich schwerlich verbergen konnte, daß sie selbst als ein schuldloses Opfer fiel für jene; die unverkennbare Stimmung aller unserer deutschen Mitbürger — ich nehme selbst die von ihrem treulosen Beherrscher so schimpflich verkauften Bayern nicht aus — jene Stimmung, die überall eine viel innigere Anhänglichkeit verrät an das Alte und Ehrwürdige, das von unseren Vätern auf uns ererbt ward, als etwa bloß augenblicklichen Abscheu vor den fremden Unterdrückern — dies alles sind erfreuliche Zeichen der Zeit." Daß aber auch „das bayerische Ministerium gut deutsch sei", nahm der Naturforscher Alexander von Humboldt auf einer Reise im Winter 1811 wahr, und Kronprinz Ludwig konnte später von sich sagen:

> Da als noch ein Teutscher sich zu nennen,
> War Verbrechen, da, als unterjocht
> War die Heimat, mich von ihr zu trennen,
> Kein Napoleon hat es vermocht.
> Als zum Wechselmord gespannt die Sehnen,
> Teutscher gegen Teutsche wütend focht,
> Hat fürs Vaterland das Herz geschlagen
> Und ich mußte, wie ich's fühlte, sagen.

Der junge Graf Platen schrieb von jenem Bunde, dem der Rhein ungern seinen Namen lieh, und Friedrich Rückert verlieh in seinen geharnischten Sonetten dem Geist einer großen Zeit

den erhabensten Ausdruck. Und neben Männern wie Ringseis oder Feuerbach sind auch die Frauen nicht zu vergessen. „Es ist ein wahrhaft außerordentliches Phänomen, daß man heute zehn treffliche Frauen von großem Gemüt, lebendigem Ehrgefühl, unversöhnlichem Hasse gegen das Böse, und dabei umfassendem Geiste findet, ehe man nur einem Mann begegnet, der die Hälfte dieser Eigenschaften in sich vereinigt“, schreibt Gentz 1806. Dahin gehören die Professorenfrauen in Landshut, die 1809 beim Vorrücken der Österreicher Beifall klatschten wie bei einem Schauspiel; dahin gehört Frau Ernestine von Montgelas, geborene Arco, „der richtigste Maßstab der Stimmung von oben“; in England hätte man sich nicht stärker ausdrücken können über den Raubgeist der Franzosen und wer in Deutschland einen allgemeinen Kreuzzug gegen sie predigen wollte, konnte sich nicht treffenderer Ausdrücke bedienen als diese Frau. Dahin gehört die Königin Karoline, die sonst nur mit Erziehungsfragen, der Kapelle und dem Theater beschäftigt, trotz ihres weichen Gemütes und ihrer sentimentalen Richtung ihre wahre Stimmung selbst vor Napoleon nicht verbarg und mit allen Kräften die Unzufriedenheit nährte; alle ihre Eigenschaften waren in der Gräfin Taxis wiederzufinden, die als erste im Moniteur beschuldigt wurde, die Korrespondenz des englischen Gesandten Drake begünstigt zu haben. In Württemberg faßte die Herzogin Henriette für ihr ganzes Leben einen Widerwillen gegen alles republikanische und französische Wesen und gegen das Volk, das in seinem Übermut alle anderen Nationen zu knechten suchte; in Karlsruhe bildete die Markgräfin von Baden ein würdiges Seitenstück zu ihr. Während Johannes Müller auf Napoleons Frage: Nicht wahr, die Deutschen sind dumm, nur ein Lächeln hatte, während selbst der „Olympier“ Goethe vor dem Cäsar an Hoheit verlor, war es ein Fürst des Rheinbunds, der Napoleon gegenüber im Jahre 1813 die öffentliche Meinung in Deutschland in Schutz nahm; der Kaiser sei nicht wohl bedient, der Deutsche habe ein ganz anderes Temperament als der Franzose, schrieb König Friedrich von Württemberg dem Mann, dessen Losung war:

dépayser l'esprit allemand. Als in den letzten Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts die revolutionäre Regierung in Frankreich die Völker gegen ihre Fürsten aufzuwiegeln suchte, willfahrte in Württemberg nicht ein einziges Dorf, nicht ein einziger Weiler den Wünschen der Aufwiegler, und die außerordentlichen Auflagen, die in vierzehn Jahren sechs Kriege erforderten, fanden keine Widerrede, keinen Widerstand. „Das sind Tatsachen, welche E. K. M. kennen lernen und auf ihre Wahrheit untersuchen kann. Nach ihnen ist mein Volk zu beurteilen." Fürst Hatzfeld konnte Friedrich Wilhelm die Begeisterung in Württemberg und Baden für die deutsche Sache im Frühjahr 1813 nicht mit zu starken Farben schildern; die Georgii, Cotta, Wangenheim, Varnbüler nahmen es an Haß gegen Napoleon, Weltherrschaft und Despotismus mit allen Zeitgenossen auf. In Baden haben die Heidelberger, Görres, Brentano, Arnim um das deutsche Nationalgefühl sich so verdient gemacht, daß Freiherr von Stein später sagen konnte: In Heidelberg hat sich ein guter Teil des Feuers angezündet, welches später die Franzosen verzehrte; für die Erhebung vaterländischer Gefühle lieferte auch Gagerns Nationalgeschichte der Deutschen einen Baustein. Wenn so deutsches Wesen, Denken und Fühlen im Rheinbund durchaus nicht fremd ist, so wollte man freilich damals noch lange kein Deutsches Reich im heutigen Sinne. Wie die Österreicher lieber ihre Herrschaft in Italien wieder begründen wollten als die deutsche Kaiserkrone erneuern, so suchten die Rheinbündler mehr Rechtssicherheit als nationale Befreiung. In Preußen hatte die Willkür des Eroberers am ärgsten gehaust; darum brach dort der Sturm der Freiheit auch mit der elementarsten Wucht hervor, wobei jedoch die wertvollsten Träger des nationalen Gedankens, die Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Blücher, Gneisenau, Niebuhr, Fichte keine Preußen waren. In Süddeutschland hatte man 1813 die Schmerzen der Umgestaltung bereits überstanden, hier galt es das Errungene zu behaupten, manchen alten Unfug sich aufs neue aufhalsen zu lassen und von mancher trefflichen Neuerung sich wieder zu trennen; darum verlief alles viel nüchterner, ruhiger,

kälter. Kein Wunder, wenn man eine allzu mächtige Erhebung Preußens zum Schaden Bayerns jetzt fürchtete; der Norden mußte sich das Vertrauen des Südens erst wieder verdienen. Eine Zeit lang war freilich die Bekämpfung der in dem Lager des Rheinbundes groß gezogenen Legenden ein wirkliches Verdienst und bei dem Ringen um die deutsche Einheit sahen mit Recht die Unitarier die größten Hindernisse in den Staatenschöpfungen Napoleons. Heute aber ist uns Napoleon nicht mehr der bloße Eroberer und Despot; seit seine deutschen Staatenschöpfungen die mächtigen Grundpfeiler des Deutschen Reiches geworden sind, möchten wir ihn eher als ein Werkzeug der Vorsehung in dem Sinne, wie es Hegel zur Zeit des Friedens von Luneville prophezeit hatte, ansehen, als einen Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

— hinter den großen Höhen
Folgt auch der tiefe, der donnernde Fall.
— — — — — — — — — —
Nichts ist, das die Gewaltigen hemme;
Doch nur der Augenblick hat sie geboren:
Ihres Laufes furchtbare Spur
Geht verrinnend im Sande verloren,
Die Zerstörung verkündigt sie nur.
— Die fremden Eroberer kommen und gehen;
Wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.

Diese Worte Schillers wendet Brinckmann auf das Verhältnis der Deutschen zu ihren Unterdrückern an. Die Erinnerung an die deutschen Reformen von 1803 bis 1806 hat in den Jahren 1816, 1818, 1830, 1848 viel mächtiger gewirkt als die französischen Reformen von 1789 und reiche Früchte getragen. Die Zeit der tiefen Erniedrigung ist nicht nur eine ernste Prüfungszeit, sondern auch eine kostbare Lehrzeit für die politische Erziehung des deutschen Volkes geworden; Görres hat fürwahr recht behalten: „Keine Macht kann neues Leben in die alte Leiche bringen; aber die Formen altern, eben weil die Nationen sich verjüngen."

Anhang.

Vorbemerkung: Vollständige Aufzählung der Literatur ist im folgenden weder beabsichtigt, noch möglich gewesen, da einzelnes z. B. Sorel Bd. 5 ff. erst erschien, nachdem der Druck schon sehr weit vorgeschritten war, anderes wie Obser, Hessen-Darmstadt vor dem Ausbruch des dritten Koalitionskrieges (Monatsblatt des Wormser Altertumsvereins Vom Rhein 1903) mir überhaupt unerreichbar blieb. Von Abkürzungen bedürfen der Erläuterung: P = archives du min. des affaires étrangères Paris; M = k. b. geh. Staatsarchiv zu München; C = Correspondance de Napoléon Ier; PC = Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden 1783—1806 bearbeitet v. B. Erdmannsdörffer u. K. Obser.

Einleitung: Kreisgesetze (S. 3) vgl. Pütter, elementa iuris publici germanici § 541: de associatione circulorum. — Ein alter politischer Traktat (S. 5): Discours sur la question, si le roi peut prétendre l'empire d'Allemagne Ms. fr. 18566 der Bibliothèque nationale in Paris. — Association générale (S. 6): Mémoire communiqué au roi de Prusse par le roi de Pologne qu'on dit être une reproduction de Mr. Schaub, und réfléxions du roi de Prusse d. d. écrit à Berlin ce 4. janvier 1731 M. K. schw. $\frac{415}{104}$ — Fürstenbundspläne 1748 (S. 6): M. K. schw. $\frac{304}{415}$. — „Der gewaltige Athlet u. s. w." (S. 8) Worte Bignons in einer später zu erwähnenden Denkschrift des P. A. — Hessen Kassel (S. 10): Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit III. 251.

1. Kapitel.

Die Entschädigungsfrage (S. 11—14): Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg I. 140. 141; Reuß, Staatskanzlei Bd. 35. P. C. I. Peysonnel I (1789) p. 251. Gentz, Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die französische Revolution Berlin 1801 p. 331. — Der Ausbruch des Krieges (S. 14—16). S. die allgem. Werke von Sybel, Häusser, Vivenot, Hüffer, Sorel, Flammermont u. a. Langwerth v. Simmerns anspruchsvolles u. inhaltleeres Werk: Oesterreich u. das Reich im Kampfe mit der französischen Rep. wurde nicht berücksichtigt. Siehe auch Gentz a. a. O. 253—56. — Chaussard (S. 15): Heigel, Deutsche Geschichte I. 542; Traktat v. Pavia: Gentz 61, Maisonneuve: P. C. I. 466. Naillac: R. Graf du Moulin Eckart, Bayern unter dem Ministerium Montgelas I. 17. — Frankreich u. die Reichsfürsten (S. 16. 17): Bayern: Vivenot,

Quellen z. Geschichte d. deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs II. 63 n. 451. P. C. 1, 467, u. neuerdings Schrepfer, Pfalzbayerns Politik im Revolutionszeitalter von 1789—1793, München 1903. — P. C. I. 452 ff. — Unzulänglichkeit der Mittel des Reiches (S. 17—20): Gentz a. a. O. 277. 301 ff. P. C. II. XXV. XXVI. Wieland, Neuer deutscher Merkur 1793 II. 1. Vivenot, Herzog Albrecht v. Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall I. 325. Assoziation der Reichskreise: Vivenot, Quellen z. G. d. Revolutionskriege I. 436. P. C. I. 431 ff. — Reformbestrebungen; die Wilhelmsbader Konferenzen (S. 20. 21): Reichssubsidienforderung: außer P. C. bes. Ranke, Hardenberg I. 165 ff.; Miliz: P. C. II. 175; Wendland, Versuche einer allgemeinen Volksbewaffnung in Süddeutschland, Berlin 1901; Wilhelmsbad: Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels I. Abschnitt 5. P. C. II. 157 ff. Lenz, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution, Preuß. Jahrbücher Bd. 70 (1892). — Kampf gegen Jakobinerideen (S. 22. 23): Reichard: Heigel, Deutsche Geschichte I. 554. Schlossers Gutachten: P. C. I. 408. Hessen: v. Sybel, Gesch. d. Revolutionszeit II. 204 (der wohlfeilen Ausgabe); Denkschrift von 1793: P. C. II. 92. 188. Strippelmann, I. 147 ff. — Der Mainzische Friedensantrag (S. 24—26): Vivenot, Herzog Albrecht I. 312 ff. II. 136 ff. Ranke, Hardenberg I. 239 f. Sorel, la paix de Bâle (Revue historique V. VI). P. C. II. 208 ff. Der Friede v. Basel (S. 26—30): Vivenot, Thugut, Clerfait u. Wurmser. Hüffer, Die Politik d. deutschen Mächte. Bailleu, Hist. Zeitschr. N. F. Bd. 39. Von der hier benützten Streitschriftenliteratur, die durch den Frieden veranlaßt wurde, ist bei Häusser nur ein kleiner Teil verzeichnet. — Schlossers Gutachten (S. 28) P. C. I. 360 f. — A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen; Preußens deutsche Politik. — Separatfriedensverträge einzelner Reichsstände; Campo Formio (S. 31—35): Ueber die preußische Friedensvermittlung s. a. Bailleu, Preußen u. Frankreich I. 1 ff.; über die Sonderverträge: Berghaus, Deutschland vor 100 Jahren; Häusser, Deutsche Geschichte II. 63 ff. u. im einzelnen: Baden: P. C. 2. Württemberg: Vreede, La Souabe après la paix de Bâle; Klüpfel, Die Friedensverhandlungen mit der französischen Republik (Hist. Zeitschr. N. F. 46, 385 ff.). Bayern: R. Gr. du Moulin in Forschungen zur Kultur- u. Literaturgeschichte Bayerns Bd. IV. Hessen: Häberlin Staatsarchiv Bd. II. Campo Formio: Häusser II[3] 95 ff. Ranke, a. a. O. 366 ff. Hüffer, Oesterreich u. Preußen gegenüber der französischen Revolution und Sorel, de Leoben à Campoformio, Revue des deux mondes Bd. 128. 129. Die Aeußerungen von Görres (aus den roten Blättern) und der „Passion" sind oft gedruckt; der „Blick auf Deutschland" steht Häberlin Staatsarchiv IV. 1 ff.

2. Kapitel.

Die ersten Zeiten der Propaganda (S. 36—40.); Einleitung nach: Europäische Annalen 1797 T. IV. 147 ff. Brissots Rede u. Condorcet: Moniteur 1791 n. 364. v. Sybel, Gesch. der Revolutionszeit II. 27 f. III. 66 ff. — Ueber die Anfänge der Propaganda: Sorel IV. Introduktion. Wenck, Deutschland vor 100 Jahren II. 3. Abschnitt (1790—92): P. C. u. A. Wohlwill, Weltbürgertum und Vaterlandsliebe der Schwaben. Hamburg 1875. — Wurmsers Aeußerung (S. 38): J. Bader, Die ehemaligen Breisgauischen Stände. Karlsruhe 1846 p. 261; Carnot: Sorel IV. 88. Die 21 Agenten; ebenda 68 f. u. desselben Aufsatz; la diplomatie secrète du comité du salut public (Revue historique (1879) X. 339—349). Ueber Delacroix u. Rew-

bell s. außer Sorel 293. 294 die Charakteristik bei v. Sybel VI. 225. VII. 93 bezw. VI. 224; auch die Depeschen v. Sandoz-Rollin bei Bailleu I. kommen in Betracht. — Die Bewegung des Jahres 1796 (S. 40—48); Obser, Der Marquis v. Poterat und die revolutionäre Propaganda am Oberrhein. (Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrheins N. F. Bd. 7 p. 385—413). P. C. II. XXXV. XLI. XLII. II. 370. 374—76. Hurter, Denkwürdigkeiten aus dem letzten Dezennium des achtzehnten Jahrhunderts Schaffhausen 1840 p. 29—60. Depesche Barthélemys (S. 42); P. C. II. p. 460/1 n. 535. Moniteur, 8. fructid. an 4 n. 338; die Denkschrift vom 9. Oktober bei G. G. Vreede, la Souabe après la paix de Bâle p. 23—32. Franken: Bailleu I. 100. Süßheim, Preußens Politik in Ansbach-Bayreuth, Berlin 1902 p. 189 ff. — Bayern: Fournier, Illuminaten u. Patrioten (Hist. Studien und Skizzen 1885) u. Graf du Moulin-Eckart, Forschungen zur Kultur- u. Literaturgesch. Bayerns II. 168—211. Erskine: Europäische Annalen 1797. T. I. p. 171. — Beyträge zur Geschichte Schwabens seit dem Rheinübergang der Franken bei Kehl 1. Stück. Nürnberg 1797. — Logau: Eur. Annalen 1796 Bd. 2 p. 94. — Anekdoten u. Charakterzüge aus dem Einfalle der Neufranken im Jahre 1796 von einem Augenzeugen 1797. — Ueber Danican: P. C. III. 177. Die Denkschrift mit 1500 Unterschriften erwähnt Sandoz bei Bailleu I. 108 n. 82 vgl. 257. 1. Die Bewegung der Jahre 1798/99 (S. 48—61): P. C. III. XVI. XVII. 81—94. Vreede, und Klüpfel, Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik 1796—1802. Hist. Zeitschr. N. F. 46 p. 385—429; Lang, Auswärtige Politik der württembergischen Stände. Preuß. Jahrbücher 50. 372—405; 464—94. — Pahl, Denkwürdigkeiten, 125 ff. Hüffer, Der Rastatter Kongreß u. die zweite Koalition II. 281. — P. C. III. XXVII—XXIX. 177—191. Erlasse der französischen Regierung: Münch-Bellinghausen, Protokolle der Reichs-Friedens-Deputation zu Rastatt IV. 288 ff.; v. Haller, Geh. Gesch. d. Rastadter Friedensunterhandlungen II. 197 ff.; Erlaß an Jourdan: Reuß, Staatskanzlei 1799 I. 253. — Die französische Regierung (S. 55): Hüffer, Rastatter Kongreß I. 209. — Ueber Konstantin v. Hessen s. a. Wenck, Deutschland vor 100 Jahren II. 65. Théremin: Bailleu I. XLIV u. 84. Hüffer, Rastatter Kongreß I. 368 f.; Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution 197. Sorel IV. 425. 432. Berichte in P. (Allemagne 1799 janvier—mai an VII. Le citoyen Bacher; juin—dec. an VII Le citoyen Bacher; Wurtemberg 1799—1813 supplément), die ich noch anderwärts zu verwerten gedenke. — Franken: Süßheim a. a. O. 360 ff. — Bayern 1800: K. F. Neumann, d. Plan zu einer süddeutschen Republik am Ende d. 18. Jahrh. (deutsche Jahrbb. f. Politik u. Literatur 10 Bd. 1864 p. 286 ff.); Heigel, D. Projekt einer süddeutschen Republik im Jahre 1800 (Riehls hist. Taschenbuch 1871 p. 118—175); du Moulin Eckart, Regierungsfeindliche Strömungen in Bayern u. die auswärtigen Mächte im J. 1800 (Beil. zur allgem. Zeitg. 1893 n. 170. 171. 173) u. Revue historique 9 (1879) p. 335 f. Ergebnis (S. 61/63): die meisten Zitate nach Wenck, Deutschland vor 100 Jahren bes. Bd. II. Bachers Bericht P.

3. Kapitel.

Wohlfahrtsausschuß, Sieyès und Partei der natürlichen Grenzen (S. 64—67): Sorel, l'Autriche et le comité du salut public u. La neutralité de l'Allemagne du nord (Revue historique Bd. XVII u. XVIII); derselbe, l'Europe et la révolution française IV. 167 ff. Sieyès: Sorel IV. 294 ff. Nach Sorel IV. 299 ist schon in dem projet de traité présenté

au comité du salut public par l'organe du citoyen Sieyès, membre du dit comité en l'an IV. von einer neuen confédération du Rhin die Rede, was aus der (allerdings unvollständigen) Veröffentlichung dieses Planes (Revue hist. XVIII. 31 f.) jedoch nicht hervorgeht. — Sorel IV. 358 ff. 465 ff. derselbe essais de critique et d'histoire: l'alliance russe et la restauration; la politique française en 1866. — Partei der alten Grenzen und Ringen der beiden (S. 67—72): Revue hist. XVIII. Sorel IV. Im einzelnen: Gregoire: IV. 300. Barthélemy 363 f. Aubry 355. 367. Merlin 338. Carletti u. Poterat 297. 302. Hofmann 425. — Berichte v. Sandoz Rollin 1796/97 bei Bailleu I. Sorel, de Leoben à Campoformio (Revue des deux mondes Bd. 128. 129) derselbe IV. 471 f. — Rastatter Kongreß (S. 72—78). Bericht v. Sandoz-Rollin 1798 bei Bailleu I. Pallain, le ministère de Talleyrand sous le directoire p. 166 ff. R. Koechlin, La politique française au congrès de Rastadt 1797—99 (Annales de l'école libre des sciences politiques 1886/88) Sorel, le congrès de Rastadt et la cession de la rive gauche du Rhin (Revue des deux mondes vol 142.) u. last not least Hüffer, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution Bd. II. u. III. (a. unter dem Titel: der Rastatter Kongreß und die zweite Coalition) 2 Bände. — P. C. III. VII ff. 1 ff. — Frankreich u. die Mittelstaaten (S. 78—82): Bailleu I. 481 ff. Sorel, la seconde coalition (Revue des deux mondes vol. 143. 144). — Hessen: Bailleu I. 485 Anmerkung. P. C. III. 80. 136. — Bayern: ebenda III. 34. 41. Bailleu I. XLV. 498. R. Graf Du Moulin-Eckart, Bayern unter dem Ministerium Montgelas I. 75 ff. — Der zweite Koalitionskrieg (S. 82—86): Talleyrands Denkschrift v. Juni 1799 bei Pallain S. 429 f.; König Friedrich Wilhelm III. an Karl Friedrich von Baden P. C. III. 198. über Bayern und Mainz ebenda 202 u. 197. — Roberjots Entschädigungsplan: Hüffer II. 275. P. C. III. 133. 308. Außerdem die angeführten Arbeiten Sorels. — Baden u. Bayern: Instr. für Moreau P. C. III. 369. Der Brief an Msr. Charles Frédéric ebenda 380. Talleyrands Bericht bei Cte. Boulay de la Meurthe, correspondance de Talleyrand avec le premier consul pendant la campagne de Marengo (Revue d'histoire diplomatique 6. Bd. Paris 1892 p. 306). — Ueber Bayern insbes.: Bailleu I. 384. Du Moulin I. 245. P. C. III. 378. 379. Neveu: Bibliothèque Nationale Ms. fr. 12 108. vgl. auch den Inhalt eines Schreibens v. Bray an Lavalette, französ. Gesandten in Dresden (Revue d'histoire diplomatique VI. 286). — Luneville u. Reichsdeputationshauptschluß (S. 86—92): Die russische Vermittlung Tatistschew, Alexandre I[er] et Napoléon d'après leur correspondance inédite (Nouvelle Revue 64, 66 ff.); Tratschevsky im Sbornik Bd. 70 (1890) p. 10 u. öfter. — Ueber Luneville: Häuser II.[3]. 337 ff. Ranke Hardenberg I. 414 ff. Mémoires du Prince de Talleyrand p. p. le Duc de Broglie I. 285 f. Holzhausen Beil. z. allgem. Ztg. 1899. — Laborie: Depesche v. Bray 23. Jan. 1802 M. Auszug aus einer Depesche Cettos d. d. Paris 30. Januar 1801 ebenda. Tratschevsky l. c. 27. — Der Plan vom 9. März: P. C. IV. 40. Auszug aus einer Depesche Cettos d. d. Paris 5. April 1801 M. Ueber Morkow: Bodenstedt, Russische Fragmente Bd. II (Leipzig 1862) p. 317—389. — Ueber die bayerische Politik, über die ich im nächsten Jahre eine Arbeit zu veröffentlichen gedenke vgl. inzwischen Montgelas, Denkwürdigkeiten 55 ff.; im allgemeinen: außer den angeführten russischen Publikationen: Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik S. 1 ff. u. Archiv f. österreichische Geschichte 52, 477 ff. Bailleu II. 15 ff. P. C. IV. Reichsdeputationshauptschluß: Häusser II. [3] 333 ff.

Ranke, Hardenberg I. 433 ff. — Neutralitätsbund: P. C. IV. 197 f. 438 f. K. E. A. v. Hoff, Das teutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden von Luneville I. Gotha 1801 Einleitung; Reuß, Staatskanzlei 1801 II. 25. Häberlin Staatsarchiv X. (1803) p. 35.

4. Kapitel.

Schiller, Hegel u. Pahl (S. 93—99): Das Fragment zuerst veröffentlicht in Schillers W. W. herausgegeben v. Goedeke Bd. XI 414. 415 n. 5. Vgl. auch Lublinski, Geistige Struktur Deutschlands um 1800 Magazin für Literatur des In- und Auslands 1899 und Fester, Rousseau und die Geschichtsphilosophie 150. 126 ff. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich im Texte nur von Schiller im J. 1800 spreche, nicht von dem Schiller, wie er sich später entwickelte oder bei längerem Leben noch hätte entwickeln können. Die Aeußerung Müllers: Darstellung d. Fürstenbundes 2. A. Leipzig 1788 p. 89. — Kritik der Verfassung Deutschlands von Gg. Wilhelm Friedrich Hegel, hsgg. v. Mollat, Kassel 1893. — Pahls Schrift bespricht Häberlin Staatsarchiv Bd. 6 (1801) p. 94 ff. vgl. auch A. Wohlwill, Weltbürgertum u. Vaterlandsliebe der Schwaben 50 ff. 92 ff. — Kosmopolitismus: Blicke in die Zukunft oder Prognostikon des 19. Jahrhunderts, nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit berechnet, vermöge welcher man künftige Ereignisse vorhersagen kann, von dem Hofrat von Eckartshausen Leipzig 1799 p. 89. — Gemählde von Europa. Im letzten Jahre des 18. Jahrhunderts entworfen von Hippolytus a Lapide dem Jüngeren 2 Bändchen. Berlin. Leipzig Gera bei Wilhelm Heinsius (den ich im Text irrtümlich als Verfasser genannt habe). I. 2. 12. Fr. Perthes Leben I. 165. Ueber die Stimmung in den zur Entschädigung bestimmten Ländern (S. 100): Staatsarchiv IX. 302 ff. — Friedrich V: K. Schwartz, Landgraf Friedrich V. v. Hessen-Homburg u. seine Familie Bd. II. 211. Für die geistlichen Stände am meisten arbeitet das „Avertissement von der Schrift: Vorstellungen der deutschen Fürstbischöfe an die meisten Höfe Europens über den Frieden von Luneville. Geschrieben in einer ansehnlichen Reichsstadt 20. März 1801." — Deutschland nur ein Platz in der alten Geographie (S. 102); Staatsarchiv VII. 371; Gaspari: ebenda X. 43. Ewiger Friede: Ueber den Einfluß des gegenwärtigen Seekrieges zwischen Frankreich und England auf die politischen Verhältnisse von Europa. Köln XII (1804) p. 56. — Reichsabschied von 1548 erwähnt in: „Vorschläge, wie die mindermächtigen Stände in Schwaben, Franken und am Rhein durch einen freiwilligen Schritt die Inconveniencen einer Teilung Deutschlands verhüten oder doch vermindern können", Staatsarchiv VIII. — Sodens Vorschläge ebenda VI. 470 ff. VII. 81 ff. Erbliche Monarchie: Häusser II. 367. — Beseitigung des Reichsoberhauptes fordert die noch während des Rastatter Kongresses erschienene Schrift: Deutschland u. Polen, aus der Häberlin, Staatsarchiv VII. 334 ff. Auszüge mitteilt. Triasidee: vgl. oben S. 98; Häberlin, VIII. 480. Gagern, Mein Anteil an der Politik I. 73—82. — Reform nach dem Muster der helvetischen Eidgenossenschaft: Staatsarchiv VIII; N. Vogt, Pol. Flugschriften; Probeheft 1803: Die gescheiterten Projekte dieses und des vorigen Jahrhunderts nach öffentlichen und geheimen Nachrichten. Frankfurt a. M. 1803. Auf Baden weist hin die Schrift: Ueber den gegenwärtigen Einfluß des Seekrieges u. s. w. (oben S. 100). Französische Einflüsse (S. 104—6): Fournier, Gentz u. Cobenzl, S. 43. 56. Blanc de Volx ist nach einer Bemerkung auf dem Exemplar der Münchener Staatsbibliothek Verfasser des coup d'oeil politique sur l'Europe à la fin du

18ème siècle par J. B. citoyen français. Paris an huitième (vollendet 21. Dez. 1799). Bd. I. u. bes. II. 348 ff.: du corps germanique. — Tableau politique de l'Europe au commencement du XIX. siècle et moyen d'assûrer la durée de la paix générale par Echasseriaux aîné tribun. Paris Pluviose an X. Die Angaben über das Friedensprojekt des Jahres 5 nach dem Schreiben eines commissaire du gouvernement près le tribunal de la police correctionnelle et le directeur du jury de l'arrondissement de Strassbourg (Name unleserlich) vom 18 frimaire an 8. mit Beilage essai d'une sécularisation générale des souverainetés ecclesiastiques de l'empire d'Allemagne pouvant servir de base à une pacification générale avec la république française et d'une nouvelle constitution pour l'empire germanique (Allemagne 1799 juin—dec. an VII et VIII Le citoyen Bacher f. 338 ff. P.). — S. 105: Bonaparte: statt Heinsius lies Hippolytus a. Lapide bes. I. 80 ff. über Preußen II. 274 u. der 7. Abschnitt.

Oesterreich u. Preußen (S. 107—110): Fournier, Gentz u. Cobenzl 18 ff. 57. vgl. außerdem Beer, Archiv f. öster. Gesch. 52. Bd. (1874) S. 479 ff. und Zehn Jahre öster. Politik S. 1 ff. Kaiser Franz an Cobenzl 21. Febr. 1801 bei Vivenot, Archiv f. öster. Gesch. 43, 182. Bailleu II. X. — Friedrich Politik Sachsens 1801—3 Leipzig 1898 p. IX. — Ranke, W. W. 47, 46 ff. — Stein: Lehmann Freiherr v. Stein I. 246. Massenbach: Usinger, Napoleon u. der rheinische Bund (Preuß. Jahrb. 1864) u. die Seite 441 angef. Literatur zu S. 29. Dohm: Gronau, Leben Dohms 627 ff. Eine Kopie d. Plans M. Die deutsche Verfassung von keinem Wert mehr für Preußen: Montgelas an Gravenreuth 2. Dez. 1805: L'idée (der Auflösung des Reiches) n'est pas neuve, du moins pour la Prusse. Au commencement des négociations pour les indemnités le comte de Haugwitz, alors ministre en chef au departement des affaires étrangères nous a déclaré plusieurs fois que le roi n'attachait aucun prix au lien germanique et qu'it était non seulement disposé, mais prêt à s'en séparer. — Der Plan vom 3. Juni 1803 Bailleu II. 152. — Reise Wilhelms von Braunschweig Häusser II. [3] 492 ff. P. C. IV. 460. Bayern (S. 110—113): Rüchel: Schmidt, Preußens deutsche Politik 3. A. 1867 p. 89 f. Müller, Darstellung des Fürstenbunds 2 A. S. 287. Montgelas: Perthes, Politische Personen und Zustände 450 ff. Gagern, Mein Anteil an der Politik I. 26. R. Graf Du Moulins angef. Werk und Memoiren des Ministers. Die Ideen des Ministers nach einem Schreiben an Posch, Bayreuth 24. Jan. 1801 M. Max Joseph an Karl Friedrich: P. C. IV. 3. Montgelas, Instruktion für Reibeld v. 5. Okt. 1803 und derselbe Passus in der Instr. für Freiherrn v. Hertling in Stuttgart vom 22. Sept. 1804. — Frankfurter Union (S. 113 f.): M. Mayer, Geschichte der Mediatisierung des Fürstentums Isenburg München 1891 p. 42 ff. — Württemberg (S. 114—116): Perthes, Pol. Personen und Zustände 501 ff. Pfister Friedrich v. Württemberg. Beck, Aus den Zeiten König Friedrichs (Württemberg. Neujahrsbl. 7. 1890). v. Schloßberger, Politische und militärische Korrespondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Kaiser Napoleon I. 1889 Einleitung. — Instruktion v. 1798 bei Vreede la Souabe après la paix de Bâle p. 72 ff. Posch: Mitteilung v. Berlin 15. Februar 1801 M. P. C. III. 53. 57. 58. — Baden (S. 116/7): Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, P. C. IV. Gemmingen; IV. 27. 30. 408. 519. Edelsheim: 29. Dalberg: LXII. 429 ff. 432. 445 ff. 449. 452. Der Kurerzkanzler (S. 117/18): v. Beaulieu-Marconnay, Karl v. Dalberg u. seine Zeit I. Weimar 1879 S. 281 ff.; vgl. auch Perthes 355 ff. Pol. Journal 1803 p. 704 f. O. Mejer zur Gesch.

der römisch-deutschen Frage I. (Rostock 1871) p. 203 ff. — Hessen-Kassel (S. 118—120): Berichte Bignons in Paris: Hesse Cassel 1801/2. 1803. Strippelmann. Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels I. 175. P. C. IV. 439. Bignon, des proscriptions T. II (Paris 1820) p. 365—375 und histoire de la France T. IV (1830) p. 126—130.

5. Kapitel.

Napoleons Kaiserkrönung (S. 124—126): Tatistschew, Alexandre I[er] et Napoléon d'après leur correspondance inédite (Nouvelle Revue 64) p. 275. Die französischen Verse (Beilage zu einer Depesche d. bayer. Agenten Faudel in Berlin vom 4. August 1804), wie ich nachträglich sehe, schon veröffentlicht bei v. Schloßberger, Briefwechsel d. K. Katharina u. d. K. Jérome v. Westfalen usw. Stuttgart 1886 I. p. 5. Ber. der Mainzer Zeitung abgedruckt Allgem. Ztg. 1804 v. 2. Juni. Wagners Ode, Allemagne 1802/3, Francfort P. Regensburg: Bacher 30 floréal. Rechberg an Max Joseph, Regensburg 3. Juni. Moniteur v. 10. Juli 1804; dazu M. de Rémusat, Memoires T. II. 23 ff. Der österreichische Kaisertitel (S. 126—131): Berichte Faudels v. 4., 21., 28. August u. 29. September 1804, M. Bailleu II. LI. 292—295. Bes. Fournier, Gentz u. Cobenzl 96 ff., 129, dessen Ausführungen klarer sind als die bei Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, 54 ff. Besorgnisse der Reichsstände: Depeschen des bayer. Komitialgesandten v. Rechberg vom 18. u. 29. August. M. Hessen: Ber. Bignons 3 germinal 12 u. 4. flor; dann 12., 19., 27. therm; 5., 17. fructid. PC. V 131 f. Der Mainzer Fürstentag (S. 131 bis 145): Die ältere Literatur stellt Obser, Ein Tagebuch über die Zusammenkunft des Kurfürsten Karl Friedrich von Baden mit Napoleon I. in Mainz (Zeitschr. für Gesch. d. Oberrheins, N. F. 14, 610 ff.) zusammen; dazu PC. V. XX ff., 125 ff. Einladungen: Talleyrand, Mémoires lettres inédites et papiers secrets p. p. Jean Gorsas, Paris 1891, p. 164 f. und außer Bignons Depeschen in Paris: Strippelmann, Beiträge I. 177 ff.; sowie mehrere Stellen der PC. Wintzingerodes Schreiben u. die Antwort v. Montgelas M. Damace Raymond an Talleyrand 2. jour complem. de l'an 12. Haltung Bayerns: Forschungen z. Gesch. Bayerns XII. 18 ff. Baden: PC. IV. 423—425. V. XXI. Ueber Napoleons Einzug in Mainz: Allgem. Ztg. 1804 p. 1080 u. sp. Die Empfänge: Talleyrand an Damace Raymond, Mayence 9. vend. 13 P. Reibeld an Max Joseph 24. Sept. Napoleon u. der badische Kurprinz: A. Chuquet, la jeunesse de Napoléon III. 177 (Paris 1899). Berichte Reibelds v. 15. Sept., 1. u. 5. Okt. — Gerüchte: Ber. d. bayerischen Komitialgesandtschaft vom 4. Sept.; des bayer. Agenten Faudel in Berlin 13. Okt. M. Obser a. a. O. u. PC. an vielen Stellen; Bailleu II. 319 ff. Allgem. Ztg. 1804 n 283 p. 1131. Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin (Bray) vom Oktober—Dezember 1804. Bignons Denkschrift (S. 143): observations sur les facilités qu'offre le moment actuel pour former en Allemagne par la réunion des divers membres de l'empire en un corps vraiment germanique dont seraient exclus les électeurs-rois une tierce puissance qui serait également indépendante sous la protection de la France. P. 48 Seiten: Bray an Max Joseph 13. Dez. 04. — Dalberg (S. 145 f.): Talleyrand an den Gesandten beim Erzkanzler, d. d. Mayence 9. vendem. 13. bulletin de Ratisbonne du 18. vend. u. Depeschen v. Portalis, bes. v. 11. brum. P. — Hessen u. die Kaiserkrönung (S. 146 f.): Ber. Bignons vom 19. vend. 10. brum. 13. frim. Die Gutachten der bayerischen Minister u. andere Aktenstücke zur Haltung Bayerns bringt das 4. Heft der Forschungen zur Gesch. Bayerns Bd. XII.

Stuttgarts Stellungnahme: Damace Raymond an Talleyrand, Stuttgart 20. brum. P. Badens Anliegen: PC. V. XXII ff., 140 ff. Frankfurter Union: M. Mayer, Gesch. der Mediatisierung des Fürstentums Isenburg 1891 p. 48 f. Bestechlichkeit: PC. V. 163 f. Zum folgenden (S. 150 ff.) PC. V 151 ff. Portalis an Talleyrand 18. brum.; Bignon 24. frim. P. Montgelas an Bray 9. Dez. Bailleu II. 319 ff. PC. V. 155—157, 160.

6. Kapitel.

Ausbruch des dritten Koalitionskrieges (153—155): Fournier, Gentz u. Cobenzl S. 242 ff.; Friedrich Wilhelm: Bailleu II. 303. Dritte Koalition: Ranke, W. W. 47 (Hardenberg) S. 111. J. Müller, Darstellung des Fürstenbundes 2. A. p. 218; Dohm: oben S. 9. — Anschluß Bayerns an Frankreich (155—165): R. Ledermann, Der Anschluß Bayerns an Frankreich im J. 1805: Forschungen zur Geschichte Bayerns IX; über die bayrische Heirat: C. 9, 424. Talleyrand an Otto 17. brumaire an 13 P. Montgelas, Denkwürdigkeiten 107. 116. Lex, souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard. P. C. V. Register s. v. Auguste v. Bayern. Mißtrauen in Baden: Reibeld an Montgelas, 26. August 1805 M.; wegen des Kronprinzen Ludwig (S. 155): Otto 22. vend. an 13 u. wegen der Manuskripte auch: Genealogie oder Stammbaum der Französischen Kaiserlichen Majestäten und Hoheiten. 1814 S. 4. — Charakteristik von Montgelas (159): Otto, 4. germinal 13. u. 7. nivose; Max Joseph kein souverain de fortune: Thiard 118. Die Denkschrift von Montgelas (162) herausgegeben in F. G. B. IX. 241 v. Ledermann, der im übrigen zu vergleichen ist. Der Vertrag gedruckt bei De Clercq, recueil des traités de la France II. 120 ff. Ledermann 246 ff. — Baden u. Württemberg (165—173) Dalberg (S. 165): P. C. V. 243 f. 248. Ueber Württemberg vor Ausbruch des Krieges s. die Depeschen von Damace-Raymond u. Didelot P., von Hertling M.; außerdem P. C. III. IV. s. v. Württemberg. Register; den Inhalt der Bothmerschen Depesche (167) teilt Hertling mit 19. August. Neutralität: P. C. V. 264 [2]. Baden (168/9); ebenda V. XXXI f. 268 f. — Württemberg: Bemerkungen über die neueste Lage Württembergs 4 ° (auch französisch), neu aufgelegt v. v. Schloßberger, der Allianzvertrag des Kurfürsten Friedrich v. Württemberg (Bes. Beilage des Staatsanzeigers v. Württemberg 1888 n. 2). Depeschen in P. u. M. — Normann in München: Otto 13. fructidor — Didelot, 2. September P., im Auszug P. C. V. 283, wo jedoch die letzte Angabe (über die Streitkräfte) auf Württemberg sich bezieht, v. Schloßberger a. a. O. 1887. 274 ff. — Didelot in Karlsruhe: P. C. V. 283 f. 281 f. XXXIV. Anschluß Badens P. C. V. 304 ff. Der Vertrag ebenda 291 f. u. bei De Clercq II. 123. 124. —

Abschluß mit Bayern (173—177.) Ledermann F. G. B. IX. 211 ff. u. Dep. Ottos in P.; zu „Ludwig als Geisel" vgl. Thiard a. a. O. p. 121. — „Was sollte Bayern jetzt tun? Ein Versuch diese Frage zu beantworten 1805." Zeitungsartikel: Alemannia, Zeitschrift f. Sprach-, Literatur- u. Volkskunde. Bonn 1890 Bd. 18 p. 202. — Otto empfiehlt ein Manifest (176): le 3 jour complém. an 13 P. — Preußen u. die Südstaaten: P. C. V. 312. [3] 316. 333. Rußland: ebenda 303. — Die Oesterreicher in Württemberg (178—180): Ber. Hertlings 13. 15. 18. Sept. 05. M. A. v. Schloßberger, Bes. Beilage d. Staatsanzeigers f. Württemberg 1887 n. 18 u. Bemerkungen über die neueste Lage Württembergs; zum folgenden Didelots Berichte P. PC. V. 319 [2]. — Französische Werbungen (180—181). Preußen: Bailleu II. LIX;

Hessen-Kassel: Strippelmann II. 1 ff. Darmstadt: P. C. V. 277 [4]. 326 f. und die an erster Stelle angef. Literatur. Nassau: Gagern, Mein Anteil a. d. Politik I. 133. — Hirsinger, 14. vendem. 1805 (Allemagne 1805 et 06. Frankfurt P.). — Dalberg (181—183). Ber. Hédouvilles 15 fructid. u. ff.; Bacher an Talleyrand 4 brumaire; die bayerische Komitialgesandtschaft a. d. kurf. Ministerium 9. Oktober 05. Napoleons Vordringen: Beer, zehn Jahre 130 ff. — Baden u. Württemberg bei Eröffnung der Feindseligkeiten (183—191). Baden: P. C. V. XXXV ff. 336 ff. der Kurf. über den Druck auf seine Untertanen: Kleinschmidt, Karl Friedrich v. Baden 176. Empfang Napoleons in Stuttgart: Didelot 14 vendem. P. Hertling 28. Sept. 1. u. 5. Okt. v. Schloßberger, a. a. O. 1887 n. 20. Die Aeußerungen zur Prinzessin Paul berichtet Hertling 6. Okt. — Didelots kluges Verhalten: Talleyrand, Straßburg 17 vendem. u. München, 17 brum. Der Vertrag gedruckt bei De Clerq, recueil II. 126—129. Vgl. dazu außer v. Schloßberger a. a. O. 1887 n. 18 auch die Biographien Friedrichs v. Pfister und Beckh u. die bei Häusser II [3] 579 angeführte ältere Literatur. Napoleons Brief v. 2. Oktober; C. 11, 272 f. A. v. Schloßberger, Pol. u. militärische Korrespondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Kaiser Napoleon I. Stuttgart 1889. — Wintz.'s Note vom 8. Juli 1806 P.; v. Hertling 2. Nov. u. 13. Nov., vgl. Gravenreuths Mitteilungen, oben S. 201. Montgelas in einer Denkschrift über die Geschichte des Rheinbundes, die ich in der altbayerischen Monatsschrift demnächst veröffentlichen werde.

7. Kapitel.

Talleyrands Friedensprojekt (192—195): Beine u. Bajonette, journal de tout ce qui s'est passé à Munich depuis le 27 may 1800 jusqu'à la fin de l'année 1805 Munich 1807 p. le général Clérambault (cod. gall 861 der Münchener Staatsbibliothek; teilweise veröffentlicht bei F. Melzi d'Eril, ricordo die Monaco. Eugenio Beauharnais e Augusta di Baviera. München 1897 p. 30 ff.) Eintrag z. 31. Oktober 1805. — Manfredini: Bertrand, lettres inédites de Talleyrand à Napoléon 1800—1809 Paris 1889 p. 152. Zum Folgenden: Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik. Mémoires du prince de Talleyrand p. p. le Duc de Broglie I. 295. Bertrand a. a. O. CXI. 156 ff. und Revue hist. 39, 63 ff. Zustände im deutschen Süden (196—201); Gravenreuth 12., 13., 15., 16. u. 22. Sept. nebst Beilagen. Die württembergischen Kundgebungen: Mission à Stoutgard 1804/7 Hertling M.; kein badisches Manifest: P. C. V. 355. — Gravenreuth beim Kaiser: Berichte des Barons Straßburg, le.. (s. d.) u. Augsburg 22. Okt. — Die Franzosen u. Napoleon in München: Münchener Zeitung v. 12. Okt. u. s. w. Tagebuch Clérambaults, Eintrag zum gleichen Tag u. zum 16—27. Oktober; über Napoleon bes. Gravenreuth an Max Joseph 25. Oktober. — Plan einer Föderation u. Unabhängigkeitserklärung (201—203): Unterredung mit Gravenreuth: Depesche desselben n. 6 s. d. wohl vom 28. Oktober; Napoleon an Friedrich v. Württemberg C. 11. 370. Talleyrands Schilderung v. Max Joseph Bertrand 180; über die Föderation ebenda 181. 190. 198. P. C. V. 378 ff. — Die Kurfürstin: Montgelas an Gravenreuth 20. Nov. Otto 21. brumaire. — Preußen u. Rußland S. 201—210): Ueber ersteres zunächst Bailleu II. LIX ff. Verhältnis zu Hessen: Strippelmann II. 7. Gravenreuth München, 25. Okt. Braunau 30. Okt. Zu den Vorschlägen durch Mack vgl. Beer a. a. O. 158 ff., über die bayerische Vermittlung: Montgelas an Gravenreuth 1., 12., 20. Nov.; Gravenreuth Brünn

27. Nov.; Ried 2. Nov.; Montgelas an Gravenr. 6. Nov. Rußland: Gravenreuth 25. Okt. Montgelas 1. Nov. Wintzingerode: Frhr. v. Hertling an Max Joseph 2. Nov.; im übrigen über Württemberg und Rußland: v. Schloßberger, Bes. Beil. d. Staatsanzeigers von W. 1888 n. 12. — Dalbergs Wort des Friedens (S. 211—213): Hédouville 7. brum. Bacher 16. brum. 14 (1805). P.; vgl. Bertrand 180. Die Note vom 8. Nov. oft gedruckt, z. B. Perthes, Personen u. Zustände, II. 384. Beaulieu-Marconnay II. 37. Hédouville 18. brum. Bacher 19. brum. P. Ber. d. bayerischen Komitialgesandtschaft d. d. 10. Nov. — Verfahren gegen die Reichsritterschaft (S. 213—221): Ueber Oesterreich (S. 213): Gravenreuth 2. Nov. u. ff. Baden: P. C. V. XXXIX f. 353 ff. Ueber die Reichsritterschaft: Häberlin, Staatsarchiv XI. ff. Häusser II. 481 ff. Berghaus, Deutschland vor fünfzig Jahren I. Du Moulin Eckart, Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns Bd. IV. P. C. IV. an vielen Stellen, bes. LXVIII ff. Die Aeußerung v. Gentz (S. 217) führt an Bluntschli, Gesch. d. Staatsrechts u. der Politik p. 446 f. Kant, Werke ed. Rosenkranz 9, 171. Häberlin, Staatsarchiv XI. 324 ff. Lehmann, Freiherr v. Stein I. 303. Vordringen Oesterreichs: Damace Raymond 8. brum. 1804 P.; v. Rechberg. Ber. aus Regensburg 25. Dez. 04, 22. Jan. 05 u. öfter. Die im folgenden angeführten Mandate u. Erlasse finden sich, freilich oft verstümmelt, in den gleichzeitigen Zeitungen. Ich schöpfe neben den bayerischen Reichstagsakten und den Pariser Beständen auch aus den Regensburger Reichstagsanzeigen im Kreisarchiv Bamberg $\frac{57}{\text{Reg. } 198}$. — Württembergische u. bayerische Vergrößerungspläne (S. 221 ff.): (württembergische) note confidentielle Wien 1. Dez. P. Instruktion für Gravenreuth vom 12. Okt. u. Montgelas an denselben 13. u. 18. Nov. 05. M. Linz: Montgelas, Denkwürdigkeiten 115. Heigel, Ludwig I.[2] S. 17. Charakteristik Gravenreuths: Montgelas, Denkw. 126. Größere Erwerbungen damals unmöglich: Gravenreuth an M. J. 27. Nov. Ueber Bayern und die Reichsritterschaft: Montgelas an Gravenreuth 2. u. 13. Dez.; Württemberg u. die Reichsposten: Hertling 24. Dez. Baden u. die Reichsritterschaft: P. C. V. 440.

8. Kapitel.

Napoleon (S. 230—32): C. 11, 439 n. 9532. Bertrand p. 202. Aeußerung vor Dolgorucki: Gravenreuth, Austerlitz 4. Dez. — Bertrand 209. — Gnadenbeweise: Gravenreuth 22. Okt. C. 11, 407 n. 9484; 347 n. 9412. Empfang der Kaiserin: P. C. V. 476. 478. 364. Otto an Talleyrand 25 frim. Regensburg (S. 232—236). Montgelas an Gravenreuth 6. u. 10. Dez.; 12. Dez. Hédouville 22. brum. mit Beilagen 3. frimaire u. ff. Reichstagsanzeigen Kreischarchiv Bamberg $\frac{57}{\text{Reg. } 198}$; alles auf Dalberg bezügliche P.; C. 11 498 n. 9608. — Brünner Verträge und bayerisch-französische Familienallianz (S. 236—243): Gravenreuth 8. Dez. ff. De Clerq, recueil des traités de la France II. 135—138. Montgelas an Gravenreuth 13., 18., 22. Dez. Bailleu II. LXVI. De Clerq II. 145. Ergebnisse: Montgelas, Denkwürdigkeiten 222 ff. Fournier, Aus Süddeutschlands Franzosenzeit. Briefe eines geheimen Agenten vom Jahr 1806 (Histor. Studien und Skizzen 1885 p. 253—300); vgl. a. Heigel Beil. z. Allg. Ztg. 1901 n. 226 f. — Bayerische Livree für die Posten: Tagebuch v. Clérambault, Eintrag zum 21. Dez. Heirat: Gravenreuth 21. Dez. P. S. Berichte Durocs P. u. C. 11, 494 n. 9599. — Montgelas, Denkwürdigkeiten 126. — Murat, König v. Bayern: Riezler, Beil. z. Allg. Ztg. 1901 n. 57. Tirol: Montgelas an Gravenreuth 27. Dez.

Ber. Gravenreuths v. 20., 23., 26. Dez.; C. 11. 506 n. 9620. Düsseldorfer Galerie: Montgelas 22. Dez. u. Gravenreuth 19. Dez; vgl. Reber im „Katalog der Gemälde-Sammlung der Kgl. Aelteren Pinakothek in München". Amtl. Ausgabe 9. Aufl. S. XXIII f. — **Württemb. u. badischer Vertrag** (S. 243—248): Württemb. Geschenke: Gravenreuth 23. Dez. — Normann an Talleyr. 6. Dez. P. u. Denkschrift vom 9. Dez; die Anekdote S. 245 bei Fournier im ersten Brief vom 31. März 1806. De Clerq II. 138—40. Unzufriedenheit in Stuttg.: Hertling 21. u. 31. Dez. Besitzergreifung: Normann an Talleyrand 16. Dez. P. — Baden: P. C. V. XL ff. 424. 405 ff.; der Vertrag auch De Clerq II. 141—43. — „überschnellt" P. C. V. 435. Preßburger Friede: De Clerq II. 145—151. — **Bayern als Königreich** (248—252). A. Ztg. 1806 n. 5. p. 20. vgl. [Pelkoven] Politische Nummern für Bayern 1806; Ode u. Lied auf die hohe Krönungsfeier Max Josephs des Vierten, unsres theuersten Landesvaters, verfaßt v. Joseph Spitzenberger, ehemaligem Lehrer der Dicht- und Redekunst 1806. — Die Trennung. München, gedruckt und zu haben bei Joseph Zängl 1806. — Das erneuerte Königthum Baiern, als Denkmahl dem allgeliebten Maximilian Joseph König in Baiern, dem Retter seiner Nation aufgestellt von Freiherrn v. Löwenthal. München, gedruckt u. im Verlage bei Joseph Zängl am Färbergraben, Num. 111, 1806. — Baierns wiederhergestellte Königswürde. Eine historische Skizze von Geheimrat Zapf. Augsburg 1806. Bei Christoph Friedrich Bürglen, hat p. 75—77 eine Parallele zw. Napoleon u. Karl dem Großen. Ueber Bayern u. Bojer vgl. A. Ztg. Beil. 1903 n. 4. — Stiftung der Nationalkokarde: A. Ztg. v. 27. Jan. — Das Wiederaufleben des bayerischen National-Geistes, besungen v. Martin Schrettinger, weiland Bibliothekär an der Benektiner-Abtei Weissenohe u. d. z. Adjunkt an der k. b. Hofbibliothek. München mit Zänglischen Schriften 1806. — Napoleons Ankunft in München: A. Z. n. 3. Remusat, Mémoires II. 264. Otto, 23. Januar. Freudenlied der Bayern auf Napoleon den Ersten, ruhmwürdigsten Kaiser der Franzosen und König Italiens, als höchstderselbe von Wien als Sieger und Stifter des Friedens durch Straubing nach München zurückkehrte. Von Joseph Spitzenberger, ehemaligem Lehrer der Dicht- und Redekunst, Straubing 1806. — Kanonen: A. Ztg. 1806 n. 8 p. 31. Auszeichnung der bayerischen Offiziere u. Mannschaften: C. 11, 526. — Nap. in München, A. Ztg. 1806 n. 8 u. 10. Den Degen von Ulm nennt A. Ztg. 1806 p. 179, während Clérambaults sog. Tagebuch, aus Zeitungsnotizen und Hofklatsch nachträglich zusammengestellt, (zum 1. Januar 1806) den Degen von Austerlitz angibt; danach Heigel, Ludw. I. 21. — Hochzeit: Münchener Zeitung u. A. Ztg. n. 21. Otto, 22. Jan. 1806. — **Württemberg als Königreich** (S. 252—255): A. Ztg. 1806 n. 6, 7, 8 v. Hertling 9., 14., 19. und 21. Januar; über die Heirat: v. Seibolsdorff 18. Nov. 1805 M. u. v. Schloßberger, Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jérome von Westfalen sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem König Friedrich v. Württemberg. Stuttgart 1886. I. 331. **Baden** (S. 255 f.); Proklamation A. Z. 1806 n. 22 p. 87; im übrigen P. C. V 480. 527.

9. Kapitel.

Napoleons Streben nach der Universalherrschaft (S. 257—59): Bedeutung der Schlacht bei Austerlitz: Fournier, Napoleon II. 82. — Napoleon in Schönbrunn: Häusser 2, 681. Talleyrand: Mémoires p. p. le duc de Broglie I. 297. Remusat, Mémoires T. II. p. 274. 276. Dupont: Four-

nier, aus Süddeutschlands Franzosenzeit 4. Brief. — Das Bedürfnis einer überwiegenden Macht. (S. 258): die Rede vom 5. März bei: „Der letzte Krieg, die Schlacht bei Austerlitz, der Friede zu Preßburg und Frankreichs und Preußens Politik. Aufschlüsse und freimüthige Aeußerungen von einem Weltbürger, Jever 1806“ p. 132. Argus: A. Z. 1806 v. 27. Januar; das folgende ebenda 4. Febr. — Gary, essai sur le nouvel équilibre de l'Europe. Paris 1er mars 1806 p. 51 ff. — Bonnet, état de l'Europe continentale à l'égard de l'Angleterre après la victoire d'Austerlitz, Paris 1806 p. 60. — Serieys, histoire abrégée de la campagne de Napoléon le grand en Allemagne et en Italie jusqu'à la paix de Presbourg, Paris 1806. — Delormel: A. Z. 1806 p. 634. — Dalbergs Münchener Noten (S. 259 bis 263): Dalberg in München; Hédouville, München 3. Jan. A. Z. p. 179. Die Originale beider Noten P. Allemagne 1806 janv.—mai M. Bacher. Die zweite, jedoch ohne Datum, weshalb sie von späteren Forschern zum 19. April 1806 datiert wurde, bereits veröffentlicht bei Thiers, histoire du consulat et de l'empire T. VI. (1847) p. 475 Anm. — Persönliche Uebergabe a. d. Kaiser: Hédouville, Regensburg 27. Jan. P. Stimmung in Regensburg: Bacher 8. Jan. Absetzung Franzens: Hédouville, 14. April. Dalbergs Schriften: Beaulieu-Marconnay II. 337—343. Widmungsschreiben an den Kaiser d. d. 17. Febr. P. Ueber die „Winke an das Vaterland“ s. a. Häusser 2. 683. Napoleons Aeußerung zum König von Bayern: K. Beck, zur Verfassungsgeschichte des Rheinbunds, Mainz 1890 p. 30. — Karl d. Große: C. 12, 40 Fournier, Nap. II. 88. A. Z. 1806 p. 186. — Die öffentliche Meinung in Deutschland (S. 263—267); Stimmung gegen England: Napoleon und Pitt oder wer wird siegen? Vom Verfasser des Napoleon. Hamburg u. Altona. Die oben angeführte in Jever erschienene Schrift sagt S. 101: „Napoleon steuert zur Universalherrschaft. Gleichwohl ist in Deutschland die Stimmung wider England allgemeiner als wider Frankreich, ob es schon von dem letzteren in den neueren Zeiten den empfindlichsten Druck zu erdulden hatte. Zwar drückt auch England auf uns; aber wer zwingt uns, uns in englische Fabrikate zu kleiden? . . . Mit Englands Untergang würde der Welthandel in Frankreichs Gewalt kommen.“ — Blicke auf die Leipziger Michaelismesse 1805 A. Z. 1806 n. 144; über die Regensburger Schillerfeier ebenda Notiz v. 13. Febr. n. 49. — Ueber Cotta: Didelot, Stuttgart 14. März P. Fournier, A. Süddeutschl. Franzosenz. 4. u. 6. Brief. — Zu der Schrift von den höchsten Interessen d. D. Reichs vgl. A. Z. p. 110; am 1. Juli (p. 728) wird hier Gg. H. Kayser als Verf. genannt. Beiträge zum neuen deutschen Staatsrecht: Häusser II. 683 Häberlin XIV. 44. — Zufällige Gedanken eines Hannoveraners beim Lesen d. IV. Heftes der Schrift: Von den höchsten Interessen d. teutschen Reichs. Regensburg im Mai 1806 p. 8. — Blicke auf den gegenwärtigen politischen Zustand von Europa. Letzter Zuruf an die Fürsten deutscher Abkunft. Germanien 1805 p. 113: Unglückliches, geliebtes Vaterland, verraten, geplündert, zerrissen, entstaltet, bist du doch noch noch nicht vernichtet, sondern stehst noch; nicht gleich einer zertrümmerten Ruine, sondern einer alten Eiche ähnlich, die durch Blitz und Sturm entblättert und einiger ihrer Hauptäste beraubt ist, deren übriggebliebene aber mit neuer Kraft treiben. Deren Krone zwar nie ihren vorigen Umfang, ihre ehemalige Schönheit wiedererlangt, die aber dennoch dem müden Wanderer einen anmutigen Ruheplatz gewährt! Edle, biedere, erleuchtete, wenngleich verachtete, verspottete, zertretene Nation, du hast deinen Charakter nicht verloren; dein Geist, deine Tugenden haben sich unter allen Drang-

salen erhalten, du hast noch deinen alten Mut, deine alte Kraft, deine alte Treue u. s. w. — Rede Alexanders des Ersten gehalten nach seiner Zurückkunft aus Deutschland in der Versammlung des geheimen Senats in Petersburg, den 22. Dez. 1805. St. Petersburg bei Petrowitzsch u. Cie. 1806. — Regensburg (S. 267—270): Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren II. 57; Häusser II. 684 f. Berichte Bachers vom 24. Jan. ff. Talleyrand vers febr. 1806 P. und Regensburger Reichstagsanzeigen (Kreisarchiv Bamberg $\frac{57}{\text{Reg.198}}$) bes. vom 14. u. 20. Jan.; über Hessen u. Sachsen auch A. Z. 1806 n. 56 und p. 292. — Differenzen der drei Souveräne (S. 270—273): Ueber den Ursprung der Streitigkeiten: Montgelas an Cetto, München 28. Jan. M. — Bayerisch-badischer Konflikt: P. C. V. XLVI. 445—447. Vertrag vom 28. Jan.: Martens, suppl. au recueil des principaux traités IV. 229 ff. — Bayerisch-württembergischer Konflikt: Montgelas an Cetto 28. Jan. nebst Beilagen, bes.: „Kurtze Darstellung der verschiedenen Streitigkeiten, welche vorzüglich mit Württemberg über die im Namen S. K. M. von Bayern vorgenommenen Okkupationen entstanden sind und vielleicht künftig noch entstehen werden," und „Darstellung der sich zu Wiblingen zwischen einem kgl. bayer. und kgl. württembergischen Kommando ereigneten ernstlichen Auftritte"; dazu Friedrichs Brief an Napoleon vom 5. Jan. bei v. Schloßberger, Pol. u. mil. Korresp. Kg. Friedrichs. Normann an Talleyrand 14. Jan. P. — Badisch-württembergischer Konflikt: P. C. V. XLVII. 443 f. 449. — Die Münchener Bundesakte (S. 273—278): Bayern: Napoleon a. d. König v. Bayern 4. Jan. und dessen Antwort v. 8. Jan. M. P. C. XLVII f. 518 ff. Montgelas an Cetto 4. Febr. M. Baden: P. C. 510 ff. 516 f. 529 ff. 533. 534, Weigerung Württembergs: v. Schloßberger, Pol. u. mil. Kor. 48 ff. Copie de la dépêche du baron de Hertling d. d. Stuttgart le 26. Janvier 1806 n. 7. Extrait d'une dépêche de Berlin du 6. févr. 1806 M. C. XI. 572. Vgl. auch oben S. 348 f. Münchener Mediationskongreß (S. 279 ff.): C. XI. 549. P. C. XLIX — LI. 534 — 36. Otto an Talleyrand 26. Jan. 3., 4., 7., 10., 19., 27. Febr., 6. März. Précis de ma correspondance depuis le 22. janvier — 25. mars 1806 (von Otto). P.; dazu die badische Haupt- und Schlußrelation P. C. V. 542—61; über die Streitigkeiten mit Württemberg ebenda 449 und Depeschen des bayerischen Gesandten in Stuttgart M. Ottos Plan, erstmals als „die Wiege des rheinischen Bundes" erwähnt in der „Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses überhaupt und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des teutschen Bundes" von Klüber, I. 1816 p. 120. 121 Anm.; im Auszug veröffentlicht mit bes. Berücksichtigung der Grenzen zwischen Baden und Württemberg P. C. V. 540. 541; ich lasse nach einer Münchener Abschrift (Original P.) den über die bayerisch-württembergische Demarkation handelnden § 3 folgen: La ligne d'influence et de souveraineté entre la Bavière et le Wurttemberg commencera sur la rive droite du Danube à l'embouchure de la Riss; elle suivra la rive droite de cette rivière jusqu'à la frontière du comté de Waldsée: elle se prolongera sur la frontière orientale de ce comté jusqu'au point où ce comté touche à la préfecture d'Altdorf; elle suivra la limite de cette préfecture jusqu'à Berg où la rivière Ibach entre dans la préfecture; elle passera de là dans une direction oblique sur la pointe septentrionale de la banlieue de Ravensbourg jusqu'à la Schüssen; elle suivra cette rivière jusqu'à Lochbrück où elle passera la rivière et comprendra le territoire de la ville de Buchhorn sur le lac de Constance.

La partie de la préfecture d'Altdorf qui se trouve dans l'arrondissement bavarois, de même que la portion du territoire de Biberach situé à la droite de la Riss, seront compensés au roi de Wurttemberg par la cession de la seigneurie de Wiesensteig, une partie du comté de Rechberg et une partie du territoire septentrionale d'Ulm. La partie du comté de Rechberg sur laquelle le roi de Bavière a des droits à exercer et dont il fera la cession au roi de Wurttemberg pour un équivalent peut être définie par une ligne qui commence sur la rive droite de la Vils jusqu'à Salach; elle longe la frontière au nord de Stauffneck et Ramsberg jusqu'au nord de la commune de Reichenbach; de là en séparant les frontières de Wiescoldingen et Winsingen jusqu'au sud de la commune de Degenfeld et de là au St. Bernard. Tout cequi est au nord de cette ligne appartient de droit au Wurttemberg et le roi de Bavière ne demande aucune compensation pour cette portion du comté de Rechberg.

Quoique le territoire connu sous le nom de Leuttkircher haide ait été donné en toute propriété au roi de Bavière par le § 2 du recès de la députation de l'Empire de 1803 et quoique dans l'acte de ratification du dit recès l'empereur d'Allemagne n'ait aucunement réclamé contre cette cession, sous prétexte que le territoire dont il s'agit fut une dépendance de la préfecture d'Altdorf, le roi de Bavière pour faciliter les autres arrangements avec la cour de Stuttgart, consent à regarder ce territoire comme litigieux et à faire porter en évaluation d'échange la moitié du revenu de ce territoire.

Malgré les prétensions que le roi de Bavière pourrait faire valoir sur les commanderies de Karpfenberg et de Lauchheim en raison de la contiguité de ces possessions et notamment en raison des bois de Bopfingen qui s'étendent sur le dit territoire, il consent à laisser au roi de Wurttemberg la totalité de ces commanderies sous la condition que le dit roi ne formera aucune prétension sur toute autre possession teutonique ou equestre située sur le territoire d'Oettingen et que la limite du royaume de Wurttemberg se bornera à ses anciennes possessions et à celles des susdites commanderies y compris l'influence sur le territoire de Neresheim.

Le roi de Bavière rénonce en outre à toute possession et droit qui pourraient lui appartenir sur les deux rives du Danube à l'ouest du territoire d'Ulm et de la Riss, et le roi de Wurttemberg rénonce de même à tous droits et prétensions qu'il pourrait avoir sur des territoires ou domaines enclavés dans le Duché de Neubourg sauf les évaluations qui seront faites de part et d'autre pour le revenu et les droits aux quels les deux souverains ont rénoncé par le présent article et dont il sera tenu compte par celui qui aura obtenu le plus de revenu et de population. — Meine summarische Inhaltsangabe lehnt sich an Talleyrands Kritik: Mémoire sur les nouveaux arrangements de la Souabe P. (Allemagne Janv. — Mai 1806 Bacher) an. — Ottos Erläuterungen vom 15. März P. C. 538. Dazu copie d'une note remise pr. Mr. Otto aux plénipotentiaires des trois cours alliées s. d. P.

10. Kapitel.

Rußland (S. 291—296): Bailleu, Briefwechsel Kg. Friedrich Wilhelms III. u. der Königin Luise mit Kaiser Alexander I. (Publikationen a.

d. k. preuß. Staatsarchiven 75. Bd.) XV. 95 ff. Extrait d'une dépêche de St. Pétersbourg du 19./31. dec. 1805, du 4./16. 1./13. janv. 1806 u. a.; de Berlin du 6. févr. M. Ueber Graf Truchseß: v. Schloßberger, Beilage d. Staatsanzeigers v. Württemb. 1888 n. 12; extrait d'une dépêche de Berlin du 6. févr. P. S. — Brays Aeußerung über Vasallität ebenda; Hardenberg: Ranke W. W. 47. 179. — Unzufriedenheit mit Bayern auch Otto 19. Febr. P. S. 17. Juni P. Ueber die russische Verlobung des Kronprinzen s. Montgelas, Denkwürdigkeiten 115, Gravenreuths Ber. aus Paris vom 22. April u. Montgelas' Depesche an ihn vom 4. Mai; vgl. Heigel, Ludwig I.[2] 22 Anm. 1 nach Clerambaults Tagebuch, Eintrag zum 25. Sept. 1807. Graf Du Moulin-Eckart in Forsch. zur Gesch. Bayerns XI. 55 f., wo jedoch für Ottoy Olry, für Hartorinsky Czartorisky zu lesen ist und Otto in dem Namen der Großfürstin (Paulowna) irrt; Böhm ebenda 251. — Preußen (S. 296—303): Der Schönbrunner Vertrag: Bailleu, Preußen u. Frankreich LXVI. f.; extrait d'une dépêche de Berlin du 6. févr. (nebst Mémoire explicatif de la convention signée à Vienne le 15. dec. entre la Prusse et la France); du 25. 26. 28 fevr., 3. mars. Depeschen Cettos vom 18. Jan., 4. 15. Febr., 1. März u. Montgelas an Cetto 28. Jan., 6. März, 4. Mai mit Beilagen, die zum Teil auch in P vorhanden sind u. durch Ottos Papiere ergänzt werden; dann C. XII. 162 n. 9942 und ein ungedruckter Brief Napoleons an Max Joseph vom 29. Mai 1806. Ueber Ansbach vgl. Süßheim, Preußens Politik in Ansbach u. Bayreuth S. 403. — Preußen und die norddeutschen Staaten: Hardenbergs Denkschrift in Ranke, Hardenberg V. 294 ff. Strippelmann, Beiträge zur Gesch. Hessen-Kassels II. Heft 1. u. 2. Abschnitt; Ilbenstadt: Note Malsburgs v. 25. Febr. P. — Wittgensteins Verhandlungen: Berichte Hirsingers vom 6. u. 13. Juni 1806 (Allemagne 1805 et 06, Francfort P.). Hilpoltstein: J. Baader, Der Reichsstadt Nürnberg letztes Schicksal und ihr Uebergang an Bayern, Nbg. 1863 p. 5. — Oesterreich (S. 303—305): Außer den allgemeinen Werken von Beer und Wertheimer bes. die Depeschen Ottos, aus denen Du Moulin-Eckart F. G. B. 11. 65 Auszüge mitgeteilt hat; Verhältnis zu Bayern: Otto 3. Febr. u. Instruktion für denselben 15. Febr.; Cetto 3. März. Ebrach: Otto 24. Febr. u. 26. März mit beiliegenden Noten von Montgelas und Reskript P.; Kirchengebet: Note von Montgelas an Otto 27. März und des letzteren Ber. v. 28. März. Vermählung: Max Joseph an Franz II. 15. März. M. Schärding: Otto 25. Mai; Willfährigkeit in Bayern: Précis u. s. w. — Die französische Armee in Süddeutschland (305—308): Beer, Zehn Jahre 217 ff. Häusser II. 679 f. Fournier, Napoleon II. 97 f. Montgelas, Denkwürdigkeiten 128. Ueber Eichstätt: Otto 1. Febr. Ernte: Mémoire als Beilage zu einem Briefe M. Josephs an Nap. vom 8. April 1806. Otto 16. April u. 10. Mai. Schwaben: Otto 15. März. Fezensac, Souvenirs militaires de 1804 à 1814, Paris 1863 p. 80. Mißbrauch der Jagden: Note Wintzingerodes vom 14. Juni P., vgl. Beil. des w. Staatsanzeigers 1888 n. 8. Ney: Friedrich an Napoleon 27. Mai. Kontribution im Breisgau ebenda 449[2]; Grenzverletzung im Oberlande: P. C. V. 563; in Oesterreichisch-Schwaben: Otto 17. Jan.; Eichstätt: Otto 1. Febr. Ueber Bayern: Ottos Berichte bes. das Précis de ma correspondance depuis le 22. janvier jusqu'au 25. mars 1806 P. Mission extraordinaire a Paris 1806. Gravenreuth M. Der Brief der Frau von Montgelas gedruckt bei G. Du Moulin l. c. 66. Erhebung im Schwarzwalde: Fournier, 10. Brief. Karlsruhe (S. 308—310): A. Z. p. 502. P. C. V. 446 f. 451 f. LVI f. 667 f. Verhandlungen mit den Kleinen: 531 f. 661 f. Württemberg (S. 310—321):

Einquartierung: Note Wintzingerodes vom 22. Juni; Anleihe: Didelot 21. März. Entfernung der Armee beantragt: Wintzingerode am 14., 23., 30. Mai; empiétements: Wintzing. 17. März, Otto 14. Mai. Ueber Zeitungen: Wintz. 17. Juni P. Klage vor Hertling: Ber. desselben 1. Juni. Charakteristik des Vorgehens Friedrichs: Otto 20. März; Mitteilung an Berthier: Hertling 20. Febr.; Desfontaine: Wintz. an Talleyr. 24. Febr.; Monard und Clarke: Otto 20. März und 8. April; copie de la lettre écrite par Mr. le Bon. de Reischach cons. int. et com. gén. de S. M. le roi de W. à Mr. le gén. Fririon inspect. aux recrues intend. et comiss. en Souabe. Ehingen le 17. mars 1806 P. u. mehrere Noten Wintzingerodes. Krankheit und zweierlei Berichte: Didelot 21. April. Hertling 17. und der bayerische Geschäftsträger Seibolsdorff 26. März; Fournier, aus Süddeutschlands Franzosenzeit, bes. 5. Brief. Ulm: Wintzingerode an Talleyrand: fevr. (s. d.) u. 17. avril; Fürstenberg: Noten Wintzingerodes vom 1., 8., 13. Mai. Otto 6. März und Talleyrands Antwort s. d. (mars). Ansbach: Wintz. an Tall. 1. März. Mainau: Otto 20. März; Karikatur: Fournier a. a. O. 3. Brief. Lächerliches Verhalten Friedrichs: Otto 16. u. 20. März. Organisationsedikt: Didelot 28. April, Otto 2., 9., 23. Mai. P. Kraichgau: Hertling 12. Mai, Otto 29. April, 9. Mai; auch P. C. Hohenlohe: Didelot 6., Otto 16. März, 19. Juni. — Hohenzollern-Sigmaringen: Murat, lieutenant de l'empereur en Espagne 1808 pr. le Cte. Murat. Paris 1897 p. 79 f. P. C. V. 599 u. ö. Bailleu II. 473. König Friedrich an Napoleon 3. Febr. Note Berthiers vom 12. März. Didelot 12. März. Talleyrand an denselben 21. März. Hertling 22. Jan. 1. Febr. u. Seibolsdorff 11. März, 1. April. — Hohenzollern-Hechingen: Tall. an Didelot 21. März. Verwendung Preußens: Bailleu II. 473. — Taxis u. die Reichsposten: J. Brunner, Das Postwesen in Bayern in seiner geschichtlichen Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1900 p. 120. Baden: P. C. V. 485². 623 f. 638 f. Württemberg: Didelot 28. März. Hertling 8. Febr. Seibolsdorff, 17. März. 10. April, 28. April, 8. Mai. Abberufung Didelots: Cetto über Aremberg, 1. März. P. C. V. 638. Bulletin (Beilage zu einer Depesche Cettos v. 17. Juli); Abberufungsschreiben an Didelot vom 24. Mai. P. Die kleinen Staaten (321—326). Leiningen P. C. V. 649 u. die Korrespondenz von Montgelas mit Gravenreuth und Cetto M. Wolfegg P. C. V. 560. Fugger: A. Z. p. 736. Löwenstein: Otto 2. März. Uneinigkeit der Kleinen P. C. V. 560. — Allemagne 1802—10 noblesse immédiate und Allemagne 1803—9 ordre equestre P.; Schreiben d. d. Ehingen 1. Jan. 1806 u. Vorschläge v. 2. Jan. Erwartungen in Regensburg: Bulletin de Ratisbonne 24. févr. Dalbergs Ansicht: Beust 3. Febr. an Talleyrand. Bacher: 2. Febr. Otto: Ber. v. 28. März, 8. u. 10. April; dazu vom 7. nivose [1805] nebst Beilage. — Frankfurter Union: M. Mayer, G. d. Hauses Isenburg 52 f. Note Isenburgs vom 25. April P. (Allemagne 1806 janv.—mai. Mer. Bacher); Note vom 11. Juni ebenda (Allem. ordre equ.); dazu Dalberg an Beust 19. Juni ebenda. Hédouville 21. Juni; Verwendung für Taxis: Mem. an Hédouville von Albini 22. Juni u. dessen Bericht vom gleichen Tag. P. — Die Wahl des Kardinals Fesch (S. 326—335): O. Mejer, Zur Gesch. d. römisch-deutschen Frage I. Teil Rostock 1871. Projekt Albinis: Hédouville 27. Jan. Beaulieu-Marconnay II. 32 ff., vgl. auch Häusser II. 686 ff. Stellungnahme in München: Montgelas an Cetto 11. Febr., 17. März u. des letzteren Ber. vom 12. März. Cetto 2. Apr., 13., 23. Apr., 11. Juni; Mission extraordinaire à Paris 1806. Gravenreuth. Ueber Johanniter und Deutschen Orden auch Berghaus II. 51 f. 46 f. — Plan de la

formation du chapitre metropolitain nebst Begleitschreiben. Dalbergs Wünsche in der Instruktion für Beust v. 3. Febr. P. Dazu Hédouvilles Depeschen vom gleichen Tag 30. März, 14. Apr. u. Bulletin de Ratisbonne 15. avr. Der Brief Dalbergs veröffentlicht bei Thiers, hist. du consul. et de l'emp. VI. 474. Talleyrand an Hédouville 26. April; des letzteren Ber. vom 7., 8., 14. Mai. Tall. an Héd. 16. Mai. — Albinis Aeußerungen gibt Otto, 30. Mai. Fesch: P. C. V. 668. Eindruck: Otto 30. Mai, 21. Juni; in Kassel: Bignon 16. Juni; in Baden P. C. V. 490; Montgelas an Cetto 10. Juni; Regensburg: Bacher 28., Hédouville 29. Mai. Rechberg 7. Juli 1806, Bacher 1. Juni u. Otto 30. Mai.

11. Kapitel.

Napoleon u. Talleyrand (S. 336—337); Sorel, l'Europe et la révolution VII. 24 ff. Taine, les origines de la France contemporaine: le regime moderne I. 24 f. — Napoleon an Eugen: C. 12. 284. Anteil des Kaisers: Cetto 23. April 1806 M. Talleyrands Gehilfen. Bestechlichkeit u. s. w. (S. 337): Labesnardière: Gagern, mein Anteil I. 140. P. C. V. 626. Pfeffel: Gagern I. 1. 41. S. auch Masson, le département des affaires étrangères pendant la révolution 1787—1804. Ueber Bestechlichkeit im ancien régime s. Festers geistvolle Aeußerungen Hist. Zeitschr. 92. Bd. S. 29 ff. Montgaillard, hist. de France X. 115. Gentz, Schriften IV. 158. Häusser III. 689. Strippelmann II. 2. Abschnitt. 3. P. C. V. 633. 597. Ber. Cettos vom 15. u. 23. April u. Reskript vom 27. April u. 4. Mai. Otto über Undurchsichtigkeit der Politik: 16. Apr. Gerüchte (S. 340): Otto 26. Apr., 9. Mai. P. C. V. 657. Bray 20. Mai. — Der König von Württemb. will nach Paris: Didelot 21. April; der württemb. Kronprinz: Didelot 2. April. Fournier, 5. Brief; der badische Kurprinz: P. C. V. 582. 652. 677; der bayerische Kronprinz: Max Joseph an Talleyr. 8. April P. P. C. V. 652. Montgelas, Denkwürdigkeiten 129. 151. — Napoleon und die deutsche Frage (S. 342—44): Précis des guerres du maréchal de Turenne C. XXXII p. 104. Ein Dutzend Souveraine in Deutschl.: P. C. V. 488. Note vom 30. Jan.: C. 11. 562 n. 9716, s. auch Gagern I. 112 nach der Correspondance inédite T. VII. (1820) p. 361. Berliner Kabinett: Bailleu II. LXIX. Murat in Berg, das Haus Nassau, die beiden Hessen u. Württemberg (S. 344—349): Bailleu II. LXX. s. Goecke, Das Großherzogtum Berg unter Joachim Murat, Napoleon u. Louis Napoleon 1806—13, Köln 1877. Nassau: Berghaus II. 51. Gagern I. 140. Denkschrift Talleyrands s. d. (fälschlich eingereiht 1805: Allemagne juin—déc. 1805 Le cen. Bacher P.) Gagern an Talleyrand 23. April 1806 P. — Kassel: Strippelmann II. 2. Abschnitt n. 3. u. 3. Abschnitt. Hesse Cassel 1806 Bignon P. — Darmstadt: Steiner, Ludwig I. Großherzog v. Hessen u. bei Rhein nach s. Leben u. Wirken. Offenbach 1842 p. 103 f. P. C. V. 582. 627. 629. 673. Württemberg: P. C. V. 523 ff. 536 ff. Talleyrand an Wintzingerode Mars 1806. Wintz. an Tall. 5. 30. März, 5. und 10. April P. — Talleyrands und des Kaisers Kritik des Planes von Otto (S. 349—355): Tall. an Otto 21. mars; mémoire sur les nouveaux arrangements de la Souabe P. (Allemagne janv.—mai 1806 Bacher). C. 12. 266. n. 10071. Verhandlungen in Paris (S. 355—370): Kleiser P. C. V. LV. 626. Talleyrand: Cetto 20. März; Unterredung des Kaisers mit Ludwig: 2. Apr.; Wohlwollen gegen Bayern: 20. März; Talleyrand hat keine Zeit: 1. März. — Wintzingerodes Audienz (S. 356 f.): Cetto 15. April. P. C. V. 600 ff.; je zwei Noten Wintzingerodes vom 25. u. 29. April. P. Der Mün-

chener Hof: Montgelas an Cetto 27. April. Max Joseph an Nap. 25. Apr. nebst Beil.; Vollmacht für Cetto v. 29. April; dazu Otto 20. April. — Reitzensteins Teilungsplan (S. 360 f.): P. C. 616 ff. Cetto 3. Mai; wiederholte Forderung der Unterstützung des Kaisers: Note Wintzingerodes 8. Mai und Cetto 14. Mai, wo auch über die Konferenz berichtet wird; vgl. dazu P. C. V. 642 f. Schonung Oesterreichs: Gravenreuth 11. Mai. — Neuer souveräner Staat in Schwaben: P. C. V. 641. Cetto 14. Mai. Gravenreuths Aeußerung (S. 364): 11. Mai. M. Reitzensteins Zweifel P. C. V. 630; Dalberg ebenda 648. 663. — Zum folgenden: observations et rectifications dont le projet de Mr. Reitzenstein est susceptible. d. d. 29. Mai; tableaux de partage proposés par la Bavière dans une juste proportion des differents contingents de l'acte de fédération; partage des états de Souabe et de Franconie dans une proportion rigoureusement égale; projet d'instruction pr. Mr. Cetto und andere Beilagen; Cetto 11. Juni M. — Ueber Württemberg: Auszug eines kgl. württembergischen Reskriptes s. d., Beilage ebenda. Note Cettos vom 9. Juni; Wintz. an Cetto 16. Juni, sämtlich M. Dazu P. C. V. 660 ff. — Cetto 15. Juni u. 8. Juli; déclarations des principes qui paraissent devoir servir de base à un projet de partage des petits états de l'Allemagne méridionale (v. Reitzenstein an Cetto überschickt 20. Juni); dazu P. C. a. a. O. — Arbeiten des Pariser Kabinetts (S. 370—375): Denkschrift Talleyrands fälschlich 1805 eingereiht; Ferdinand v. Württemberg an Tall. 5. April; Gagern I. 144 ff. Murat: Thiers, deutsch v. Bülau VI. 421; über Isenburg 2 Denkschriften Talleyrands zum 8. Mai; Frankfurt: P. C. V. 592; Beaulieu-Marconnay II. 44. Nürnberg: Montgelas an Cetto 17. Juni; die einzelnen Memoires wie Talleyrands Gutachten vom 22. Mai P. Allemagne janv.—mai Bacher 1806; vgl. a. Thiers a. a. O. 422. C. 12. 416 n. 10298; Tall. an den Kaiser vers mai 1806 P. u. 6. Juni bei Bertrand p. 237. — Eröffnungen an die Minister (S. 375—382): an Cetto: Cetto P. S. ce 12 juin nebst beiliegender Note; dazu ergänzend 4. August; Montgelas an Cetto 19. Juni Reskript u. Privatschreiben; die zweite Mitteilung: 8. Juli. Baden in Mißgunst: Cetto, 8. Juli. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen, welche im II. Bande ausführlicher behandelt werden, gebe ich nach der Depesche Wintzingerodes vom 2. Juli (Abschrift München). — Wintzing. an Tall. 28. Juni P. v. Schloßberger, Bes. Beilage d. Staatsanzeigers f. Württemberg 1889 n. 19. 20. Reitzenstein: P. C. V. 674 f. 693 ff. Beust: Beaulieu-Marconnay II. 76 ff. Gagern: Mein Anteil a. d. Politik I. 142 f. 149 f.

12. Kapitel.

Verständigung zwischen Bayern u. Württemberg (S. 383—387): Das Schreiben von Montgelas erwähnt Normann in der Antwort d. d. Stuttgart 7. Juli 1806. K. Friedrich an Max Joseph 2. Juli; note confidentielle à remettre à Mr. le Cte. de Taube en forme d'explication sans signature ni autre caractère officiel und Taubes Antwort, sämtlich M. Otto 11. u. 23. Juli. — Sendung Gravenreuths (S. 387—389): Instruction pour le Sr. Baron de Gravenreuth, Munich le 14. jouillet, mit Beilagen; Gravenreuths Berichte vom 21., 26. Juli, 5. August. — Notlage und Verhalten Cettos (S. 389—398): Cetto 8., 17. Juli, 4. August. Copie de la note remise au min. des. aff. etr. en date de Paris du 11. jouillet 1806; vgl. P. C. V. 694 f. und über Wintzingerode: v. Schloßberger, Bes. Beil. d. Staatsanzeigers f. Württemberg Jahr 1889 n. 19. 20. Noten Wintzingerodes an Talleyrand P. Der S. 392 erwähnte Bericht Talleyrands vom 9. Juli bei

Bertrand p. 240. Vorwürfe Gravenreuths gegen Cetto in seinen Briefen Rastadt 20. Juli, Straßburg 21. Juli M.; dazu Montgelas, Denkwürdigkeiten 140. — Verhalten der übrigen: P. C. V. 696. 686. — Territoriale Bestimmungen d. Rheinbundsakte (S. 398—400): vgl. Berghaus, Deutschland vor 50 Jahren II. 157 ff.; gegenüber den älteren Drucken mit vielen Fehlern verdient jetzt die Ausgabe der Rheinbundsakte nach dem Orginal von Binding (Deutsche Staatsgrundgesetze 3. 1893) den Vorzug. — Beitritt Würtembergs (S. 400—402): v. Schloßberger a. a. O. Note vom 16. Juli P. Instruktion für den Geschäftsträger Simeon in Stuttgart mit dem Vermerk: n'a pas servi, le Wurtemb. ayant signé; die Zusatzartikel P. Aeußerungen zu Reitzenstein: P. C. V. 713. — Austausch der Ratifikationen in München (S. 402—408): Talleyrand an Otto 20. Juli; Ottos Ber. v. 26., 29. Juli, 3., 17. Aug. P. Copie d'un billet de S. M. le roi de Bavière à S. E. le b. de Montgelas en date du 26. jouillet 06. M. Instruktion für Gravenreuth vom 27. Juli u. sein Ber. vom 5. August; dazu C. XII. 531 n. 10 476. — Ueber Tuttlingen: Winkopp, Der rheinische Bund I. 145. 368 u. v. Schloßberger a. a. O. Dalberg: Beaulieu II. 80 ff. Hédouville 22., 26., 30. Juli; danach sind O. Harnacks Darlegungen in den Preuß. Jahrb. 65 (1890) p. 219 ff. nur bedingt anzunehmen. — Baden: P. C. V. LX f. 696. 721 f. 726 ff. — Regensburg (S. 408—414): Entwurf einer Erklärung P. C. V. 712, Cetto 22. Juli. Die Noten bei Winkopp, Der rheinische Bund I. gedruckt. Mitteilung aus einem Schweizer Blatt: Allgem. Ztg. 1806 n. 244. Friedrich V.: bei Schwartz, Landgraf Friedrich V. v. Hessen-Homburg u. s. Familie II. 225. Abdankung des Kaisers Franz (S. 414—418); Beer, zehn Jahre p. 228 ff. 498. Wertheimer, Gesch. Oesterreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts II. 127 ff. Talleyrand an Larochefoucauld 20. Juli (nebst projet de note pour la cour de Vienne vom gleichen Datum): 23. Juli u. 11. August; Ber. Larochefoucaulds v. 23. Juli, 2. u. 6. August. England, Rußland und Preußen (S. 418—21): Historical memoir of a mission to the court of Vienna 1806. By Sir R. Adair. London 1844. Coquelle, les négociations de 1806 (Revue d'hist. dipl. 1903 Bd. 17). Rußland: Sbornik russ. istor. obschtsch. 1892. Preußen: Bailleu II. LXXIII. 485 ff.

Schluß.

Französische Stimmen (S. 422—424). Talleyrand an Napoleon: Bertrand p. 241. Gagern I. 153. Argus: Allgem. Ztg. 1806 n. 249. 250. Journal des linken Rheinufers, ebenda n. 243. Mainzer Zeitung: Winkopp, Der rheinische Bund I. 130 (1806). — Stimmen im eigenen Lager (S. 424—426): Isenburg: M. Mayer 54. Lichtenstein: Larochefoucauld 28. August P. Gagern: Mein Anteil an der Politik I. 151. Reitzenstein, Brauer u. Meier: P. C. V. 685 u. ö.; 717. 709. Cetto 4. Aug. Schladen: Bailleu II. 496. Steigenberg: Memoire v. 30. Juni 1806, gefunden 1809 in den Papieren Stadions in Wien P. Endschaft der papiernen Zeit; politische Flugschriften (S. 426—428). Metternich: Klinkovström, Aus der alten Registratur der Staatskanzlei p. 180. Ueber die Jubilate-Messe: Allg. Ztg. 1806 n. 252; dann n. 365. n. 218 u. n. 244. Ueber den Verfasser v. Deutschland in s. tiefen Erniedrigung s. Pedrazzi im 42. Jahresber. d. hist. Vereins f. Mittelfranken 1883. — Palms Ende (S. 429—32): Johann Philipp Palm, Buchhändler zu Nürnberg u. s. w. 1814; Biogr. v. Palms Sohn 1842. Der Artikel Allg. Ztg. n. 257 ist französischen Ursprungs; Du Moulin-Eckart F. G. B. XI. 59 ff. nach den Berichten Ottos. — Mit der S. 430 angef. Schrift

sind gemeint die „Betrachtungen über Napoleon Bonapartes bis jetzt ungehinderte Fortschritte zur Unterjochung aller Staaten und Völker von Europa und die Verbindung der noch freyen Monarchen zur Rettung der Völker. Von einem Deutschen. 1. Heft. Erfurt u. Neuburg, Oktober 1805. — Urteile über Preußen (S. 432—440): Die Aeußerungen von Gentz, Müller, Brinckmann s. in Gentz' Schriften Bd. IV, über Jean Paul die Biogr. v. R. O. Spazier. Stimmung in Stuttgart: Hertling 23. Nov. M., in München: Otto 18. Nov. Karikatur: Fournier, 5. Brief. Die Münze erwähnt bei F. Rüß, Historische Entwickelung des Einflusses Frankreichs und der Franzosen, Berlin 1815 p. 348. — Scharnhorst: Lehmann, Scharnhorst I. 361. Tauentzien: Bailleu II. LXIX. Schleiermacher: Aus Schleiermachers Leben. In Briefen. Berlin 1858 Bd. II. 70. — Preußens Monarchie vor dem Ausbruche des Krieges und nach dem Schlusse des Friedens. Ein hist.-statistischer Umriß: Erstes Bdchen. Preußen vor dem Ausbruch des Krieges. Regensburg 1807 p. 116. — Kritik der Abhandlung F. H. Jacobis: Ueber gelehrte Gesellschaften, ihren Geist u. Zweck v. K. Rottmanner, der freien Künste Dr. Landshut [1808] p. IX. 32. 34. 44. — Zum Folgenden im allgemeinen R. Goette, Das Zeitalter der deutschen Erhebung; Nitzsch, Zur Gesch. d. Entwickelung des deutschen Nationalbewußtseins bes. im 18. Jahrh. (Nord u. Süd Band 66 p. 229 ff.; für Bayern insbes. Riezler, Beil. z. Allg. Ztg. 1901, für Württemb. Pfister, Kg. Friedrich, u. v. Schloßberger, Bes. Beil. d. Staatsanzeigers für Württemberg 1887 n. 5, 1888 n. 16, 1889 n. 19, 20 u. a.

Berichtigungen:

S. 64 Z. 2 v. u. lies Dubois-Crancé statt Crané.

S. 404 Z. 2 v. o. sind die Worte „übrigens falsche" zu streichen, da der S. 403 erwähnte Brief Ottos nur die Mitteilung von dem Abschluß des Friedens durch Oubril in Paris enthielt, nicht die Ratifikation durch den Zaren behauptete.


Princeton University Library
32101 074364611

